

Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.)
Vor dem Mauerbau

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Jürgen Zarusky

Redaktion dieses Bandes:

Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Vor dem Mauerbau

Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre

Herausgegeben von

Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet dieses Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-64507-2

Inhaltsverzeichnis

<i>Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker</i>	
Einleitung	7
<i>Gerhard A. Ritter</i>	
Traditionen und Brüche: Die DDR in den fünfziger Jahren	21
I. Determinanten	
<i>Jan Foitzik</i>	
Sowjetische Hegemonie und Ostintegration der DDR	39
<i>Hermann Wentker</i>	
Die gesamtdeutsche Systemkonkurrenz und die durchlässige innerdeutsche Grenze Herausforderung und Aktionsrahmen für die DDR in den fünfziger Jahren	59
II. Die DDR-Arbeitsgesellschaft zwischen Egalisierung und Ungleichheit	
<i>Christoph Kleßmann</i>	
„Führende Klasse“, Sozialpolitik und Egalisierung in der DDR	77
<i>Dierk Hoffmann</i>	
Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der DDR	87
<i>Peter Hübner</i>	
Diktatur und Betrieb in der frühen DDR (1949–1961) Aspekte einer schwierigen Beziehung	119
<i>Marcel Boldorf</i>	
Die Marginalisierung der Sozialfürsorge als Gradmesser für den Aufbau des Sozialismus (1949–1961)	137
III. „Aufbaugesellschaft“ und Lebensstandards	
<i>Burghard Ciesla</i>	
„All das bremst uns, kann uns aber nicht aufhalten“ Wohlstandsversprechen und Wirtschaftswachstum: Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik in den fünfziger Jahren.	149

	<i>Michael Schwartz</i>	
	Kriegsfolgelasten und „Aufbaugesellschaft“: Vertriebene, Bomben- geschädigte und Kriegsbeschädigte in den langen fünfziger Jahren der DDR	165
	<i>Judd Stitzel</i>	
	Konsumpolitik zwischen „Sortimentslücken“ und „Überplan- beständen“ in der DDR der 1950er Jahre.	191
IV.	Konflikte zwischen Staat und Gesellschaft	
	<i>Günther Heydemann/Heidi Roth</i>	
	Systembedingte Konfliktpotentiale in der DDR der fünfziger Jahre Die Leipziger Universität in den Jahren 1953, 1956 und 1961	205
	<i>Peter Skyba</i>	
	Massenorganisation ohne Massen Jugendpolitik, Militarisierung und das Scheitern der FDJ	235
V.	Staatliche Perzeptionen und Krisenmanagement	
	<i>Elke Scherstjanoi/Ralph Sowart</i>	
	Vergleichende Betrachtungen zu Krisenverlauf, Krisenwahrnehmung und Krisenmanagement 1952/53 und 1960/61	265
	<i>Henrik Bispinck</i>	
	„Republikflucht“: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR- Führung.	285
	<i>Matthias Uhl</i>	
	„Westberlin stellt also ein großes Loch inmitten unserer Republik dar“. Die militärischen und politischen Planungen Moskaus und Ost-Berlins zum Mauerbau	311
	<i>Kurt Sontheimer</i>	
	Der Bau der Berliner Mauer und seine Folgen	331
	Literaturverzeichnis	337
	Abkürzungsverzeichnis	361
	Personenregister	363
	Die Autoren	365

*Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/
Hermann Wentker*

Einleitung

Die DDR entstand als Ergebnis des Kalten Krieges. Hervorgegangen aus der Sowjetischen Besatzungszone, bestand seit ihrer Gründung ein existentielles Abhängigkeitsverhältnis von der Sowjetunion. Diese hatte in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands einer Partei an die Macht verholfen, die sich allenfalls auf einen Teil der Bevölkerung stützen konnte. Langfristig hoffte die SED jedoch, durch eine Transformation der Gesellschaft im sozialistischen Sinne ihre Herrschaft nicht nur abzusichern, sondern auch ein Gesellschaftsmodell zu etablieren, in dem die Widersprüche des Kapitalismus beseitigt waren. Das setzte freilich einen forcierten Wandel voraus, der in jedem Fall Opfer fordern mußte. In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre stießen SED und Besatzungsmacht auf Bedingungen, die eine derartige Transformation zusätzlich behinderten, in gewisser Weise aber auch erleichtern konnten. Denn die Probleme, die die „Zusammenbruchsgesellschaft“ nach 1945 in beiden Teilen Deutschlands aufgeworfen hatte, waren 1949 weder im Westen noch im Osten gelöst. Die Gesellschaft stellte ihre spezifischen Forderungen an die Politik, denen auch die Führung der DDR zumindest teilweise entgegenkommen mußte. Das hier angesprochene Spannungsverhältnis zwischen der „von oben“ betriebenen Politik zur Umgestaltung von Staat und Gesellschaft und den teilweise eigendynamischen gesellschaftlichen Entwicklungen hat die Fragestellung des vorliegenden Bandes mit angeregt. Dieser geht auf ein Kolloquium mit dem Titel „Die DDR vor dem Mauerbau: Politik und Gesellschaft“ zurück, das die Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte München vom 24. bis 26. Oktober 2001 in ihren Räumen veranstaltet hat.

Den Ausgangspunkt dieses Bandes bildet also die Überlegung, daß es sich bei der DDR um eine Transformationsgesellschaft handelte. Die Transformationspolitik hatte bereits 1945 mit Enteignungsmaßnahmen gegen eine Reihe von Besitzeliten begonnen. Sie hatte auch schon vor 1949 Teile der Mittelschichten berührt oder beeinträchtigt; in den fünfziger Jahren nahm der Umgestaltungsdruck vor allem gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen massiv zu. Seit 1952 stand der „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ auf der politischen Agenda, der – nach der Krise des Jahres 1953 zeitweilig abgebremsst – nach parteioffizieller Lesart durch die völlige Kollektivierung der Landwirtschaft, eine weitere Umgestaltung der Industrie und den Versuch einer „sozialistischen Kulturrevolution“ zwischen 1958 und 1961 erhebliche Fortschritte machte und in den „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR“ mündete¹. Die Gesellschaft der frühen DDR war daher kei-

¹ Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, S. 271 und S. 378.

neswegs „gleichsam stillgelegt“²; die sozialistische Umgestaltung rief im Gegenteil tiefgreifende Konflikte hervor.

Die erwähnten Grunddaten der Jahre 1953 und 1961 signalisieren freilich, daß diese Strategie des SED-Regimes, Transformation durch bewußt erzeugte Sozialkonflikte zu forcieren, ihren Urhebern des öfteren entglitt und gravierende nichtintendierte Konsequenzen zeitigte. Nicht nur bestimmte Transformationskonflikte erfuhren eine das SED-Regime gefährdende Wendung, wenn etwa die Massenflucht bedrängter oder benachteiligter Bevölkerungsgruppen die Erzeugung von Nahrungsmitteln gefährdete oder gerade das hochqualifizierte Arbeitskräftepotential untergrub. Hinzu kamen unerwartet ausbrechende Konflikte, wenn ausgerechnet die hochgeschätzte Arbeiterklasse die Erhöhung von Leistungsnormen verweigerte und vom Ausstand zum Aufstand überging. Die Konflikte entluden sich in offener Rebellion oder führten zu heimlicher Westflucht. Nicht zu Unrecht ist daher der Juniaufstand von 1953 als „innere Staatsgründung“ der DDR³ bezeichnet worden. Denn er führte einerseits den Herrschenden deutlich vor Augen, daß sie die Zumutungen gegenüber der Bevölkerung nicht übertreiben durften; andererseits ließ seine konsequente Niederschlagung die Menschen in der DDR bis 1989 vor ähnlich weitgehenden Protesten Abstand nehmen. Mit noch mehr Recht hat man die Zäsur des Mauerbaus von 1961 als „heimlichen Gründungstag“ (Dietrich Staritz) der DDR bezeichnet, als „das Grunddatum der DDR-Geschichte“ schlechthin, das es rechtfertige, „von einem ‚prämurales‘ und einem ‚postmurales‘ Bewußtsein in der DDR“ zu sprechen. Denn erst nachdem auch die Massenflucht aus dem System als Konfliktlösungsstrategie obsolet geworden war, erschien die DDR Herrschern und Beherrschten gleichermaßen als „ein Staat mit Zukunft“⁴. Gewiß: „Der Bau der Mauer veränderte die politischen Bedingungen in der DDR.“ Allerdings wäre es eindimensional, aus der Unmöglichkeit weiterer Flucht lediglich abzuleiten, daß „die Regierung ihre politische Kontrolle“ seither habe „verstärken“ können, „ohne eine Entvölkerung zu riskieren“⁵. Denn „die offene Grenze“ der DDR war keineswegs nur ein Destabilisierungsfaktor, sondern durch Abwanderung vieler nonkonformer Menschen oder Gruppen ebenso „ein entscheidender Stabilisierungsfaktor der politischen Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei“ gewesen, „der seit 1961 systematisch durch innere Reformen ersetzt werden“ mußte⁶. Der Mauerbau beendete überdies nicht nur den für das SED-Regime hochgefährlichen „Zustand des inneren Ausblutens“, sondern auch die dadurch für die zum Bleiben entschlossene Mehrheit der DDR-Bürger entstandenen „große[n] Nachteile“, was auch innerhalb der Bevölkerung ein Sich-Abfinden mit dieser Maßnahme erleichtert haben könnte⁷.

Die Realität der DDR-Gesellschaft erweist sich also in den fünfziger Jahren als „eine hochkomplexe Mischung aus dem ideologiegeleiteten diktatorischen Konstruktionsversuch auf der einen und dem verbleibenden und neu entstehenden Eingewicht sozialer Strukturen und Prozesse auf der anderen Seite“⁸. Die politisch

² Meuschel, Überlegungen, S. 5f.

³ Kowalczyk/Mitter/Wolle, Der Tag X – 17. Juni 1953.

⁴ Kielmannsegg, Nach der Katastrophe, S. 581.

⁵ James, Deutsche Identität, S. 209.

⁶ Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie, S. 456.

⁷ So jedenfalls Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, S. 530.

⁸ Ebenda.

massiv beeinflusste und dennoch nicht vollständig gebändigte Gesellschaft der DDR hatte viele Facetten. Dabei gilt es die zentralen „exogenen“ Faktoren der DDR-Entwicklung zu berücksichtigen – die sowjetische Hegemonie, die sich freilich nach Stalins Tod vom umfassend verpflichtenden „Vorbild“ zur bloßen machtpolitischen „Vormacht“ relativierte⁹, und die anhaltende Wechselwirkung der deutschen Zweistaatlichkeit auf den „Sozialismus in einem halben Lande“¹⁰ (Kapitel I). Zugleich darf angesichts der zwangsläufig ins Auge fallenden Systemkrisen von 1953 und 1961 nicht einseitig die repressive Dimension der DDR-Entwicklung betont werden, auf welche die Bevölkerung mit Aufstand oder Massenflucht reagiert habe; statt dessen wäre vielmehr das grundlegende Spannungsverhältnis von Repression und Integration in den Blick zu nehmen, das die frühe DDR-Gesellschaft kennzeichnete. Desintegration und Integration waren in der sozialistischen Aufbau-Gesellschaft der fünfziger Jahre zwei untrennbare Seiten einer Medaille. Der gewaltsame Abbau von Besitzunterschieden schädigte etliche Besitzende, kam jedoch den Nivellierungsbedürfnissen anderer Bevölkerungsgruppen entgegen. Die gewaltsame Entmachtung bisheriger politisch-administrativer Eliten erzeugte auch alternativen Personalbedarf und eine damit verbundene erhebliche Aufstiegsmobilität. Die weitgehende Auflösung, wenn nicht Zerschlagung traditioneller Sozialmilieus sollte vor allem einen stärkeren totalitären Zugriff von Staat und Staatspartei auf diverse gesellschaftliche Lebenswelten ermöglichen, setzte jedoch zugleich eigendynamische Tendenzen frei. Die in der DDR schon frühzeitig proklamierte Gleichberechtigung der Frau diente insbesondere der Arbeitsmarktintegration und damit volkswirtschaftlichen Zwecken. Sie sollte zugleich eine Schwächung traditionell-patriarchalischer Familienstrukturen befördern und breitenwirksame neue individuelle Lebenschancen eröffnen. Diese Prozesse wurden erst langfristig wirksam und lösten das Grundproblem der Doppelbelastung von Familien- und Erwerbsarbeit trotz zahlreicher sozialpolitischer Maßnahmen nicht.

Zu Recht hat daher Graf Kielmannsegg von einem ausgesprochenen Doppelgesicht der frühen DDR-Gesellschaft gesprochen, die für viele eine „Zeit der großen Erwartungen“ (Konstantin Paustowski) gewesen sei, während andere gleichzeitig „die brutalsten Jahre der Diktatur“ hätten erfahren müssen. Dabei seien vom Regime „Hoffnungen [...] nicht nur geweckt“ worden, „Hoffnungen wurden auch erfüllt“, so daß im Ergebnis „die späten vierziger und die fünfziger Jahre [...] in der DDR“ als „eine Zeit beispielloser – durchaus gewollter – sozialer Aufwärtsmobilität“ erscheinen: „Fast anderthalb Jahrzehnte einer Mobilitätsdynamik sondergleichen also erlebte das Land, eines Sogs nach oben, wie ihn tatsächlich nur Revolutionen erzeugen können.“¹¹ Mit dieser wichtigen Betonung der sozial mobilisierten Aufbaugesellschaft der frühen DDR greift Kielmannsegg auf soziologische Erkenntnisse zurück, wie sie in den sechziger Jahren vor allem Ralf Dahrendorf in seiner epochemachenden Studie über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ bereits skizziert hatte. Auch Dahrendorf begriff die sozialen Veränderungen in der frühen DDR als gewaltsam durchgeführte „Revolution“, die eine „totale Modernisierung des Landes“ erzwungen habe, „also die Übersetzung einer Vielzahl früher

⁹ Bender, *Unsere Erbschaft*, S. 60.

¹⁰ Staritz, *Die Gründung der DDR*, S. 208.

¹¹ Kielmannsegg, *Nach der Katastrophe*, S. 585 f.

quasi-zugeschriebener sozialer Positionen in solche, die der Einzelne sich erwerben kann“. Während die politischen Rechte der Bürger in der SED-Diktatur verkümmert seien, sei zugleich „eine in der deutschen Geschichte bisher unerhörte Entfaltung“ der sozialen Rechte erfolgt – nicht nur im Bereich einer sozialpolitischen Mindestsicherung für alle, sondern gerade auch als forcierte Gleichheit der Bildungschancen. In sozial-egalitärer Hinsicht sei daher „die Gesellschaft der DDR die erste moderne Gesellschaft auf deutschem Boden“, indem dort „die Herkunftsgesellschaft [...] ganz und gar einer – nur eben mit seltsamen Maßstäben messenden – Leistungsgesellschaft Raum gegeben“ habe¹².

Keine Einigkeit herrscht freilich bei der Gewichtung der Relation zwischen stabilisierenden und destabilisierenden Entwicklungen in der DDR der langen fünfziger Jahre. Die einen glauben unter Verweis auf den 17. Juni, daß hier keineswegs eine Balance geherrscht habe; und selbst wenn man berücksichtige, daß nur eine (erhebliche) Minderheit der DDR-Bevölkerung bis 1961 die Chance zur „Republikflucht“ genutzt habe, selbst wenn man also „Gehen *und* Bleiben“ im Zusammenhang sehe, könne „von wirklicher Konsolidierung [...] in diesem ersten Jahrzehnt zu keinem Zeitpunkt die Rede sein“¹³. Die anderen verweisen hingegen darauf, daß damals in der DDR „mehr geschehen“ sei „als die Ersetzung einer Führungsclique durch eine andere, die ihre Macht nur von Gnaden fremder Mächte hat“; es sei nämlich „eine Gesellschaft eigener Prägung entstanden“, deren gravierende Umbrüche nicht wieder rückgängig gemacht werden könnten: „Die Wandlungen in der deutschen Gesellschaft der DDR sind umso bleibender und stabiler, je stärker sie die soziale Form der Modernität betreffen; sie sind umso schwächer und anfälliger, je stärker sie den totalitären Inhalt betreffen.“¹⁴

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß man der Geschichte der DDR vor dem Mauerbau nur aus verschiedenen Blickwinkeln gerecht werden kann: Gerade „die fünfziger Jahre der DDR lassen sich nur verstehen, wenn man berücksichtigt, daß sie grundverschieden erlebt wurden“¹⁵. Es geht um ein Denken in Ambivalenzen: So oszilliert die DDR-Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft zwischen Egalisierungstendenzen und fortbestehender bzw. auch neu geschaffener sozialer Ungleichheit; und in beiderlei Hinsicht konnte gesellschaftlicher Konflikt oder gesellschaftliche Akzeptanz die Folge sein (Kapitel II). So sah sich die DDR-Aufbaugesellschaft vor das Problem gestellt, forciertes Wirtschaftswachstum oder verfehlte Wirtschaftsplanung mit konsumtiven Wohlstandsversprechen in Einklang bringen zu müssen, aber auch besondere sozialpolitische Lösungen für gruppenspezifische Kriegsfolgenprobleme mit dem Grundtrend zur individuellen Einreihung in Arbeits- und Aufbaugesellschaft zu korrelieren (Kapitel III). All dies löste Konflikte aus und führte sowohl auf seiten des SED-Regimes als auch unter der Bevölkerung zur Suche nach spezifischen Konfliktlösungsstrategien. Fallbeispiele zur politisch gewollten Erzeugung bestimmter gesellschaftlicher Konflikte und deren nur bedingt steuerbaren Abläufen (Kapitel IV) lenken den Blick auf Krisenperzeptionen und Krisenmanagement des Regimes (Kapitel V). Eingerahmt werden diese Fallstudien von

¹² Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie, S. 451–453.

¹³ Kielmannsegg, Nach der Katastrophe, S. 586 und S. 594.

¹⁴ Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie, S. 461 f.

¹⁵ Bender, Unsere Erbschaft, S. 68.

zwei resümierenden Beiträgen über den Standort der frühen DDR in der deutschen Geschichte und über die Folgen des Mauerbaus für Staat und Gesellschaft.

In seinem einführenden Beitrag bettet *Gerhard A. Ritter* die DDR der fünfziger Jahre in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ein und stellt die zentrale Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten¹⁶. Die Neuordnung der Gesellschaft in der SBZ/DDR oszillierte zwischen den beiden Polen Sowjetisierung und Eigenständigkeit. Während sich bei erstem die Frage nach Formen, Inhalten und Reichweite sowjetischer Einflußnahme nach 1945 stellt, stehen im Zentrum des zweiten Themenkomplexes die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, auf die sich die SED explizit berief. Neben diesen beiden Begriffen und ihrer Wirkungsmächtigkeit für die historische Entwicklung betont *Ritter* außerdem das Spannungsverhältnis von Herrschaft und Gesellschaft. Dieses ergab sich aus dem totalen Steuerungsanspruch der SED und dem „Eigensinn“ der DDR-Bürger, die eine gewisse Autonomie zu bewahren versuchten. Im einzelnen werden die Rolle der Planwirtschaft als Instrument der ökonomischen und politischen Umwälzung, die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, der Versuch zur Schaffung neuer Funktionsebenen und das nonkonforme, ja sogar widerständige Verhalten von Teilen der alten Eliten, vor allem unter den Hochschullehrern, Ärzten und Geistlichen der beiden christlichen Kirchen behandelt. Des weiteren skizziert *Ritter* die Umwandlung der ländlichen Gesellschaft durch Bodenreform und Kollektivierung sowie die Auswirkungen der SED-Politik auf ihre Hauptklientel, die Arbeiterschaft. Bei seiner Gesamtschau gelangt *Ritter* abschließend zu dem Ergebnis, daß neben dem Mangel an Freiheit auch die Fixierung der DDR als Industriegesellschaft alten Typs und die damit einhergehende Rückständigkeit und mangelnde Modernität zum Untergang dieses Staates und seiner Gesellschaftsordnung wesentlich beigetragen hat.

Im ersten Kapitel des vorliegenden Tagungsbandes werden die wichtigsten Determinanten vorgestellt, die für die DDR in den fünfziger Jahren maßgeblich waren. Dabei geht es primär um äußere Bestimmungsfaktoren, die den Handlungsspielraum der SED nicht unwesentlich einschränkten. Zunächst fragt *Jan Foitzik* nach dem Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht und der Einbindung der DDR in den sogenannten Ostblock. Er benennt die Faktoren des außen-, militär- und wirtschaftspolitischen Integrationsverlaufs und versucht das Verhältnis von Hegemonie und Eigenstaatlichkeit zu gewichten. Unübersehbar scheint die wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der östlichen Hegemonialmacht bereits in den fünfziger Jahren zu sein. Diese Abhängigkeit war im übrigen sehr viel größer als bei den übrigen Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Dies zeigte sich beispielsweise – so *Foitzik* – in der Außenhandelsbilanz: Für den ostdeutschen Teilstaat war vor allem der Import von Rohstoffen und Lebensmitteln notwendig für das ökonomische Überleben. Durch die Frontstellung zum westlichen, kapitalistischen Wirtschaftssystem nahm die DDR letztlich eine Sonderposition im RGW ein, die langfristig gestützt werden mußte. Die bis zum Mauerbau nach Westen offene Grenze führte zum Aderlaß, der die ohnehin schwierige Ausgangslage, die mit den Schlagworten Reparationen und Demontagen zusätzlich ergänzt werden kann, nicht erleichterte, sondern vielmehr noch weiter zuspitzte. Gleichzeitig macht *Foitzik* deutlich, daß im Zuge der voranschreitenden Integration in die östlichen Bünd-

¹⁶ Als erweiterte Fassung dieses Beitrages vgl. *Ritter*, Die DDR in der deutschen Geschichte.

nissysteme Interessengegensätze zwischen der DDR und der Sowjetunion nicht auszuschließen waren. Von einer Interessenidentität kann keinesfalls ausgegangen werden. Daran anschließend beleuchtet *Hermann Wentker* die gesamtdeutsche Perspektive.

Die wechselseitige Systemkonkurrenz mit der Bundesrepublik prägte die Politik der SED-Führung nachhaltig. Dazu trug zum einen die innerdeutsche Grenze, die bis zum 13. August zumindest via West-Berlin offen blieb, und die damit verbundene Massenflucht in den Westen Deutschlands bei. Zum anderen setzte der rasante wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik ab Mitte der fünfziger Jahre die Führung in Ost-Berlin unter enormen Zugzwang. Während sich die DDR von Anfang an als staatlichen und gesamtgesellschaftlichen Gegenentwurf zur Bundesrepublik verstand und ihrerseits eine Magnetwirkung zu entfalten versuchte, wandelte sich dieser politische Anspruch im Untersuchungszeitraum, als erkennbar wurde, daß der Aufbau- und Integrationsprozeß der Bundesrepublik erfolgreich verlaufen und die prognostizierte ökonomische Krise nicht eintreten würde. Neben der sich stetig vergrößernden Wirtschaftskraft setzte die Bundesregierung politische Instrumente gegen die DDR ein, wie etwa die „Hallstein-Doktrin“ zur außenpolitischen Isolierung. Die Auseinandersetzung um das „richtige“ politische, ökonomische und soziale System verfestigte sich zusehends, wobei die Position der DDR zunehmend schwächer wurde. Verflechtung und Abgrenzung¹⁷, zwei kennzeichnende Merkmale der deutsch-deutschen Beziehungen während der gesamten Zweistaatlichkeit nach 1945, waren schon in den fünfziger Jahren nicht gleichgewichtig, sondern unterlagen einem tiefgreifenden Wandel. So nutzte beispielsweise die DDR, wie *Wentker* eingehend darlegt, die innerdeutschen Verbindungslinien, die etwa über den innerdeutschen Handel oder die gesamtdeutsche EKD liefen, für die eigenen politischen Ziele. In zunehmenden Maße setzten sich jedoch auf Seiten der SED Abgrenzungstendenzen durch: Die noch bestehenden Verbindungen zwischen beiden deutschen Staaten sollten möglichst streng kontrolliert werden. Laut *Wentker* ist 1957 ein qualitativer Sprung in den Abgrenzungsbemühungen auszumachen, da nunmehr deutlich wurde, daß die DDR keinen Wert mehr auf die Nutzung des gesamtdeutschen Beziehungsgeflechts legte. Als Beispiele nennt er die initiierte „Blutrichterkampagne“, die Einschränkung des Personenverkehrs in die Bundesrepublik, die Erhebung von „Republikflucht“ zu einem eigenen Straftatbestand sowie Bemühungen zur Trennung der EKD.

Ausprägung und Entwicklung der Arbeitsgesellschaft¹⁸ stehen im Mittelpunkt des zweiten Kapitels. Dazu soll am Beispiel einiger zentraler sozialpolitischer Themenfelder der wirtschaftliche Aufstieg der DDR, der in den fünfziger Jahren durchaus stattgefunden hat, kritisch hinterfragt werden. Darüber hinaus gilt es, das Spannungsverhältnis zwischen angestrebter Egalisierung und realer Ungleichheit, die sich aufgrund der SED-Politik entwickelte, zu thematisieren. Nach den Vorgaben der SED-Führung hatte Sozialpolitik eine stark nivellierende Funktion; gleichzeitig wurden aber einzelne soziale Gruppen schon frühzeitig bevorzugt behandelt. Die Arbeiterschaft war sowohl Träger als auch Adressat einer staatlichen Sozialpolitik, die von der SED stets als allgemeine Gesellschaftspolitik verstanden wurde, wie

¹⁷ Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung.

¹⁸ Vgl. Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft?

Christoph Kleßmann zeigt¹⁹. Durch die Fokussierung auf die „führende Klasse“ läßt sich wiederum das grundsätzliche Problem von Egalisierung und sozialer Ungleichheit herausarbeiten. Er beschränkt sich bei seinen Betrachtungen nicht nur auf die fünfziger Jahre, sondern versucht einen Überblick anzudeuten und kann auf diese Weise etwa die sich wandelnde Bedeutung von Sozialpolitik zwischen Kriegsende und Zusammenbruch der DDR skizzieren. Diese fungierte zunächst als Ad-hoc-Maßnahme gegen die unmittelbaren Kriegsfolgelasten und zielte auf die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Anschließend entwickelte sich eine immer stärkere Betriebszentrierung, die zu den charakteristischen Kennzeichen der DDR-Industriegesellschaft zählen sollte. *Kleßmann* sieht mit den sechziger Jahren eine neue Phase anbrechen, die zu einer Wiederentdeckung des Begriffes „Sozialpolitik“ führte. Nunmehr ging es um die soziale Abfederung der mit den Wirtschaftsreformen zusammenhängenden Modernisierungsmaßnahmen. Obwohl das Neue Ökonomische System letztlich abgebrochen und die als zentraler Bestandteil angesehene Industriepreisreform auch nicht ansatzweise durchgeführt wurde, konnte sich Sozialpolitik als ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor der SED-Herrschaft etablieren und wurde für die Ära Honecker – so *Kleßmann* – zum Markenzeichen einer neuen Periode. Eingehend setzt sich *Kleßmann* mit dem Begriff „Arbeiter“ auseinander und betont seine diffuse Ausdehnung in der DDR nach 1949. In Anlehnung an Ina Merkel²⁰ scheint auch er – trotz gewisser Einwände – die Bezeichnung „Werk-tätige“ zu favorisieren und begründet dies mit dem Hinweis, daß dadurch die tiefgreifende soziale Umschichtung und die Verwischung tradierter sozialer Grenzen deutlich gemacht werden könne. Auf der anderen Seite sei durch die Zwangsfusion von Arbeitern und Angestellten der Begriff „Arbeiterklasse“ ideologisch aufgeladen und sozialgeschichtlich gesehen inhaltsleer geworden.

Nach diesen allgemeinen Überlegungen stehen im Zentrum der folgenden Beiträge zwei konkrete Fallbeispiele, die das auch im Sozialismus existierende Spannungsverhältnis zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik beleuchten. So beschäftigt sich *Dierk Hoffmann* mit der Frage nach den Ursachen des Rückgangs der Arbeitslosigkeit in der DDR bis Mitte der fünfziger Jahre und dem Erreichen der Vollbeschäftigung. Die staatliche Arbeitskräftelenkung hatte – so *Hoffmann* – an dieser Entwicklung zweifellos einen erheblichen Anteil: Es gehörte zu den Maximen der Arbeitsämter, Erwerbslose entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation in Arbeit zu vermitteln. Sowohl bei der Durchführung von Beschäftigungsprogrammen als auch beim zwischen- und überbezirklichen Ausgleich von Arbeitskräfteüberhängen wurde jedoch deutlich, daß diese interventionspolitische Maßnahme mit diversen Folgeproblemen verknüpft war, die den wirtschaftspolitischen Erfolg letztlich einschränkten. Daher müssen nach Ansicht *Hoffmanns* weitere Faktoren in den Blick genommen werden, die zum Anstieg der Beschäftigtenzahl und zum Absinken der Erwerbslosenzahlen beigetragen haben. Dazu gehörte vor allem, daß der Zugang zu Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Sozialfürsorge erheblich erschwert wurde. Gleichzeitig weitete die Arbeitsverwaltung nach Absprache mit der SED-Führung die Arbeitseinsatzpflicht aus. Das verfassungsrechtlich garantierte Recht

¹⁹ Mit den ersten Nachkriegsjahren hat sich *Kleßmann* bereits an anderer Stelle ausführlicher beschäftigt. Vgl. *Kleßmann*, Die stilisierte Klasse.

²⁰ *Merkel*, Arbeiter und Konsum, hier S. 543.

auf Arbeit wurde somit frühzeitig zu einer faktischen Arbeitspflicht weiter entwickelt, auch wenn die entsprechende Bestimmung erst 1961 Eingang in das Arbeitsrecht fand. Dahinter stand das Ziel, das Arbeitskräftepotential weitgehend auszuschöpfen und diejenigen in die Arbeitswelt zu zwingen, die bisher nicht erwerbstätig gewesen waren. Bei der schon Anfang der fünfziger Jahre propagierten Ausdehnung der Frauenerwerbstätigkeit zeigten sich aber rasch die Grenzen der SED-Wirtschaftspolitik. Viele Betriebsleiter versuchten die dabei eingeführten Quoten zu umgehen. Langfristig erfolgte daher auch der Auf- und Ausbau der Berufsausbildung, um auf diese Weise – so *Hoffmann* weiter – den bestehenden Arbeitskräftemangel gezielt zu beheben. Doch auch hierbei mußten die SED und die Arbeitsverwaltung nicht vorhersehbare Steuerungsdefizite registrieren: Die Fluktuation von Arbeitskräften sowie deren Hortung durch die Betriebe erschwerten die zentrale Planung und Steuerung des Arbeitskräftepotentials.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfügte die SBZ über eine Industriestruktur, die trotz Kriegszerstörungen günstige Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufbau des Landes bot. Bis 1945 hatte sich nämlich eine stellenweise moderne Industriestruktur herausgebildet, auf der – laut *Peter Hübner* – die Kommunisten hatten aufbauen können. Auch bei Berücksichtigung der erheblichen Reparationsleistungen und Demontagen hebt *Hübner* hervor, daß sich letztlich der von der SED eingeschlagene Industrialisierungskurs mit dem Schwerpunkt auf der Grundstoffindustrie als Modernisierungshindernis erwies. Gravierende Einschnitte waren die Verstaatlichung der meisten größeren und mittleren Betriebe, der Bruch beim betrieblichen Rechnungswesen und der damit einhergehende Übergang zur Planwirtschaft, die Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild sowie der Austausch der Wirtschaftseliten. Dennoch war die Verfügungsgewalt der SED nicht vollständig, da die DDR-Wirtschaft auf Kooperation der Betriebsleiter und der Belegschaften angewiesen war. Die Planwirtschaft konnte sogar nach Ansicht *Hübners* nur funktionsfähig gehalten werden, weil die Betriebe aufgrund der eintretenden Probleme der Rohstoffversorgung und Zulieferung von Zwischenprodukten improvisieren mußten und letztlich auch konnten. Die dadurch entstandenen Handlungsspielräume konnten die Betriebsleitungen somit nutzen, um nach betriebsbezogenen Rationalitätskriterien zu agieren. Die Beschäftigten erarbeiteten sich wiederum ein Verfügungsrecht über Arbeitszeit und Arbeitsintensität. Auf diese Weise entwickelte sich der Betrieb zu einem Ort, an dem alle wesentlichen Akteure der „sozialistischen Transformationsgesellschaft“ zusammenkamen. Die Arbeitsbeziehungen wurden durch die seit 1950 eingeführten Betriebskollektivverträge geregelt, welche die bis dahin geltenden Tarifverträge ersetzten. Die Betriebe waren jedoch nach Angaben *Hübners* nicht nur Arbeits- und Produktionsstätte, sondern erweiterten ihr Aufgabenfeld durch die Übernahme einzelner sozial- und kulturpolitischer Maßnahmen. Diese ergänzten und überschritten sich teilweise mit den entsprechenden staatlichen Aufgabenfeldern.

Abschließend widmet sich *Marcel Boldorf* der Sozialfürsorge. Hierbei geht es vor allem um das Verschwinden eines traditionell bedeutsamen Zweiges deutscher Sozialpolitik. Die führenden Sozialpolitik-Experten entwickelten – so *Boldorf* – ein Konzept der „produktiven Fürsorge“, das die Fürsorgepolitik eng mit der Arbeitsmarktpolitik sowie der entstehenden Planwirtschaft verknüpfte. Das zuständige Ministerium für Arbeit wollte die Sozialfürsorge auflösen und ging von der optimi-

stischen Erwartung aus, daß sich die Zahl der Fürsorgeempfänger stetig und linear vermindern ließe. Angesichts ausbleibender Erfolge wurde dieses Maximalziel zunächst aufgegeben, d.h. die Sozialfürsorge konnte vorerst bestehen bleiben. Im Zuge der allgemeinen Sparpolitik sowie der Haushaltskonsolidierung nahm der Druck auf die Sozialfürsorge sogar wieder zu. Ein Ministerratsbeschluß vom 20. Dezember 1952 mündete schließlich in eine restriktive Fürsorgepolitik, die für die Leistungsempfänger zu beträchtlichen Einschränkungen führte. Manche Einschnitte, wie etwa die Beschränkung des Fürsorgeempfangs auf drei Monate pro Jahr, erwiesen sich zwar als nicht durchsetzbar und wurden im Zuge des „Neuen Kurses“ wieder zurückgenommen. Gleichwohl konnten erstmals wieder Erfolge beim Abbau der Zahl der Unterstützungsempfänger gemeldet werden. Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre kam die reale Entwicklung den zu Beginn des Jahrzehnts aufgestellten politischen Zielen näher: Die Zahl der dauerhaft Unterstützten konnte nach Angaben von *Boldorf* durch die weiterhin forcierte Eingliederung in den Arbeitsprozeß sowie durch die Verlagerung des Leistungsempfangs in andere Bereiche des Systems sozialer Sicherheit nachhaltig verringert werden. Dadurch verbesserte sich wiederum das materielle Leistungsniveau für die übrig gebliebenen Fürsorgeempfänger.

Im dritten Kapitel geht es schließlich darum, den Zusammenhang zwischen gesellschaftspolitischer und ökonomischer Entwicklung der fünfziger Jahre zu erörtern, der mit dem doppelsinnigen Schlagwort der „Aufbaugesellschaft“ bezeichnet wird, das sowohl den wirtschaftlichen Aufbau als auch den aus Sicht der SED gesellschaftspolitischen Aufbau („Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“) umfaßt. Dabei gehen die drei folgenden Autoren in unterschiedlicher Weise der Frage nach, inwieweit sich in der DDR-Gesellschaft soziale Lebenslagen und materielle Lebensstandards ausdifferenzierten. *Burghard Ciesla* untersucht zunächst die Wirtschaftspolitik der SED und kontrastiert dies zum Teil mit der Wirtschaftsentwicklung der DDR. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß die DDR-Wirtschaft in den fünfziger Jahren zwar ein relativ hohes durchschnittliches Wachstumstempo zu erreichen vermochte, gleichzeitig aber auch gravierende Wachstumseinbrüche zu verzeichnen hatte. Als wesentliche Ursachen benennt *Ciesla* vor allem die Folgelasten des Zweiten Weltkriegs (Reparationen), die Folgen der deutschen Teilung sowie die Mängel des Planungssystems. Komplexität, Tiefenwirkung und Eigendynamik dieser Folgen hatten die politisch Verantwortlichen innerhalb der SED-Führung und der Wirtschaftsverwaltung vielfach unterschätzt und ignoriert. Auch *Ciesla* betont die Ausrichtung der SED-Wirtschaftspolitik auf die Grundstoff- und Schwerindustrie. Dies hatte bekanntlich zur Folge, daß Investitionsgüter bevorzugt in diese Wirtschaftsbereiche flossen. Gleichzeitig mußte die DDR-Wirtschaft drei teilweise divergierende Ziele verfolgen, die allesamt die gleiche Priorität besaßen: die Erhöhung des privaten Verbrauchs, die Modernisierung der Infrastruktur und den Ausbau der industriellen Kapazitäten. Angesichts der begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen konnten alle drei Aufgaben nicht adäquat gelöst werden. Die Bevorzugung eines Zieles führte zwangsläufig zur Vernachlässigung eines anderen, d.h. der Zielkonflikt war vorprogrammiert. In dieser Gesamtlage verstärkte die massenhafte Flucht und Abwanderung von Arbeitskräften in den Westen Deutschlands die ökonomische Krise. Die SED-Führung setzte sich mit dem auf dem V. Parteitag proklamierten Wohlstandsversprechen zusätzlich unter Zugzwang und konnte – so *Ciesla*

– die schwere Wirtschaftskrise Ende der fünfziger Jahre letztlich nur mit dem Mauerbau beantworten.

Mit dem Thema Kriegsfolgenlasten und Aufbaugesellschaft setzt sich *Michael Schwartz* in seinem Beitrag auseinander und präsentiert dabei ein Tableau unterschiedlicher sozialer Gruppen. Die Inklusion in eine der Geschädigtengruppen bedeutete den Zugang zu diversen Leistungen, die in der DDR zumindest noch Anfang der fünfziger Jahre existierten. Neben der größten und – laut *Schwartz* – vielfältigsten geschädigten Gruppe der Vertriebenen werden insbesondere die Bombenkriegsbeschädigten und die kriegsbeschädigten früheren Wehrmachtsangehörigen untersucht. In beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften bewirkten diese kriegsfolgenspezifischen Massennotlagen gleichermaßen eine „Gründungskrise“, der die jeweiligen politischen Systeme durch expansive Sozialpolitik und wachstumsorientierte Wirtschaftsdynamik zu begegnen versuchten. Dabei werden allerdings schon rasch nahezu konträre Lösungsansätze erkennbar. So wurden in der DDR die Bombengeschädigten bereits 1948/49 ausgeblendet; die Vertriebenenförderung endete nach einem kurzfristigen Höhepunkt mit der Umsiedlergesetzgebung von 1950 bereits um 1953. Lediglich an Kriegsbeschädigte wurde in der Folgezeit eine kontinuierliche Sonderrente unter dem Dach der Sozialversicherung weiter ausgezahlt. Insgesamt machte sich, wenn auch in unterschiedlichem Maße, der Integrationsdruck in die DDR-Arbeitsgesellschaft auch bei den genannten sozialen Gruppen bemerkbar. Der Verzicht auf gruppenspezifische sozialpolitische Leistungen bedeutete daher, wie *Schwartz* weiter ausführt, eine Individualisierung der Notlagen, die nur durch individuelle Partizipation an den Angeboten der sozialistischen Arbeitsgesellschaft zu überwinden waren. Die DDR-Aufbaugesellschaft blieb in den fünfziger Jahren durch zahlreiche Strukturelemente sozialer Ungleichheit gekennzeichnet. Die „neue soziale Frage“ der Kriegsfolgenbeschädigten vermischte sich beispielsweise mit älteren Stratifikationsmustern und differenzierte komplexe neue Soziallagen entlang der sozialen Herkunft, Berufsqualifikation, Generations- und Geschlechtszugehörigkeit aus.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern steht im Mittelpunkt des abschließenden Beitrages von *Judd Stitzel*. Er plädiert für eine angemessene Einbeziehung der Konsumentenperspektive, um nicht nur die Angebots- sondern auch die Nachfrageseite in der Analyse zu berücksichtigen. Trotz zentraler Vorgaben der Planwirtschaft, die den Handlungsspielraum für die Konsumpolitik festlegten, lohnt es sich nach Angaben *Stitzels*, die Konsumenten nicht zu vergessen. Im folgenden beschäftigt er sich mit den zahllosen Versuchen, „Sortimentslücken“ zu schließen und „Überplanbestände“ zu beseitigen. Das verweist wiederum auf die in den fünfziger Jahren bestehenden Konflikte zwischen Regime und Bevölkerung sowie innerhalb des Herrschaftsapparates selber, der auch in dieser Frage nicht als monolithischer Block verstanden werden kann. *Stitzel* betont die Konfliktlagen zwischen zentralen und lokalen Funktionsträgern, zwischen Teilen des SED- und des Staats-Apparates sowie zwischen Industrie und Handel. Der Umgang mit Mangel und Überfluß macht die Schwächen des Regimes und die Formen der Konflikt austragung deutlich. Diese Interessenkonflikte zwischen Produzenten und Konsumenten wurden demzufolge auch durch gesellschaftliche Eigendynamiken und kulturelle Identitäten mitbestimmt, die sich letztlich dem Herrschaftsanspruch der SED zu entziehen vermochten. Am Beispiel der Versorgung mit Kleidung werden

etwa die staatlichen Versuche anschaulich, Bestände von unverkäuflichen Bekleidungsstücken durch Preisnachlässe, Sonderverkäufe und Sonderverkaufsstellen abzubauen sowie die Produktion und den Verkauf von modischer Bekleidung mit hoher Qualität in besonderen Boutiquen zu fördern. Anhand der nachgezeichneten Diskussion über fehlende und abgelehnte Konsumgüter kann *Stitzel* die Widersprüche und Mängel der Konsum- und Wirtschaftspolitik der SED, insbesondere der Preispolitik, aufzeigen. Damit leistet er auch einen wichtigen Beitrag gegen eine tendenzielle Legendenbildung über die DDR-Konsumpolitik²¹.

Unübersehbares Kennzeichen der „langen fünfziger Jahre“ waren die besonders heftigen Konflikte zwischen Staat und Gesellschaft in der DDR (Kapitel IV). Sie sind generell zurückzuführen auf den Versuch, eine totalitäre Umgestaltung unter dafür denkbar ungünstigen Bedingungen zu erzwingen. Gleichwohl erschien der SED-Führung die sozialistische Utopie vor dem Mauerbau nicht nur erstrebenswert, sondern grundsätzlich auch realisierbar, was sowohl in der „Sozialismus-Lösung“ der zweiten Parteikonferenz vom Juli 1952 als auch in den auf dem V. Parteitag von 1958 verkündeten Zielsetzungen deutlich wird. Die kommunistische Ideologie bildete daher eine mächtige Triebkraft der gesellschaftlichen Transformation etwa der ländlichen Gesellschaft sowie der gezielten Angriffe auf die bürgerlich geprägten gesellschaftlichen Gruppierungen. Damit ist bereits angedeutet, daß dieses „sozialistische“ Experiment auf deutschem Boden nur durch gewaltsame Intervention und dadurch verursachte Konflikte realisierbar war. Die traditionellen Milieus waren freilich in den Jahren „zwischen Stalingrad und Währungsreform“ und besonders in der „Zusammenbruchsgesellschaft“ nach Kriegsende erheblichen Belastungen ausgesetzt; hinzu kamen die massiven Enteignungen in Landwirtschaft und Industrie sowie ein durch radikale Entnazifizierung ermöglichter Personalaustausch in Verwaltung, Schule und Justiz. Dennoch waren die traditionellen Milieus in Stadt und Land 1949 noch so stark, daß es erheblicher Anstrengungen von seiten der SED bedurfte, bis sie Ende der fünfziger Jahre derart geschwächt waren, daß sie allenfalls als Restmilieus in der DDR überlebten. Konfliktverschärfend kam hinzu, daß die überwiegende Bevölkerungsmehrheit die sowjetische Vorherrschaft sowie die Unterordnung unter Moskauer Anordnungen – wie etwa den Befehl zum Aufbau eigener Streitkräfte 1952 – generell ablehnte. Eine Transformation der DDR in den fünfziger Jahren war daher ohne heftige Konflikte zwischen dem Staat und großen Teilen der Gesellschaft undenkbar.

In diesem Sammelband werden die Konflikte um die Universitäten sowie die Auseinandersetzungen um die Jugendpolitik vorgestellt. Der zweite Beitrag gewinnt seine Besonderheit dadurch, daß er als weiteres die DDR seit 1952 prägendes Konfliktfeld die Militarisierung der Gesellschaft durch die Rekrutierung Jugendlicher für die DDR-Streitkräfte mit einbezieht. Ursprünglich vorgesehen waren weitere Aufsätze zu den durch die Kollektivierung hervorgerufenen Konflikten mit wesentlichen Trägern der ländlichen Gesellschaft sowie zum staatlichen Umgang mit der akademischen „Intelligenz“ und den sich daraus ergebenden Reaktionen der betroffenen Hochschullehrer. Bedauerlicherweise haben die vorgesehenen Autoren ihre bei der Konferenz gehaltenen Referate nicht in überarbeiteter Form abgeliefert. Eine genauere Betrachtung dieser und anderer auf der Tagung nicht thematisierter

²¹ Vgl. etwa Merkel, Utopie und Bedürfnis.

Konflikte – so etwa die bekannten Auseinandersetzungen mit den Kirchen – bestätigt zwar einerseits die These von der Unausweichlichkeit solcher Auseinandersetzungen; andererseits führt sie zu einer stärkeren Differenzierung und kann damit deren Spezifik besser herausstellen. Denn der Drang zur totalitären Umgestaltung der Gesellschaft unterlag Faktoren, die sowohl bremsend als auch beschleunigend wirken konnten. Die Absichten, neue staatliche und gesellschaftliche Strukturen zu schaffen, wurden daher nicht planmäßig, sondern allenfalls schubweise verwirklicht. Auch die Reaktionen auf die Politik der SED-Führung lassen sich nicht auf eine einfache Formel – wie etwa der von Anpassung oder Widerstand – bringen.

Insgesamt lassen sich sechs Faktoren benennen, die in ihrer Gesamtheit den Konflikten zwischen Staat und Gesellschaft ihre spezifische Ausprägung gaben. So war es, erstens, die sowjetische Deutschland- und DDR-Politik, die das Tempo und die Intensität der Transformationsversuche maßgeblich bestimmte und damit entweder konfliktmindernd oder -verschärfend wirkte. Dies gilt etwa für die Auseinandersetzung mit den Kirchen, die aus Gründen der sowjetischen Deutschlandpolitik bis zum Frühjahr 1952 keineswegs gesucht wurde. Erst nach der faktischen Ablehnung der Stalin-Note durch die Westmächte wurde mit der Anordnung Stalins an die SED-Spitze, den „eigenen Staat [zu] organisieren“ und dabei insbesondere eine Armee zu schaffen²², ein Konflikt um die Militarisierung der Jugend ausgelöst und die Konfrontation mit den Kirchen sowie den in der kirchlichen Jugendarbeit engagierten, durchweg pazifistisch eingestellten Jugendlichen gesucht. Mit der auf eine sowjetische Anordnung zurückgehenden Verkündung des „Neuen Kurses“ Anfang Juni 1953 wurde der offene Konflikt um die „Junge Gemeinde“ dann auch wieder beendet. Zweitens konnten Rationalitäts- und Funktionalitätserwägungen auf Seiten der SED eine konfliktthemmende Wirkung entfalten. So sah sich, wie Ralph Jessen auf der Konferenz darlegte, die SED gezwungen, beachtliche Teile der alten akademischen Elite in den naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Disziplinen zu umwerben und zu integrieren, um nicht von vornherein mit ihrem gesellschaftlichen Experiment Schiffbruch zu erleiden. Aber auch in der Landwirtschaft fühlte sich die SED nach dem Scheitern ihres ersten Anlaufs zur Kollektivierung genötigt, den sogenannten „Großbauern“ stärker entgegenzukommen, um eine erneute Versorgungskrise zu vermeiden²³. Damit wird, drittens, deutlich, daß sich die DDR-Führung darum bemühte, aus ihren eigenen Fehlern zu lernen. Es handelte sich dabei nie darum, Abstriche von den Zielsetzungen vorzunehmen; aus taktischen Gesichtspunkten war sie jedoch bereit, etwa auf direkte Konfrontationen zu verzichten und, wie bei den Kirchen, zu subtileren Penetrationsmethoden überzugehen²⁴.

Viertens waren die Reaktionen der durch die SED-Politik Herausgeforderten durchaus differenziert, so daß Konflikte entweder umgangen, abgemildert oder eingegrenzt werden konnten. So beschränkte sich die Katholische Kirche weitgehend darauf, ihre Existenz in politischer Abstinenz zu bewahren. In anderen Situationen, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Junge Gemeinde, lassen sich

²² Vgl. Wolkow, *Die deutsche Frage aus Stalins Sicht*, S. 43–47, das Zitat S. 45.

²³ So Bauer, *Sozialistische Formierung auf dem Land*, S. 131.

²⁴ Vgl. dazu Goerner, *Die Kirche als Problem der SED*.

die Handlungen der einzelnen Jugendlichen allenfalls als Resistenz qualifizieren²⁵. Dies gilt letztlich auch für die Unmutsbekundungen unter der Leipziger Studentenschaft aus den Jahren 1956/57, die in dem Beitrag von *Günther Heydemann* und *Heidi Roth* eingehend thematisiert werden. Die in den fünfziger Jahren häufigste Methode, Konflikten aus dem Weg zu gehen, bestand in der Abwanderung nach Westen. Damit wird, fünftens, nach der Bedeutung der durchlässigen innerdeutschen Grenze für die Intensität der Konflikte gefragt. Diese besaß, wie der Beitrag von *Wentker* zeigt, eine durchaus ambivalente Wirkung. Sie entschärfte einerseits bestehende Konflikte, weil die Flucht in den Westen auch eine Flucht vor der Auseinandersetzung mit dem Staat darstellte; andererseits förderte die Möglichkeit, abwandern zu können, die Konfliktbereitschaft. Schließlich muß, sechstens, zeitlich differenziert werden. War zu Beginn der fünfziger Jahre, wie der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zeigt, unter besonderen Umständen noch eine Massenerhebung möglich, so verhinderte in den Jahren danach die latente Drohung Moskaus mit einer militärischen Intervention eine solch umfassende Erhebung. Die Proteste der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre blieben Einzelercheinungen, die kurzfristig, wie etwa 1956 zu solchen Verunsicherungen im Politbüro führten, daß dieses, worauf *Peter Skyba* hinweist, am 30. Oktober 1956, für wenige Tage das Organisationsmonopol der FDJ preisgab; insgesamt ließen sich die Unmutsbekundungen jedoch weitaus besser kanalisieren als die massierten Proteste des Jahres 1953.

Wann und unter welchen Umständen die Konflikte in der DDR zu handfesten Krisen ausufernten, wie diese Krisen „von oben“ wahrgenommen wurden und wie die SED und die sowjetische Führungsmacht damit umgingen, ist das Thema der abschließenden Sektion. Dabei gehen die Meinungen darüber auseinander, ob die Verwerfungen der Jahre 1953, 1956 und 1961 so tief waren, daß sie alle die Anwendung des Krisenbegriffs rechtfertigen. Während *Heydemann* und *Roth* alle drei Fälle als Krisen bezeichnen, fassen *Elke Scherstjanoi* und *Ralph Sowart* den Begriff unter Rückgriff auf Krisentheorien der siebziger Jahre wesentlich enger, so daß sie ihn lediglich auf die Situationen von 1953 und 1961 anwenden. Darüber hinaus bestand aus ihrer Sicht 1953 eine weitaus gefährlichere Situation für die DDR als 1961. 1952/53 habe es die SED bewußt auf Konflikte mit bestimmten Bevölkerungsgruppen angelegt und damit einen Vertrauensverlust in Kauf genommen, Ausmaß und Folgen ihrer Politik jedoch unterschätzt. 1960/61 hingegen sei das Bedrohungspotential deutlich geringer und die SED-Führung wesentlich stärker gefestigt gewesen. Vor diesem Hintergrund relativieren sie auch die Bedeutung des Mauerbaus im Jahre 1961. Damit befinden sie sich im Widerspruch zu den Autoren der letzten Beiträge. *Henrik Bispinck* widmet sich systematisch dem Thema „Republikflucht“ aus Sicht der SED-Führung. Die Abwanderung von etwa drei Millionen Menschen zwischen Kriegsende und Mauerbau in die Bundesrepublik, „eines der zentralen Probleme der DDR-Führung“, wurde von dieser erst 1952/53 als bedrohlich wahrgenommen. Danach blieb die „Republikflucht“ jedoch ein „Dauerbrenner“ in den Führungsetagen des Partei- und Staatsapparats, der sich freilich als unfähig erwies, die Ursachen dafür primär in der eigenen Politik zu erkennen. Die Ideologie prägte die Wahrnehmungsmuster der Funktionäre und vernebelte ihren Blick; sie bewahrte die Stützen des Systems jedoch gleichzeitig davor, in dessen Abgrund zu sehen. Die

²⁵ Vgl. *Wentker*, *Jugendarbeit oder Jugendopposition*, S. 190–194.

Strategien im Umgang mit der „Republikflucht“ führten daher allenfalls zu kurzfristigen Erfolgen. Da eine grundlegende Änderung des politischen und wirtschaftlichen Systems undenkbar war, blieb als einzige Handlungsmöglichkeit, den Fluchtweg durch die Errichtung der Berliner Mauer zu versperren. Die Ursachen für die Massenabwanderung waren damit freilich nicht beseitigt. Die Mauer war daher, so die Folgerung aus *Bispincks* Beitrag, vom August 1961 an eine notwendige Voraussetzung für das Überleben der DDR. Der Beitrag von *Matthias Uhl* verdeutlicht zudem, daß die Existenz der DDR damals wie 1953 „auf der Anwesenheit sowjetischer Truppen“ beruhte. Dies belegt nicht zuletzt deren von *Uhl* untersuchte Rolle beim Mauerbau. Die Initiative zum Mauerbau ging zwar von Ulbricht aus, der den zögernden Chruschtschow schließlich von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen vermochte. Nachdem dieser seine Zustimmung erteilt hatte, verlor der Erste Sekretär der SED wieder den Spielraum, den er in einer außergewöhnlichen Krisensituation gegenüber Moskau gewonnen hatte. Dies zeigen insbesondere die von *Uhl* eingehend analysierten militärischen Planungen und Vorbereitungen zum Mauerbau, die unter strenger sowjetischer Kontrolle standen.

Abschließend thematisiert *Kurt Sontheimer* die Konsequenzen des Mauerbaus für Staat und Gesellschaft der DDR wie für die deutsch-deutsche Entwicklung. Dabei neigt er jener Sichtweise zu, die im Mauerbau eine deutliche innenpolitische Stabilisierung der DDR-Regierung erblicken möchte, da diese seither, von der Sorge um das Flüchtlingsproblem befreit, im Innern „schalten und walten konnte, wie sie es für richtig hielt“. Zwischenstaatlich habe die Mauer langfristig ein Umdenken vor allem in der Bundesrepublik bewirkt, die die Hallstein-Doktrin aufgab und den territorialen Status quo anerkannte. Gleichzeitig trug sie jedoch dazu bei, daß sich beide Staaten politisch voneinander entfernten und die Deutschen in Ost und West aufgrund ihrer unterschiedlichen Sozialisation einander fremd wurden.

* * *

Die Literaturverweise in den Fußnoten sind einheitlich in Kurzform (Autor, Kurztitel, Seitenzahl) gehalten und können vollständig aus dem Gesamt-Literaturverzeichnis am Ende des Bandes erschlossen werden. Einschübe bzw. Auslassungen in Zitaten sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht worden. Für die Mitwirkung an der Gestaltung des Bandes danken die Herausgeber Frau Ina Weißler und Herrn Tilo Wagner, für die Erstellung der Registerteile Herrn Niklas Gustke sowie Herrn Bernhard Dietz.

Gerhard A. Ritter

Traditionen und Brüche: Die DDR in den fünfziger Jahren*

Mit der Konstituierung der DDR als zweitem deutschen Staat 1949 war die Etablierung der SED-Diktatur im wesentlichen abgeschlossen. Die Umgestaltung der Gesellschaft hatte mit der Bodenreform, der Verstaatlichung der Banken und wichtiger Teile der Industrie begonnen. Noch immer gab es aber breite bürgerliche Mittelschichten, die unverzichtbare Funktionen in der Gesellschaft ausübten, eine von selbständigen Bauern betriebene Landwirtschaft und einen bedeutenden privaten Wirtschaftssektor. In den fünfziger Jahren wurde die Veränderung der Gesellschaft systematisch fortgesetzt, wurden immer weitere Bereiche der Gesellschaft gleichgeschaltet und wurde der „Aufbau des Sozialismus“ forciert. Am Ende dieses Jahrzehnts, spätestens in den ersten Jahren nach dem Bau der Mauer, sind alle wesentlichen Kennzeichen des DDR-Systems vorhanden. Trotzdem bleibt die Frage nach der Reichweite der Diktatur, nach der Spannung zwischen dem totalen Steuerungsanspruch der SED-Führung und dem „Eigensinn“ ihrer Bürger, die gegenüber dem Herrschaftsanspruch von Partei und Staat eine gewisse Autonomie zu bewahren versuchten.

Die Geschichte der DDR nicht nur in den fünfziger Jahren ist im wesentlichen zwischen zwei Polen einzubetten. Den einen Pol bildet die Sowjetisierung, die keineswegs nur von außen durch die Besatzungsmacht aufgezwungen wurde, sondern gemäß dem Grundsatz „von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“ auch bewußt von wesentlichen Teilen der SED-Führung betrieben wurde. Über den Marxismus, aber auch kommunistische Reformvorstellungen der Weimarer Republik, die von der Sowjetunion aufgegriffen worden waren, sind zudem über die Besatzungsmacht auch ursprünglich deutsche Ideen zurücktransportiert worden. Den anderen Pol bildeten deutsche Traditionen, vor allem die Vorstellungen der kommunistischen Arbeiterbewegung. Gerade die ältere Führungsgarde um Ulbricht und später um Honecker war grundlegend durch ihre Erfahrungen in der kommunistischen Bewegung der Weimarer Republik und in der Weltwirtschaftskrise geprägt. Weiter hat die Konkurrenz mit der Bundesrepublik die Politik der DDR entscheidend beeinflußt.

* Eine ausführliche mit detaillierten Literatur- und Quellennachweisen versehene Fassung der im Vortrag behandelten Fragen, in der auch Entwicklungen nach 1961 erörtert werden, enthält der Aufsatz des Verfassers: Die DDR in der deutschen Geschichte.

I.

Das wichtigste Instrument, mit der die in den fünfziger Jahren geradezu von einer Planungseuphorie erfaßte SED die Gesellschaft von Grund auf zu verändern versuchte, war die Planwirtschaft. In immer neuen Anläufen versuchten Mehrjahrespläne gleichsam eine Blaupause für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzugeben. Der Übergang zur Planwirtschaft bedeutete dabei einen qualitativen Wandel nicht nur der Wirtschaftspolitik der DDR. Nach dem Vorläufer des Halbjahresplanes 1948 beschloß der Parteivorstand der SED, der damit seinen alleinigen Führungsanspruch unterstrich, den ersten Zweijahresplan für 1949/50, der für 1951–1955 nach sowjetischem Vorbild durch einen Fünfjahresplan fortgesetzt wurde. Der folgende zweite Fünfjahresplan wurde noch vor seinem Ablauf in Anpassung an den sowjetischen Planungszyklus im Herbst 1959 durch einen Siebenjahresplan ersetzt. Die SED und der Staatsapparat, aber auch der FDGB, in geringerem Umfang auch die anderen Massenorganisationen, wurden zu Instrumenten, deren wichtigste Aufgabe nun die Durchsetzung der Vorgaben dieser Pläne war. Die Entwicklung der DDR zu einer von der SED durchherrschten Arbeitsgesellschaft, aber auch die ökonomischen Fehlentscheidungen, die schließlich entscheidend zum Zusammenbruch der DDR beitrugen, waren letztendlich auch eine Konsequenz der wirtschaftlichen Weichenstellung zu einer straff zentralisierten Planwirtschaft 1948/49.

Die Schwächen der zentralistischen Planwirtschaft waren u.a. die Politisierung der Ökonomie, die Spannung zwischen Politik und Sachverstand, die mangelnde Fachkompetenz der Entscheidungsinstanzen, die Tendenzen zur Autarkie und Abkoppelung von der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und weitgehend auch vom technologischen Fortschritt, die mangelnde Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, das hierarchische Prinzip der Willens- und Entscheidungsfindung, die mangelnde Differenzierung der Instrumente zur Lenkung der Wirtschaft sowie die Unterordnung der Wirtschaft unter das primäre Ziel der Machtbehauptung der SED. Hinzu kommt die Fehlentscheidung, nach stalinistischem Dogma den Ausbau der Schwerindustrie und der Schwermaschinenindustrie einseitig zu forcieren. Die mangelnde Berücksichtigung der Konsumgüterindustrie führte in den fünfziger Jahren immer wieder zu Versorgungslücken, die man durch Korrektur an den ursprünglichen Plänen zu schließen versuchte. Der Dienstleistungsbereich wurde aus ideologischen Gründen bis zum Ende der DDR stark vernachlässigt.

Typisch war zudem eine schon von Wirtschaftshistorikern der DDR vorsichtig kritisierte extensive Wirtschaftsweise¹. Die Steigerung der Produktionsmengen, nicht aber die Anpassung an den neuesten technologischen Stand und die Verbesserung der Qualität der Produkte hatte eindeutige Priorität. Da man keine Konkurrenz auf dem Markt befürchten mußte, spielten auch Rentabilitäts Gesichtspunkte zunächst kaum eine Rolle. Die extensive Wirtschaftsweise war trotz des ständigen Aderlasses durch die Flucht von qualifizierten Technikern und Facharbeitern in die Bundesrepublik zunächst nur deshalb möglich, weil das Erwerbspotential der Frauen sehr viel stärker als in der Bundesrepublik ausgeschöpft wurde.

¹ Vgl. Roesler, *Herausbildung*, S. 22 f., 79–84, 90, 123, 130, 320 f.; Roesler/Schwärzel/Siedt, *Produktionswachstum*, S. 220–241; Roesler/Siedt/Elle, *Wirtschaftswachstum*, S. 264–268.

Die späteren Versuche, auch die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Effektivität, Qualität und Rentabilität der Produktion zu verbessern und den Betrieben größere Freiheiten gegenüber der zentralistischen Planung zu gewähren, die in den sechziger Jahren im NÖSPL, dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“, ihren Niederschlag fanden, sind letztlich am Widerstand der Traditionalisten der SED und dem Primat der Politik gegenüber der Ökonomie gescheitert. Auch die späteren Bemühungen unter Honecker, mit dem Ausbau der Sozialpolitik nicht nur die Bevölkerung enger an das Regime zu binden, sondern auch Anreize zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu geben, haben keine dauerhaften Wirkungen gezeigt. Das war auch die Folge des trotz der ständigen Leistungswettbewerbe und des Prämiensystems aus ideologischen Gründen – in Anlehnung an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung – stark nivellierten Lohn- und Gehaltssystems.

Die Erhöhung der Normen war zudem, wie der Aufstand vom Juni 1953 gezeigt hatte, politisch gefährlich. Das gleiche galt nach den späteren Erfahrungen in Polen für einen Abbau der ökonomisch unsinnigen Subventionen und damit für eine realistischere Gestaltung der Preise. Die DDR blieb dem überholten Bild einer traditionellen Industriegesellschaft verhaftet. Dem Strukturwandel in der Wirtschaft, der in der Bundesrepublik bereits am Ende der fünfziger Jahre zum Abbau der Schwerindustrie führte, sowie dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und der Veränderung der Konsumbedürfnisse mit dem steigenden Wohlstand hat sie kaum Rechnung getragen. Sie geriet damit in einen Modernisierungsrückstand.

II.

Die Forcierung der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und die stärkere Angleichung an das sowjetische Modell – etwa durch die Verkündung des planmäßigen „Aufbaus des Sozialismus“ auf der zweiten Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 oder die Durchsetzung der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft 1960 – haben immer wieder zu Krisen geführt. Das zeigte sich auch in der Massenflucht von Bürgern, die erst durch den Mauerbau von 1961 gestoppt werden konnte. Die Flucht von insgesamt etwa 3,5 Millionen Menschen aus der SBZ und der DDR war ein politisches Mißtrauensvotum gegen das Regime. Mit der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials in der DDR und dem Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik stellte zudem der Exodus der im Durchschnitt jüngeren, aktiveren und beruflich gut qualifizierten Flüchtlinge² – unter ihnen viele Ärzte, Professoren, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter – zunehmend auch einen ökonomischen Aderlaß dar, während die Flüchtlinge der Wirtschaft der Bundesrepublik mit ihrem stark ausgeprägten Willen zum Aufbau einer neuen Existenz zusätzliche Impulse gaben.

Die am 17. Juni 1953 ihren Höhepunkt erreichenden Unruhen bildeten eine markante Zäsur in die Entwicklung der DDR von 1949 bis 1961. Die Arbeiterklasse war die wichtigste soziale Trägergruppe der Streiks, Demonstrationen und Proteste, die

² Vgl. Heidemeyer, Flucht, S. 48–53; Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bau der Mauer, S. 15–18.

aber fast alle sozialen Schichten und Gruppen der Bevölkerung in der Mehrheit der Städte und Landkreise erfaßte. Bei diesem Volksaufstand, der eine lange Vorgeschichte und starke Nachwehen hatte, wurde neben konkreten sozialen und politischen Reformforderungen immer wieder auch der Ruf nach Wiedervereinigung laut. Der Aufstand, der den Anspruch der DDR, ein Arbeiter- und Bauernstaat zu sein, als Propagandalüge entlarvte, war eine traumatische Erfahrung sowohl für die Träger des DDR-Regimes, denen die Legitimation gerade bei den Arbeitern entzogen wurde und deren Handlungsspielraum durch die Furcht vor einer Wiederholung der tiefen Erschütterung des Staates eingeengt wurde, wie für die Opponenten, die dessen brutale Niederschlagung ohne ernsthafte Versuche einer Intervention des Westens zur Grundlage ihres weiteren Verhaltens machen mußten. Dabei grub sich in das kollektive Bewußtsein der Bevölkerung die Einsicht ein, daß nicht das Politbüro Ulbrichts, sondern die sowjetische Armee die Macht im Lande ausübte.

Die Tauwetterperiode des Krisenjahres 1956, nach den Enthüllungen Chruschtschows über den Terror und die Despotie Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU, hat die DDR sehr viel weniger stark als Polen und Ungarn, wo ein großer Volksaufstand im Oktober/November 1956 von der Sowjetunion blutig unterdrückt wurde, erfaßt. Eine scharfe, auf die Abschaffung des gesamten Systems gerichtete Opposition, Widerstand und deren unnachgiebige Verfolgung blieben auch nach dem Juni 1953 weiterhin ein Kennzeichen der DDR der fünfziger Jahre. In der konkreten Diskussion 1956, die vor allem Studenten und die „Intelligenz“ erfaßte, standen jedoch konkrete Forderungen zur Entideologisierung des Studiums bzw. reformsozialistische Bestrebungen zur Umgestaltung der DDR im Vordergrund. Tatsächlich gab es jedoch weder eine revolutionäre noch eine reformistische Option. Eine Revolution nach dem Vorbild Ungarns hätte wegen der Unnachgiebigkeit der Träger des Regimes, der überlegenen Machtmittel der intakten sowjetischen Streitkräfte und der Zurückhaltung des Westens in einem Blutbad geendet. Eine demokratische Reform von innen, die über einen Machtwechsel an der SED-Spitze hinausging, hätte m. E. zwangsläufig zum völligen Zusammenbruch der DDR geführt. Die Alternative eines nationalen humanitären Sozialismus hatte in der DDR nie eine realistische Chance³.

III.

Ein zentrales Kennzeichen der DDR der fünfziger Jahre war der Beginn einer sehr weitgehenden Militarisierung der Gesellschaft. Diese fand ihren Ausdruck einmal im Aufbau der Kasernierten Volkspartei, der militärischen Vorläuferorganisation der 1956 gebildeten Nationalen Volksarmee, im hohen Grad der militärischen Rüstung, in der Aufblähung der Sicherheitsorgane des Staates und der Fülle bewaffneter Organe wie der Bereitschaftspolizei, der Grenzpolizei und den sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Zweitens zeigte sich diese Militarisierung von Staat und Gesellschaft, die weit über entsprechende Tendenzen im Kaiserreich hinausging, auch in der bedeutenden Rolle der Gesellschaft für Sport und Technik, die

³ Vgl. zur Begründung dieser Einschätzung: Ritter, Weder Revolution noch Reform, S. 336–362.

als eine der großen sozialistischen Massenorganisationen die Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Bevölkerung durch vormilitärische Ausbildung erhöhen sollte⁴, in der sozialistischen Wehrerziehung in den Schulen, im Schul- und Hochschulsport und in der zeitweisen Umfunktionierung der staatlichen Jugendorganisation FDJ zu einem Instrument zur Werbung von Freiwilligen für die Kasernierte Volkspolizei⁵.

Fast 10 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung waren nach Schätzungen in irgendeiner Form – haupt- oder nebenamtlich, freiwillig oder dienstverpflichtet – in den militärischen oder paramilitärischen Organisationen, in den Schutz- und Sicherheitskräften und den Organen der Landesverteidigung beschäftigt⁶. Für die Streitkräfte bildete die Sowjetunion, deren Militärdoktrin man übernahm und deren militärische Bildungseinrichtungen zwischen 1952 und 1989 von 4500 Offizieren der DDR besucht wurden, das Vorbild⁷. Das zeigt sich auch in der besonders engen Verknüpfung der Armee mit der Staatspartei SED – ein wesentlicher Unterschied zum NS-System, in dem sich die Wehrmacht dem direkten Zugriff der Partei bei der Rekrutierung des Offizierkorps weitgehend entziehen konnte.

IV.

Der Grad des Wandels und der Sowjetisierung der Gesellschaft war vor 1961 in den einzelnen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft unterschiedlich stark.

Das offene Bekenntnis der SED zur straff disziplinierten und zentralisierten stalinistischen Kaderpartei neuen Typs⁸, die sich als bewußte und organisierte Vorhut der Arbeiterklasse verstand, war mit der Wendung gegen „Sozialdemokratismus“ und der Zurückdrängung früherer Sozialdemokraten aus der zentralen, regionalen und örtlichen Führung der Partei und dem Bruch mit den Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, aber auch mit der Ausschaltung oppositioneller Kommunisten verbunden. Der Anteil früherer Sozialdemokraten an der Mitgliedschaft der SED sank von 52 Prozent nach der Vereinigung 1946 auf 6,5 Prozent im Jahr 1951⁹. In Anpassung an die KPdSU wurde der demokratische Zentralismus zum Prinzip des Parteiaufbaus erklärt, die Fraktions- und Gruppenbildung untersagt und ein von Ulbricht geleitetes, koordinierendes Machtzentrum (SED-Politbüro und Sekretariat des ZK) für alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an die Spitze der Partei gesetzt.

Besonders kennzeichnend für die Übernahme des sowjetischen Modells war der Aufbau eines Kadernomenklatursystems zur Sicherung der führenden Rolle der SED. In diesem wurden die für die zu vergebenden Positionen in Frage kommenden Personen mit genauen Angaben über ihre Herkunft, politische Orientierung und ihre Fähigkeiten verzeichnet. Das System, das den Nomenklaturvorgesetzten

⁴ Heider, Gesellschaft für Sport und Technik, S. 169–199.

⁵ Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 180–198.

⁶ Diedrich u. a., Bewaffnete Organe, S. 1.

⁷ Wenzke, „Bei uns können Sie General werden“, S. 183.

⁸ Vgl. dazu Malycha, SED.

⁹ Fricke, Vor- und Frühgeschichte der SED.

und damit letztlich den Führungsgruppen der SED die Kontrolle bei der Besetzung aller wichtigen Positionen gab, war horizontal und vertikal gegliedert. Die Grundzüge dieses Systems entstanden in den Jahren zwischen 1950 und 1960. Es wurde zunächst von zwei Zentren, dem Ministerium des Inneren für den Staatsapparat und dem zentralen Parteiapparat der SED, aufgebaut und 1960/61 im Kadernomenklatursystem der SED vereinigt¹⁰. Kennzeichnend war die Ausweitung des Systems in immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – außer den Kirchen – und die Ausdehnung auf Bezirke, Kreise und die Räte der Gemeinden. Es war ein wirksames Instrument zur Durchsetzung des Machtanspruchs der SED und trug wesentlich dazu bei, daß der Staatsapparat vollständig unter die Kontrolle der Partei geriet. Die Schwächen des Systems waren die einseitige Abhängigkeit von einem in der Krise 1989/90 weitgehend paralysierten Zentrum, die Erstickung eigenständigen flexiblen Handelns der mittleren und unteren Mitglieder der Nomenklaturkader sowie die geringe Integrationsfähigkeit des immer mehr verkrusteten Systems durch den Ausschluß des Großteils der Bevölkerung von den Spitzenpositionen in Staat und Gesellschaft.

Anfang 1968 hat der Soziologe Peter Christian Ludz – vor allem auf Grund einer Analyse der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees der SED 1954, 1958 und 1963 – eine vielbeachtete Studie zum Wandel der Partielite der SED vorgelegt¹¹. Seine Grundthese war, daß neben der alten „strategischen Führungsklique“ der Partei in den vorrangig wissenschaftlich, technisch und wirtschaftlich spezialisierten Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees eine jüngere „institutionelle Gegenelite“ entstanden sei. Diese sei weniger von der politischen Dogmatik als von den funktionellen Bedingungen der modernen Industriegesellschaft geprägt. Damit verbunden vertrat Ludz die Auffassung, daß die DDR sich von einer totalitären zu einer „autoritär verfaßten Gesellschaft“ wandelte, in der die Fachleute in einem „konsultativen Autoritarismus“ an Einfluß gewönnen. Auch hoffte er auf eine durch Sachzwänge bewirkte Konvergenz westlich-demokratischer und östlich-kommunistischer Gesellschaften. Die Thesen von Ludz spiegeln vor allem die Tendenzen zur Flexibilisierung des wirtschaftlichen Systems in der Zeit des NÖSPL. Sie übersehen, daß fachliche Kompetenz durchaus mit der politisch-ideologischen Prägung durch die SED und dem Primat der Machterhaltung der Partei Hand in Hand gehen konnte¹². Faktisch war entgegen den Thesen von Ludz das Primat der Politik über die Ökonomie nie ernsthaft gefährdet.

Der SED-Staat hat eine neue, von der Spitze der SED eingesetzte und kontrollierte herrschende Klasse mit den Inhabern der Führungspositionen in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hervorgebracht, die ihrerseits von mittleren Führungskadern und politisch zuverlässigen Fachleuten unterstützt wurde. Diesen privilegierten Klassen ist es schließlich gelungen, ihren sozialen Status und die damit verbundenen Privilegien zu vererben, während der zunächst systematisch geförderte soziale Aufstieg von Arbeiterkindern immer schwieriger wurde¹³. Die neue Macht-

¹⁰ Wagner, *Gerüst der Macht*, S. 95.

¹¹ Ludz, *Partielite*, bes. S. 324–327 (Zusammenfassung der Ergebnisse).

¹² Zur Kritik an den Thesen von Ludz vgl. die Rezension von Monika Kaiser, in: Bauerkämper u. a., *Gesellschaft ohne Eliten?*, S. 253–264; Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 336–338.

¹³ Solga, *Weg*, S. 159–205.

und Funktionselite hat es aber nicht verstanden, eine eigene Kultur zu entwickeln, die für die Gesamtgesellschaft – wie es früher bei Adel und Bürgertum der Fall war – stilbildend wirkte. Die DDR blieb eine Kleine-Leute-Gesellschaft, in der die nach dem Umbruch 1989 aufgedeckten Privilegien und Korruptionserscheinungen der Führung wesentlich zum völligen Zusammenbruch der Legitimität des Systems beitrugen.

V.

In der staatlichen Verwaltung hat die SED, die sofort mit der Leitung der Polizei und der Kontrolle der Personalämter die Schlüsselpositionen übernahm, unterstützt durch eine radikale Entnazifizierung, einen fast völligen Austausch der Eliten und die Ausrichtung der Arbeit der Verwaltung auf ihre Politik erreicht.

Wie insbesondere neuere Untersuchungen durch Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte über die Umwandlung des Justizwesens und die politische Instrumentalisierung der Rechtsprechung gezeigt haben¹⁴, hat sich trotz der im Zuge der Entnazifizierung vorgenommenen massenhaften Entlassung von Richtern und Staatsanwälten, die ganz überwiegend der NSDAP angehört hatten, und der forcierten Ausbildung von sogenannten Volksrichtern in Schnellkursen zur Schließung der Personallücken die Gleichschaltung, Zentralisierung und Sowjetisierung des Justizwesens von 1947/48 bis 1952/53 hingezogen. Weder die SMAD noch die deutschen Kommunisten haben die Eroberung der Machtinstrumente der Justiz als vordringlich angesehen. Auch fehlte ihnen zunächst das entsprechend ausgebildete Personal. Zudem hat die sowjetische Besatzungsmacht mit ihren Militärtribunalen und Speziallagern alle Abweichungen von der herrschenden Linie und alle potentiellen politischen Gegner rigoros ohne Einschaltung der deutschen Justiz unterdrücken können.

Einen tiefen Bruch mit den deutschen Traditionen bedeutete die Abschaffung des Berufsbeamtentums und die 1952 vorgenommene Ersetzung der fünf bestehenden Länder, in deren Landtagen die SED bei den Wahlen vom 20. Oktober 1946 keine absoluten Mehrheiten der Sitze erringen konnte¹⁵, durch 15 Bezirke, durch die die noch vorhandenen geringen Einflußmöglichkeiten der bürgerlichen Blockparteien beseitigt und die Reste regionaler Autonomie aufgehoben wurden. Auch die Überbleibsel der körperschaftlichen Eigenständigkeit der Gemeinden und Kreise, die zunächst an die deutsche Tradition der kommunalen Selbstverwaltung angeknüpft hatten, wurden nach vorangegangenen Eingriffen in die Kompetenzen der Gemeinden in Wirtschaft, Polizei und Schulwesen 1952/53 beseitigt. Die Gemeinden und Kreise sanken dadurch – wie die Bezirke – zu nachgeordneten territorialen Verwaltungseinheiten und Organen der zentralen Staatsgewalt ohne eigenständigen autonomen Kompetenzbereich herab.

¹⁴ Wentker, Justiz; Weber, Justiz und Diktatur; Pohl, Justiz in Brandenburg.

¹⁵ Ritter/Niehuss, Wahlen 1946–1991, S. 149.

VI.

Im Schulwesen, dessen Lehrerschaft durch die Entnazifizierung und die Ausbildung von Neulehrern in Schnellkursen fast völlig ausgetauscht und bald stark von der SED dominiert wurde¹⁶, knüpfte man mit der Einführung der „demokratischen Einheitsschule“, der Durchsetzung der Schulgeldfreiheit, der finanziellen Unterstützung von Kindern aus sozial schwachen Familien sowie der Verankerung einer für alle Schüler gemeinsamen achtklassigen Grundschule, auf die eine vierklassige Oberschule bzw. eine dreiklassige Berufsschule aufbauten, an die schulpolitischen Vorstellungen der KPD und SPD und Konzepte der Reformpädagogik der Weimarer Zeit an. Auch waren die Lehrpläne zunächst noch keineswegs an kommunistischen Dogmen ausgerichtet, sondern betonten die Erziehung der Jugend zur Demokratie und wahren Humanität und den Geist des friedlichen Zusammenlebens der Völker¹⁷. Seit 1948/49 wurden jedoch die reformpädagogischen Konzepte zunehmend durch die ideologische Orientierung am sowjetischen Modell ersetzt und seit 1952 die Erziehung des neuen sozialistischen Menschen zur zentralen Funktion der Schulen gemacht. Immer eindeutiger wurden die Schulen schließlich auch als Instrumente zur Lenkung des Angebots an Arbeitsplätzen im Rahmen der Wirtschaftsplanung vorgesehen. Die Entwicklung fand ihren Abschluß in der durch Gesetz vom 2. Dezember 1959¹⁸ nach sowjetischem Vorbild geschaffenen zehnklassigen „polytechnischen Oberschule“, die die enge Verbindung von Bildung und Erziehung mit der wirtschaftlichen Produktion betonte und für alle Kinder der DDR Regelschule war. Mit der Reform der Schulbildung wollte man die jungen Menschen nicht nur auf die Anforderungen der Wirtschaft vorbereiten, sondern auch die Bundesrepublik auf dem Bildungssektor überholen.

Größere Freiräume und eine stärkere Anknüpfung an ältere deutsche Traditionen gab es vor allem bis zum Mauerbau im Hochschulwesen. Zunächst bedeuteten die Entnazifizierung, die Deportation führender Wissenschaftler in die Sowjetunion und die Abwanderung vieler Wissenschaftler in den Westen Deutschlands einen schweren Aderlaß für die Hochschulen; auch wurde sofort damit begonnen, das weitgehende bürgerliche Bildungsprivileg an den Hochschulen durch die Erschwerung des Hochschulzugangs für Kinder aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum und die gezielte Förderung von Studenten aus den Unterschichten zu brechen. Die ideologische Durchdringung der Universitäten wurde durch die Errichtung dreier gesellschaftswissenschaftlicher Fakultäten in Leipzig, Rostock und Jena, die direkt der SED unterstanden, gefördert. Die Entstehung hochschulartiger Institutionen etwa für die Staats- und Rechtswissenschaft und Ökonomie, die unter strikter Kontrolle der SED standen, sowie die zunehmende Verlagerung der Forschung auf die aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin hervorgegangene Deutsche Akademie der Wissenschaften in Berlin haben die Stellung der Universitäten weiter wesentlich geschwächt¹⁹. Die Akademie wandelte sich nach sowjeti-

¹⁶ Welsh, *Revolutionärer Wandel*, S. 87–109.

¹⁷ Ritter, *Über Deutschland*, S. 143.

¹⁸ Abdruck des Gesetzes, in: Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 568–570.

¹⁹ M. und E. E. Müller, „... Stürmt die Festung Wissenschaft!“.

schem Vorbild von einer Gelehrtengesellschaft zum wichtigsten Zentrum der Forschung mit großen, vor allem naturwissenschaftlich-technischen Instituten²⁰.

Stationen und wichtige Aspekte der Umwandlung und politischen Gleichschaltung der Hochschulen waren die zunehmende Verdrängung der vor 1945 lehrenden bürgerlichen Geisteswissenschaftler seit 1945/46, die Verstaatlichung und Bürokratisierung der Hochschulen und der steigende Einfluß der SED auf die Gremien der Universitäten. In der sogenannten Dritten Hochschulreform von 1967/68 verloren schließlich die alten Ordinarien mit der Zusammenlegung jeweils mehrerer Institute, die traditionell von ihnen dominiert worden waren, zu Sektionen ihre letzte Bastion in den Hochschulen. Schon vorher hatten sie die Kontrolle über den Zugang zum Beruf des Hochschullehrers, in dem die Auslese nach wissenschaftlichen Leistungen zunehmend durch politische Kriterien und Kaderplanung ergänzt, in einigen Fächern sogar ersetzt wurde, sukzessive verloren.

Allerdings verlief dieser Prozeß in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen in einem durchaus unterschiedlichen Tempo und mit einem unterschiedlichen Grad der Politisierung²¹. Besonders die älteren Gelehrten der naturwissenschaftlichen Fächer und der medizinischen Fakultäten, in denen die Entnazifizierung 1945/46 für viele nur eine Episode blieb, konnten sich wegen der chronischen Personalknappheit zunächst behaupten. Die entscheidende Ursache für ihre starke Stellung war die Existenz eines gesamtdeutschen wissenschaftlichen Arbeitsmarktes und damit die Möglichkeit gerade der besonders angesehenen Professoren einen Lehrstuhl an einer westdeutschen Universität oder eine führende Position in einem Max-Planck-Institut zu erhalten. Der Mauerbau 1961 bedeutete daher eine tiefe Zäsur im Hochschulwesen. Während eine neue Generation von bereits in der DDR sozialisierten und von der SED protegierten Nachwuchswissenschaftlern zur Übernahme der freiwerdenden oder neuen Stellen bereitstand, verloren die älteren Professoren auch der naturwissenschaftlichen Fächer und der Medizin die Alternative, nach Westdeutschland zu gehen und mußten sich stärker als zuvor dem herrschenden System anpassen.

Die soziale Exklusivität des Hochschullehrerberufs nahm, nach der ersten Öffnung des Zugangs zur Professur für einzelne intellektuelle kommunistische Quereinsteiger, mit der zunehmenden Rekrutierung von Wissenschaftlern mit proletarischem Familienhintergrund ab. Die „Entbürgerlichung“ erstreckte sich jedoch, vor allem in den ideologieneutralen Fächern, in denen der Staat auf die Fachkompetenz der Professoren angewiesen war, über einen sehr viel längeren Zeitraum als in anderen Bereichen der Gesellschaft und läßt starke Kontinuitäten zu deutschen Traditionen und das Hochhalten bildungsbürgerlicher Ideale bis weit in die sechziger Jahre erkennen.

²⁰ Die Zahl der Mitarbeiter der Akademie stieg von 131 im Jahre 1946 auf 12923 im Jahre 1967. Vgl. Nötzoldt, Weg, S. 125–146, hier S. 125.

²¹ Vgl. dazu die ausgezeichnete Untersuchung von Jessen, Akademische Elite.

VII.

Das gleiche gilt für die Ärzteschaft. Trotz des besonders hohen Anteils der Mitglieder der NSDAP unter den Ärzten waren diese – mit Ausnahme der politisch belasteten Amtsärzte – bei der Entnazifizierung sehr glimpflich davongekommen²², da man sie angesichts der Seuchengefahr und der im Vergleich zu Westdeutschland gegebenen medizinischen Unterversorgung dringend benötigte. Auch hier hat die Existenz eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes – bis 1961 verließen 7500 Ärzte oder die Hälfte des Ärztebestandes von 1946 die Sowjetzone bzw. die DDR²³ – eine schnelle radikale Transformation verhindert. Die den Berufsstand der Ärzte und das Gesundheitswesen betreffenden Veränderungen knüpften im wesentlichen an sozialdemokratische Reformkonzeptionen der Weimarer Republik an, die z.T. über die Sowjetunion reimportiert und vom sowjetischen Vorbild überformt wurden²⁴. Insgesamt kann man jedoch nicht von einer tiefgreifenden Sowjetisierung des Gesundheitswesens sprechen. Der Unterschied zu Westdeutschland lag einmal in der stärkeren Betonung von Prävention und Früherkennung von Krankheiten und der stärkeren Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung von Patienten. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht bedeutete faktisch das Ende der Privatpraxis. Da neue Zulassungen bei der Niederlassung von Ärzten seit 1949 praktisch nicht mehr vergeben wurden, wurde das Gesundheitswesen zudem sukzessive verstaatlicht. Der Anteil der Freiberufler unter den Ärzten ging von über der Hälfte 1949 auf gut ein Fünftel 1960 zurück²⁵. In der ambulanten Versorgung ersetzten Polikliniken, Ambulatorien und das Betriebsgesundheitswesen zunehmend die frei praktizierenden Ärzte. Die ärztlichen Standesorganisationen und kassenärztlichen Vereinigungen wurden liquidiert. Eine eigenständige Interessenvertretung der Ärzte, die sich schließlich mit den übrigen Heilberufen in die Gewerkschaft Gesundheitswesen des FDGB eingliedern mußten, wurde nicht zugelassen²⁶.

Eine Dequalifizierung der Ärzte fand jedoch nicht statt. Das zeitweise gefährdete, weitgehende ärztliche Behandlungsmonopol blieb gewahrt. Trotz der Verstaatlichung des Gesundheitswesens in der DDR gab es allerdings erhebliche Elemente der Kontinuität, die bis 1961 im gesamtdeutschen Ärztemarkt, in der Institution der Kliniken mit ihren hierarchischen Strukturen und ihrer Bedeutung für die Sozialisation der jungen Ärzte, aber auch im Berufsethos und im bürgerlichen Selbstverständnis vieler Ärzte in der DDR lagen.

VIII.

Die wohl stärkste Kontinuität zur Zeit vor 1945 – übrigens auch nach der Vereinigung von 1990 zur DDR-Zeit – gab es bei den Kirchen und ihren Geistlichen. Von der Entnazifizierung waren die Kirchen trotz der vielen NSDAP-Mitglieder unter

²² Ernst, Prophylaxe, S. 143–206.

²³ Ebenda, S. 54 f.

²⁴ Manow, Entwicklungslinien, S. 101–131.

²⁵ Ernst, Prophylaxe, S. 34.

²⁶ Ebenda, S. 73–89.

den protestantischen Pfarrern nur ganz am Rande betroffen, da die SMAD und unter ihrem Einfluß auch die deutschen Kommunisten das Prinzip der Selbstreinigung der Kirchen weitgehend akzeptierten²⁷. Die katholische Kirche blieb in bewußter Distanz zum Regime und konnte ihre Autonomie und ihre von der SED-Führung mit zunehmender Schärfe abgelehnte Verbindung zum westdeutschen Katholizismus weitgehend behaupten.

Auch das protestantische Milieu blieb erhalten. Die evangelischen Kirchen konnten ihren Grundbesitz trotz der Bodenreform behaupten; die kirchlichen Ausbildungsstätten blieben bestehen. Die diakonische Arbeit vor allem in der Alten- und Behindertenpflege konnte, zumal die staatlichen Institutionen den Bedarf nicht decken konnten, fortgesetzt werden. In der Rekrutierung der Pfarrer gab es ein hohes Maß an Kontinuität. Über ein Viertel der Väter der Pfarrer hatte eine abgeschlossene universitäre Ausbildung, meist in Theologie, ein Viertel der Pfarrer waren Pfarrerssöhne und ein Fünftel der Pfarrfrauen waren Töchter von Pfarrern²⁸.

Das spannungsgeladene wechselvolle Verhältnis des SED-Staates zu den evangelischen Kirchen und die Beziehungen zwischen den west- und ostdeutschen Landeskirchen – zentrale Gegenstände der Forschung über die DDR – können hier nur kurz angedeutet werden. Insgesamt ist es – wie z.B. die weitgehende Durchsetzung der Jugendweihe anstelle der Konfirmation²⁹ und der starke Rückgang der Kirchenbindung zeigt – zu einer zunehmenden Einengung des protestantischen Milieus gekommen. Immerhin gelang es aber den evangelischen Kirchen mit einer schwierigen Gratwanderung zwischen Anpassung und Resistenz ihre Gleichschaltung zu verhindern und einen erheblichen Grad an Autonomie zu bewahren. Sie bildeten schließlich ein Dach, unter dem sich Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsbewegungen entwickeln konnten, die wesentlich an der Auslösung der friedlichen Revolution 1989 beteiligt waren.

IX.

Diese Analysen der Grenzen der SED-Diktatur dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesellschaft schon bis 1961 grundlegend verändert worden war. Der Adel verlor mit der Bodenreform seine ökonomische Basis und spielte keine eigenständige Rolle mehr. Das traditionelle Besitzbürgertum verschwand mit der Verstaatlichung von Industrie, Großhandel und Banken. Das Bildungsbürgertum konnte sich – wie wir gesehen haben – in Restbeständen besonders bei Pfarrern, Ärzten und Teilen der Hochschullehrerschaft vor allem bis zum Mauerbau behaupten³⁰, wurde aber marginalisiert und verlor seine vorher für weite Kreise der Bevölkerung gegebene Vorbildfunktion für Lebensweise und Wertvorstellungen.

Die Auflösung der Beamtenschaft bedeutete den radikalen Abbruch einer tief verwurzelten, in starkem Maße verhaltensprägenden deutschen Institution. Die

²⁷ Kleßmann, Sozialgeschichte des protestantischen Milieus, S. 34 f.

²⁸ Ebenda, S. 32.

²⁹ Urban/Weinzen, Jugend.

³⁰ Kleßmann, Relikte, S. 254–270.

neue, sehr heterogene Schicht der „sozialistischen Intelligenz“ zeigte in der besonderen Nähe zum Staat Affinitäten zu dem früheren Bildungsbürgertum und der Beamtenschaft, wich aber in ihrer Ausrichtung am Sozialismus und der SED von älteren Wertvorstellungen und Verhaltensweisen völlig ab. Insgesamt bedeutete die weitgehende Verdrängung der alten Eliten in der DDR einen schweren Verlust an ökonomischem Potential und kulturellem Kapital, der bis zum Ende des Regimes nicht wettgemacht werden konnte.

Das Kleinbürgertum der gewerblichen Selbstständigen konnte sich trotz scharfer Verfolgungen u. a. mittels Steuergesetzen in den fünfziger Jahren noch weitgehend halten. In der späteren Entwicklung der DDR wurde ihm jedoch durch die weitere Verstaatlichung des Handels bzw. die genossenschaftliche Organisation des Handwerks die wirtschaftliche Basis entzogen. Da aber kleinbürgerliche Werte und Lebensweisen eine starke Anziehung auch auf die Arbeiterschaft gehabt hatten, wurden sie in der DDR teilweise konserviert.

X.

Eine völlige Umwandlung erfuhr die ländliche Gesellschaft in der SBZ bzw. der DDR. Während die dörflichen Sozialstrukturen und ländlichen Verhaltensweisen sich in Westdeutschland unter dem Einfluß der Einebnung der Unterschiede zwischen Stadt und Land durch Massenmotorisierung, Massenkonsum und Massenkommunikationsmittel, der schwierigen Integration der Flüchtlinge und der Abschwächung konfessioneller Differenzen grundlegend veränderten³¹, war der Wandel in der DDR vor allem politisch bedingt. Mit der von der Sowjetunion mit Unterstützung der KPD durchgesetzten radikalen Bodenreform³² wurde die landwirtschaftliche Besitzstruktur wesentlich verändert und die traditionelle soziale und weitgehend auch politische Dominanz der sogenannten Junker beendet. Die an die Bodenreform von KPD und SED geknüpften weiteren ökonomischen, sozialen und politischen Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Die agrarische Produktion ging stark zurück und trug wesentlich zur akuten Nahrungskrise der frühen Nachkriegszeit bei³³. Es entstanden zudem massive Spannungen zwischen Alt- und Neubauern, die vor allem auf der unzureichenden Ausstattung der neuen Betriebe mit Vieh, Maschinen, Inventar und Gebäuden und der Abhängigkeit der Neubauern von der oft nur widerwillig oder gar nicht gegebenen Hilfe der alteingesessenen Landwirte beruhten³⁴.

Die Bodenreform leistete auch keinen wesentlichen Beitrag zur Integration der Vertriebenen, die unter den Neubauern vielfach noch besonders benachteiligt wurden. In den Dörfern und zunächst auch in der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ gaben meist die Großbauern mit einem Betrieb von mehr als 20 ha weiter den Ton an. Auch politisch ging die Rechnung der SED, mit den Neubauern eine

³¹ Ritter, *Über Deutschland*, S. 77–80.

³² Bauerkämper, „Junkerland in Bauernhand“.

³³ Vgl. dazu am Beispiel Sachsens Kluge, *Bodenreform*, S. 116f.

³⁴ Bauerkämper, *Auf dem Wege*, S. 250f.; ders.: *Von der Bodenreform zur Kollektivierung*, S. 122–125.

starke eigene Klientel auf dem Land zu schaffen, nicht auf. Deren Bindung an die SED blieb prekär. Viele Neubauern gaben ihr Land wieder auf und distanzieren sich desillusioniert von der SED, in deren Mitgliedschaft die Landwirte einen erheblich geringeren Anteil stellten als in der LDPD und in der CDU oder gar in der z.T. als Reaktion auf die mangelnde Unterstützung der SED auf dem Lande gegründeten, allerdings von vornherein gleichgeschalteten Demokratischen Bauernpartei Deutschlands³⁵.

Bereits 1948/49 wurde auch als Ausdruck des Klassenkampfes auf dem Lande die Agitation gegen die Großbauern verstärkt, die Agrarpolitik der SED radikalisiert und der staatliche Sektor der Landwirtschaft ausgeweitet. Nach der Ablehnung der Stalin-Noten vom März/April 1952 erfolgte im Zusammenhang mit der Verkündung des Aufbaus des Sozialismus durch die zweite Parteikonferenz der SED im Juli 1952 der Übergang zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Ursachen dafür lagen offenbar weniger in der Strukturkrise der klein- und neubäuerlichen Betriebe als in dem machtpolitisch motivierten Ziel der Festigung der SED-Herrschaft auf dem Lande³⁶.

Nachdem als eine der Reaktionen auf den Schock des Aufstandes vom Juni 1953 der Druck zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zunächst verringert worden war, wurde schließlich in den ersten Monaten des Jahres 1960 durch eine vehemente Propagandakampagne und eine Mischung von Anreizen und massiven Druck- und Zwangsmitteln die Vollkollektivierung der Landwirtschaft durchgesetzt. Schon Mitte 1960 bewirtschafteten die 19000 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die in ihrer weiteren Entwicklung immer häufiger den Charakter spezialisierter Großbetriebe mit einer industriegemäßen Produktionsweise annahmen, über 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während weitere 6 Prozent auf volkseigene Güter entfielen³⁷.

Im Zuge des Transformationsprozesses auf dem Land verschwanden neben den Gutsbesitzern und den auf den Gütern beschäftigten Landarbeitern, die in der diffusen Großgruppe der „Staatsangestellten“ auf dem Lande aufgingen, bis auf wenige Ausnahmen auch die selbständigen Bauern und der bäuerliche Familienbetrieb, der die Landwirtschaft der Bundesrepublik prägt. Die traditionelle Dorfkultur und die überkommenen Lebensweisen wurden zerstört und die Herrschaft der SED auch auf dem Lande fest verankert. Kennzeichnend für die DDR war weiter die Angleichung der landwirtschaftlichen Arbeitsbedingungen an die der Industriearbeiter und – ein Ausdruck des Modernisierungsrückstandes – der im Vergleich zu Westdeutschland sehr viel höhere, nach der Vereinigung 1990 radikal reduzierte Anteil der Beschäftigten der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen³⁸.

³⁵ Bauerkämper, Auf dem Wege, S. 252.

³⁶ Bauer, Sozialistische Formierung, S. 129.

³⁷ Kleßmann, Zwei Staaten, S. 318.

³⁸ Schwarzer, Arbeitsbeziehungen, S. 160.

XI.

Das klassische, proletarisch geprägte Arbeitermilieu bröckelte auch in der DDR langsam ab, konnte sich aber sehr viel länger behaupten als in der Bundesrepublik. Das hing mit der Industrialisierungspolitik der DDR, der Umwerbung der Facharbeiterschaft der Industrie als wichtigster Klientel der SED, der Förderung der Großbetriebe, der verzögerten Umsetzung des technologischen Wandels und dem weitgehenden Verzicht auf den für die modernen Gesellschaften typischen starken Ausbau des Dienstleistungssektors zusammen. Die DDR war so eine strukturkonservative Industriegesellschaft.

Die Arbeiterschaft hatte zwar nie die von der SED monopolisierte Macht im Staate. Dennoch war die offizielle Ideologie, nach der die DDR ein Arbeiter- und Bauernstaat unter Führung der Arbeiterklasse war, auch für die Politik, das Arbeitsrecht und die Arbeits- und Lebenswelt von Bedeutung³⁹. Die Berufung auf die Unterstützung der Arbeiterschaft, die nach der Sicht der Herrschenden die treibende Kraft der Geschichte und ihrer „Gesetzmäßigkeiten“ war, bildete die wichtigste Legitimation des Staates. Die Arbeiterschaft zufriedenzustellen war daher, insbesondere nach der traumatischen Erfahrung des Aufstandes vom Juni 1953, ein zentrales Anliegen der SED-Führung. Es bestimmte zunehmend die Ausrichtung der Sozialpolitik, verhinderte eine aus wirtschaftlichen Gründen wünschenswerte größere Differenzierung der Löhne und Gehälter und ließ die Führung immer wieder von effektiven Maßnahmen zur Produktionssteigerung durch Erhöhung der Arbeitsnormen, von der Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge und dem Abbau von ökonomisch unsinnigen Subventionen zurückschrecken. Die offizielle Hochschätzung der Arbeiterschaft kommt auch darin zum Ausdruck, daß insbesondere die ältere Generation der SED-Führung ihre Herkunft aus der Arbeiterschaft betonte und daß in der Selbsteinschätzung sich neben den Arbeitern auch viele Angestellte und Angehörige der technischen Intelligenz – übrigens auch nach der Vereinigung 1990 – als Angehörige der Arbeiterklasse bezeichneten, während in der Bundesrepublik die Mehrheit der Bevölkerung sich als Angehörige der Mittelschicht ansieht⁴⁰.

Mit der Verstaatlichung der Arbeiterbewegung verloren die Arbeiter ihre autonome Interessenvertretung. Die SBZ/DDR knüpfte zwar in der Organisationskultur, im Habitus und in den Ritualen an die ältere Arbeiterbewegungskultur insbesondere des kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung in modifizierter Form an⁴¹. Sie lehnte aber eine unabhängige organisatorische Vertretung von Arbeiterinteressen scharf ab. So wurden die Betriebsräte, die nach Kriegsende versuchten, das durch die Enteignung früherer Besitzer und die Ausschaltung der meisten Manager entstandene Machtvakuum auszufüllen und die Betriebe von der Basis aus neu aufzubauen, in ihrer Arbeit behindert und 1948 aufgelöst⁴².

³⁹ Das betont Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat“, S. 20–28.

⁴⁰ Von Plato, Arbeiter – Selbstbilder, S. 873 f.; Statistisches Bundesamt, Datenreport 1994, S. 579–581.

⁴¹ Mühlberg, Arbeiterkultur in der DDR, S. 79 f.

⁴² Suckut, Betriebsrätebewegung.

Die Einheitsgewerkschaft des FDGB wurde der Führung und Kontrolle der SED unterworfen und dabei nach sowjetischem Modell von einer Interessenorganisation der Arbeitnehmer zu einer Massenorganisation umgewandelt, deren Hauptaufgabe die Durchsetzung der SED-Politik bei ihren Mitgliedern war. Dieser Prozeß war mit der Ausschaltung der ursprünglich aus der SPD kommenden Gewerkschaftsfunktionäre und der scharfen Wendung gegen „trade-unionistisches Bewußtsein“ und „Sozialdemokratismus“ verbunden⁴³. Statt Tarifverträge auszuhandeln und eine Steigerung der Löhne und Gehälter letztlich auch mit Streikdrohungen zu erzielen, wurden die Gewerkschaften zu Instrumenten, denen eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne und der Steigerung der Produktion zufiel.

Die Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben haben aber vor allem seit den 1960er Jahren wieder stärker versucht, auch die Interessen ihrer Mitglieder zur Geltung zu bringen, so daß die Spannung zwischen dem sowjetischen Modell der Staatsgewerkschaft als Trägerin von Produktionskampagnen und der deutschen Tradition der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer nie vollständig aufgehoben wurde⁴⁴. Auch waren die Gewerkschaften als Träger der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, als wichtige Institutionen der betrieblichen Sozialpolitik und Kulturarbeit sowie wegen ihrer Rolle bei der Gewährung von Prämien und der Zuteilung von Ferienplätzen in der Arbeits- und Lebenswelt der Menschen der DDR stark verankert. Die innere Bindung an sie war jedoch offensichtlich gering und die Einschätzung ihrer Führung bei den Mitgliedern verheerend. Das zeigte sich 1989/90 als – im Unterschied zur teilweisen Fortführung der SED in der PDS – die Versuche, auch die Gewerkschaften über den Zusammenbruch der DDR zu retten und ihnen in der Regierungszeit Modrows über eine Verfassungsänderung und ein Gewerkschaftsgesetz sogar eine zentrale Machtstellung im Staate zu schaffen⁴⁵, kläglich scheiterten⁴⁶.

Nicht die Gewerkschaften, sondern die nach sowjetischem Vorbild auf betrieblicher Ebene als Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer einer Arbeitsstätte gebildeten Arbeitsbrigaden wurden die wichtigsten Instrumente einer allerdings begrenzten kollektiven Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Ihre Rolle ist vor allem von Peter Hübner, der die Felder und die Formen von Arbeitskonflikten und die Art ihrer informellen Regelung in der DDR intensiv untersucht hat⁴⁷, hervorgehoben worden.

Die SED-Führung hatte so einen ständigen, schwierigen Balanceakt zwischen ihren gesellschaftspolitischen Zielen und der sozialen Befriedung der Arbeiterschaft zu vollführen, der ihre Handlungsfreiheit gerade auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wesentlich einengte, während er der Arbeiterschaft allerdings eng begrenzte Freiräume eröffnete. Trotz ihrer ideologischen Fixierung auf die Arbeiterschaft als führender Klasse und dem Bemühen, den Arbeiterinteressen Priorität

⁴³ Brunner, Sozialdemokraten im FDGB.

⁴⁴ Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat“, S. 24.

⁴⁵ Vgl. „Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 6. 3. 1990 und „Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 6. 3. 1990. Beide Gesetze in: Gesetzblatt [der DDR] 1990, I. S. 109 bzw. S. 110f.

⁴⁶ Weinert/Gilles, Zusammenbruch.

⁴⁷ Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, S. 178–210.

gegenüber den Interessen anderer sozialer Schichten einzuräumen, ist es der SED jedoch nicht gelungen, die Arbeiterschaft dauerhaft an sich zu binden. So ist es kennzeichnend, daß bei den ersten freien Wahlen in der DDR nach dem Fall der Mauer, den Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990, die Arbeiter weit überproportional CDU wählten, während ihr Anteil an den PDS-Stimmen tief unter dem Durchschnitt der Partei bei allen Wählern lag⁴⁸.

XII.

In der Sozialpolitik der DDR, die besonders in der Ära Honecker zur wohl wichtigsten Legitimationsgrundlage des Staates wurde⁴⁹, hielten sich die Kontinuitäten und die Brüche mit den deutschen Traditionen etwa die Waage. Letztlich hat der Ausbau der Sozialpolitik, vor allem die den Konsum fördernden hohen Subventionen für Güter des Grundbedarfs und die Arbeitsplatzgarantie, die Wirtschaft überfordert und notwendige Investitionen verhindert. Sie wurde so zu einer der Ursachen, die schließlich zum Zusammenbruch des Systems beitrugen.

In vielen Bereichen, vor allem im Fehlen von Institutionen zur Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und der Unternehmer und der geregelten Austragung und Lösung von Arbeitskonflikten, aber auch in der Versorgung der aus dem Produktionssystem herausgefallenen Teile der Bevölkerung – Rentner, Invaliden, Kriegsoffer, Behinderte, Witwen ohne eigene oder mit nur geringen eigenen Rentenansprüchen – blieb die DDR zudem weit hinter der Bundesrepublik zurück. Das gilt in besonders starkem Maße auch für den Konsum. Vor allem die ältere Generation der SED-Führer ging u. a. wegen der Erfahrungen des Massenelends in der Weltwirtschaftskrise, aber auch des Vorbilds der Sowjetunion von einer Vorstellung aus, nach der die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Bürger nach Nahrungsmitteln, Wohnung und Kleidung eine zentrale Aufgabe des Staates sei. Die Einführung von Mindestlöhnen und Mindestrenten ließ dem Leistungsprinzip wenig Raum, während die kostenlose ärztliche Versorgung und die immer größere ökonomische Ressourcen in Anspruch nehmende Subventionierung von Lebensmitteln des Grundbedarfs, von Mieten, Kinderkleidung und Kinderbetreuung, Kantinenessen und Schulspeisungen sowie des Urlaubs in Ferienheimen einen Abstieg unter die Armutsgrenze verhinderten⁵⁰. Dieses System war nicht nur kostspielig und ökonomisch ineffektiv; es trug auch dem steigenden Bedürfnis der Menschen nach gehobenem und stärker auf die individuellen Interessen zugeschnittenem Konsum, für den die Bundesrepublik immer mehr zum Vorbild wurde, nur unzureichend Rechnung.

All diese schon in den fünfziger Jahren einsetzenden Fehlentwicklungen verurteilten das ehrgeizige, von Ulbricht auf dem 5. Parteitag der SED 1958 gesteckte Ziel, die Bundesrepublik bis 1961 im Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern einzuholen und zu überholen⁵¹, von vornherein

⁴⁸ Ritter/Niehuss, Wahlen 1946–1991, S. 259.

⁴⁹ Hockerts, Soziale Errungenschaften, S. 791–794.

⁵⁰ Merl, Sowjetisierung in der Welt des Konsums, S. 167–194.

⁵¹ Ebenda, S. 180.

zum Scheitern. Die SED und die DDR mit ihrer Orientierung an der ökonomisch und politisch rückständigen Sowjetunion und veralteten Leitbildern der kommunistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik haben zwar Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend verändert. Mit ihrem starren Festhalten an einer durch Sozialisierung und Nivellierung der Einkommen veränderten Industriegesellschaft alter Prägung wurden sie Opfer einer im Kern konservativen Haltung, die den Weg in die Moderne gerade nicht öffnete, sondern verbaute. Auch das, nicht nur der Mangel an Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung, trug dazu bei, daß sie keine wirkliche Legitimation bei ihren Bürgern gewann.

Jan Foitzik

Sowjetische Hegemonie und Ostintegration der DDR

Der „Ostblock“ gehört zu den vernachlässigten Bereichen der Historiographie. Eine Vorstellung über die Tragfähigkeit des gegenwärtigen Wissensstandes sollen einige Zitate aus der Tagespresse illustrieren. Darin hieß es ursprünglich, daß die DDR ihre staatliche Existenz ausweislich ihrer Außenhandelsbilanz mit der UdSSR mit einem Defizit abgeschlossen habe und erst bei der Vorbereitung der deutschen Währungsunion herausgekommen sei, daß die DDR keine Schulden gegenüber der UdSSR hatte. Im Frühjahr 2001 – nach zehn Jahren also – lauteten die Schlagzeilen, daß Rußland aufgrund alter DDR-Außenhandelsbilanzen der Bundesrepublik etwa zwei Milliarden DM schulde. Diese Summe war in der russischen Schuldenbilanz nicht enthalten, letztlich akzeptierte sie aber die russische Regierung. Die Fachwissenschaft schlägt einen autonomen Weg ein und geht von einem Exportüberschuß der DDR von ca. zwei Milliarden Transferrubel Mitte 1990 aus, die mit etwa fünf Milliarden DM zu Buche schlagen.¹

Außerhalb der Ebene der deutsch-russischen Beziehungen ist die Situation noch unübersichtlicher. So galten noch 1989/90 Polen und Ungarn als Nutznießer der ökonomischen Kooperation mit der UdSSR, während in tschechischen Medien die gesamten Kooperationslasten neuerdings in US-Dollar mit einer dreistelligen Milliardensumme beziffert werden. Politisch wären solche Summen auch dann relevant, wenn sich die nicht benannte Bewertungsmethode als falsch herausstellen sollte.

Erhebliche Einordnungsprobleme bereiten aber auch die wenigen bisher bekannt gewordenen Details: So weisen etwa die Angaben der veröffentlichten DDR-Außenhandelsstatistik über den Handel mit der UdSSR im Jahr 1950 gegenüber internen sowjetischen Papieren einen Mehrwert von etwa 300 Millionen Mark aus, was einem Viertel des Umsatzes entsprach. Sowjetische Papiere wiederum bilanzieren den SBZ-Handel mit der UdSSR für 1949 mit einem Defizit von einer halben Milliarde Mark.

Angeichts der Größe solcher „weißen Flecken“ beschränke ich mich im kleinen Rahmen der gestellten Aufgabe darauf, unter politikgeschichtlicher Fragestellung einige thematisch wichtige Punkte zu markieren. Im Zentrum stehen zwei Strukturmomente. Zunächst soll die politisch-kulturelle Dimension der Ostintegration der DDR gestreift werden, die von ihrer Gesamtwirkung her sicherlich einen nationalgeschichtlichen Stellenwert hatte; danach wird kursorisch der Prozeß der politischen und ökonomischen Integration der DDR in das sowjetische Hegemonialsystem thematisiert. Weitgehend beiseite gelassen wird die Deutschlanddiplomatie und kurzerhand hypothetisch davon ausgegangen, daß die Erfahrungen, die vielfältigen und zunehmend perfektionierten Kontroll- und Einflußmöglichkeiten der

¹ Vgl. Schwarzer, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 220.

beiden Supermächte sowie das zwischen ihnen durch wechselseitige Kontrolle wachsende Vertrauen ausreichen, um sich in Europa den Besitzstand wechselseitig zu garantieren und Deutschland als ein lokales Problem zu isolieren, das durch den Doppelgriff der NATO und des Warschauer Paktes hinreichend „gedeckt“ wurde. Außenminister Dulles formulierte die *essentials* dieser Stabilitätspolitik gegenüber dem sowjetischen Außenminister Gromyko im Oktober 1957 unter vier Augen mit den Worten, daß die USA die mit der deutschen Frage verbundenen Sicherheitsinteressen der UdSSR respektierten und bemüht sein würden, keine Lösung der deutschen Frage anzustreben, die die Sicherheit der UdSSR gefährden oder die NATO stärken könnte². In einer Zusammenfassung werden schließlich in systematisierender Absicht einige Grundmomente des Integrationsprozesses skizziert, von denen zumindest einige weitere Beachtung verdienen.

Auf eine Tiefendurchdringung muß aber nicht nur wegen der skizzierten datentechnischen Einbruchgefahr verzichtet werden, sondern auch mit Blick auf den vorgegebenen zeitlichen Rahmen. Er enthält zwar die Zäsur von 1955/56, als die völkerrechtliche Festschreibung der europäischen Teilung durch Beitritt der beiden deutschen Staaten zur NATO bzw. zum Warschauer Pakt und die Bilder von der sowjetischen Intervention in Budapest am Jahresende 1956 in der öffentlichen Meinung Westdeutschlands Hoffnungen auf eine „österreichische Lösung“ für Deutschland zunichte machten³ und für Osteuropa die endgültige Bestätigung dafür brachten, daß Moskau und Washington mit „Entstalinisierung“ bzw. „Befreiung vom Kommunismus“ nur eine Politik der leeren Worte betrieben. Spätestens nach der Intervention in der ČSSR 1968 führte dies zu der Erkenntnis, daß eine Schwächung der hegemonialen Kontrolle der UdSSR und eine Änderung der bestehenden politischen Verhältnisse nur schrittweise durch eigene Anstrengungen erreicht werden könne. Die Schwerpunktsetzung auf die fünfziger Jahre berücksichtigt aber nicht, daß die völkerrechtliche und ideologische Integration der DDR in den „Ostblock“ erst in der ersten Hälfte der sechziger Jahre vollzogen werden konnte und diese Verzögerung ursächlich mit Schwierigkeiten dieser Integration zusammenhing.

1. Der politisch-kulturelle Aspekt

Am 11. Mai 1950 gratulierte das ZK der KPdSU(B) dem ZK der SED aus Anlaß des Jahrestages der „Befreiung des deutschen Volkes vom Hitler-Faschismus“⁴. Einen inhaltsgleichen Glückwunsch schickte der Vorsitzende der sowjetischen Regierung

² 1957, [rijen], Moskwa. – Informace UV KSSS o rozhovoru ministra zahraniči SSSR A. A. Gromyka se statním tajemníkem USA J. F. Dullesem, in: Reiman/Lunak, Studena valka, S. 55–70, hier S. 65.

³ Noch Anfang der fünfziger Jahre bekannten sich in Westdeutschland bis zu 50% der Befragten zur außenpolitischen Neutralität, etwas niedriger wurde im Durchschnitt die transatlantische Option präferiert, die im Juni 1953 auf die Zustimmung von 50% der Befragten hochschnellte.

⁴ Vgl. Telegramma Zentralnowo Komiteta Kommunistitscheskoi partii Sowetskowo Sojusa Zentralnomu Prawleniju Sozialistitscheskoi jedinoi partii Germanii po slutschaju godowschtiny oswoboschdenija nemezkowo naroda ot gitlerowskogo faschisma vom 11. 5. 1950, in: Ministerstwo inostrannyh del SSSR/Ministerstwo inostrannyh del GDR: Otnoschenija SSSR s GDR, S. 80.

auch Ministerpräsident Grotewohl⁵. Die von der SED-Partei- und DDR-Staatsführung in ihren Telegrammen an Stalin vom 7. Mai 1950 dem „Vater der Völker“ insinuierte⁶ und nach Stalins Salvierung amtlich festgeschriebene Floskel vom Hitler-Faschismus⁷ war in zweifacher Hinsicht neu, denn „Befreiung“ war nach Kriegsende in der SBZ/DDR nur als deutsche Ambition artikuliert und von der sowjetischen Zensur strikt unterbunden worden; außerdem war nun das deutsche Volk vom unspezifischen Hitler-Faschismus befreit worden, dessen sozialer Träger zwar parteiabstrakt feststand, dessen nationaler Träger aber im Dunkeln gehalten wurde. Noch ein Jahr zuvor war der 9. Mai in der SBZ als offizieller Gedenktag an den „Zusammenbruch des volksfeindlichen Regimes des aggressiven Hitler-Deutschland“ begangen worden, wie die Schlagzeilen der Tagespresse belegen. Vergleicht man beide Phrasen, so ergeben sich insgesamt mehrere Akzentverschiebungen.

Mit diesem voluntaristischen Exkulpationsakt tabuisierte Stalin 1950 die Kollektivschuld-These, auf der die alliierte Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes im wesentlichen aufbaute. Bei der Differenzierung zwischen der DDR und Deutschland handelte es sich um einen semantischen Kraftakt. In der Sowjetunion selbst blieb das Theorem von der historisch-genetischen Aggressivität der Deutschen, das man 1948 aus dem nationalrussischen Volksschatz hervorgeholt hatte, weiter in Kraft. Um eine deklaratorische Vorleistung handelte es sich auch deshalb, weil Stalins Erklärung von 1950 erst nach Beendigung des Kriegszustandes zwischen der UdSSR und Deutschland im Jahr 1955 erste tatsächliche Lockerungen nach sich zog, als die letzten deutschen Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsverschiebten aus sowjetischem Gewahrsam entlassen wurden. Erst 1964 wurden dann bekanntlich die 1941 deportierten Wolga-Deutschen vom Vorwurf der „Kollektivschuld“ moralisch freigesprochen, ohne später je völlig rehabilitiert zu werden. Von historischem Ballast ist das deutsch-russische Verhältnis noch heute nicht frei. Noch 1999 bemühte ein russischer Historiker formalrechtliche Argumente, als er im Zusammenhang mit der Beendigung des Kriegszustandes 1955 Chruschtschow politischen „Subjektivismus“ vorwarf und diesen Akt des einseitigen Rechtsverzichts gegenüber der DDR mit dem Moskauer Vertrag von 1970 gleichsetzte, in dem diese Preisgabe von Rechtspositionen ebenso „ohne Not“ auch gegenüber der Bundesrepublik ausgesprochen worden sei⁸.

Über das kulturelle Verhältnis der ostmitteleuropäischen Völker zu Deutschland liegen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bisher vorwiegend publizistische Äußerungen vor⁹. Die Ausnahme bildet eine 1987 erschienene polnische Untersuchung über das Deutschenbild in der Nachkriegszeit¹⁰. Reaktiviert wurde nach dem Krieg in Polen die aus dem 19. Jahrhundert stammende säkularisierte Vorstellung von der eigenen Nationalgeschichte als tausend Jahre politischer und kultureller Auseinandersetzung mit der „deutschen Expansion“. Neu kam hinzu, daß die ur-

⁵ Ebenda, S. 81.

⁶ Vgl. ebenda, sowie S. 76 und S. 77.

⁷ Vgl. Telegramm der DDR-Regierung an Stalin vom 8. 5. 1951, in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. I, S. 249f. Im Antworttelegramm Stalins war sogar von einer „Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch“ die Rede, ebenda, S. 250.

⁸ Pochlebkina, Welikaja wojna, S. 361 f.

⁹ Dabei wird von dem Genre der offiziellen Propaganda-Literatur abgesehen.

¹⁰ Dmitrow, Niemcy i okupacja Hitlerowska.

spränglich als kulturelle Differenz interpretierte Distanz nach dem Krieg auf anthropologische Determinanten zurückgeführt und ein „absoluter Gegensatz zwischen dem Eigenen und dem Fremden“ konstruiert wurde, wie dies in jüngster Zeit eine russische Autorin in modischem Klischee ausdrückte¹¹. Diese Geschichtsphilosophie war nicht spezifisch polnisch, und ihre Wirkung blieb nicht auf die ersten Nachkriegsjahre beschränkt. Weitgehend verallgemeinerungsfähig war auch die Feststellung, wonach „der Antigermanismus in den ersten Nachkriegsjahren eine wichtige integrative Rolle erfüllte“ und in der tief gespaltenen Gesellschaft als Hilfsbrücke fungierte, oder das aufgestellte Junktim zwischen „Hitlerismus“ und Deutschtum. Der polnische Autor fokussiert die Aufmerksamkeit zuletzt auf die Zensur, die nach einer kurzen Phase der freien und durchaus differenzierenden Meinungsäußerung in Polen ein offizielles Deutschen- und Deutschlandbild verbindlich vorschrieb und aufrechterhielt. Im Zentrum dieses neu installierten Stereotyps stand das nationalsozialistische Vernichtungslager als sinnbildlicher Ausdruck der deutschen Geschichte und als „Miniatur der kapitalistischen Gesellschaft“. Das Deutschenbild diente mit anderen Worten ausschließlich als Negativfolie des eigenen kulturellen und politischen Selbstverständnisses.

Im politischen Kontext müssen solche Stereotypen schon deshalb unbedingt als Determinanten beachtet werden, weil entsprechende suggestive Detailaufnahmen über Zensur, Literatur und Geschichtsschreibung zentral verwaltet wurden; außerdem erfüllten sie vielfältige innenpolitische und identitätsstiftende Funktionen. In der sowjetischen Wahrnehmung ist der herausragende Einfluß der kulturellen Komponente auf die eigene Deutschlandpolitik bereits 1945 registriert worden. Das Dilemma zwischen einem historisch schwer belasteten Deutschenbild und einer durch ideologische bzw. pragmatische Überlegungen geleiteten Deutschlandpolitik war jedoch kurzfristig nicht auflösbar, und Moskau blieb ihm weitgehend hilflos ausgeliefert. Auch das 1950 verkündete neue Stereotyp des nationalabstrakten „Faschisten“ trug politisch noch lange nicht. Nicht nur in der informellen Wahrnehmung, sondern auch in der Tagespublizistik, in der Literatur und in Schulbüchern handelte es sich in den fünfziger Jahren in Osteuropa nur um ein Synonym, das gleichberechtigt mit deutsch, Deutscher, Deutschland benutzt wurde. Auch in der amtlichen Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes wurde 1955 wieder die Formel „Hitler-Deutschland“ benutzt, die etymologisch aus der Zeit vor 1950 stammt. Erst in den sechziger Jahren lösten sich die öffentlichen Bilder über Deutsche langsam von den historischen Belastungen und den politisch-ideologischen Schablonen. Das Schlagwort vom „Faschisten“ konnte nun als leere Phrase seine integrative Wirksamkeit entfalten und dazu beitragen, gegenüber der DDR als einem deutschen Staat immer wieder auftretende Aversionen, Animositäten und Irritationen unter den Teppich zu kehren.

Welche Rolle bei der Überwindung der alten Stereotype das zweite Tabu spielte, das zum ersten Mal im Beschluß des ZK der SED zum Slansky-Prozeß in der Öffentlichkeit auftauchte, sei dahingestellt. Wörtlich hieß es darin: „Für die DDR [...] ist die Vernichtung der Slansky-Banditen [...] von außerordentlicher Bedeutung. Ein Gelingen dieser Pläne hätte die DDR in eine sehr gefährliche Lage gebracht.“¹²

¹¹ Senjawskaja, *Obras Germanii i nemzew*, S. 11–48.

¹² Vgl. Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky, in: ND vom 4. 2. 1953.

Diese Erklärung wurde am 19. Dezember 1952 fertiggestellt, also zwei Wochen nach der Massenhinrichtung in Prag, und am 4. Februar 1953 im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht¹³, wenige Wochen vor Stalins Tod also. Nur ein halbes Jahr später wurde unter der gleichen Anschuldigung das für allmächtig gehaltene Mitglied der damaligen sowjetischen „Führungstroika“ Berija festgenommen und im Dezember 1953 ebenfalls hingerichtet.

Mit der Propagierung des Vorwurfs der angeblichen Preisgabe der DDR durch Berija und seine Helfershelfer entstand ein selbst die engste politische Führung unmittelbar bindendes Junktim, das in Verbindung mit der nach dem 17. Juni 1953 propagandistisch geschürten Furcht vor einem in Deutschland aktiven nationalsozialistischen Untergrund als Eckpunkt der in Osteuropa amtlich veröffentlichten Meinung diente. Entsprechend den Vorgaben der Hegemonialmacht setzte von nun an die eigene Besitzstandswahrung im Hinblick auf die „Ergebnisse des zweiten Weltkriegs“ die Existenz der DDR voraus.

Das konfliktträchtige Dilemma zwischen einem aus der Konstruktion der eigenen historischen Identität abgeleiteten bzw. politisch-propagandistisch erzeugten Mißtrauen gegenüber Deutschen auf der einen und der Pflicht zum Schutz der DDR auf der anderen Seite legte sich erst, nachdem die DDR zu existieren aufgehört hatte. Kulturelle Kontakte mit osteuropäischen Ländern vereinbarte Ost-Berlin schon 1950. Der Kulturaustausch wurde zwar aus politischen Motiven stark forciert, doch zunächst nur halbherzig realisiert. In seinem Zentrum standen zunächst die alljährlich zelebrierten Monate der deutsch-sowjetischen Freundschaft; 1949 wurde der erstmals stattfindende Freundschaftsmonat sogar auf fast zwei Kalendermonate ausgedehnt¹⁴. Aus dem 1950 in der DDR begangenen „Tag der deutsch-polnischen Freundschaft“ sind zwar 1951 und 1952 ebenfalls Monate geworden, doch offenbar stieß die deutsch-polnische Freundschaft in der DDR auf Desinteresse: Im April 1955 beschränkte man sich beispielsweise auf eine Woche. In Polen fand im November 1955 eine „Woche der Freundschaft mit dem demokratischen Deutschland“ statt, erst für 1958 ist eine deutsch-tschechoslowakische Freundschaftswoche belegt. In Prag und Berlin entstanden 1955/1956 erste Kulturzentren.

2. Politische Integration unter dem Vorzeichen der sowjetischen Deutschlandpolitik

Die erste Phase der Integration der DDR in den „Ostblock“ stand im Zeichen der sowjetischen Deutschlandpolitik. Im Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 erkannte die DDR die bestehenden Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, und in einer gemeinsamen Regierungsdeklaration mit der ČSR die Vertreibung der Deutschen aus der ČSR vorbehaltlos an. Damit war die Oder-Neiße-Grenze zum ersten Mal in völkerrechtlicher Form fixiert worden. Nachdem die DDR im September 1950 in den seit anderthalb Jahren bestehenden Rat für gegenseitige Wirt-

¹³ Sogar in internen tschechoslowakischen und russischen Quellen fehlt jeder Hinweis in dieser Richtung. Unter den Hingerichteten befanden sich auch der erste diplomatische Vertreter der ČSR in der DDR und mehrere Mitarbeiter des Prager Außenministeriums.

¹⁴ Vom 30. 10. bis 21. 12. 1949.

schaftshilfe aufgenommen worden war, traten im Oktober 1950 in Prag die Außenminister Albanien, Bulgariens, der ČSR, Polens, Rumäniens, Ungarns, der UdSSR und der DDR zusammen, um unter Berufung auf das Potsdamer Protokoll von 1945 gegen die im Zeichen des Koreakrieges beginnende Westintegration Westdeutschlands zu protestieren. Das Außenministertreffen stand in der Tradition der im Februar 1948 auf polnische Initiative in Prag stattfindenden Konferenz der Außenminister Polens, Jugoslawiens und der ČSR sowie des von der sowjetischen Diplomatie initiierten Warschauer Außenministertreffens vom Juni 1948, an dem noch alle acht „volksdemokratischen“ Staaten (einschließlich Jugoslawiens also) teilgenommen hatten. Die DDR sprang 1950 in die Lücke, die Jugoslawien in der ursprünglich als „slawisch“ akzentuierten diplomatischen Kooperation in der Deutschlandfrage zwischen der UdSSR, der ČSR und Polen hinterlassen hatte. Ende 1954 fand noch unter Teilnahme Chinas die Moskauer Konferenz der osteuropäischen Regierungen statt. Damit endete die Tradition der Stalinschen Kollektivdiplomatie, denn der Protest gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr auf der Prager Konferenz der Außenminister der ČSR, Polens und der DDR vom April 1958 befriedigte propagandistische und nicht mehr politische Zwecke. Der Schwerpunkt der internationalen Initiativen hatte sich unter Chruschtschow auf parteipolitische Foren verlagert.

Die sehr knappe Feststellung, die 1988 ein polnischer Autor zur Charakterisierung der damaligen polnischen Deutschlandpolitik benutzte, kann man auf alle ostmitteleuropäischen Länder beziehen: Ihr Inhalt sei die Unterstützung „1. der Initiativen der DDR gegenüber der Bundesrepublik und 2. der Initiativen der UdSSR gegenüber den westlichen Okkupationsmächten“ auf allen Foren gewesen¹⁵. Hervorzuheben ist, daß sich alle Länder, die die DDR damals politisch unterstützten, mit ihr de jure noch im Kriegszustand befanden; der Westen legte im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland einen größeren Wert auf diplomatische Distanz. Den Kriegszustand mit Deutschland beendete erst die sowjetische Erklärung vom 25. Januar 1955, der sich bis April die Satellitenstaaten anschlossen¹⁶. Hinzuweisen ist ebenfalls auf den Umstand, daß Staatsbesuche auf höchster Ebene die politische Normalisierung der bilateralen Beziehungen Berlins mit Warschau und Prag protokollarisch bekräftigten: Im Dezember 1950 reiste Pieck nach Warschau und im Oktober 1951 nach Prag, im April 1951 kam der polnische und ein Jahr später auch der tschechoslowakische Partei- und Staatschef nach Berlin. In beiden Fällen soll erheblicher Moskauer Druck nötig gewesen sein, damit Bierut und Gottwald überhaupt und auch noch rechtzeitig vor der 2. SED-Parteikonferenz nach Berlin fahren. Diese bilateralen Staatsbesuche bildeten in Stalins Konzept der „konzentrierten Diplomatie“ übrigens eine absolute Ausnahme, weil sie nach den Erfahrungen mit der persönlichen Diplomatie Dimitrows und Titos als obsolet galten.

¹⁵ Kowalski, *Polska w swiecie*, S. 444.

¹⁶ Am 3. 2. 1955 die ČSR, am 18. 2. Polen, am 1. 3. Bulgarien, am 8. 3. Rumänien, am 15. 3. Ungarn, am 17. 3. Albanien, am 7. 4. China. Da die DDR zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs nicht bestanden hatte und die staatsrechtliche Kontinuitätstheorie in der DDR wie im damaligen „Ostblock“ abgelehnt wurde, kann diese Erklärung nur auf das Rechtssubjekt „Deutschland als Ganzes“ bezogen werden. Wie oben vermerkt, wird dieser Rechtsakt nicht einheitlich interpretiert.

Über die diplomatischen Anfangsschwierigkeiten klagte Anton Ackermann, damals Staatssekretär im Außenministerium, am 14. April 1950 dem Chef der sowjetischen diplomatischen Mission in der DDR. So wollten die „tschechischen Freunde“ keinen politischen Vertrag mit der DDR abschließen, sondern nur ein Handelsabkommen, der tschechoslowakische Entwurf werde deshalb dem Botschafter übergeben mit der „Bitte, bei der sowjetischen Regierung um Rat zu fragen“. Am 23. Juni 1950 wurde dann in Prag nur eine völkerrechtlich minderwertige Deklaration unterschrieben¹⁷. Ackermann berichtete dem sowjetischen Botschafter außerdem darüber, daß sich im SED-Politbüro Grotewohl über die schlechte Behandlung der DDR-Delegation in Budapest beschwert habe, die „immer auf den letzten Platz“ gesetzt worden sei. Als Außenminister Dertinger (CDU) deshalb vorschlug, künftig einen Kommunisten ins Ausland zu schicken, erklärte Ackermann pikiert, daß die SED keinen Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mache. Dertinger erwiderte darauf leger: „Aber das wissen sie in Prag, Warschau und Budapest nicht.“¹⁸ Man disponierte in Ost-Berlin aber um und schickte schließlich Ulbricht als Emissär nach Prag und Warschau, nachdem er über die Frage der Demarkationslinie an Oder und Neiße „ein Gespräch mit der Führung der SKK gehabt hatte“¹⁹. Dertingers Personalpolitik wurde noch in den sechziger Jahren beachtet: Bei allen in Osteuropa eingesetzten DDR-Botschaftern handelte es sich um Altkommunisten, die sich während des „Dritten Reiches“ in der politischen Emigration aufgehalten oder in Deutschland langjährige Haftstrafen verbüßt hatten. In einigen Fällen vertraten sudetendeutsche Kommunisten die DDR im „befreundeten Ausland“.

Vorab wurde der sowjetische Diplomat 1950 auch über die Details der Verhandlungen mit Prag informiert, wo man wünschte, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen von der DDR-Regierung als gerecht, endgültig und unabänderlich anerkannt werde; außerdem legte Prag Wert auf die Ungültigkeit des Münchener Abkommens von 1938²⁰. Im diplomatischen Hintergrund ist zu beachten, daß der Prozeß der politischen Einbindung der DDR in die sowjetische Hegemonialsphäre wegen der geopolitischen Lage blockinterne Konflikte auslöste bzw. auffrischte. Beachtet man beispielsweise, was die zwischen der DDR und der ČSR abgeschlossene Deklaration nicht enthält, und vergleicht man außerdem den polnischen und den tschechoslowakischen Text über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland, so ist der im tschechoslowakischen Wortlaut enthaltene explizite Rechtsvorbehalt hinsichtlich der Behandlung Deutschlands „als Ganzes“ unter anderem auch dahingehend zu interpretieren, daß die ČSR unter stillschweigender Berufung auf den Versailler Vertrag auf Rechten bestand, die aufgrund der nach dem Zweiten Weltkrieg veränderten territorialen Lage Polen belasteten²¹. Daraus resul-

¹⁷ Vgl. Gemeinsame Deklaration der Provisorischen Regierung der DDR und der Regierung der ČSR vom 23. 6. 1950, in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. I, S. 377–378.

¹⁸ AWP RF 82/37/6/199, Bl. 26–28, Vermerk über das Gespräch Puschkins mit Ackermann vom 14. 4. 1950.

¹⁹ Ebenda, Bl. 45–46, Vermerk über das Gespräch Puschkins mit Ackermann vom 2. 6. 1950.

²⁰ Ebenda, Bl. 40–41, Vermerk über das Gespräch Puschkins mit Ackermann vom 19. 6. 1950.

²¹ Danach genoß die ČSR in Deutschland Transport- und Postprivilegien, u.a. verfügte sie auch über eine Freihandelszone im Stettiner Hafen.

tierende polnisch-tschechoslowakische Differenzen konnten erst 1958 bereinigt werden.

Nach dem Scheitern der Stalin-Note verpflichtete Stalin Anfang April 1952 eine Delegation der SED-Führung, die DDR zum Bollwerk des volksdemokratischen Lagers gegen Westdeutschland auszubauen²². Im Hinblick auf die ideologische Integration der DDR in die sowjetische Peripherie mag der Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952, in der DDR den Sozialismus aufzubauen, nicht unwichtig gewesen sein. Im Zentrum der Interessen Moskaus und seiner Satelliten stand jedoch der ostdeutsche Wehrbeitrag, denn die politische Emanzipation und Integration der DDR in den „Ostblock“ war das Spiegelbild entsprechender Fortschritte in Westdeutschland.

Dem Ziel der Stärkung der politischen Position der DDR diene auch eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen der Besatzungsmacht, die in einigen Fällen durch andere Länder mitgetragen wurden. So betraf 1950 beispielsweise die Reduzierung der Reparationskosten um 50 Prozent und die Streckung der Restschulden auf 15 Jahre Polen, das zunächst mit 15 und ab März 1947 mit 7,5 Prozent am Reparationsaufkommen beteiligt war. Auch 1953 schloß sich Polen dem sowjetischen Reparationsverzicht an, was bald zu einer schweren Belastung der polnisch-sowjetischen Beziehungen führen sollte. In der politischen Klasse und 1956 auch in der Öffentlichkeit tauchte das Argument auf, daß Polen infolge der nach dem Krieg mit der UdSSR abgeschlossenen Sonderverträge über die Lieferung oberschlesischer Kohle faktisch für Deutschland (und zumindest teilweise an die DDR) Reparationen zahle.

3. Im Zeichen der „Zwei-Staaten-Theorie“

Die in einer ostdeutsch-polnischen Erklärung von 1955 enthaltene Floskel, wonach die Freundschaft mit der DDR – insbesondere auch im Hinblick auf „die definitive Festlegung der Oder-Neiße-Grenze“ – „hervorragende Bedeutung für den Frieden in Europa“ habe, und im übrigen ein gemeinsamer Standpunkt zur friedlichen und demokratischen Vereinigung Deutschlands herrsche, könnte als Geschäftsgrundlage zumindest der aktiven Bemühungen um politische Integration der DDR betrachtet werden. Solche Phrasen wiederholen sich und lassen auf einen geschäftsmäßigen Leerlauf schließen. Aussagefähiger war schon die Formel, daß „der Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf dem Boden der DDR eine hinreichende Garantie für die Stabilität der volksdemokratischen Ordnung in der DDR“ schaffe²³, die man in Moskau im Mai 1953 zur Begründung der Ablösung der militärisch dominierten Sowjetischen Kontrollkommission durch ein dem Außenministerium angeschlossenes Amt des Hohen Kommissars benutzte. Dieses Amt wurde nach zwei Jahren ebenfalls suspendiert. Als Begründung diente jetzt die Erklärung, daß „in der DDR die Beschlüsse des Kontrollrates in Deutschland [...] verwirklicht worden sind“

²² Vgl. Wettig, Abhängigkeiten und Handlungsspielräume der SBZ/DDR, S. 2595.

²³ Ebenda, S. 2607.

und damit auf dem Gebiet der DDR ihre Gültigkeit verlieren.²⁴ Mit dem Vertrag vom 20. September 1955 übertrug die UdSSR der DDR Souveränitätsrechte²⁵. Damit fiel auch die Kontrolle der Grenzen und der Demarkationslinie der DDR zu, Vorbehaltsrechte sicherte sich die UdSSR lediglich gegenüber Berlin und seinen militärischen Verkehrsverbindungen nach Westdeutschland. Im März 1957 folgte ein Vertrag über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR. Diese hießen aber weiterhin „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“. Entlastet wurde die DDR auch von den Unterhaltskosten: 1956 wurden sie von 1,6 Milliarden auf 800 Millionen Mark im Jahr reduziert, ab 1. Januar 1959 verzichtete die UdSSR völlig darauf.

Die Schlußfolgerung, daß solche Schritte nur das Ziel verfolgten, der DDR mehr politische Verantwortung und rüstungswirtschaftliche Lasten aufzuladen, leidet unter dem Umstand, daß die DDR ab 1953/54 durch massive sowjetische Kredite gestützt werden mußte²⁶. Dem historischen Blick entziehen sich bislang auch weitere finanzielle Transaktionen zugunsten des DDR-Staatshaushalts, etwa durch Verzicht auf sowjetische Staatskredite für SAG-Betriebe. Andererseits gehen Wirtschaftshistoriker davon aus, daß der SBZ/DDR in der Zeit von 1947 bis 1956 infolge Preisdiskriminierung im Handel mit der UdSSR geschätzte Verluste von 0,8 bis 2,0 Milliarden Mark²⁷ entstanden sind, weil die Preise 10 bis 25 Prozent unter dem Weltmarktniveau lagen. Die danach eingefahrenen Gewinne, als die DDR für billige Rohstoffe qualitativ minderwertige Industriewaren in den sechziger Jahren zu doppelten und in den achtziger Jahren sogar zu dreifachen Weltmarktpreisen nach der UdSSR und nach Osteuropa exportierte²⁸, fehlen in solchen ökonomischen Berechnungen. Buchheim und Herbst argumentieren, daß die Sowjetunion „für ihre politische und militärische Hegemonie im ‚Ostblock‘ wirtschaftlich recht große Kosten“ in Kauf nahm, weil sie die DDR „seit Ende der fünfziger Jahre faktisch subventioniert hat“. Da bis zur Einstellung der Reparationszahlungen ab 1. Januar 1954 unter dem Strich wohl nicht von Subventionierung gesprochen werden kann, wird davon auszugehen sein, daß die DDR von der Sowjetunion ab diesem Zeitpunkt alimentiert wurde. Die UdSSR subventionierte die DDR nicht nur direkt, sondern akquirierte auch Beiträge von anderen RGW-Ländern, beispielsweise von Polen, worauf bereits hingewiesen wurde, oder auch von der ČSR, worauf noch eingegangen wird.

Auf politischer Ebene hatten die Resultate der beschleunigten und die Perspektiven der weiteren Integration der DDR schon früher zu Widersprüchen geführt: So war im ursprünglichen, im Moskauer Außenministerium erstellten und von Molotow präsentierten Entwurf des Warschauer Vertrages die Aufnahme der DDR (und Albaniens) gar nicht vorgesehen²⁹. Im Hinblick auf die DDR rechtfertigte sich

²⁴ Vgl. Beschluß der Regierung der UdSSR: Über die Auflösung der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland, in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. III, S. 284–285.

²⁵ Vgl. Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vom 20. 9. 1955, in: ebenda, S. 280–283.

²⁶ Für 1957 etwa durch Erhöhung der Warenlieferungen um 30% gegenüber 1956 und einen Kredit von 340 Millionen Rubel in frei konvertierbarer Währung.

²⁷ Baar/Karlsch/Matschke, Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen, S. 946.

²⁸ Buchheim, Wirtschaftliche Folgen, S. 359.

²⁹ Molotow wurde als Außenminister am 1. 6. 1956 durch D. T. Schepilow abgelöst.

Außenminister Molotow im sowjetischen Parteipräsidium mit dem Argument, daß die UdSSR doch nicht wegen der DDR mit dem Westen Krieg führen würde. Chruschtschow setzte sich aber mit seiner Meinung durch, aus ideologischen Gründen alle osteuropäischen „sozialistischen“ Staaten im Bündnisvertrag zu berücksichtigen³⁰. Hier ist aber nicht der Ort, um die Auswirkungen des österreichischen Neutralitätsvertrages auf die Blockpolitik zu thematisieren. Gleichwohl muß die von Gerhard Wettig vorgetragene Meinung zurückgewiesen werden, daß der Buchstabe des Warschauer Vertrags die DDR aufgrund unterschiedlicher Definition der Beistandspflicht diskriminiert habe³¹, denn der deutsche Wortlaut weicht nicht von den anderssprachigen Vertragsfassungen ab³². Materiell privilegierte Artikel 3 des Vertrages sogar die DDR, denn er fixierte Konsultationspflicht der Vertragspartner, „wenn nach Meinung einer der Seiten die Gefahr eines bewaffneten Überfalls auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages entsteht“. Die Präambel hatte nämlich „die aggressiv-revanchistischen Kräfte“ in Westdeutschland lokalisiert. Der Warschauer Vertrag verdient auch insoweit Aufmerksamkeit, weil er fast zehn Jahre vor dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit der UdSSR vom 12. Juni 1964 abgeschlossen wurde. Erst dieser Vertrag leitete nämlich die definitive Einbeziehung der DDR in das zwischen 1943 und 1949 geknüpfte Netz bilateraler Beistands- und Freundschaftsverträgen der UdSSR mit ihren osteuropäischen Verbündeten ein. Die DDR kam so zwanzig Jahre später in den völkerrechtlichen Genuß „brüderlicher Zusammenarbeit“³³ mit der UdSSR als ihre östlichen Nachbarn, die die DDR aber aufgrund ihrer exponierten geostrategischen Lage politisch schon mit dem Warschauer Vertrag abgehängt hatte. Ähnliche Freundschafts- und Beistandsverträge mit Polen, der ČSSR, mit Ungarn und Bulgarien von 1967 sowie mit der Mongolei von 1968 markierten den Abschluß der Integration der DDR in die sowjetische Peripherie. In diesem Zusammenhang ist es zumindest auffällig, daß die DDR bereits am 25. Dezember 1955 mit der Volksrepublik China und am 22. August 1958 mit der Mongolei die ersten Verträge über „Freundschaft und Zusammenarbeit“ abgeschlossen hatte. Daß man Ost-Berlin in Osteuropa zehn Jahre lang die kalte Schulter gezeigt hatte, kann nicht ausgeschlossen werden. Aber auch darüber, wie Ulbricht in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die „chinesische Karte“ zu spielen gedachte, weiß man nur sehr wenig. Aufschlußreich ist überdies ein Blick in die Vertragstexte von 1967: Im Vertrag mit Polen verpflichtete sich die DDR ausdrücklich zur Verteidigung der Oder-Neiße-Grenze, die sie bereits 1950 anerkannt hatte; im Vertrag mit der ČSSR wurde das Münchener Abkommen formell von Anfang an für nichtig erklärt. Nur lag zu diesem Zeitpunkt diese (gegenüber der Bundesregierung aus völker- wie verfassungs-

³⁰ Vgl. Zentralno-Wostotschnaja Ewropa, Bd. I, S. 272 f.

³¹ Laut Wettig, Abhängigkeiten und Handlungsspielräume der SBZ/DDR, S. 2620 wurde in der deutschen Übersetzung des Vertragstextes der Umfang der Beistandspflicht nach Artikel 4 nicht von dem Vertragspartner selbst, also von der DDR, wie es sonst im russischen Original und den Vertragstexten der übrigen Partner hieß, sondern umgekehrt von den begünstigten Verbündeten bestimmt.

³² Der deutsche, russische, tschechische und polnische Wortlaut des Warschauer Vertrages sind abgedruckt in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 46, S. 381–391.

³³ Vgl. Präambel des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vom 12. 6. 1964, in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR 1964, Bd. XII, S. 1022.

rechtlichen sowie politischen Gründen nicht durchsetzbare) Nichtigkeitserklärung ex tunc nicht mehr im Interesse der ČSSR und blockierte lediglich die damals von Prag mit Vehemenz angestrebte Erweiterung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Die DDR zementierte damit ihre Vetoposition in der brüchig werdenden Deutschlanddiplomatie des nach Westen strebenden „Ostblocks“.

Doch zurück in die fünfziger Jahre: Auf dem XX. Parteitag der KPdSU revidierte Chruschtschow die sowjetische außenpolitische Doktrin, als er die von Stalin 1952 geäußerten Zweifel an seinem eigenen Dogma von der Unausweichlichkeit des Krieges aufgriff und in der „friedlichen Koexistenz“ der Systeme den „Friedenskampf“ nicht mehr wie sein Lehrmeister nur im Sinne eines konfrontativen „Kampfes für die Weltrevolution“ akzentuierte, sondern als eine kooperative Systemkonkurrenz in den Vordergrund stellte. Noch versöhnlichere Töne schlug Chruschtschow 1959 auf dem XXI. Parteitag an, als er feststellte, daß „die Sowjetunion nicht mehr durch Feinde umzingelt“ sei und das Parteiprogramm von 1961 sogar von der Möglichkeit sprach, den Krieg überhaupt beseitigen zu können. In diesem Konzept der „friedlichen Konkurrenz“ sollte die DDR als „Frontstaat“ die Bundesrepublik in wichtigen Konsumpositionen überholen. 1958 setzte Ulbricht auf dem V. SED-Parteitag öffentlich zum „Großen Sprung“ an und erklärte zur „ökonomischen Hauptaufgabe“, den westdeutschen Pro-Kopf-Verbrauch bei wichtigen Konsumgütern bis 1961 einzuholen³⁴, ein Jahr später verlängerte er die Frist bis 1965³⁵. Diese ostdeutschen und sowjetischen Zielvorgaben sollte die DDR mit Unterstützung der RGW-Partner erreichen. 1960 endete Ulbrichts „Großer Sprung“ mit einer Bauchlandung: In der DDR mußten einige Grundnahrungsmittel rationiert werden. Verstärkte Abhängigkeit von der UdSSR und dem RGW war die Folge.

Tatsächlich hatte die SED damals aber auch die KPdSU schon weit hinter sich gelassen, denn das Ziel, die „Versorgung der Bevölkerung, besonders der Arbeiterklasse, mit Industriewaren sowie Nahrungs- und Genußmitteln über den Stand von Westdeutschland zu heben“ und einen „sichtbar höheren Lebensstandard in der DDR als in Westdeutschland“ zu erreichen, gehörte schon zu den Aufgaben des „Neuen Kurses“. Intern war sie 1954 als Verhandlungsbasis der SED für RGW-Verhandlungen fixiert worden³⁶ und im Januar 1956 forderte Ulbricht den Ausbau des RGW „zu einem zentralen Organ [...], das in Zusammenarbeit mit Gosplan der UdSSR die großen Aufgaben der Volkswirtschaft in den volksdemokratischen Ländern richtungsweisend lenkt“³⁷. In keinem anderen Land bediente und beförderte das Eigeninteresse der herrschenden Monopolpartei unmittelbar das Kontrollinteresse der Hegemonialmacht.

Ralph Sowart bewertet die wirtschaftlichen Ergebnisse der Ulbrichtschen Überholpolitik im Nachhinein als „bescheiden“. Weniger zurückhaltend im Urteil waren die Zeitzeugen, die bereits im Planungsstadium von Hochstapelei sprachen. Der sowjetische Botschafter Puschkin schickte Außenminister Molotow am 28. Dezember 1954 einen von Wirtschafts- und Planungsfachleuten der Botschaft erstellten Be-

³⁴ Vgl. Sowart, *Planwirtschaft*, S. 157–190.

³⁵ Vgl. Staritz, *Geschichte der DDR*, S. 174–176.

³⁶ Vgl. SAPMO, NY 4090/470, Entwurf/Thesen für das Auftreten der Deleg[ation]/Berlin, den 1. 3. 1954.

³⁷ Vgl. Ihme-Tuchel, *Das „nördliche Dreieck“*, S. 121 f.

richt, in dem stand, daß die DDR zwar hohe Jahreswirtschaftswachstumsraten verzeichne, aber dennoch unter den Zielen des Fünfjahrplans geblieben sei. Der Export sei 1954 um 36 Prozent gewachsen, aber infolge des Verzichts auf Reparationen; der Import wuchs gegenüber 1953 um 7,8 Prozent, aber aufgrund eines sowjetischen Kredits; gegenüber der UdSSR seien 1954 zehn Prozent der vereinbarten Lieferungen nicht geleistet worden. Irreal sei auch der Plan für 1955. So solle der Export nach kapitalistischen Ländern um 46 Prozent und nach den Volksdemokratien um elf Prozent wachsen. Dabei betrage der DDR-Außenhandelssaldo zum 31. Dezember 1954 minus 270 Millionen Rubel, davon 220 Millionen zugunsten der Volksdemokratien; der Realsaldo belaufe sich auf mindestens 550 bis 600 Millionen Rubel, weil die „realen Möglichkeiten und Importbedürfnisse der volksdemokratischen Länder nicht beachtet“ wurden. 1954 habe die DDR 20 Prozent ihres Getreide- und 32 Prozent des Butterverbrauchs importieren müssen, bei Fleisch und Fett lagen die Anteile bei über zehn Prozent³⁸.

Auf den Punkt brachte Ulbrichts Ehrgeiz der tschechoslowakische Staats- und Parteichef Antonin Novotny, als er in seinem Politbüro dafür plädierte, im (innerhalb des „Lagers“ harmonisierten) Programm der KPTsch nur das Einholen, nicht aber das Überholen zu fixieren, „damit der Westen unseren nackten Hintern nicht sieht“³⁹. Die ČSR, damals das einzige Land im „Ostblock“, dessen Lebensstandard fast zwei Jahrzehnte mit dem Niveau westlicher Industrieländer Schritt halten konnte, wurde damals von Österreich überholt, das in der informellen „öffentlichen“ Meinung als Richtschnur diene. Zu Beginn der sechziger Jahre brachen in Prag wilde Streiks aus. Flugblätter tauchten auf mit dem Text: „Wir wollen für uns arbeiten, nicht für Ulbricht.“ Den Hintergrund gaben Gerüchte ab, daß die UdSSR einen Teil der Kredite, die sie der DDR gewährt hatte, auf die ČSR abgewälzt hätte. Das beiderseitige Verhältnis war zu Beginn der sechziger Jahre genauso nachhaltig gestört wie das ostdeutsch-polnische nach 1956.

Größer erscheinen Ulbrichts „bescheidene“ Erfolge aus der gesamtdeutschen Perspektive, sobald man sich Details des Potsdamer Protokolls bezüglich der Deckelung des Lebensstandards in Deutschland vergegenwärtigt. Die ideologische Salvierung der ostdeutschen Überholziele durch die UdSSR und die Länder des „Ostblocks“ kam nämlich einer einvernehmlichen Revision dieser Bestimmungen gleich. Hier öffnet sich eine verdrängte Perspektive der deutsch-deutschen Doppelgeschichte.

Auf politischem Gebiet lassen sich die Ergebnisse der regen Reisediplomatie zwischen den osteuropäischen Hauptstädten und Berlin im Jahr 1957 in den Schlagworten „Bestandsgarantie für die volksdemokratische Ordnung in der DDR“, Erhöhung der Warenlieferungen und Kredite für die DDR zusammenfassen. Auf Leerlauf in der ökonomischen Sphäre deutet auch das 1958 stattfindende Expertengespräch zwischen Polen, der ČSR und der DDR über den Bau eines Oder-Donau-Kanals hin, denn die Vision von einer mitteleuropäischen Wirtschaftsregion diene schon seit vielen Jahrzehnten als Trostpflaster und lenkte wohl von der Inaktivität des RGW ab, der nach Beschlüssen von 1962 im Sinne einer „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ ausgebaut werden sollte. Von realer Tragweite war die

³⁸ Vgl. AWP RF 82/43/305/34, Bericht über den Wirtschaftsplan der DDR für 1955.

³⁹ Persönliche Mitteilung von Zdenek Mlynar.

1958 gefallene Entscheidung, von der UdSSR eine Fernleitung für Erdöl und Erdgas nach Ungarn, Polen, die DDR und die ČSR zu legen. Die DDR bekam 1973 einen Anschluß, 1975 wurde die Erdgasleitung nach der Bundesrepublik verlängert.

Der Warschauer Pakt hatte in den fünfziger Jahren als Integrationsfaktor keine praktische Bedeutung: Im Mai 1958 bestätigte in Moskau der Politische Beratungsausschuß die Aufnahme von NVA-Truppen in das Vereinte Kommando. Auf der Beratung nahmen der polnische und der tschechoslowakische Außenminister im Sinne der Entspannungspolitik einen mäßigenden Einfluß auf den Stil der Deklaration. Polnischerseits wurde eine einzige Verschärfung bezüglich des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland erzielt, die von tschechoslowakischer Seite unterstützt wurde⁴⁰. Ein DDR-Teilnehmer wurde im (bisher unvollständig zugänglichen) Bericht nicht erwähnt, und generell analysierte man in Prag den Grundtenor dahingehend, daß die UdSSR vor allem an einer Normalisierung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert sei. Auf dem Folgetreffen im Februar 1960 zogen die ostdeutsche, die polnische und die tschechoslowakische Delegation an einem Strang. Gemeinsam erreichten sie eine Verschärfung der diplomatischen Verbalattacken auf Westdeutschland. Der im Entwurf vorgesehene Passus „volles Verständnis für Aktionen der DDR zur Minderung der internationalen Spannung“ wurde auf Vorschlag der Prager Vertreter in „volle Unterstützung der Aktionen“ geändert⁴¹. Wenn man sich aber bemüht, die hinter den öffentlichen Verlautbarungen stehende Absicht zu erforschen, fällt außer der polnischen Abstinenz auf, daß in internen Gesprächen zwischen sowjetischen und tschechoslowakischen Diplomaten der sowjetischen Seite durchaus bewußt war, daß die in Berlin nach Kontrollratsrecht bestehenden (und im Westteil der Stadt angesiedelten) Militärmissionen einiger Staaten des Warschauer Paktes der öffentlich gemeinsam festgelegten Behandlung der deutschen Hauptstadt als selbständige politische Einheit zwar im Wege standen, ihre Umwandlung in Konsulate jedoch für aussichtslos gehalten wurde⁴². Trotz aller politischen und diplomatischen Spannungen hatten nicht nur Moskau und Prag die Normalisierung der Ost-West-Beziehungen als Ziel vor Augen. Zwischen der DDR und der ČSSR sollten um den Berlin-Status bald heftige diplomatische Konflikte ausbrechen. Ihnen folgten öffentliche Polemiken, die erst mit der Intervention des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei 1968 aufhörten.

Wenn man den Bau der Berliner Mauer als eine Zäsur im Prozeß der Integration der DDR in den „Ostblock“ sehen möchte, dann muß unbedingt darauf hingewiesen werden, daß über das Verhältnis zwischen der DDR und der UdSSR am Ende der fünfziger Jahre einige Forschungskontroversen die Orientierung erschweren. Umstritten ist der Initiator der Mauer: Chruschtschow oder Ulbricht. Manche hal-

⁴⁰ 1958, 7. cerven, Praha. – Informace o porade Politickeho poradniho vyboru Varšavske smlouvy dne 24. 5. 1958, predložena politickemu byru UV KSC ministrem zahraničí ČSR V. Davidem, in: Reiman/Lunak, Studena valka, S. 77–81, hier S. 79.

⁴¹ 1960, 20. unor, Praha. – Zpráva ministra zahraničí V. Davida o zasedani Politickeho poradniho vyboru Varšavske smlouvy v Moskvě dne 4. února 1960, predložena politickemu byru UV KSC, in: ebenda, S. 141–147, hier S. 145.

⁴² 1960, 20. unor, Praha. – Zpráva ministra zahraničí V. Davida o zasedani Politickeho poradniho vyboru Varšavske smlouvy v Moskvě dne 4. února 1960, predložena politickemu byru UV KSC, in: ebenda, S. 141–147, hier S. 145.

ten Ulbricht für den Treibenden und Chruschtschow für den Getriebenen (Hope Harrison), anderer Meinung ist Michael Lemke⁴³, der diese Entscheidung vor allem auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR zurückführt, die die Abhängigkeit von der UdSSR erhöhten. Wertet man das von Bonwetsch und Filitow veröffentlichte Protokoll des von Ulbricht beantragten Moskauer Gipfeltreffens der Warschauer-Pakt-Staaten in der ersten August-Woche 1961⁴⁴ aus und zieht außerdem andere Quellen zu Rate⁴⁵, um aus dem Originalton und den Auslassungen weitere Hinweise zu entnehmen, gewinnt man ein sehr farbiges Bild. Der SED-Chef forderte von den osteuropäischen Staaten unumwunden die vertragliche „Gewährleistung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik“ und vom RGW „die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung der DDR im IV. Quartal 1961 und im Jahre 1962“. Gleichzeitig kündigte er an, daß die DDR ihre Lieferverpflichtungen nicht erfüllen könne. Gomulka, der als erster antwortete, stellte ebenso direkt fest, daß die Lage in der DDR eine Grenzschießung nach Westberlin erforderlich mache und außerdem eine Umlenkung der innerdeutschen Handelsströme der DDR nach Osten⁴⁶. Novotny zeigte sich einleitend verbal hilfsbereit, aber konkret könne die ČSSR nicht mit landwirtschaftlichen Produkten helfen, weil sie nicht einmal ihren eigenen Bedarf decken könne. Auch sehe er sich nicht in der Lage, in die DDR Güter zu liefern, die die ČSSR selbst aus der Bundesrepublik importieren müsse⁴⁷. Die wenig diskreten Vorhaltungen Gomulkas und Novotnys setzte in seiner Abschlußrede Chruschtschow fort. Der DDR wurde nur politische Hilfe zugesichert.

4. Zusammenfassung

1. Die sowjetische Hegemonie über Ostmitteleuropa basierte auf militärischer Grundlage. Der Warschauer Pakt garantierte der sowjetischen Armee jene Bewegungsfreiheit, die ihr im Friedensvertrag von 1947 nur für die Dauer der Besetzung Österreichs eingeräumt worden war. In diesem System nahm die SBZ/DDR als besatzungsrechtliches Kondominium bis 1954/55 und danach als der größte sowjetische Militärstützpunkt in Ostmitteleuropa, der gleichzeitig Polen und die ČSR als militärisches Transit- und Hinterland legitimierte, geopolitische Ordnungsfunktionen wahr. Diese wurden optimiert durch das Junktim zwischen der „deutschen Frage“ und dem globalen Ost-West-Konflikt. Die Verleihung von Attributen staatlicher Souveränität an die DDR hing überhaupt einerseits ursächlich mit deren Integration in die Struktur des sowjetischen Hegemonialbereichs zusammen und beschleunigte darin andererseits alle Integrationsprozesse. Faktisch entsprach der Grad der Blockintegration der DDR jeweils dem Grad der Unterordnung der übrigen Länder unter die Interessen der Hegemonialmacht. Dieser Strukturkonflikt potenzierte sich durch jede aktuelle Identität zwischen sowjetischen und ostdeutschen

⁴³ Vgl. Lemke, Berlinkrise.

⁴⁴ Bonwetsch/Filitow, Chruschtschow und der Mauerbau, S. 155–198.

⁴⁵ Reiman/Lunak, Studena valka, S. 308–313.

⁴⁶ Bonwetsch/Filitow, Chruschtschow und der Mauerbau, S. 174 f.

⁴⁷ Ebenda, S. 178.

Interessen, weil er der SED erlaubte, ihre politischen Sonderinteressen als politische Gesamtinteressen des „Ostblocks“ und umgekehrt darzustellen. Konstant war ab 1953 im „Ostblock“ nur das Interesse an der Stabilität der SED-Herrschaft, die in der gegebenen politischen Lage nicht mehr, wie in der vorangegangenen Stalinschen Phase, ausschließlich mit der abstrakten ideologischen Identifikation begründet wurde, sondern zunehmend auch schon sicherheitspolitisch. Oder einfacher gesagt: Der eigentliche Maßstab für die Ostintegration der DDR war die sowjetisch-osteuropäische Wahrnehmung Westdeutschlands.

2. Der „Ostblock“ war aber nicht nur Ergebnis ideologisch, militärisch, ökonomisch und technologisch motivierter politischer Zwangsintegration durch die UdSSR, sondern unter den gegebenen globalpolitischen Rahmenbedingungen auch immanente Folgewirkung der in den betroffenen Ländern nach 1945 insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet eingeschlagenen Innenpolitik. Die ältere Schlussfolgerung, daß die UdSSR sich „mit dem RGW [...] ein Instrument [schuf], das es unverzüglich und zuverlässig ermöglichen sollte, die traditionellen Handelsbindungen der Länder Ostmittel- und Südosteuropas und schließlich im Jahre 1950 auch der DDR an den Westen institutionell und funktionell umzulenken und sie binnen- und außenwirtschaftlich den eigenen Zielen unterzuordnen“⁴⁸, trifft auch für die DDR nur bedingt zu, denn der SBZ-Export (ohne innerdeutschen Handel) war schon 1946 zu 99 Prozent nach späteren RGW-Ländern orientiert⁴⁹. Zunächst vollständig durch die Besatzungsmächte dirigiert und nach 1948 durch GATT und OEEC vom Westen isoliert, wickelte die DDR 1950 schon 47,3 Prozent ihres Außenhandels mit der UdSSR ab⁵⁰ (nach der veröffentlichten DDR-Außenhandelsstatistik nur 39,7 bzw. 40 Prozent nach internen statistischen Angaben⁵¹). 1952 betrug der Anteil ihres Außenhandels mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien 78 Prozent (nach offiziellen Angaben nur 72, nach „internen“ Daten 73,77⁵² bzw. 68,2 Prozent nach „neuer“ Berechnung⁵³). Unter Zugrundelegung der amtlichen DDR-Statistik war die wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR vom blockinternen Außenhandel Mitte der fünfziger Jahre weit stärker und im Hinblick auf den wirtschaftlichen Austausch mit der UdSSR doppelt so stark ausgeprägt wie bei ihren osteuropäischen Kooperationspartnern⁵⁴.

1960 hat sich der Außenhandelsumsatz der DDR gegenüber 1950 verfünffacht⁵⁵. Überproportional expandierte nur der Handel mit der UdSSR, der Westhandel blieb unter dieser Wachstumsquote. War die DDR 1950 noch mit 10,7 Prozent am gesamten Außenhandelsumsatz des RGW beteiligt, so stieg der Anteil 1960 auf

⁴⁸ Schüller/Hamel, *Integration der DDR-Wirtschaft*, S. 2700.

⁴⁹ So laut Schwarzer, *Sozialistische Zentralplanwirtschaft*, S. 18. Anders: Buchheim, *Wirtschaftliche Folgen*, S. 348 und S. 350. Danach betrug der Anteil Osteuropas am SBZ-Außenhandelsumsatz (einschließlich des innerdeutschen Handels) 1947 8%, 1948 47%, 1949 56%.

⁵⁰ AWP RF 082/40/5/254, Bl. 21–39, Puschkin/Torgowyje swjazi SSSR s GDR w 1951 g./28. 3. 1952.

⁵¹ Vgl. Buchheim, *Wirtschaftliche Folgen*, S. 351.

⁵² Ebenda, S. 351.

⁵³ Laut Statistischem Jahrbuch von 1990, zit. nach Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe*, S. 62.

⁵⁴ Umsatzabhängigkeit vom RGW-Handel im Vergleich: Ungarn 61%, Polen 64%, ČSR 66%; der Anteil der UdSSR am Außenhandel betrug 1956 bei der DDR über 40%, bei Ungarn 25%, bei Polen 27% und bei der ČSR über 30%. Vgl. Engert, *Lexikon des RGW*, S. 276.

⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 280.

16,6⁵⁶. Damit befand sich die DDR im Verein mit Bulgarien und der UdSSR, denn bei allen anderen osteuropäischen Ländern war in dieser Zeit der RGW-Handel anteilmäßig zurückgegangen⁵⁷. Berücksichtigt man dabei, daß 1950 auch die UdSSR 80 Prozent ihres Außenhandelsumsatzes mit RGW-Ländern abgewickelt hat, dann waren die UdSSR und die DDR in gleich hohem Maß vom „geschlossenen Wirtschaftsmarkt“ des „Ostblocks“ abhängig und faktisch auf ihn angewiesen.

Das Bild von der Abhängigkeit der DDR vom Außenhandel mit der UdSSR wird noch konkreter, wenn man beachtet, daß 1952 über ein Drittel des sowjetischen Exports in die DDR Lebensmittel und fast 50 Prozent Rohstoffe ausmachten⁵⁸. Allein 1953 kamen aus der Sowjetunion auf der Grundlage des gewöhnlichen Handelsvertrags 935 000 Tonnen Getreide⁵⁹, das waren 90 Prozent des gesamten Getreideimports und fast die Hälfte des in der DDR statistisch ausgewiesenen Pro-Kopf-Jahresverbrauchs⁶⁰. Die DDR exportierte in die UdSSR zu über 50 Prozent Maschinen und Ausrüstungen. Allein der geringe Investitionsaufwand der DDR für den UdSSR-Export von nur 1,26 Milliarden Mark im Zeitraum von 1948 bis 1965 – das waren nur zwei Prozent der gesamten Investitionssumme⁶¹ – erscheint geeignet, um im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Integration der DDR in den „Ostblock“ außer machtpolitischen und ideologischen Aspekten auch solche zu beachten, die auf der DDR-Seite unmittelbar Probleme auf den Gebieten Arbeits- und Absatzmarktpolitik oder Kapitalmangel betrafen, und die auf der Seite ihrer Integrationspartner als unmittelbare oder – insbesondere im Bereich der technologischen Modernisierung – mittelbare Kosten thematisiert werden müssen.

3. Die DDR war nicht als ein „Brückenstaat“ zwischen West und Ost, sondern als ein „Sperrstaat“ entstanden. Politisch sperrte sie den Westen von Osteuropa ab, eine Funktion, die in den ursprünglichen Planungen Stalins Polen gegenüber Deutschland zugedacht war. Aus binnenwirtschaftlichen wie innenpolitischen Gründen schnitt die DDR aber auch Ostmitteleuropa vom Westen wirtschaftlich, technologisch und kulturell ab.

Als Instrument der sowjetischen Kontrolle über Mitteleuropa war die DDR auf die allseitige politische und wirtschaftliche Protektion und Alimentierung durch die Hegemonialmacht angewiesen. Die politischen Folgekosten waren für die UdSSR und ihren gesamten Hegemonialbereich letzten Endes ruinös. Dennoch erfolgte die formelle Gleichstellung der DDR mit anderen Ländern stufenweise und vergleichs-

⁵⁶ Ebenda, S. 281.

⁵⁷ Der DDR-Außenhandel war 1960 gegenüber 1950 um das Fünffache gewachsen, mit der UdSSR um das 5,4-, mit den RGW-Ländern um das 4,7fache und fast um das Vierfache mit sogenannten entwickelten kapitalistischen Staaten. Vgl. Statistisches Jahrbuch DDR 1973, S. 33.

⁵⁸ AWP RF 082/41/57/276, Bl. 8, Torpredstwo SSSR w GDR/Ottschot o rabote Torpredstwa SSSR w GDR sa 1952 god/7. 2. 1953.

⁵⁹ 1953 wurden Lebensmittel für 1130 Millionen Rubel eingeführt, d.i. 280 Millionen US-Dollar. Vgl. ADN 20. 7. 1953, in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. I., S. 274–275.

⁶⁰ Statistisches Jahrbuch DDR 1958, S. 576 sowie S. 28f. im Anhang III. Darin wurde der gesamte Ernteertrag mit 5699 000 t angegeben, 1955 wurden pro Kopf 118,4 kg Getreideerzeugnisse verbraucht, was bei einer Bevölkerung von 18 Millionen 2 131 000 t ausmacht. Ebenda, S. 237.

⁶¹ Bei einer Gesamtinvestitionssumme von ca. 60 Milliarden Mark im Zeitraum 1956–1964. Vgl. Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe, S. 105.

weise spät: Erst ab 1959 verzichtete etwa die UdSSR auf Unterhaltskosten für ihre in der DDR stationierten Truppe, und die Aufnahme der DDR in das Netz bilateraler Beistands- und Freundschaftsverträge erfolgte erst Mitte der sechziger Jahre.

Läßt man global- und deutschlandpolitische Zusammenhänge außer acht, so stellt sich die Ideologie als herausragendes Instrument dieser Alimentierungspolitik dar. Auf diesem Gebiet sind deutliche Unterschiede zwischen der Politik Stalins und Chruschtschows festzustellen. Der erste bremste die ideologisch legitimierten Beschleunigungsbemühungen in der Politik der SED mehrfach ab. So hielt er sie im Dezember 1948 etwa für „noch nicht [...] genügend reif“, um in das Kominform-Büro aufgenommen zu werden⁶². Die anfängliche Zurücksetzung der DDR fällt auch in offiziellen Deklarationen von 1951/52 auf: Alle Seiten machten damals einen klaren Unterschied zwischen dem volksdemokratischen bzw. dem sozialistischen Weg der ČSR und Polens und der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der DDR⁶³. Die Rhetorik von der Gemeinsamkeit des Ziels des „planmäßigen Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ setzte sich in der Öffentlichkeit erst ab 1955 unter Chruschtschow allmählich durch⁶⁴.

Ideologische Integration war für die SED aber nicht nur doktrinaire Buchstaben-gläubigkeit, sondern ein effizientes Instrument der Innen- und Außenpolitik. Schon 1950 bat die SED beispielsweise um Entsendung sowjetischer Berater. Dies geschah ohne reale Not, denn die DDR wurde unmittelbar durch sowjetische Fachleute nach „sowjetischem Vorbild“ aufgebaut, und in der SKK sowie in den SAG-Betrieben wirkten damals zahlreiche sowjetische Experten und Kontrolleure. Tatsächlich wurden dann erst im Mai 1952 sowjetische Spezialisten in die DDR geschickt. Als die SED in der zweiten Hälfte 1954 in Moskau um 65 sowjetische Berater und Experten bat, genehmigte der sowjetische Apparat nur 27⁶⁵. Welchen Integrationsdruck die DDR mit ihrer Vehemenz erzeugen konnte, indiziert der Umstand, daß eine gegen Slansky erhobene „schwere Anschuldigung“ lautete, daß er als Generalsekretär der KPdSU nicht um Entsendung sowjetischer Berater in die ČSR bat. Erst nach der Verhaftung Slanskys schickte nämlich der Ministerpräsident der ČSR im Februar 1952 gleich sechs Bittbriefe nach Moskau, in denen er zwecks „Umbaus“ der Wirtschaft, der Justiz, der Finanzverwaltung und der Rüstungsindustrie nach „sowjetischem Vorbild“ um Delegation sowjetischer Berater in die ČSR bat⁶⁶.

Einen ähnlichen Verdrängungswettbewerb schien die SED auch auf Moskauer Parteihochschulen betreiben zu haben. Nach vorläufigen Zahlen haben 1952 und 1953 40 SED-Mitglieder Einjahreskurse an der Parteihochschule des ZK der KPdSU beendet, Mitte 1954 studierten in Moskau 29 SED-Mitglieder auf der Parteihochschule, und 20 weitere absolvierten dort Einjahreskurse. Für das Schuljahr 1954 bat Ulbricht, 20 SED-Mitglieder auf Jahres- und weitere zehn auf Dreijahres-

⁶² Friedrich, Kominform und SED, S. 332 f.

⁶³ Vgl. Ansprache Piecks in Warschau am 22. 4. 1951, in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. I, S. 360, sowie Ansprache Piecks am 11. 3. 1952 beim Staatsbesuch Gottwalds in Berlin, ebenda, S. 399.

⁶⁴ Initiativ in diesem Zusammenhang war Suslows Rede vom 6. 11. 1955 in Berlin, in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. III, S. 314.

⁶⁵ Vgl. AWP RF 82/43/305/34, Bl. 62–250, Ekonomitscheskoje poloschenije w GDR [1955].

⁶⁶ Vgl. Zapotocky/Schiroky an Regierung der UdSSR, 12. 2. 1952, in: Wolokotina, Wostotchnaja Ewropa, Bd. II, S. 688–689.

kurse schicken zu dürfen⁶⁷; Schirdewan erhöhte das Kontingent für das Schuljahr 1954/55 um weitere fünf Studienplätze an der Parteihochschule, zehn Einjahreskurse und fünf Plätze an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK⁶⁸. Erst die für die Jahre 1955/56 von der SED beantragten Studienplätze sind mit entsprechenden Zahlen der KPTsch vergleichbar: Im September 1955 beantragte die SED 20 und die KPTsch 13 Studienplätze auf der Parteihochschule des ZK der KPdSU, außerdem jeweils 20 Einjahreskurs-Plätze sowie die SED sieben und die KPTsch drei Plätze auf der Akademie für Gesellschaftswissenschaften⁶⁹. Im nächsten Jahr schickte Ulbricht 18 SED-Genossen auf die einjährigen Kurse der Parteihochschule (die KPTsch nur 13), 22 auf die Parteihochschule (die KPTsch offenbar keine) und fünf zum Studium auf die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, wobei hier die KPTsch mit ebenfalls fünf mitzog⁷⁰.

Die Ereignisse des Jahres 1956 in Polen und Ungarn begünstigten die Prestigebildung der SED auf ideologischem Gebiet genauso wie 1948 der Stalin-Tito-Konflikt. Nachdem Polen öffentlich und Ungarn heimlich aus dem „Ostblock“ aussicherten, unterhielt in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die SED zusammen mit der KPTsch eine Intensivstation des Dogmatismus. Aufgrund ihrer außenpolitischen Stabilisierungsfunktion und des permanenten innenpolitischen Legitimationsdefizits fiel es der SED zugleich außerordentlich schwer, sich nach dem Ausgleich zwischen Moskau und Belgrad ideologische Freiheiten herauszunehmen. Zeitweilige maoistische Anleihen verdienen deshalb aus zwei Gründen größere Aufmerksamkeit: Erstens versuchten ab Mitte der fünfziger Jahre mehrere osteuropäische Länder die „chinesische Karte“ zu spielen, zweitens deuten sie auf latente Konfliktbereitschaft der SED-Führung gegenüber der Hegemonialmacht und insgesamt auf ein funktionelleres Verhältnis zur UdSSR hin als der „erste Schein“ des schriftlichen Quellenniederschlags vermuten läßt. Ob schließlich die Ablehnung, auf die Sondierungsversuche späterer tschechoslowakischer Wirtschaftsreformer stießen, die Ende der fünfziger Jahre in der SED für ein gemeinsames Vorgehen auf diesem Gebiet gewonnen hatten, tatsächlich nur auf die bedingungslose Vasallentreue Ostberlins zurückzuführen war, wie tschechische und slowakische Ökonomen resigniert berichteten, oder aber nur den eigenen „Sonderweg“ der späteren NÖS-Reform schützen sollte, steht ebenfalls noch offen.

4. Die Protektions- und Alimentierungspolitik gegenüber der DDR war für andere Länder mit hohen Kosten verbunden. Im Grundsatz verschaffte sich die DDR politische Handlungsfreiheit, indem sie die Blockinteressen der Hegemonialmacht bediente. Die Wahrnehmung dieser Sicherungsfunktion war mit der Gefahr verbunden, daß die DDR bei der Gestaltung der Deutschlandpolitik des „Ostblocks“ Mitwirkungsrechte gewann. Ein Vetorecht der SED-Führung zeichnete sich 1958 ab, als der sowjetische Botschafter Puschkin faktisch zur persona non grata erklärt

⁶⁷ Vgl. RGANI, Rolik 496/Delo 1082, Bl. 46, Sprawka vom 15. 6. 1954.

⁶⁸ Vgl. ebenda, Rolik 498/Delo 1093, Bl. 142, Vermerk vom 7. 7. 1954.

⁶⁹ Vgl. ebenda, kartotek GDR 1952–1956gg. Protokoll No. 78 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPdSU vom 30. 5. 1955, TOP 150g.

⁷⁰ Vgl. ebenda, Protokoll No. 8 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPdSU vom 23. 4. 1956, TOP 234g. Die Zahlen zur KPTsch stammen aus den Protokollen Nr. 19 vom 31. 7. 1956, TOP 85g. und 69g., Nr. 21 vom 23. 8. 1956, TOP 33g., Nr. 80 vom 14. 7. 1955, TOP 367g., und Nr. 79 vom 11. 6. 1955, TOP 301g. Alle in: ebenda.

wurde oder im Zusammenhang mit Protesten Ostberlins gegen West-Berlin-Reisen sowjetischer Delegierter⁷¹. 1958 sei man in Moskau hellhörig geworden, als sich in der Deutschlandpolitik eine rhetorische Annäherung zwischen der DDR, Polen und der ČSR einstellte⁷². Ob das Berlin-Ultimatum 1958 nur Chruschtschows Faustschlag auf den Tisch war, um die sowjetische Autorität wenigstens in der Propaganda wieder herzustellen, und der Mauerbau nur den heimlichen Wünschen Gomulkas, Novotnys und Ulbrichts entsprach, bleibt abzuwarten.

Stalin definierte das spezifische Selbsterhaltungsinteresse der SED zwar als allgemeines Blockinteresse, doch als ein regional begrenztes. Prag und Warschau registrierten zu Beginn der fünfziger Jahre sehr aufmerksam Positions- und Prestigeverluste, die sie im Wettlauf mit der DDR in Moskau erlitten. Die Konflikte zwischen nationalen Interessenlagen konnten innerhalb der nach Stalins Tod instabilen Struktur des „Ostblocks“ nicht ausgetragen werden, konkrete Interessengegensätze mußten durch Bedrohungsprojektion oder durch als ideologische Fiktion getarntes Machterhaltungsinteresse gekittet werden. Konflikte, latente und offene, waren Folgen dieses durch Ideologie legitimierten und geprägten Integrationsmusters, das sich überdies in den fünfziger Jahren noch im Widerspruch zu den in Osteuropa offiziell gesteuerten, auf „Deutschland als Ganzes“ bezogenen politisch-kulturellen Wahrnehmungstereotypen befand.

Im Grundsatz gilt aber: Je größer die Krise im „Ostblock“ war, desto stärker wurde die DDR in den sowjetischen Gravitationsbereich eingebunden. Dies war nach 1948 der Fall, als sich Jugoslawien von der Hegemonialmacht emanzipierte, und auch nach 1956, als Polen und Ungarn diese Richtung einschlugen, oder 1961, als der Abzug der sowjetischen Berater aus der Volksrepublik China im Vorjahr und die darauf folgende fristlose Kündigung von mittelfristig fest eingeplanten Handelsverträgen den „Ostblock“ in eine schwere Wirtschaftskrise stürzten. Auf den ersten Blick schien paradoxerweise Isolation und Schwäche der DDR ihren integrativen Funktionswert zu erhöhen, doch in Wirklichkeit war es unter Chruschtschow umgekehrt die Strukturschwäche des Ostblocks, die seitens der DDR politische, wirtschaftliche und ideologische Integrationsimpulse auslöste und entsprechende Initiativen begünstigte. Da für die DDR die Integration in den Ostblock von existenzieller Bedeutung war, wurden solche Bemühungen von Moskau gefördert.

⁷¹ Vgl. Filitow, Alexei: Die Entscheidung zum Mauerbau, Manuskript, Bl. 6.

⁷² Ebenda, Bl. 7.

Hermann Wentker

Die gesamtdeutsche Systemkonkurrenz und die durchlässige innerdeutsche Grenze

Herausforderung und Aktionsrahmen für die DDR
in den fünfziger Jahren

Trotz einer vierzigjährigen getrennten Entwicklung konnten unter den besonderen historischen Bedingungen des Jahres 1990 die beiden deutschen Teilstaaten miteinander vereinigt werden. Dieser alles andere als selbstverständliche Vorgang hat im vergangenen Jahrzehnt zu einer veränderten Perspektive auf die deutsche Nachkriegsgeschichte geführt: Ungeachtet der wechselseitigen Abgrenzung der beiden Staaten werden dabei die Gemeinsamkeiten stärker herausgestellt; ja, gerade die hartnäckige Negierung des jeweils anderen gilt als Beleg dafür, wie sehr Bundesrepublik und DDR aufeinander bezogen blieben.

Nun ist die Forderung, die deutsche Geschichte nach 1945 unter dem Aspekt der „Verflechtung und Abgrenzung“¹ zu schreiben, zwar schon des öfteren gestellt, aber aufgrund der Komplexität des Themas bisher noch nicht realisiert worden. Die folgenden Ausführungen können als ein erster, begrenzter Schritt in diese Richtung verstanden werden. Begrenzt ist dieses Unternehmen in einem doppelten Sinne. Es versucht zum einen die Spezifika der fünfziger Jahre für dieses innerdeutsche Verhältnis zu erfassen und zum anderen stellt es, wie der Sammelband insgesamt, die DDR in den Mittelpunkt der Betrachtung. Das „lange erste Jahrzehnt“ der Geschichte der DDR war einerseits dadurch geprägt, daß die innerdeutsche Auseinandersetzung in dieser Hochphase des Kalten Krieges in einer ungewöhnlich heftigen Art und Weise ausgetragen wurde; andererseits existierten damals noch ein vergleichsweise dichtes gesamtdeutsches Beziehungs- und Kommunikationsgeflecht sowie – in Form der beiden Volkskirchen – gesamtdeutsche institutionelle Klammern². Begünstigt wurde der Zusammenhalt durch die seit 1952 zwar nicht mehr offene, aber bis 1961 noch durchlässige innerdeutsche Grenze.

Im folgenden soll daher in einem ersten Schritt danach gefragt werden, in welchen Zusammenhängen dieses innerdeutsche Beziehungs- und Kommunikationsgeflecht seine Wirksamkeit entfaltete. Zweitens geht es um die Politik der DDR angesichts von Zweistaatlichkeit und intensiven nicht-staatlichen gesamtdeutschen Beziehungen. Wie nutzte die DDR die dadurch geschaffenen Möglichkeiten? Wie be-

¹ Vgl. Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung*. Vgl. auch Bauerkämper/Sabrow/Stöver, *Die doppelte deutsche Zeitgeschichte*. Der Sammelband, in dem der Begriff der Zeitgeschichte auf die Jahre nach 1945 verengt wird, erfüllt den hohen Anspruch der Herausgeber jedoch nur zum Teil.

² Zu dieser Widersprüchlichkeit vgl. auch Bender, *Episode oder Epoche*, S. 142.

rücksichtigte sie die Stimmung im Westen, wie reagierte sie auf die Politik der Bundesrepublik? Was trieb sie schließlich zur immer stärkeren Abgrenzung von dem westdeutschen Staatswesen und worin äußerte sich dies? Im Anschluß daran wird, drittens, das Problem zu erörtern sein, welche Folgen die durchlässige Grenze und der Exodus von 3 Millionen Menschen in die Bundesrepublik für Wirtschaft, Gesellschaft und Legitimität der DDR besaßen.

1. Das gesamtdeutsche Beziehungsgeflecht

„Die deutsche Einheit war nach dem Krieg für alle Deutschen nicht eine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit.“³ Mit diesen Worten charakterisiert Peter Bender zutreffend das gesamtdeutsche Bewußtsein dieser Zeit. Nicht die Teilung war damals für die Deutschen der Normalzustand, sondern die Einheit. Dies geht etwa daraus hervor, daß die Aufständischen am 17. Juni 1953 wie selbstverständlich die Wiederherstellung der deutschen Einheit forderten⁴; aber auch noch 1958 wurde SED-intern beklagt, daß zahlreiche DDR-Bürger „die Tatsache, daß wir z.Zt. in Deutschland zwei selbständige Staaten haben, ignorieren“⁵. Getragen wurde der Einheitsgedanke von der noch wachen allgemeinen Erinnerung an vergangene, bessere Zeiten sowie von persönlichen Beziehungen, die die innerdeutsche Grenze überschritten. Einer Umfrage von September 1952 zufolge besaßen 41 Prozent der westdeutschen Bevölkerung über 16 Jahre Verwandte und Freunde in der DDR⁶. Die privaten Kontakte wurden durch Post- und Telefonverbindungen, vor allem aber durch einen regen Reiseverkehr aufrechterhalten: Allein zwischen 1953 und 1956 besuchten 8,7 Millionen Personen aus der DDR die Bundesrepublik⁷. Überdies gab es zahlreiche organisierte Zusammenkünfte, darunter Fachtagungen von Organisationen im industriellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Bereich, kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen sowie deutsch-deutsche Sportbegegnungen, an denen jährlich mehrere 10 000 Sportler teilnahmen⁸.

Die wirtschaftliche Einheit war zwar mit der Etablierung von zwei unterschiedlichen Wirtschaftssystemen in Deutschland zerstört. Gleichwohl gab es, solange die Grenze zwischen Ost und West noch passierbar war, so etwas wie einen gesamtdeutschen Arbeitsmarkt. So kamen Anfang der fünfziger Jahre „noch relativ viele, zum Teil junge und hochqualifizierte Menschen aus dem Westen in die DDR“. In dem Maße, in dem das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik ein sicheres und besseres Auskommen als in der DDR versprach, suchten im Verlauf dieses Jahrzehnts immer mehr Ostdeutsche Arbeit im Westen⁹. Des weiteren wurde 1951 der

³ Ebenda, S. 135.

⁴ Vgl. dazu u.a. Wentker, Arbeiteraufstand, Revolution?, S. 394.

⁵ So eine Analyse von Eingaben durch das Präsidialbüro an das ZK der SED, 19. 10. 1958, zit. nach Major, Torschlußpanik und Mauerbau, S. 233.

⁶ So eine Emnid-Erhebung, zit. nach Weidenfeld/Glaab, Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung, S. 2900.

⁷ Zahl nach Plück, Innerdeutsche Beziehungen, S. 2024. Zum Post- und Fernmeldeverkehr ebenda, S. 2017–2020.

⁸ Ebenda, S. 2032–2038.

⁹ Vgl. van Melis/Bispinck, Republikflucht (Manuskript), S. 20 (Zitat), 139.

innerdeutscher Handel, in Anknüpfung an den Interzonenhandel, auf eine vertragliche Grundlage gestellt. Im Rückblick ist er als „der traditionsreichste, älteste und stabilste Teil des gesamten innerdeutschen Beziehungsgeflechts“¹⁰ bezeichnet worden. Das Berliner Abkommen vom 20. September 1951 regelte den Warenverkehr zwischen Bundesrepublik und DDR auf dem Verrechnungswege und, ab 1953, auf der Basis jährlich festzulegender Warenlisten. Das westdeutsche Interesse dabei war primär ein politisches: Mit dem innerdeutschen Handel sollte vor allem die Verbindung mit den Menschen jenseits der Demarkationslinie und der Zugang nach Berlin aufrechterhalten werden¹¹. Die DDR hingegen verfolgte ein weitgehend ökonomisches Interesse, ja, sie war, wie sich Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre zeigte, für so wichtige Produkte wie Eisen und Stahl regelrecht abhängig vom innerdeutschen Handel. Die damals angestrebte „Störfreimachung“ der DDR – also der Ersatz der westdeutschen Lieferungen durch solche aus dem Ostblock – gelang nicht¹². Der Handel lief während der fünfziger Jahre trotz zeitweiliger Irritationen ohne Probleme. Dazu trug auch die westdeutsche Wirtschaft, die mehr und mehr ein Interesse am Absatz ihrer Güter in der DDR entwickelte, nicht unwesentlich bei. Die Wirtschaftsbeziehungen gerieten nur einmal, im Zuge der Berlin-Krise, „in den Schatten der großen Politik“¹³: Am 30. September 1960 kündigte die Bundesrepublik das Berliner Abkommen aufgrund von Behinderungen des Personen- und LKW-Verkehrs in und auf dem Weg nach Berlin. Wenngleich die DDR dadurch in arge Bedrängnis geriet, kamen auch der Bundesregierung, die in dieser Frage gespalten und eher auf amerikanischen Druck und ohne Befragung der westdeutschen Wirtschaft gehandelt hatte, schon bald Zweifel. Nach erneuter Aufnahme von Verhandlungen im Dezember 1960 kamen beide Seiten vor Jahresende überein, den Vertrag von 1951 in einer bereits vor der Krise ausgehandelten Fassung wieder in Kraft zu setzen¹⁴.

Die beiden christlichen Großkirchen schließlich, denen 1950 zusammen noch 95 Prozent der deutschen Bevölkerung angehörten¹⁵, waren aufgrund ihrer gesamtdeutschen Organisation in besonderer Weise dazu prädestiniert, die Deutschen in Ost und West zusammenzuhalten. Die evangelische Kirche, traditionsgemäß landeskirchlich organisiert, konstituierte sich am 13. Juli 1948 in Eisenach als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Auch für die konfessionellen kirchlichen Zusammenschlüsse innerhalb der EKD, die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) und die aus der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union 1953 hervorgegangene Evangelische Kirche der Union (EKU) besaß die staatliche Teilung keine Relevanz. Die einzige organisatorische Widerspiegelung

¹⁰ So Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, *Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel*, S. 1543.

¹¹ Vgl. dazu die Äußerungen Ludwig Erhards vom 15. 1. 1965 (ebenda, S. 1549) und vom 28. 9. 1960, zit. nach Kupper, *Der innerdeutsche Handel*, S. 27.

¹² Vgl. dazu u. a. von Heyl, *Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl*, S. 78–124.

¹³ So der für den innerdeutschen Handel zuständige Ministerialdirigent Carl Krautwig vom Bundeswirtschaftsministerium, zit. ebenda, S. 125.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 125–156; ferner Nakath, *Zur Geschichte der deutsch-deutschen Handelsbeziehungen*.

¹⁵ In der Bundesrepublik gehörten 1950 51,2% der Bevölkerung der evangelischen und 45,2% der katholischen Kirche an (insgesamt 96,4%); in der DDR waren 80,5% evangelisch und 10,9% katholisch (insgesamt 91,4%): siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 44; Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, S. 36.

des geteilten Landes im Raum der Kirche war die seit 1945 vom Berliner Bischof Otto Dibelius organisierte „Kirchliche Ostkonferenz“ (seit 1950 Konferenz der Kirchenleitungen) – ein informelles Beratungsgremium, das sich zur Besprechung gemeinsamer Probleme und zum Informationsaustausch regelmäßig traf¹⁶. In gewisser Weise bildete die evangelische Kirche mit ihrer gesamtdeutschen Organisation die „kirchliche Vorwegnahme der staatlichen Wiedervereinigung“¹⁷; ja, sie bekam von ihrem politischen Berater Gerhard Ritter 1948 die Rolle einer geistig-kulturellen Klammer der getrennten Deutschen zugeschrieben¹⁸. In zahlreichen Kundgebungen und Stellungnahmen forderte sie daher die Wiedervereinigung. In den fünfziger Jahren war die Einheit der evangelischen Kirche jedoch nicht nur organisatorisch und deklamatorisch, sondern auch praktisch noch vorhanden. Dies spiegelte sich sowohl in materiellen Transfers von West nach Ost (die ja bis 1990 anhielten) als auch in zahlreichen Zusammenkünften von west- und ostdeutschen Protestanten wider, insbesondere auf den Kirchentagen. Hier war – wenn auch nur für kurze Zeit – das politisch Unmögliche in einem elementaren Sinn möglich: „Die Schranken fielen, die Mauern zerbröckelten und das getrennte Volk strömte über die Grenze, indem es alle Hindernisse hinwegschwemmte und die Kluft überbrückte“, so formulierte der Kirchentagspräsident Reinhold von Thadden-Trieglaff mit Blick auf den Berliner Kirchentag von 1951¹⁹. Doch liefen die Kontakte gegen Ende der fünfziger Jahre mehr und mehr in Ost-West- als in West-Ost-Richtung: Den jugendlichen westdeutschen Christen, die sich in ihrem Konsum- und Freizeitverhalten mehr und mehr nach „Westen“ orientierten, erschienen Besuchsfahrten „nach drüben“ zunehmend als persönliche Opfer²⁰.

Auch die katholische Kirche in Deutschland war, wenngleich Teil der vom Vatikan aus geleiteten Weltkirche, in der Fuldaer Bischofskonferenz gesamtdeutsch organisiert. Ihre territoriale Gliederung stimmte nicht mit der zonalen Gliederung überein, so daß oftmals die Bischofssitze der katholischen Enklaven in der SBZ/DDR auf westdeutschem Gebiet lagen. Um auch östlich der Demarkationslinie aktionsfähig zu bleiben, wurden dort bischöfliche Kommissare eingesetzt. Seit 1945 fanden sich zudem Vertreter der ostdeutschen Diözesen und Diözesangebiete zu regelmäßigen Konferenzen zusammen, um das kirchliche Leben in der SBZ neu zu organisieren²¹. Diese wurden am 12. Juli 1950 von Papst Pius XII. als „Konferenz der Bischöfe Ostdeutschlands“ – später „Berliner Ordinarienkonferenz“ (BOK) – institutionalisiert²² und damit den beiden anderen Regionalkonferenzen innerhalb der Fuldaer Bischofskonferenz gleichgestellt. Die Kontakte zum Episkopat in Westdeutschland wurden nicht zuletzt dadurch gewahrt, daß der Vorsitzende der

¹⁶ Vgl. dazu jüngst Greschat, *Vorgeschichte*, S. 33–38; Nowak, *Zum historischen Ort der Kirchen in der DDR*, S. 11.

¹⁷ So Henkys, *Evangelische Kirche*, S. 60. Vgl. in diesem Zusammenhang aber auch den Hinweis von Hanke, *Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland*, S. 184, daß das Festhalten an der Einheit aus kirchlicher Sicht auch „eine sittliche Dimension“ besaß.

¹⁸ Zit. nach Lepp, *Die evangelische Kirche als Klammer*, S. 67.

¹⁹ Zit. nach Kirchliches Jahrbuch 1951, S. 38. Zu den evangelischen Kirchentagen der fünfziger Jahre Hanke, *Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland*, S. 137–144.

²⁰ Vgl. Lepp, *Evangelische Kirche als Klammer*, S. 70.

²¹ Vgl. dazu u. a. Pilvousek, *Die katholische Kirche in der DDR*, S. 60f.; Raabe, *SED-Staat und katholische Kirche*, S. 35–42.

²² Zu den Hintergründen Tischner, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR*, S. 173–176.

BOK gleichzeitig Mitglied der Fuldaer Bischofskonferenz war. Ähnlich wie bei den Protestanten gewährleisteten unter anderem die Katholikentage, von denen in den fünfziger Jahren zwei in Berlin stattfanden, die praktische Einheit der Katholiken aus Ost und West²³. Bei all diesen Gemeinsamkeiten gibt es jedoch zwei bedeutende Unterschiede. Die katholische Kirche befand sich erstens mit einem Bevölkerungsanteil von 10,9 Prozent gegenüber der evangelischen mit 80,5 Prozent (1950) in der DDR in einer absoluten Minderheitsposition, was auch ihre Wirkung als gesamtdeutsche Institution beschränkte. Zweitens lag ihr trotz ihrer Bekenntnisse und Aufrufe zur Wiederherstellung der deutschen Einheit²⁴ dieses Thema doch weitaus weniger am Herzen als den Protestanten: Sie bezog ihr Selbstbewußtsein aus der Zugehörigkeit zu einer Weltkirche und nicht zu einer Nationalkirche.

2. Zwischen Aktion, Reaktion und Abgrenzung: Die Politik der DDR im deutsch-deutschen Spannungsfeld

Mit der Gründung der DDR wurde auch das deutsch-deutsche Konkurrenzverhältnis begründet. Von Anfang an verstand sich die DDR als politischer Gegenentwurf zur Bundesrepublik, der die SED-Führung jegliche Daseinsberechtigung absprach. Aus der Weststaatsgründung und den Wahlen zum ersten Bundestag, so formulierte es Wilhelm Pieck am 4. Oktober 1949, ergebe sich für die SED „ein nationaler Notstand und damit die Notwendigkeit, eine ernste nationale Selbsthilfe zu organisieren und sie durchzuführen“. Dazu bedürfe es eines „nationalen politischen Zentrums für das deutsche Volk“, von dem aus die Nationale Front die Einheit verwirklichen könne²⁵. Die Bundesrepublik war zwar einerseits der wichtigste Gegner und Konkurrent beim Buhlen um die Gunst des deutschen Volkes; andererseits war sie – und das beruhigte die SED-Führung damals ungemein – letztlich dem Untergang geweiht. Durchaus vorhandene Probleme beim westdeutschen wirtschaftlichen Wiederaufbau wurden von ihr zu Beginn der fünfziger Jahre stets im Zusammenhang mit der nach der marxistisch-leninistischen Ideologie unausweichlichen, allgemeinen Krise des Kapitalismus gesehen. Dies änderte sich erst 1955, als sich Walter Ulbricht auf einer ZK-Tagung gegen die Auffassung wandte, daß die SED auf eine Krise im Westen warten müsse, um die Bundesrepublik zu überflügeln. Die DDR, so Ulbricht, müsse die westdeutsche Wirtschaft „auch unter den Bedingungen der dortigen Hochkonjunktur übertreffen“²⁶. Daß dies leichter gesagt als getan war, geht aus einer Vorlage der Staatlichen Plankommission für die Politbürositzung am 4. Juni 1957 hervor: „Wir stehen nach wie vor dem Problem gegenüber, daß Westdeutschland uns auch weiterhin bedeutend überlegen bleibt in der Frage der industriellen Produktion, der Investitionen und des Lebensstandards, wodurch fortge-

²³ Vgl. dazu Raabe, SED-Staat und katholische Kirche, S. 210–232.

²⁴ Siehe die abgedruckten Stellungnahmen und Äußerungen vom 1. 1. 1954, 25. 5. 1955, 1. 9. 1956, 20. 8. 1958 in: Lange u.a. (Hrsg.), Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR, S. 68, 86f., 98–103, 131.

²⁵ So Wilhelm Pieck auf der Parteivorstandssitzung der SED am 4. 10. 1949, zit. nach Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 149.

²⁶ Zit. nach Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 357.

setzt ein starker politischer und ökonomischer Druck auf die DDR ausgeübt wird.“²⁷ Zwar wurde an dem Ziel, die Bundesrepublik wirtschaftlich zu überflügeln, festgehalten; angesichts der unübersehbaren eigenen Schwäche und der wirtschaftlichen und politischen Stärke der Bundesrepublik gingen die Machthaber der DDR jedoch nun nicht mehr von einem absehbaren Untergang des westdeutschen Staates aus. Zunächst galt es, die eigene wirtschaftliche Überlegenheit unter Beweis zu stellen; der Sieg im deutsch-deutschen Konkurrenzkampf wurde zu einer Langzeitaufgabe.

Dem Wandel in der Wahrnehmung entsprach auch ein Politikwechsel der DDR in der deutschen Frage. Von ihrer Gründung bis Mitte der fünfziger Jahre hielt sie – was auch in den bereits zitierten Äußerungen Piecks anklingt – an einem eigenen Alleinvertretungsanspruch fest. Wie Michael Lemke überzeugend gezeigt hat, glaubten die Sowjetunion und die SED bis 1951, die „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ auch auf Westdeutschland übertragen zu können. Hintergrund dieser Annahme bildeten zum einen die sowjetischen Erfolge in China und Korea; zum anderen standen die Mißerfolge der kommunistischen Politik und der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland noch aus. Ost-Berlin setzte also auf eine Umgestaltung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik mit Hilfe einer Volksfrontpolitik, um die Wiedervereinigung unter östlichen Vorzeichen zu erreichen²⁸. Neben der bis ins kleinste von Ost-Berlin aus gesteuerten KPD waren es vor allem die Neutralisten in der Bundesrepublik, die man für sich einzunehmen hoffte. Darüber hinaus wollte die DDR das gesamtdeutsche Potential in ihrem Sinne nutzen. Die zwischenmenschlichen Kontakte über Briefe und Besuche, organisierte Treffen mit den unterschiedlichsten, auch nationalistischen Gruppierungen²⁹ sollten dazu ebenso dienen wie die wichtigste gesellschaftliche Großorganisation: die evangelische Kirche³⁰. Deren gesamtdeutsche Ausrichtung wollten die DDR und die Sowjetunion zu Beginn der fünfziger Jahre auf drei Ebenen nutzen. Erstens versuchten SED-Führung und Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit den leitenden Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche, unter anderem mit Bischof Dibelius, 1950/51 über die deutsche Frage ins Gespräch zu kommen und dessen Auffassungen zur Wiedervereinigung sowie dessen Einschätzung der westdeutschen Position kennenzulernen³¹. Zweitens sollten prominente Kirchenvertreter für die DDR eingenommen und zu positiven öffentlichen Äußerungen bewegt werden, was etwa bei dem Bevollmächtigten des Rats der EKD bei der DDR-Regierung, Propst Heinrich Grüber, teilweise gelang³². Schließlich ging es, drittens, darum, die Foren der gesamtdeutschen Kirchentage zur Propagierung der eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen zu nutzen. Letzteres Ziel beherrschte die Kirchentage von Berlin

²⁷ Zit. nach Sywottek, Wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen als Legitimationsbasis, S. 165 f.

²⁸ Vgl. dazu Lemke, Einheit oder Sozialismus.

²⁹ Dazu zählen etwa die Versuche, mit ehemaligen HJ-Führern sowie SS- und Wehrmachts-offizieren im Januar 1951 ins Gespräch zu kommen. Vgl. dazu Buddrus, Das „Berliner Gespräch“ 1951; Herms, Hinter den Linien, S. 209–213.

³⁰ Über entsprechende Versuche gegenüber der katholischen Kirche ist nichts bekannt.

³¹ Dies war insbesondere bei dem Gespräch vom 15. 11. 1951 der Fall: siehe dazu Scherstjanoi/Stappenbeck, Dibelius war in Karlshorst.

³² Vgl. dazu Rink, Der Bevollmächtigte, vor allem S. 212–222.

(1951) und von Leipzig (1954). Wie die SED-Berichterstatter anschließend feststellen mußten, hatte sich jedoch in beiden Fällen die Hoffnung, die mehrheitlich gesamtdeutsch eingestellten protestantischen Christen für die eigene Politik zu gewinnen, nicht erfüllt³³.

Hatte die DDR-Führung bis 1951 noch ernsthaft daran geglaubt, die Wiedervereinigung zu ihren eigenen Bedingungen in absehbarer Zeit erreichen zu können, so setzten sich in den Jahren bis 1954 jene durch, die, wie Ulbricht, ihre Priorität in den Ausbau der DDR setzten. Der eigenen (und westdeutschen) Bevölkerung wollte man sich jedoch, um nach der II. Parteikonferenz vom Juli 1952 und nach dem 17. Juni 1953 nicht noch mehr an Zustimmung zu verlieren, weiterhin als Vorkämpfer für die deutsche Einheit präsentieren. Außerdem setzte Ost-Berlin bis 1954 auf die gesamtdeutsche Karte, um die Vollendung der Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. In dem Maße jedoch, in dem sich die DDR vom Einheitsgedanken entfernte, wurde ihr die Anerkennung als eigenständiger Staat zu einem außenpolitischen Kernziel. Bei der Berliner Außenministerkonferenz vom Januar 1954 ging es ihr nicht mehr um eine Lösung für die deutsche Frage; vielmehr war sie höchst befriedigt darüber, daß sie – wie auch die Bundesrepublik – mit am Verhandlungstisch gesessen hatte. Dabei handelte es sich indes um eine symbolische Aufwertung, die sie ausschließlich der Sowjetunion verdankte. Auch das Scheitern der Regierungskonferenz von Genf im Juli 1955 bedauerte sie nicht im Geringsten: Entscheidend war für sie die im Anschluß daran von Chruschtschow in Ost-Berlin verkündete „Zwei-Staaten-Theorie“, da sich die Sowjetunion damit endgültig von der gesamtdeutschen Option löste. Die Sowjetunion hatte damit die DDR anscheinend vorbehaltlos anerkannt; nun war es, wie in einer Vorlage für das SED-Politbüro im August 1955 formuliert wurde, auch „höchste Zeit, daß im Westen der beschränkte Standpunkt über das Nichtvorhandensein der Deutschen Demokratischen Republik aufgegeben wird“³⁴.

Unmittelbar darauf, im Herbst 1955, verkündete Bonn die sogenannte „Hallstein-Doktrin“ – eine Fortentwicklung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion. Durch diese vielgescholtene außenpolitische Maxime der Bundesrepublik blieben die beiden deutschen Staaten auf das engste aufeinander bezogen: die Bundesrepublik dadurch, daß sie im Sinne der „Hallstein-Doktrin“ die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Drittstaaten mit der DDR weltweit zu verhindern suchte, und die DDR dadurch, daß sie in dem Streben nach Anerkennung krampfhaft nach Mitteln und Wegen suchte, um diese zu unterlaufen. Die Bundesrepublik war in dieser Auseinandersetzung jedoch in einer weitaus besseren Position als die DDR. Denn aufgrund der festen Verankerung im westlichen Bündnis und der westdeutschen Wirtschaftskraft war kein Staat der Welt unter normalen außenpolitischen Bedingungen bereit, das Risiko eines Abbruchs der Beziehungen zu Bonn zu riskieren, um diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Erst in den sechziger Jahren gelang

³³ Vgl. Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 76–79 (Berliner Kirchentag), S. 152–159 (Leipziger Kirchentag); Kleßmann, Ein Kirchentag der Kontraste (zum Leipziger Kirchentag).

³⁴ Dieser Abschnitt weitgehend nach Lemke, Einheit oder Sozialismus, insbesondere S. 277, 309 f., 343 f., das Zitat S. 351.

es der DDR, die Hallstein-Doktrin anzukratzen, ohne sie jedoch grundsätzlich in Frage zu stellen; die weltweite Anerkennung erlangte Ost-Berlin erst nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrags mit Bonn. In den fünfziger Jahren war die DDR daher außerhalb des Ostblocks außenpolitisch weitgehend aktionsunfähig und befand sich in der Defensive³⁵.

Unter diesen Bedingungen die Offensive zurückzugewinnen, erwies sich für die DDR als schwieriges Unterfangen. Dennoch wurde dies, unter Nutzung des gesamtdeutschen Beziehungsgeflechts auch noch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre versucht. Einen gewissen Erfolg errang sie dabei durch die politische Nutzung der deutsch-deutschen Verbindungen im Sport, der eigenen Gesetzmäßigkeiten unterlag und in dem „die Raison des Kalten Krieges“ äußerst unbeliebt war. Hier ließ sich die Hallstein-Doktrin schwer durchsetzen, da auch im Westen ein erhebliches Interesse an deutsch-deutschen Sportbegegnungen und an gemeinsamen Olympia-Mannschaften bestand: Denn auch der Bundesrepublik war daran gelegen, mit gesamtdeutschen Mannschaften Deutschland als eine Nation zu präsentieren³⁶.

Während diese Bestrebungen dem deutsch-deutschen Kleinkrieg zuzuordnen sind, wollte die DDR offiziell ab 1958 die eigene Attraktivität vor allem durch die Steigerung ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft nachhaltig erhöhen. Der V. Parteitag der SED beschloß im Juli 1958 als „ökonomische Hauptaufgabe“, „die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft umfassend bewiesen wird“. Der Index, an dem die Wirtschaftskraft der DDR gemessen wurde, war der Pro-Kopf-Verbrauch an wichtigen Konsumgütern und Lebensmitteln; darin wollte man die Bundesrepublik innerhalb von kurzer Zeit übertreffen³⁷. Dieses Vorhaben ging auf Chruschtschow zurück, der bereits im Juli 1956 im Gespräch mit DDR-Vertretern gefordert hatte: „Die Deutsche Demokratische Republik muß Anziehungskraft nicht nur für Westdeutschland gewinnen, sondern auch für andere Staaten im Westen.“³⁸ Die DDR als Vorposten des Ostblocks sollte – auch mit beträchtlichem sowjetischen Aufwand – zum Modell und Schaufenster des Sozialismus entwickelt werden und dessen Überlegenheit sichtbar dokumentieren. Als unabdingbare Voraussetzung für dieses gewaltige Vorhaben schaffte die DDR im Mai 1958 – sieben Jahre nach der Bundesrepublik – endgültig alle Lebensmittelkarten ab³⁹. Freilich: Der Versuch, auf wirtschaftlichem Gebiet das Wirtschaftswunderland Bundesrepublik zu schlagen, war nicht zuletzt angesichts der miserablen Voraussetzungen im Krisenjahr 1956 kaum

³⁵ Zur Hallstein-Doktrin und ihrer Umsetzung vgl. neuerdings Kilian, Die Hallstein-Doktrin. Obgleich Kilian auch die Akten des MfAA heranzieht, ist er insgesamt auf die Bundesrepublik fixiert. Eine systematische Untersuchung der DDR-Außenpolitik in ihrer Reaktion auf die Hallstein-Doktrin steht noch aus.

³⁶ Vgl. dazu Geyer, Der Kampf um nationale Repräsentation passim, hier S. 63 (Zitat), 68; Pabst, Sport – Medium der Politik?, S. 238–258 (zum Problem der gesamtdeutschen Olympiamannschaften), 258–294 (zum innerdeutschen Sportverkehr).

³⁷ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VII, S. 259.

³⁸ Ausführungen Chruschtschows am 10. 7. 1956, zit. nach Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 363.

³⁹ Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten, 28. 5. 1958, in: Gesetzblatt der DDR 1958, S. 413–415. Dies war ursprünglich bereits für 1953 vorgesehen gewesen und wurde auch von Chruschtschow seit 1956 mehrfach gefordert: vgl. Ciesla, Zwischen den Krisen, S. 285 f.; Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 363, 416.

realisierbar. Schon im Juli 1960 stellte Grotewohl das faktische Scheitern dieses Unternehmens fest⁴⁰.

Wie damit bereits angedeutet, herrschte Konkurrenz zwischen den beiden deutschen Staaten nicht nur in der Außenpolitik. Auch mit ihren sozialpolitischen Maßnahmen warben sie um die Gunst des deutschen Volkes. Bereits 1950 trat die DDR dabei mit einem ganzen Maßnahmenbündel hervor, dessen Kernstück das „Gesetz zur Förderung und Pflege der Arbeitskraft“⁴¹ bildete. Auch der Sozialstaat Bundesrepublik und die westdeutsche Wirtschaft befanden sich noch im Aufbau, so daß noch keineswegs absehbar war, welcher der beiden Staaten auf diesem Gebiet obsiegen würde. Zwar unterschieden sich der ost- und der westdeutsche Sozialstaat grundsätzlich in ihrer Ausrichtung und ihren Bauprinzipien; jedoch läßt sich an einigen Punkten zeigen, daß die DDR versuchte, mit ihrer Gesetzgebung auf entsprechende Legislativakte der Bundesrepublik zu reagieren. So bildete das DDR-Umsiedlergesetz vom September 1950 auch eine systemspezifische Antwort auf das westdeutsche Soforthilfegesetz vom August 1949: Mit Krediten zum Erwerb von Hausrat und zur Förderung der vertriebenen Neubauern und Handwerker sollten – wenn auch nicht im selben Umfang wie in der Bundesrepublik – die sogenannten „Umsiedler“ gefördert werden⁴². Wie sehr die DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch in der Sozialpolitik in die Defensive gedrängt wurde, zeigt die Debatte um eine Rentenreform im Jahre 1956 in den Führungsgremien der SED. Vor dem Hintergrund der westdeutschen Rentendebatte, die in die Reform von 1957 mündete, mehrten sich damals Stimmen, die auch in der DDR nicht nur eine Rentenerhöhung, sondern eine echte Rentenreform anstrebten – eine Reform die, ähnlich wie in der Bundesrepublik, die Renten stärker an Löhne und Gehälter koppeln sollte. Kaum angestoßen, geriet der Reformprozeß im Herbst 1956 aufgrund von Finanzknappheit ins Stocken. Statt dessen beschloß das Politbüro am 8. November 1956 lediglich eine Erhöhung sämtlicher Renten um 30 Mark. Damit hoffte es freilich, nicht nur die Lebenslage der Rentner im eigenen Lande zu verbessern, sondern auch „bedeutende politische Auswirkungen auf die Arbeiterklasse, auch in Westdeutschland“ zu erzielen⁴³. Beide Beispiele verdeutlichen, daß sich die DDR unter den deutsch-deutschen Konkurrenzbedingungen in Einzelfällen zur Reaktion auf westdeutsche Maßnahmen genötigt sah; zu adäquaten Antworten war sie aufgrund begrenzter Ressourcen jedoch nicht in der Lage.

Daneben machte sich auch im Ausmaß der innerstaatlichen Verfolgung in der DDR die Existenz eines zweiten, rechtsstaatlich ausgerichteten Staates auf deutschem Boden bemerkbar. Die Sowjetunion diente dem Repressionsapparat der DDR strukturell zwar als Vorbild; das Wüten von Geheimpolizei und Justiz zwi-

⁴⁰ Ebenda, S. 420.

⁴¹ Der vollständige Titel des Gesetzes lautete: „Gesetz zur Förderung und Pflege der Arbeitskraft, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten“, 19. 4. 1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 349. Für die weiteren damit im Zusammenhang stehenden Gesetze siehe Lemke, *Einheit oder Sozialismus*, S. 166 f.

⁴² Vgl. Schwartz, *Umsiedlerpolitik in der Krise?*, S. 201 f. Während in der DDR die sozialpolitische Förderung der Vertriebenen 1952/53 abbrach, setzte sie in der Bundesrepublik damals mit der Lastenausgleichsgesetzgebung erst richtig ein: vgl. Schwartz, *Ablenkungsmanöver der Reaktion*.

⁴³ Vgl. Hoffmann, *Sozialistische Rentenreform?* passim, das Zitat S. 306.

schen Elbe und Oder, das in den frühen fünfziger Jahren einen Höhepunkt erlebte, erreichte jedoch unter den Bedingungen der deutschen Zweistaatlichkeit nie die Dimensionen, die die Verfolgungswelle in der Sowjetunion zwischen 1947 und 1954 besaß⁴⁴. Demgegenüber wurde die Etablierung der Grundlagen des DDR-Justizsystems in den frühen fünfziger Jahren durch die Existenz der Bundesrepublik lediglich verzögert, nicht aber beeinträchtigt. Dies gilt etwa für die Übertragung des Strafvollzugs von der Justiz- auf die Innenverwaltung, gegen die sich der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz, Max Fechner, Ende August 1949 noch erfolgreich zur Wehr setzen konnte, da er dies unter deutschlandpolitischen Aspekten für unzumutbar hielt. Ein Jahr später, am 22. August 1950, faßte das Politbüro jedoch den Beschluß zur Übertragung des gesamten Gefängniswesens auf das Innenministerium, womit es auch die vorangegangenen Reformbemühungen im Strafvollzug zunichte machte⁴⁵. Daß zeitweilige deutschlandpolitische Rücksichtnahmen der Sowjetunion sich ebenfalls auf die Justizpolitik niederschlagen konnten, zeigt die sowjetische Weisung von Anfang November 1951, in der den Repressionsapparaten der DDR zu weitgehende Willkür und Härte vorgeworfen wurde. Die SKK forderte vielmehr, Verhaftungen „in strenger Übereinstimmung mit den in der DDR gültigen Gesetzen“ vorzunehmen, die Angehörigen über verhängte Urteile zu benachrichtigen, genaue Termine für das Untersuchungs- und Gerichtsverfahren festzuschreiben, das Jugendstrafrecht zu reformieren und die Untersuchungsorgane zu überprüfen sowie von „reaktionären und zweifelhaften Elementen zu reinigen“⁴⁶. Hintergrund dieses Memorandums war höchstwahrscheinlich der Brief von Bischof Dibelius an Stalin vom 18. September 1951, in dem genau dieselben Mißstände in der Justiz angeprangert worden waren⁴⁷. Wie inzwischen bekannt ist, erreichte dieser Brief seinen Adressaten, und General Wassili Iwanowitsch Tschujkow teilte Dibelius mit, „daß die Sowjetische Kontrollkommission zu den im Brief angesprochenen Fragen die notwendigen Maßnahmen ergreift“⁴⁸. Freilich konnte auch dies die Umstrukturierung des DDR-Justizwesens in den Jahren 1951/52 unter starker Anlehnung an das sowjetische Vorbild nur verzögern.

Daß auch die SED in ihrer Justizpolitik den deutsch-deutschen Zusammenhang berücksichtigte, wird deutlich mit Blick auf die neue Strafprozeßordnung vom Oktober 1952. Unmittelbar vor deren Bestätigung durch das Politbüro wollte die SKK den ihr vorliegenden Entwurf noch in mancherlei Hinsicht verschärft sehen. Fast alle ihre Vorschläge verfolgten die Absicht, die Rechte des Beschuldigten im Strafverfahren noch stärker einzuengen, als dies ohnehin schon der Fall war. Das Politbüro stimmte am 16. September 1952 jedoch nur einigen der Abänderungsvorschläge umstandslos zu; eine einfache Übernahme der anderen hielt es hingegen „nicht

⁴⁴ Zu diesem Vergleich siehe Pohl, *Justiz in Brandenburg*, S. 333–337. Zu Recht hebt Pohl hervor, daß zu den spezifischen DDR-Bedingungen auch die vorangegangene Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus zählt.

⁴⁵ Vgl. dazu Wentker, *Justiz in der SBZ/DDR*, S. 378 f., 385.

⁴⁶ Die russische Anweisung in: SAPMO, NY 4090/301, Bl. 75 f.; auf der deutschen Übersetzung (Bl. 73 f.) der handschriftliche Vermerk „Nov. 51“. Dazu und zum Zusammenhang mit der Justizpolitik in der DDR Wentker, *Justiz in der SBZ/DDR*, S. 527–539, vor allem 530 f.

⁴⁷ Dibelius an Stalin, 18. 9. 1951, in: *Kirchliches Jahrbuch 1951*, S. 183 f.

⁴⁸ Protokoll des Gesprächs zwischen Tschujkow, Semjonow und Dibelius am 15. 11. 1951, in: Scherstjanoi/Stappenbeck, *Dibelius war in Karlshorst*, S. 1043.

für zweckmäßig“ und wählte, trotz Übereinstimmung in der Sache, eine weniger anfechtbare Form. So wollte es beispielsweise das Recht des Beschuldigten, während der Voruntersuchung mit dem Verteidiger schriftlich oder mündlich in Verbindung zu treten, nicht, wie die SKK dies forderte, völlig beseitigen; es sollte jedoch dadurch eingeschränkt werden, daß der Staatsanwalt die Bedingungen dieses Kontakts festsetzte unter der Maßgabe „daß der Zweck der Untersuchung [...] nicht gefährdet werden“ dürfe. Diese Verschleierungstaktik, die in mancherlei Hinsicht für die Justiz-Vorschriften der DDR typisch war, ging auf die Auffassung des Politbüros zurück, daß die Wirkung der genannten Paragraphen „nicht nur nach Westdeutschland, sondern auch in Kreisen unserer Bevölkerung nicht günstig sein würde“⁴⁹.

Im Verlauf der fünfziger Jahre wurde jedoch deutlich, daß die DDR sich weder mit selbstbewußter Aktivität noch mit Einzelreaktionen auf westdeutsche Maßnahmen, sondern nur mit dezidiert Abgrenzung im deutsch-deutschen Spannungsfeld behaupten konnte. Denn mit seiner wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung entwickelte der westdeutsche Staat eine ungeheure Anziehungskraft auf die Deutschen in der DDR, wo der Elan der ‚Aufbaugesellschaft‘, der zu Beginn des Jahrzehnts noch eine gewisse Wirkung besaß, rasch erlahmte. Abgrenzung bildete seit der doppelten Staatsgründung ein wesentliches Element der innerdeutschen Konkurrenz auf beiden Seiten der Demarkationslinie. Dabei ging es der DDR zunächst darum, westliche Einflußnahmen, etwa über den Rundfunk, über Druckerzeugnisse oder über menschliche Kontakte abzuwehren⁵⁰. Die DDR-Führung wollte jedoch gleichzeitig die innerdeutschen Verbindungen für eigene Zwecke nutzen: Sie mußte daher von Anfang an darauf bedacht sein, dieses Beziehungsgeflecht einer möglichst engen Kontrolle zu unterwerfen.

Zu einem Gradmesser für das Bedürfnis, sich vom Westen abzugrenzen, wurden die Verhältnisse an der Zonengrenze. Diese stand seit 1945 unter militärisch-polizeilicher Kontrolle – eine Kontrolle, die zunächst von sowjetischen Truppen und seit November 1946 von der deutschen Grenzpolizei ausgeübt wurde. Jedoch wurde den Menschen nur allmählich bewußt, daß es sich bei der Demarkationslinie um eine regelrechte Grenze handelte. Dazu trug wesentlich bei, daß die Deutsche Grenzpolizei mit SMAD-Befehl Nr. 208 vom 23. Dezember 1949 die Verantwortung für das Interzonenreisewesen erhielt⁵¹ und der Chef der Deutschen Volkspolizei (DVP), Kurt Fischer, seine Untergebenen dazu anhielt, die restriktive sowjetischen Praxis nicht zu lockern; die Grenzpolizei müsse im Gegenteil strikter sein und die Anzahl der ausgegebenen Interzonenpässe auf ein Minimum reduzieren⁵². Die Überwindung der Grenze wurde damit schwieriger, aber keineswegs unmöglich. Erst im Mai 1952, mit der Schließung der Grenze und den Zwangsaussiedlungen aus der fünf Kilometer tiefen Sperrzone⁵³, wurde die Abgrenzung zu Westdeutschland unübersehbar. Der Ministerrat hatte den dazu erforderlichen Beschluß am 26. Mai jedoch nicht aufgrund DDR-interner Analysen, sondern aufgrund einer

⁴⁹ Vgl. Wentker, Justiz in der SBZ/DDR, S. 551 f., das Zitat 552.

⁵⁰ Vgl. van Melis/Bispinck, Republikflucht (Manuskript), S. 22–24.

⁵¹ Ebenda, S. 25.

⁵² Vgl. Bessel, The Making of a Border, S. 212 f.

⁵³ Vgl. dazu Bennewitz/Potratz, Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, S. 13–99.

Anordnung Stalins gefaßt. Am 7. April 1952 hatte er unter Verweis auf die amerikanischen Aktivitäten zur westdeutschen Wiederbewaffnung und die westliche Agententätigkeit in der DDR die SED-Spitze angewiesen: „Die Demarkationslinie zwischen West- und Ostdeutschland muß als eine Grenze betrachtet werden, und zwar nicht als einfache Grenze, sondern als eine gefährliche Grenze. Der Schutz dieser Grenze muß verstärkt werden.“⁵⁴

Wenngleich also die Initiative für die Grenzabriegelung nicht auf Ost-Berlin, sondern auf das sowjetische Abgrenzungsbedürfnis gegenüber den Vereinigten Staaten zurückging, so kam diese Entwicklung der DDR durchaus entgegen. Nun konnte sie etwa die Telefonverbindungen zwischen West- und Ostdeutschland durch technische Eingriffe so stark reduzieren, daß schließlich nur noch 34 Kabel für den Interzonenverkehr zur Verfügung standen⁵⁵. Auch der Paketversand von der Bundesrepublik in die DDR wurde streng reguliert. Eine Verordnung vom 5. August 1954 untersagte nicht nur den Versand von Druckerzeugnissen „antidemokratischen“, friedensgefährdenden und „unzüchtigen Charakters“; darüber hinaus durften die Päckchen Genußmittel wie Kaffee, Schokolade und Zigaretten nur in knapp bemessenen Mengen enthalten⁵⁶. Zwar war die DDR auf solche Sendungen angewiesen, um Löcher im eigenen Versorgungssystem zu stopfen; dennoch wollten die Machthaber die Erzeugnisse, die wie keine anderen für das westdeutsche Wirtschaftswunder standen, bewußt knapp halten, wohl in der Hoffnung, so den direkten Vergleich zwischen West- und Ostwaren zu erschweren⁵⁷. Dem entsprach insgesamt die Tendenz, ungeachtet des staatlicherseits betriebenen innerdeutschen Handels, die privaten Wirtschaftskontakte in den Westen zu unterbinden und unter Strafe zu stellen. Statt dessen setzte Ost-Berlin vor allem auf einen verstärkten wirtschaftlichen Austausch mit Osteuropa⁵⁸.

1957 ist ein qualitativer Sprung in den Abgrenzungsbemühungen der DDR auszumachen. Nun wurde deutlich, daß die DDR keinen Wert mehr darauf legte, das gesamtdeutsche Beziehungsgeflecht für eigene Zwecke zu nutzen. Die Hintergründe dieses Politikwechsels sind in der Krise des Jahres 1956 zu suchen. Neben der damals grassierenden – und von staatlicher Seite geschürten – Agentenfurcht war die Führung in Ost-Berlin offenbar darüber besorgt, daß die Abkehr vom Kommunismus sowjetischer Prägung in Ungarn und Polen vom Westen propagandistisch ausgenutzt und dadurch die DDR-Bevölkerung in Unruhe versetzt werden könnte⁵⁹. Und die DDR als deutscher Teilstaat mußte jede Aufweichung im eigenen

⁵⁴ Zit. nach Wolkow, *Die deutsche Frage aus Stalins Sicht*, S. 45 f. Vgl. auch das Pieck-Notat vom 7. 4. 1952 in: Badstübner/Loth, *Pieck-Aufzeichnungen*, S. 396.

⁵⁵ Vgl. Plück, *Innerdeutsche Beziehungen*, S. 2019.

⁵⁶ Verordnung über den Geschenkpaket- und Päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland, 5. 8. 1954, in: *Gesetzblatt der DDR 1954*, S. 727–729.

⁵⁷ Vgl. dazu Lindner, *Dein Päckchen nach drüben*, S. 26–29. Die westliche Seite politisierte dabei auch den Paketversand im Kalten Krieg, u. a. mit einer Paketaktion nach dem 17. Juni 1953; die DDR erwies sich trotz der Erwägung von Gegenmaßnahmen als unfähig, dagegen einzuschreiten. Vgl. Kabus, *Liebesgaben für die Zone*.

⁵⁸ Vgl. Hoffmann/Schwartz, *Rahmenbedingungen*; Buchheim, *Wirtschaftliche Folgen der Integration der DDR in den RGW*, insbesondere S. 349–351.

⁵⁹ Vgl. Krüger, *Votum für bewaffnete Gewalt*, S. 75 f.

Lager weitaus stärker treffen als die anderen Ostblockstaaten⁶⁰. Aufgrund seiner kritischen Einschätzung der inneren Situation der DDR beschloß das Politbüro am 6. November 1956 eine Reihe von „Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“, an der die Volkspolizei, das MfS, die NVA und gegebenenfalls sowjetische Truppen beteiligt werden sollten⁶¹. Nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstands und der Durchsetzung der ‚Hardliner‘ unter Ulbrichts Führung innerhalb der SED verband die Regierung in Ost-Berlin daher Härte im Innern mit Abgrenzung nach außen. Auf einer Dienstkonferenz des MfS im April 1957 betonte Ulbricht, „daß die Politik der Entspannung doch nicht bedeutet, daß die Volkspolizei und die Staatssicherheit sich entspannen sollen. [...] Die Politik der Entspannung betrifft die Koexistenz zwischen den Staaten der zwei gesellschaftlichen Systeme. Aber das bedeutet nicht, daß wir uns innerlich aufweichen lassen, damit die anderen die Arbeiter- und Bauernmacht oder andere sozialistische Staaten liquidieren.“⁶²

Ganz im Einklang mit dieser Äußerung startete die SED mit dem sogenannten Konföderationsplan 1957 auch eine neue deutschlandpolitische Initiative. Dieses Vorhaben, demzufolge die deutsche Einheit langfristig über eine Konföderation der beiden Staaten wiederhergestellt werden sollte, widersprach der Vorgabe Ulbrichts jedoch nur scheinbar. Denn es war ausschließlich als Propagandainstrument gedacht – sowohl gegenüber der eigenen Bevölkerung, der suggeriert werden sollte, daß die SED sich weiterhin für die Wiedervereinigung einsetzte, als auch gegenüber der SPD in der Bundesrepublik, die aus Ost-Berliner Sicht von ihrer rigorosen Absage an die SED abzurücken schien. Der Konföderationsplan hatte keinerlei Rückwirkungen auf die innere Ordnung der DDR. Im Gegenteil: SED-intern wurde unmißverständlich klar gemacht, daß eine Wiedervereinigung auf diesem Wege nur möglich sei, wenn die innere Struktur der Bundesrepublik der der DDR angeglichen werde⁶³.

Die Verstärkung der Abgrenzungspolitik im Jahre 1957 fand ihren Ausdruck in der Propaganda, in einer Einschränkung des Reiseverkehrs, auf rechtlichem Gebiet und in der Kirchenpolitik. So war es sicher kein Zufall, daß die Propagandakampagne gegen „Hitlers Blutrichter“ im Dienst der Bundesrepublik mit einer Pressekonferenz Albert Nordens am 23. Mai 1957 begann⁶⁴. In dieser bis in die sechziger Jahre andauernden Auseinandersetzung wurde darauf verwiesen, daß die moralisch und politisch Schuldigen an den NS-Verbrechen in der Bundesrepublik an den Schaltstellen der Macht saßen und die große Masse der Funktionsträger aus dem Dritten Reich wieder öffentliche Positionen bekleidete. Die Regierung Adenauer sollte damit innenpolitisch diskreditiert, die Bundesrepublik international abgewertet und die DDR entsprechend aufgewertet werden⁶⁵. Neben diesen propagandistischen Maßnahmen ging die DDR vor allem daran, die Kommunikationsschienen zwischen Ost und West zu zerstören. Das bedeutete zunächst ganz konkret eine

⁶⁰ Wie aus seiner Äußerung vor einer MfS-Aktivtagung am 11. 5. 1956 hervorgeht, war dies vor allem Ulbricht bewußt: vgl. Fricke/Engelmann, *Konzentrierte Schläge*, S. 233.

⁶¹ Der Beschluß gedruckt bei Krüger, *Votum für bewaffnete Gewalt*, S. 81–85.

⁶² Zit. nach Weber, *Justiz und Diktatur*, S. 472.

⁶³ Vgl. Lemke, *Einheit oder Sozialismus*, S. 399–406.

⁶⁴ Vgl. dazu Bästlein, *Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes*.

⁶⁵ Vgl. dazu Lemke, *Instrumentalisierter Antifaschismus im deutschen Sonderkonflikt*.

Einschränkung des Personenverkehrs von der DDR in die Bundesrepublik. Wurden im ersten Quartal 1957 nur 0,1 Prozent aller Anträge auf Westreisen abgelehnt, so waren es im vierten Quartal 27,7 und im Dezember 1957 38,9 Prozent⁶⁶. Des weiteren wurde auch das illegale Verlassen der DDR mit der Änderung des Paßgesetzes vom 11. Dezember 1957 erstmals zu einem eigenen Straftatbestand und konnte nun mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden⁶⁷. Eine Reihe politisierter Strafverfahren verdeutlichte, daß die DDR dieses Gesetz auch durchsetzen wollte, so daß die Fluchtzahlen erstmals seit Mitte 1953 wieder drastisch zurückgingen⁶⁸. Schließlich begann die DDR 1957 auch, systematisch auf eine Zertrennung der evangelischen Kirche in Deutschland hinzuarbeiten. So wurde der Bevollmächtigte des Rats der EKD bei der DDR-Regierung, Heinrich Grüber, von dem im Februar 1957 neu ernannten Staatssekretär für Kirchenfragen Werner Eggerath zu einer Beratung mit den evangelischen Bischöfen der DDR am 12. April 1957 nicht hinzugebeten⁶⁹. Im September desselben Jahres erhielt Grüber die Mitteilung, daß sein Auftrag als EKD-Bevollmächtigter bei der DDR-Regierung als beendet zu betrachten sei. Wenngleich sich Ministerpräsident Otto Grotewohl mit der entsprechenden offiziellen Mitteilung noch bis zum 17. Mai 1958 Zeit ließ, war bereits 1957 klar, daß die Ost-Berliner Regierung nur noch Kontakte zu den Landeskirchen in der DDR pflegen würde⁷⁰. Im folgenden erschwerte die DDR die innerkirchliche Kommunikation erheblich: Die für Anfang März 1957 vorgesehene EKD-Synode in Halle wurde nicht genehmigt und mußte nach West-Berlin verlegt werden⁷¹. Weitaus schwerwiegender in diesem Zusammenhang war, daß das DDR-Innenministerium dem gesamtdeutschen Kirchentag in Thüringen, dem es im Herbst 1956 grundsätzlich zugestimmt hatte, im April 1957 solche Auflagen machte, daß er nicht stattfinden konnte⁷². Als Vorwand dienten der DDR in all diesen Fällen die Beratungen und der Abschluß des Militärseelsorgevertrags zwischen der EKD und der Bundesregierung; entscheidend war jedoch, daß die EKD als gesamtdeutsche Institution der Abgrenzungspolitik der DDR im Wege stand⁷³.

Diese Politik, die letztlich als Eingeständnis des Scheiterns der aktiven Westpolitik zu Beginn des Jahrzehnts zu werten ist, wurde in den folgenden Jahren weiter betrieben und intensiviert. Symbolisiert wurde dieser neue deutschlandpolitische Kurs durch die Abänderung der Staatsflagge, der 1959 Hammer, Zirkel und Ähren-

⁶⁶ Vgl. van Melis/Bispinck, Republikflucht (Manuskript), S. 55. Einer internen Anweisung des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 24. 5. 1957 sollten vor allem die Reisen von Studenten in NATO-Staaten drastisch eingeschränkt werden; die Anweisung in: Kowalczyk, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät, S. 128 f.

⁶⁷ Gesetz über die Änderung des Paßgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik, 11. 12. 1957, in: Gesetzblatt der DDR 1957, S. 650.

⁶⁸ Vgl. van Melis/Bispinck, Republikflucht, S. 56.

⁶⁹ Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1957, S. 137.

⁷⁰ Vgl. dazu u. a. Rink, Der Bevollmächtigte, S. 238–240.

⁷¹ Otto Nuschke hatte sich für die Abhaltung der Synode gegenüber dem Innenministerium eingesetzt; nach Abstimmung mit Grotewohl verbat er jedoch die Synode: BAB, DO 4, Nr. 2442, Nuschke an Hegen, 32. 1. 1957; Nuschke an Grotewohl, 5. 2. 1957; Grotewohl an Grüber, 5. 2. 1957.

⁷² Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1957, S. 159–164.

⁷³ Vgl. Goerner, Die Kirche als Problem der SED, S. 333 f. Zum Militärseelsorgevertrag mit der Bundesrepublik siehe Ehlert, Interessenausgleich zwischen Staat und Kirchen.

kranz hinzugefügt wurden⁷⁴. Die Abgrenzungsmaßnahmen kulminierten schließlich im Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 – ein Tag, der zu Recht als „heimlicher Gründungstag der DDR“ bezeichnet worden ist⁷⁵.

3. Die Auswirkungen der durchlässigen Grenze und der Fluchtbewegung auf die DDR der fünfziger Jahre

Mit dem Mauerbau gelang es der DDR, die große deutsche Binnenwanderung der fünfziger Jahre zu unterbinden und damit eine der wichtigsten gesamtdeutschen Klammern zu zerstören. Denn zum einen machte dieser Flüchtlingsstrom „auf dramatische Weise sichtbar, daß Deutschland für die Deutschen ein Land“ war; zum anderen „knüpfte jeder, der die Grenze überschritt, einen Faden zwischen den beiden Teilen Deutschlands neu. Denn er brachte ja seine Vergangenheit mit in den Westen, die Erinnerung an seine Heimat, und ließ zugleich Verwandte und Freunde zurück, so daß das Netz der Familienbeziehungen, das die innerdeutsche Grenze überspannte, sich unaufhörlich erneuerte“⁷⁶. Dabei ging es der DDR-Führung sicher nicht um diesen komplexen Zusammenhang, sondern primär darum, die Abwanderung von Arbeitskräften zu unterbinden: Denn darin erblickte sie zu Recht einen Hauptgrund für die erheblichen wirtschaftlichen Probleme, vor denen sie Anfang der sechziger Jahre stand⁷⁷. Hinzu kam, wie Ulbricht 1961 rückblickend schrieb, daß „die offenen Grenzen“ die Regierung in Ost-Berlin zwangen, „den Lebensstandard schneller zu erhöhen, als es unseren volkswirtschaftlichen Kräften entsprach“⁷⁸. Die offenen Grenzen und die Fluchtbewegung bedingten jedoch nicht nur ökonomische Probleme, sondern auch einen gewaltigen Legitimitätsverlust: Denn die Massenabwanderung von knapp drei Millionen Menschen zwischen 1945 und 1961 war auch eine „Abstimmung mit den Füßen“ gegen das DDR-Regime, das weder im Antifaschismus noch im Sozialismus konsensstiftende Ideen gefunden hatte. Unter diesen Bedingungen avancierte die Berliner Mauer als steingewordene Westabgrenzung zum zentralen Bezugspunkt der Staatsräson der DDR⁷⁹.

Doch welche Auswirkungen besaß die Durchlässigkeit der innerdeutschen Grenze auf die gesellschaftliche Stabilität in der DDR? Welcher Zusammenhang bestand zwischen Abwanderung und Widerspruch, von „exit“ und „voice“? Nach Albert O. Hirschmans ursprünglichen Darlegungen führt die Möglichkeit zur Abwanderung dazu, daß in einer Gesellschaft eher auf Widerspruch verzichtet wird, diese also tendenziell stabilisiert wird. Hirschman selbst hat dies unter Bezugnahme auf die Ereignisse des Jahres 1989 relativiert, ja, sogar umgekehrt: Unter den damaligen Bedingungen habe, wie jeder sehen konnte, die Möglichkeit zur Abwanderung die vereinzelt Proteste in der DDR verstärkt und letztlich zu einer umfassenden

⁷⁴ Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Staatswappen und die Staatsflagge der DDR, 1. 10. 1959, in: Gesetzblatt der DDR 1959, S. 691.

⁷⁵ Staritz, Geschichte der DDR, S. 196.

⁷⁶ Kielmannsegg, Nach der Katastrophe, S. 505.

⁷⁷ Vgl. dazu insgesamt Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft.

⁷⁸ Ulbricht an Chruschtschow, 4. 8. 1961, in: Steiner, Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme, S. 263.

⁷⁹ Vgl. zu diesem Zusammenhang Wentker, Die Staatsräson der DDR.

Protestbewegung gemacht – die gesellschaftliche Situation wurde also höchst instabil⁸⁰. Doch welcher Zusammenhang bestand in den fünfziger Jahren?

Mit guten Gründen lassen sich beide Meinungen vertreten. Auf der einen Seite die, daß die Massenflucht und vor allem der Exodus zahlreicher Fachkräfte zur Systemstabilisierung durchaus beigetragen haben. Denn neue, systemloyale Kräfte konnten in die verlassenen Positionen nachrücken; der Staat bot den ihm ergebenen Kräften Aufstiegschancen und konnte diese daher enger an sich binden⁸¹. Auf der anderen Seite wird – ebenfalls mit einer gewissen Berechtigung – behauptet, daß die Möglichkeit, abwandern zu können, die Konfliktbereitschaft durchaus gefördert hat. Denn wer mit Abwanderung drohen konnte oder auch nur einkalkulierte, sich unangenehmen Konfliktfolgen durch Flucht entziehen zu können, war eher zu Widerspruch bereit⁸². Dies wird vor allem durch die Beobachtung gestützt, daß die DDR solange instabil war, wie die durchlässige Grenze die Flucht in den Westen relativ problemlos ermöglichte; erst nach dem Mauerbau gingen die Konflikte in der DDR spürbar zurück.

Beide Erklärungen erscheinen plausibel und schließen einander auch nicht aus: Denn Systemloyalität des von der DDR geförderten Personals war durchaus vereinbar mit Konflikten zwischen dem Staat und anderen Gruppen. Freilich: Bei all diesen Erklärungsversuchen muß im Auge behalten werden, daß das Ausmaß und die Intensität von Konflikten in der DDR nicht primär davon abhing, ob die Grenze durchlässig war oder nicht. Entscheidend war vielmehr, daß die sozio-ökonomischen Umgestaltungsvorhaben dieser Zeit von einer Radikalität waren, die hinterher nie wieder erreicht wurde. Solange die Grenze passierbar war und solange im Westen die Aussicht auf ein ungestörtes Leben mit materiellem Wohlstand lockte, mußte diese Politik gleichzeitig erhebliche Konflikte und eine massive Abwanderung bewirken. So vervielfachte sich etwa in der besonders konfliktreichen Periode zwischen der II. Parteikonferenz vom Juli 1952 und dem 17. Juni 1953 auch die Zahl der Flüchtlinge; in Zeiten innenpolitischer Beruhigung verließen weitaus weniger Menschen die DDR.

Auf eine andere Art und Weise wirkte die durchlässige Grenze jedoch durchaus konfliktfördernd. So war es kein Zufall, daß der Juni-Aufstand von 1953 in Berlin ausbrach: Der höhere Lebensstandard in den Westsektoren und nicht zuletzt der vom 16. Mai bis zum 14. Juni 1953 andauernde, erfolgreiche Streik der West-Berliner Putzer zeigte den Ost-Berliner Arbeitern, welche Möglichkeiten sich ihren Kollegen im Westen boten. Angesichts der scheinbaren Nachgiebigkeit des Staates im Zeichen des Neuen Kurses fühlten sich die Ost-Berliner Bauarbeiter daher animiert, dem Beispiel ihrer Kollegen aus West-Berlin zu folgen⁸³. In diesem Sinne war beides zusammen, die durchlässige Grenze und die Verhältnisse im Westen, ein dauernder

⁸⁰ Hirschman, Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Mit diesem Aufsatz revidiert Hirschman die Thesen seines Buches, Abwanderung und Widerspruch, von 1974.

⁸¹ Vgl. u. a. Bessel, Grenzen des Polizeistaates, S. 238; van Melis/Bispinck, Republikflucht (Manuskript), S. 140.

⁸² So ebenfalls Bessel, Grenzen des Polizeistaates, S. 237; Pollack, Bedingungen der Möglichkeit politischen Protests in der DDR, S. 319; jüngst Ross, „sonst sehe ich mich veranlasst, nach dem Westen zu ziehen“.

⁸³ Vgl. Wentker, Arbeiteraufstand, Revolution?, S. 392.

Faktor der Instabilität für die DDR. Zwischen dem Volksaufstand von 1953 und dem Mauerbau von 1961 blieben Unruhen ähnlichen Ausmaßes jedoch aus. Dies verweist darauf, daß die Menschen in dieser Zeit keine Chance mehr sahen, ihr Schicksal durch Aufbegehren zu verändern, und sich eher dafür entschieden, den Weg in den Westen anzutreten.

4. Zusammenfassung

Die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz begleitete die beiden deutschen Staaten vom Anfang ihrer Existenz bis zum Ende der DDR. Sie war mithin ein unwandelbares Strukturmerkmal der deutschen Zweistaatlichkeit. Seine nachhaltigen Prägungen erhielt dieses Konkurrenzverhältnis freilich durch die Jahre zwischen der Gründung der DDR und dem Mauerbau. Denn in dieser Zeit vollzog sich – von Ost-Berlin aus gesehen – der Übergang von einer aktiven Deutschlandpolitik, die in einem absehbaren Zeitraum die Wiedervereinigung unter östlichen Vorzeichen herbeiführen sollte, hin zu einer Politik von Reaktivität und Abgrenzung. Begünstigt wurde dieser Prozeß durch die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in beiden Staaten in Verbindung mit der radikalen sozio-ökonomischen Umgestaltungspolitik der DDR: Beides zusammen führte unter den Bedingungen der durchlässigen Grenze zu einer gewaltigen Massenabwanderung, die die DDR delegitimierte und deren Existenz elementar bedrohte. Daher nutzte die DDR seit 1957 das gesamtdeutsche Kommunikations- und Beziehungsgeflecht kaum noch, sondern setzte vielmehr alles daran, dieses zu zerstören. Die Politik der Abgrenzung, die damit auch als Eingeständnis eines Scheiterns der anfänglich aktiven Deutschlandpolitik gedeutet werden kann, kulminierte im Bau der Berliner Mauer. Das Ergebnis der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz in den fünfziger Jahren war damit von grundlegender Bedeutung für die Jahre bis zum Untergang der DDR.

Christoph Kleßmann

„Führende Klasse“, Sozialpolitik und Egalisierung in der DDR

Bei der Betrachtung der DDR-Arbeitsgesellschaft stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Bedeutung der Sozialpolitik im Spannungsfeld zwischen proklamierter Egalisierung und faktischer Ungleichheit. Die Sozialpolitik spielte eine Schlüsselrolle, weil hier wichtige Weichenstellungen erfolgten für eine grundsätzliche Veränderung der sozialen Schichtung, aber auch für neue und alte Formen sozialer Differenzierung. Generell geht es um den umfassenden politischen Steuerungsanspruch, den die SED mit ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie untermauerte. Dieser Steuerungsanspruch mußte jedoch erst in einem langen Prozeß gegen vielerlei Widerstände durchgesetzt werden. Er traf auf divergierende Interessen und auf ein gesellschaftliches Beharrungsvermögen, dessen Ausschaltung erhebliche Konflikte produzierte. Der Blick auf die „führende Klasse“ läßt das Kernproblem von Egalisierung und Ungleichheit in seiner spezifisch sozialistischen Variante besonders gut erkennen. Die Arbeiterschaft war gleichermaßen Träger und Adressat einer Sozialpolitik, die von den Anfängen der SED bis zum Ende der DDR in zeitlich unterschiedlicher Ausformung und mit wechselnder politischer Gewichtung immer als umfassende Gesellschaftspolitik verstanden wurde.

In den ersten Nachkriegsjahren fungierte Sozialpolitik primär noch als Nothilfe gegen die Kriegsfolgenlasten. Hier war aber bereits deutlich erkennbar, daß ihr vorrangiges Ziel die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und die Bindung an den Arbeitsplatz war¹. Mit dem Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sollte der traditionelle Begriff von Sozialpolitik überflüssig werden. Als „Lazarettstation für die Opfer des Kapitalismus“ zählte diese zu den Schlacken der bürgerlichen Periode und galt als verpönt². Unabhängig von solchen offiziellen Begriffsentwicklungen erhielt Sozialpolitik in der DDR als umfassende Gesellschaftspolitik zwei charakteristische Kennzeichen: eine starke Betriebszentrierung, die auch die kulturelle Massenarbeit einschloß, und den flächendeckenden Ausbau des FDGB-Apparats als „Implementationsbürokratie“³ der Sozialpolitik. Offenkundig war das Mißverhältnis zwischen parteioffizieller Ideologie und Staatspraxis. Während der Begriff randständig blieb, spielte die praktische Sozialpolitik eine zentrale Rolle. Der umfassenden Durchsetzung der Planwirtschaft lag jedoch die Vorstellung zugrunde, mit der Vollbeschäftigung könne man die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft im wesentlichen planen und erfüllen, so daß eine eigenständige Sozialpoli-

¹ Vgl. Schmidt, Sozialpolitik, S. 698.

² Ebenda, S. 696.

³ Hockerts, Grundlinien Sozialpolitik, S. 523.

tik überflüssig würde⁴. Mit den sechziger Jahren begann eine neue Phase, in der der Begriff auch in seinen traditionellen Konnotationen eine Renaissance erfuhr und in der sich die intensiven Diskussionen darauf konzentrierten, wie die notwendigen Leistungsanreize mit der sozialen Abfederung der Modernisierungsfolgen der Wirtschaftsreform verbunden werden könnten⁵. Diese zum Teil sehr nüchternen Bilanzen in internen Debatten waren zweifellos eine Reaktion auf die Erfahrungen der fünfziger Jahre und somit auch ein gewisser Lerneffekt. Daß dieser nicht zum Zuge kommen konnte, war wohl weitestgehend systembedingt. Mit Beginn der Ära Honecker wurde die Sozialpolitik zum Markenzeichen einer neuen Periode. Ihre Definition erfuhr eine so extensive Erweiterung, daß sie alle Konturen verlor. Sozialpolitik umfaßte demnach „alle Maßnahmen, Mittel und Methoden, die direkt oder indirekt die Tätigkeit oder das Leben der Bürger berühren.“⁶

Die DDR-Geschichte ist insbesondere in ihrer Frühphase unter der Leitfrage nach „Sowjetisierung“ gedeutet worden. Für die zeitgenössischen Publikationen der fünfziger Jahre schien diese Richtung politisch evident zu sein, in der neueren Historiographie hat der Begriff eher eine heuristische Funktion⁷. Er versucht, das komplexe Geflecht von politischen Intentionen und davon oft beträchtlich abweichender gesellschaftlicher Realität zu erhellen. Die Sozialpolitik ist ohne Zweifel ein markantes Feld, auf dem das Sowjetisierungs-Paradigma an deutliche Grenzen stößt und starke deutsche Traditionsbestände erkennbar werden⁸. Das betrifft Konzepte, Organisation, Personal, aber auch Erwartungen insbesondere der „führenden Klasse“ an ihre selbsternannte Avantgarde. Die sozialstrukturelle Entwicklung der frühen DDR ist von dem gleichen Dualismus geprägt. Die politischen Transformationsvorgaben und der Wille zum Aufbau einer „Gegengesellschaft“ zur Bundesrepublik⁹ bildeten ohne Zweifel den Motor der tiefgreifenden Veränderungen, zugleich aber gab es spezifische Rücksichtnahmen auf die eigene Ausgangssituation und die prekäre Lage eines sozialistischen Teilstaats mit offener Grenze zum „Klassenfeind“ im Westen. Das heutige Bild von der frühen DDR-Gesellschaft wird daher nicht mehr so ausschließlich wie früher von dem lautstark betonten Willen zur revolutionären Veränderung bestimmt, sondern berücksichtigt auch stärker die noch vorhandenen „bürgerlichen Relikte“, auf die der „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ aus ökonomischen Gründen nicht verzichten konnte.

Die zentralen Merkmale des nach sowjetischem Vorbild modellierten Gesamtsystems lassen sich mit wenigen Hinweisen grob charakterisieren.

1. Kern der sozialistischen Revolution sollte die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen sein. Das wichtigste Instrument dafür bildete die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft. Die DDR blieb dennoch auch im Selbstverständnis – abgesehen von der Episode von Ulbrichts „sozialistischer Menschengemeinschaft“ – eine nichtantagonistische Klassengesellschaft.

⁴ Schmidt, Sozialpolitik, S. 695.

⁵ Vgl. Hübner, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 9 (Kap. II), erscheint voraussichtlich 2003.

⁶ Politisches Wörterbuch, S. 1073.

⁷ Vgl. Lemke, Sowjetisierung; Jarausch/Siegrist, Amerikanisierung.

⁸ Hockerts, S. 9.

⁹ Vgl. Jarausch, Gegengesellschaft.

2. In der neuen Wirtschaftsverfassung wurde die Bourgeoisie als Klasse abgeschafft. An ihre Stelle trat der auf neuen Fundamenten ruhende Staat als ökonomisches Lenkungsinstrument, dem sich auch die noch bestehenden Reste eines Mittelstandes weitgehend zu unterwerfen hatten.

3. Das Dogma der führenden Rolle einer Partei im System von Massenorganisationen und verbündeten Parteien sicherte die Konzentration und Monopolisierung der politischen und sozialen Entscheidungskompetenz. Ein umfangreicher Sicherheitsapparat stützte dieses Machtmonopol ab. Dieses Grundgerüst blieb, auch wenn in der Praxis die „Grenzen der Diktatur“¹⁰ immer wieder sichtbar wurden.

4. Durch vielfältige und gezielte Förderung der Arbeiter und Bauern, verbunden mit Diskriminierung und tendenzieller Ausschaltung bürgerlicher Schichten und Gruppen, sollte die „führende Klasse“ so entwickelt werden, daß sie ihren Anspruch auf politische Führung tatsächlich einlösen konnte.

5. Erwerbsarbeit bildete den Mittelpunkt der Arbeitsgesellschaft, und der Betrieb rückte in historisch neuer Form ins Zentrum sozialer und kultureller Aktivitäten. Er wurde zu einem herausgehobenen Element der beruflichen Lebenswirklichkeit und auch der privaten Alltagserfahrung.

6. Das ideologische Muster bildete zwar die Sowjetunion. Ihre Rolle war und blieb jedoch prekär, da das ideologische Leitbild durch die individuelle und kollektive Erfahrung von Eroberung, Besatzung und Intervention überlagert und immer wieder in Frage gestellt wurde. Die DDR besaß daher als „besetzter Verbündeter“¹¹ nur wenig Spielraum, den es freilich jeweils genau auszuloten gilt, und war viel stärkeren Zwängen zur strikten Unterordnung als die Bundesrepublik ausgesetzt.

Der Anspruch, ein „Arbeiterstaat“ zu sein, leitete sich neben dem Vorbild der Sowjetunion aber auch aus der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung ab. Er ließ sich – wenn überhaupt – nur einlösen, wenn der Begriff Arbeiter weit verstanden wurde. Diese legitimatorisch unverzichtbaren Bemühungen begannen bereits in den vierziger Jahren und hielten mit verschiedenen Variationen, die oft ebenso gekünstelt wie diffus waren, bis zum Ende der DDR an. In der formativen Phase der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre bemühte sich die SED besonders nachdrücklich darum, den prinzipiellen sozialen Wandel in der politischen und staatlichen Elite zu dokumentieren, indem sie tendenziell zwei Arbeiterbegriffe entwickelte. Christoph Boyer hat sie, obwohl die Quellen diese klare Differenzierung nicht konsequent spiegeln, für das kaderpolitische Programm der SED analysiert¹². Demzufolge wurde unterschieden nach „Herkunft aus der Arbeiterklasse“, das heißt beruflichem Aufstieg bereits vor 1945, und „Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse vor dem Eintritt in den Staatsapparat“, das heißt Aufstieg aus den Betrieben in politische und administrative Funktionen in der Entstehungs- und Gründungsphase der DDR. Aufschlußreich für die sozialstatistische Verwirrung durch ideologische Setzungen ist der Hinweis des Mitglieds des ZK der SED, Anton Ackermann, der 1949 im Zusammenhang mit der Diskussion um die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten von einem erweiterten Arbeiterbegriff ausging und feststellte: „Das ist eigentlich

¹⁰ Vgl. Bessel/Jessen, Grenzen der Diktatur.

¹¹ Dieser für die frühe Bundesrepublik verwandte Begriff trifft in anderer Akzentuierung auch auf die DDR zu. Rupieper, Der besetzte Verbündete.

¹² Boyer, Arbeiterkarrieren?

selbstverständlich, wird aber nicht immer genügend beachtet. Ich bin auch seit 1929 aus dem Betriebe weg und gehöre doch zur Arbeiterklasse, und wenn ich einen Sohn oder ein Mädchen in dem Alter für das Hochschulstudium hätte, würde ich für meine Kinder beanspruchen, daß sie als Arbeiterkinder gezählt werden; denn ein Parteifunktionär, der im Angestelltenverhältnis in der Partei oder in der Verwaltung steht, ist ein Funktionär seiner Klasse und gehört in erster Linie zu dieser Klasse. In diesem Punkte müssen wir also ganz fest und klar sein.“¹³ Zur Klarheit dürfte diese Äußerung kaum beigetragen haben, die politisch-ideologische Expansion des Begriffs wird darin jedoch plastisch faßbar.

Die sozialstrukturellen Wandlungen folgten auch in der DDR dem generellen Trend von Industriegesellschaften, aber mit deutlicher Verzögerung: ein schrumpfender Primärsektor, die Expansion des Sekundärsektors mit einem anschließenden allmählichen Rückgang, schließlich das durch die gezielte Industriepolitik der SED verzögerte Anwachsen des Dienstleistungsbereichs. Ideologisch mußte dabei die Arbeiterklasse führend bleiben, obwohl sie im engeren Sinne langfristig wie überall schrumpfte. Äußerlich wurde dieses delicate Problem durch die statistische Zwangsfusion von Arbeitern und Angestellten seit 1960 gelöst. Damit degenerierte der Begriff „Arbeiterklasse“ endgültig zu einem ideologisch hoch aufgeladenen und sozialgeschichtlich inhaltsleeren Etikett.

Gleichwohl bleibt zu fragen, welche konkreten sozial-, bildungs- und rechtspolitischen Folgen die doppelte Berufung der SED auf das sowjetische Vorbild und auf die Arbeiterbewegungstradition bei der Stilisierung der Arbeiter zur „führenden Klasse“ hatte. Diese für das Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der DDR zentrale Frage läßt sich nicht mit dem Hinweis auf eine von oben oktroyierte Ideologie beiseite schieben. Vielmehr entfaltete diese Ideologie eine eigene soziale Dynamik mit für die SED-Spitze durchaus unerwünschten Konsequenzen. „In der DDR wurde der Typus des deutschen Facharbeiters politisch umworben und sozial konserviert“, hat Peter Hübner betont. „Er stand in engem Zusammenhang mit einer Wirtschaftspolitik, die weitgehend an den vorhandenen industriellen Strukturen festhielt und diese bis Mitte der sechziger Jahre durch eine kräftig ausgeweitete Grundstoffindustrie untermauerte.“¹⁴ Diese Entwicklung war gewollt und politisch gesteuert. Auf diese Weise stieß aber die politische Dispositionsfreiheit der SED ungewollt bereits früh an selbst geschaffene Grenzen. Denn die Kontinuität im industriellen Ambiente verstärkte die Erwartungen der „führenden Klasse“ nach einem angemessenen, gerechten Lohnsystem und Lebensniveau und schränkte den Spielraum für sozialökonomisch notwendige Veränderungen auf Kosten der Arbeiterschaft von vornherein erheblich ein. Der 17. Juni 1953 wurde für diese nie aufgelöste Grundkonstellation zum politischen Menetekel. Dieses Schlüsselproblem aller kommunistischen Systeme in Europa erhielt in der DDR besondere Brisanz, weil sie den Vorposten zum kapitalistischen Westen bildete und – neben der Tschechoslowakei – der einzige Staat mit einer starken sozialistischen Arbeiterbewegungstradition war¹⁵.

¹³ Zit. nach Schneider, Bildung, S. 27.

¹⁴ Hübner, Das Jahr 1961, S. 32.

¹⁵ Das Folgende im Anschluß an meine Skizze: Arbeiter im „Arbeiterstaat“.

Die von Jeffrey Kopstein formulierte These vom stillschweigenden „Sozialkontrakt“ zwischen politischer Führung und Arbeiterschaft¹⁶ besitzt eine hohe Erklärungskraft für die lang anhaltende relative Stabilität der DDR. Dieser informelle Sozialvertrag wurde bereits vor dem exzessiven Ausbau der Sozialpolitik in der Ära Honecker wirksam und gehört zur Gründungsgeschichte der DDR. Der aus der Arbeiterbewegung stammende Egalitarismus entfaltete sich in den ersten Nachkriegsjahren besonders nachdrücklich und blieb als Strukturproblem in der frühen DDR prägend. Er war nach dem Aufstand vom 17. Juni kaum mehr zu beseitigen, zumal er partiell der ideologischen Grundorientierung der SED nach revolutionärer Gesellschaftsveränderung entsprach. Er verband sich jedoch – und das war ein Spezifikum der exponierten Lage der DDR – mit einer starken Westorientierung und der Erwartung, auf anderen und gerechteren Wegen zu ähnlichem Wohlstand wie die Bundesrepublik zu gelangen. Da die stimulierende und disziplinierende Funktion eines kapitalistischen Arbeitsmarkts für die Löhne mit der Verstaatlichung der Industrie entfiel, entwickelte sich dieser Egalitarismus zu einer stillschweigend gültigen sozialen Norm. Zu verändern war sie in einer Mangelgesellschaft nur mit hohem politischen Risiko, das die SED-Führung nach den Erfahrungen von 1953 und später nach den zahlreichen Krisen in Polen offenbar nicht mehr einzugehen wagte. Ein interessantes Beispiel dieser Krisenrezeption bietet die Äußerung Otto Grotewohls gegenüber den Leitern der Auslandsvertretungen der DDR im Januar 1957: „Der Ausgangspunkt in Polen ist der Aufstand in Poznan im Juni vorigen Jahres gewesen. Aber der Ausgangspunkt für uns ist der 17. Juni 1953. Und seit dem 17. Juni 1953 haben wir viel gelernt und gebranntes Kind scheut das Feuer.“¹⁷

Die fünfziger Jahre waren neben der Aufstandserfahrung noch stark geprägt von einem nicht nur aufgesetzten Pathos des Aufbruchs in eine neue sozialistische Gesellschaft. Mit dem Scheitern des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“, dem Generationswechsel und der sich vertiefenden statt abnehmenden Kluft im Entwicklungsniveau zwischen Ost und West machten sich zunehmend Gleichgültigkeit und Interesse am sozialen Status quo breit. Arbeiter nahmen unter den gegebenen politischen Bedingungen ihren Staat beim Wort und prägten der Gesellschaft ihre Interessenstruktur auf. „Wie die Partei in die ‚Klasse‘ hineinrief“, hat Hartmut Zwahr festgestellt, „so schallte es heraus. So entstand ein ritualisierter Dialog, den die Beteiligten bis zum Ende der DDR durchhielten.“¹⁸

Angesichts der diffusen Ausdehnung des Begriffs „Arbeiterklasse“ hat Ina Merkel für den Verzicht auf den Begriff Arbeiter zugunsten der Bezeichnung „Werk-tätige“ plädiert. „Im Begriff des Werk-tätigen, unter dem im Verlauf der DDR-Geschichte alle sozialen Schichten subsumiert wurden, spiegelte sich die Allgemeinsetzung täglicher, zeitlich bemessener Arbeit für alle Schichten der Bevölkerung wider. Lebenslange abhängige Erwerbsarbeit definierte den Tages- und Wochenrhythmus der gesamten DDR-Bevölkerung, strukturierte Lebensläufe und formte Geschlechterbeziehungen und Familienzusammenhänge. Zum anderen prägte die Abhängigkeit von der Arbeit als der einzig möglichen Quelle des Erwerbs finanzieller Mittel das Verhältnis zu Eigentum, zu ökonomischem Gewinn, zu Aufstieg und Distink-

¹⁶ Vgl. Kopstein, *Shipping*.

¹⁷ Zit. Lemke, *Einheit oder Sozialismus*, S. 385.

¹⁸ Zwahr, *Arbeitermilieus*, S. 10f.

tion. [...] Dies alles mußte zu einer Annäherung von Lebenslagen führen, zumal die auf Angleichung zielende Lohn- und Preispolitik dafür die materiellen Ausgangsbedingungen zu schaffen suchte.“¹⁹ In eine ähnliche Richtung hat Wolfgang Engler argumentiert mit seiner Wortschöpfung der „arbeiterlichen Gesellschaft“. „Es wäre eine Absurdität zu behaupten, die ostdeutschen Arbeiter hätten die politische Herrschaft ausgeübt. Aber das soziale Zepter hielten sie in der Hand. Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt die Alltagssitten richteten sich nach den Normen und Idealen der arbeitenden Klasse.“²⁰

So umstritten diese These insgesamt sein mag, so gibt sie doch unzweifelhaft einen wichtigen Teilbefund wieder. Sie verweist auf die tiefgreifende soziale Umschichtung und die Verwischung tradierter Grenzen im Sozialstatus. Eine umfassende Ausprägung fand dieser Prozeß erst seit den sechziger Jahren, die Grundlagen aber wurden bereits vorher gelegt.

Nach der Monopolisierung der politischen Macht durch die SED sind vor allem zwei Instrumente zu nennen, mit denen die Konturen dieser „arbeiterlichen Gesellschaft“ realisiert wurden: die „Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols“ und die Etablierung des FDGB als größter Massenorganisation und Implementationsbürokratie für eine umfassende Gesellschaftspolitik.

Die Forderung nach Abbau sozialer Schranken und besonderer Förderung traditionell benachteiligter Schichten konnte zunächst auf ein breites Echo rechnen. Sie gehörte neben Sozialisierung und Planwirtschaft bei Kriegsende überall zu den Postulaten, die einen gesellschaftlichen Neuaufbau signalisieren sollten. Die Vorstudienanstalten, die 1949 in die „Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten“ (ABF) umgewandelt wurden, waren neben der Einführung der Einheitsschule der sichtbarste institutionelle Ausdruck dieses bildungspolitischen Neuansatzes. Dabei verschmolzen in beiden Fällen deutsche Traditionen aus der Reformpädagogik der Weimarer Republik mit sowjetischen Vorbildern. Die Absolventen der ABF sollten zum wichtigsten Rekrutierungspotential einer neuen sozialistischen Intelligenz werden. Darüber hinaus aber bestimmte in den fünfziger Jahren eine geradezu schematische Festlegung des Arbeiter- und Bauernanteils – proportional zur Bevölkerungsschichtung – die Politik der Zulassung zu weiterführenden Schulen²¹.

So eindeutig und folgenreich das politische Programm der „Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols“ war, so schwierig ist die Frage zu beantworten, wie weit und in welchen Formen dieses Angebot zum sozialen Aufstieg durch gezielte Privilegierung von der Arbeiterschaft akzeptiert wurde und wie stark der Effekt einer sozialistischen Kaderrekrutierung tatsächlich ausfiel. Zumindest macht die Frühgeschichte der Bildungspolitik in der DDR das Dilemma deutlich, daß kulturelle Grenzen des Sozialmilieus auch unter neuen politischen Bedingungen nicht leicht aufzubrechen waren, um solche Angebote wirksam werden zu lassen. Sonja Häder hat in mikrohistorischen Untersuchungen exemplarisch verdeutlicht, wie stark die Milieugrenzen als Barrieren für einen schnellen Erfolg dieser Bildungs-offensive

¹⁹ Vgl. Merkel, Arbeiter und Konsum, S. 543 f.

²⁰ Vgl. Engler, Die Ostdeutschen, S. 198 f.

²¹ Vgl. Anweiler, Schulpolitik.

noch waren²². Aufstieg durch Bildung gehörte zu den alten Forderungen und Hoffnungen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Ihre Umsetzung stieß aber in Teilen der Arbeiterschaft immer wieder auf Ängste vor den Folgen einer Entfremdung gegenüber dem vertrauten Milieu. Zweifellos gelang der SED im Vergleich zur Bundesrepublik relativ schnell und dauerhaft ein viel höheres Maß sozialer Egalisierung, und zwar durch Privilegierung der Unterschichten ebenso wie durch zeitweilig konsequente Diskriminierung von Familien alter Eliten. Generationsspezifisch verschoben sich aber seit den sechziger Jahren die Erfahrungs- und Verhaltensmuster, wie Annegret Schüle am Beispiel von Textilarbeiterinnen gezeigt hat²³. Während die Aufbaugeneration mit katastrophalen Kindheitserfahrungen ihren relativ gesicherten Ort in der DDR-Gesellschaft ihrem Betrieb und dem Aufstieg im Betrieb verdankten, besaß die jüngere Generation von Frauen einen ganz anderen Erfahrungshintergrund. Sie war in relativer sozialer Sicherheit groß geworden, hatte ein eher pragmatisches Verhältnis zu den Angeboten des Staates und einen kritischeren Blick für seine Mißstände. Als Reaktion auf die pflichtbewußte, opferbereite Müttergeneration im Betrieb ließen sich bei den Jüngeren eher Formen von Aufstiegsverweigerung finden. Diese Befunde sind zwar nicht ohne weiteres generalisierbar, sie verweisen aber auf eine charakteristische Gemengelage unterschiedlicher Faktoren in der Einstellung von Arbeitern wie Dankbarkeit, Überforderungsängste und auch Gleichgültigkeit.

Ein widersprüchliches Bild zeigt sich auch dort, wo Arbeiterinteressen traditionell am ehesten organisiert waren: in den Gewerkschaften. Der FDGB ist zeitgenössisch und historiographisch zu Recht als wichtigste Massenorganisation und „Transmissionsriemen“ des Parteiwillens entsprechend Lenins Konzept wahrgenommen und dargestellt worden. Mittlerweile ist jedoch deutlicher erkennbar geworden, daß die Spannung zwischen dem sowjetischen Modell und deutscher Tradition, zwischen dem FDGB als Träger von Kampagnen zur Steigerung der Produktivität und als berufliche und sozialpolitische Interessenorganisation von Lohnabhängigen im engeren Sinne nie vollständig verschwand²⁴. Insofern weist die Geschichte des FDGB unter der Oberfläche eine merkwürdige Ambivalenz auf. Seine tatsächliche soziale Rolle deckte sich keineswegs vollständig mit der ihm zugedachten politischen Funktion. Er hat offenbar, wie Peter Hübner festgestellt hat, auch eine Art „Krypto-Geschichte“ gehabt, die starke Verbindungslinien zum stets bekämpften „Sozialdemokratismus“ und zum sogenannten „Nur-Gewerkschaftertum“ besaß. Die eine Linie war eng an die SED-Spitze gebunden und vor allem im Bundesvorstand präsent. „Die andere hatte ihre Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung der Zwischenkriegszeit, mit starken Querverbindungen zur Sozialdemokratie, und sie blieb längerfristig in der Funktionärsschicht der Industriegewerkschaften sowie unter den vorwiegend ehrenamtlichen Betriebsfunktionären erhalten. Vor allem von dieser Seite her kam ein deutlicher pragmatischer Zug, der sich insbesondere im sozialen Aufgabenbereich des FDGB Geltung verschaffte.“²⁵

²² Vgl. Häder, Schülerkindheit.

²³ Vgl. Schüle, Mächtige Mütter.

²⁴ Für die Anfangsphase besonders aufschlußreich: Werum, „Wir sind die Illegalen!“.

²⁵ Hübner, Der FDGB, S. 33.

Aufgrund seiner Schlüsselrolle im Betrieb waren Arbeiter ständig mit dem FDGB konfrontiert: Er fungierte als Motor der ständig eingeforderten Produktionssteigerung, er war aber auch Träger betrieblicher Sozialpolitik und Kulturarbeit, also von unmittelbar und individuell erfahrbaren sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Leistungen. Insofern produzierte er neben Reibungen und Konflikten auch beträchtliche politische Loyalitätseffekte für das Regime, auch wenn sein Image an der Basis der Belegschaften überwiegend verheerend war. Positive Integrationswirkungen gingen vor allem von den Brigaden als „Herzstück“ der Arbeitsorganisation in der DDR aus. Obwohl kollektive Arbeitsorganisation kein Spezifikum realsozialistischer Systeme war, trugen die 1947 erstmals eingeführten Arbeitsbrigaden, vor allem in ihrer 1959 geschaffenen „veredelten“ Form als „Brigaden der sozialistischen Arbeit“, doch unverwechselbare Züge. Hier kreuzten sich interessenpolitische und lebensweltliche Bezüge. Wie neuere Studien nachgewiesen haben²⁶, ist die Geschichte der Brigaden daher zu einem nicht unerheblichen Teil auch eine verdeckte oder offene Konfliktgeschichte. Da die Gewerkschaften ihre traditionelle Funktion als Interessenorganisation kaum erfüllen konnten, verlagerten sich die Erwartungen auf die Brigaden – nicht ohne Erfolg, wie Umfragen zu unterschiedlichen Zeiten belegen. In einer zeitgenössischen Untersuchung von 1957 zur Einstellung geflüchteter Arbeiter aus großen Industriebetrieben wird der Brigade ein gutes Zeugnis ausgestellt²⁷. Obwohl von der SED propagiert, wurde sie als Leistungseinheit weitgehend akzeptiert. Ferner zeigten Gespräche mit den Arbeitern deutlich, daß als „Errungenschaften des Sozialismus“ vor allem die mannigfaltigen sozialen Einrichtungen in den Betrieben verstanden wurden. Solche sozialgeschichtlichen Differenzierungen im früher überwiegend politisch geprägten Bild von der größten Massenorganisation verändern nicht grundsätzlich die tragenden Elemente in der „politischen Konstruktion des Sozialen“²⁸, aber sie verweisen auf eine konstitutive Spannung, die Helke Stadtland auf die treffende Formel gebracht hat: „Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit“²⁹.

Der Konflikt zwischen proklamierter Egalisierung und ökonomisch notwendiger Leistungs differenzierung und daraus resultierender sozialer Ungleichheit wurde nie aufgelöst, er war aber in den fünfziger Jahren besonders wirksam, weil der Verzicht auf bürgerliche Fachleute noch nicht möglich und der gesellschaftliche Umbau nicht im gewünschten Tempo realisierbar schien. Insgesamt ist dennoch die soziale Pyramide in der DDR frühzeitig deutlich flacher geworden als im Westen, sieht man von besonderen Privilegien für Spezialisten mit Einzelverträgen, Nationalpreisträgern und speziellen Gratifikationen ab. Ein Kernproblem bestand in der Konstellation, die Kopstein als „geheimen Sozialvertrag“ zwischen Arbeiterklasse und Führung charakterisiert hat. Diese Situation resultierte einerseits aus der ideologisch erzwungenen Rücksichtnahme der SED auf die „führende Klasse“ und war andererseits ein Ergebnis der Schockerfahrung des Aufstandes vom 17. Juni. Beides zusammen hat Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik nachhaltig geprägt. Die ideolo-

²⁶ Vgl. Roesler, Produktionsbrigaden. Soldt, Schwarze Pumpe. Die Dissertation von Thomas Reichel zu den sozialistischen Brigaden ist in Vorbereitung.

²⁷ Vgl. Blücher, Industriearbeiterschaft.

²⁸ Tenfelde, Einige Ergebnisse, S. 889.

²⁹ Stadtland, Herrschaft.

gische Privilegierung der breit definierten Arbeiterschaft bestimmte zunehmend das soziale Profil der Gesamtgesellschaft, ohne jemals eine politische Herrschaft der Arbeiter zu etablieren. In der „arbeiterlichen Gesellschaft“ von Werktätigen verloren traditionelle Schichtungskriterien ihre alte Bedeutung. Sie wurden aber zunehmend durch neue „feine Unterschiede“ ersetzt, die weniger sichtbar, aber durchaus wirksam und schwerer zu steuern waren.

Dierk Hoffmann

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der DDR

Die Industriegesellschaften in Europa und Nordamerika waren im zurückliegenden 20. Jahrhundert des öfteren mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit konfrontiert. Spätestens seit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger bzw. Anfang der dreißiger Jahre schien Vollbeschäftigung keine Selbstverständlichkeit mehr zu sein. Erwerbslosigkeit wurde zuvor von den Ökonomen der klassisch-neoklassischen Richtung als kurzfristige Erscheinung angesehen, die mittel- oder langfristig nahezu automatisch verschwinden werde. Eingriffe von seiten des Staates waren demzufolge nicht notwendig und störten offenbar nur die mehr oder minder automatische Angleichung von Angebot und Nachfrage durch die sogenannten Kräfte des Marktes. Diese volkswirtschaftliche Betrachtungsweise wurde mit dem „Schwarzen Freitag“ und dem Kollaps der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte 1929 grundsätzlich in Frage gestellt. Die rasch auflodernde Weltwirtschaftskrise hatte fatale Folgen für die Arbeitsmärkte der westlichen Industriegesellschaften. In Deutschland, aber auch in den USA, in Großbritannien und Frankreich schnellten die Arbeitslosenzahlen in kürzester Zeit in eine bis dahin nicht bekannte Höhe hinauf. Die Regierungen in den westlichen Industriestaaten, deren Legitimität durch diese ökonomische Entwicklung akut gefährdet war, wurden somit zum Handeln gezwungen. Die politische und ökonomische Krise der Zwischenkriegszeit, die national nicht begrenzt blieb, war zu großen Teilen auch eine Beschäftigungskrise.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhoffte sich die KPD-Führung, die im Frühjahr 1945 aus Moskau nach Deutschland zurückgekehrt war, durch die grundlegende wirtschaftliche Neuordnung in der SBZ eine endgültige Beseitigung des Massenphänomens „Arbeitslosigkeit“. Dies sollte vor allem durch die Verstaatlichung zentraler Industriezweige, denen im Laufe der Zeit weitere Wirtschaftsbranchen folgen sollten, und durch den Aufbau einer Zentralverwaltungswirtschaft verwirklicht werden. Die wirtschaftliche Neuordnung war allerdings nicht nur eine Antwort auf die Krise vor 1933, sondern auch ein deutliches Zeichen für die enge Anlehnung der DDR an die Sowjetunion, die bereits in den zwanziger Jahren ein entsprechendes Wirtschaftsmodell verwirklicht hatte, das im Kontrast zu dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem der westlichen Industrienationen stand. Gleichwohl erwies sich der Aufbau der Planwirtschaft in der DDR nach sowjetischem Vorbild keineswegs als geradliniger und schnell abzuschließender Prozeß. Erst im Verlauf der fünfziger Jahre entwickelte sich das planwirtschaftliche System zu einem komplexen und ausdifferenzierten Steuerungssystem. Dabei hatten die SED-Führung und die Staatsführung der DDR vor allem zwei Faktoren zu berücksichtigen: die sowjetische Besatzungsmacht und deren Wirtschaftsinteressen sowie die Magnetwirkung der Bundesrepublik. Beides schränkte den Handlungsspielraum der SED-Führung nicht unwesentlich ein. Besonders gegenüber dem west-

deutschen Teilstaat sollte die Überlegenheit des sozialistischen Modells bewiesen werden. Die Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik und der DDR erstreckte sich daher auf fast alle Wirtschaftsbereiche und damit auch auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit sowie der Erwerbslosenzahlen. Im Mittelpunkt des folgenden Beitrages steht die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen, die bereits Mitte der fünfziger Jahre zur Vollbeschäftigung in der DDR geführt hatte. Dabei wird nicht nur die statistische Entwicklung kurz skizziert, sondern auch nach Instrumenten und Folgeproblemen gefragt, die mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zusammenhängen.

1. Arbeitslosigkeit in der SBZ/DDR

In der SBZ registrierte die Arbeitsverwaltung im IV. Quartal 1945 zwischen 536 000 und 590 000 Arbeitslose¹; 1946 sank diese Zahl im langfristigen Trend bis auf 182 000 im September. Diese Entwicklung setzte sich 1947 fort und erreichte einen Tiefstand von 102 000 (August 1947); 1948 erfolgte eine leichte Trendwende, bei der die Arbeitslosenzahlen wieder etwas anstiegen. Insgesamt gesehen konnten in den beiden Jahren 1947/48 die Erwerbslosenzahlen auf einem Monatsniveau zwischen 102 000 und 231 000 gehalten werden. Ende 1948 stiegen die Erwerbslosenzahlen wieder kontinuierlich an² und erreichten im März 1949 eine Rekordmarke von 390 000, die zuletzt im Februar 1946 höher gelegen hatte (435 000). Als wichtigste Ursachen für die ansteigende Arbeitslosigkeit lassen sich folgende Faktoren ausmachen: die zu diesem Zeitpunkt sich herausbildende strukturelle Arbeitslosigkeit, die statistische Verschiebung von Unterstützungsempfängern zu den meldepflichtigen Arbeitslosen³ sowie die anhaltende Entlassung von Kriegsgefangenen aus den sowjetischen Lagern, die auf den deutschen Arbeitsmarkt zurückströmten. Darüber

¹ Der Beitrag faßt einige zentrale Ergebnisse meines abgeschlossenen Projektes zusammen. Vgl. Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Zu den folgenden Zahlenangaben: ebenda, S. 109, 271 (Tabellen 1 und 6).

² Durch die Währungsumstellung und die damit einhergehende Verknappung der Geldmenge waren vor allem kleinere und mittlere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen worden, da deren vergleichsweise dünne Kapitaldecke nunmehr vollends zusammenzubrechen drohte. Von dieser Entwicklung waren auch zahlreiche Flüchtlingsbetriebe betroffen. Langfristig betrachtet ging damit auch ein Rückgang der Selbständigen in der SBZ/DDR einher. Eine weitere Folge war außerdem das Zurückgehen der bei den Arbeitsämtern registrierten offenen Stellen, da zahlreiche Betriebe keine weiteren Arbeitskräfte mehr nachfragten. Damit wurde ein Großteil der Arbeitsuchenden, die erst nach der Währungsumstellung auf den Arbeitsmarkt strömten, als Arbeitslose registriert. Vgl. BAB, DQ 2/1888, Niederschrift der HVA vom 29. 3. 1949 über das Ergebnis der Untersuchungskommission im Bereich des Arbeitsamtes Magdeburg. Vgl. zur Währungsreform in der SBZ: Zschaler, Die vergessene Währungsreform. Die Haltung der Sowjetunion in dieser Frage beleuchtet Laufer, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage. Ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zeichnete sich im übrigen auch in den drei Westzonen ab. Vgl. dazu: Erker, Ernährungs- und Nachkriegsgesellschaft, S. 263–267; Woller, Gesellschaft und Politik, S. 301 f. Buchheim hat darauf hingewiesen, daß mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit auch ein leichter Anstieg der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung zwischen Juni und Dezember 1948 verbunden war. Vgl. Buchheim, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, S. 224.

³ Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 54.

hinaus wirkten sich der Rohstoff- und Materialmangel hemmend auf die Produktion und damit indirekt auf die Beschäftigungslage in den Betrieben aus⁴. Die prozentualen Angaben, d. h. der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung, unterstreichen diese Entwicklung teilweise⁵: Im Januar 1946 lag der Anteil bei 7,2 Prozent, im Dezember desselben Jahres bei 2,7; auch hier lag der tiefste Stand im September 1947 (1,4 Prozent). Bis zum März 1949 kletterte diese Prozentzahl auf 4,9, im März 1950 lag sie bei 5,0 Prozent.

Die statistische Erfassung der Bevölkerung blieb im Untersuchungszeitraum keineswegs einheitlich, sondern unterlag zahlreichen Veränderungen, welche die Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ZVAS) in enger Absprache mit der zuständigen SMAD-Abteilung durchführte. Karlshorst verfolgte sehr aufmerksam die Registrierung durch die Arbeitsverwaltung. Anfang 1946 verlangte die SMAD erneut „ernste Kontrollen der Arbeitsämter zwecks Erreichung einer zuverlässigen Statistik über die wirkliche Zahl der Arbeitslosen“⁶. Kurz darauf schlug der stellvertretende Chef der Abteilung Arbeitskraft P. J. Morenow Vertretern der ZVAS vor, Stichproben in „bedeutsamen Orten“ durchzuführen, um die statistischen Erhebungsmethoden überprüfen und verbessern zu können⁷. Ein schwerwiegender Eingriff erfolgte Anfang 1947: Seit März 1947 wurden die Arbeitspflichtigen, die keine Arbeit suchten, von den Arbeitslosen getrennt registriert. Durch diese statistische „Bereinigung“ sank die Gesamtgruppe der Erwerbslosen beträchtlich: Von 295 257 (März 1947)⁸ auf 197 477 (April 1947)⁹. Im Sommer 1948 regte die SMAD-Abteilung Arbeitskraft an, Teile der Arbeitsmarktstatistik – ähnlich wie in der Sowjetunion – vom Statistischen Zentralamt weiterführen zu lassen¹⁰. Die Vertreter der 1948 gebildeten DWK-Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (HVAS) lehnten diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß die Arbeitsämter „mindestens“ einmal monatlich statistische Unterlagen für die Lenkung der Arbeitskräfte erhalten sollten. Mit dieser Aufgabe sei das Statistische Zentralamt allerdings überfordert: So lägen die Ergebnisse der Berufszählung vom Oktober 1946 „bis jetzt“ noch nicht vor¹¹. Zur Stärkung der eigenen Position verwies der HVAS-Mitarbeiter Donau explizit auf entsprechende Bestimmungen des Kontrollratsbefehls Nr. 3 und der SMAD-Befehle Nr. 65 und 153, in denen die Arbeitsämter mit dieser Aufgabe beauftragt worden waren¹². Kurz darauf begründete die Leitung der

⁴ Vgl. BAB, DQ 2/1919, Erläuterungen der HVAS (Abt. Statistik) vom 15. 3. 1949.

⁵ Zu den folgenden Zahlen: Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 173.

⁶ BAB, DQ 2/1, Bl. 24, Aktenvermerk über Besprechung mit der SMAD-Abt. Arbeitskraft am 4. 1. 1946.

⁷ Ebenda, Bl. 31, Aktenvermerk über Besprechung am 23. 1. 1946.

⁸ BAB, DQ 2/112, Bl. 167–171, hier Bl. 168 (Rückseite), Vierteljahresbericht der DVAS vom 12. 5. 1947 über die Arbeitsmarktlage (Januar–März 1947).

⁹ Ebenda, Bl. 174–179, hier Bl. 175 (Rückseite), Vierteljahresbericht der DVAS vom 7. 8. 1947 über die Arbeitsmarktlage (April–Juni 1947).

¹⁰ BAB, DQ 2/2040, Bl. 147, Aktennotiz über Besprechung bei der SMAD in Karlshorst am 29. 6. 1948.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda, Bl. 143, Aktennotiz über Besprechung bei der SMAD am 1. 7. 1948.

HVAS ihre Haltung ein weiteres Mal und konnte sich damit offensichtlich auch durchsetzen¹³.

Insgesamt galt, daß die Arbeitsmarktlage bei DDR-Gründung für Männer günstiger war als für Frauen¹⁴. Das hing mit mehreren Faktoren zusammen: Von zentraler Bedeutung war die Rückkehr der allmählich aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Männer, die rasch zu einer Verdrängung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt führte. Darüber hinaus berichteten zahlreiche Arbeitsämter schon Anfang 1946 über die „mangelnde Bereitwilligkeit vieler Betriebe, Frauen einzustellen“¹⁵. Offensichtlich nutzten einige Betriebe auch die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft dazu, den Anteil der weiblichen Beschäftigten zu reduzieren. In der Gruppe der Arbeitspflichtigen, die laut Statistik keine Arbeit suchten, befanden sich mehrheitlich weibliche Erwerbspflichtige: Darunter waren zahlreiche Hausfrauen, die unter die Registrierungspflicht fielen, die aber aufgrund der Belastung durch Kindererziehung und Haushaltsführung – oftmals als Alleinerziehende – eine Arbeit überhaupt nicht aufnehmen konnten. Insgesamt traf der Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Jahreswende 1948/49 vor allem die weibliche Erwerbsbevölkerung. Deren Anteil an der Gesamterwerbslosenquote, die ohnehin stets über der der Männer lag, erhöhte sich nunmehr nochmals stärker. So erklärt sich auch der Umstand, daß unter den als arbeitslos registrierten Frauen die Gruppe der als vollarbeitsfähig eingestuften dominierte. Das Verhältnis zu der Gruppe der erwerbsbeschränkten weiblichen Arbeitslosen lag im Laufe des Jahres 1949 ungefähr bei 5:1. Im Gegensatz dazu waren die männlichen Arbeitslosen mehrheitlich als erwerbsbeschränkt eingestuft worden. Daraus zogen die SED-Führung sowie die Arbeitsverwaltung bei der Ausarbeitung des Zweijahrplanes die Konsequenz, daß zur Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials in erster Linie die erwerbsfähigen Frauen zu mobilisieren waren. Diese Erkenntnis war nicht neu: Bereits Mitte Oktober 1947 hatte die Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (DVAS) die SMAD-Abteilung Arbeitskraft darauf hingewiesen, daß die „Arbeitskraftreserve bei den vollarbeitsfähigen Frauen im Alter von über 18 Jahren“ größer sei als bei den Männern¹⁶, bei denen die Berliner Zentralverwaltung eine Langzeitarbeitslosigkeit nicht mehr feststellen konnte.

Einen großen Anteil der Gruppe der erwerbsbeschränkten Arbeitslosen stellten die Flüchtlinge und Vertriebenen, die ebenfalls der Registrierungspflicht unterlagen und aufgrund der strapaziösen Vertreibung gesundheitlich stark angeschlagen waren. Es deutet einiges darauf hin, daß unter den „Umsiedlern“ der Anteil der als arbeitsfähig eingestuften Personen erheblich unter dem prozentualen Anteil bei der eingewanderten Bevölkerung lag¹⁷. Das Ansteigen der Erwerbsbeschränkten unter

¹³ BAB, DQ 2/498, Bl. 273 f., HVAS am 5. 7. 1948 an die SMAD-Abt. Arbeitskraft (Morenow).

¹⁴ So auch das Urteil bei: Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 173.

¹⁵ BAB, DQ 2/2213, Bericht der ZVAS (Abt. II a) vom 6. 3. 1946 über die Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt im Januar 1946.

¹⁶ BAB, DQ 2/512, Abt. I a am 17. 10. 1947 an SMAD (Morenow).

¹⁷ Vgl. Hoffmann, Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlage, S. 179. Im Frühjahr 1949 stellte die HVAS die gesonderte Erfassung der „Umsiedler“ ganz ein. Begründet wurde dieser Schritt mit einer angeblichen Vereinfachung des statistischen Meldewesens; entscheidend dürfte aber vielmehr die Überzeugung gewesen sein, daß die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen vor dem vermeintlich erfolgreichen Abschluß stand und deshalb eine

den Arbeitslosen führte auch die DVAS auf die „Umsiedler“ zurück, „von denen nur ein geringer Prozentsatz voll einsatzfähig“ sei¹⁸. Als weiterer belastender Faktor für den Arbeitsmarkt wurden die Kriegsheimkehrer genannt.

Tabelle 1: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der DDR 1950–1955 (in Tausend)

Monat/Jahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar	395	343	191	104	95	57
Februar	416	349	194	129	100	65
März	398	333	170	131	91	66
April	345	301	134	117	71	59
Mai	308	280	96	107	49	42
Juni	262	236	78	80	35	32
Juli	235	206	68	72	30	27
August	234	191	63	62	28	25
September	264	190	67	73	40	36
Oktober		162	67	68	37	35
November		148	74	68	35	37
Dezember	291	159	83	80	42	43

Quellen: Boldorf, Sozialfürsorge, S. 45; Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 119 [Januar-Dezember 1955]. Eigene Angaben stammen aus: BAB, DQ 2/1920, Erläuterungen zur Entwicklung der Arbeitslage in den Ländern der DDR [Februar 1950]; BAB, DQ 2/1013, Kurzbericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. 8. 1950 [Juli 1950]; BAB, DQ 2/1760, Bericht des Ministeriums für Arbeit vom 14. 6. 1953 [Juni, September, Dezember 1950]; BAB, DQ 2/1868, Bl. 32–38, hier Bl. 34, Kurzanalyse des Ministeriums für Arbeit vom 21. 3. 1951 [Januar, Februar 1951]; BAB, DQ 2/716, Übersicht des Ministeriums für Arbeit vom 23. 4. 1951 [März 1951]. Boldorf stützt sich auf die im Statistischen Jahrbuch 1955 veröffentlichten Zahlen, die den Stand zur Monatsmitte angeben. Dagegen erfassen die Berichte der Arbeitsämter, die aus Archivalien zitiert werden, den Stand zum Monatsende. Eine erhebliche und grundlegende Abweichung konnte bei beiden Fundstellen nicht festgestellt werden. Die im Statistischen Jahrbuch für das Jahr 1951 angegebenen Zahlen beziehen sich auf die DDR ohne Berlin.

Zwischen 1950 und 1955 sanken die Erwerbslosenzahlen rapide; das Phänomen „Arbeitslosigkeit“ wurde damit für die DDR bis zu ihrem Untergang nahezu bedeutungslos. Diese Entwicklung machte letztlich die Arbeitslosenversicherung überflüssig. Verzeichnete die Statistik im Januar 1950 noch rund 395 000 Arbeitslose, so wurden drei Jahre später nur noch ca. 104 000 Personen gezählt. Dieser Prozeß war von einigen saisonalen Schwankungen begleitet, die den Abwärtstrend jedoch nicht aufhalten konnten. So stiegen die absoluten Zahlen in den Wintermonaten Januar und Februar¹⁹, um dann ab März zunächst geringfügig, ab Mai um so

besondere Betreuung dieser Bevölkerungsgruppe nicht mehr erforderlich schien. Letztlich waren also politische Überlegungen von ausschlaggebender Bedeutung. Vgl. BAB, DQ 2/817, Vierteljahresbericht der HVAS über die Arbeitsmarktlage in der SBZ (April–Juni 1949), S. 8.

¹⁸ BAB, DQ 2/1949, Vierteljahresbericht der DVAS vom 8. 6. 1946 über die Arbeitsmarktlage, S. 4.

¹⁹ Dieser Trend korrespondiert mit den Meldungen einzelner Arbeitsämter über betriebliche Entlassungen, die z.T. noch im März 1951 in größerem Umfang registriert wurden. Vgl. BAB, DQ 2/2146, Aufstellung des Arbeitsamtes Dresden vom 16. 3. und vom 17. 4. 1951 über „Massenentlassungen“. Häufigste Ursache war ein Material- und/oder Rohstoffmangel. Betroffen waren Betriebe der Druck- und Papierindustrie, der Bauwirtschaft sowie die

Tabelle 2: Arbeitslosigkeit von Frauen in der DDR 1950–1955 (in Tausend)

Monat/Jahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar		237	143	83	78	47
Februar		242	143	104	83	53
März	260	232	129	103	77	53
April	232	208	103	91	60	47
Mai		192	72	81	40	33
Juni	183	167	58	58	28	25
Juli	166	149	52	52	24	21
August	165	139	47	45	22	19
September	183	137	48	51	28	26
Oktober		118	49	50	27	26
November		109	56	51	26	28
Dezember	211	123	65	64	33	35

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 119 [April 1951–Dezember 1955]. Die darin für das Jahr 1951 enthaltenen Zahlen beziehen sich auf die DDR ohne Berlin. Eigene Angaben stammen aus: BAB, DQ 2/906, Bl. 7–9, hier Bl. 7, Analyse des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 15. 5. 1950 [März 1950]; BAB, DQ 2/906, Bl. 2–4, hier Bl. 3, Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 22. 5. 1950 [April 1950]; BAB, DQ 2/1013, Kurzbericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. 8. 1950 [Juli 1950]; BAB, DQ 2/817, vorläufige Übersicht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen [August 1950]; BAB, DQ 2/1760, Bericht des Ministeriums für Arbeit vom 14. 6. 1953 [Juni, September, Dezember 1950]; BAB, DQ 2/1868, Bl. 32–38, hier Bl. 34, Kurzanalyse des Ministeriums für Arbeit vom 21. 3. 1951 [Januar, Februar 1951]; BAB, DQ 2/716, Übersicht des Ministeriums für Arbeit vom 23. 4. 1951 [März 1951].

deutlicher wieder abzunehmen²⁰. Der tiefste Stand wurde 1951 im November, in den beiden folgenden Jahren bereits im August erreicht. Der größte Rückgang war im Verlauf des Jahres 1951 zu beobachten: von etwa 343 000 im Januar auf 159 000 im Dezember. Die Anzahl der Erwerbslosen verringerte sich auch 1952 um etwas mehr als die Hälfte; danach verlangsamte sich der Abwärtstrend. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit erfaßte allerdings nicht alle Gruppen gleichermaßen: Ein Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. August 1950 verdeutlichte, daß sich die Abnahme primär auf die männlichen und erwachsenen Erwerbslosen beschränkte. Dagegen war der weibliche Anteil unverändert hoch; der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen war sogar angestiegen²¹.

Werften. Vgl. BAB, DQ 2/716, Abteilungsleiter Litke am 22. 3. 1951 an die SKK in Karlshorst (Chomiakow). Nahezu zeitgleich registrierten die Landesarbeitsämter ein Ansteigen der Kurzarbeit, die vor allem den privaten Wirtschaftssektor traf und sich mitunter bis in das Frühjahr 1951 hinzog. Vgl. BAB, DQ 2/716, Bericht der Abt. III vom 25. 4. 1951, S. 2. Ein Teil der von den Entlassungen betroffenen Arbeiter konnte von der Wismut AG wieder aufgesogen werden; diese entlastende Funktion drohte jedoch mit dem vorübergehend verhängten Einstellungsstopp für den Uranbergbau im April 1951 wieder beseitigt zu werden, zumal dort mittlerweile auch eine begrenzte Entlassungswelle eingesetzt hatte, die vor allem Jugendliche traf. Vgl. ebenda, S. 6.

²⁰ Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt vermerkte das Ministerium für Arbeit ebenfalls im Mai 1951: Mit weiteren Entlassungen wurde auch nicht mehr gerechnet. Das Anlaufen der großen Investitionsvorhaben sei dafür letztlich verantwortlich, so Arbeitsminister Chwalek im Juni 1951 an den FDGB-Bundesvorstand (Kirchner). Vgl. BAB, DQ 2/717.

²¹ BAB, DQ 2/1013, Kurzbericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. 8. 1950, S. 1.

Auffallendes Kennzeichen für die Periode zwischen 1945 und 1949 war die einsetzende und sich verstärkende Benachteiligung von Frauen auf den Teilarbeitsmärkten, die sich auch in der frühen DDR fortsetzte. Trotz zahlreicher Bestrebungen von seiten der SED sowie der einzelnen Ministerien, die Gleichberechtigung der Frauen bei der beruflichen Einstellung zu verwirklichen, mußte das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen im Frühjahr 1950 feststellen, daß 82 Prozent der insgesamt ausgewiesenen offenen Stellen nur Männern und 18 Prozent nur Frauen angeboten wurden. Dabei stellten die Frauen fast zwei Drittel der registrierten Arbeitslosen, nämlich 65 Prozent. Das Ministerium führte diese Entwicklung auf das Verhalten der Betriebe zurück, „die zum Teil ideologisch noch nicht aufgeschlossen genug sind, um bestimmte Arbeitsplätze auch mit Frauen zu besetzen“²². Den mit Abstand größten Anteil an den gemeldeten offenen Stellen nahmen im März 1950 die gewerblichen Hilfsberufe ein (42 Prozent), gefolgt von der Landwirtschaft (15 Prozent) und der Bauindustrie (11 Prozent)²³. Bei der Ermittlung der prozentualen Anteile an den offenen Stellen für Frauen verändert sich dieses Ergebnis erheblich: So kamen 31 Prozent aus dem landwirtschaftlichen Sektor, 18 Prozent aus der Forstwirtschaft und 11 Prozent aus der sogenannten Hauswirtschaft²⁴. Darüber hinaus bestand in den einzelnen Berufsgruppen eine stellenweise große Diskrepanz zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage sowie eine ungleiche regionale Verteilung. Von den offenen Stellen entfielen im März 1950 65 Prozent auf das Land Sachsen, während sich allein 30 Prozent aller Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt aufhielten²⁵.

2. Von den staatlichen Beschäftigungsprogrammen zur allgemeinen Wirtschaftsplanung

Erste Ansätze zu einer aktiven Beschäftigungspolitik kamen von seiten der SED-Führung erst 1948, wobei an dieser Stelle die von den Kommunalverwaltungen in Auftrag gegebenen Entrümmerungs- und Aufräumarbeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit weitgehend unberücksichtigt bleiben. Im Mittelpunkt stehen vielmehr Programme, mit denen die SBZ-Sozialpolitiker den Arbeitsmarkt direkt und positiv beeinflussen wollten. Eine Arbeitsgruppe des SED-Parteivorstandes hatte 1948 in einer internen Denkschrift darauf hingewiesen, daß die Neuordnung der

²² BAB, DQ 2/906, Bl. 7–9, hier Bl. 7, Analyse des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 15. 5. 1950.

²³ Ebenda, Bl. 8. Bei den gewerblichen Hilfsberufen handelte es sich zum überwiegenden Teil um Bergbauhilfsberufe, die zu 96 Prozent von sächsischen Gruben angefordert wurden. Vgl. BAB, DQ 2/906, Bl. 5 (Rückseite), Bericht der Abt. Planung und Statistik vom 24. 5. 1950.

²⁴ BAB, DQ 2/906, Bl. 7–9, hier Bl. 8, Analyse des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 15. 5. 1950.

²⁵ Ebenda, Bl. 5 f., Bericht der Abt. Planung und Statistik vom 24. 5. 1950. Die SED-Führung gab sogar eine Lokalstudie in Auftrag, welche diese ungleiche Verteilung eindrucksvoll bestätigte. So registrierte die Arbeitsverwaltung im Kreis Sonneberg (Thüringen) am 19. 6. 1950 insgesamt 2672 Arbeitslose; dem standen nur 129 offene Stellen gegenüber. BAB, DC 20 Teilbestand Ulbricht/3968, Bl. 70–85, hier Bl. 73, Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 30. 6. 1950.

Wirtschaft „eine gewisse Freistellung von Arbeitskräften ergeben“ habe²⁶. Eine Bereitstellung von Arbeitsplätzen in größerem Umfang sei erst nach Genehmigung und Durchführung des Investitionsplanes zu erwarten. Als Sofortmaßnahme wurde im einzelnen vorgeschlagen, insgesamt 67 000 Arbeitskräfte neu einzustellen: 30 000 für Meliorationsarbeiten, 8 000 für Aufforstungstätigkeiten, 8 000 für den Bau neuer Wohnungen, 12 000 für die Wiederherstellung von zerstörtem Wohnraum sowie 9 000 für die Herstellung von Ziegeln. Das Kleine Sekretariat des SED-Politbüros stimmte diesem Sofortprogramm am 18. März 1949 zu²⁷.

Finanzierungsfragen ergaben sich bei der Ausarbeitung der einzelnen kreditfinanzierten Beschäftigungsprogramme. Einzelne Landesverwaltungen sprachen sich für eine Verlagerung der Kosten auf die Sozialversicherung in Gestalt einer „wert-schaffenden Arbeitslosenunterstützung“ aus²⁸. Dies lief letztlich auf eine Arbeitsverpflichtung für Arbeitslose hinaus. Im Gegensatz zu den Landesregierungen drängte die HVAS auf eine spürbare Senkung der Gesamtkosten durch eine deutliche Reduzierung des monatlichen Durchschnittslohnes²⁹. Nach Angaben der HVAS waren die zuständigen Landesministerien „nicht in der Lage gewesen, auf die Produktionszahlen und die Zahl der anzufordernden Arbeitskräfte aufgrund der vorgesehenen Wirtschaftspläne zurückzugreifen, da diese Angaben noch nicht vorliegen“³⁰. Die Durchführung der Sofortmaßnahmen zog sich damit in die Länge. Die Planungsarbeiten der Landesministerien wurden von der HVAS aufmerksam verfolgt. Besonders Mecklenburg mußte sich deutliche Kritik gefallen lassen: Dort sei die Tätigkeit des Landesministeriums „völlig ungenügend“³¹. Obwohl im Januar 1949 39 320 Personen Arbeit gesucht hätten, seien im Beschäftigungsprogramm der mecklenburgischen Landesregierung nur 7 420 neue Stellen vorgesehen. Damit habe die Landesregierung die auf einer Konferenz der Arbeitsminister gestellten Aufgaben „nicht erfüllt“. Die DWK-Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung betrachtete die Freisetzung von Arbeitskräften aus einer völlig anderen, nämlich primär makro-ökonomischen Perspektive und gelangte daher auch zu ganz anderen Schlußfolgerungen: „Die Erscheinung, daß durch die Produktivitätssteigerung Arbeitskräfte frei werden, ist durchaus positiv und als Gesundheitsmerkmal der Wirtschaft zu werten.“ Die Hauptverwaltung ging sogar noch weiter und verlangte die Fortsetzung dieses Prozesses, der „mit allen Mitteln voranzutreiben [sei] und nicht durch die Sorge um gegebenenfalls freiwerdende Arbeitskräfte gehemmt werden“ dürfe. Probleme bei der beruflichen Unterbringung der dabei anwachsenden Gruppe der Erwerbslosen wurden von ihr nicht gesehen: Tätigkeiten seien vielmehr „im reichlichen Umfang vorhanden“³². Somit standen sich zwei Ansätze gegenüber: Wäh-

²⁶ SAPMO, NY 4182/1158, Bl. 181–183, hier Bl. 181. Der Kommission gehörten Paul Wessel, Horst Paffrath, Straßenberger und Karl Litke an.

²⁷ SAPMO, DY 30/J IV 2/3/13, Bl. 7 und 31 f.

²⁸ BAB, DQ 2/970, Minister für Arbeit und Sozialwesen der Landesregierung Brandenburg am 21. 2. 1949 an die HVAS.

²⁹ SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/21, Bl. 93–96, Bericht der HVAS vom 25. 2. 1949 an die Abt. Arbeitskraft der SMAD.

³⁰ Ebenda, Bl. 94.

³¹ SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/21, Bl. 97–104, hier Bl. 99, Bericht des Leiters der HVAS vom 25. 2. 1949.

³² BAB, DC 15/63, Bl. 15 f., Vermerk der DWK-HV Wirtschaftsplanung (HA Arbeitskräfte) vom 28. 2. 1949.

rend die HVAS auf die rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit bedacht war, legte die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung den inhaltlichen Schwerpunkt auf die Steigerung der Produktivitätsraten vor allem in den volkseigenen Betrieben und sah in der dabei um sich greifenden Entlassung von Arbeitern nur ein temporäres Problem, das im Zuge der längerfristigen Wirtschaftsplanung zu lösen sei. Damit war bereits die Perspektive für den Zweijahrplan gelegt; doch zunächst hatte sich die Arbeitsverwaltung mit der weiteren Durchführung des Sofortprogramms intensiv zu befassen.

Die Anstrengungen der HVAS reichten nicht aus, um einen positiven Abschluß des Beschäftigungsprogramms vermelden zu können. So herrschte Ende April immer noch ein Planungschaos zwischen den Ländern und der zuständigen Berliner Hauptverwaltung³³. Der stellvertretende Leiter der HVAS, Karl Litke, stellte unverblümt fest: „Unsere Pläne haben unsichtbare Mängel, es gibt aber sichtbare Lenkungs-mängel.“³⁴ Kurz darauf zog Litke etwas resigniert ein vorläufiges Resümee des abgelaufenen Beschäftigungsprogramms: „Diese Aktion war ein Fehlschlag.“³⁵ Im Rahmen des Sofortprogramms I hätten 80 900 Arbeitskräfte neu eingestellt werden sollen. Tatsächlich meldeten die Länder aber nur 20 479 neue Beschäftigungsverhältnisse. Der führende Mitarbeiter der Berliner Hauptverwaltung sah den Hauptgrund für diesen Mißerfolg in der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Landeshaushalte. Die Investitionsbank habe zudem die angeforderten Mittel nicht bereitgestellt. Für das geplante Sofortprogramm II, bei dem 115 819 neue Arbeitsplätze vorgesehen waren, sprach Litke die Warnung aus, daß auch diese Aktion scheitern werde, „wenn nicht mit äußerster Energie an [die] Durchführung dieser Maßnahmen herangegangen wird“³⁶. Er schlug vor, daß „lohnintensive Maßnahmen mit geringem Materialaufwand [...] am zweckmäßigsten“ seien³⁷. Sie würden allerdings keine grundlegende Kehrtwende auf dem Arbeitsmarkt bringen. Statt dessen müßten vielmehr Großprojekte durchgeführt werden, „sonst wird an Symptomen herumkuriert, wie der zurzeitige Stand des Sofortprogramms I ausweist“.

Nachdem erkennbar geworden war, daß sich die Sofortprogramme nicht in dem Maße erfolgreich durchführen ließen, wie sich das die SED-Führung aber auch die Leitung der HVAS erhofft hatten, gerieten die weiteren Planungsarbeiten für beschäftigungspolitische Programme zunächst ins Stocken. Ein weiteres kam hinzu: Die sich zu diesem Zeitpunkt intensivierende allgemeine und zentrale Wirtschaftsplanung gewann immer stärker an Bedeutung; ihr wurden andere Ziele sukzessive untergeordnet. Das galt auch für die Sofortprogramme, die unter anderem zur Versorgung von Erwerbslosen mit Arbeit gedacht waren. Der anlaufende Zweijahrplan hingegen verfolgte primär andere Ziele, nämlich die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben. Dieser Zielkonflikt wurde letztlich zugunsten der allgemeinen Wirtschaftsplanung entschieden; die HVAS hatte insofern das Nachsehen gegenüber der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in Kauf genommen. Aus Sicht der Ar-

³³ SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/21, Bl. 123–137, Bericht Karl Litkes vom 21. 4. 1949.

³⁴ Ebenda, Bl. 125.

³⁵ SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/21, Bl. 116–120, hier Bl. 116, Bericht der HVAS vom 29. 4. 1949 an die Abt. Arbeit und Sozialfürsorge beim SED-Politbüro.

³⁶ Ebenda, Bl. 118.

³⁷ Ebenda, Bl. 119.

beitsverwaltung ließ sich im übrigen auf diese Weise ein anderes Problem lösen, dem man bisher stets hilflos begegnet war: der Hortung von Arbeitskräften. Durch die Anweisung an die volkseigenen Betriebe sowie die SAG-Betriebe, die von seiten der SMAD bzw. der SMA in den Ländern eine entsprechende Anweisung erhielten, rentabel zu produzieren, „wurden alle bis dahin gehorteten Arbeitskräfte entlassen“³⁸. Gleichzeitig mußten einige Arbeitsämter jedoch feststellen, daß die Betriebe „bei den Entlassungen nicht die besten Arbeitskräfte den Ämtern für Arbeit zur Verfügung“ stellten. Das Arbeitsamt Zeitz gelangte zu der Schlußfolgerung: „Es bedarf noch einer großen Aufklärung seitens des FDGB, die Betriebsvertretungen sowie Betriebsleitungen zu überzeugen, daß es notwendig ist, wenn wir die Aufgaben des Zweijahrplanes erfüllen wollen, dem Arbeitsmarkt nur gesunde kräftige Leute, welche in ihren Betrieben abkömmlich sind bzw. umgesetzt werden können, zur Verfügung zu stellen.“³⁹ Knapp zwei Monate später mußte das Arbeitsamt Zeitz erneut melden, daß das Verständnis auf seiten der Betriebe, „gute Arbeitskräfte anderen Industriezweigen im Zuge des Zweijahrplans“ zuzuführen, „leider nicht vorhanden“ sei⁴⁰. Offensichtlich erwies sich diese Hoffnung rasch als Illusion, da die Betriebe nicht bereit waren, Facharbeiter abzugeben. Darüber hinaus bestand nahezu in allen Wirtschaftszweigen der SBZ eine Übernachfrage nach qualifizierten Kräften. Der von den wirtschaftlichen Hauptverwaltungen bewertete „Gesundungsprozeß“ hatte im Februar und März 1949 zu einem Ansteigen der Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung sowie von Fürsorgeleistungen geführt⁴¹. Beides traf insbesondere Frauen. Festzuhalten bleibt, daß die Arbeitsämter in der Folgezeit aufgrund des geschilderten Richtungswechsels nur sehr begrenzt beschäftigungspolitische Initiativen starten konnten. Diese beschränkten sich im wesentlichen auf Entrümmungsarbeiten⁴².

Im Frühjahr 1949 wurden in der DWK erste Besprechungen zur Vorbereitung von „Großprojekten“ mit dem Ziel geführt, zahlreiche Arbeitsplätze für die Arbeitslosen in der SBZ anzubieten, die im März 1949 auf 390 000 angewachsen waren. Bereits Ende Mai sicherte das Kleine Sekretariat des Politbüros die Finanzierung des Sofortprogramms II durch einen entsprechenden Beschluß ab⁴³. Demzufolge sollten insgesamt 207 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden⁴⁴. Nach Berechnungen der HVAS, die auf den Vorschlägen der Landesverwaltungen beruhten, wa-

³⁸ Landesarchiv Magdeburg Landeshauptarchiv (LA Magdeburg LHA), Rep. K MW, Nr. 10076, Bl. 52, Amt für Arbeit und Sozialfürsorge Zeitz am 11. 5. 1949 an den Minister für Arbeit und Sozialpolitik von Sachsen-Anhalt.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ LA Magdeburg LHA, Rep. K MW, Nr. 10076, Bl. 60, Amt für Arbeit und Sozialfürsorge Zeitz am 7. 7. 1949 an den Minister für Arbeit und Sozialpolitik von Sachsen-Anhalt.

⁴¹ BAB, DQ 2/517, Übersicht der HVAS über die Arbeitslosenunterstützungsempfänger in der SBZ (Dezember 1948-Juli 1949).

⁴² BAB, DQ 2/1763, Protokoll über die Amtsleitertagung am 13./14. 5. 1949 in Chemnitz, S. 9f.

⁴³ SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/21, Bl. 174, Protokoll der Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 31. 5. 1949.

⁴⁴ Im einzelnen waren 17 Millionen von den wasserwirtschaftlichen Verbänden, fünf Millionen aus den Sonderhaushalten der Länder und 185 Millionen aus dem Sperrfonds der Sozialversicherungsanstalten, der bedingt durch die Währungsumstellung eine Gesamthöhe von 400 Milliarden hatte, zu erbringen.

ren insgesamt 229 Millionen DM erforderlich, um 115 000 Personen eine Beschäftigung zu bieten⁴⁵. Dieses Vorhaben firmierte bereits Ende Mai nicht mehr unter der Bezeichnung „Sofortprogramm II“, sondern als Zusatzplan zum Investitionsplan⁴⁶. Auch dadurch war die Einbindung der Arbeitsmarktpolitik in die allgemeine Wirtschaftsplanung deutlich geworden. Auf diese Weise wurde die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung weiter aufgewertet, die bei der Aufstellung der Arbeitskräftepläne immer wichtiger werden sollte. Da die DWK nunmehr dazu überging, für sämtliche Wirtschaftsbereiche Planungsziffern zu erstellen und auszugeben, war es nur zwangsläufig, daß der Faktoreinsatz „Arbeit“ von dieser Entwicklung nicht ausgenommen wurde. Die Protokolle der Arbeitsministerkonferenzen 1949, zu denen nun auch Vertreter der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung eingeladen wurden, enthalten interessanterweise keinerlei Hinweise auf Konflikte zwischen den beiden beteiligten Hauptverwaltungen. Die HVAS nahm diesen Kompetenzverlust offenbar ohne weiteres hin.

Bereits am 2. Juli 1949 legte die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung „Richtlinien für die Kontrolle des Einsatzes von Arbeitskräften in den Ländern der SBZ“ vor, die sich davon einen umfassenderen Überblick über die bisherige Durchführung der Beschäftigungsprogramme im Zusammenhang mit dem Investitionsplan erhoffte⁴⁷. Daher sollten bei den Kontrollen nicht nur die Anzahl der erfolgten Neueinstellungen erfaßt, sondern auch die weiteren Aufnahmekapazitäten in den einzelnen Betrieben ermittelt werden. Darüber hinaus waren nach den Vorstellungen der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung die bereits eingesetzten Investitionsmittel festzustellen. Die Überprüfungen, die zunächst nur in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durch die Kontrollabteilung der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung unter Beteiligung von zwei HVAS-Mitarbeitern durchgeführt werden sollten, hatten sich auf die zuständigen Verwaltungen auf Landes- und Kreisebene sowie auf die Betriebe zu erstrecken. Mit den Kontrollen in den übrigen Ländern wurden die Kontrollabteilungen der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung in den Ländern beauftragt. Diese Maßnahme erschien den politisch Verantwortlichen notwendig geworden zu sein, nachdem einzelne Arbeitsämter über den Mißerfolg der Sofortprogramme geklagt hatten. Die angestrebte Entlastung auf dem Arbeitsmarkt war demzufolge nicht eingetreten, wobei dies auch auf unzureichende Absprachen zwischen der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung und der Investitionsbank zurückgeführt werden konnte. So wies etwa das Arbeitsamt Zeitz darauf hin, daß „die hiesige Kreisverwaltung beschränkte Mittel nur für bestimmte Arbeiten aus dem Fond [sic] der Investitionsbank erhalten hat, während die Anträge der Stadtverwaltung auf Zuschüsse aus der Investitionsbank zur Behebung der Arbeitslosigkeit abgelehnt wurden“⁴⁸.

Einzelne Kontrollberichte zeigten die begrenzte Durchschlagskraft der Zusatz-Investitionspläne auf dem Arbeitsmarkt. So waren beispielsweise im Land Sachsen während des zweiten Quartals 1949 insgesamt 222 377 Personen durch die Arbeits-

⁴⁵ BAB, DQ 2/1303, Bl. 12–23, hier Bl. 13, Bericht der HVAS über die Arbeitsministerkonferenz am 31. 5. 1949 in Berlin (Ausführungen Bracks).

⁴⁶ Ebenda, Bl. 14 (Ausführungen Litkes).

⁴⁷ BAB, DC 15/60, Bl. 1f.

⁴⁸ LA Magdeburg LHA, Rep. K MW, Nr. 10076, Bl. 60, Amt für Arbeit und Sozialfürsorge Zeitz am 7. 7. 1949 an den Minister für Arbeit und Sozialpolitik von Sachsen-Anhalt.

ämter vermittelt worden, darunter 96 117 Frauen⁴⁹. Am 25. Juli wurden 27 960 Personen gezählt, die aufgrund der Sofortprogramme einen Arbeitsplatz erhalten hatten. Im Vergleich zur geforderten Größenordnung (33 910) betrug der Erfüllungsstand zwar 82,3 Prozent. Angesichts der Gesamtvermittlungen durch die Arbeitsämter stellte dies jedoch nur einen bescheidenen Beitrag zur Entlastung auf dem Arbeitsmarkt dar, auch wenn die unterschiedlichen Erhebungszeiträume berücksichtigt werden müssen (Zeitraum versus Stichtag). Die zahlenmäßig größte Gruppe der laut Zusatzplan am 25. Juli beschäftigten Personen war zu Entrümmungsarbeiten eingesetzt worden (16 710). Es folgten: 4556 Arbeitskräfte für Meliorationsarbeiten, 4000 in der Forstwirtschaft und 2403 für Straßenbautätigkeiten. Vergleichsweise unbedeutend blieben Arbeitsprojekte beim Wasserstraßenbau (124 Personen) und bei der Neubauernhilfe (167). Abschließend sprachen sich die Kontrolleure dafür aus, den einzelnen Investitionsträgern größere Spielräume bei der Vergabe der ihnen zugeteilten Finanzmittel zu gewähren, „um so den jeweiligen Forderungen der Praxis gerecht zu werden“⁵⁰. Einen kritischen Eindruck vermittelte auch der Kontrollbericht der Hauptabteilung Wirtschaftsplanung bei der Landesregierung von Sachsen-Anhalt⁵¹. In den Monaten April bis August 1949 waren hier 12 408 Personen vermittelt worden; die einzelnen Objekte des Zusatzplanes beschäftigten am 31. Juli insgesamt 16 729 Arbeitskräfte. Der Schwerpunkt lag in Sachsen-Anhalt beim Straßenbau (7598), gefolgt vom Wasserstraßenbau (2993), der Forstwirtschaft (2933), Entrümmungsarbeiten (2799) und sonstigen Projekten (163). Im Zuge der Realisierung des Zusatzplanes hatten sich Schwierigkeiten ergeben, die auf dessen späte Veröffentlichung, vor allem aber auf ausbleibende Materiallieferungen zurückgeführt wurden, welche die Produktion in den jeweiligen Betrieben fast zum Erliegen gebracht hatten. Bei der Analyse einzelner Kreise stellten die Berichtersteller fest, „daß von einer Planung, vom Standpunkt des Volkswirtschaftsplanes gesehen, nur sehr schwache Anfänge zu bemerken sind“⁵². Es fehle noch eine „zusammenfassende Dienststelle“ zur Koordinierung der Verwaltungstätigkeit mit dem Ziel, eine rasche und effiziente Durchführung des Zusatzplanes zu erreichen.

Sowohl die HVAS als auch die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung ließen die Landesregierungen über die Fortsetzung des Zusatz-Investitionsplanes im ungewissen. Diese fragten zu Beginn des Jahres 1950 beim mittlerweile neu gebildeten Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen in Berlin an, „ob für 1950 ähnliche Maßnahmen durchgeführt und entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen“⁵³. Da zu diesem Zeitpunkt die bereitgestellten Mittel noch nicht vollständig ausgegeben waren, rechneten einzelne Landesministerien mit einem Ende der beschäftigungspolitischen Programme erst zum Frühjahrsbeginn. Grundsätzliche Überlegungen und die Ausarbeitung von alternativen Konzepten waren allerdings unumgänglich, wollte man nicht ein automatisches Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in Kauf nehmen. Die sächsische Hauptabteilung Wirtschaftsplanung setzte sich

⁴⁹ BAB, DC 15/60, Bl. 5–7, hier Bl. 5, Kontrollbericht der HA Wirtschaftsplanung (Abt. Plankontrolle) der sächsischen Landesregierung vom 10. 8. 1949.

⁵⁰ Ebenda, Bl. 7.

⁵¹ BAB, DC 15/60, Bl. 9–11, Kontrollbericht vom 1. 9. 1949.

⁵² Ebenda, Bl. 14.

⁵³ BAB, DQ 2/1729, Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen von Sachsen-Anhalt am 5. 1. 1950 an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen.

daraufhin mit dem Ministerium für Planung der DDR in Verbindung und beantragte weitere Finanzmittel für Beschäftigungsvorhaben⁵⁴. Letztlich kam es allerdings nicht zur Aufstellung eines neuen Sofortprogramms. Planung und Lenkung der Arbeitskräfte wurden vielmehr Bestandteile der Volkswirtschaftspläne. Da die Zahl der offenen Stellen nicht sehr groß und die allgemein angespannte Haushaltslage eigene arbeitsmarktpolitische Initiativen nicht zuließ, schien ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen unausweichlich zu sein. Das sächsische Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen berichtete, daß im Laufe des Monats Januar 1950 die Erwerbslosenzahl von 102 000 auf 124 322 angestiegen sei⁵⁵. Eine Statistik des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen in Berlin ergab, daß der Höhepunkt des Zusatz-Investitionsplanes bereits im November 1949 überschritten worden war⁵⁶: Die Zahl der beschäftigten Personen war zunächst von 48 882 (Juni) auf 81 893 (Juli) gestiegen. Nach einem Einbruch im August 1949, als nur 63 222 Arbeitskräfte gezählt wurden, stabilisierte sich die Zahl bei knapp über 80 000. Im Oktober war der Höchststand erreicht worden (84 425). Die Zahl der im Zuge des Beschäftigungsprogramms eingestellten Arbeiter sank auf 51 255 (Dezember). Somit war das Ende des Sofortprogramms bzw. des Zusatz-Investitionsplanes absehbar.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden Konzepte über eine planvolle Lenkung und Steuerung des Arbeitskräftepotentials zunächst nur von der ZVAS ausgearbeitet. Dagegen äußerten sich die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD bei ihren ersten programmatischen Richtlinien zur Umgestaltung der Wirtschaft sehr zurückhaltend und unverbindlich zu einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und Programmen⁵⁷. Dies lag unter anderem an der Tatsache, daß die Arbeitsverwaltung aufgrund ihrer eigentlichen Aufgabenstellung sehr viel stärker unter dem Erwartungsdruck stand, den im Zuge des Zweiten Weltkrieges aufgetretenen demographischen Verwerfungen der Erwerbsbevölkerung einigermaßen zu begegnen und auf die damit zusammenhängenden Problemlagen Antworten zu finden. Im Mittelpunkt des Interesses stand für die Arbeitsverwaltung zunächst der Verwaltungsaufbau: In einem Rundschreiben vom 4. Januar 1946 wies die ZVAS ausdrücklich darauf hin, daß „eine planvolle Gestaltung des Arbeitseinsatzes“ nur erreicht werden könne, „wenn die Durchführung aller Maßnahmen des Arbeitseinsatzes durch eine Stelle erfolgt“⁵⁸. Damit verband sie konkret die Forderung nach einer

⁵⁴ BAB, DQ 2/1755, Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen von Sachsen am 19. 1. 1950 an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen, S. 1.

⁵⁵ BAB, DQ 2/1729, Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen der Landesregierung Sachsen am 2. 2. 1950 an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen.

⁵⁶ BAB, DQ 2/1755, Aktenvermerk von Oberreferent Grodecki vom 16. 2. 1950.

⁵⁷ Vgl. SAPMO, DY 28/II 2/3, Bl. 14, Richtlinien der Wirtschaftspolitik, beschlossen vom ZA der SPD am 21. 9. 1945; SAPMO, RY 1/I 2/2/22, Bl. 47–51, Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik [29. 12. 1945]. In einem Entwurf für eine wirtschaftspolitische Denkschrift vom 26. 1. 1946 verwies die KPD explizit auf die Forderung von seiten der SMAD an die deutschen Zentralverwaltungen, einen Wirtschaftsplan für 1946, gegliedert in Vierteljahrespläne, auszuarbeiten. Nach Angaben der KPD bestand ein wesentliches Ziel in der „rationelle[n] Verwendung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und deren Lenkung an Stellen des dringenden Bedarfs“. SAPMO, NY 4182/951, Bl. 84–101, hier Bl. 86. Gleichzeitig betonte die KPD das Recht *und* die Verpflichtung jedes Erwerbsfähigen, zu arbeiten. Ebenda, Bl. 90.

⁵⁸ BAB, DQ 2/2066, Rundschreiben Nr. 40 der ZVAS vom 4. 1. 1946, S. 1. Das Rundschreiben

einheitlichen Verwaltungsstruktur, die sich allerdings nicht so rasch verwirklichen ließ⁵⁹.

Mit dem ständig wachsenden Arbeitskräftebedarf traten ungefähr im Sommer 1946 die Planungsarbeiten der DVAS in eine neue Phase ein. Die SED-Führung verlangte die Bereitstellung von 162 000 Arbeitern, „um die elementarsten Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen“, wie der DVAS-Präsident in einer Aktennotiz vermerkte⁶⁰. Akuter Arbeitskräftemangel bestand zu diesem Zeitpunkt vor allem in der Textilindustrie, der Grundstoff- und Schwerindustrie (Bergbau, Maschinenbau, Metallindustrie und Chemie) sowie bei der Oderregulierung. Die SED-Führung stellte insgesamt vier Forderungen auf: So sollte die Umschulung von ungelernten Arbeitern vorangetrieben, in den Betrieben Männer durch Frauen und Körperbehinderte ersetzt sowie die Schulentlassenen und Jugendlichen mit Arbeit versorgt werden⁶¹. Dahinter standen im wesentlichen zwei Ziele, die eng miteinander verwoben waren. Es ging zum einen um eine erhebliche Vergrößerung der Erwerbstätigenzahlen durch die Eingliederung von Bevölkerungsgruppen, die bisher außerhalb des Arbeitslebens standen. Zum anderen sollten männliche Arbeiter freigesetzt werden, um den Arbeitskräftebedarf in der Schwerindustrie befriedigen zu können. Die enge Verzahnung der Planung des Arbeitskräfteeinsatzes mit Fragen der Berufsberatung, -ausbildung und -umschulung war daher naheliegend: Die Abteilung II (Erfassung und Arbeitslenkung der Bevölkerung) bei der Berliner Zentralverwaltung legte am 31. August 1946 eine Denkschrift vor, in der die Verknüpfung der einzelnen arbeitsmarktpolitischen Gebiete angestrebt wurde⁶².

Anschließend versuchte die DVAS Absprachen mit den übrigen Zentralverwaltungen herbeizuführen, um den jeweiligen Arbeitskräftebedarf einheitlich erfassen zu können. Im Zuge der langsam beginnenden allgemeinen Wirtschaftsplanung sollte somit bereits Ende 1946 auch eine Arbeitskräfteplanung erfolgen⁶³. Zusammen mit der Zentralverwaltung der Industrie führte die DVAS eine grundsätzliche Aussprache, in deren Verlauf zunächst nur die Schwierigkeiten und Hindernisse auf diesem Weg erörtert werden konnten. Da die Anforderungen der sowjetischen Besatzungsmacht und vor allem der Bedarf für die SAG-Betriebe zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgesehen werden konnten, waren der DVAS noch enge Handlungsspielräume gesetzt. Anfang 1947 erstellten zunächst die Landes- bzw. Provinzialverwaltungen erste Produktionspläne für das laufende Jahr, in denen der Arbeitskräftebedarf konkret angegeben wurde, der mehrheitlich auf den sowjetischen Befehlen für die einzelnen Reparationsaufgaben beruhte⁶⁴. Der DVAS gelang es nur allmählich, von der Zentralverwaltung für Industrie Zahlenangaben für den Ar-

wurde an die Landesarbeitsämter verschickt. Ein erster Entwurf der ZVAS-Abt. II stammte vom 14. 12. 1945 und befindet sich in: BAB, DQ 2/2064.

⁵⁹ Vgl. Hoffmann, Arbeitsmarkt, Zweijahresplan und Wirtschaftsverwaltung.

⁶⁰ BAB, DQ 2/142, Bl. 1–4, hier Bl. 1, Aktennotiz von Gustav Brack vom 29. 7. 1946.

⁶¹ Ebenda, Bl. 2.

⁶² BAB, DQ 2/2064.

⁶³ BAB, DQ 2/1963, Aktenvermerk der DVAS-Abt. I vom 19. 12. 1946.

⁶⁴ BAB, DQ 2/1963, Produktionsplan des Landesarbeitsamtes Sachsen vom 29. 11. 1946; ebenda, Minister für Arbeit und Sozialpolitik der Provinzialregierung Sachsen-Anhalt am 7. 1. 1947 an die DVAS; ebenda, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Thüringen am 22. 2. 1947 an die DVAS.

beitskräftebedarf zu erhalten⁶⁵. Eine bessere Absprache zwischen den Zentralverwaltungen wurde erst erreicht, als mit der DWK-Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung eine zentrale Instanz geschaffen worden war⁶⁶. Darüber hinaus schaltete sich die SMAD in zunehmenden Maße in die Planungsarbeiten ein⁶⁷. Auch der Einfluß der SED-Führung wurde immer stärker: Im Zuge der Ausarbeitung des Zweijahresplanes, der innerhalb des Zentralsekretariats zum Teil kontrovers diskutiert wurde⁶⁸, legte die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge beim SED-Zentralsekretariat Vorschläge für die Nachwuchslenkung vor⁶⁹; das Frauensekretariat arbeitete einen Arbeitsplan „über die Mitarbeit der Frauen bei der Durchführung der Wirtschaftspläne“ aus⁷⁰. Schwierigkeiten ergaben sich jedoch zwischen der DWK-Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung und einzelnen industriellen Hauptverwaltungen, die ihre Ressortinteressen durchzusetzen versuchten: So monierte Bruno Leuschner, daß nach wie vor „jeder Industriezweig vom Standpunkt seiner eigenen Interessen aus plant und die Pläne dann mechanisch koordiniert werden“. Sollte sich dieses „alte Prinzip“ erneut durchsetzen, erübrige sich – so Leuschner weiter – die Existenz der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung⁷¹. Offensichtlich war es dem stellvertretenden Leiter der Hauptverwaltung Kohle gelungen, eine Reduzierung der Produktionszahlen in Karlshorst zu erreichen, um auf diese Weise früher in den Genuß von Prämienzahlungen zu gelangen, die bei Übererfüllung von Planvorgaben ausgezahlt wurden. Dieser Schritt war mit dem Leiter der DWK-Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung Leuschner nicht abgestimmt worden, der sich übergangen fühlte.

Für die weitere Einbettung der Arbeitskräfte lenkung in die im Aufbau befindliche Planwirtschaft der SBZ/DDR hatten der Halbjahrplan 1948 sowie der bereits angesprochene Zweijahrplan 1949/50 eine herausragende Bedeutung⁷². Darüber hinaus war mit der Gründung der DWK 1947 eine zentrale Instanz geschaffen worden⁷³, die zusammen mit den zuständigen Hauptverwaltungen die wirtschaftspolitische Koordinierungsfunktion alleine für sich beanspruchte, wenn auch in enger

⁶⁵ BAB, DQ 2/1963, Aktenvermerk der DVAS-Abt. I b vom 12. 3. 1947.

⁶⁶ Pläne zur Gründung eines „Deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung“ gab es innerhalb der SED-Führung offensichtlich schon im Herbst 1946. Der Strukturplan sah unter anderem eine Hauptabteilung Arbeitskräfte vor. SAPMO, NY 4036/734, Bl. 221. Diese Überlegungen waren sehr wahrscheinlich mit Karlshorst zuvor abgesprochen worden. Die SMAD-Führung erhielt am 26. 10. 1946 eine überarbeitete Version des Strukturplanes, der nicht nur die Zentralebene erfaßte, sondern auch die Landes-, Bezirks- und Kreisebene mit einschloß. SAPMO, NY 4182/1192, Bl. 74 und 76–81. Zum Verhältnis von Zentral- und Landesverwaltungen bei der Wirtschaftsplanung: Steiner, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus, S. 34–37.

⁶⁷ SAPMO, NY 4182/963, Bl. 196–198, Bruno Leuschner am 4. 6. 1948 an Heinrich Rau.

⁶⁸ SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/206, stenographische Niederschrift der Sitzung des Zentralsekretariats am 10. 6. 1948.

⁶⁹ SAPMO, NY 4182/963, Bl. 40f., Ergänzungsvorschläge der Abt. Arbeit und Sozialfürsorge beim SED-Zentralsekretariat vom 8. 7. 1948 zum Entwurf über den Arbeitsplan für die Kampagne über den Zweijahrplan 1949/50.

⁷⁰ SAPMO, NY 4182/963, Bl. 89–91.

⁷¹ Ebenda, Bl. 196–198, hier Bl. 197, Leuschner am 4. 6. 1948 an den DWK-Vorsitzenden Heinrich Rau.

⁷² Vgl. Staritz, Die Gründung der DDR, S. 140f.; Weber, Geschichte der DDR, S. 170–172.

⁷³ Vgl. Steiner, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus; Zank, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen.

Abstimmung mit der SED-Führung. Damit waren die institutionellen Voraussetzungen in Richtung Zentralisierung weitgehend gelegt worden. Eine weitere Folgewirkung dieser Maßnahmen bestand in der Zurückdrängung des Einflusses der Länder, die kaum noch über Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügten. Für die Lenkung des Produktionsfaktors „Arbeit“ bleibt festzuhalten, daß zunächst einmal die Frage des strukturellen Aufbaus der Arbeitsverwaltung endgültig entschieden wurde. Des weiteren wandelte sich die Planungstätigkeit: Die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für die SBZ zog die Planung des Arbeitskräfteeinsatzes durch die HVAS zwingend nach sich. Damit verloren die Monats- und Quartalsberichte der deutschen Arbeitsverwaltung ihre ursprüngliche Bedeutung. Sie dienten ab sofort nicht mehr ausschließlich nur zur Weitergabe von Informationen an die sowjetische Besatzungsmacht sowie an andere DWK-Hauptverwaltungen, sondern besaßen nunmehr richtungsweisende Funktion für die nachgeordneten Verwaltungen auf Landes- bzw. Kommunalebene. Die nächste Weichenstellung sollte dann Anfang der fünfziger Jahre mit dem ersten Fünfjahrplan erfolgen: Der dadurch massiv einsetzende Auf- und Ausbau der Schwerindustrie⁷⁴ legte auch für die Arbeitsverwaltung die Schwerpunkte erneut fest. Die Gewinnung von Arbeitskräften für den Bergbau, die Hüttenindustrie, den Schwermaschinenbau sowie den Allgemeinen Maschinenbau hatte somit eindeutig Priorität gewonnen.

3. Berufsausbildung als langfristiges Steuerungsinstrument

Anfang der fünfziger Jahre zeichnete sich bereits ab, daß die Arbeitslosigkeit die Arbeitsämter und die immer wichtiger werdende Staatliche Plankommission nicht mehr allzu lange beschäftigen würde. Mit dem ersten Fünfjahrplan und dem damit verbundenen Aufbau zahlreicher schwerindustrieller Standorte in der DDR stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften. Die gleichzeitig einsetzende Flucht in den Westen Deutschlands, die bis zum Mauerbau 1961 eine Personengruppe von 2,75 bis 3,5 Millionen Menschen umfaßte, hatte somit zu einer wachsenden Arbeitskräfteknappheit geführt. Vordringliche Aufgabe für die staatlichen Verwaltungen wurde nunmehr die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials. Dazu zählten vor allem die bis dahin nicht erwerbstätigen Frauen. Darüber hinaus sollte mit einer gezielten Berufsausbildung und Berufsbildung die in den Wirtschaftsplänen angesetzten Beschäftigungszahlen erreicht werden. Daneben existierten noch weitere Instrumente, wie etwa die Lohnpolitik und der Wohnungsbau, auf die an dieser Stelle jedoch nicht weiter eingegangen werden kann.

Um das zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotential bedarfsgerecht steuern zu können, sollte nach den Vorstellungen der SED und der Wirtschaftsverwaltung – hierbei sind die Staatliche Plankommission und das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung zu nennen – der berufliche Nachwuchs für die einzelnen Wirtschaftszweige ausgebildet werden. Die Anforderungen an eine bedarfsgerechte und vor allem vorausschauende Planung erhöhten sich auf diese Weise nochmals. Es hat den Anschein, als ob dieser Bereich der bisherigen klassischen Arbeitsmarktpolitik

⁷⁴ Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft, S. 20f.; Wienert, Die Stahlindustrie in der DDR, S. 28–33.

zunächst in einem allgemeinen jugendpolitischen Programm aufgehen sollte. Dazu legte das DWK-Sekretariat am 17. Oktober 1949 einen von Bruno Leuschner ausgearbeiteten Anordnungsentwurf vor, der unverbindliche Angaben zur Berufsausbildung der Jugendlichen enthielt. So sollte das Ministerium für Planung beauftragt werden, im Volkswirtschaftsplan 1950 zusätzliche Lehrplätze und Wohnheime aufzunehmen⁷⁵. Darüber hinaus war die Angleichung der Lehrlingsgehälter an das eingeführte Leistungslohnsystem geplant: Neben Prämien für besondere Leistungen an Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahr sollte die Möglichkeit eröffnet werden, daß Lehrlinge im dritten Lehrjahr und nach Vollendung des 16. Lebensjahres „im Leistungslohn arbeiten“ können⁷⁶. Bei den volkseigenen Betrieben waren dazu mindestens 6 Prozent der Lohnsumme, die für Lehrlinge veranschlagt wurde, zusätzlich einzusetzen. Die zuständigen Ministerien für Planung und Volksbildung erhielten demzufolge noch den Auftrag, die Planung für den Aufbau von neuen kommunalen und betrieblichen Berufsschulen aufzunehmen, deren einheitliche Aufsichtsführung gewährleistet sein sollte⁷⁷. Das Politbüro stimmte einem überarbeiteten Entwurf am 17. Januar 1950 zu, der sich schwerpunktmäßig mit der Schul- und Berufsausbildung⁷⁸ sowie der Steuerung der Freizeitaktivitäten der Jugendlichen auseinandersetzte⁷⁹. Die beschleunigte Ausbildung von qualifizierten Fachkräften sollte dabei auf Bereiche der Grundstoff- und Schwerindustrie sowie der Landwirtschaft zunächst beschränkt bleiben⁸⁰.

Im Mittelpunkt des ersten Fünfjahresplanes stand – wie bereits mehrfach erwähnt – der Ausbau der Schwerindustrie, der automatisch einen Bedarf an Spezialisten und Facharbeitern nach sich zog. Während die politisch Verantwortlichen bei der Schul- und Berufsausbildung anfangs noch ein Gesamtkonzept anstrebten, verfolgten sie ab Frühjahr 1950 de facto nur noch diverse Einzelmaßnahmen⁸¹, die nicht alle aufeinander abgestimmt waren. Die Arbeitsverwaltung mußte – insgesamt betrachtet – rasch Lösungen für die Bedarfsabdeckung in den einzelnen Wirtschaftszweigen finden und konnte das ambitionierte Ziel einer vollständigen Planung des Arbeitseinsatzes nicht in dem gewünschten Maße verfolgen, zumal eine solche Planung noch eine Vielzahl zusätzlicher Steuerungsprobleme nach sich zog. Diese Ausgangslage galt im übrigen nicht nur für das Ministerium für Arbeit, sondern auch für andere Fachministerien; sie war außerdem nicht neu, sondern bereits vor der DDR-Gründung wirkungsmächtig gewesen. Mit der Errichtung der Zentralverwaltungswirtschaft wuchs allerdings der Druck auf die DDR-Ministerien, eine bedarfsgerechte Steuerung zu verwirklichen. Bei der bisherigen Arbeitskräftelenkung mußte das „Kunststück“ vollbracht werden, mit der richtigen Anzahl an Arbeitskräften zum

⁷⁵ SAPMO, NY 4182/1176, Bl. 78–83, hier Bl. 81.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Ebenda, Bl. 82.

⁷⁸ Zur Verbesserung der Schulbildung hatte das Politbüro bereits am 28. 6. 1949 ein Maßnahmenbündel verabschiedet. Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2/29, Bl. 19f. und 24–32.

⁷⁹ SAPMO, DY 30/IV 2/2/67, Bl. 44 und 68f.

⁸⁰ Ebenda, Bl. 69.

⁸¹ Der Einfluß der SKK auf diesem Gebiet scheint zwar punktuell, aber nicht bedeutungslos gewesen zu sein: So regte die sowjetische Besatzungsmacht die Errichtung neuer „Lehranstalten, Fakultäten und Fachschulen“ an, um den zusätzlichen Bedarf von insgesamt 16500 „ingenieur-technischen Spezialisten“ befriedigen zu können. SAPMO, NY 4090/315, Bl. 133–136, hier Bl. 133, Denkschrift (Übersetzung vom 20. 5. 1950).

richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu sein. Nunmehr kam noch eine weitere, zeitliche Komponente hinzu: Der Arbeitskräftebedarf mußte für einen längeren Zeitraum berechnet werden, da die Lehrlinge erst nach ihrer bis zu dreijährigen Ausbildungszeit auf dem „Arbeitsmarkt“ zur Verfügung standen. Dieser Zusammenhang wurde offensichtlich von deutscher wie von sowjetischer Seite nicht ausreichend berücksichtigt.

Aufgrund der Tatsache, daß für die Berufsausbildung mehrere Fachministerien zuständig waren, ergaben sich nahezu zwangsläufig Konflikte um Zuständigkeiten und Kompetenzen. Im August 1950 sah die gesetzlich geregelte Aufgabenverteilung folgendermaßen aus: Das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen (Abteilung Berufsausbildung und Umschulung) und das Ministerium für Volksbildung (Abteilung Berufsbildung) waren verantwortlich „für die einheitliche Regelung aller Fragen der Berufsausbildung in der gesamten Wirtschaft“⁸². Dagegen lag die Verantwortung für die inhaltliche Ausrichtung der Berufsausbildung 1950 bei den Ministerien für Industrie sowie für Land- und Forstwirtschaft, da offensichtlich zunächst nur in diesen Wirtschaftszweigen der verstärkte Ausbau der Berufsausbildung betrieben werden sollte. Zusätzliche Akteure waren der 1947 geschaffene Zentralausschuß für Berufsausbildung sowie das im Frühjahr 1950 errichtete Deutsche Zentralinstitut für Berufsbildung, dessen Aufgabengebiete aber erst noch festzulegen waren. Darüber hinaus mußte die institutionelle Zuordnung des Zentralinstituts geklärt werden: Während zunächst das Ministerium für Volksbildung zuständig war, machte im Sommer 1950 das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen berechnete Ansprüche auf die Leitung des Instituts geltend⁸³. Mit der Schaffung neuer Institutionen versuchte die SED-Führung generell auf Schwierigkeiten im Planungsablauf zu reagieren: Das galt auch für den Vorschlag, ein Staatssekretariat für Berufsausbildung zu bilden, den die ZK-Abteilung Wirtschaftspolitik nach Absprache mit einigen Fachministerien eingebracht hatte. Demzufolge sollte das Staatssekretariat alleine zuständig sein für Fragen der Berufsausbildung; grundsätzliche Richtlinien sollten hier entwickelt werden, „welche auf den einzelnen Fachgebieten durch spezielle Richtlinien der Fachministerien ergänzt werden“⁸⁴. Das Staatssekretariat wurde Anfang 1951 aus dem ehemaligen Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung ausgegliedert⁸⁵. Bis zum Beginn des ersten Fünfjahrplanes war die Anzahl der an der Berufsausbildung beteiligten Ressorts beträchtlich angestiegen, wobei die Aufgaben untereinander nicht eindeutig verteilt waren, so daß Kompetenzstreitigkeiten letztlich nicht ausbleiben konnten⁸⁶.

Das Ministerium für Industrie reichte beim DDR-Ministerrat Anfang 1950 einen Verordnungsentwurf zur Verbesserung der Ausbildung qualifizierter Industriearbeiter in den Berufsschulen und Betriebsberufsschulen ein, der zuvor mit dem Ministerium für Volksbildung sowie dem Ministerium für Arbeit und Gesundheits-

⁸² BAB, DQ 2/903, Bl. 234–240, hier Bl. 234f., Notiz der Abt. Berufsausbildung und Umschulung vom 22. 8. 1950.

⁸³ Ebenda, Bl. 237 und 239f.

⁸⁴ SAPMO, NY 4182/1164, Bl. 78–82, hier Bl. 78, Vorschlag zur Bildung eines Staatssekretariats für Berufsausbildung vom 11. 11. 1950.

⁸⁵ BAB, DQ 2/1868, Bl. 40f., Aktenvermerk der Abt. Nachwuchslenkung vom 23. 1. 1951.

⁸⁶ Diese Gefahr erkannte auch das Ministerium für Arbeit. Vgl. BAB, DQ 2/1868, Bl. 42–45, Denkschrift der HA Arbeit vom 16. 1. 1951.

wesen abgestimmt worden war⁸⁷. Der Entwurf legte unter anderem fest, daß der Gesamtnachwuchsplan für alle Wirtschaftszweige und Verwaltungen erstmalig für das laufende Jahr durch das Ministerium für Planung ausgearbeitet werden sollte⁸⁸. Auf der Grundlage dieses Gesamtplanes sollte anschließend das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen Nachwuchspläne für die Lehrlingsausbildung aller Berufe nach Industrie- und Wirtschaftszweigen ausarbeiten. Die Aufstellung der Nachwuchspläne bei den zentralverwalteten VVB, SAG-Betrieben und den landesverwalteten VVB hatte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien zu erfolgen, d. h. mit dem Ministerium für Industrie, der sowjetischen Hauptverwaltung bzw. den Landesministerien⁸⁹. Die Provisorische Regierung der DDR beschloß die eingereichte Vorlage auf ihrer Sitzung am 26. Januar 1950⁹⁰.

Mitarbeiter des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen entwickelten kurz darauf ein Verfahren, um den volkseigenen Betrieben die Möglichkeit zu geben, die Finanzierung der von ihnen angebotenen Ausbildungsplätze beantragen zu können⁹¹. Gleichzeitig wurden Richtlinien ausgearbeitet, um die Durchführung des Finanzierungsprogramms überprüfen zu können. Die Kontrollfunktion auf örtlicher Ebene sollte dabei den Sozialversicherungskassen zukommen. Die zunächst angestrebte Beschleunigung dieses Verwaltungsverfahrens wurde letztlich allerdings dadurch wieder konterkariert, daß alle drei Ebenen der Arbeitsverwaltung an der Begutachtung der Einzelanträge und der Kontrolltätigkeit beteiligt waren. Rasch kristallisierte sich heraus, daß den Nachwuchs- und Umschulungsplänen ein statisches Wirtschaftsmodell zugrunde lag, das zudem etliche Faktoren nicht berücksichtigt hatte. So stellte beispielsweise die sächsische Hauptabteilung Wirtschaftsplanung eine „Untererfüllung der Pläne“ fest, die zu einem bedeutenden Teil auf die unterschiedlich hohen Tariflöhne zurückgeführt wurde⁹². Die Arbeitsverwaltung hatte zwar zuvor die Anreizfunktion von Löhnen und Gehältern erkannt, bei der Ausarbeitung der Nachwuchspläne aber nicht weiter beachtet. Letztlich galt für Jugendliche eine ähnliche Feststellung wie bei den erwachsenen Beschäftigten: Die Höhe des Verdienstes während der Lehrzeit und der erwartete Lohn nach Beendigung der Ausbildungszeit waren für die Jugendlichen oftmals ein entscheidendes Motiv beim Abschluß eines Lehrvertrages. Die Hauptabteilung Wirtschaftsplanung untersuchte für Sachsen die Erfüllung der Nachwuchspläne in den einzelnen Berufsgruppen und gelangte dabei zu differenzierten Ergebnissen. Besonders auffällig war demnach die „weit unterdurchschnittliche“ Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in der Berufsgruppe „Landwirtschaft“: Hier lag die Erfüllung des Plansolls nur bei 39,8 Prozent⁹³. Dagegen übertraf die Erfüllungsquote im Bergbau die gesteckten Ziele (127 Prozent); hierbei machten sich etwa die relativ hohen

⁸⁷ BAB, DC 20 I/3–10, Bl. 202, DWK-Hausmitteilung von Minister Selbmann an die Regierungskanzlei (Schaul) am 23. 1. 1950.

⁸⁸ Ebenda, Bl. 204–209, hier Bl. 204, Verordnungsentwurf (§ 1, Abs. 1).

⁸⁹ Ebenda, § 1, Abs. 2.

⁹⁰ Ebenda, Bl. 4. Die Verordnung ist veröffentlicht in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 58–60.

⁹¹ BAB, DQ 2/1755, Aktenvermerk Donaus vom 8. 2. 1950.

⁹² BAB, DE 1/10117, Bl. 2–10, hier Bl. 2, Bericht der HA Wirtschaftsplanung in Dresden vom 14. 3. 1950.

⁹³ Ebenda, Bl. 2 f.

Lehrlingsgehälter positiv bemerkbar⁹⁴. Aufgrund der geltenden Jugenschutzbestimmungen war dieser Wirtschaftszweig für Jugendliche unter 18 Jahren unzugänglich.

Mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen DDR-Ministerien gefährdete das Projekt, für die Gesamtwirtschaft einen Nachwuchsplan aufzustellen und umzusetzen. So hatte das Ministerium für Planung – entgegen einer zunächst getroffenen Vereinbarung – die Betriebe nicht aufgefordert, „einen Vorschlag für die berufliche Aufgliederung der von ihnen einzustellenden Lehrlinge an das Kreisarbeitsamt weiterzugeben“⁹⁵. Deshalb war eine berufliche Aufgliederung des Nachwuchsplanes auf die einzelnen Betriebe, die den wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt werden sollte, nicht mehr durchführbar. Die Abteilung Berufsausbildung und Umschulung des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen betonte daraufhin, daß das Bestreben, „den Nachwuchsplan für die volkseigene Industrie in beruflicher Hinsicht sowohl den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen wie auch den Bedürfnissen des einzelnen Betriebes entsprechend aufzugliedern, zunichte gemacht“ werde⁹⁶. Angesichts dieser gravierenden Anfangsschwierigkeiten schaltete sich im Frühjahr 1950 Walter Ulbricht in seiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident ein und versuchte, die Abstimmung zwischen den beteiligten Stellen zu verbessern. Deren Vertreter wurden am 14. Juni zu einer Besprechung bei Ulbricht zusammengerufen, bei der dieser nochmals deutlich machte, daß ein starker Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften im Bereich der Grundstoff- und Schwerindustrie bestand⁹⁷. Um den Planungsvorgaben einigermaßen gerecht zu werden, schlug Staatssekretär Bruno Leuschner (Ministerium für Planung) die Verkürzung der Lehrzeiten vor, ohne allerdings auf dieser Besprechung weitere, konkrete Vorstellungen zu unterbreiten⁹⁸. Am Ende der Besprechung konnte sich Ulbricht mit dem Vorschlag durchsetzen, einen Ergänzungsplan zum Nachwuchsplan zu entwickeln⁹⁹. Das Ministerium für Industrie sollte diesen Plan in Kooperation mit dem Ministerium für Planung und der FDJ ausarbeiten, wobei Ulbricht davon ausging, daß die Betriebe ohne zusätzliche Finanzmittel mehr Lehrlinge einstellen könnten. Darüber hinaus sollte die Berufsausbildung weiter gestrafft und den Anforderungen des Fünfjahrplanes angepaßt werden. Die Provisorische Regierung der DDR verabschiedete am 13. Juli eine Verordnung über den Zusatzplan zum Nachwuchsplan 1950, der sich allerdings nur auf die zentralverwalteten Betriebe der volkseigenen Industrie beschränkte¹⁰⁰. Darin erhielt das Ministerium für Industrie den Auftrag, dafür zu sorgen, daß über die ursprünglich vorgesehene Anzahl von 50660 weitere 17690 Lehrstellen geschaffen würden. Die Verordnung legte aus-

⁹⁴ Ebenda, Bl. 3.

⁹⁵ BAB, DQ 2/903, Bl. 284 f., hier Bl. 285, Aktenvermerk der Abt. Berufsausbildung und Umschulung vom 23. 3. 1950.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Thüringisches Hauptstaatsarchiv (ThHStA), Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 3699, Bl. 306–309, hier Bl. 306, Bericht über die Besprechung.

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Ebenda, Bl. 308. Der Minister für Planung Heinrich Rau stimmte anfangs nicht zu und verlangte statt dessen die Durchführung einer Pressekampagne ohne weitere Zuwendung von Finanzmitteln. Ebenda, Bl. 307.

¹⁰⁰ BAB, DC 20 1/3–23, Bl. 5 und 22 f. Die Verordnung erschien im Gesetzblatt der DDR 1950, S. 661 f.

drücklich fest, daß dafür zusätzliche Investitionsmittel „grundsätzlich“ nicht in Anspruch genommen werden durften¹⁰¹. Ein weiterer Entwurf¹⁰², der unverbindliche Angaben zum Zusatzplan für die übrigen Wirtschaftsbetriebe enthielt, wurde zwar am 10. August beschlossen, jedoch nicht im Gesetzblatt veröffentlicht¹⁰³. Statt dessen unterrichtete das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen die Landesverwaltungen über den Regierungsbeschluß und den damit zusammenhängenden Kampagneplan¹⁰⁴. Dieser sah eine aktive Mitarbeit der Fachministerien, Landesregierungen, Massenorganisationen und sogar der Verwaltung der SAG-Betriebe „an der Erfüllung und Übererfüllung des Nachwuchsplanes“ vor¹⁰⁵. Inwieweit es sich hierbei nur um eine unverbindliche Absichtserklärung handelte, mußte die weitere Entwicklung zeigen. Zumindest im Fall der sowjetischen Aktiengesellschaften waren Zweifel angebracht, da bis zu diesem Zeitpunkt die Zusammenarbeit mit den deutschen Verwaltungen keineswegs reibungslos gewesen war.

Neben den Betrieben, denen vorgehalten wurde, zu halbherzig die eigene Nachwuchsförderung betrieben zu haben, mußten sich nunmehr auch die Arbeitsämter zunehmende Kritik gefallen lassen: Sie wurden für die Fehllenkung der Jugendlichen verantwortlich gemacht. So bestand in einzelnen Berufszweigen offensichtlich ein Überhang an Berufsschülern, während in anderen Branchen der Bedarf nicht gedeckt werden konnte¹⁰⁶. Zu diesem Zeitpunkt stand die Arbeitsverwaltung insgesamt auf dem Prüfstand der Wirtschaftsverwaltung; bereits ein Jahr später wurden die Arbeitsämter aufgelöst und in die Kommunalverwaltung integriert.

Zwischen der Arbeitsverwaltung und den Industrieministerien hatte Einvernehmen darüber geherrscht, daß die Betriebe nicht zusätzlich belastet werden sollten. Für den Zusatzplan sollten auch keine weiteren Investitionsmittel des Volkswirtschaftsplanes in Anspruch genommen werden. Zunächst wurden die Finanzierungskosten, die im Zuge des Ausbaus der Nachwuchsförderung zwangsläufig entstanden, auf die Sozialversicherung abgewälzt. Die Sozialversicherungskassen stellten 25 Millionen DM zur Finanzierung des Nachwuchsplanes bereit¹⁰⁷. Diese Summe mußte wiederum im Haushalt des Finanzministeriums verbucht werden. Somit erfolgte letztlich die Finanzierung über den Staatshaushalt der DDR.

Das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung sah sich im Sommer 1950 mit zwei Problemlagen konfrontiert, die miteinander verbunden waren: Zum einen ging

¹⁰¹ Ebenda, § 1.

¹⁰² BAB, DQ 2/903, Bl. 218f., Verordnung über den Zusatzplan zum Nachwuchsplan 1950 für die gesamte Wirtschaft, mit Ausnahme der volkseigenen zentralverwalteten Betriebe der Industrie vom 25. 7. 1950.

¹⁰³ Darüber hinaus wurde der Nachwuchsplan 1950 nicht an Forschungsinstitute weitergegeben, sondern als „geheime Verschlusssache“ behandelt. Vgl. BAB, DQ 2/903, Bl. 215, Abt. Berufsausbildung und Umschulung am 23. 8. 1950 an das Institut für Wirtschaftspädagogik der Humboldt-Universität zu Berlin.

¹⁰⁴ BAB, DQ 2/906, Bl. 194f., Fernschreiben der Abt. Berufsausbildung und Umschulung am 16. 8. 1950 an die Landesregierungen. Das Schreiben enthielt 2 Anlagen: den Beschluß über die weitere Unterbringung von Jugendlichen in Lehrstellen; die Anweisung über den „Kampagne-Plan“. Ebenda, Bl. 196–201.

¹⁰⁵ Ebenda, Bl. 198.

¹⁰⁶ BAB, DE 1/10105, Bl. 1–7, hier Bl. 5, Bericht des Ministeriums für Planung vom 22. 6. 1950.

¹⁰⁷ Auf diese Weise mußten insgesamt 25 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. BAB, DQ 2/903, Bl. 255, Hauptabteilungsleiter Litke am 31. 7. 1950 an das Ministerium für Finanzen (Hauptabteilungsleiter Georgino).

es um die bereits mehrfach erwähnte Bereitstellung von qualifizierten Facharbeitern für die Schwerindustrie. Zum anderen sollte die reibungslose Unterbringung von Schulabgängern in Lehrstellen gewährleistet werden. Ein Ansteigen der Beschäftigungslosigkeit bei Jugendlichen war unter allen Umständen zu vermeiden. Von daher erklären sich auch die Eingriffe der Arbeitsverwaltung in die bestehende Ausbildungspraxis. So sollten beispielsweise Abschlußprüfungen zeitlich vorgezogen und die Lehrzeit insgesamt verkürzt werden¹⁰⁸, um möglichst allen Jugendlichen, welche die Schulausbildung abgeschlossen hatten, eine berufliche Perspektive bieten zu können. Darüber hinaus wies das Arbeitsministerium die Landesregierungen an, eine nochmalige Überprüfung sämtlicher Betriebe des volkseigenen und privaten Sektors durchzuführen, um die noch bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten festzustellen¹⁰⁹. Außerdem war die Heraufsetzung der geplanten Lehrstellen bei den SAG-Betrieben vorgesehen, die jedoch von der Unterstützung durch die sowjetischen Werksleitungen abhängig war. Erste Gespräche mit der zuständigen SAG-Verwaltung in Weißensee hatten offensichtlich dazu geführt, daß das ursprünglich festgesetzte Auflagensoll um 3400 Lehrstellen erhöht wurde; weitere 1800 Plätze waren mündlich zugesichert worden¹¹⁰.

Da ein neues Lehrjahr und die damit verbundene betriebliche Neueinstellung von Jugendlichen erst im Laufe des Spätsommers bzw. des Herbstes (August-Oktober) einsetzte, ließ sich zu diesem Zeitpunkt noch wenig über den Erfolg oder den Mißerfolg des Nachwuchsplanes sagen. In einem ersten vorläufigen Bericht kam das Arbeitsministerium zum Ergebnis, daß die Erfüllung des Plansolls in den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Bauwirtschaft befriedigend sei (22 bzw. 21 Prozent), im Bereich Industrie und Handwerk aber weit hinter den Erwartungen liege (13 Prozent)¹¹¹. Besonders unbefriedigend seien die Zahlen der weiblichen Lehrlinge in den einzelnen Wirtschaftszweigen: „Die Erfüllung des weiblichen Anteils des Nachwuchsplanes bleibt hinter der Gesamterfüllung zurück, im Wirtschaftsbereich Industrie und Handwerk nur wenig, in der Bauwirtschaft und in der Land- und Forstwirtschaft dagegen erheblich.“ Während der Nachwuchsplan Ende Juli 1950 insgesamt betrachtet zu 15 Prozent erfüllt worden sei, betrage der Anteil bei den vorgesehenen weiblichen Lehrlingen durchschnittlich nur 12,5 Prozent. Im übrigen gab es auch hier regionale Unterschiede, die sich bei den Ergebnissen in den Ländern bemerkbar machten¹¹². Spitzenreiter war in diesem Fall erstmals Mecklenburg, das ansonsten immer das Sorgenkind der Arbeitsverwaltung gewesen war. Das positive Ergebnis hing vermutlich mit den – im Vergleich zu den übrigen Ländern – deutlich niedrigeren Plansollzahlen zusammen. Der Bericht machte außerdem die Benachteiligung der privaten Bauwirtschaft indirekt deutlich, da diese Betriebe den Anforderungen des Nachwuchsplanes nicht nachkommen konnten – oft-

¹⁰⁸ BAB, DQ 2/903, Bl. 204–208, hier Bl. 204f., Bericht der Abt. Berufsausbildung und Umschulung vom 30. 8. 1950.

¹⁰⁹ Ebenda, Bl. 206.

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ BAB, DQ 2/903, Bl. 209–211, hier Bl. 209, Bericht der Abt. Berufsausbildung und Umschulung vom 30. 8. 1950.

¹¹² Ebenda, Bl. 210.

mals aufgrund der vergleichsweise besseren Arbeitsbedingungen, Materialversorgung sowie Auftragslage der volkseigenen Betriebe¹¹³.

Den Ländern bereitete die berufliche Unterbringung der durch den Nachwuchsplan nicht erfaßten Jugendlichen – allein 26 000 in Thüringen – großes Kopfzerbrechen¹¹⁴. Die thüringische Landesregierung beabsichtigte deshalb eine „Großaktion“ durchzuführen, um weitere 15 000 Arbeitsplätze für Jugendliche anzubieten. Da bereits 6000 Jugendliche im Beschäftigungsprogramm vorgesehen waren, verblieb eine Restgröße von 5000, für die zunächst jedoch keine Arbeitsmöglichkeiten bereitgestellt werden konnten. Fehlendes Zahlenmaterial über die in den einzelnen Betrieben angebotenen Lehrstellen erschwerten die Durchführung des Nachwuchsplanes. Nach Einschätzung der thüringischen Landesverwaltung lag dies an der ungenauen Planungsarbeit des Berliner Arbeitsministeriums, dem vorgehalten wurde, lediglich mit „Schätzungszahlen für den volkseigenen Sektor“ zu arbeiten¹¹⁵. Daher war es nicht weiter überraschend, als sich „in der Praxis immer wieder herausgestellt“ habe, daß Betriebe nicht in der Lage waren, die im Plan vorgesehene Anzahl von Lehrlingen aufzunehmen. Schwierigkeiten bereitete ebenfalls die wohnliche Unterbringung der neu einzustellenden Lehrlinge, die im zentralen Nachwuchsplan nicht gebührend berücksichtigt worden sei, so das thüringische Landesministerium in einem ausführlichen Bericht über die Durchführung von arbeitsrechtlichen Gesetzen und Verordnungen an den Ministerpräsidenten. Vor allem bei den schwerindustriellen Großprojekten konnte sich diese Fehlplanung mitunter fatal auswirken: So seien für die Maxhütte in Unterwellenborn insgesamt 1000 Ausbildungsplätze für Jugendliche vorgesehen, ohne daß aber eine entsprechende Mitteleinplanung für die dringend benötigten Lehrlingswohnheime erfolge¹¹⁶.

Nachdem bei der Realisierung des Nachwuchsplanes 1950 die geschilderten Hindernisse aufgetaucht waren, zog die DDR-Regierung jedoch nicht die Konsequenz, zusätzliche Investitionsmittel in den betrieblichen Ausbildungssektor zu lenken, sondern beschränkte sich auf eine Intensivierung der Propagandatätigkeit. Offensichtlich war der finanzpolitische Spielraum zugunsten einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der Nachwuchsförderung nicht gegeben; andererseits sahen sowohl die SED-Führung als auch die beteiligten Ministerien nicht die Notwendigkeit für eine solche Schwerpunktverlagerung. Die DDR-Regierung beschloß auf ihrer Sitzung am 19. April 1951 einen Aufruf „zur Entfaltung der Masseninitiative bei der Durchführung des Nachwuchsplanes 1951“, der sich sowohl an die Jugendlichen als auch an die Eltern und Ausbilder in den Betrieben richtete¹¹⁷. Gleichzeitig wurde das Ministerium für Arbeit ermächtigt, die Entlassung von Lehrlingen, die ihre Ausbildung beendet hatten, zu untersagen, „sofern für sie nicht ein fester Arbeitsplatz nachgewiesen wird“. Somit sollten die Betriebe vorerst zur Weiterbeschäftigung der ehemaligen Lehrstelleninhaber veranlaßt werden.

¹¹³ Ebenda, Bl. 210 f.

¹¹⁴ ThHStA, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Bd. 814–816, Bericht der HA Wirtschaftsplanung (Referat Arbeitskräfteplanung) am 14. 9. 1950, S. 2.

¹¹⁵ ThHStA, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Bd. 1692–1699, Bl. 284–300, hier Bl. 287, Bericht des Ministeriums für Arbeit und Sozialwesen Thüringens vom 15. 9. 1950 für den Ministerpräsidenten.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ BAB, DC 20 I/3–50, Bl. 3 f., 14–16.

Während die Arbeitsverwaltung das Lehrstellenangebot erhöhen wollte, reagierten die Betriebe überwiegend ablehnend auf diesen Vorstoß. In dieser Frage kristallisierte sich rasch eine unterschiedliche Interessenlage heraus, die besonders signifikant wurde bei der Gegenüberstellung von der Plansollauflage, die von der zuständigen VVB festgesetzt wurde, und den vom zuständigen Arbeitsamt eingeschätzten Ausbildungsmöglichkeiten, die deutlich höher lagen. Die Diskrepanz war teilweise beträchtlich: So hatte der Maschinenbaubetrieb Olympia in Erfurt eine Auflagenhöhe von 50; nach eigenen Untersuchungen kam das Landesministerium dagegen auf insgesamt 300 potentielle Ausbildungsplätze¹¹⁸. Auch bei anderen Betrieben lagen die Einstellungsmöglichkeiten um das Zwei- bis Dreifache über dem ursprünglichen Auflagensoll. Da die thüringische Landesverwaltung vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft noch keine Auflage für den primären Sektor erhalten hatte, vermutete die Hauptabteilung Wirtschaftsplanung in Erfurt noch ungeahnte Ausbildungskapazitäten in diesem Bereich¹¹⁹. Die unzureichende Zusammenarbeit zwischen Zentral- und Landesverwaltungen war im übrigen kein thüringisches Spezifikum, sondern betraf alle fünf Länder¹²⁰. Dabei schoben sich die beteiligten Stellen die Verantwortung gegenseitig zu¹²¹.

Im Laufe des Frühjahrs 1951 verschärfte sich der Handlungsdruck für die Arbeitsverwaltung, da das ursprünglich gesteckte Ziel, alle Schulabgänger mit einer Lehrstelle zu versorgen und somit ein Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern, in weite Ferne geraten war. Die Abteilung Arbeitskraftlenkung ging in einem internen Bericht für Minister Chwalek davon aus, daß insgesamt 120000 Jugendliche weder mit einem Ausbildungs- noch mit einem Arbeitsplatz versorgt werden könnten¹²². Als Übergangslösung schlug Abteilungsleiter Heisig vor, daß die Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Schulpflicht vom 29. Dezember 1950, „gemäß dem alle Jugendlichen in der Schule verbleiben, die das Ziel der 8. Klasse nicht erreicht haben, unbedingt angewendet wird“¹²³. Auf diese Weise würden rund 100000 Jugendliche weiterhin schulpflichtig bleiben. Heisig deutete vorsichtig an, daß dieser Zeitgewinn dafür genutzt werden müßte, um „die qualitativen Voraussetzungen für die Ausbildung von Jugendlichen zu Facharbeitern zu verbessern“. Die Berufsausbildung war zu diesem Zeitpunkt letztlich noch nicht so weit entwickelt, um den im Nachwuchsplan aufgestellten Bedarf abdecken zu können.

¹¹⁸ ThHStA, Land Thüringen, Ministerpräsident, HA Wirtschaftsplanung, Bd. 442, Denkschrift des Ministeriums für Industrie und Aufbau (Dr. Wachter) vom 20. 4. 1951, S. 3.

¹¹⁹ ThHStA, Land Thüringen, HA Wirtschaftsplanung, Bd. 442, Kontrollbericht der HA Wirtschaftsplanung vom 2. 5. 1951, S. 8–10.

¹²⁰ Vgl. zu Brandenburg: BAB, DE 1/10151, Bl. 124–128, hier Bl. 126, Bericht der HA Wirtschaftsplanung (Abt. Plankontrolle) in Potsdam vom 5. 5. 1951; zu Sachsen-Anhalt: ebenda, Bl. 131–139, Bericht der SPK (Inspektions-Abt.) vom 23. 5. 1951.

¹²¹ Während die Landesverwaltungen darüber klagten, zu spät über die Einzelheiten des Nachwuchsplanes unterrichtet worden zu sein, kritisierte das Arbeitsministerium in Berlin die zuständigen Landesministerien, denen es vorwarf, zentrale Anweisungen nicht umgehend durchgeführt zu haben. Diese Kritik bezog sich ausschließlich auf die ausgebliebene Überprüfung der Lehrlingsausbildung in den volkseigenen Betrieben. Vgl. BAB, DQ 2/1755, Zwischenbericht des HR Nachwuchslenkung vom 28. 6. 1951.

¹²² BAB, DQ 2/1755, Abt. Arbeitskraftlenkung am 21. 5. 1951 an Minister Chwalek, S. 1.

¹²³ Zu § 3 des Schulpflichtgesetzes enthielt die Durchführungsbestimmung folgenden Absatz (2): „Die Schulpflicht in der achtklassigen Grundschule gilt als erfüllt, wenn das prüfungsmäßig festgestellte Schulziel erreicht ist.“ Gesetzblatt der DDR 1951, S. 6–8, hier S. 7.

Das betraf sowohl die Bereitstellung von Berufsschulen, Lehrpersonal, Sachmitteln als auch den Ausbau von Lehrlingswohnheimen. Darüber hinaus sperrten sich die Betriebe gegen die sprunghafte Erhöhung der Ausbildungsplätze, die dem zeitgleich propagierten Ziel der Personaleinsparung entgegenlief.

Der Nachwuchsplan 1951 erfaßte rund 260 000 Jugendliche. Davon entfielen etwa 128 000 auf die volkseigenen Betriebe, ca. 12 000 auf die SAG-Betriebe sowie 120 000 auf die Privatwirtschaft¹²⁴. Da die Arbeitsverwaltung von 310 000 Schulabgängern ausging und 70 000 Jugendliche noch zu berücksichtigen waren, die im Vorjahr nicht entsprechend versorgt werden konnten, ergab sich die oben von Abteilungsleiter Heisig angegebene Differenz von 120 000 Jugendlichen. Über die Lösung dieses strukturellen Problems bestand auf zentraler Ebene keineswegs Einmütigkeit: Während die Staatliche Plankommission darauf drängte, bei einer bedarfsorientierten Berufsausbildung zu bleiben, sprach sich das Ministerium für Arbeit dafür aus, die Betriebe dazu zu bewegen, mehr Lehrlinge auszubilden und damit den vorgesehenen Arbeitskräftebestand insgesamt zu erhöhen¹²⁵. In diese Richtung ging dann auch ein Beschluß der DDR-Regierung vom 21. Juni, der jedoch sehr zurückhaltend und unverbindlich formuliert war: So wurden die Ministerien und Staatssekretariate verpflichtet, „die im Nachwuchsplan festgelegten Zahlen als Mindestziele“ einzuhalten¹²⁶. Die Anzahl der Lehrstellen durfte nicht gesenkt werden. Statt dessen sollte sich das Arbeitsministerium gemeinsam mit den Fachministerien darum bemühen, junge Facharbeiter „in erhöhtem Maße in die Produktion einzureihen“. Dadurch erhoffte man sich offenbar eine beschleunigte Ausbildung, so daß neue Schulabgänger in die freigewordenen Lehrstellen aufrücken konnten. Das Staatssekretariat für Berufsausbildung erhielt den Auftrag, „die Grundlagen eines neuen Systems der Berufsausbildung beschleunigt auszuarbeiten, die den Erfordernissen [der] fortschrittlichen volkseigenen Wirtschaft entsprechen“. Als einzigen Wirtschaftsbereich nannte die Regierung in ihrem Beschluß die Land- und Forstwirtschaft, für die eine qualifizierte Berufsausbildung durch das Ministerium für Arbeit, das Staatssekretariat für Berufsausbildung und das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft sicherzustellen war¹²⁷.

Die SED-Führung hatte die Probleme bei der Berufsausbildung frühzeitig erkannt und befürchtete negative Auswirkungen auf den Fünfjahrplan. So hatte beispielsweise Wilhelm Pieck anlässlich seines Besuches beim Stahlwerk Brandenburg am 17. August 1950 auf dieses Dilemma hingewiesen¹²⁸. Zur Erfüllung der Planziele würde man landesweit zusätzlich fast eine Million Arbeitskräfte benötigen. Es seien allerdings „keine Reserven mehr von beruflich qualifizierten Menschen“ vorhanden, so Pieck weiter. Als Ausweg schlug er vor, das Aus- und Fortbildungssystem zu verbessern und vor allem innerbetrieblich stärker zu verankern: „Wir müssen die heutigen Hilfsarbeiter schulen, damit sie morgen qualifizierte Arbeiter sind. Wer soll diese Schulung durchführen? Das können und müssen die bereits qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die technische Intelligenz als ihre Aufgabe be-

¹²⁴ BAB, DQ 2/1755, Notiz des HR Nachwuchslenkung vom 23. 5. 1951, S. 1.

¹²⁵ Ebenda, S. 3.

¹²⁶ BAB, DC 20 I/3–56, Bl. 5 und 43 f., hier Bl. 43.

¹²⁷ Ebenda, Bl. 44.

¹²⁸ SAPMO, NY 4036/446, Bl. 84, Redemanuskript.

trachten.“ Ob diese Mobilisierung zur betrieblich organisierten Qualifizierung eine Lösung des Facharbeitermangels mit sich bringen würde, schien zunächst fraglich. Schnelle Erfolge waren jedenfalls auf diese Weise nicht zu erwarten. Hinzu kam, daß die Stahl- und Walzwerke bereits Lehrlinge ausbildeten und personell nicht in der Lage waren, dieses Angebot entsprechend auszuweiten¹²⁹. Nachdem sich Lehrlinge des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf mit einer Klage an Walter Ulbricht gewandt hatten, in der sie auf den Mangel an Ingenieuren und Technikern in der betrieblichen Berufsausbildung hinwiesen, wurde der Staatssekretär für Berufsausbildung, Rudi Wießner, eingeschaltet, um einen detaillierten Untersuchungsbericht zu erstellen¹³⁰. Wießner bestätigte durchaus selbstkritisch, daß der gesamtwirtschaftliche Bedarf an Facharbeitern „ungenügend berücksichtigt“ worden sei¹³¹. Bei fast allen Stahlwerken habe man die Errichtung von Ausbildungsstätten „für Berufe, die wirklich in den Stahlwerken benötigt werden“, vernachlässigt. Gleichzeitig schlug er engere Absprachen mit der Staatlichen Plankommission vor, die ihrerseits den Facharbeiterbedarf der einzelnen Industriezweige nach Schwerpunktberufen ermitteln und bekanntgeben sollte. Nur so könne ein Nachwuchsplan „nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten“ ausgearbeitet werden¹³².

Nachdem die Berufsausbildung Ende 1951 auch von der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle kritisch untersucht worden war, sparte das zuständige Staatssekretariat für Berufsausbildung nicht mit der obligatorischen Selbstkritik und legte dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht einen Maßnahmenkatalog vor, der unter anderem eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Ländern und Fachministerien anstrebte¹³³. Erneut mußten die Landesministerien über die Durchführung des Nachwuchsplanes berichten¹³⁴. Im Frühjahr 1952 legte das Staatssekretariat für Berufsausbildung dem Politbüro den Entwurf für einen Berufsausbildungsvertrag vor, der zunächst nur für die volkseigene Wirtschaft galt, langfristig aber auch in der Privatwirtschaft Anwendung finden sollte. Der weiteren Verrechtlichung der Berufsausbildung – so legte der Vertrag z. B. die Ausbildungs- und Arbeitszeit, Entlohnung sowie die Verpflichtungen des Betriebes und des Lehrlings fest – stimmte das SED-Führungsgremium zu¹³⁵. Nach einem Beschluß der DDR-Regierung vom 28. August 1952 sollten sich Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Berufsausbildung, die insgesamt sehr vage gehalten waren, auf Bauwirtschaft, Landwirtschaft und Handel beschränken¹³⁶. Gleichzeitig erhielten die Minister für Hüttenwesen und Erzbergbau, für Maschinenbau sowie für Kohle und Energie den Auftrag, den Ausbau der Lehrwerkstätten in ausgewählten Betrieben

¹²⁹ SAPMO, NY 4182/988, Bl. 79–81, Diskussionsvorschläge vermutlich vom Sommer 1951 (ohne Verfasser).

¹³⁰ Ebenda, Bl. 90, Ulbricht am 2. 7. 1951 an Wießner.

¹³¹ Ebenda, Bl. 99 f., hier Bl. 99, Wießner am 16. 7. 1951 an Ulbricht.

¹³² Ebenda.

¹³³ BAB, DC 20 Teilbestand Ulbricht/3968, Bl. 118–144, Wießner am 5. 2. 1952 an Ulbricht.

¹³⁴ Vgl. BAB, DQ 2/1755, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit der Landesregierung Brandenburg am 15. 2. 1952 an das Ministerium für Arbeit, S. 13; ebenda, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen am 25. 2. 1952 an das Ministerium für Arbeit, S. 3 f.

¹³⁵ SAPMO, DY 30/IV 2/2/209, Bl. 12 und 41–47, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 29. 4. 1952.

¹³⁶ BAB, DC 20 I/3–128, Bl. 7 und 33 f.

bzw. Kombinat zu überwachen¹³⁷. Darüber hinaus beschloß der Ministerrat, daß das Arbeitsministerium und die einzelnen Fachministerien dafür sorgen sollten, die Erfassung und die Qualifizierung der Jugendlichen zu verbessern¹³⁸. Die SKK ließ sich über den Ausbau der Berufsausbildung unterrichten und bat Anfang 1953 um eine Aufstellung der Berufsschulen sowie der Ausbildungskosten¹³⁹. Abschließend läßt sich feststellen, daß Berufsausbildung und Planwirtschaft nicht ohne weiteres kompatibel waren. Zahlreiche Hindernisse standen dem Ziel im Wege, eine bedarfsorientierte und langfristig angelegte Berufsausbildung aufzubauen. Zu diesen Hindernissen zählten vor allem Ressortstreitigkeiten, offene Finanzierungsfragen sowie Abstimmungsschwierigkeiten mit den Betrieben.

4. Fluktuation und verdeckte Arbeitslosigkeit

Die Binnenwanderung innerhalb der SBZ, aber auch die Fluktuation erwiesen sich für die Arbeitsverwaltung bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit als ein zentrales Problem, dem Einhalt geboten werden sollte. Die zentrale Registrierung des Arbeitskräftepotentials schien dadurch gefährdet zu sein. Aus diesem Grunde brachte die DVAS am 1. November 1947 eine Verordnung heraus, die alle Unternehmer mit mehr als 100 Beschäftigten verpflichtete, einmal monatlich eine Arbeitsstatistik beim zuständigen Arbeitsamt einzureichen¹⁴⁰. Diese Berichte sollten genaue Angaben über die Veränderung des Beschäftigtenstandes, der ausgefallenen Arbeitszeit sowie eine Leistungsübersicht enthalten. Unmittelbar zuvor hatte die SMAD den Befehl Nr. 234 über „Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen“ veröffentlicht¹⁴¹, der den inhaltlichen Hintergrund für die neue Verordnung bildete. Durch ein kombiniertes System von leistungsbezogenen Löhnen¹⁴², betrieblicher Sozialpolitik und Kontrollen zur Senkung des Krankenstandes¹⁴³ sollte insgesamt die Produktivität in den Betrieben gesteigert werden. Dazu schien zunächst einmal eine detaillierte statistische Erhebung erforderlich zu sein.

Bereits am 5. November 1947 informierte die DVAS sämtliche Arbeitsämter in einem Rundschreiben über die Verordnung und erteilte die Anweisung, die Durchführung zu überprüfen¹⁴⁴. Die DVAS teilte in dem Zusammenhang mit, daß die Gründe für die Fluktuation „größtenteils“ bekannt seien, „doch kommt es jetzt darauf an, das tatsächliche Ausmaß in den verschiedenen Wirtschaftszweigen fest-

¹³⁷ Ebenda, Bl. 35. Dazu gehörten im einzelnen: die Stahl- und Walzwerke in Riesa, Gröditz und Brandenburg; der Stahlbau Leipzig, die Niles-Werke Berlin, die Maschinenfabrik Meuselwitz/Th., der Schwermaschinenbau Wildau, die Warnowwerft Warnemünde; der Zwickauer Steinkohlenbergbau und die Energiebezirke Ost und West.

¹³⁸ Ebenda, Bl. 36 f.

¹³⁹ Vgl. BAB, DQ 2/936, Wießner am 16. 1. 1953 an die SKK (Novikow).

¹⁴⁰ Arbeit und Sozialfürsorge 2 (1947), S. 471 f.

¹⁴¹ Ebenda, S. 452 f.

¹⁴² Vgl. Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, S. 21–27.

¹⁴³ Vgl. Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung, S. 81–85.

¹⁴⁴ BAB, DQ 2/1754, Rundschreiben Nr. 177 der DVAS vom 5. 11. 1947.

zustellen“. Dazu sollten die Arbeitsämter vorgefertigte Berichtsmuster an alle Betriebe innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches versenden, die mehr als 100 Beschäftigte hatten.

Bereits im Sommer 1948 wurde diese Verordnung von der DWK wieder aufgehoben, da die in der Zwischenzeit durch den SMAD-Befehl Nr. 282 vom 26. Dezember 1947 geänderte Betriebsberichterstattung eine weitere zusätzliche statistische Erhebung überflüssig gemacht hatte¹⁴⁵. Damit war die Verordnung vom 1. November 1947 de facto außer Kraft gesetzt worden, zumal die örtlichen Industrieämter, die Industrie- und Handelskammern sowie die Statistischen Kreis- und Landesämter die Zusammenstellung des Zahlenmaterials übernehmen mußten. Für die Arbeitsverwaltung bedeutete dies auch eine Arbeitsentlastung. Das Sekretariat der DWK verabschiedete auf der Sitzung am 11. August 1948 die von der HVAS ausgearbeitete Verordnung¹⁴⁶.

Eine ganz besondere Form der Fluktuation stellte die Abwanderung von Arbeitskräften in die westlichen Besatzungszonen dar, die von der Arbeitsverwaltung, aber auch von SED und SMAD aufmerksam beobachtet wurde. Die Abwanderung in den Westen kann als Vorläufer der erst zu Beginn der fünfziger Jahre abqualifizierten und sanktionierten „Republikflucht“ gewertet werden, und dennoch kommt ihr in der Zeit der unmittelbaren Besatzungsherrschaft bis zur Gründung der DDR 1949 eine eigene Spezifik zu. Diese beruhte auf den sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen der Zusammenbruchsgesellschaft. Insofern muß die Abwanderung in den Westen Deutschlands in den ersten Nachkriegsjahren als Bestandteil der allgemeinen Bevölkerungswanderung gesehen werden; sie war sehr stark von wirtschaftlichen Faktoren geprägt, erhofften sich doch die Abwandernden bessere Arbeitsbedingungen als in der SBZ. Frühzeitig brachte die SMAD diese berufliche Migration mit gezielter Abwerbung von seiten westdeutscher Unternehmer, ja sogar von seiten westlicher Arbeitsämter in Verbindung. So erklärte der stellvertretende Leiter der Abteilung Arbeitskräfte Morenow, daß sich das Landesarbeitsamt Bremen „anmaßt, Arbeitskräfte für Mangelberufe in den einzelnen Ländern und Provinzen der Sowjetzone zu werben“¹⁴⁷. Morenow wollte diese Angelegenheit beim Alliierten Kontrollrat zur Sprache bringen. Die vier Siegermächte konnten sich jedoch allem Anschein nach nicht auf ein einheitliches Vorgehen in dieser Frage einigen, so daß es der SMAD und den deutschen Arbeitsverwaltungen überlassen blieb, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Möglichkeiten zur wirksamen Einschränkung dieser Wanderungsbewegung bestanden ohnehin kaum. So stellte die DVAS im Frühjahr 1947 fest: „Wenn einer der Alliierten Staaten durch einen Beauftragten Fachkräfte anwirbt, so können wir dies zur Zeit nicht [ver]hindern.“¹⁴⁸ Gleichwohl betonte die DVAS, daß „es nicht wünschenswert ist, die Auswanderung von qualifizierten Fachkräften durch irgendwelche tätige Unterstützung oder Auskunftserteilung zu fördern“. Dieses Problem erstreckte sich nicht nur auf die Wanderung

¹⁴⁵ BAB, DC 15/II/1–6, Bl. 75, Begründung der Verordnung über die Einstellung der Erhebung über Fluktuation, Arbeitsdisziplin und Leistung.

¹⁴⁶ BAB, DC 15/344, Bl. 2.

¹⁴⁷ BAB, DQ 2/67, Bl. 9, Aktenvermerk über Besprechung mit der SMAD (Morenow) am 27. 2. 1946.

¹⁴⁸ BAB, DQ 2/2058, Abteilungsleiter Kreil am 17. 3. 1947 an das thüringische Ministerium für Wirtschaftsplanung.

nach Westdeutschland, sondern auch auf die Abwanderung ins Ausland. Der Kontrollratsbefehl Nr. 3 hatte den Arbeitsämtern eine Monopolstellung bei der Arbeitsvermittlung und -lenkung zugeschrieben; damit war eine Werbung außerhalb der Arbeitsämter faktisch nicht zugelassen. Nach Einschätzung der Berliner Zentralverwaltung untersagte außerdem die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates allen Deutschen, „ohne Erlaubnis oder Befehl der alliierten Vertreter deutsches Gebiet zu verlassen“¹⁴⁹. Diese Bestimmung war allerdings recht vage gehalten, und die Siegermächte hatten auch im Frühjahr 1947 kein ausdrückliches Verbot der Abwerbung durch ausländische Staaten erlassen.

Eine Quantifizierung dieser Wanderungsbewegung ist für die ersten Nachkriegsjahre nicht möglich, da die Arbeitsämter dieses Phänomen nicht systematisch erfassen konnten. Vielmehr blieb es bei Einzelmeldungen, die zumindest die Schlußfolgerung zulassen, daß die betroffenen Zentral- und Landesverwaltungen in der SBZ die Abwanderung durchaus ernst nahmen. So berichtete ein Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Berlin im Herbst 1947, daß sich in Berlin-Heiligensee eine französische „Werbungsstelle“ für ostdeutsche Facharbeiter befinde, die täglich 120 Bewerber beraten und weiter vermitteln würde¹⁵⁰. Auf diese Weise seien bisher 565 Facharbeiter in das Saargebiet und 1120 weitere Facharbeiter in die französische Besatzungszone abgewandert; 90 Prozent dieser Gruppe stammten offensichtlich aus der SBZ bzw. aus dem sowjetischen Sektor Berlins. Neben Berlin waren vor allem einige Bezirke in Thüringen betroffen: So meldete das dortige Landesarbeitsamt, daß im November 1947 ein Sonderzug aus Jugoslawien in Ilmenau eingetroffen sei, der mit 100 angeworbenen Arbeitskräften der Glasindustrie und deren Familienangehörigen wieder abgefahren sei¹⁵¹. Die thüringische SMA hielt sich auffallend zurück und weigerte sich im letztgenannten Fall sogar, ein Werbeverbot zu verhängen¹⁵². Aufschlußreich war die Tatsache, daß die SMAD in Karlshorst keine Informationen über die Vorgänge in Thüringen besaß und erst durch die Berliner Zentralverwaltung darüber in Kenntnis gesetzt worden war. Nach Angaben der DVAS betrieben Frankreich, das für seine äußerst restriktive Einwanderungspolitik in die eigene Besatzungszone bekannt war, und Schweden eine gezielte Pressepropaganda, um Facharbeiter zu gewinnen.

Die DVAS konnte die angebliche Anwerbung von Arbeitskräften durch ausländische Firmen nur registrieren und alle Arbeitsämter anweisen, „alle Beobachtungen“ umgehend mitzuteilen. Anschließend sollten die gesammelten Berichte der SMAD unterbreitet werden¹⁵³. Auch der FDGB-Bundesvorstand wies aufgrund von Berichten seines thüringischen Landesverbandes darauf hin, daß in Thüringen „systematisch Werber aus den westlichen Zonen und von ausländischen Firmen auftreten, die Fachkräfte anzuwerben versuchen“¹⁵⁴. Die HVAS wurde gebeten,

¹⁴⁹ BAB, DQ 2/2009, Abschnittsleiter Kreil am 20. 5. 1947 an Josef F.

¹⁵⁰ SAPMO, NY 4090/561, Bl. 29, Aktennotiz Stephanowitz für Otto Grotewohl vom 22. 9. 1947.

¹⁵¹ BAB, DQ 2/2040, Bl. 108, Niederschrift über Besprechung mit der SMAD am 4. 12. 1947.

¹⁵² Ebenda, Bl. 109.

¹⁵³ BAB, DQ 2/1537, Niederschrift über den Verlauf der Arbeitstagung der DVAS (Abt. I b) in Leipzig am 6./7. 1. 1948, S. 26f.

¹⁵⁴ BAB, DQ 2/2009, FDGB-Bundesvorstand (HA 2: Wirtschaftspolitik) am 1. 6. 1948 an die HVAS.

konkrete Maßnahmen zu treffen, daß „uns das wertvolle Kapital der Fachkräfte, besonders in den Spezialindustrien, erhalten bleibt“. Nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes spielte die Ernährungsfrage ein entscheidendes Motiv bei der Abwanderung aus der SBZ. Der SMAD-Befehl Nr. 234 vom Oktober 1947 hatte bereits eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung für ausgewählte Berufsgruppen anvisiert. Nach den Vorstellungen des FDGB sollten diese Bestimmungen auch auf andere Berufsgruppen ausgedehnt werden, um die Migration in die Westzonen zu unterbinden. Die HVAS hielt es letztlich für „unzweckmäßig“, eine eigene Rundverfügung in dieser Angelegenheit zu erlassen und verwies zur Begründung auf den Kontrollratsbefehl Nr. 3, der die „illegale“ Werbung bzw. Vermittlung unter Strafe gestellt hatte¹⁵⁵. Vor allem die SMAD zeigte wenig Interesse daran, neue gesetzliche Bestimmungen auszuarbeiten und zu veröffentlichen. Die Abteilung Arbeitskraft in Karlshorst sprach sich zwar dafür aus, „gegen derartige illegale Werbung vor[zu]gehen“¹⁵⁶. Dies sollte aber ausschließlich über entsprechende Propagandaaktivitäten und Pressemitteilungen erfolgen, die von den Arbeitsämtern zu veröffentlichen waren. Die SMAD schlug in dem Zusammenhang vor, „diejenigen Personen sprechen zu lassen, die aus Frankreich zurückgekehrt sind und über die wahren Zustände dort Auskunft geben können“.

Die gezielte Abwerbung von Arbeitskräften wurde aber auch von Firmen und Unternehmen innerhalb der SBZ praktiziert, die eigens dafür sogenannte Werber einsetzten. Dagegen versuchte die DVAS frühzeitig vorzugehen. Ihre Handlungsspielräume waren eng gesteckt, sobald es sich um SAG-Betriebe handelte oder um Betriebe, die für die sowjetische Besatzungsmacht produzierten. Daran läßt sich unter anderem die stellenweise mangelhafte Absprache zwischen deutschen und sowjetischen Dienststellen ablesen. So kritisierte etwa das Arbeitsamt Halberstadt, daß ein Arbeitseinsatzleiter vom Eisen- und Hüttenwerk Thale/Harz versucht habe, ausgebildete Schweißer anzuwerben¹⁵⁷. Außerdem zeigte sich das Arbeitsamt, das dieses Ersuchen abgelehnt hatte, darüber verärgert, daß dies unter der Androhung geschah, die Kreiskommandantur einzuschalten, um von dort die Abstellung der Arbeitskräfte zu erwirken. Das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik von Sachsen-Anhalt stellte ohne Umschweife fest, daß das Eisen- und Hüttenwerk Thale „in keiner Weise berechtigt [war], derartige Abwerbungen vorzunehmen“¹⁵⁸. Es bestehe zwar ein großer Arbeitskräftebedarf; dies dürfe jedoch nicht dazu führen, „daß Handlungen vorgenommen werden, die jeder rechtlichen Grundlage entbehren“. Die angegriffene Werksleitung von Thale ging nunmehr in die Offensive und erklärte, daß „es im Rahmen der allgemeinen Verpflichtung unserer Wirtschaft mit dem Ziel, die Arbeitskräfte dahin zu bringen, wo sie am notwendigsten gebraucht werden, für uns durchaus nicht ‚selbstverständlich‘ ist, daß ein derartiges Ersuchen [Arbeiter anzuwerben] verweigert worden ist“¹⁵⁹. Mit leicht süffisantem

¹⁵⁵ Ebenda, HVAS am 29. 6. 1948 an FDGB-Bundesvorstand (HA 2).

¹⁵⁶ BAB, DQ 2/2040, Bl. 143, Aktennotiz über Besprechung bei der SMAD am 1. 7. 1948.

¹⁵⁷ BAB, DQ 2/2009, Amt für Arbeit und Sozialfürsorge Halberstadt am 13. 9. 1947 an das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik der Landesregierung Sachsen-Anhalt.

¹⁵⁸ Ebenda, Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik der Landesregierung Sachsen-Anhalt am 18. 9. 1947 an das Eisen- und Hüttenwerk Thale.

¹⁵⁹ Ebenda, Eisen- und Hüttenwerke Thale am 30. 9. 1947 an das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik der Landesregierung Sachsen-Anhalt.

Unterton rechtfertigte die Direktion von Thale die Androhung, gegebenenfalls die sowjetische Kreiskommandantur einzuschalten, denn schließlich sei die Anweisung direkt von der SMAD in Karlshorst gekommen. Damit mußte die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, die über diese Rückendeckung nicht unterrichtet worden war, klein begeben.

In der DDR blieb das Problem der Fluktuation auch in den fünfziger Jahren weiter bestehen. In einem internen Konzeptpapier wies die zuständige Abteilung des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung auf die Notwendigkeit hin, die Fluktuationsrate zu reduzieren. Nur so könnten Stammebelegschaften in den Betrieben gebildet werden, die zur Erreichung der Produktionsziele unabdingbar seien: „Die Beseitigung der Fluktuation ist notwendig zur Stabilisierung des Belegschaftsbestandes, ohne den die Einführung und maximale Ausnutzung der modernsten Technik beim Aufbau des Sozialismus gefährdet wird.“¹⁶⁰ In der sozialistischen Industrie sei die Gesamtbelegschaft – so erste vage Angaben des Ministeriums – im Jahr 1952 zu 30, 1953 zu 29 und 1954 zu 27 Prozent „[ge]wechselt“. Der Belegschaftswechsel weise zwar eine fallende Tendenz auf, sei aber nach wie vor ein Indiz für die „mangelhafte Planung und Planvorbereitung“. Als wesentliche Ursachen wurden vor allem die fehlerhafte Arbeitsorganisation, die unzulängliche Wohnraumversorgung und die mangelhafte Verkehrsanbindung zwischen Wohn- und Arbeitsort aufgelistet¹⁶¹. Abschließend plädierte der Verfasser des Papiers dafür, die Fachministerien zu verpflichten, „stärker als bisher die operative Arbeit auf die Entwicklung der Fluktuation zu lenken, ihre Ursachen zu ergründen und sie zu beseitigen“¹⁶².

Ein weiteres Problem bestand für die DDR-Planwirtschaft in der Arbeitskräftehortung bzw. in der verdeckten Arbeitslosigkeit, die in den fünfziger Jahren nicht systematisch erfaßt wurde. Wie bei sämtlichen Produktionsfaktoren zeichneten zahlreiche Betriebe auch hier „weiche“ Pläne. Überschüssige Arbeitskräfte wurden beispielsweise in den betrieblichen Berichten und Statistiken nicht ausgewiesen. Sowohl das Arbeitsministerium als auch die Staatliche Plankommission unternahmen zwar des öfteren den Versuch, dieses „Schweigekartell“ aufzubrechen. Da jedoch für die Betriebe kaum Anreize zum effizienten Einsatz des Faktors „Arbeit“ bestanden und angedrohte Strafmaßnahmen rasch verpufften, wurden hier die Insuffizienzen der Zentralverwaltungswirtschaft unübersehbar. Wesentliche Ursachen dafür waren die ordnungspolitische Weichenstellung Ende der vierziger Jahre und die damit verbundene Ausschaltung des Konkurrenzprinzips, was letztlich dazu führte, daß Betriebe, die nicht wettbewerbsfähig waren, weiter existieren konnten. Mit der staatlichen Vereinigung 1990 und der folgenden Privatisierung volkseigener Betriebe und Güter entfiel diese Beschäftigungsgarantie. Die Autarkiepolitik unter sowjetischem Vorzeichen und die von der SED betriebene Wirtschaftspolitik trugen wesentlich dazu bei, daß in der DDR alte industrielle Strukturen konserviert wurden, die für den Übergang in das marktwirtschaftliche System in der ersten Hälfte der neunziger Jahre überhaupt nicht gerüstet waren. Die Folge war ein Rückgang der Beschäftigtenzahlen und ein Ansteigen der Erwerbslosenzahlen in den neuen Bundesländern.

¹⁶⁰ BAB, DQ 2/1777, Notiz vom 10. 9. 1955, S. 1.

¹⁶¹ Ebenda, S. 2.

¹⁶² Ebenda, S. 3.

Peter Hübner

Diktatur und Betrieb in der frühen DDR (1949–1961)

Aspekte einer schwierigen Beziehung

Betriebsgebundene Erwerbsarbeit war für die DDR-Gesellschaft in besonderem Maße konstitutiv. Begriffe wie die einer „sozialistischen Arbeitsgesellschaft“, der „verstaatlichten Arbeiterbewegung“ oder auch einer „arbeiterlichen Gesellschaft“ versuchen diesem Umstand im historischen Rückblick Rechnung zu tragen¹. Überhaupt sind an der sozialen Ordnung der DDR „betriebsförmige“ Züge bemerkt worden². Insofern überrascht es nicht, wenn der „volkseigene“ Betrieb für die zeit-historische DDR-Forschung immer wieder einen wichtigen Ansatz bot, um genauere Einblicke in die Funktionsweise und die Entwicklung des deutschen „Arbeiter- und Bauernstaates“ zu gewinnen. Die naheliegende Frage nach der Verbindung von SED-Diktatur und Betrieb, Herrschaft und Arbeitsalltag ist bislang vor allem unter herrschaftspraktischen Aspekten betrachtet worden. Im Mittelpunkt standen dabei die asymmetrischen Beziehungen zwischen den politischen Institutionen und den Betrieben bzw. deren Belegschaften³. Eine andere Perspektive zielt auf die Frage nach den Abhängigkeiten der Politik von den Betrieben, und zwar nicht nur im Hinblick auf deren wirtschaftliche Ergebnisse, sondern auch auf ihre sozialen Funktionen⁴. Wie sich solche Zusammenhänge im ersten Jahrzehnt der DDR darstellten, ist Gegenstand der folgenden Betrachtung.

Es geht um eine im Verlauf der fünfziger Jahre alltäglicher werdende Beziehung, nicht so sehr um die darin eingelagerten, mitunter recht spektakulären Konflikte⁵. Man hat es mit einer Entwicklung zu tun, in der die SED einerseits versuchte, den politischen Rahmen ihrer Version der „Diktatur des Proletariats“ zu setzen und das unter sowjetischer Ägide entstandene System funktionsfähig zu machen. Andererseits hing sie dabei von der in den Betrieben geleisteten Arbeit und von der Loyalität der Beschäftigten ab. In dieser Konstellation standen alle Akteure unter Anpassungsdruck: Während man in den Betrieben versuchte, in der Arbeitspraxis und bei der Bewältigung des täglichen Lebens einen möglichst „normalen“ Status zu finden, der geringe Reibungsflächen mit dem Regime bot und dessen Eingriffsmöglichkeiten minderte, sahen sich die Macht- und Funktionseliten mit der Notwendigkeit konfrontiert, dem Wunsch nach einer Verstetigung und „Normalisierung“ des All-

¹ Kohli, Arbeitsgesellschaft; Kleßmann, Die „verstaatlichte Arbeiterbewegung“; Engler, Die Ostdeutschen, S. 198 f.

² Kohli, Arbeitsgesellschaft, S. 39.

³ Für die frühen Jahre der DDR z. B.: Stadtland, Herrschaft.

⁴ So etwa Hübner, Balance des Ungleichgewichtes.

⁵ Vgl. u. a. Stadtland, Typen materieller Interessenkonflikte, S. 365 f.

tags Rechnung zu tragen⁶. In den Führungsspitzen von SED und FDGB begriff man allmählich, daß es jenseits aller Mobilisierungskampagnen für eine gewisse Normalität in der Arbeitswelt Raum geben mußte. Zwischen diesen beiden Polen pendelte die Herrschaftspraxis schon seit den Auseinandersetzungen um die Einführung von Leistungslöhnen und mehr noch seit dem Juni 1953 hin und her. Unter diesen Umständen war das Verhältnis zwischen Diktatur und Betrieb einem ständigen Wechsel von Belastungen ausgesetzt.

Auch wenn der Begriff „Alltag“ für die Beschreibung dieses Phänomens nicht unbedingt erforderlich ist, erscheint er aber doch geeignet, die Vielschichtigkeit dieser Entwicklung und ihre Präsenz im täglichen Leben zu unterstreichen⁷. Auf die Arbeitswelt, insbesondere auf die Betriebe angewandt, durchzieht er die zeitgeschichtliche Literatur in widersprüchlichen Varianten, flankiert von zwei extremen Interpretationen. Die eine stellt den Betrieb als eine widerspenstige, eigensinnige Gegenwelt zur Diktatur der SED dar, in der Alltag schon fast als kuscheliges Sozialidyll erscheint, die andere nutzt dramatisierende Argumente, nach denen gerade der Betriebsalltag aus einer endlosen Kette von Zumutungen und Pressionen bestand. Für alles mögen sich Beispiele finden. Doch bleibt zu fragen, ob es solche Extreme waren, die, so oder so, das tägliche Leben langfristig dominierten. Hier sind Zweifel angebracht. Sie münden in die Frage, wie dieser Alltag im historischen Kontext zu lokalisieren ist: War es einer *unter* der Diktatur, handelte es sich um einen Alltag *in* der Diktatur, gerann die Diktatur *selbst* zum Alltag oder wird man von einem ständigen Zusammenfallen und Ineinandergreifen aller dieser Aspekte auszugehen haben? Einiges spricht für letzteres⁸.

Das Problem ist weder neu, noch läßt es sich für die Geschichte des „Realsozialismus“ im allgemeinen oder der DDR im einzelnen allein reklamieren. Bereits die Geschichte der Industriearbeit und der Industriebetriebe im Nationalsozialismus zeigte exemplarisch, wie differenziert die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft, Diktatur und Betrieb sein konnten⁹. Hier wie später in der DDR waren sie schwieriger, auch spannungsreicher, als dies in der begrenzten Perspektive einer reinen Herrschaftsgeschichte wahrzunehmen ist. Es ging auch um divergierende Rationalitätskriterien der Akteure, um deren durchaus nicht kongruente Motive und Handlungsmuster, um den Konflikt zwischen gewachsenen Betriebskulturen und politischer Intervention¹⁰. Ähnlich stellen sich auch die Beziehungen zwischen Betriebsalltag und alltäglicher Diktatur dar. Es handelte sich nie um ein stabiles Gefüge. Der Wandel, die wechselnden Schwerpunkte und die Veränderung äußerer Bedingungen sind evident. Das trifft in ganz starkem Maße auf die Zeit zwischen 1945 und 1961 zu, in der „die fundamentalen Strukturen des sozialistischen Systems“ entstanden¹¹. In dieser Zeit formierte sich der Handlungsraum erst in seinen Hauptkonturen. Die Protagonisten waren noch dabei, sich darin ihre Positionen zu

⁶ Vgl. Merkel, Arbeiter und Konsum, S. 535–537.

⁷ Vgl. Dehne, Dem Alltag ein Stück näher, S. 141–149; Lindenberger, Alltagsgeschichte, S. 311f.

⁸ Vgl. Olson, Dictatorship, Democracy, and Development.

⁹ Vgl. u. a. Hachtmann, Industriearbeit im „Dritten Reich“; Mommsen/Grieger, Das Volkswagenwerk; Morsch, Arbeit und Brot.

¹⁰ Vgl. Lepsius, Die Institutionenordnung, S. 20f.

¹¹ Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft?, S. 94.

suchen und sich gegen-, mit- und nebeneinander in Stellung zu bringen. Die Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse blieben angesichts eines schwerwiegenden Legitimationsdefizits fragil. Doch wurde gerade dieser Umstand für das Regime zur ständigen Herausforderung, die Herrschaftspraxis der „Diktatur des Proletariats“ in jenem Raum voll durchzusetzen, der für den Erfolg des „sozialistischen Aufbaus“ als entscheidend galt: im Betrieb¹².

Es erscheint an dieser Stelle zunächst einmal sinnvoll, genauer danach zu fragen, was ein Betrieb in der DDR war. Im allgemeinen Sinne ist ein Betrieb nichts anderes als eine Wirtschaftseinheit, in der mit Hilfe von Produktionsmitteln und in arbeitsteiliger Tätigkeit Güter hergestellt oder Dienstleistungen angeboten werden. Eine solche Begriffsbestimmung galt auch für Produzenten und Dienstleister in der DDR. Doch boten sie ihre Güter oder Leistungen kaum auf Märkten an. Sie hatten in erster Linie den Anforderungen der Bedarfsplanung zu genügen, also Dinge zu tun, die eine zentrale Planungsbürokratie vorgab¹³. Eine in den späten Jahren der DDR verwendete Definition ergänzt: „Der Betrieb übt seine Tätigkeit in Verwirklichung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und im Auftrag des sozialistischen Staates auf der Grundlage der Rechtsvorschriften aus. Als Kollektiv der Werktätigen ist der Betrieb eine bedeutende Organisationsform der sozialistischen Demokratie: in ihm werden die Werktätigen planmäßig schöpferisch tätig, wirken aktiv an der Leitung der Wirtschaft und Gesellschaft mit und entwickeln ihre Persönlichkeit.“¹⁴ Eine synonyme Verwendung der Begriffe Betrieb und Unternehmen verbietet sich im Hinblick auf DDR-Betriebe von selbst. Daran änderte auch nichts, daß in der DDR bis 1971 staatliche und private Betriebe im Rahmen einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft agierten. Direkt oder indirekt wurden sie alle gewissermaßen zu Filialen des Staates. Dieser Kontext hatte gravierende Folgen für den Betrieb selbst, für die Betriebsverfassung ebenso wie für die Arbeitsbeziehungen und nicht zuletzt auch für die täglichen Routineabläufe¹⁵. Andererseits waren es, wie es scheint, gerade eine an die äußeren Umstände angepaßte Routine, der ständige Zwang zur Improvisation, das Beharren auf langfristig eingeschliffenen Lebens- und Arbeitspraktiken, die ihrerseits auf diesen Kontext zurückwirkten, ihn stellenweise auch aufzuweichen begannen und ihn gerade dadurch auf längere Sicht stabilisierten¹⁶. Zwischen den Betrieben in der DDR, ihren Beschäftigten und dem politischen System der „Diktatur des Proletariats“ bestand eine mehr als ambivalente Beziehung. Sie hat sich im Verlauf der fünfziger Jahre herauskristallisiert, in der Formierungsphase der sozialistischen Arbeitsgesellschaft. Diese freilich war alles andere als homogen. Ihre Struktur- und Entwicklungszusammenhänge ließen radikale Kontinuitätsbrüche in Politik, Wirtschaft, Kultur ebenso erkennen wie ein erstaunliches Wandlungs-, aber auch Beharrungsvermögen der Menschen bei der Bewältigung des täglichen Lebens¹⁷.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt sollte hier zumindest erwähnt sein: Die Gefahr, den wirtschaftlichen Kollaps der DDR aus den achtziger Jahren des 20. Jahrhun-

¹² Im exemplarischen Detail zeigt das Goes, Arbeitermilieus, S. 273–294.

¹³ Walter, Wirtschaftsgeschichte, S. 274 f.

¹⁴ Kunz, Arbeitsrecht, S. 93.

¹⁵ Vgl. Mampel, Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht.

¹⁶ Vgl. Pirker/Lepsius/Hertle, Der Plan als Befehl und Fiktion.

¹⁷ Hierzu aufschlußreich: Niethammer/Plato/Wierling, Die volkseigene Erfahrung.

derts in die fünfziger Jahre zurückzuprojizieren, ist nicht unbeträchtlich. Zeigten sich nicht bereits in den Anfängen der DDR Symptome ökonomischer Ineffizienz? Hatte nicht Ludwig von Mises schon 1921 und dann wiederholt darauf hingewiesen, daß dem Sozialismus ohne Marktpreise auch die wirtschaftlichen Kalkulationsgrundlagen fehlten¹⁸? Stand nicht Friedrich A. von Hayeks 1944 formulierte These im Raum, nach der eine zentrale Planwirtschaft „nicht nur unglaublich plump, primitiv und unzureichend“ sei, sondern notwendigerweise auch zu totalitären Formen tendiere¹⁹? Solche Warnungen und Voraussagen des Scheiterns fanden jedoch bis weit über die Jahrhundertmitte hinaus keine sonderliche Resonanz²⁰. Planwirtschaftliche und staatsinterventionistische Konzepte galten vielfach nicht nur als aussichtsreich, sondern als einzige Chance, die Probleme moderner Gesellschaften zu lösen. Generell war nach dem Zweiten Weltkrieg nicht sicher zu erkennen, welcher ordnungspolitische Ansatz auf Dauer leistungsfähiger sein würde²¹. Man wird dies zu bedenken haben, um die Beziehungen zwischen SED-Regime und Arbeitswelt im historischen Kontext realistisch beurteilen zu können.

In diesem Beitrag wird nicht versucht, die hierfür relevanten Zusammenhänge auch nur in ihren wichtigsten Dimensionen zu vermessen. Lediglich einige Aspekte sollen im weiteren am Beispiel der Industriewirtschaft etwas genauer skizziert werden, nämlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Prämissen, der politischen Zusammenhänge, der Verfügungsrechte, der Arbeitsbeziehungen und der sozialen Interessen.

1. Die wirtschaftliche Dimension

Unter den wirtschaftlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sind drei zu nennen, die für das Verhältnis von Herrschaftspraxis und Betriebsalltag bedeutsam werden sollten²². Erstens betrifft das die Industriestruktur der SBZ und seit 1949 der DDR. Die Industriewirtschaft Mitteldeutschlands war vor allem durch eine vielgliedrige und flexible Struktur mittlerer und kleiner Betriebe gekennzeichnet. Als wesentliche Entwicklungsachsen fungierten die metallverarbeitende, die chemische, die elektrotechnische, die feinmechanisch-optische und die Textilindustrie. Ihren kriegswirtschaftlich wichtigen Teilen kamen vor 1945 erhebliche Rationalisierungsinvestitionen zugute. Die Palette innovativer Produkte war verhältnismäßig breit. Trotz erheblicher Kriegsschäden und Demontageverluste blieben der SBZ/DDR Teile einer relativ modernen Industriestruktur und eines vielfach aus dem Handwerksmilieu hervorgegangenen, fachlich sehr kompetenten Humankapitals erhalten. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß diese Industriestruktur nicht allein das Ergebnis von Marktprozessen war, sondern größtenteils auf Planungsentscheidungen der NS-Kriegswirtschaft beruhte²³.

¹⁸ Baader, Logik der Freiheit; vgl. bes. eine erste bilanzierende Betrachtung der sowjetischen Wirtschaft: Mises, Socialism, S. 113–122, 131–142, 516–521.

¹⁹ Vgl. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, S. 119–134.

²⁰ Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 342.

²¹ Ambrosius/Hubbard, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas, S. 284.

²² Zur jüngeren Forschung vgl. Steiner, Startbedingungen, Wirtschaftssystem und Wachstum.

²³ Ritschl, Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR, S. 17.

Die zur Vorbereitung der Potsdamer Konferenz 1945 von einem Gremium internationaler und deutscher Statistiker zusammengestellten Daten für Deutschland 1939 (ohne Saarland, Österreich und Sudetenland) wiesen für Großberlin und die spätere SBZ eine deutlich höhere Industrieproduktion pro Einwohner aus als die anderen Gebiete des Reiches. Zudem befanden sich in der SBZ mehr Produktionsstätten als in jeder anderen Zone. Ein Kenner der Materie, Fritz Schenk, sagt dazu: „Die hohe Betriebsstättenzahl der SBZ (vor allem gegenüber der britischen Zone, die wegen des Ruhr-Gebiets als industrielles Herz Deutschlands galt) bei niedrigerer Beschäftigtenquote drückte den für damalige Verhältnisse fortgeschrittenen Rationalisierungsgrad in Mitteldeutschland aus. Die Analyse hält zudem fest, daß sich dieses Grundverhältnis bis Kriegsende sogar noch zugunsten der SBZ verbessert hatte, weil dort erst gegen Kriegsende die schweren Bombardements einsetzten und folglich bis dahin kräftig investiert und modernisiert worden war. Weit stärker als diese statistischen Daten schlug jedoch zu Buche, daß sich in der SBZ vor allem jene Zweige der gewerblichen Wirtschaft befanden, die für eine Friedenswirtschaft geradezu prädestiniert waren.“²⁴

Die SED vermochte diesen relativen Vorteil in ihrer am sowjetischen Modell ausgerichteten Industriepolitik kaum zu nutzen. Eher nahm sie die stark diversifizierte Produktion als Nachteil wahr. In ihrer Industriepolitik favorisierte sie Großbetriebe, besonders in der Grundstoffindustrie. Wegen enormer Reparationsbelastungen tat sich aber bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre eine „gewaltige Investitionslücke“ auf²⁵. Nicht zuletzt deshalb blieb die überkommene Produktionsstruktur in ihrer seit Jahrzehnten angelegten, regional und lokal sehr heterogenen Standortverteilung und Betriebsgrößenstruktur ein Faktor, mit dem man auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den Beschäftigten und dem Regime rechnen mußte.

Damit hing ein zweiter Aspekt zusammen. Dem Nebeneinander einer traditionellen, oft kleinteiligen Industriestruktur, der Nachfolgebetriebe der im Zuge der NS-Kriegswirtschaft erweiterten und durchrationalisierten, wenn auch seit 1945 vielfach demontierten Großindustrie und der im Verlauf der „sozialistischen Industrialisierung“ entstandenen neuen Betriebe entsprachen zwei große Arbeitermilieus, die der DDR-Gesellschaft im Laufe der fünfziger Jahre mehr und mehr das habituelle Gepräge gaben²⁶. In Anlehnung an Michael Hofmann und Dieter Rink kann man sie als berufs- und traditionsorientiertes Facharbeitermilieu und als stärker „paternalistisch orientiertes Arbeitermilieu“ der Großbetriebe bezeichnen²⁷. Von diesen beiden Milieus mit ihren differierenden Lebens- und Interessenlagen hing die Art der Beziehungen zwischen den Beschäftigten, der betrieblichen Leitungsebene und den politischen Herrschaftsapparaten wesentlich ab. Es ist hier eine Drei-Säulen-Struktur jener Akteure zu erkennen, die für die betriebliche Praxis in der staatlichen Industrie maßgebend waren. Hier spiegelte sich die „sozialistische Arbeitsgesellschaft“ im Kleinformat. Als ihr soziales Leitbild diente eine idealisierte, politisch

²⁴ Schenk, *Deutsche Einheit*, S. 844.

²⁵ Baar/Müller/Zschaler, *Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen*, S. 52.

²⁶ Zum kritischen Umgang mit dem Milieu-Begriff vgl. Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*, S. 79–82.

²⁷ Hofmann/Rink, *Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus*, S. 31.

inszenierte „Arbeiterklasse“²⁸. Dieses Konstrukt kittete dieses Säulenmodell mehr oder weniger zusammen, wenngleich jede seiner Säulen einer eigenen Entwicklungslogik und spezifischen Rationalitätskriterien folgte. Es wäre zu diskutieren, ob sich daraus im Verlaufe der fünfziger Jahre mangels praktischer Alternativen ein korporativer Zusammenhang fügte. Zumindest weist die in diesem Zeitraum erheblich nachlassende soziale Mobilität in diese Richtung. Denn auch wenn die soziale Mobilität innerhalb dieser Säulenstruktur bis in die sechziger Jahre hinein noch recht stark war, zeichnete sich bereits um 1960 ein Trend zur Verfestigung ab²⁹. Die Gruppe der in älteren Industriebetrieben bereits länger Beschäftigten stellte hierbei das vielleicht „konservativste“ Element dar, jenes mit den stärkeren traditionellen Milieubindungen und mit mehr professioneller Kontinuität als die anderen. Generell besaßen sozialmoralische Milieus auch in diesem Fall eine enorme Beharrungskraft³⁰. Auch dies war für die Beziehung zwischen Regime und Arbeit wichtig: Man hatte es mit einer Arbeiterschaft zu tun, die trotz vieler kriegs- und nachkriegsbedingter Veränderungen in ihrem Kernbereich ein starkes Selbstwertgefühl entwickelte und das „Arbeiterklassen“-Argument der SED allmählich gezielt für eigene Interessen zu instrumentalisieren begann.

Ein dritter Aspekt resultierte direkt aus der praktischen Zentralverwaltungswirtschaft: Während es auf den ersten Blick schien, als ob die Einführung der zentralen Wirtschaftsplanung den machtpolitischen Anspruch der Partei in besonderem Maße konkretisierte, zeichnete sich schon in der ersten Fünfjahrplanperiode etwas ganz anderes ab. Die nichtintendierten Effekte der Zentralverwaltungswirtschaft erlangten eine Eigendynamik, die sowohl die Betriebe als auch die zentralen Leitungsorgane ständig zu Improvisation und Intervention zwangen³¹. Dies gab zwischen 1955 und 1957 zu Bestrebungen Anlaß, die Planung zu vereinfachen und Entscheidungsvorgänge in begrenztem Umfang zu dezentralisieren³². Entsprechende Vorstöße sahen sich jedoch bald mit dem Revisionismus-Vorwurf konfrontiert³³. Mit dem Siebenjahrplan setzte seit 1959 wieder eine Rezentralisierung ein, die vor allem als Reflex auf zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten zu verstehen war³⁴. Parallel hierzu ließen die Bildung eines Beirates für naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung im August 1957 und einer Wirtschaftskommission beim Politbüro im Februar 1958 auf Bestrebungen schließen, für ökonomische Entscheidungen in stärkerem Maße kompetente Beratung in Anspruch zu nehmen. Man kann hierin Vorstufen zum späteren Reformkonzept des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) erkennen.

Für die Betriebe brachte die Zeit zwischen 1956 und 1961 nicht nur den Wechsel von einer zentralistischen Planungs- und Leitungspraxis zu einer zaghaften Dezentralisierung und zurück, sie sahen sich auch ständig einem hohen Druck durch

²⁸ Hübner, Arbeiterklasse als Inszenierung?

²⁹ Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft, S. 208–214.

³⁰ Vgl. Vester, Milieuwandel, S. 12.

³¹ Vgl. Wenzel, Plan und Wirklichkeit; Nick, Mangelwirtschaft.

³² Die entsprechenden Thesen von Arne Benary und Fritz Behrens führten zu heftigen „Revisionismus“-Vorwürfen. Vgl. Grebing, Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, S. 514 f.

³³ Vgl. Krause, Die „Revisionismus-Debatte“.

³⁴ Vgl. Herbst/Stephan/Winkler, Die SED, S. 284 f.

Staats- und Parteiorgane ausgesetzt. Der Primat der Politik galt zu dieser Zeit ohnehin als unbestritten, doch auch so wuchs in dem Maße, in dem die wirtschaftlichen Krisensymptome stärker wurden, die Versuchung zur politischen Intervention. Mit dem Kohle- und Energieprogramm von 1957 und dem Chemieprogramm von 1958 setzte die SED Entwicklungsschwerpunkte, die in anderen Bereichen der Industrie beträchtliche Investitionsdefizite verursachten³⁵. Hier war eine der Ursachen für das frühe Scheitern des 1959 begonnenen Siebenjahresplanes zu suchen. Genauer gesehen überlagerte der 13. August 1961 eine schwere Wirtschaftskrise³⁶. Diese bildete den eigentlichen Hintergrund für die Zunahme von Unsicherheit und Demotivation im betrieblichen Alltag.

2. Die politische Dimension

Der strukturellen Kontinuität in Industrie und Industriemilieus wirkten seit 1945 gewichtige, politisch induzierte Diskontinuitätsfaktoren entgegen: (1.) Transformation der Eigentumsordnung durch Verstaatlichung der meisten größeren und mittleren Betriebe, (2.) Bruch mit der bisherigen Wirtschaftsrechnung durch den Übergang zur zentralisierten Planwirtschaft und (3.) stufenweiser Elitenaustausch auf den Führungsebenen der Industriewirtschaft. Wenngleich die Industrie der DDR in den fünfziger Jahren besonders in der Chemie, im Fahrzeug- und Flugzeugbau an vorhandene Spitzentechnologien anknüpfte, dominierte beim vorrangigen Ausbau der Grundstoffindustrie ein politisches Rationalitätskriterium³⁷. Es entsprach der Logik des Kalten Krieges und war konstitutiv für das Konzept einer in sich relativ geschlossenen, „proportionalen“, aber wenig innovativen sozialistischen Volkswirtschaft. Insofern führte die „sozialistische Industrialisierung“ nach sowjetischen Vorgaben trotz vorhandener Kontinuitätselemente unverkennbar auch zum Abweichen von einem langfristig angelegten Modernisierungspfad. Die Wirtschaft folgte nicht mehr der auf Rentabilität gerichteten Kapitalrechnung, sondern ihr wurden von den politischen Führungsgremien Produktionsziele und Konsumtionsnormen vorgegeben. Diese glaubten sich in der Lage, den investiven und konsumtiven Bedarf auf Jahre vorausberechnen zu können. Es herrschte nicht mehr das Gesetz des Marktes, sondern die in den zentralen Wirtschaftsplänen formulierten Ziele wurden jetzt Gesetz³⁸.

Gleichwohl kamen schon in der ersten Fünfjahrplanperiode in diesem eindimensionalen, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus konstruierten Politiksystem Gegenströmungen auf. Einerseits setzte der erhebliche konsumtive Nachholbedarf Marken, an denen sich die SED mit ihren Planungszielen mehr oder minder orientieren mußte. Andererseits waren es gerade diese für die Legitimation des Regimes überaus wichtigen Ziele, die zu einer direkten Abhängigkeit von jedem einzelnen Betriebsergebnis führten. Dieses allerdings hing nicht zuletzt von der Loyalität der Beschäftigten ab. Wurde sie, ohnehin nicht sonderlich stark, wie 1953

³⁵ Elle/Roesler/Siedt, Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR, S. 243.

³⁶ Vgl. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform, S. 38–44.

³⁷ Melzer, Anlagevermögen, S. 183.

³⁸ Vgl. Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 67 f.

überstrapaziert, war der Konflikt sofort politisch³⁹. Eine solche Loyalität hatte ihren Preis, auch wenn sie oft „mißmutig“ war: Politische Macht im Tausch gegen soziale Grundsicherungen und Verheißungen erschien hier als praktikables Rezept⁴⁰. Es dürfte nicht abwegig sein, darin eine sozialistische Version klassischer Herr-Knecht-Dialektik zu vermuten.

Ein weiterer Gesichtspunkt kommt hinzu: In der frühen DDR stand die Beziehung zwischen Diktatur und Arbeit immer auch unter dem Vorbehalt sowjetischer Interessen. Vor allem das Reparationsproblem und die Aufrüstung wären hier zu erwähnen. Es gehörte zu den Pikanterien des sowjetischen Einflusses, daß der Appell an den „Fleiß, die Begabung, das Wissen und die Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse und der Ingenieurkader“ der SED auf ihrem IV. Parteitag 1954 vom stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, Anastas I. Mikojan, ins Stammbuch geschrieben wurde, verbunden mit der Forderung: „Der Weltruf der Qualitätserzeugnisse der deutschen Industrie muß hochgehalten werden!“⁴¹ Man kann das als Appell an die SED deuten, die Wirkungsmacht von Traditionalität und Milieustabilität nicht zu unterschätzen. Es dauerte einige Zeit, bis das SED-Regime mit diesem Pfund aktiv zu wuchern begann. Zunächst schien es ihm wichtiger, den „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ nach sowjetischem Vorbild anzusteuern und sich dabei für die UdSSR immer unentbehrlicher zu machen. Die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft der DDR blieb dem sowjetischen Modell verpflichtet, selbst im Hinblick auf einige seit 1956 halbherzig verfolgte Reformansätze⁴². Weder die Arbeiterschaft im besonderen noch die Erwerbsbevölkerung im allgemeinen kam umhin, sich auf diese Interessenkonstellation einzustellen. Gegen diese anzukommen, schien unter den Bedingungen des Kalten Krieges und nach den Erfahrungen des Juni 1953, des ungarischen Aufstandes 1956 und auch des 13. August 1961 immer weniger möglich. Die Furcht vor einer sowjetischen Intervention galt bis in die Ära der polnischen *Solidarność* als starkes Handlungskorrektiv, für die Parteiführungen ebenso wie für die Bevölkerung⁴³. Hierin ist eine Ursache für die labile Balance zu erkennen, die sich zwischen der Arbeiterschaft und dem Regime herausbildete. Im Grunde handelte es sich um ein Abtasten und Akzeptieren von Interessengrenzen unter zu dieser Zeit faktisch alternativlosen Bedingungen. Den äußeren Handlungsrahmen setzte die UdSSR, die ihre Interessensphäre im östlichen Mitteleuropa im stillschweigenden Arrangement mit den westlichen Großmächten abzusichern vermochte⁴⁴.

Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die SED in der Erwerbsbevölkerung der DDR einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt fand, trug das Verhältnis zwischen Regime und Arbeitswelt im großen und ganzen doch Züge einer Zwangssymbiose. Beim Ausgleich der unvermeidbaren Spannungen und Konflikte fungierte der Betrieb als wohl wichtigste Vermittlungsebene. Das jedoch führt zu einem weiteren Aspekt.

³⁹ Hübner, Identitätsmuster und Konfliktverhalten.

⁴⁰ Lütke, „Helden der Arbeit“, S. 204 f.

⁴¹ Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages, S. 402 f.

⁴² Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 802 f.

⁴³ Kühn, Das Jahrzehnt der *Solidarność*, S. 179–268.

⁴⁴ Lemberg, „Taufwetter“.

Bei einer in den fünfziger Jahren rasch zunehmenden Erwerbsquote boten Betriebe dem Versuch einer Erziehungsdiktatur wichtige Ansatzpunkte. Vor allem mit Hilfe des FDGB war die SED bestrebt, ihre Auffassungen und Argumente in zahllosen Betriebsversammlungen zu verbreiten. Es ist zwar beobachtet worden, daß Belegschaften „politisch-ideologische“ Kampagnen im allgemeinen ohne größere Resonanz über sich ergehen ließen, doch blieben solche Erziehungsversuche auf Dauer nicht ohne Wirkung. Die Beschäftigten konnten dem nur schwer ausweichen, was die Frage aufwirft, ob Betriebe als Stätten politischer Indoktrination nicht vielleicht wirksamer waren als die staatlichen Massenmedien. Im Verlaufe des Jahrzehnts zeigte sich jedoch, daß die politischen Intentionen der SED merkwürdige Metamorphosen an den Tag legten. So wurden die seit 1951 eingeführten Betriebskollektivverträge zunächst fast einhellig abgelehnt, mutierten aber in der Folge zu einem Instrument, dessen sich Betriebsangehörige immer geschickter zu bedienen wußten, um soziale Forderungen zu artikulieren und auch durchzusetzen. Ebenso waren die positive Mitgliederentwicklung des FDGB und die Teilnahme an seinen Wettbewerbskampagnen durchaus kein Ausdruck gereiften Klassenbewußtseins, sondern weit eher eine Anpassung an die Rolle der Organisation im sozialpolitischen Umverteilungsprozeß. Als die SED im November 1956 kurzzeitig in einigen ausgewählten Betrieben mit der Bildung von Arbeiterkomitees durch begrenzte Mitspracherechte ein politisches Ventil zu öffnen suchte, geriet dies schnell zum unkalkulierbaren Risiko und wurde rasch beendet⁴⁵. Ebenso schlossen die 1958 folgende Institutionalisierung von „Ständigen Produktionsberatungen“ und die Bildung von Ausschüssen für Produktionsberatung das Aufkommen zentrifugaler Tendenzen nicht aus. Auch diese Gremien zeigten Neigung, sich dem politischen Gravitationsfeld ihrer Schöpfer zu entziehen. Ähnlich erging es der Anfang 1959 begonnenen Kampagne zum „Kampf“ um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“, die zunächst einmal in die „Syndikalismus“-Krise mündete. Brigaden maßten sich beispielsweise finanzielle, soziale oder auch disziplinarische Sonderrechte an, und anfangs entstanden sogar einige Brigaderäte, auf die SED und FDGB kaum Einfluß hatten⁴⁶. Dabei handelte es sich um Symptome für das Vorhandensein eines zumindest prä-politischen Potentials, das sich der politischen Kontrolle zu entziehen drohte. Im diachronen Vergleich zeigten sich hierbei Parallelen zu den Auseinandersetzungen um Arbeiter- und Betriebsräte in den Jahren 1918/19, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen⁴⁷.

Schon diese wenigen Gesichtspunkte verdeutlichen, daß sich Betriebe nur sehr bedingt als ideologische Erziehungsanstalten eigneten. Zumindest blieb der „Wirkungsgrad“ entsprechender Bemühungen gering. Gleichwohl ist diese Funktion nicht gering zu veranschlagen, denn es gab keine andere Institution, über die Erwachsene für die Politik so direkt und regelmäßig zu erreichen waren. Beispielsweise hatten die wohl meisten Karrieren, die in die Funktionseliten des Regimes hineinführten, hier ihren Ausgangspunkt. In den fünfziger Jahren war die SED intensiv darum bemüht, „Arbeiterkader“ für die Fortsetzung des gezielt betriebenen Elitenaustauschs zu rekrutieren. Noch wichtiger aber war etwas anderes: Im politi-

⁴⁵ Vgl. Reichel, Konfliktprävention.

⁴⁶ Hübner, Konsens, S. 223–239.

⁴⁷ Vgl. v. Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution.

schen System der DDR gab es kaum eine Stelle, die konfliktanfälliger war als der Betrieb. Umgekehrt bot aber der Betrieb die besten Voraussetzungen für das Austarieren politischer und sozialer Interessen. Er gab hierfür eine informelle Ebene ab, auf der sich die Dinge relativ unkompliziert und ohne Anspruch auf Grundsätzlichkeit regulieren ließen.

3. Die Dimension der Verfügungsrechte

Der in der Neuen Institutionenökonomik verwendete Begriff der Verfügungsrechte (property rights) fand hinsichtlich der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR bislang kaum Beachtung. Gleichwohl erschließt er eine Dimension, die für die Erklärung des Beziehungszusammenhangs von Betrieb und Regime wichtig ist. Bei den property rights handelt es sich „um rechtlich garantierte oder gesellschaftlich anerkannte Verfügungsrechte, welche die Verhaltensbeziehungen von Individuen zu anderen Institutionen hinsichtlich der Nutzung von materiellen und immateriellen Gütern bestimmen. [...] Die Kernidee der property rights-Theorie besteht darin, die Verfügung über Güter als Rechte zu betrachten und den Gütertausch gleichsam als Tausch von Rechten aufzufassen.“⁴⁸

Der in der DDR verwendete Begriff des Volkseigentums suggerierte ein allgemeines, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus an die Führungsspitze der SED delegiertes Verfügungsrecht über das Produktionspotential der DDR und über die Verteilung der erzeugten Güter. Dem entsprach auch der Mechanismus zentraler staatlicher Planung. Die politischen Akteure argumentierten mit der Vermeidung von Transaktionskosten und auch mit der Behauptung einer Interessenidentität von politischer Führung und unmittelbaren Produzenten. Theoretisch, und so wurde es in der offiziellen Propaganda dargestellt, handelte es sich um ein ebenso rationales wie transparentes System der durch planmäßige Produktion und Verteilung zu erzielenden immer umfassenderen Verfügbarkeit von Ressourcen und damit einer zunehmend besseren Befriedigung der Lebensbedürfnisse. In letzter Konsequenz sollte das von der SED-Führung vorgeblich im gesamtgesellschaftlichen Interesse monopolisierte Verfügungsrecht marktregulierte Tauschbeziehungen erübrigen. Der praktische Erfolg dieses Modells hing jedoch vom Funktionieren der Wirtschaft nach dem vorgegebenen Plan ab. Und hier zeigten sich die Schwierigkeiten schon zu Beginn der ersten Fünfjahrplanperiode.

Selbst in Phasen striktester Zentralisierung konnte die DDR-Wirtschaft nur funktionieren, weil Betriebe ständig improvisieren mußten – und konnten. Das Thema kann hier nicht weiter ausgeführt werden⁴⁹. Lediglich auf einige Aspekte ist hinzuweisen. So bildeten sich notwendigerweise im Gefüge der zentralistischen Machthierarchie kavernenartige Handlungsräume, die, selbst nicht herrschaftsfrei, gleichwohl aber der „Durchherrschaft“ der Gesellschaft Grenzen setzten. In ihnen agierten Betriebsleitungen und auch die sogenannten Arbeitskollektive oder Brigaden nach betriebs- und gruppenbezogenen Rationalitätskriterien. Vor allem knappe Güter und Dienstleistungen wurden ausgehandelt und getauscht. Normenzurück-

⁴⁸ Peters, Wirtschaftspolitik, S. 280.

⁴⁹ Ausführlicher hierzu: Hübner, Durch Planung zur Improvisation.

haltung wirkte auf die Wirtschaftsplanung zurück und ermöglichte Planerfüllung. Diese wiederum war die Voraussetzung für höhere Löhne und Prämien. Der hierbei zutage tretende Betriebs- und Gruppenegoismus wurde zwar von Partei- und Gewerkschaftsgremien regelmäßig beklagt, doch bessere Alternativen hatten auch sie nicht zu bieten. Relativ schnell mündete der Versuch einer zentralen und bis ins Detail gehenden Wirtschaftsplanung in die Institutionalisierung der Improvisation als Existenzprinzip der „volkseigenen“ Betriebe. Daß dabei das monopolisierte Verfügungsrecht durch ein Gewohnheitsrecht informeller Verfügung allmählich ausgehöhlt wurde, lag auf der Hand.

Der Vorgang läßt sich exemplarisch am Umgang mit der Arbeitszeit verfolgen⁵⁰. Im ganzen hier betrachteten Zeitraum jagte ein Appell zur vollen Nutzung der Arbeitszeit den nächsten. Angesichts der immensen Zahl von Ausfall- und Wartestunden war das nicht verwunderlich. Doch kam noch etwas anderes hinzu: Zugespitzt gesagt, wurde bezahlte „volkseigene“ Arbeitszeit das in der DDR wohl am erfolgreichsten „privatisierte“ Gut. Den Anfang hatte die SED allerdings selbst gemacht, mit der extensiven Verwendung von Arbeitszeit für „gesellschaftliche“ Aufgaben, aber auch mit der Unfähigkeit, kontinuierliche Produktionsrhythmen durchzusetzen und eine stabile Versorgung zu gewährleisten. Hier war ein Ausgangspunkt für die zunehmenden Eigenmächtigkeiten im Umgang mit Arbeitszeit. Es mußte nicht unbedingt Arbeitsbummelei bedeuten, wenn der Zugang zu verschiedenen anderen Ressourcen wie Engpaßartikeln, Reparaturleistungen, medizinischer Betreuung, die alle im Rahmen betrieblicher Sozialmaßnahmen offeriert wurden, auch während der Arbeitszeit gesucht wurde. Oft blieb den Beschäftigten wegen langer Arbeitstage in der Sechstageswoche und weiter Arbeitswege bei vielfach unzureichendem Berufsverkehr keine andere Möglichkeit, um Einkäufe zu tätigen oder auch den Betriebsarzt aufzusuchen. Es ist schwer zu sagen, in welchem Verhältnis die kontraproduktiven Effekte zu den positiven Wirkungen standen. Sicher ist jedoch, daß diese Praktiken in den späten fünfziger Jahren zur illegalen Einführung der Fünf-Tage-Woche vor allem im Bau- und Montagebereich ausufernten. Der Druck war so stark, daß SED und FDGB in der Arbeitszeitpolitik lediglich noch inhaltlich reagieren konnten und 1965 bzw. 1967 mit der offiziellen Einführung der Fünf-Tage-Woche faktisch kapitulierten.

Im Unterschied zu den Verfügungsrechten, wie sie in die Neue Institutionenökonomie Eingang fanden, ging es hier jedoch nicht um einen Tausch von Rechten, sondern um deren sukzessive und fragmentarische Aneignung durch eine allmähliche Erosion politisch monopolisierter Verfügungsrechte.

4. Die Dimension der Arbeitsbeziehungen

Seit dem Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts nahm jedes zentralisierte Gewerbeunternehmen eine Doppelfunktion wahr, als Arbeits- und Kooperations-system, aber auch als Herrschaftsverband. In ihm standen sich die Unternehmensleitung und die Arbeitnehmer gegenüber, „die auf der Basis eines formal freien Arbeitstauschvertrages bzw. ihrer Anstellung dem Unternehmen ihre Arbeitsleistung

⁵⁰ Hübner, Konsens, S. 89–129.

zur Verfügung stellen und innerhalb zeitlich, räumlich und vom Zweck des Betriebes her gesetzter Grenzen fremdbestimmte Teilarbeit vollbringen“⁵¹. Was davon blieb im „volkseigenen“ Betrieb der DDR erhalten? Der Unternehmer schied aus, an seine Stelle trat der Staat als Eigentümer. Das an Marktbedürfnissen orientierte Unternehmen mutierte zur Produktionsstätte, die zentral festgelegte Aufgaben zu erfüllen hatte. Das unternehmerisch aktive Management wurde durch angestelltes Leitungspersonal ersetzt, das staatlichen Weisungen zu folgen hatte. Trotz einer erheblichen Kontinuität in der Betriebssubstanz und teilweise auch im Personalbereich sind die Zeichen eines gravierenden Kontinuitätsbruchs nicht zu übersehen. Wie aber stand es um die Arbeitnehmer? Hier fällt ein merkwürdiger Widerspruch auf. Während sie nach wie vor nach Anweisung zu arbeiten hatten, dafür Lohn oder Gehalt bezogen und den Betrieb weiterhin als Herrschaftsverband wahrnahmen, änderte sich ihr gesellschaftlicher Status entscheidend. Nach der politischen Doktrin der SED gehörten Arbeiter und die Mehrzahl der Angestellten zur nunmehr herrschenden Klasse. Viel Mühe wurde darauf verwandt, sie von ihrer Doppelrolle und der Identität ihrer Interessen als zugleich führende und ausführende gesellschaftliche Kraft zu überzeugen.

Es war das eine, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit weder dieses Postulat noch den politischen Herrschaftsanspruch der SED akzeptierte. Etwas anders verhielt es sich mit den Arbeitsbeziehungen. Zunächst war bereits seit Beginn der Verstaatlichungen in der Industrie klar geworden, daß man im Betrieb auf eine hierarchische Struktur von Über- und Unterordnung nicht verzichten konnte. Alternative Versuche haben immer und überall zu verheerenden Ergebnissen geführt. Innerbetriebliche Hierarchien, soweit sie wirtschaftlich und technisch begründet waren, wurden von Arbeitern gewöhnlich nicht in Frage gestellt. Das Entstehen eines großen staatlichen Industriesektors in der SBZ und frühen DDR war jedoch mit Eigenheiten verbunden, die diese nur schwer akzeptierten.

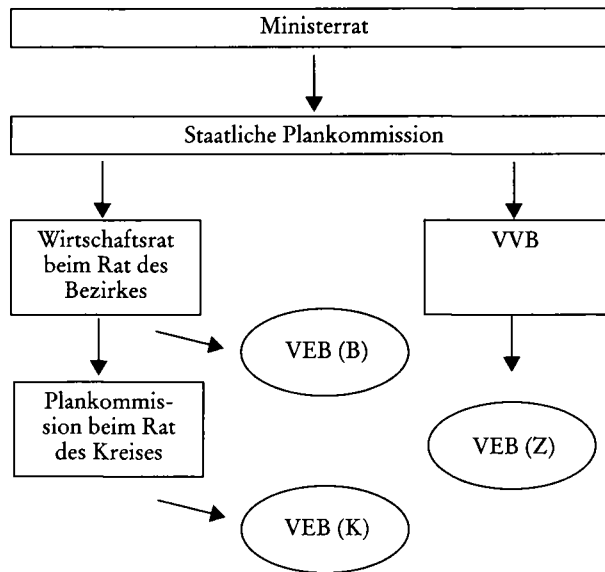
So gehörte es zu den Befunden der Managementgeschichte, daß eine Hierarchisierung mit der Größe der Wirtschaftseinheiten zunimmt und diese dadurch häufig unflexibler werden. Die Zentralverwaltungswirtschaft der DDR bot hierfür schon frühzeitig ein überzeugendes Beispiel.

Allein schon der hohe Personalbedarf dieses Planungs-, Leitungs- und Verwaltungssystems erweckte sehr bald den begründeten Eindruck wuchernder und meist mit sich selbst beschäftigter Bürokratie. Doch damit nicht genug, kam die parallele Struktur der Partei- und Staatsapparate hinzu. Mit ihr konnte der in die Formel von der „führenden Rolle der Partei“ gefaßte totalitäre Gestaltungsanspruch der SED auf allen Ebenen der industriellen Hierarchie zur Geltung kommen. Ein Blick auf die realen Arbeitsbeziehungen wirft freilich die Frage auf, inwieweit dieser Anspruch durchzusetzen war.

Im Betrieb, wo alle wesentlichen Akteure der sozialistischen Arbeitsgesellschaft direkt oder indirekt aufeinandertrafen, waren die Arbeitsbeziehungen vor allem durch das 1950 verabschiedete Gesetz der Arbeit normiert. Im Zentrum des neuen Arbeitsrechts stand das bereits in der Verfassung von 1949 garantierte Recht auf Arbeit. Für die betriebliche Praxis hatten die seit 1951 eingeführten Betriebskollektivverträge besondere Bedeutung. Sie erwiesen sich als ambivalentes Instrument, bei

⁵¹ Kocka, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen, S. 497.

Vereinfachtes Schema: Planungs- und Leitungsstruktur der DDR-Industrie nach dem Gesetz vom 11. 2. 1958



Quelle: Gesetz über die Vervollkommen und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Februar 1958. In: GBl. der DDR I, S. 117–120.

dem sich der Akzent vom ursprünglich stark intendierten Leistungsanreiz im Laufe der Jahre weiter zur betrieblichen Sozialpolitik hin verschob. Generell war die Entwicklung des Arbeitsrechts in den fünfziger Jahren von einer zunehmend zentralistischen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse bei verminderten Handlungsspielräumen der Betriebe und von einer Funktionalisierung für den „sozialistischen Wettbewerb“, also von einer stärkeren Produktionsorientierung bestimmt. Es bezog Aufgaben der sozialen Sicherung ein, wobei es nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Betriebe differenzierte. Bei Arbeitskonflikten setzte es vermehrt auf außergerichtliche Streitbeilegung. Insgesamt mutierte es zum Erziehungsrecht⁵². Für die Arbeitsbeziehungen zog es den Betriebsleitungen wie den Beschäftigten enge Grenzen, stärkte die letzteren aber vor allem in sozialer Hinsicht.

Zwischen Plan und Arbeitsrecht, äußeren Eingriffen und verengten Handlungsräumen unterlagen die Arbeitsbeziehungen im Betrieb einem ständigen Druck, der insbesondere die mittlere Ebene der innerbetrieblichen Hierarchie in Mitleidenenschaft zog. So führten die erwähnten Betriebskollektivverträge, die bisherige Tarifverträge ersetzten und neben Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen und betrieblichen Sozialleistungen auch Verpflichtungen zur Erfüllung der Produktionspläne enthielten, allmählich zu einer Positionsstärkung von „Arbeitskollektiven“ oder „Brigaden“ gegenüber den Betriebsleitungen. Die SED förderte diesen Prozeß,

⁵² Thiel, Arbeitsrecht in der DDR, S. 98 f.

indem sie ihre Gesellschaftspolitik am sozialen und kulturellen Leitbild des „klassenbewußten“ Arbeiters orientierte. Mit der Einführung der Brigadesystems erfuhr die für industrielle Arbeitsbeziehungen so wichtige Meisterebene eine schwerwiegende Schwächung. Man hat diese Fehlentwicklung erst in den sechziger Jahren mit mäßigem Erfolg zu korrigieren versucht.

Um 1960 war die Bilanz widersprüchlich. Während die Arbeiterschaft zumindest im Kernbereich der Facharbeiter, nicht zuletzt auch ermuntert durch politische Inszenierungen einer „Arbeiterklasse“, aber wohl mehr noch angeregt durch soziale Privilegierung, ein gesteigertes Selbstwertgefühl an den Tag legte, blieb von ihrer Seite her die „Kragenlinie“ klar gezogen. Es wäre näherer Betrachtung wert, inwieweit es sich hierbei um Reflexe alten Klassenkampfdenkens handelte. Auf der anderen Seite verstärkte sich beim Leitungs- und Verwaltungspersonal das Bestreben, soziale Unterschiede nicht hervorzukehren. Ein Hang zur „proletaroiden“ Hemdsärmeligkeit war zu beobachten. Es gibt hierfür mehrere Erklärungen: Erstens wurde erwartet, auf solche Art innerbetriebliche Konflikte zu entschärfen. Zweitens folgte man damit dem neuen, antielitären gesellschaftlichen Leitbild. Drittens rückte eine jüngere Generation nach, die, zum beträchtlichen Teil in der Arbeiterschaft sozialisiert, den Arbeiterstatus auch mental zu konservieren suchte. Kurz: Die Arbeitsbeziehungen glichen sich der nivellierten sozialistischen Arbeitsgesellschaft an⁵³.

5. Die soziale Dimension

Auch wenn die Verteilung materieller Ressourcen in den sozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas, trotz mancher Privilegien für einzelne Personengruppen, im wesentlichen egalitären Absichten folgte, konnte man ohne die Installation von Leistungsanreizsystemen auf Dauer nicht auskommen⁵⁴. Seit Oktober 1948 wurde in der SBZ mit der nach dem Bergmann Adolf Hennecke benannten Aktivisten- und Wettbewerbskampagne erstmals in größerem Umfang ein solcher Versuch unternommen. Nach einigen Widerständen, vor allem wegen der ungeklärten Normenfrage, setzte sich diese Praxis während der frühen fünfziger Jahre in der staatlichen Industrie durch. Die Gründe hierfür sind vielfach dargelegt worden. Etwas am Rande der Betrachtung blieb dabei der Umstand, daß es in dieser Zeit einigermmaßen gelang, die Funktionen des Leistungsanreizes und der sozialen Befriedung eng miteinander zu verbinden. Vor allem nach dem Juni 1953 erfuhr der Befriedungsaspekt eine deutliche Aufwertung. Die „Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften“ vom 10. Dezember 1953 zog gewissermaßen die Summe der bis dahin erfolgten Korrekturmaßnahmen⁵⁵. Sie gab aber auch mit der Forderung, „alle Organe der Staatsmacht, besonders die Ministerien, sowie die Betriebsleitungen,

⁵³ Kohli, Arbeitsgesellschaft, S. 38–48.

⁵⁴ Vgl. Chilos, Income Distribution under Soviet-Type Socialism.

⁵⁵ Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften vom 10. 12. 1953, in: GBl. der DDR, Nr. 129/1953, S. 1219–1226.

Gewerkschaften u. a. Massenorganisationen“ mögen sich „mit erhöhter Aufmerksamkeit den täglichen Sorgen der Arbeiter zuwenden“, das Leitmotiv für die Entwicklung in den folgenden zehn Jahren vor⁵⁶.

Es ging hierbei nicht allein um den Ausbau betrieblicher Sozialeinrichtungen und überhaupt um die Profilierung der betrieblichen Sozialpolitik. Vielmehr wurden Betriebe, mehr als zuvor schon, für die sozialen Befriedungsmaßnahmen des SED-Regimes in die Pflicht genommen. Während der unmittelbare Bereich betrieblicher Sozialpolitik Arbeiterversorgung, kulturelle Aktivitäten, gesundheitliche und soziale Betreuung der Beschäftigten, Betriebssport, Kinder- und Jugendbetreuung, Ferienbetreuung und Naherholung sowie Wohnungswirtschaft umfaßte, erfolgte die Erweiterung des Aufgabenfeldes vor allem in zwei Richtungen: (1.) Die weiterhin angespannte Versorgungslage ließ es sowohl unter dem Gesichtspunkt des Leistungsanreizes wie unter dem der dosierten sozialen Privilegierung in befriedender Absicht geraten erscheinen, auch knappe Güter und Dienstleistungen durch die Betriebe an ihre Beschäftigten verteilen zu lassen. Als wichtig geltende Betriebe und Industriezweige wurden hierbei bevorzugt. Dieses System stimulierte das Leistungsverhalten und stärkte Betriebsbindung. (2.) Um die Erwerbsquote von Frauen anzuheben, ging man gegen Ende der fünfziger Jahre vermehrt dazu über, betriebliche Einkaufsstellen, Betriebspolikliniken, Kinderbetreuungs- und Dienstleistungseinrichtungen zu schaffen. Dies ließ die Grenzen zwischen Betrieb und Wohnumfeld durchlässiger werden. Betriebe entwickelten sich zu Kristallisationskernen der sozialen Infrastruktur, indem sie teilweise auch die Trägerschaft staatlicher Sozialmaßnahmen übernahmen. Angesichts des wirklichen Status „volkseigener“ Betriebe als Staatseigentum entbehrte diese Konstruktion durchaus nicht der Logik.

Die eigenartige Verquickung von Wirtschaft und Sozialem, wie sie in den Betrieben der DDR üblich wurde, wies bereits von Anfang an auch patriarchalische Züge auf. In besonderem Maße trugen die betrieblichen Sozialleistungen dazu bei, daß, wie M. Rainer Lepsius es genannt hat, die DDR als „industrielle, integrierte Hauswirtschaft“ funktionierte, in der es „sozialstaatlich garantierte und nivellierte Einkommen und staatlich subventionierte Sicherung der Grundbedürfnisse, keine Verfügungsrechte der Wirtschaftseinheiten über ihre Gewinne, aber Anspruch auf Deckung ihrer Verluste, zentrale Planung der Produktion und Verteilung mit Hilfe von Auflagen und Zuweisungen, politisch festgesetzte Preise und Löhne“ gab⁵⁷. Betriebe erfüllten hierbei nicht nur produktive, sondern auch distributive Funktionen. An der Umverteilung sozialer Ressourcen waren sie sowohl mittels betrieblicher Sozialmaßnahmen, als auch durch Gewinnabführungen an den Staatshaushalt beteiligt, die dann entweder für die direkte staatliche Sozialpolitik oder auch für ihre indirekte Form der sozial begründeten Preissubventionen verwendet wurden. Deren Problematik entfaltete sich zwar erst später, doch schon in den fünfziger Jahren waren negative Effekte, wie etwa ein rasch zunehmender Kaufkraftüberhang zu beobachten.

⁵⁶ Ebenda, S. 1219.

⁵⁷ Lepsius, Handlungsspielräume und Rationalitätskriterien, S. 359f. Das Bild von der Hauswirtschaft geht auf frühe Wirtschaftsformen zurück. Vgl. Meyer, Soziales Handeln im Zeichen des Hauses.

6. Zusammenfassung: Betriebe in der sozialistischen Arbeitsgesellschaft der frühen DDR

Die Politik der SED zielte in den fünfziger Jahren auf eine in sozialer Hinsicht egalisierte, unter funktionalem Aspekt jedoch differenzierte Arbeitsgesellschaft. Als soziales Leitbild galt eine nach ideologischen Kriterien inszenierte Arbeiterklasse. Auch wenn ihr reales Gegenstück diesem Idealbild bei weitem nicht entsprach, bildete besonders die Arbeiterschaft „volkseigener“ Industriebetriebe den wichtigsten Bezugspunkt der gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen. Der Betrieb war in diesem Kontext weit mehr als nur eine Arbeits- und Produktionsstätte. Er wurde zur Drehscheibe von Herrschaftsbeziehungen, er bot den Rahmen für eine Art Ersatzöffentlichkeit, vermittelte soziale Transfers des Staates, agierte bildungs- und kulturpolitisch und gewann durch die Einebnung seiner Grenzen zum Wohnumfeld hin an familien- und kommunalpolitischer Relevanz. Das alles führte in einem gegenläufigen Vorgang dazu, daß der Betriebsalltag allmählich das Beziehungsgefüge der DDR-Gesellschaft immer deutlicher widerspiegelte, während Regime und Gesellschaft ihrerseits eine gewisse Betriebsförmigkeit annahmen. Es ist in dem Zusammenhang von „Verbetrieblung“ der Existenzformen in der DDR gesprochen worden, „gerade auch angesichts der noch am ehesten, und tagtäglich, verspürten Machtbeziehungen, abwärts und im Ineinander von Werkleitern, von FDGB-, BGL-, SED- und Stasi-Machtkomplexen, um die alle wußten“⁵⁸.

Der Vorgang folgte einer Logik, wie sie bereits in Gesellschaftsutopien des 18. und 19. Jahrhunderts angelegt war. Von hier aus führte eine Linie zu jener Denkfigur, die Wladimir I. Lenin in seiner Schrift „Staat und Revolution“ entwickelte⁵⁹. Als Modell einer sozialistischen Wirtschaft stand dem russischen Revolutionsführer ein Monopolunternehmen vor Augen: die deutsche Post. Der Organisationsrahmen „proletarischen“ Wirtschaftens war demzufolge vorhanden, dem an die Macht gelangten Proletariat oblag es nun, das in Technikern, Aufsehern und Buchhaltern personifizierte „Know-how“ zur Bedienung der „Maschinerie“ zu aktivieren, nicht ohne den Nachdruck revolutionärer Gewalt⁶⁰. Die gesellschaftlichen Konsequenzen benannte Lenin an anderer Stelle: „Alle Bürger verwandeln sich in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden [...] Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.“⁶¹

Dieses Bild einer egalitären Arbeitsgesellschaft materialisierte sich in der Sowjetunion und in ihrem späteren Hegemonialbereich am deutlichsten in einer Architektur, die Stadt und Betrieb als Einheit konzipierte⁶². Beispiele hierfür sind etwa Magnitogorsk in der RSFSR, Nowa Huta in Polen und Stalinstadt in der DDR. Es handelte sich, dem Konzept der „sozialistischen Industrialisierung“ entsprechend, ausnahmslos um Standorte der Eisen- und Stahlindustrie. Im Gegensatz zu älteren Werkssiedlungen, wo die Viertel der Arbeiter, der Meister und des Leitungsperso-

⁵⁸ Tenfelde, Einige Ergebnisse, S. 893.

⁵⁹ Lenin, Staat und Revolution, S. 439.

⁶⁰ Ebenda, S. 440.

⁶¹ Ebenda, S. 488.

⁶² Alexandrowicz, The Socialist City and its Transformation, S. 1–3.

nals voneinander abgesetzt waren, verzichtete man hier grundsätzlich auf eine soziale Differenzierung der Wohnanlagen. Architektonisch bildeten der Betrieb und große Gebäude der Partei und der gesellschaftlichen Organisationen die zentralen Bezugspunkte solcher Modellstädte des Kommunismus. Das war programmatisch gemeint: Die Städte gruppieren sich um die zentrale Achse zwischen Diktatur und Betrieb, Politik und Arbeit.

Es stellt sich bei diesen Beispielen die Frage nach den Beziehungen zwischen Stadt und Fabrik. In einem ganz anderen Kontext ist auf die Symbiose der japanischen Toyota-Werke mit der gleichnamigen Stadt hingewiesen und von Mikrokorporatismus gesprochen worden⁶³. Etwas ähnliches für die DDR der fünfziger Jahre anzunehmen, fällt schwer, zumal in diese Richtung deutende Ansätze dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ nicht gewachsen waren. Gleichwohl gab es zu dieser Zeit eine pragmatische Kooperation besonders zwischen größeren Betrieben und den Kommunalverwaltungen. Sie betraf vor allem soziale Belange. In der Tendenz verdichteten sich solche Beziehungen, die durchaus auch als Reaktion auf die Mangelwirtschaft zu verstehen sind. In den sechziger und siebziger Jahren knüpfte man mit den Instrumenten der Kommunalverträge und der territorialen Rationalisierung an diese Entwicklung an. Es wäre zu fragen, ob sich hier ein spezifischer sozialistischer Korporatismus herauszubilden begann, der in einer gewissen Spannung zur Zentralmacht stand, oder ob man es mit der typischen lokalen Erscheinungsform der „durchherrschten“ sozialistischen Arbeitsgesellschaft zu tun hat. Vielleicht kann man sogar weitergehen und nach einem diktatorisch überformten Kommunitarismus fragen.

Diese und ähnliche Probleme können hier nicht weiter erörtert werden, wie überhaupt der hier versuchte Überblick fragmentarisch und skizzenhaft bleiben muß. Noch bestehen erhebliche Forschungsdefizite. Sie betreffen etwa die private Wirtschaft, die im hier betrachteten Zeitraum allenfalls noch unter dem Gesichtspunkt der Kollektivierung bzw. der staatlichen Beteiligung betrachtet wurde. Kaum untersucht ist, in welchem Ausmaß es beim massiven Austausch der betrieblichen Funktionseliten in den fünfziger Jahren einen Transfer sozialer und fachlicher Kompetenz gegeben hat. Auch wird man besonders nach den verdienstvollen Forschungen von Detlef Brunner und Helke Stadtland noch genauer darauf zu achten haben, ob und gegebenenfalls wie in dem, was Christoph Kleßmann die „verstaatlichte“ Arbeiterbewegung genannt hat, gewissermaßen als Unterströmungen Rudimente der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung im Schutze bestimmter Industriemilieus erhalten blieben⁶⁴. Es sind dies nur einige Gesichtspunkte, die auf weiteren Forschungsbedarf hindeuten. Dieser dürfte zugleich Anlaß sein, auch die bisherigen Befunde quellenkritisch und methodisch reflektiert zu sichten.

⁶³ Boyer, *Rapport salarial*.

⁶⁴ Brunner, *Sozialdemokraten im FDGB; Stadtland, Herrschaft*.

Marcel Boldorf

Die Marginalisierung der Sozialfürsorge als Gradmesser für den Aufbau des Sozialismus (1949–1961)

Die Fürsorge zu marginalisieren, d.h. die Zahl der von ihr Unterstützten auf ein Mindestmaß zu senken, war die Hauptaufgabe der Fürsorgepolitik, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ/DDR durchsetzte. Das Problem mit der Sozialfürsorge war ein grundsätzliches: Einerseits mußte sie aus pragmatischen Erwägungen aufgrund der sozialen Kriegsfolgelasten weiter als öffentliche Unterstützungs-fürsorge betrieben werden. Andererseits galt sie dem Wesen des aufzubauenden Sozialismus als fremd. Entsprechend äußerte sich 1951 der Abteilungsleiter des DDR-Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen Paul Zumpe in einem Artikel zur Stellung der Sozialfürsorge im Fünfjahresplan¹. Die in der DDR betriebene Fürsorgepolitik grenzte er von der „bürgerlichen Wohlfahrtspflege“ ab, die sich bei der „Beseitigung der Massennot und des Massenelends als unfähig erwiesen“ habe. Das neue Konzept unterscheide sich grundsätzlich von den hergebrachten Traditionen, indem sich die Sozialfürsorge „zu einer produktiven Fürsorge entwickelt“ habe. Hiermit meinte Zumpe vor allem die enge Anbindung an die Arbeitsmarktpolitik. Die ersten Fürsorgemaßnahmen seien auf dem Arbeitsamt angesiedelt: Durch Berufsausbildung, Umschulung und Arbeitsplatznachweis könnten dem „Hilfsbedürftigen“ eine geeignete Arbeit und dadurch eine sichere Existenzgrundlage vermittelt werden.

1. Die „produktive Fürsorge“

Der innovative Gehalt des Konzepts der „produktiven Fürsorge“ will vielleicht nicht auf den ersten Blick einleuchten, zählte doch die Pflicht zur Arbeit und Selbstversorgung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip schon immer zu den Grundfesten der Armenfürsorge. Die Anspielung auf Massennot und Massenelend gibt jedoch einen Hinweis auf seine historischen Anknüpfungspunkte. Vermutlich bezog sich Zumpe auf die Massenarbeitslosigkeit im Gefolge der Weltwirtschaftskrise. Im Grunde reduzierte sich der Vorwurf auf den Kern, daß zu jener Zeit die Arbeitsvermittlungsorgane oder allgemeiner gesprochen die herrschende Wirtschaftsordnung nicht in der Lage gewesen seien, Arbeitsplätze in ausreichendem Maße zu stellen. Aus dem Wandel der institutionellen Gegebenheiten schöpften die Vertreter des Konzeptes der „produktiven Fürsorge“ die Hoffnung auf Fortschrittlichkeit. Die Leitlinien

¹ Zumpe, Sozialfürsorge im Fünfjahrplan, S. 327 f.

der Fürsorge beschränkten sich zu Beginn der fünfziger Jahre auf die Integration in Arbeit; dadurch wurde sie zu einem untergeordneten Teil der Arbeitsmarktpolitik. Das Fundament bildete die Erneuerung des Wirtschaftssystems, das sich auf dem Wege zum Ausbau einer zentralen Planwirtschaft befand. Der wirtschaftliche Erfolg sollte die Grundlage für die Beseitigung des Problems der Fürsorgeunterstützung bilden.

Mit der entstehenden Planwirtschaft sahen die sozialpolitischen Protagonisten jener Zeit wesentliche Allokationsprobleme gelöst. Das Plansystem sollte mit seinen Lenkungsmethoden für eine optimale Zuteilung der Arbeitskräfte sorgen und damit möglichst Vollbeschäftigung erreichen. Es war nicht nur vorgeschrieben, wie das Produktionsoll zu erfüllen war, sondern auch welche Arbeitskräfte dafür erforderlich waren. Die Probleme der Fürsorgepolitik stellte man sich ebenso planbar vor. Es herrschte die Erwartung, daß sich die Zahl der Fürsorgeempfänger im Zuge der wirtschaftlichen Rekonstruktion immer mehr verringern werde. Jenny Matern, Staatssekretärin des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen, brachte dies auf die Formel: „Der Grundsatz, daß die beste Sozialfürsorge diejenige ist, die sich selbst aufhebt, ist seit vielen Jahrzehnten von vielen Mündern ausgesprochen. In der DDR wird danach gehandelt.“²

In der Wahrnehmung des zuständigen DDR-Ministeriums handelte es sich hierbei um eine geradlinige Entwicklung, die einerseits zur Mehrung des Wohlstands und andererseits zur Beseitigung der Unterstützungslast führte. Anfang der fünfziger Jahre ging man davon aus, daß sich dieser Erfolg schneller als erwartet einstellen würde: „Die vorzeitige Erfüllung des Fünfjahresplanes wird damit gleichsam zu einem gewaltigen Erfolg der Sozialfürsorge, die sich mit ihrer ganzen Kraft konzentrieren kann auf die arbeitsunfähigen Opfer der Arbeit, des Krieges, die Alten und Körperbehinderten. Dies wäre ein gewaltiger Schritt nach vorwärts auf dem Wege von der Sozialfürsorge zur Versorgung dieser Menschen, denen die Gesellschaft ausreichende Hilfe gewähren muß.“³

Die entwickelten Vorstellungen zur Fürsorgepolitik lassen sich in eine dreistufige Abfolge bringen: (1) Der Ausbau der Planwirtschaft bereitete die Grundlage für die Beseitigung des Problems der Fürsorge in seiner hergebrachten Form. (2) Als Teil der Arbeitsmarktpolitik zielten die Maßnahmen der Sozialfürsorge in erster Linie auf die Eingliederung der Unterstützten in den Arbeitsprozeß. (3) Durch die Hebung des Lebensstandards, die sich mit dem wirtschaftlichen Erfolg einstellen sollte, konnten die verbliebenen Nichtarbeitsfähigen in angemessener Art und Weise unterstützt werden.

2. Fürsorgeempfang und Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung der Unterstütztenzahlen nach dem Krieg schien den Erwartungen der DDR-Sozialpolitiker recht zu geben. Noch in der SBZ-Phase gelang es, die hohe Unterstütztenzahl der unmittelbaren Nachkriegszeit entscheidend zu senken.

² Matern, Auf dem Wege von der Sozialunterstützung zur Sozialversorgung, S. 169.

³ Zumpe, Sozialfürsorge im Fünfjahrplan, S. 328.

Tabelle 1: Zahl der Fürsorgeunterstützten und der registrierten Arbeitslosen [in 1000] in der SBZ/DDR (1946–1961)

	Fürsorge- unterstützte zur Jahresmitte	Fürsorge- unterstützte zum Jahresende	Arbeitslose zur Jahresmitte	Arbeitslose zum Jahresende
1946	1031	1071	301	208
1947	1059	1016	130	122
1948	867	521	107	211
1949		565	338	325
1950		527	308	349
1951		490	236	159
1952	495	434	78	83
1953		316	80	80
1954	283		36	42
1955			32	43
1956		238	32	35
1957		215	16	23
1958		208	12	16
1959		188	8	11
1960		167	11	11
1961		157		

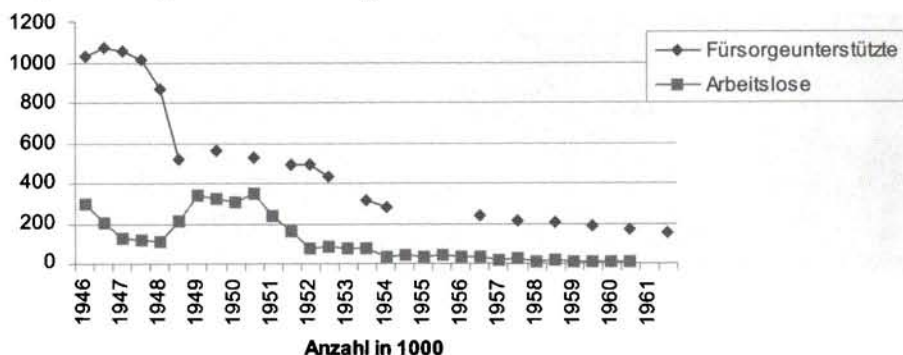
Quelle: Boldorf, Marcel: Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 33 u. 45. Stat. Jbb. der DDR 1956, S. 182; 1957, S. 196; 1960/61, S. 203; 1962, S. 96 f.

Die erste Nachkriegsstatistik im Juli 1946 erfaßte über eine Million Sozialfürsorgeempfänger. Während ihre Zahl bis 1947 kaum abnahm, beschleunigte sich der Abbau im Jahr 1948 rasant, so daß zum Jahresende nur noch gut eine halbe Million Fürsorgeempfänger erfaßt waren. Dieser Stand konnte wiederum bis 1952 kaum weiter gesenkt werden. Ganz offensichtlich verlief die Verminderung des Unterstützungsempfangs nicht planförmig im Gleichschritt mit dem extensiven Wirtschaftswachstum und der Arbeitsintegration, sondern eher sprunghaft, so daß die Ursachen für den Abbau der Unterstützungslast auch auf anderen Gebieten zu suchen sind. In der folgenden Graphik soll der Zusammenhang zwischen Fürsorgeempfang und langfristiger Entwicklung der Arbeitslosigkeit während des „langen Jahrzehnts“ der fünfziger Jahre dargestellt werden.

In der Argumentation der Sozialpolitiker spielte die Arbeitsvermittlung die entscheidende Rolle. Sie arbeitete von Beginn an erfolgreich, obgleich sie sich einer schwierigen Situation gegenübergestellt sah. Bis Ende 1948 strömten rund 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die SBZ ein. Die Ansiedlungsprobleme bei ihrer Zuweisung führten zu einer Trennung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt⁴. Weitere Probleme bereiteten die umfangreichen Anfragen der Besatzungsmacht sowie die verminderte Arbeitsfähigkeit durch Kriegsfolgen und Mangelernährung, welche auch den Unterstützungsempfang emporschnellen ließen. 1946 erfolgten in der SBZ zum Beispiel rund drei Millionen Arbeitsvermittlungen

⁴ Vgl. ausführlich: Zank, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 58–85; sowie: Boldorf, Fürsorgeunterstützung in Deutschland, S. 234–239.

Graphik: Fürsorgeunterstützte und registrierte Arbeitslose in der SBZ/DDR 1949–1961



Quelle: Boldorf, Marcel: Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 33 u. 45. Stat. Jbb. der DDR 1956, S. 182; 1957, S. 196; 1960/61, S. 203; 1962, S. 96 f.

bei monatlichen Schwankungen zwischen 230 000 und 320 000. Oftmals führten diese allerdings nur zu kurzfristigen Arbeitsverhältnissen und berufsfremden Beschäftigungen. Während die Gesamtzahl der Beschäftigten dadurch um rund eine Million anstieg, verringerte sich die Zahl der Fürsorgeempfänger bis Ende 1947 nicht. Immer wieder kamen große Mengen an Vertriebenen hinzu, die wegen des Fehlens von Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Gebieten Fürsorgeunterstützung beantragten. Erst als 1948 die Fluchtbewegung nachließ – in diesem Jahr wurden nur noch 165 000 Zuzüge registriert –, schien die Arbeitsvermittlung eine verstärkte Senkung der Unterstützungslast erreichen zu können.

Jedoch ließ sich, wie erwähnt, der Unterstützungsabbau nicht allein als Ergebnis einer verbesserten Arbeitsvermittlung werten. Als einschneidende Veränderung wirkten die im September 1948 auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht erlassenen Arbeitseinsatzbestimmungen, die vor allem alleinerziehende Frauen betrafen⁵. Die Grenzen für die Freistellung von der Arbeitspflicht wurden enger gezogen: Vorher waren Mütter mit einem Kind unter sechs Jahren oder zwei Kindern unter 15 Jahren freigestellt, doch wurden diese Altersgrenzen nun auf drei bzw. acht Lebensjahre gesenkt. Dies stellte eine große Menge alleinerziehender Mütter mit einem Schlag für den Arbeitseinsatz zur Verfügung, so daß sie in den Statistiken als arbeitsfähig erfaßt wurden. Dabei war der Umstand entscheidend, daß bei Bestehen einer Melde- und Einsatzpflicht die Statistik der Arbeitslosigkeit nicht nur diejenigen auswies, die freiwillig Arbeit suchten, sondern die Gesamtzahl der als arbeitsfähig definierten Arbeitslosen. Da Arbeitsfähigkeit ein Ausschlusskriterium für den Empfang von Unterstützungsleistungen war, wurden die betroffenen Frauen in Arbeit gedrängt. Dadurch konnte die Gesamtzahl der Fürsorgeempfänger in der SBZ auf 521 000 herabgedrückt werden. Diese erhebliche Senkung beruhte auch darauf, daß mit jeder Frau, die aus der Sozialfürsorge ausschied, im Schnitt 2,2 Kinder wegfielen⁶. Die alleinerziehenden früheren Fürsorgeempfängerinnen waren aber kaum langfristig in den Arbeitsprozeß einzugliedern, was die sta-

⁵ Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 49–55.

⁶ Matern, Schulung und Beschäftigung als Faktoren positiver Sozialfürsorge, S. 350.

tistisch erfaßte Arbeitslosigkeit in der Folge erhöhte. Mitte 1949 waren 338 000 Personen als Arbeitslose registriert, mehr als drei Jahre zuvor. Dieser statistische Effekt resultierte vor allem aus der Verschärfung der Freistellungsregelung in der Sozialfürsorge.

Durch die genannten Maßnahmen umfaßte die Arbeitslosenstatistik nun eine große Zahl schwer vermittelbarer Fälle, zu denen sich noch die Schwerbeschädigten gesellten, die durch Nachuntersuchungen als teilarbeitsfähig erklärt wurden⁷. Die Möglichkeiten zur weiteren Senkung der Arbeitslosigkeit erwiesen sich als beschränkt, da die Arbeitsplätze oft nicht behindertengerecht ausgestattet waren oder die Einrichtungen zur Kinderunterbringung fehlten. Sowohl Arbeitslosigkeit als auch Unterstützungsempfang verharrten bis Ende 1950 auf den Werten, die im Dezember 1948 erreicht worden waren. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wies eine ausgeprägte Saisonkomponente auf. Der Hauptgrund für den Anstieg während der Wintermonate lag in der temporären Beschäftigung der Landarbeiter und -arbeiterinnen. Tendenziell fiel die Arbeitslosigkeit seit 1951 ab, wobei sich die beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft stabilisierend auf die agrarischen Beschäftigungsverhältnisse auswirkte. Allerdings gelang es bis 1952 nicht, den Fürsorgeempfang entscheidend zu vermindern. Die empirisch erfaßbaren Daten widerlegen die von den Mitarbeitern des DDR-Arbeitsministeriums entwickelte Vorstellung, daß der Fürsorgeempfang im Plansystem kontinuierlich sinke. Auch die entwickelten Utopien von der Auflösung der Sozialfürsorge erwiesen sich als Illusion⁸.

3. Die Sozialfürsorge im Zeichen des ersten Fünfjahresplanes

In der ideologischen Debatte zu Beginn des Fünfjahresplanes wurde die Fürsorgepolitik als „Symptom“ angesehen, als „Spiegelbild unseres wirtschaftlichen Aufstiegs“⁹. Hierbei wurde der Abbau der Unterstützungszahlen zum Gradmesser des Erfolgs der Wirtschaftspolitik. Die Fürsorgepolitik wurde der Wirtschaftspolitik untergeordnet und erhielt eine legitimatorische Funktion. Denn wenn die Unterstützungszahlen stiegen, mußte dies als Mißerfolg der Wirtschaftspolitik interpretiert werden. In diesem Argumentationszusammenhang ist auch die weitere Entwicklung der Sozialfürsorge in der DDR zu sehen.

Im Januar 1952 mußte Abteilungsleiter Zumpe in einem Rechenschaftsbericht zur Entwicklung der Sozialfürsorge einräumen, daß eine Phase der Stagnation vorgelegen habe, in der die Zahl einer halben Million Unterstützungsempfänger nicht habe unterschritten werden können¹⁰. Hierbei kam zum Tragen, daß die Zahl der Unterstützungsempfänger mit den herkömmlichen Methoden der rigorosen Eingliederung in Arbeit nicht mehr zu vermindern war. Da viele ehemalige Unterstützte nur kurzfristig in Beschäftigung gebracht werden konnten, fielen sie bald wieder der Sozialfürsorge anheim. Die bestehende Arbeitslosenversicherung entla-

⁷ Boldorf, Eingliederung der Kriegsoffer und Schwerbeschädigten, S. 405 f.

⁸ Vgl. Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 190–194.

⁹ Zumpe, Sozialfürsorge im Fünfjahrplan, S. 328.

¹⁰ BAB, DQ 2/3744. Rechenschaftsbericht Paul Zumpes (Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen) vom 10. 1. 1952.

stete die Fürsorge kaum, weil aufgrund der kurzen Anwartschaftszeiten die Unterstützung aus dieser Quelle von ebenso kurzer Dauer blieb. Darüber hinaus lagen die Sätze der Arbeitslosenunterstützung oft unter denjenigen der Fürsorge, so daß Teilunterstützungen gewährt wurden. Diese Fälle wurden statistisch aber weiterhin als Fürsorgeempfänger erfaßt.

Außerdem weitete sich der Kreis der Unterstützungsempfänger auch dadurch aus, daß die Durchsetzung der novellierten Gesetzesbestimmungen erst mit zeitlicher Verzögerung erfolgte, weil diese von den lokalen Verwaltungen erst rezipiert werden mußten. Darauf hatte besonders der Ausbau der Behördenstrukturen auf dem Land Einfluß. Während dort früher meist keine Sozialverwaltungen vorhanden waren, führte das zentralisierte DDR-System erstmals eine Behördenorganisation ein. 1946 wurde allen Kreisarbeitsämtern eine Abteilung für Sozialfürsorge angegliedert. Die Kreisbehörden drangen auf den Aufbau einer ehrenamtlichen Außenfürsorge, so daß in den ländlichen Gebieten die vorher unzureichende fürsorgereische Betreuung ausgebaut werden konnte. In vielen kleinen Ortschaften eröffnete sich vielleicht erstmals die Möglichkeit, Anträge auf soziale Unterstützung zu stellen. Während die Unterstütztenzahlen in der DDR zwischen 1948 und 1952 um 86 654 zurückgingen, verzeichnete das fast durchweg agrarisch geprägte Mecklenburg im gleichen Zeitraum eine Zunahme der registrierten Fälle um 29,6 Prozent¹¹. Dieser Anstieg erfolgte trotz des Ausbaus der Beschäftigung in der gesamten DDR, der zwar nicht im Agrarsektor stattfand, aber dennoch zu Vollbeschäftigung führte.

In der zweiten Jahreshälfte 1952 entwickelte sich aufgrund der hohen Außenbelastung ein erheblicher Druck auf die öffentlichen Haushalte der DDR. Zudem wurden erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg Wachstumsschwächen deutlich – insbesondere im Vergleich zum westdeutschen Teilstaat. Zeitgleich rückte das auf der zweiten Parteikonferenz im Juli 1952 propagierte Ziel der „planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“ die Wirtschaftspolitik noch stärker in den Mittelpunkt. Auf die gesamte Volkswirtschaft war ein „allgemeines Prinzip der Sparsamkeit“ anzuwenden, nach dem vor allem die Ausgaben der öffentlichen Haushalte gekürzt werden sollten.

Eine Sitzung des Zentralkomitees im November 1952 stellte die Weichen für den verfügbaren Sparkurs¹². Über 38 Prozent der Kürzungen in Höhe von insgesamt 1,1 Milliarden Mark betrafen den Sozialhaushalt. Innerhalb dieses Bereiches sollten die Ausgaben der Sozialfürsorge „entsprechend der ökonomischen Entwicklung“ gestaltet werden. Das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung hatte im September 1952 ein entsprechendes Exposé ausgearbeitet¹³, das in 13 Grundsätzen nach Möglichkeiten suchte, wie die Ausgaben möglichst wirkungsvoll reduziert werden konnten.

Zur besseren Durchsetzung des Grundsatzes, daß ausschließlich Nichtarbeitsfähige monetäre Leistungen erhalten sollten, wurde die unbefristete Gewährung der Unterstützung zur Ausnahme. Nur wenn die Altersgrenze von 65 Jahren (bei Män-

¹¹ Vgl. Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 19, sowie ders.: Landarmut in der SBZ/DDR zwischen Bodenreform und Kollektivierung, S. 154.

¹² Staritz, Geschichte der DDR, S. 100–101.

¹³ Auch für das Folgende: BAB, DQ 2/780, Exposé des Ministeriums für Arbeit, Hauptreferat Sozialfürsorge, über die Gestaltung der Sozialfürsorge entsprechend der ökonomischen Entwicklung vom 16. 9. 1952.

nern) bzw. 60 Jahren (bei Frauen) überschritten war, erhielten die Bedürftigen eine laufende Unterstützung, weil sie definitiv nicht mehr als arbeitsfähig galten. Strenge Kriterien für Nachuntersuchungen wurden für alle Personen festgelegt, die aus anderen Gründen zeitweilig vom Arbeitseinsatz freigestellt waren, z.B. wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit. In der Regel mußten die betroffenen Unterstützten vierteljährlich bei den Gesundheitsbehörden vorsprechen. Aber selbst „dauernd arbeitsunfähige Personen“ hatten sich jährlich einer Nachuntersuchung zu unterziehen. Begründet wurde dieser erste Grundsatz des Exposés mit der Behauptung, „daß die arbeitsfähigen und teilarbeitsfähigen Fürsorgeempfänger nicht in genügendem Maße in den Produktionsprozeß eingereiht werden“ und „die Bereitwilligkeit der Fürsorgeunterstützungsempfänger, sich selbst Arbeitsplätze zu beschaffen [...] nicht vorhanden“¹⁴ sei.

Um die Effizienz der Arbeitsvermittlung zu erhöhen, wurde das Überprüfungssystem verstärkt. Bei der Antragstellung mußte der Unterstützungsbedürftige selbst eine Bescheinigung des Referates Arbeitskraftlenkung vorlegen, daß ihm kein zumutbarer Arbeitsplatz nachgewiesen werden konnte. Die Kriterien für eine Zumutbarkeit wurden dabei restriktiver als zuvor ausgelegt. Ferner waren nun eigene Bemühungen um Arbeitsaufnahme darzulegen. Arbeitslose, deren Bezüge aus der Arbeitslosenunterstützung aufgrund der Verweigerung einer Arbeitsaufnahme bzw. Nichteinhaltens einer vierzehntägigen Meldepflicht – diese wurde später auf acht Tage verringert – gestrichen wurden, durften künftig auch keine Fürsorgeunterstützung mehr erhalten. In diesen Fällen wurden nur noch die Kinder und die arbeitsunfähigen Haushaltsangehörigen vorübergehend unterstützt, d.h. den betroffenen Familien wurde die Existenzgrundlage stark beschnitten.

Die Freistellung vom Arbeitseinsatz wegen Kindererziehung, die bereits im Herbst 1948 eingeschränkt worden war und nach Auffassung von Arbeitsminister Chwalek zu „schematisch“ ausgelegt worden sei¹⁵, sollte aufgehoben werden, „um den gesetzlich bestehenden Weigerungsgrund zur Arbeitsaufnahme zu beseitigen“¹⁶. Da sich das Netz von Betriebskindergärten und Kindertagesstätten ausweitete¹⁷, verbesserten sich in dieser Hinsicht die Voraussetzungen. Zur zeitweisen Versorgung und Aufsicht der Kinder während der Zeit der Arbeitstätigkeit, sollten soziale Beziehungen am Wohnort oder an der Arbeitsstelle genutzt werden. Gleiches galt für Familienangehörige, die Pflegebedürftige betreuten und dadurch an der Arbeitsaufnahme gehindert wurden. Hier sollten die Hauswirtschaftspflegerinnen einspringen oder die Möglichkeit einer Heimunterbringung untersucht werden. Nur wenn diese Alternativen geprüft waren, durfte eine befristete Unterstützung genehmigt werden.

Die Unterhaltspflicht von Verwandten sollte nun stärker überwacht werden, vor allem wenn Unterstützungsempfänger finanzielle Hilfe aus dem Westen erhielten. Man ging davon aus, daß diese Zahlungen in der Mehrzahl von Flüchtlingen kämen, die „aufgrund ihrer politisch falschen Einstellung“ die DDR verlassen hatten. Es

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ BAB, DQ 2/780, Bericht von Arbeitsminister Chwalek zur Begründung der Ausnahmeregelung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats „über Einführung des Sparsamkeitsprinzips in der Sozialfürsorge“ vom 12. 2. 1953.

¹⁶ BAB, DQ 2/780, Exposé des Ministeriums für Arbeit vom 16. 9. 1952.

¹⁷ Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, S. 403 f.

könne „nicht Aufgabe der Sozialverwaltung sein, die Angehörigen solcher Personen aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen“. Die Arbeitsvermittlungsbehörden sollten solche Fälle besonders streng unter die Lupe nehmen. Weitere Bestimmungen des Exposés betrafen die Bekräftigung des Grundsatzes, daß die Höchstbegrenzung der Unterstützung auf den ortsüblichen Lohn der niedrigsten Lohngruppe festzusetzen war, sowie die Fragen der Anrechnung geringer Zusatzverdienste und der Rückzahlungspflicht beim Erwerb von Vermögen.

Die wesentlichen Punkte des Exposés wurden in der „Anweisung über die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen der Sozialfürsorge“ vom 20. Dezember 1952 aufgenommen¹⁸. Hinzu trat eine weitere einschneidende Maßnahme, die den durchgehenden Empfang von Fürsorgeleistungen zur Ausnahme machte. Der Ministerrat verfügte, daß der Bezug von Unterstützung für Arbeitsfähige und Teilarbeitsfähige auf drei Monate im Jahr beschränkt werde. Dadurch wurde der Druck, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen, auf ein Höchstmaß gesteigert. Auch die Arbeitsbehörden sollten alle denkbaren Möglichkeiten nutzen, um die Prinzipien des Sparkurses durchsetzbar zu machen. Der Maßnahmenkatalog, den der Ministerrat verabschiedete, war 1953 von den Arbeits- und Sozialbehörden erstmals anzuwenden.

4. Die Grenzen der restriktiven Maßnahmen

Die vorgenommene Kürzung der öffentlichen Ausgaben betraf den ohnehin finanziell dünn ausgestatteten Bereich der Sozialfürsorge ganz besonders. Die 1952 im Staatshaushalt vorgesehenen 254,8 Millionen Mark wurden für das Folgejahr auf 173,5 Millionen gesenkt¹⁹. Arbeitsminister Roman Chwalek stellte im März 1953 eine Überslagsberechnung an, nach der 1953 unter Beibehaltung der bisher gewährten Unterstützungssätze nur noch rund 300 000 Menschen dauerhaft unterstützt werden konnten. Gemessen daran schienen die Kürzungsbeschlüsse des Ministerrates nur schwer realisierbar, wie auch der Minister im Nachhinein feststellen mußte. Denn im Januar 1953 waren noch 439 000 Unterstützte registriert. Wollte man die restriktiven Maßnahmen durchsetzen, mußten restlos alle Arbeitsfähigen, inklusive der Teilarbeitsfähigen, sowie die bisher vom Arbeitseinsatz Freigestellten in Beschäftigungsverhältnisse gebracht werden.

Die von der DDR-Regierung beschlossenen Maßnahmen erwiesen sich mehr als fraglich, weil sie unter falschen Prämissen erlassen worden waren. In der DDR herrschte kein allgemeiner Arbeitskräftemangel, sieht man von einer Nachfrage nach Fachkräften ab, weil diese das Land in größerer Zahl nach Westen verließen²⁰. Die Arbeitskräftevermittlung über die Grenzen der Bezirke hinweg funktionierte keineswegs reibungslos, d. h. lokale Engpässe auf dem Arbeitsmarkt konnten nur

¹⁸ BAB, DQ 2/780, Ausarbeitung des Ministeriums für Arbeit, Abt. Sozialwesen, Hauptreferat Sozialfürsorge zum Ministerratsbeschluß vom 20. 12. 1952.

¹⁹ Zum Folgenden: BAB, DQ 2/780, Bericht von Arbeitsminister Chwalek zur Begründung der Ausnahmeregelung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats „über Einführung des Sparsamkeitsprinzips in der Sozialfürsorge“ vom 12. 2. 1953.

²⁰ Vgl. Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR.

selten durch Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Regionen der DDR geschlossen werden. Dies betraf im besonderen die Fürsorgeempfänger, weil diese als Freigestellte meist familiär gebunden bzw. als Teilarbeitsfähige mit Körperschäden nicht ausreichend mobil waren.

Unter diesen Bedingungen konnten die Fürsorgebehörden zwischen Januar und März 1953 keine wesentlichen Einsparungen an Fürsorgemitteln erreichen²¹. Vielfach traten Kommunikationsprobleme bei der Weiterleitung der zentralen Anweisung auf. Manchmal gelangten die Bestimmungen nicht zur Ausführung, weil die lokalen Sozialbehörden an ihren gewohnten Verwaltungsabläufen festhielten. In vielen Fällen wurde so verfahren, daß die Unterstützungsleistungen während der drei ersten Monate des Jahres wie gehabt zur Auszahlung gelangten. Dadurch hatte die Mehrzahl der Fürsorgeempfänger im April keinen Anspruch mehr auf Unterstützung. Angesichts der zu erwartenden Probleme genehmigte Ministerpräsident Otto Grotewohl am 28. März 1953, den Fürsorgeempfängern einen weiteren Monat Unterstützungen zu gewähren²². Arbeitsminister Chwalek bekundete indessen seine Zweifel, daß tatsächlich alle Fürsorgeempfänger „ungesäumt in Arbeit zu bringen“ seien.

Da die Anweisung erst spät erging, fehlte den unteren Verwaltungsebenen oft die Information, so daß lokal unterschiedlich verfahren wurde. Manche Behörden wandten die Sperregelungen flexibel an, obwohl sie von dem Beschluß nicht erfuhren. An anderen Orten gelangte die Fürsorgesperre wiederum zur Durchführung. Im Bezirk Erfurt protestierten die Betroffenen in den Städten Erfurt, Weimar und Arnstadt gegen die Kürzungen²³. Gleichzeitig gab es auch Proteste von Seiten der Sozialverwaltungen. Die Krisensituation, die die Fürsorgesperre hervorrief, reihte sich in die sozialen Unruhen im Vorfeld des 17. Juni 1953 ein. Zeitlich lagen die Beschlüsse vor dem Entzug der Lebensmittelkarten, der ab Mai 1953 den Mittelstand betraf und meist als Ursache der Junikrise angeführt wird²⁴. Die soziale Unterschicht der Fürsorgeempfänger bildete somit das erste Opfer des allgemeinen Sparkurses.

Die Umkehr leitete die Ministerratssitzung vom 11. Juni 1953 ein, als der „Neue Kurs“ proklamiert wurde²⁵. Die Regierung hob nicht allein die nach drei Monaten eintretende Fürsorgesperre auf. Um das soziale Klima wieder zu befrieden, erhöhte der Ministerrat in seiner Sitzung vom 25. Juni 1953 die Renten und Sozialfürsorgesätze um zehn Mark monatlich²⁶. Diese Aufstockung sollte, in Abkehr von allen bisherigen Verfahrensweisen, unabhängig vom ortsüblichen Mindestlohn wirksam werden²⁷. Nach dieser Kehrtwende entspannte sich die materielle Lage der Fürsorgeempfänger wieder.

²¹ Vgl. Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 216.

²² BAB, DQ 2/780, Schreiben von Arbeitsminister Chwalek an Ministerpräsident Grotewohl vom 30. 3. 1953.

²³ Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 217.

²⁴ Vgl. Buchheim, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953, S. 430.

²⁵ BAB, DQ 2/780, Anweisung von Friedel Malter, Staatssekretärin des Ministeriums für Arbeit, an die Räte der Bezirke und Kreise, Abt. Arbeit und Berufsausbildung, vom 11. 6. 1953.

²⁶ Gesetzblatt der DDR 1953, S. 822 f.

²⁷ BAB, DQ 2/3745, Rundschreiben des Ministeriums für Arbeit an die Räte der Bezirke vom 14. 7. 1953.

Der durch den Ministerratsbeschluß vom 20. Dezember 1952 eingeschlagene Weg in der Sozialfürsorge führte dennoch in mehrerlei Hinsicht zu den gewünschten Ergebnissen²⁸. 1953 sank die Zahl der Fürsorgeempfänger erstmals nach längerer Zeit wieder deutlich. Während sie zu Beginn des Jahres noch über 400 000 lag, erreichte sie am Ende fast die Marke von 300 000, die Chwalek anvisiert hatte. Die damalige Steigerung der Flüchtlingszahlen²⁹ kann diese Senkung der Unterstützungslast nur zu einem geringen Teil erklären. Wie gezeigt, waren die Fürsorgeempfänger, weil sie oft von fremder Hilfe abhängig waren, relativ immobil. Da der Anteil der Umsiedler sowohl unter den Fürsorgeempfängern wie unter den Westwanderern hoch war, ist der Abzug einzelner Personen aus dieser Bevölkerungsgruppe sicherlich nicht auszuschließen. Allerdings sollte dem Zusammenhang keine zu große Bedeutung beigemessen werden, da sich die übrigen Spitzen der Westwanderung, z. B. 1957 und 1960, nicht auf die Fürsorgestatistik auswirkten.

Offenbar gelang es, einen großen Teil der noch verbliebenen Arbeitsfähigen in den Produktionsprozeß einzugliedern. Der Anteil der Arbeitsfähigen an der Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger sank von 43,6 Prozent (1950) über 29,8 Prozent (1952) auf 20,6 Prozent (1953)³⁰. Wie rigoros die Fürsorgebehörden in dieser Hinsicht vorgehen mußten, wird daraus ersichtlich, daß im Vorfeld des Sparkurses (Mai 1952) nur knapp ein Viertel der arbeits- bzw. teilarbeitsfähigen Fürsorgeempfänger als „sofort einsatzfähig“ eingestuft wurde. Zur weiteren Entlastung der Fürsorgestatistik trug aber auch die sukzessive Anhebung der Mindestrentensätze bei. 1953 betrugen diese 75 Mark und lagen nun deutlich über den Richtsätzen der Sozialfürsorge. Außerdem weitete sich der Kreis der Alters- und Invaliditätsrentner aus. Ihre Zahl stieg von 865 422 (1950) auf 1 246 151 (1953). Es gab vor allem mehr Invaliden- und Witwenrenten bei gleichzeitiger Abnahme der Waisenrenten³¹. Auch in diesem Bereich des Sozialleistungssystems zeigte sich, daß nach dem Erlaß der entsprechenden Rentengesetze in den späten vierziger Jahren eine gewisse Zeit verstrich, bis alle antragsberechtigten Personen die ihnen zustehenden Leistungsansprüche wahrnahmen.

5. Die Konsolidierungsphase 1954–1961

Als die ökonomische Krise der Jahre 1952/53 endete, verbesserte sich auch die Lage der öffentlichen Haushalte wieder. Dies ergab den Spielraum, den Sozialhaushalt auszuweiten, so daß er 1955 wieder die Höhe von 1951 erreichte³². Die argumentative Untermauerung der Zielsetzungen blieb unverändert, wie eine Ausarbeitung der Abteilung Sozialfürsorge im September 1954 zeigte: „Unsere Arbeiter- und Bauernmacht hat bedeutende Erfolge, besonders nach dem Neuen Kurs ist die Le-

²⁸ Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 220.

²⁹ Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 288 f. Vgl. auch den Beitrag von Henrik Bispinck in diesem Band.

³⁰ Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, S. 369; Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR, S. 206.

³¹ Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, S. 330–332.

³² Gebhardt, Zur Entwicklung der Ausgaben des Staatshaushaltes, S. 741.

benslage für alle Schichten der Bevölkerung in schnellem Maße gestiegen.“³³ Zur Rolle der Sozialpolitik hieß es erneut: „Im Spiegelbild der Wirtschaftspolitik steht die Sozialpolitik, d. h. daß die Lösung von sozialen Fragen und Verbesserungen auf sozialem Gebiet abhängig sind von einer aufsteigenden Entwicklung unserer Wirtschaft, weil damit erst die Voraussetzungen für soziale Verbesserungen geschaffen werden. Einbegriffen in die Sozialpolitik ist also die Lohnpolitik, der Arbeitsschutz, die Sozialversicherung, die Wohnungsfrage und die Sozialfürsorge.“ Interessanterweise änderte sich die Argumentation auch in den internen Schreiben überhaupt nicht. Nachdem die Krise überwunden war, suchte man wieder zur positiven Propaganda zurückzukehren.

Die Unterstützungszahlen konnten weiter gesenkt werden, sie fielen zwischen Mitte 1954 und Ende 1956 von 283 000 auf 238 000, d. h. jährlich im Schnitt um 18 000. Dies entsprach auch ungefähr dem Durchschnitt in den folgenden Jahren bis zum Mauerbau, der bei 16 200 lag – mit Schwankungen der Abnahme von 23 000 (1957) bis 7 000 (1958)³⁴. Diese Entwicklung des Fürsorgeempfangs kann als Zeichen der ökonomischen Konsolidierung gewertet werden, wenn auch die Senkung der Unterstützungszahlen aufgrund der Spezifika der Notlagen keineswegs so rasch wie beim Abbau der Arbeitslosigkeit gelang, die bis Anfang der sechziger Jahre fast vollends verschwand und seit 1961 nicht mehr im Statistischen Jahrbuch ausgewiesen war. Für eine Eingliederung in Arbeitsverhältnisse kamen fast nur noch Teilarbeitsfähige, z. B. Schwerbeschädigte, in Betracht.

Je mehr die Arbeitsvermittlung an Bedeutung verlor, desto größer wurde die Rolle des Ausbaus anderer Teile des Sozialsystems für den Abbau der offenen Unterstützungsfürsorge. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ist hier vor allem die steigende Zahl der Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen anzuführen, die zwischen 1955 und 1960 von 72 092 auf 88 501 stieg³⁵. Für den Ausbau des Heimsystems sprachen auch ökonomische Gründe. Die Pflegetätigkeit band, sofern sie von arbeitsfähigen Familienangehörigen wahrgenommen wurde, deren Arbeitskraft an den eigenen Haushalt³⁶. Die Heimfürsorge wurde 1956 durch zwei Verordnungen, die parallel zur Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge erlassen wurden, aufgewertet. Hier verpflichtete sich der Staat zur Einrichtung von Heimplätzen für ältere und pflegebedürftige Menschen.

Die Senkung der Unterstütztenquote und die wirtschaftlich positive Entwicklung erlaubten die Erhöhung der Unterstützungssätze in relativ rascher Folge. Unmittelbar nach der Aufhebung der Fürsorgesperre 1953 waren die Sätze aus politischen Gründen um zehn Mark angehoben worden, unabhängig davon, ob der ortsübliche Mindestlohn überschritten wurde. Die nächste großzügige Erhöhung, die eine Reaktion auf die entspanntere Haushaltssituation und die gesunkene Unterstützungslast darstellte, erfolgte zum 1. Dezember 1956. Die Sätze für Hauptunterstützungsempfänger stiegen von 55 auf 85 Mark. Eine solch deutliche Erhöhung hatte es in der DDR-Fürsorgegeschichte zuvor noch nie gegeben. Der Leistungs-

³³ SAPMO, DY 30/IV 2/611/84, Untersuchung und Vorschläge der Abt. Sozialfürsorge vom 30. 9. 1954.

³⁴ Siehe Tabelle oben.

³⁵ Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, S. 372.

³⁶ Richter, Große Erfolge der Sozialfürsorge im ersten Fünfjahresplan, S. 156.

ausbau trat zu einem Zeitpunkt ein, als die Regierung die Gewißheit haben konnte, so gut wie alle arbeitsfähigen und vermittelbaren Fürsorgeempfänger in Arbeit gebracht zu haben.

6. Fazit

Wie gezeigt, war die Vorstellung der DDR-Fürsorgeverwaltungen, daß sich der Abbau des Fürsorgeempfangs linear zum wirtschaftlichen Aufstieg vollziehe, irrig. Die größte Senkung während der fünfziger Jahre gelang 1953, während der Zeit der ökonomischen Krise. Und auch die enorme Senkung der Unterstütztenzahlen im zweiten Halbjahr 1948 war nicht das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern einer administrativ-politischen Entscheidung. Somit kann die Entwicklung der Unterstütztenzahlen in der Frühphase der DDR mitnichten als Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden. Die erkennbaren Etappen hingen vielmehr von politischen Vorgaben ab. Diese wiederum orientierten sich an den Leitbildern der Fürsorgepolitik, die sich auf die Integration in Arbeit und die Ersparnis von Leistungen konzentrierten.

Die gewährten Sozialleistungen waren auf andere Weise vom wirtschaftlichen Wachstum abhängig. Die gesunkenen Unterstütztenzahlen verminderten die Staatsausgaben in diesem Bereich und erlaubten eine deutliche Erhöhung der Unterstützungsleistungen. Voraussetzung hierfür war die Entfernung aller Arbeitsfähigen aus der Fürsorge. Die so erreichte Marginalisierung des Unterstützungsproblems veränderte auch die Stellung der Fürsorgepolitik. Diese verlor ihr eigenständiges Gewicht als Zweig der deutschen Sozialpolitik. Als das Ministerium für Arbeit 1958 aufgelöst wurde, wurde die Sozialfürsorge als Abteilung für „Soziale Betreuung“ ins Gesundheitsministerium verlegt. Mit dieser neuen Bezeichnung war nicht mehr alleine die Unterstützung der Sozialfürsorgeempfänger gemeint, sondern die Sorge galt nun allgemein den sozial Benachteiligten, z. B. älteren Menschen und kinderreichen Familien. Neben dem erwähnten Ausbau der Heimfürsorge gewann vor allem der Bereich der Rehabilitation an Bedeutung.

Burghard Ciesla

„All das bremst uns, kann uns aber nicht aufhalten“¹

Wohlstandsversprechen und Wirtschaftswachstum: Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik in den fünfziger Jahren

1. Einführende Bemerkungen

Der ungarische marxistische Philosoph Georg Lukács bemerkte einmal zum Überlegenheitsglauben im sozialistischen System: „Ich habe immer gedacht, daß es besser wäre, in der schlechtesten Form des Sozialismus zu leben als unter der besten Form des Kapitalismus.“² Lukács beschrieb aus persönlicher Sicht die in den fünfziger und sechziger Jahren allgemein vorherrschende Überzeugung unter den Linken, daß der Sozialismus früher oder später, nach der Überwindung der anfänglichen Nachteile, seine Überlegenheit deutlich zeigen werde. Die Propaganda appellierte damals immer wieder daran, daß die Widrigkeiten des sozialistischen Alltags nicht den Blick für das Große trüben sollten. Die große Perspektive sei der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus und die Errichtung eines sozialistischen Zukunftsstaates sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit. Politökonomisch bedeutete die Umsetzung dieser Utopie die Konstruktion eines Systems, das alle negativen Elemente der kapitalistischen Produktionsweise eliminieren sollte. Dazu gehörte zuallererst die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Außerkraftsetzung des Marktmechanismus, d. h. an die Stelle der „Anarchie des Marktes“ trat die zentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftslebens³. Das wirtschaftspolitische Credo lautete: „Kein freies Spiel der Kräfte“⁴. Die SED-Führung sah in der Plan-

¹ Der im Titel zitierte Satz stammt aus einem Artikel der DDR-Zeitung „Freiheit“ vom 25. 8. 1955. Darin wurde ein für die damalige Zeit typischer propagandistischer Vergleich des Lebensstandards in Ost- und Westdeutschland auf der Grundlage des Pro-Kopf-Verbrauchs an Nahrungsmitteln vorgenommen. Hinsichtlich des Rückstandes bemerkt der Artikelschreiber: „Wir könnten ja noch viel weiter sein, wenn es nicht eine Reihe von Dingen gegeben hätte, die uns in unserer Entwicklung hemmten. Da ist vor allem die Spaltung unseres Vaterlandes, die sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens nachteilig auswirkt. Da ist bei uns in den Betrieben und Verwaltungen der Bürokratismus, der oft genug noch dem Neuen, Vorwärtstrebenden hindernd im Wege steht. Da sind vor allem noch Menschen, die noch nicht begriffen haben, daß sie die Herren der Betriebe sind, daß sie für sich arbeiten, und die durch alte Anschauungen an der richtigen Arbeit gehindert werden. *All das bremst uns, kann uns aber nicht aufhalten.*“ [Hervorhebung vom Vf.] Abgedruckt im SBZ-Archiv 6/1955, S. 272, und in: Kleßmann/Wagner, Das gespaltene Land, S. 362.

² Zitiert bei Kornai, System, S. 56.

³ Vgl. neben der zeitgenössischen Partei- und Propagandaliteratur exemplarisch ebenda, S. 53–65; Mühlberg, Alltag, S. 15–25; Steiner, Wirtschaftsreform, S. 15–17.

⁴ „Kein freies Spiel der Kräfte!“ verlangte der Finanzminister der DDR, Willy Rumpf

wirtschaft der DDR das bewußte Gegenmodell zur westlichen Marktwirtschaft: *Großer Plan* gegen *Big Business*. Die Überlegenheit sollte sich vor allem im höheren wirtschaftlichen Leistungsvermögen des Sozialismus zeigen, d.h. in einem überlegenen Wirtschaftswachstum. Eine entscheidende Rolle spielte hierbei die Annahme, daß sich der einzelne in der Gesellschaft freiwillig mehr und mehr in den Dienst des Allgemeinwohls stellt und so seine Selbstsucht und seinen Individualismus überwindet. Der „Enthusiasmus der Massen“ sollte unter der Führung der Partei den Weg in die Zukunft bahnen. Grundsätzlich wurde dabei davon ausgegangen, daß das planwirtschaftliche System aus sich selbst heraus eine bessere wirtschaftliche und damit auch gesamtgesellschaftliche Dynamik als der Kapitalismus entwickeln würde. Freilich sollte das alles ohne die Reproduktion der Fehler und Mängel des anderen Systems geschehen. Der Sieg im Wettstreit der Systeme schien aufgrund der vermeintlich überragenden Systemeigenschaften „gesetzmäßig“ garantiert zu sein. Vor diesem Hintergrund wurden Wohlstandsversprechen gemacht⁵.

Dieses hier kurz umrissene Überlegenheitsdenken im sozialistischen System ist Voraussetzung für das tiefere Verständnis der Grundprobleme der Wirtschaftsentwicklung in der DDR in den fünfziger Jahren. Daraus ergeben sich wichtige Teilantworten auf die Frage, warum die SED-Führung 1952 und 1958 überzogene und aus heutiger Sicht irrational erscheinende Überhol- und Modernisierungskampagnen gestartet hat. Zur Beantwortung dieser Frage fokussiert der Beitrag zuerst den Systemwettstreit und die in den fünfziger Jahren abgegebenen Wohlstandsversprechen. Danach stehen die ökonomischen Rahmenbedingungen und einige wichtige Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt des Interesses. Freilich können in einem solchen Beitrag nur ausgewählte Aspekte und Grundzüge der Entwicklung berücksichtigt werden. Weiterführend sei deshalb auf die neuere Forschungsliteratur aufmerksam gemacht, die diesem Beitrag zugrunde liegt⁶.

2. Systemwettstreit und Wohlstandsversprechen

„Meine Rakete ist viel größer! Und wenn ich älter bin, werde ich damit in den Urlaub fahren.“ So lautete die Unterschrift des Titelbildes der DDR-Zeitschrift „Die Wochenpost“ vom 17. Januar 1959. Das Titelbild der Ausgabe zeigte zwei Kinder,

(1903–1982), in einem Zwischenruf während des Schlußwortes von Walter Ulbricht auf der 11. ZK-Tagung am 18. 12. 1965. Zwar stammt dieser Zwischenruf aus den sechziger Jahren, aber er bringt exemplarisch zweierlei zum Ausdruck: Einerseits widerspiegelt er das messianische Glaubensbekenntnis der SED-Wirtschaftspolitik, und andererseits verdeutlicht der Zwischenruf die ewige Sorge der SED, daß Änderungen in der Wirtschaftsordnung der Marktwirtschaft Tür und Tor öffnen würden. Zitiert und vergleiche bei Steiner, Wirtschaftsreform, S. 15 und 346–441.

⁵ Ebenda, S. 15–17 und 37; Kornai, System, S. 55–57; Drechsler, GegenSpieler, S. 93–110.

⁶ Vgl. unter anderem Steiner, Betriebe, S. 53–67; Kaminsky, Wohlstand, S. 27–70; Steiner, Wirtschaftsreform, S. 26–48; Sewart, Torheit, S. 157–190; Steiner, Überholen, S. 245–262; Bauer, Pkw-Bau; Baar/Petzina, Wirtschaft; Schildt/Sywottek, Wiederaufbau; Hoffmann/Macraakis, Technik; Bähr/Petzina, Innovationsverhalten; Steiner, Frustration, S. 21–36; Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1995; Hübner, Konsens; Lemke, Berlinkrise; Steiner, Vorstellungen, S. 233–268; Buchheim, Folgekosten; Karlsch, Allein bezahlt?; Steiner, Berater, S. 100–117.

die vor einer Schultafel über ihre gezeichneten Raketenentwürfe diskutierten⁷. Der kindliche Raketenvergleich verweist auf einen heute komisch anmutenden Charakterzug des Systemwettstreites in den fünfziger Jahren. Nicht selten forderte damals die eine Seite die andere nach dem Motto heraus: Unser System ist viel besser als eures! In den politischen Sonntagsreden ging es um schönere „Schaufenster“, einen besseren Lebensstandard, höhere Wachstumsraten, Bomber- und Raketenlücken oder noch größere Atombomben.

Berühmt geworden sind vor allem die Vergleiche Chruschtschows, der sich beispielsweise während seines USA-Besuches im September 1959 bei einem Gespräch mit Eisenhower darüber ärgerte, daß im Zimmer ständig das Telefon läutete. Chruschtschow empfand das Telefonklingeln irgendwie als eine provozierende Anspielung auf das rückständige sowjetische Telefonsystem. Er erklärte daraufhin, daß es in der Sowjetunion bald ein besseres Telefonnetz als in Amerika geben würde, und als Pointe fügte er hinzu: Das System werde so viel besser sein, daß die Amerikaner die Fernsprechverbindungen in die UdSSR kappen würden, aus Angst davor, ein Vergleich würde nicht zu ihren Gunsten ausfallen⁸.

Überhaupt waren es die Raketen, die am Ende der fünfziger Jahre immer wieder Anlaß zum Vergleich gaben. Die Sowjetunion hatte am 4. Oktober 1957 mit dem ersten künstlichen Weltraumsatelliten für weltweites Aufsehen gesorgt. Der erfolgreiche Start des „Sputnik“⁹ erzeugte bei den Amerikanern ein tiefes Gefühl nationaler Erniedrigung. Die amerikanische Presse beklagte ein „technological Pearl Harbor“, und man war sich einig darüber: Der Konsumgeist habe Amerika „weich“ gemacht, und die Sowjetunion sei nun in Wissenschaft und Technologie eindeutig führend¹⁰. Im Westen wurde anerkennend bemerkt, daß vielleicht kein Ereignis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges deutlicher den Aufstieg der Sowjetunion unter die Weltmächte des 20. Jahrhunderts markiert hätte¹¹. Als die Vereinigten Staaten am 6. Dezember 1957 versuchten, ihren ersten Satelliten vor laufenden Kameras in eine Erdumlaufbahn zu bringen, scheiterte das Unternehmen mit einer gewaltigen Explosion: „Oh, what a Flopnik“ lästerte der britische „Daily Herald“ am nächsten Tag¹².

Ohne Zweifel, der fußballgroße „Sputnik“ und seine Nachfolger überzeugten damals weltweit viele Menschen von der technischen Überlegenheit der Sowjetunion, was heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Das Ereignis stärkte den Glauben an die überragenden Fähigkeiten des planwirtschaftlichen Systems sowohl im Osten als auch im Westen¹³. Der renommierte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith bemerkte rückblickend über die Anfangserfolge der sowjetischen Raumfahrt: „Diese Leistung des Kommunismus beeindruckte diejenigen am meisten, die das System am wenigsten mochten. Konservative, besonders in den Vereinigten Staaten, wurden sowohl durch den Erfolg des Kommunis-

⁷ Polkehn, Wochenpost, S. 66.

⁸ Grinevskij, Tauwetter, S. 260.

⁹ Russisch für: Reise- oder auch Weggefährte.

¹⁰ Dickson, Sputnik, S. 1–13 und 108–133; Isaacs/Downing, Der Kalte Krieg, S. 155 f.; Hall/Shayler, Rocket Men, S. 63 f.; Divine, Sputnik Challenge, S. 3–17.

¹¹ FAZ vom 7. 10. 1957, S. 1.

¹² Isaacs/Downing, Der Kalte Krieg, S. 156; Dickson, Sputnik, S. 154–159.

¹³ Radkau, Wirtschaftswunder, S. 129; Steiner, Wirtschaftsreform, S. 38 f.

mus als auch seine weltweite Herausforderung und seine Bedrohung in erhebliche Erregung versetzt.“¹⁴ In den fünfziger Jahren war außerdem noch nicht abzusehen, wer als Sieger aus dem Wettstreit der Systeme hervorgehen würde. Westliche Experten wurden vor allem von der Zuversicht beeindruckt, mit der die Sowjetunion siegesicher und entschieden erklärte, was sie noch alles gedachte zu erreichen¹⁵.

Wie sehr die Welt vom „Sputnik“ fasziniert gewesen war, verdeutlichte auch die Brüsseler Weltausstellung von 1958. In ihrem Pavillon präsentierte sich die Sowjetunion als technologische Führungsmacht. Die Besucher konnten unter anderem eine Nachbildung des Erdsatelliten „Sputnik 1“ und das Modell einer künftigen sowjetischen Mondrakete bewundern. Der Besucherstrom, der sich zwischen April und Oktober 1958 in die sowjetische Ausstellungshalle ergoß, war schlicht überwältigend. Die Russen stahlen mit ihren Raketen den Amerikanern mit ihrer bunten Konsumwelt buchstäblich die Show¹⁶.

Im östlichen Bündnissystem lösten die sowjetischen Weltraumerfolge zudem eine regelrechte technologische Fortschrittseuphorie aus. Angesichts einer solchen technischen Meisterleistung war der Sieg des Sozialismus nur noch eine Frage der Zeit¹⁷. Eines schien nun ein für allemal geklärt: „Wer als erstes den Erdtrabanten in die Welt schicken kann, dem wird es auch möglich sein, die ökonomische Hauptaufgabe zu lösen, nämlich den Kapitalismus in der Produktion von Fleisch und Fett zu überholen.“¹⁸ Mancher geriet nach dem Start des „Sputnik“ ins Schwärmen, wie etwa der Stellvertretende Vorsitzende des DDR-Ministerrates Fritz Selbmann (1899–1975), der in einer Diskussion über die Bedeutung des Satelliten erklärte: „Für mich als alten Kommunisten hat der Satellit noch gewissermaßen eine Art symbolische Bedeutung. Die Signale aus dem Weltall, die jetzt kommen, diese Funksignale, die verkörpern tatsächlich den Satz aus dem Lied, das der internationalen Arbeiterbewegung seit bald hundert Jahren ein Symbol ist: Völker, hört die Signale!“¹⁹

Die alltäglichen Probleme wurden freilich durch die Weltraumerfolge nicht kleiner. Was nutzten Raketen im Weltall, so des Volkes Stimme in der DDR, wenn es keine ordentlichen Schuhe zu kaufen gab, die Versorgung immer wieder zusammenbrach, das Toilettenpapier fehlte, die Züge auf einer angeschlagenen Infrastruktur durch die Gegend schlichen, die Kleidung als unmodern empfunden wurde oder ein „Ferngespräch“ zwischen Potsdam und dem benachbarten Falkensee erst nach einer Stunde und mehr zustande kam. Von der Schöpferkraft, die zu den Sternen greifen ließ, war im sozialistischen Alltag nicht viel zu spüren. Raketerfolge beflügelten zwar die Phantasie, aber man konnte sie weder essen noch anziehen. Für einige Zeit wirkten sie jedoch ohne Zweifel stimulierend, und sie ließen quer durch die Gesellschaft große Hoffnung aufkommen. Die durch die Raumfahrtfolge ver-

¹⁴ Galbraith, *Geschichte der Wirtschaft*, S. 184.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 182; Radkau, *Wirtschaftswunder*, S. 129; Kaminsky, *Konsumgeschichte*, S. 48.

¹⁶ Vgl. Weltausstellung Brüssel 1958, in: *Chronik* 2001.

¹⁷ Ciesla, *Transferfalle*, S. 196 f.

¹⁸ SAPMO, NY 4113/11, Stenografische Niederschrift des wissenschaftlichen Gesprächs der Redaktion der „Einheit“ über die Bedeutung des Starts des sowjetischen Erdsatelliten im Hause des Demokratischen Rundfunks, 10. 10. 1957, Nr. 11.

¹⁹ Ebenda.

stärkte Fortschrittseuphorie trug schließlich nicht unwesentlich dazu bei, daß die SED-Führung auf dem V. Parteitag 1958 ihr berühmt gewordenes Wohlstandsversprechen in Form der „ökonomischen Hauptaufgabe“ abgab: Der Pro-Kopf-Verbrauch an den wichtigsten Lebensmitteln und Konsumgütern der werktätigen Bevölkerung der DDR wird den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands bis 1961 erreichen und übertreffen²⁰. Damit wollte man nicht nur der eigenen Bevölkerung Überlegenheit demonstrieren, sondern in der anderen deutschen Republik sollte zugleich eine Atmosphäre geschaffen werden, „in der das Verlangen reift, das Leben in der Existenzunsicherheit Westdeutschlands aufzulegen und in die DDR überzusiedeln“²¹.

Doch das Wohlstandsversprechen von 1958 war nicht das erste in den fünfziger Jahren. Schon vorher hatte die SED-Führung angekündigt, den Westen einzuholen²². Genau genommen gab es die Polemik zwischen Ost- und Westdeutschland seit zehn Jahren. Begonnen hatte alles mit der doppelten Währungsreform im Juni 1948. Beide Seiten benutzen von da ab die „Schaufensterpolitik“ als Maßstab für den eigenen Wohlstand und wirtschaftlichen Aufstieg²³. Der erste Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, erklärte 1949 beispielsweise Berlin zum zentralen Austragungsort des „Schaufensterwettstreites“ zwischen Ost und West. Reuter verkündete: „Berlin muß Schaufenster der Freiheit, aber auch ein Schaufenster des wirtschaftlichen Wohlstands werden. Das ist die Funktion dieser Stadt hinter dem Eisernen Vorhang.“²⁴ Der in den westdeutschen Schaufenstern zur Schau gestellte Konsumwohlstand wurde in der Tat sehr schnell zu einem dauerhaften Legitimationsproblem für die SED-Führung. Sie verknüpfte deshalb den Beschluß zum Aufbau des Sozialismus auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 mit einem Wohlstandsversprechen: „Durch den großen Fünfjahrplan wird ein solcher Aufschwung der Wirtschaft erreicht werden, daß bis zum Jahre 1955 die Lebenshaltung des Volkes die der Bevölkerung der kapitalistischen Länder übertreffen wird.“²⁵ Die beachtlichen Erfolge des Zweijahrplans (1949–1950) und vor allem die hohen Zuwachsraten der Bruttoproduktion der Industrie am Beginn der fünfziger Jahre waren für die SED-Führung im Sommer 1952 Grund genug anzunehmen, daß am Ende des 1. Fünfjahrplanes (1951–1955) die DDR über einen höheren Lebensstandard als die Bundesrepublik verfügen würde²⁶.

Einige Wochen nach der II. Parteikonferenz bekam die SED vom „Dicken mit der Zigarre“, dem westdeutschen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, eine Antwort auf die Ankündigung, den Sozialismus aufzubauen und einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Bei der Eröffnung der 3. Deutschen Industrieausstellung am 19. September 1952 unter dem West-Berliner Funkturm bezeichnete Erhard die Industrieausstellung als ein „Schaufenster“ der freien Welt, mit dem veranschaulicht werden sollte, „welcher Erfolg erreicht werden kann, wenn freie Menschen in

²⁰ Hoffmann/Schmidt/Skyba, Dokumente, S. 322f.; Steiner, Wirtschaftsreform, S. 38f.; Kaminsky, Konsumgeschichte, S. 48f. und 60; Berger, Deutschland, S. 352f.

²¹ Zitiert bei Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 423.

²² Diedrich, 17. Juni 1953, S. 29.

²³ Pence, Schaufenster.

²⁴ Zitiert bei Düwel, Planen im Kalten Krieg, S. 231.

²⁵ Protokoll zur II. Parteikonferenz, S. 44 (Rede Ulbrichts).

²⁶ Diedrich, 17. Juni 1953, S. 29; Steiner, Lenkungsverfahren, S. 282f.

freiem Zusammenspiel ihrer Kräfte zusammenwirken“²⁷. Der Wirtschaftsminister signalisierte damit auch an die Adresse der SED, daß mit der „Erweckung der Kräfte der Selbstbehauptung“ und dem „Mut zur Konsumtion“ die Bundesrepublik auf dem richtigen Weg sei²⁸.

Die DDR war es offensichtlich nicht, denn sie steuerte nach dem Aufbaubeschluß und der forcierten Militarisierung von 1952/1953 geradewegs in ihre erste existentielle Gesellschaftskrise mit dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 als Höhepunkt. Der Aufstand war ein Schockereignis sowohl für die Herrschenden, die überraschend mit der Machtffrage konfrontiert wurden, als auch für die Beherrschten, denen man mit sowjetischen Panzern unmißverständlich ihren politischen „Handlungsspielraum“ verdeutlichte²⁹. Nach den Ereignissen vom Juni 1953 unterließ es die SED-Führung für einige Jahre tunlichst, „öffentlich zu bekunden, das westliche Niveau übertreffen zu wollen, weil man es wohl zum einen in absehbarer Zeit nicht für erreichbar hielt und zum anderen damit öffentlich eingestanden hätte, selbst zurückgeblieben zu sein“³⁰. Gleichwohl gab es 1954 und 1955 eine Verbesserung der Lebenslage der DDR-Bevölkerung, aber diese beschränkte sich weitgehend auf eine stabilere Versorgung mit Konsumgütern, um so die Folgen der sozialen und politischen Konflikte der Krise 1952/53 zu entschärfen³¹.

Das sollte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 wieder ändern, da dort die große Bruderpartei zum friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus aufgerufen hatte. In „geschichtlich kürzester Frist“ wollte die Führung in Moskau die entwickelten kapitalistischen Länder in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung überholen³². In den Städten und Dörfern der Sowjetunion startete damals eine große Propagandaaktion, die mit Überholparolen den Sieg im wirtschaftlichen Wettstreit verkündete. Überliefert ist, daß auf Moskauer Plakaten mitunter ein handschriftlicher Zusatz unter den Überholprüchen zu finden war. Es handelte sich um eine alte Autofahrerregel, die da lautet: „Bist Du nicht ganz sicher, überhole nicht!“³³ Im Kreml war man sich aber sicher. Auf dem XX. Parteitag wurde hierzu erklärt: „Wir sind überzeugt, daß in diesem friedlichen Wettbewerb der Sozialismus siegen wird, weil das sozialistische System die größte Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht, weil es Wirtschaftskrisen ausschließt und seine gesellschaftliche Produktion dem Wohle des Volkes dient.“³⁴ Tatsächlich versprachen die Wachstumszahlen der sowjetischen Wirtschaft eine verheißungsvolle Zukunft³⁵.

²⁷ Zentral- und Landesbibliothek Berlin, O-Ton Berlin, S. 24.

²⁸ Ebenda, S. 25.

²⁹ Diedrich, 17. Juni 1953; Diedrich, Aufrüstungsvorbereitung; Karlsch, Schattenhaushalte, S. 282–284.

³⁰ Steiner, Überholen, S. 246.

³¹ Ciesla, Krisen, S. 271–291; Diedrich/Wenzke, Krisenjahr 1956, S. 441–444.

³² Gabert/Prieß, Stalinismus, S. 94.

³³ Drechsler, GegenSpieler, S. 97.

³⁴ Gabert/Prieß, Stalinismus, S. 97.

³⁵ Das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo des Nationaleinkommens lag zwischen 1952 und 1958 bei über 10%. Die jährlichen Wachstumsraten der Jahre 1952, 1953, 1954 und 1955 lagen jeweils bei 11,6%, 8,8%, 12,5% und 11,8%. Sowohl die kommunistischen Bruderparteien als auch eine ganze Reihe von Experten im Westen gingen deshalb davon aus, daß es der Sowjetunion in absehbarer Zeit gelingen würde, den Stand der entwickelten kapi-

Doch bevor sich die SED-Führung an diesem Wettbewerb beteiligen konnte, mußten erst einmal die Auswirkungen des auf dem XX. Parteitag eingeleiteten politischen „Tauwetters“ (Stalin-Kritik) bewältigt werden. Die Lage spitzte sich für Ulbricht und seine Gefolgsleute im Herbst 1956 gefährlich zu, als sich die Entwicklungen in Polen und dann weitaus bedrohlicher der Aufstand in Ungarn im Zusammenspiel mit den „hausgemachten“ wirtschaftlichen und politischen Problemen in der DDR auszuwirken begannen. Mit einer kompromißlosen Machtpolitik gelang es dem SED-Chef Ulbricht, die DDR wieder aus der Krise zu manövrieren. Zugleich wurden zur Krisenbewältigung wieder sozialpolitische Anreize wie Preissenkungen und Lohnerhöhungen genutzt sowie die Vision einer besseren Gesellschaft mit einem höheren Lebensstandard als im Westen diskutiert³⁶.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die andere deutsche Republik die Zukunft auf eine kurze, prägnante und anziehende Formel gebracht: „Wohlstand für alle!“ Mit dieser Forderung trumpfte Ludwig Erhard am 14. April 1957 auf dem 7. Bundesparteitag der CDU im sozialdemokratischen Hamburg auf. Erhard konnte damals vor seinen Parteifreunden eine rundum positive wirtschaftliche Bilanz³⁷ ziehen und erklären: „Wir treten damit sozusagen in eine neue Phase der Sozialen Marktwirtschaft ein, in der Wohlstand dem einzelnen mehr als nur Befreiung von materieller Not und soziale Sicherheit bringen, sondern ein neues Lebensgefühl wecken soll. Zu der materiellen Befreiung soll sich die geistige und seelische Befreiung des Menschen gesellen. Wir lehnen den Wohlfahrtsstaat sozialistischer Prägung und die allgemeine kollektivistische Staatsbürgerversorgung nicht nur deshalb ab, weil diese anscheinend so wohlmeinende Bevormundung Abhängigkeiten schafft, die zuletzt nur Untertanen züchtet, die freie staatsbürgerliche Gesinnung aber abtöten muß, sondern auch darum, weil diese Art von Selbstentäußerung, d. h. die Preisgabe menschlicher Verantwortung, mit der Lähmung des individuellen Leistungswillens zu einem Absinken der volkswirtschaftlichen Leistung im ganzen führen muß.“³⁸

Die SED-Führung blieb eine Antwort nicht schuldig, zumal der schon erwähnte erfolgreiche Start des „Sputnik“ die SED-Führung wenige Monate später euphorisch stimmte und die Wirtschaftsdaten sich für DDR-Verhältnisse günstig gestalteten. Auf dem V. SED-Parteitag vom Juli 1958 wurde der Bundesrepublik – wie schon weiter oben erwähnt – erneut der Wettbewerb angesagt. Drüben nahm man „die Herausforderung des Herrn Ulbricht“ gelassen an. Ludwig Erhard bemerkte am 15. August 1958 in einem Artikel der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ zur Ankündigung Ulbrichts, die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch aller wichtigen Lebensmittel und Konsumgüter bis 1961 einzuholen bzw. zu überholen: „Herr Ulbricht belügt sich selbst und die Welt, wenn er glauben und glauben machen wollte,

talistischen Länder zu erreichen. Drechsler, GegenSpieler, S. 96; Simonov, Komplex SSSR, S. 305.

³⁶ Diedrich/Wenzke, Krisenjahr 1956, S. 468; Ciesla, Krisen, S. 271–291.

³⁷ In der Handels- und Devisenbilanz schrieb die Bundesrepublik seit Beginn der fünfziger Jahren stetig schwarze Zahlen. Die Arbeitslosenquote war von 10,3% im Jahre 1950 auf 4% im Jahre 1956 zurückgegangen. Vier Jahre später betrug sie gar nur 1,2%. Das Brutto-Inlandsprodukt (Preise 1954) konnte 1956 im Vergleich zu 1950 um mehr als 40% erhöht werden. Die Bruttolöhne stiegen im gleichen Vergleichszeitraum um mehr als 60% und die industrielle Produktion um fast das Doppelte. Nach Erhard, Wirtschaftspolitik, S. 622 f.

³⁸ Erhard, Wirtschaftspolitik, S. 341.

daß es allein auf die mengenmäßige Produktion von Gütern ankäme. Eine solche Mehrproduktion mag technisch gesehen vielleicht sogar zu bewerkstelligen sein – aber wie soll es gelingen, die richtigen, das heißt die gefragten und begehrten Güter an den Mann zu bringen? Eben das ist eine Aufgabe, an der noch jedes kollektivistische System gescheitert ist.³⁹ Erhard hatte das Scheitern damit begründet, daß durch fehlende freie Preisbildung und Konsumwahl die planwirtschaftlichen Systeme auf kurz oder lang in eine Sackgasse geraten würden. Die Buntheit, die Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Verbrauchs im Westen würden zudem jetzt schon einen Vergleich mit dem Osten ins Groteske steigern.⁴⁰ Der bundesdeutsche Wirtschaftsminister hatte den Finger damit genau auf die wunde Stelle des Wohlstandsversprechens der SED gelegt.

Doch was blieb der SED-Führung anderes übrig? Die ostdeutsche Bevölkerung – so konnte man es jedenfalls der DDR-Zeitschrift „Wochenpost“ entnehmen – litt an einer Volkskrankheit: Alles schielte nach dem Westen. Egal, ob die Leute die Sonne im Rücken oder im Gesicht hatten, immer ging der Blick nach „drüben“. Der Schriftsteller Reiner Kunze, der zwanzig Jahre später mit der SED-Führung in Konflikt geraten sollte, bezeichnete im Januar 1959 den Blick der DDR-Bevölkerung in den Westen als „Augenfehler des Jahrzehnts“⁴¹. Beim Schielen blieb es freilich nicht, denn Hunderttausende verließen jährlich das Land, um im anderen deutschen Staat ihr Glück zu suchen. Für sie waren solche Parolen wie „Wer mit uns in die neue Zeit zieht, dem geht es von Tag zu Tag besser“ oder „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“ einfach nicht mehr akzeptabel. Jede andere Meinung als die der SED galt zudem als feindlich, und das wurde auch offen so formuliert: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“⁴² Der Weggang in den Westen wurde damit zur eigentlichen Nagelprobe für die Existenz der DDR und damit auch für die Akzeptanz des sozialistischen Gesellschaftsmodells der SED.

Über den Hintergrund und Realitätssinn der Aufgabenstellung von 1958 wird bis heute kontrovers diskutiert. In der Tat scheint das Vorgehen der SED-Führung aus heutiger Sicht wie eine „Torheit der Regierenden“⁴³. Ökonomisch mag das zutreffen, aber aus politischer Perspektive waren die Wohlstandsversprechen der SED konsequent⁴⁴. Darüber hinaus erscheint es wichtig, daran zu erinnern, daß zu dieser Zeit die marxistischen Krisentheoretiker eine unabänderliche große Krise in Gestalt einer kapitalistischen Weltüberproduktionskrise erwarteten. Nach den damals vorliegenden marxistischen Konjunkturanalysen befand sich das kapitalistische System am Ende der fünfziger Jahre am Vorabend einer neuen, echten Weltwirtschaftskrise, die man zwar nicht mit der von 1929 vergleichen wollte, die aber generell alle anderen bis dahin meist auf einzelne Länder beschränkten Nachkriegskrisen in den Schatten stellen würde⁴⁵. Für die SED-Führung war vor allem die konjunkturelle Zwischenschwäche des Jahres 1958 in der Bundesrepublik ein Beweis dafür, daß die erwartete Wirtschaftskrise nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. Wenn die

³⁹ Ebenda, S. 397.

⁴⁰ Ebenda, S. 395 f.

⁴¹ Polkehn, *Wochenpost*, S. 66.

⁴² Böhme, *Kursbuch*, S. 18

⁴³ Vergleiche hierzu zuletzt den Beitrag von Sowart, *Torheit*, S. 157–190.

⁴⁴ Steiner, *Wirtschaftsreform*, S. 40.

⁴⁵ Ebenda, S. 39; Day, *Cold War*, S. 121–126; Duda, *Varga*, S. 301 f.

Theorie stimmte, und daran gab es unter Marxisten keinen Zweifel, dann mußte man nur noch auf das gesetzmäßige massenhafte Absterben des Kapitalismus warten⁴⁶.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SED zielten auf die Errichtung einer geplanten Wirtschaft. Ziel war es, eine Wirtschaftsentwicklung ohne Krisen und Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. An Stelle des „Marktautomatismus“ und der am Markt gebildeten Preise trat die zentrale Planung und Lenkung, d.h. es wurde auf unabhängige Informationsquellen und dezentrale Regulierungsinstrumente verzichtet. Im Gegenzug erfolgte eine umfassende Zentralisierung fast aller wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Die SED wollte auf diese Weise das volkswirtschaftliche Gleichgewicht über die Planung im voraus bestimmen und koordinieren, um so die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung ausschalten zu können⁴⁷.

Eine grundlegende Voraussetzung war hierfür die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, d.h. die individuelle unternehmerische Tätigkeit wurde in den fünfziger Jahren zu einer Randerscheinung. Der Anteil der privaten Eigentumsform am Nettoprodukt aller Wirtschaftsbereiche sank von 45,7 Prozent im Jahre 1950 auf 12,5 Prozent im Jahre 1960. Zwar waren 1955 noch etwa 40 Prozent der DDR-Beschäftigten in privaten Betrieben tätig, aber sie erzeugten nur noch etwa 32 Prozent des gesamten Nettoproduktes⁴⁸. Am Ende des Jahrzehnts betrug der Anteil der Beschäftigten im privaten Wirtschaftsbereich schließlich nur noch 14 Prozent und der Anteil am Nettoprodukt war 1960 im Vergleich zu 1955 um weitere 20 Prozentpunkte geschrumpft⁴⁹.

Einen besonderen Einfluß übten die sowjetischen Demontagen und Reparationen (1945–1953) auf die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR kurz-, mittel- und langfristig aus. Durch sie kam es zu erheblichen Einschränkungen in der Wirtschaftskraft, Produktivität und Konkurrenzfähigkeit. Nach Abschluß der Demontagen im Jahre 1948 hatte die Sowjetunion mindestens 30 Prozent der 1944 vorhan-

⁴⁶ Steiner, Wirtschaftsreform, S. 39.

⁴⁷ Steiner, Frustration, S. 21f.; Kornai, System, S. 99–176.

⁴⁸ Der Mitte der fünfziger Jahre noch relativ hohe Beschäftigungsanteil im privaten Sektor führte unter anderem 1956 zur Gründung von „halbstaatlichen“ Betrieben. Durch solche Betriebe wurde der Einfluss der staatlichen Lenkung auf den privaten Produktionssektor intensiviert. Mit der staatlichen Beteiligung schränkte die SED-Führung – neben der schon bestehenden Beschneidung der ökonomischen Verfügungsrechte aufgrund der zentralen Pläne – nun auch die rechtliche Verfügung über das private Produktionskapital erheblich ein. Durch Vermögenseinlagen erwarb der Staat als Kommanditist Eigentumsanteile an privaten Betrieben. Aus den Unternehmern wurden nun Teilhaber und Geschäftsführer. Eine derartige Lösung war für viele private Unternehmer durchaus lukrativ, da sie unter anderem wegen der hohen Steuern mit einem permanenten Kapitalmangel zu kämpfen hatten. Von seiten des Staates wurden Kapitalzuschüsse, eine bevorzugte Ressourcenzuteilung, größere Rechtssicherheit sowie eine Gewinnbeteiligung geboten. Solga, Gesellschaft, S. 100; Steiner, Gemeinwohl-Konzept, S. 235.

⁴⁹ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch 1962, S. 6 und 160.

denen industriellen Kapazitäten als Wiedergutmachungsleistung für die durch Deutschland während des Krieges angerichteten Zerstörungen demontiert. In der Konsequenz wirkten sich die sowjetischen Demontagen viel einschneidender aus als die unmittelbaren Kriegsschäden, die auf rund 15 Prozent⁵⁰ geschätzt werden. Darüber hinaus zogen die sowjetischen Reparationen eine jahrelange Vernachlässigung des Ausbaus der Produktions- und Transportkapazitäten nach sich. Die Reparationen aus der laufenden Produktion entzogen der SBZ/DDR bis 1953 permanent Investitionsgüter und führten zu einer ungünstigen Verschiebung des industriellen Strukturgefüges. Im Rahmen der sowjetischen Reparationsforderungen wurden Industrien wie etwa der Schiffbau gefördert, die es zuvor gar nicht oder nur wenig entwickelt gegeben hatte. Insgesamt dauerte die wirtschaftliche Wiederherstellung in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik weitaus länger. Während die Rekonstruktion der Wirtschaft im Westen Deutschlands schon Anfang der fünfziger Jahre als abgeschlossen galt, bestimmte sie im Osten Deutschlands noch bis Mitte der fünfziger Jahre das Wirtschaftsleben. Einzelne Wirtschaftsbereiche und Industriezweige wie beispielsweise das Transportwesen oder der Automobilbau vermochten sich zudem von den Folgen der sowjetischen Demontagen und Reparationen nie mehr vollständig zu erholen. Als die Reparationen 1953 offiziell für beendet erklärt wurden, hatte der Osten Deutschlands die höchsten im 20. Jahrhundert bekannt gewordenen Reparationsleistungen erbracht. Die Voraussetzungen für einen Wettstreit mit der Bundesrepublik waren allein aus dieser Perspektive denkbar ungünstig⁵¹.

Eine weitere schwierige Start- und Rahmenbedingung stellte die Rohstoffsituation dar. Aufgrund der Teilung des Landes war die DDR von den traditionellen Rohstoffvorkommen abgeschnitten. Wichtige Bodenschätze wie Steinkohle, Kupfer- und Eisenerz lagen im Westen Deutschlands oder im inzwischen zu Polen gehörenden Schlesien. Es herrschte Rohstoffmangel. Lediglich Braunkohle, Kali, Kies, Bausand und Uran waren ausreichend vorhanden. Diese Rohstoffbasis brachte unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Abschottung und des Systemkonfliktes erhebliche Belastungen mit sich, zumal sich zeigte, daß für ein weiteres Wirtschaftswachstum der Ausbau der Energiewirtschaft unabdingbar war. Die im Vergleich zur Steinkohle in ihrem Wirkungsgrad deutlich schlechtere Braunkohle rückte im Rahmen zweier „Kohle- und Energieprogramme“ (1954 und 1957) deshalb in den Mittelpunkt der Investitionstätigkeit. Bis zum Ende der DDR blieb die Energiegewinnung auf Braunkohlenbasis eine kostspielige Angelegenheit⁵².

Zu einem wirtschaftlichen Bremsklotz besonderer Art wurde der Uranbergbau im Süden der DDR, der nach Kriegsende strategische Bedeutung für die sowjetische

⁵⁰ Bezogen auf die 1944 vorhandenen Industriekapazitäten im späteren Gebiet der SBZ/DDR.

⁵¹ Die Belastungen blieben freilich auch nach 1953 weiter bestehen. Hier sei nur an die Kosten für die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen und vor allem an den Uranbergbau im Erzgebirge erinnert. Karlsch, Auswirkungen, S. 139–165; Karlsch, Allein bezahlt?, 136–150, 167–199 und 217–222; Bauer, Pkw-Bau, S. 47–51; Ciesla/Trischler, Verkehrsnot, S. 163–168; Strobel/Dame, Schiffbau, S. 12–92; Karlsch, Kriegsschäden, S. 478–484; Staritz, Gründung, S. 50–61; Fisch, Reparationen, S. 202 f.

⁵² Kenntemich, DDR, S. 59; Judt, Dokumente, S. 89; Hübner, Konsens, S. 57; Mühlfriedel/Wießner, Industrie DDR, S. 154; Staritz, Gründung, S. 48 f.; Bähr/Petzina, Innovationsverhalten, S. 141–144.

Atomrüstung bekam. Mit der Ausbeutung der Vorkommen begann die Sowjetunion ab 1946, und sie gründete zu diesem Zweck das monopolartige deutsch-sowjetische Unternehmen „Wismut AG“, das sich zu einem „Staat im Staate“ in der DDR entwickelte. Bis Ende 1953 ging der Uranbergbau vollständig zu Lasten der SBZ/DDR. Danach wurde die Uranförderung in Milliardenhöhe bis 1990 vom Staatshaushalt der DDR anteilig mitfinanziert. Die ökonomischen und ökologischen Verluste waren für die DDR enorm und sind bis heute kaum abzuschätzen⁵³.

Die Teilung Deutschlands verstärkte zudem die schon durch den Krieg und die Demontagen entstandenen Verwerfungen in der industriellen Struktur weiter. So existierte zwar eine gut ausgebaute metallverarbeitende Industrie, aber die dazugehörige Grundstoffindustrie in Gestalt von Hütten- und Stahlwerken fehlte fast vollständig. Genau umgekehrt stellte sich die Situation in der chemischen Industrie dar, wo es eine gut ausgebaute Industriestruktur zur Herstellung von chemischen Grundprodukten gab, aber die notwendigen Weiterverarbeitungskapazitäten fehlten. Diese Diskrepanzen führten neben anderen Einflußfaktoren zum kostspieligen Auf- und Ausbau der Grundstoff- und Schwerindustrie in der DDR⁵⁴.

Die Wirtschaft der DDR sah sich in den fünfziger Jahren generell mit der Situation konfrontiert, daß nach der offiziellen Beendigung der Reparationen und der damit verbundenen jahrelangen Vernachlässigung alles auf einmal – der private Verbrauch, die Infrastruktur und die Industriemodernisierung – mit der gleichen Vordringlichkeit behandelt werden mußte. Angesichts der knappen Investitionen mußte jede Bevorzugung zu Lasten anderer Zwecke vorgenommen werden⁵⁵.

4. Forciertes Wachstum und Investitionshunger: Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SED in den fünfziger Jahren wurden durch das sowjetische Industrialisierungsmodell geprägt, d.h. die Schwer- und Grundstoffindustrie galt als die Triebfeder des Wirtschaftswachstums in der DDR. Mit der Politik einer raschen Industrialisierung („forciertes Wachstum“) in diesen Bereichen sollte eine Verstetigung und Maximierung des Wachstums erreicht werden⁵⁶. In der Tat hatte die Wirtschaft der DDR in den fünfziger Jahren sehr hohe jährliche Wachstumsraten zu verzeichnen. Besonders hoch war die Wachstumsdynamik zu Beginn des Jahrzehnts: Zwischen 1950 und 1953 wurden zweistellige jährliche Wachstumsraten verzeichnet. Insgesamt erhöhte sich das im Inland verwendete Nationaleinkommen im Jahre 1960 auf das fast Dreifache des Jahres 1950⁵⁷. Die Schwer- und Grundstoffindustrie erhielt im Rahmen dieser Wachstumsentwicklung einen Investitionsvorteil gegenüber allen anderen Bereichen der Wirt-

⁵³ Vgl. hierzu Karlsch/Schröter, *Strahlende Vergangenheit*; Karlsch, *Allein bezahlt?*, S. 16–150; Engeln, *Uranskklaven*.

⁵⁴ Kenntemich, *DDR*, S. 59–61; Judt, *Dokumente*, S. 89; Karlsch, *Auswirkungen*, S. 149–151; *Quantitative Wirtschaftsgeschichte*, S. 101.

⁵⁵ Cornelsen, *Industriepolitik*, S. 48–53.

⁵⁶ Kornai, *System*, S. 219–222; Thalheim, *Sowjetzone*, S. 11 f.

⁵⁷ Berechnet nach Ciesla/Trischler, *Verkehrsnot*, S. 182.

schaft. Dadurch ergab sich ein sich selbst verstärkender Prozeß: Über eine Steigerung der Produktion von Investitionsgütern wurde mehr fixes Kapital geschaffen, das zum Großteil wieder dem Investitionsgüterbereich zugute kam und damit wiederum das Wachstum des fixen Kapitals beförderte⁵⁸.

In der Praxis wurden dadurch die schon bestehenden Deformationen und Verwerfungen in der Industriestruktur weiter verstärkt. Über einen Vergleich des relativen Wachstumskoeffizienten der Bruttoproduktion zwischen 1950 und 1960, der das Verhältnis des Wachstums der Bruttoproduktion der jeweiligen Branche mit dem Wachstum der Bruttoproduktion der Industrie insgesamt widerspiegelt, wird der oben beschriebene Strukturwandel deutlich erkennbar: Wachstumsbranchen waren demnach der Schwermaschinenbau (1,35), der allgemeine Maschinenbau (1,31), die Metallwarenbranche (1,27), der Fahrzeugbau (1,22), die Metallurgie (1,17), aber auch die Bekleidungsindustrie (1,13), die Feinmechanik/Optik (1,10) und als Spitzenreiter die Elektrotechnik (1,72). Die Wachstumsanteile der Branchen Nahrungs- und Genußmittel (1,00), Schiffbau (0,99), Chemie (0,98) und Baumaterialien (0,95) blieben annähernd gleich. Zu den großen Verlierern des Strukturwandels zählten demgegenüber die Energiewirtschaft (0,87), der Sektor Holz- und Kulturwaren (0,85), die Textilindustrie (0,82), verschiedene Bereiche der Konsumgüterindustrie (0,69), Zellstoff und Papier (0,61), der Bergbau (0,60), die polygraphische Industrie (0,50) sowie Glas und Keramik (0,33)⁵⁹.

Das forcierte Wachstum führte vor allem aber auch zur überintensiven Nutzung von Dienstleistungskapazitäten. So wurde beispielsweise der „dynamischste“ Teil der DDR-Gesellschaft, der Verkehrssektor, von Anfang an vernachlässigt. Die SED-Führung gab dem Verkehrsbereich sowenig Investitionen wie möglich, d.h. die sowieso schon seit dem Zweiten Weltkrieg praktizierte überintensive Nutzung der Kapazitäten wurde weiter fortgesetzt. Es kam buchstäblich zu einer Überladung des Transportwesens. Dieses Handlungsmuster hatte zur Folge, daß dringend erforderliche Mittel für die Instandhaltung und Rekonstruktion zugunsten von Schwerpunktprojekten der Industrie gestrichen wurden. Mittel- und langfristig höhle die Vernachlässigung von Ersatzinvestitionen die Leistungsfähigkeit des Verkehrsbereiches aus, was indirekt wiederum das wirtschaftliche Wachstum hemmte. Engpässe im Transportbereich – besonders beim Hauptverkehrsträger Eisenbahn – gehörten zum Verkehrsalltag in der DDR. Besonders schwer hatten die gezielten Entnahmen der Sowjetunion beim rollenden Material und die Demontagen von Gleis- und Verkehrsanlagen das Eisenbahnwesen getroffen⁶⁰. Die stiefmütterliche Behandlung des Transportbereiches, verbunden mit einer Erhöhung der Auslastung, erlaubte es der SED-Führung, „dem Dienstleistungssektor so spärliche Investitions- und andere Mittel zur Verfügung zu stellen wie möglich und die Investitionssektoren mit höherer Priorität zuzuteilen“⁶¹.

Das negative Fallbeispiel des Eisenbahnwesens läßt erkennen, daß die SED-Führung über die Investitionen versuchte, das Wachstum und die Struktur der Volkswirtschaft gemäß der von ihr gesetzten wirtschaftspolitischen Schwerpunkte lang-

⁵⁸ Kornai, System, S. 189–192.

⁵⁹ Nach den Berechnungen von André Steiner in *Quantitative Wirtschaftsgeschichte*, S. 101.

⁶⁰ Ciesla/Trischler, Verkehrsnot, S. 160–179.

⁶¹ Kornai, System, S. 206.

fristig zu bestimmen und zu lenken. Hieraus entwickelte sich ein spezifisches wirtschaftspolitisches Problem, da die Investitionspräferenzen mit einem enormen „Investitionshunger“ (János Kornai) von „unten“ gekoppelt waren. Die Investitionsschwerpunkte hatten zur Folge, daß sich das Wirtschaftswachstum solange schnell entwickelte, wie die Mobilisierung der notwendigen Arbeitskräfte realisiert werden konnte: „Nachdem diese jedoch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erschöpft waren, zog die systematische Bevorzugung der Investitionen zum einen sinkende Anlageproduktivität und zum anderen weiter wachsenden Ressourcenhunger nach sich. Auf diese Weise wurde – in der DDR durch die innerdeutschen Wanderungsverluste verstärkt – die Vollbeschäftigung realisiert, und es bildete sich ein akuter Arbeitskräftemangel heraus. Gleichwohl verbargen sich dahinter Hortungserscheinungen der Betriebe und damit Produktivitätsreserven. Angesichts der (relativen) Erschöpfung des volkswirtschaftlichen Beschäftigungspotentials und der juristisch garantierten Arbeitsplatzsicherheit war es für die Betriebe schwierig, ihre Beschäftigten zu Leistungssteigerungen zu motivieren.“⁶²

Zu den Grundproblemen der Wirtschaftspolitik der SED gehörten auch die Verzerrung der Wirtschaftsstatistik. Wesentlich trug dazu bei, daß die von den Betrieben erstellten statistischen Berichte mit den betrieblichen Planerfüllungsberichten identisch waren. Diese wurden an die Staatliche Plankommission (SPK) weitergereicht, die wiederum den Betrieben auf dieser Basis die entsprechenden Finanzmittel zuteilte. Die finanzielle Situation der Betriebe wurde also durch die betriebliche Berichterstattung entscheidend geprägt. Es darf deshalb nicht verwundern, daß bei den Betrieben ein großes Interesse an einer positiven Einschätzung der eigenen Tätigkeit vorhanden war. Freilich erzeugte dieses Interesse ganz spezifische Verzerrungen im statistischen Basismaterial der Planungsbehörde⁶³.

Besonders schwerwiegend wirkte sich in den fünfziger Jahren die Überbetonung von Volumenkennziffern aus. Mit der Bruttorechnung wurde der Wert der Rohstoffe, Halbwaren und des Zubehörs mehrmals gezählt. Besonders die Einbeziehung der unvollendeten Produktion führte zur Aufblähung der Betriebsergebnisse. Dadurch fiel es den Betrieben verhältnismäßig leicht, den Bruttoproduktionsplan zu erfüllen. In der Gesamtsicht wurden dadurch die Bruttosteigerungssätze in den fünfziger Jahren real um etwa ein Drittel überhöht ausgewiesen. Die Folge war eine Aufblähung des Wirtschaftswachstums, die sich deutlich in einer Scherenbildung zwischen Brutto- und Netto-Größen zeigte. Verschärft wurde dieser Prozeß noch durch administrative Preisbildung. Die gesamtwirtschaftliche Rechnung beruhte damit auf einer unsicheren Dispositionsbasis⁶⁴.

Frühzeitig machte sich zudem das Unvermögen bemerkbar, die intensiven Produktionsfaktoren zur Hauptquelle des Wirtschaftswachstums werden zu lassen. Die Betriebe und Ministerien schenkten dieser Seite des ökonomischen Handelns wenig Beachtung, da sich die Instanzen auf die Volumenabrechnung konzentrierten. Der erzielte Gewinn mußte an den Staatshaushalt abgeführt werden, und die erforderlichen Finanzen wurden den Betrieben wieder aus dem Staatshaushalt zugeteilt. In der Konsequenz bedeutete dieser Mechanismus keine unmittelbare Abhän-

⁶² Steiner, Wirtschaftsreform, S. 37.

⁶³ Ciesla, Zahlen, S. 40f.

⁶⁴ Gleitze, Siebenjahrplan, S. 12–16.

gigkeit zwischen dem erzeugten Betriebsergebnis und den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Wirksame Anreize zur Gewinnerwirtschaftung und Kostensenkung konnten sich so nicht oder nur sehr schwer herausbilden. Aufgrund dieses Wirkungsmusters leistete die Bruttorechnung der Produktion materialaufwendiger und qualitätsminderer Erzeugnisse Vorschub, da sich dadurch die Zunahme der Materialkosten in einem höheren Gesamtpreis des Erzeugnisses niederschlagen konnte. In den Betrieben bestand damit kein echtes Interesse, eine höhere Veredlung des Einsatzmaterials oder eine effizientere Gestaltung des Produktionsablaufs herbeizuführen, da solche Verbesserungen nicht honoriert wurden⁶⁵.

Ein weiteres Grundproblem ergab sich aus dem wirtschaftspolitischen Anspruch auf Selbstversorgung. Der 17. Juni 1953 hatte der SED-Führung auf dramatische Weise die Bedrohung des Systems durch die soziale Unzufriedenheit der Bevölkerung vor Augen geführt. Innerhalb der Wirtschaftspolitik der SED bekam deshalb nach 1953 die Konsumpolitik ein größeres Gewicht. Daraus entwickelte sich zugleich ein wirtschaftspolitisches Dogma bis zum Ende der DDR, da es galt, soziale Unruhen um jeden Preis zu verhindern. Dieser Grundsatz wurde zugleich aber auch zu einer Handlungsbarriere, da sich die fürsorgliche Konsumpolitik nach und nach zu einem starren Strukturelement entwickeln sollte⁶⁶.

Zusammenfassend lassen sich folgende Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik in den fünfziger Jahren benennen⁶⁷:

1. Die Informationen über die Wirtschaftsentwicklung waren unzureichend, da die Planung aufgrund der fehlenden Orientierungen über Preise und Marktmechanismen nur begrenzt die realen Entwicklungen abschätzen konnte.

2. In den fünfziger Jahren bildete sich ein Planungs- und Lenkungssystem heraus, das auf der Grundlage zentral erarbeiteter Vorgaben von den Betrieben detaillierte Pläne verlangte, die dann wiederum über verschiedenen Ebenen nach oben angepaßt und zusammengefaßt wurden. Der dann beschlossene zentrale Plan enthielt die Zielstellungen für den einzelnen Betrieb. Die Zielvorgaben des Planes hatten jedoch vielfach nichts mit den ursprünglichen Planentwürfen der Betriebe gemeinsam.

3. Das wirtschaftliche Ergebnis wurde zudem nach der Erfüllung der Bruttoproduktion bewertet, was in der Konsequenz auf eine Ressourcenverschwendung hinauslief und das wirtschaftliche Endergebnis unzulässig aufblähte sowie die Entscheidungsgrundlage verzerrte.

4. Die Außerkraftsetzung der freien Preisbildung bedeutete nicht, daß auf Preise verzichtet wurde, da man auch weiterhin Preise als Recheneinheit und als Anreiz in der Planung benötigte. Das Problem bestand darin, daß diese politisch begründet und administrativ bestimmt wurden. Dadurch entstanden sehr komplizierte Systeme von Preisen, welche kaum den differenzierten Veränderungen in einer Volkswirtschaft gerecht werden konnten. Vor allem schon deshalb nicht, weil sie konsistent und lange konstant gehalten wurden, ohne die wirklichen Prozesse noch ange-

⁶⁵ Steiner, Berater, S. 106 f.

⁶⁶ Lepsius, Institutionenordnung, S. 24.

⁶⁷ Nach Kornai, System; Gleitze, Siebenjahrplan; Thalheim, Sowjetzone; Steiner, Wirtschaftsreform und Frustration.

messen widerzuspiegeln. Die wirtschaftliche Rationalität konnte auf diese Art und Weise nicht mehr berücksichtigt werden.

5. Auf der Ebene der Betriebe kam es in der Tendenz zur Verweigerung, konstruktiv bei der Planung mitzuarbeiten. Es wurden sogenannte „weiche Pläne“ erstellt, da daß Anreizsystem nicht qualitativ, sondern vorrangig quantitativ ausgerichtet war.

6. Es fehlten außerdem Selektionsmöglichkeiten, d. h. ineffiziente Betriebe konnten im planwirtschaftlichen System aufgrund des ideologischen Anspruchs auf Vollbeschäftigung nicht einfach geschlossen werden.

5. Resümee

In den fünfziger Jahren war die Wirtschaftspolitik der SED auf die Errichtung einer geplanten Wirtschaft ausgerichtet. Auf unabhängige Informationsquellen und dezentrale Regulierungsinstrumente wie freie Preisbildung und eine am Markt ausgerichtete Nachfrage wurde verzichtet. Dafür setzte man eine umfassende Zentralisierung fast aller wirtschaftspolitischen Entscheidungen durch. Auf diese Weise wollte man das volkswirtschaftliche Gleichgewicht über die Planung im voraus bestimmen und koordinieren, um so die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten. Eine grundlegende Voraussetzung war hierfür die Marginalisierung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Neben diesem Grundanspruch der Wirtschaftspolitik war von entscheidender Bedeutung, daß die SED-Führung in den fünfziger Jahren bei all ihren Handlungen und Entscheidungen zutiefst davon überzeugt war, daß der Sozialismus das überlegene Gesellschaftssystem gegenüber dem Kapitalismus sei. Die Überlegenheit sollte sich vor allem im höheren wirtschaftlichen Leistungsvermögen zeigen. Generell wurde davon ausgegangen, daß das planwirtschaftliche System aus sich selbst heraus eine bessere wirtschaftliche und damit auch gesamtgesellschaftliche Dynamik als der Kapitalismus entwickeln würde. Der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus schien aufgrund der vermeintlich besseren Systemeigenschaften „gesetzmäßig“ garantiert zu sein. Vor diesem Hintergrund wurden aus der Position der ideologischen Überlegenheit Wohlstandsversprechen gemacht und der Systemwettstreit geführt. Die sowjetischen Raumfahrtfolge spielten hierbei eine herausragende Rolle, da für einige Jahre weltweit viele Menschen von der technischen Überlegenheit des Ostens überzeugt waren.

Darüber hinaus zwang die stetige Abwanderung von Teilen der Bevölkerung in den Westen die SED-Führung zu wirtschaftspolitischen Reaktionen, da die Abwanderung einen fatalen Mechanismus erzeugte: Die Reduzierung von Arbeitskräften verstärkte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und das ließ die Fluchtzahlen wieder steigen. Angesichts dieser Situation war das Wohlstandsversprechen von 1958 ökonomisch überzogen, aber politisch durchaus konsequent.

Hinsichtlich der konkreten Grundprobleme der Wirtschaftspolitik bleibt festzuhalten, daß die wirtschaftliche Entwicklung der DDR vor dem Mauerbau durch eine Kette sich wechselseitig verstärkender interner und externer Faktoren beeinflusst wurde. Den Handlungsspielraum der SED-Führung engten maßgeblich die Folgelasten des Zweiten Weltkrieges, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte infolge

der Teilung, die strukturellen Mängel des Planungssystems, die Ressourcenprobleme und die Abschottung vom Westmarkt ein. Dieses Problemgefüge wurde von den Verantwortlichen wahrgenommen und diskutiert, aber in seiner Komplexität, Tiefenwirkung und Eigendynamik vielfach unterschätzt oder im Sinne der Selbsterhaltung verdrängt.

Besonders ist die unzureichende Information über die Wirtschaftsentwicklung hervorzuheben, da die Planung aufgrund der fehlenden Orientierungen über Preise und Marktmechanismen nur begrenzt die realen Entwicklungen abschätzen konnte. Das wirtschaftliche Ergebnis wurde zudem nach der Erfüllung der Bruttoproduktion bewertet, was in der Konsequenz auf eine Ressourcenverschwendung hinauslief und das wirtschaftliche Endergebnis sowohl unzulässig aufblähte als auch die Entscheidungsgrundlage verzerrte.

Wesentlich beeinflusst wurde die Wirtschaftspolitik der SED durch die Strategie des forcierten Wirtschaftswachstums, die wiederum einen einseitigen Investitionsbedarf bedingte. Zugleich sah sich die Wirtschaft der DDR in den fünfziger Jahren vor allem mit der Situation konfrontiert, drei Aufgaben mit der gleichen Vordringlichkeit zugleich lösen zu müssen: die Erhöhung des privaten Verbrauchs, die Modernisierung der Infrastruktur und den Ausbau der industriellen Kapazitäten. Doch für die Lösung dieser Aufgaben standen nur unzureichend Mittel und Ressourcen zur Verfügung. Deshalb mußte jede Bevorzugung zur Vernachlässigung anderer Zwecke führen und in schwierigen Situationen krisenhafte Wirkungen zwangsläufig hervorrufen.

Michael Schwartz

Kriegsfolgelasten und „Aufbaugesellschaft“: Vertriebene, Bombengeschädigte und Kriegs- beschädigte in den langen fünfziger Jahren der DDR

I.

„Ein lateinisches Sprichwort lautete in freier Übersetzung: ‚Wo ich mich wohlfühle, dort ist meine Heimat.‘“ Mit dieser bildungsbürgerlichen Reminiszenz an das antike „Ubi bene, ibi patria“ wollte ein Referent des sächsischen Innenministeriums 1951 die Notwendigkeit sozialpolitischer Vertriebenenförderung begründen. Es sei nämlich eine „nicht zu bestreitende Tatsache“, „daß günstige materielle Voraussetzungen das Einleben in eine neue Umgebung wesentlich fördern, während andererseits das Fehlen dieser Voraussetzung das Gegenteil bewirken“ würde. Daher sei es die „vornehmste Aufgabe“ der DDR-Politik, den Vertriebenen „zur Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse die weitgehendste Unterstützung zuteil werden“ zu lassen¹. Schon 1947 hatte die SED-Führung nichts Geringeres als eine „Angleichung der Lebensverhältnisse“ geschädigter und nicht geschädigter Bevölkerungsgruppen gefordert² und damit der „Zusammenbruchsgesellschaft“ ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit attestiert. In der erinnerungspolitischen und schließlich auch historischen Rückschau war es nicht selten umgekehrt: War die These einer allen gemeinsamen Nachkriegsnot ein wichtiger Gründungsmythos der alten Bundesrepublik, sah sich die DDR gern ähnlich undifferenziert „auferstanden aus Ruinen“. Wissenschaftlich hat insbesondere Martin Broszat in seiner Analyse des gesellschaftsgeschichtlichen „Umbruch[s]“ „zwischen Stalingrad und der Währungsreform“ die These von einer „stark nivellierte[n] Notgesellschaft“ als Folge des Krieges und besonders der „gewaltige[n] Völkerwanderung im Zuge von Flucht und Vertreibung“ vertreten. Den Jahren zwischen 1943 und 1948 eine geradezu „revolutionäre Dimension“ zu attestieren, ist zweifellos richtig, doch wenn das Ergebnis dieser Erschütterungen als „stark nivellierte ‚Notgesellschaft‘“ erscheint und „rückblickend schon“ mit den „Umriss[e]n der Mittelstandsgesellschaft der Bundesrepublik“ korreliert wird³, die vom Soziologen Helmut Schelsky ebenfalls als „nivelliert“ beschrieben worden ist, obwohl dies „eher auf politischen und sozialen Wunschvorstellungen als auf sozialstrukturellen Tatbeständen basierte“⁴, kann heftiger Widerspruch nicht ausbleiben.

¹ Vgl. SähSTA, LRS, MdI 2186, [MdI Sachsen, Abt. Bevölkerungspolitik], Vortragsmanuskript o.D. [entstanden nach März 1951, s. S. 12], S. 2 f.

² Vgl. Merker, Die Partei und die Umsiedler.

³ Vgl. Broszat/Henke/Woller, Einleitung, S. XXV f.

⁴ Vgl. treffend Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 36.

Nicht zufällig widerlegt gerade ein Blick auf die „Rationengesellschaft“, die in der DDR vielfach bis 1958 andauerte und in der Wohnungspolitik im Grunde nie endete, schlagend das Bild einer nivellierten Nachkriegsgesellschaft, denn „während möglicherweise traditionelle Trennlinien den gesellschaftlichen Verwerfungsprozessen zum Opfer fielen, taten sich neue, nicht weniger tiefe, ja existentielle Gräben auf“⁵. Für viele, beileibe jedoch nicht für alle Menschen überlagerten die kriegsfolgen-spezifischen „Schicksalskategorien“, „Vertriebener“ oder „Bombengeschädigter“ geworden zu sein, die traditionellen Stratifikationsmerkmale⁶. Als der spätere DDR-Schriftsteller Günter de Bruyn die Nachkriegsjahre als „Neulehrer“ auf einem Dorfe verbrachte, in dem Großbauern mit Höfen von nahezu 100 Hektar neben in Ziegenställen untergebrachten Vertriebenen lebten, wurden ihm die krassen „Besitzunterschiede“ der Nachkriegsgesellschaft „deutlich vor Augen“ geführt⁷. Auch in schwer zerstörten urbanen Zentren wie Dresden war zwar das Lebensniveau allgemein deutlich gesunken, doch von Nivellierung keine Spur; vielmehr ließ sich eine widersprüchliche Parallelität von Normalität und Ausnahmezustand, von Flaneuren und Flüchtlingen beobachten⁸. Um beim Beispiel der Wohnungspolitik zu bleiben: Trotz aller politisch erzwungenen Umverteilungserfolge, durch die sich die Pro-Kopf-Wohnfläche Vertriebener in der SBZ zwischen 1946 und 1949 verdoppelt hatte, verfügte diese Bevölkerungsgruppe zum Zeitpunkt der DDR-Gründung weiterhin „nur etwa [über] die Hälfte des Wohnraumes der altansässigen Bevölkerung“. Diese Ungleichheit verschärfte sich mit dem Stadt-Land-Gefälle⁹ und hatte die Vertriebenen als neue Unterschicht der „Wohnungsarmut“ unter die herkömmliche soziale Schichtung gedrückt: Regionale Stichproben der DDR-Regierung ergaben 1950, daß die Wohnungen von Selbständigen und Angestellten im Schnitt zweimal so groß wie jene von Arbeitern und sogar dreimal so groß wie jene von Vertriebenen waren¹⁰.

Angesichts dessen sollte man sich hüten, über eine „allgemeine Nivellierung der Lebenshaltung“¹¹ in der frühen DDR-Gesellschaft zu fabulieren. Hinter dem „Fasadencharakter“ scheinbar allgemeiner Not und daraus folgender „Egalität“ gilt es vielmehr die „sozialen Ambivalenzen der Trümmersgesellschaft“ zu entdecken¹². Man trifft auf eine komplizierte *Gemengelage* traditioneller, nivellierter und neu ausdifferenzierter Soziallagen. Gerade diese Unübersichtlichkeit der „Gesellschaft im Ausnahmezustand“¹³, in der Umbruch neben Beharrung stand, ließ die gesellschaftliche Situation labil und manchmal explosiv erscheinen. Aufmerksame Beobachter sahen nach 1950 den traditionellen Klassenkonflikt zwischen Kapital und

⁵ Vgl. Gries, Die Rationengesellschaft, S. 19f.

⁶ Vgl. Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 227.

⁷ Vgl. de Bruyn, Zwischenbilanz, S. 361 und S. 326–330.

⁸ Vgl. Klempner, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Bd. 1, S. 6, Eintrag vom 17. 6. 1945.

⁹ Dabei soll die Vertriebenenunterbringung auf dem Lande auch qualitativ am primitivsten gewesen sein; vgl. BAB, DO 2/49, Bl. 140–158, insb. Bl. 153f., MdI DDR, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Abt. Bevölkerungspolitik, Erläuterungen zur Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik, 20. 10. 1953.

¹⁰ Vgl. BAB, DA 1/977, Bl. 38ff., insb. Bl. 115, Provisorische Volkskammer DDR, Protokoll der 20. Sitzung am 8. 9. 1950.

¹¹ Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 209.

¹² Vgl. treffend Teppe, Trümmersgesellschaft im Wiederaufbau, S. 31.

¹³ Vgl. treffend Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, S. 121.

Arbeit durch eine neue soziale Frage – die Verwerfungen der Kriegsfolgengesellschaft – überlagert und abgelöst¹⁴. Darunter besaß das Vertriebenenproblem zweifellos die größte Brisanz, waren doch zwölf Millionen Opfer dieser „ethnischen Säuberung“ bis 1950 in das verkleinerte und geteilte Deutschland gelangt¹⁵, von denen die SBZ zeitweilig mehr als ein Drittel aufgenommen hatte.

AUFNAHME- REGION	31. 12. 1946 ¹⁶	1. 12. 1947 ¹⁷	1. 1. 1949 ¹⁸	31. 8. 1950 ¹⁹	Neu- zugänge 1950/51 ²⁰
Brandenburg	580 571	621 756	655 466	540 761	–
Mecklenburg	980 773	930 774	922 088	686 340	–
Sachsen-Anhalt	961 733	1 081 802	1 051 024	782 374	–
Sachsen	781 455	1 005 992	997 798	760 920	–
Thüringen	607 390	692 424	685 913	483 707	–
SBZ / DDR insgesamt	3 911 922 ²¹	4 332 748	4 312 289	3 254 102 (4 100 000) ²²	78 380

¹⁴ Vgl. BAK, B 137/938, Dr. Witte, Frankfurt/M., an Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thediek, 22. 6. 1951, S. 1 f.

¹⁵ Vgl. Reichling, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Bd. 1, S. 55; neuerdings auch: Naimark, Fires of hatred, S. 108 ff.

¹⁶ Die Angaben für 1946 in: BAB, DO 2/13, Bl. 43.

¹⁷ Vgl. BAB, DO 2/14, Bl. 93.

¹⁸ Vgl. BAB, DO 2/19, Bl. 57.

¹⁹ Die erste DDR-Volkszählung vom 31. 8. 1950 fragte – im Gegensatz zu späteren – noch nach dem „Herkunftsland entsprechend dem Wohnort am 1. September 1939“, wobei der Gebietsstand vom 31. 8. 1950 mit jenem vom 1. Januar 1937 verglichen wurde; die Herkunftsbereiche der in der DDR lebenden Vertriebenen wurden aufgrund dessen in damals deutsche „Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze“, welche die Provisorische Regierung der DDR im Juni 1950 offiziell anerkannt hatte, sowie in „Ausland“ nach dem Gebietsstand von 1937 differenziert; durch den Wohnort-Stichtag von 1939 wurde die Vertriebenenengruppe in der DDR künstlich verkleinert, da nach dem 1. September 1939 Geborene nicht mitgezählt werden konnten; insofern geben die Daten der DDR-Volkszählung nur Annäherungswerte wieder; vgl. hierzu Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, S. 36.

²⁰ Das DDR-Ministerium des Innern erstellte im Sommer 1951 offenbar letztmalig einen Überblick über die Neuzugänge an „angekommene[n] Umsiedlern“ in der DDR, der jedoch nicht mehr nach Ländern differenziert war; bis Ende 1949 hatte die DDR-Regierung auf ihrem Territorium 1 855 243 Vertriebene als ordnungsgemäß aufgenommen registriert; vgl. BAB, DO 2/19, Bl. 47; das bedeutete, daß der Großteil der 1945/46 ins Land gelangten Vertriebenen statistisch nicht sauber hatte erfaßt werden können; ausgehend von der Registrierenziffer von 1949 ergibt sich zwischen Januar 1950 und Ende Juni 1951 die genannte Zahl an Neuzugängen, von denen 18 639 auf das erste Halbjahr 1951 entfielen; vgl. ebenda, Bl. 209.

²¹ Später, Anfang 1948, korrigierte die ZVU ihre Vertriebenenstatistik für den 1. 1. 1947 leicht nach unten, wobei lediglich die thüringischen Zahlen unverändert blieben; demnach hatten Anfang 1947 in Brandenburg 572 010 Vertriebene gelebt, in Mecklenburg 966 162, in Sachsen-Anhalt 954 702, in Sachsen 783 673 und in der gesamten SBZ 3 883 937 Vertriebene; vgl. BAB, DO 2/14, Bl. 93.

²² In die DDR-Gesamtzahl wurde der „Demokratische Sektor“ Berlins mit insgesamt 71 013 registrierten Vertriebenen einbezogen; vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, S. 36; Reichling, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, S. 59, schätzt die Gesamtzahl der Vertriebenen der DDR für 1950 auf 4,1 Millionen.

Auch zahlreiche Opfer des Bombenkrieges, von denen in der SBZ zwischen 433 000 und 640 000 als totalgeschädigt eingeschätzt wurden²³, blieben langfristig hilfsbedürftig. Ein kleineres, jedoch ebenso langfristiges Problem bildeten die Kriegsinvaliden, deren Zahl 1949 für ganz Deutschland auf 1,2 Millionen Menschen geschätzt wurde²⁴, die jedoch in der SBZ unter die Sammelkategorie der „Schwerbeschädigten“ rubriziert wurden, welche Ende 1946 auf bis zu 600 000 Personen geschätzt wurden, von denen 105 000 einer Versorgung mit Prothesen bedurften²⁵. Behördlich erfaßt worden waren im März 1946 in Sachsen jedoch erst rund 133 000 „Körperbehinderte“ unterschiedlicher Provenienz, darunter 80 Prozent „Kriegsbeschädigte“²⁶. Bis Mitte 1949 hatten die sowjetzonalen Behörden rund 387 000 Schwerbeschädigte registriert, von denen 92,7 Prozent Männer waren; 98 000 dieser Schwerbeschädigten waren als dauernd erwerbsunfähig eingestuft worden, darunter wieder 86 000 Männer²⁷. Man darf davon ausgehen, daß damals der Anteil der Kriegsbeschädigten an diesen Schwerbeschädigten noch sehr hoch gewesen ist, was sich erst im Laufe der fünfziger Jahre änderte, als die DDR-Politik im Laufe des 1. Fünfjahrplans (1951–55) die Zahl der staatlich anerkannten Schwerbeschädigten beinahe verdoppelte, da seit Dezember 1951 „die Anerkennung als Schwerbeschädigter nach der Tatsache der Beschädigung erfolgt[e] und nicht, wie vor Erlaß dieser Anweisung und auch heute noch in Westdeutschland, nach der Ursache (nur Unfall- und Kriegsleiden)“. Mit dieser erheblichen Inklusionserweiterung wollte die DDR-Politik „ein soziales Unrecht gegenüber den sogenannten Zivilbeschädigten beseitigt“ wissen und nahm dafür erhebliche finanzielle Mehrbelastungen in Kauf²⁸. Die Zahl der anerkannten Schwerbeschädigten in der DDR nahm in der Folgezeit, wie das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung ausdrücklich beklagte, „un-

²³ Eine zeitgenössische Schätzung ging 1946 von insgesamt über fünf Millionen zerstörten Wohnungen im Vierzonen-Deutschland aus, davon allein in Berlin 627 000 und in der SBZ knapp 640 000; weitere 1,3 Millionen Wohnungen in der SBZ und Berlin seien schwer beschädigt, von denen rund 440 000 als unbewohnbar gelten müßten; hinzu kämen fast 800 000 leicht beschädigte Wohnungen; vgl. Mewes, Soziale Forderungen im Wohnungsbau, S. 121; eine zurückhaltendere Schätzung aus den siebziger Jahren besagt, daß der alliierte Bombenkrieg in Westdeutschland etwa 2,2 Millionen Wohnungen oder 24% des Vorkriegsbestandes total zerstört habe; für die SBZ lag die Zahl mit 433 000 total zerstörten und weiteren 207 000 schwer beschädigten Wohnungen niedriger, doch auch dort waren 14% des Vorkriegsbestandes unbewohnbar geworden; die regionalen Unterschiede waren überdies beträchtlich: Berlin hatte mit über 500 000 zerstörten Wohnungen „die absolut größten Wohnungsverluste“ erlitten, doch auch in Mecklenburg und Sachsen waren die Zerstörungen erheblich; vgl. Karlsch, Allein bezahlt?, S. 46 f.

²⁴ Vgl. BAB, DO 2/19, Bl. 225 ff., DVdI, HA Verwaltung, Abt. Bevölkerungspolitik, Denkschrift über „Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur seit 1939“, Mai 1949.

²⁵ BAB, DQ 2/490, DVAS, Invalidenbetreuung, Jahresbericht 1946, 17. 12. 1946, S. 3 ff.

²⁶ BAB, DQ 1/4564, Bl. 115, Landesverwaltung Sachsen, Zusammenstellung über bisherige Erfassung von Körperbehinderten, Stand 1. 3. 46.

²⁷ Vgl. BAB, DQ 2/3863, „Zurück ins Leben“. [Protokoll der] Schwerbeschädigten-Arbeitsstagung des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen Berlin im Zusammenhang mit der Ausstellung aus dem Arbeitsgebiet der Schwerbeschädigten am 14. Dezember 1949 in Leipzig, S. 9 f., Rede Karl Litkes.

²⁸ Vgl. Richter, Große Erfolge der Sozialfürsorge im ersten Fünfjahrplan; eine ähnlich gerichtete Inklusionserweiterung mit dem Schwerpunkt auf arbeitsgesellschaftlicher Rehabilitation scheint in der Bundesrepublik erst 1974/75 realisiert worden zu sein; vgl. Mitzscherling, Zweimal deutsche Sozialpolitik, S. 16.

aufhörlich zu“ und überschritt 1957 die Millionengrenze (1 052 000)²⁹, um bis 1965 nach amtlichen Schätzungen auf 1,16 Millionen anzuwachsen; der Anteil der damals 810 000 männlichen Schwerbeschädigten sank bis dahin auf 69,8 Prozent ab³⁰. Kriegsbeschädigte hatten an diesen anerkannten Schwerbeschädigten in der DDR bereits 1957 nur noch 25,8 Prozent (i.e. knapp 271 400) gestellt, wodurch diese anfänglich dominante Gruppe für die DDR-Schwerbeschädigtenförderung zunehmend an Relevanz verlor³¹.

Jahr ³²	Registrierte Schwerbeschädigte	Arbeitssuchende Schwerbeschädigte
1951		15 000
1952		12 000
1954	954 000	
1955		5 000
1957	1 052 000	2 400 ³³
1965	1 160 000 ³⁴	

Eine vom US-Hochkommissar für Deutschland 1951 veröffentlichte Meinungsumfrage, „bei der [...] danach gefragt worden war, welche Gruppen das größte Anrecht auf Hilfe hätten“, hatte die wohl auch auf die DDR übertragbare „bezeichnende Reihenfolge“ ergeben, daß „an erster Stelle [...] Kriegerwitwen und Kriegswaisen“ rangierten, „an zweiter die Bombengeschädigten, an dritter die Vertriebenen, an vierter die Widerstandskämpfer des 20. Juli. Dann erst kamen die Juden.“³⁵ Die Bevölkerungsmehrheit stufte somit Empathie und Hilfsbereitschaft nach ihrer „Nähe“ zur jeweiligen Opfergruppe ab. Dieser Umstand zeigt, wie problematisch in der DDR-Gesellschaft die zwischen 1950 und 1953 vom SED-Regime praktizierte sozialpolitische Bevorzugung der Vertriebenen vor den Bombengeschädigten gewirkt haben dürfte. Es war vermutlich Rücksicht auf die Mehrheitsbevölkerung, welche die SED-Sozialpolitik – nachdem sie die Kriegsbeschädigten aus ideologischen Gründen als „Schwerbeschädigte“ hatte unkenntlich machen wollen – 1948 die Zahlung besonderer „Kriegsinvaliden“-Renten zugestand, ohne freilich an der strukturellen Nivellierung der einstigen Sondernversorgung etwas zu ändern³⁶.

Wenn der jungen Bundesrepublik eine Aufspaltung der Gesellschaft in die nachkriegsbedingten Klassen der „Gesicherten“ und der „Gefährdeten“ attestiert wor-

²⁹ Vgl. BAB, DQ 1/2427, [MfAB DDR], HA Arbeitskräfte, Dr. Heinze, an Macher, 26.3.1958.

³⁰ Vgl. Schwerbeschädigtenbetreuung und Rehabilitation, S. 679.

³¹ Vgl. Kahle, Die berufliche Rehabilitation durch die Ausbildungsstätten für Schwerbeschädigte.

³² Daten, soweit nicht anders vermerkt, nach: BAB, DQ 1/2427, [MfAB DDR], HA Arbeitskräfte, Dr. Heinze, an Gen. Min. Macher, 26. 3. 1958.

³³ Zahlen vom Januar 1958.

³⁴ Schätzung nach: Schwerbeschädigtenbetreuung und Rehabilitation, S. 679.

³⁵ Vgl. Wiggershaus, Die Frankfurter Schule, S. 496.

³⁶ Vgl. ZVBl. 1948, S. 363.

den ist³⁷, so paßt diese Diagnose nicht minder auf die SBZ/DDR. Das erste Nachkriegsjahrzehnt ist für Westdeutschland treffend als „Gründungskrise“ gedeutet worden, zu deren erfolgreicher Überwindung durch eine „Integration der Gesellschaft“ eine innovative, auf Abbau oder Linderung von Kriegsfolgen gerichtete Sozialpolitik entscheidend gewesen sei – vom Lastenausgleich bis zur Rentenreform³⁸. Anders als die Bundesrepublik wird die DDR gemeinhin als Ort der Desintegration erinnert – als Ausgangspunkt massenhafter „Republikflucht“ von 2,7 Millionen Menschen (mit überdurchschnittlich hohem Vertriebenenanteil³⁹), die wesentlich dazu beitrug, die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren zwischen 1950 und 1964 um 14 Prozent zu reduzieren⁴⁰. Hingegen wird die Tatsache, daß die SBZ/DDR zuvor wesentlich durch massenhafte *Zuwanderung* geprägt worden ist, kaum erinnert⁴¹, obwohl Vertriebene 1950 fast ein Viertel⁴² und selbst 1961 noch ein knappes Fünftel der DDR-Bevölkerung stellten. Es ist daher angebracht, auch der DDR-Gesellschaft und -Politik eine kriegsfolgenbedingte „Gründungskrise“ und entsprechend unumgängliche Anstrengungen zu gesellschaftlicher Integration zu attestieren und diese Problematik eingehender zu untersuchen.

II.

Zunächst gaben die Kriegsfolgenprobleme in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften den entscheidenden *Anstoß zum Ausbau des Sozialstaats*. Dabei ging es um eine Sozialpolitik, die „nicht mehr nur den Not- und Ausnahmefall, sondern weitgehend den Normalfall“ zum Bezugspunkt ihres Handelns machte⁴³ und folglich auf gesamtgesellschaftliche Steuerung zu zielen begann. Der Wunsch nach Wiedererlangung sozialer Sicherheit wird den in der DDR lebenden Vertriebenen in nicht geringerem Maße unterstellt werden dürfen als ihren Schicksalsgenossen im Westen. Trug dieses Sekuritätsstreben zum später konstatierten „eher konservativ-mittelständische[n] Lebensstil der DDR-Bevölkerung“⁴⁴ ebenso deutlich bei, wie sich in Westdeutschland Vertriebenenmentalität und partielle „Restauration“ ergänzten? Oder muß für die DDR-Gesellschaft noch stärker als für ihr westdeutsches Gegenstück die Feststellung Dahrendorfs gelten, daß „kein Name für die Entwicklungen“ der Nachkriegszeit „so falsch wie der des ‚Wiederaufbaus‘“ gewesen sei, denn „was immer geschah, mußte auch sozial ein Neubau sein“⁴⁵? Die Lage blieb ambivalent: Gerade weil sie wieder nach Sicherheit strebten, mußten Vertriebene an gesell-

³⁷ Zit. nach Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft*, S. 219.

³⁸ Vgl. Hockerts, *Integration der Gesellschaft*.

³⁹ Vgl. Heidemeyer, *Vertriebene als Sowjetflüchtlinge*.

⁴⁰ Vgl. zu Castell, *Die demographischen Konsequenzen*, S. 122.

⁴¹ Doch selbst in der Schilderung hochrenommierter Historiker werden die deutschen Vertriebenen nach 1945 nur „von der neuen Bundesrepublik übernommen“, ohne daß die SBZ/DDR überhaupt Erwähnung fände; Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*, S. 74f.

⁴² Vgl. BAB, DO 2/19, Bl. 225–239, insb. Bl. 231, DVdI, Abt. BP, *Denkschrift über die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur seit 1939*, Mai 1949.

⁴³ Vgl. Hockerts, *Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates*, S. 35.

⁴⁴ Vgl. Ludz, *Deutschlands doppelte Zukunft*, S. 88.

⁴⁵ Vgl. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, S. 449.

schaftlicher Veränderung interessiert sein. Resultierte daraus zumindest eine partielle Interessenidentität mit dem SED-Regime gegenüber der Mehrheit der Nichtgeschädigten?

Vor diesem Hintergrund verlangt die Rolle des Privateigentums in der DDR-Aufbaugesellschaft Beachtung. Den Machthabern der SBZ/DDR ist „wenig Respekt vor bestehenden Eigentumsrechten“ attestiert worden, was dazu geführt habe, daß in ihrem Machtbereich die „Spielräume für eine umverteilende Vertriebenenpolitik größer als in Westdeutschland“ gewesen seien⁴⁶. Doch die Bodenreform blieb eine einsame Ausnahme, das SED-Regime erlag keineswegs den im Westen beschworenen „Versuchungen einer eigentumsfeindlich-kommunistischen Flüchtlingspolitik“⁴⁷. Enteignungen fanden fortlaufend statt, Umverteilungen jedoch immer weniger. Das DDR-Umsiedlergesetz von 1950⁴⁸ enthielt zwar diverse sozialpolitische Subventionen zur Schaffung oder Festigung *neuen* privaten Kleinbesitzes von Vertriebenen, setzte jedoch grundsätzlich auf Hilfe zur Selbsthilfe statt auf die Fortschreibung „sozialkaritativer“ Unterstützung⁴⁹. Förderkredite unterstützten die Neuausstattung von Vertriebenen-Haushalten mit Privatbesitz an Mobiliar und Hausrat, aber auch Zehntausende Kleinbetriebe vertriebener „Neubauern“ und Tausende Kleinhandwerker und damit die eigenverantwortliche Integration in die Arbeitsgesellschaft. Indem arbeitsunfähige Vertriebene nur noch am Rande berücksichtigt wurden, erscheint die arbeitsgesellschaftliche Komponente dieser Integrationspolitik sehr viel ausgeprägter und alternativloser als beim westdeutschen Konkurrenzmodell, das ergänzende Versorgungs- und Entschädigungselemente enthielt.

Betriebswirtschaftlicher Strukturwandel der Landwirtschaft der SBZ/DDR infolge der Bodenreform 1945–1952⁵⁰:

Größenklasse	Betriebsanteil vor Bodenreform	Flächenanteil vor Bodenreform	Betriebsanteil nach Bodenreform	Flächenanteil nach Bodenreform
0,5 bis 1 ha	20,7%	1,5%	21,8%	3,0%
1 bis 5 ha	35,3%	8,8%	25,1%	12,4%
5 bis 10 ha	16,4%	10,5%	31,7%	29,5%
10 bis 20 ha	16,6%	19,5%	15,2%	25,8%
20 bis 50 ha	8,5%	20,8%	5,5%	19,6%
50 bis 100 ha	1,4%	9,2%	0,6%	4,7%
über 100 ha	1,1%	29,7%	0,1%	5,0%

⁴⁶ Diese Einschätzung bei Ther, Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR am Beispiel des Kreises Calau-Senfenberg, S. 162; in einer späteren Studie wurde diese Wertung dahin abgeschwächt, daß man in der SBZ „weniger Rücksicht auf Eigentums- und Bürgerrechte“ haben nehmen müssen als in Westdeutschland; vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 226.

⁴⁷ Vgl. Rogge, Vertreibung und Eingliederung im Spiegel des Rechts, S. 227.

⁴⁸ Vgl. GBl. DDR 1950, S. 971, Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. 9. 1950.

⁴⁹ Dessen ungeachtet subsumiert Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 163, das Umsiedlergesetz unter einen „sozialcaritativen Ansatz“ von Vertriebenenpolitik.

⁵⁰ Vgl. BAB, DK 1/2913, Bl. 166, MLF DDR, Statistik zu Besitzveränderungen durch die demokratische Bodenreform, S. 6. 1952.

REGION ⁵¹	einheimische Neubauern	Umsiedler- Neubauern	Vertriebenen- anteil an der Neubauernschaft	Durchschn. Betriebsgröße Umsiedler-Hof in Hektar
Brandenburg	27 716	25 042	47,5%	8,3
Mecklenburg	38 362	38 524	50,1%	9,6
Sachsen-Anhalt	34 060	16 623	32,8%	6,8
Sachsen	13 689	7 463	35,3%	6,9
Thüringen	6 038	2 899	32,4%	7,9
SBZ insgesamt	119 865	90 551	43,0%	8,4

Allerdings erwies sich die Selbständigenförderung innerhalb des DDR-Umsiedlergesetzes mit dem 1952 verkündeten „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ nicht als kompatibel. Sie wurde daher in Landwirtschaft und Handwerk mit dem Ziel, kleine Privatbetriebe zu großen Produktionsgenossenschaften zusammenzufassen⁵², konsequent konterkariert. Darüber hinaus lag die 1952/53 erfolgte ersatzlose Einstellung der Vertriebenenförderung auch deshalb nahe, weil sich einige Maßnahmen – etwa die Vertriebenenquote bei der Zuteilung von Neubauwohnungen oder die Ausbildungsförderung von Kindern und Jugendlichen – als weitgehend dysfunktional oder – wie der massenwirksame Wohnbedarfkredit – als allzu kostenintensiv erwiesen hatten. Kriegsfolgenspezifische Gruppenförderung ließ sich mit der SED-Grundtendenz zur rückhaltlosen Unterordnung aller Sozialpolitik unter die Erfordernisse der Aufbau- und Arbeitsgesellschaft nicht wirklich in Einklang bringen. Ministerpräsident Grotewohl hatte schon 1951 sein Regime als „Regierung der Arbeit“ definiert und die sozialpolitische Parole „Mehr Sorge um den Menschen“ vor allen Dingen als „Mehr Sorge um den arbeitenden Menschen“ verstanden wissen wollen⁵³. Just als die Bundesrepublik mit dem Lastenausgleichsgesetz eine langfristige Politik zum Ausgleich von Kriegsfolgelasten einleitete, setzte sich in der DDR durch, was die ZK-Wirtschaftsabteilung schon 1950 gefordert hatte – daß sich Vertriebene „nicht mehr wie bisher als eine besondere Gruppe in der Bevölkerung [...] mit gesondert gelagerten Interessen“ betrachten dürften, sondern mit der übrigen Bevölkerung „ihre Lage [...] nur durch Erfüllung und Übererfüllung unseres Zweijahrplanes, d. h. also durch äußersten Arbeitseinsatz“, verbessern könnten⁵⁴. Bezeichnenderweise führte auch der Volksaufstand von 1953 nur zu Konzessionen an die Konsumbedürfnisse der „Werk tätigen“, nicht aber zur Neubelebung kriegsfolgenspezifischer Sozialpolitik. So war es nur folgerichtig, daß noch 1989 führende DDR-Sozialpolitikhistoriker in der „vollen Verwirklichung des Rechts auf Arbeit“ durch drastische „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ eine we-

⁵¹ Vgl. zur folgenden Tabelle: SAPMO, DY 30/IV 2/13/388, DWK, Sekretariat, Entwurf einer Denkschrift über die bisher erreichten Ergebnisse in der Unterbringung der Umsiedler in Wirtschaft und Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone nach dem Stand vom 1. Juli 1949, S. 7f.

⁵² Vgl. hierzu Schroeder, *Der SED-Staat*, S. 111 f.

⁵³ Zit. nach Grotewohl, *Über Politik, Geschichte und Kultur*, S. 191.

⁵⁴ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388, SED, ZK, Abt. Wirtschaftspolitik an Abt. Staatliche Verwaltung, 20. 9. 1950.

sentliche politische Integrationsleistung zugunsten der Vertriebenen erblickten, seien doch „allein 1,5 Millionen Umsiedler, darunter 450 000 Jugendliche, [...] zu Beginn der fünfziger Jahre in das Berufsleben eingegliedert“ worden⁵⁵. Das DDR-Umsiedlergesetz war hingegen dieser Bilanz der DDR-Sozialpolitik nicht einmal eine Erwähnung wert.

Erleichtert wurde der 1952/53 erfolgte Abbau besonderer Umsiedlerpolitik in der DDR durch den Umstand, daß das DDR-Umsiedlergesetz ausschließlich Vertriebene gefördert hatte und dadurch nicht nur den Sozialneid der Masse der Nichtgeschädigten, sondern auch den Unmut der benachteiligten Opfergruppen – insbesondere der Bombengeschädigten – auf sich gezogen hatte⁵⁶. Die massenwirksamste Maßnahme des Umsiedlergesetzes, der „Wohnbedarfkredit“, hatte zwischen 1950 und 1953 mit mehr als 400 Millionen Mark Kreditmitteln zwar rund 700 000 Vertriebenenhaushalten die Anschaffung von Hausrat⁵⁷ und damit eine materielle Niveauangleichung an Nichtgeschädigte erleichtert, zugleich jedoch durch die Diskriminierung ähnlich ausstattungsbedürftiger Bombengeschädigter neue Strukturen sozialer Ungleichheit geschaffen. Dergleichen bewirkte das Umsiedlergesetz auch in der kurzfristig „privilegierten“ Sozialgruppe der Vertriebenen selbst. Da das „Privileg“, einen Kredit in Anspruch nehmen zu dürfen, nichts daran änderte, daß ein solcher zurückgezahlt werden mußte, sahen sich die am meisten Hilfsbedürftigen – Rentner und Sozialunterstützte, darunter viele Frauen – entweder zur Inanspruchnahme gar nicht in der Lage oder durch zu hohe Tilgungsraten überlastet. Gleichzeitig hatte die DDR-Regierung realisieren müssen, daß das ursprünglich an alle Vertriebenen gerichtete Kreditangebot sowohl die (aus den Spareinlagen der Bevölkerung geschöpften) Finanzreserven als auch die Güterproduktion überforderte und damit die Konsumbedürfnisse der einheimischen Bevölkerungsmehrheit ernstlich zu schmälern drohte. Daraufhin wurden Ende 1950 „besserverdienende“ Vertriebene vom Kreditbezug rückwirkend ausgeschlossen, womit jedoch ausgerechnet die ideologisch wie ökonomisch umworbenen „Aktivisten“ und Facharbeiter verprellt wurden. Aufgrund anhaltender Proteste mußte die Exklusion solcher „Leistungsträger“ 1952 zumindest im Falle von Neubauwohnungs-Zuweisungen wieder zurückgenommen werden⁵⁸. Niemals in der Lage, den Zielkonflikt zwischen „welfare“ und „workfare“⁵⁹ zu lösen, pendelte sich die DDR-Umsiedlerpolitik schließlich auf die Förderung unterer Erwerbseinkommen ein, die bedürftig genug waren, um den Kredit zu „verdienen“, und zugleich genug verdienten, um ihn

⁵⁵ Vgl. Winkler, Geschichte der Sozialpolitik der DDR, S. 92.

⁵⁶ Im Herbst 1953 stellten die Umsiedlerexperten der DDR-Regierung fest, „eine weitere zusätzliche Hilfe“ für Vertriebene müsse einer „sorgfältigen Prüfung“ unterzogen werden, „da bei der Herausgabe des Umsiedler-Gesetzes ein Teil der Bevölkerung, der durch den Krieg gleichfalls stark geschädigt wurde (Bombengeschädigte), ihren [sic] Unwillen zum Ausdruck brachte, daß ihnen diese Hilfe nicht zuteil wurde“; vgl. BAB, DO 2/49, Bl. 140–158, insb. Bl. 142, Ministerium des Innern DDR, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Abt. Bevölkerungspolitik, Erläuterungen zur Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik, 20. 10. 1953.

⁵⁷ Vgl. ebenda, insb. Bl. 140f.; siehe auch Meinicke, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene, S. 76.

⁵⁸ Vgl. BAB, DO 1/33260, MdI und MdF, Ergänzung der Arbeitsrichtlinien zur Vergabe des Umsiedler-Wohnbedarfkredits vom 18. 11. 1950, 25. 8. 1952.

⁵⁹ Vgl. diese typologische Unterscheidung bei Hockerts, Einführung, S. 21.

auch zurückzahlen zu können. Im Rückblick erscheint der Wohnbedarfkredit somit als tastender Übergang von einer kriegsfolgenbedingten Gruppenförderung zu einer nivellierten Gesellschaft von „Werk tätigen“. Die übrigen Hilfsprogramme des Umsiedlergesetzes hatten sich über konkrete Berufsgruppenorientierung dem Kontext des Wirtschaftsaufbaus noch deutlicher angepaßt⁶⁰.

Ab 1953 wurde das sozialpolitische Sonderproblem der Vertriebenen und der meisten übrigen Kriegsfolgegeschädigten in der DDR strikt individualisiert. Lediglich die Kriegsbeschädigtenrenten blieben langfristig erhalten, doch auch hier tat die SED-Politik alles für deren Substitution durch größtmögliche Integration in den Arbeitsprozeß: Die hohe Zahl der 1950 fast 590 000 Kriegsbeschädigtenrenten bezogen überwiegend Waisen und Witwen, aber nur 53 000 Kriegsbeschädigte⁶¹. Im Laufe der fünfziger Jahre wurden auch Waisen erwachsen und Kriegerwitwen in Arbeit gebracht, weshalb die Zahl der Rentenempfänger bis 1960 um über 73 Prozent absinken konnte⁶². Obschon die bereits in den vierziger Jahren gesetzlich eingeführte und seit 1951 verschärft umgesetzte Beschäftigungsquote von mindestens 10 Prozent bis 1958 faktisch nur bis zu 7,5 Prozent realisiert werden konnte, sahen sich die Betriebe durch „den großen Mangel an Arbeitskräften“ zunehmend veranlaßt, die anfangs wenig geschätzte staatliche Beschäftigungspolitik von Schwerbeschädigten „weitgehend [...] auszunutzen“⁶³. Insofern war es kaum überraschend, daß 1960 nur knapp 17 000 Kriegsbeschädigte besondere Vollrenten und weitere 43 000 Teilrenten bezogen⁶⁴; lediglich 22 Prozent der 1957 registrierten 271 400 Kriegsbeschädigten erhielten somit Kriegsbeschädigten-Sonderrenten⁶⁵. Aufgrund der „wesentlich härteren Leistungsvoraussetzungen“ in der DDR, wo Rentenleistungen lediglich bei einer Erwerbsfähigkeitsminderung von über zwei Dritteln erfolgten, und aufgrund des niedrigeren Leistungsniveaus wurde nach westdeutschen Berechnungen in der DDR pro Kopf der Bevölkerung „nur ein Achtel des westdeutschen Aufwandes für die Versorgung der Kriegsoffer aufgebracht“⁶⁶. Angesichts dessen blieb der SED-Politik nur die lautstarke propagandistische Gegenoffensive, der zufolge in der DDR das Recht auf Arbeit auch für Schwerbeschädigte bereits „verwirklicht“ sei, während die westdeutsche Politik die Schwerbeschädigten in Privilegierte (Kriegsbeschädigte) und Benachteiligte (sonstige) spalte; dabei diene „auch das westdeutsche Schwerbeschädigtengesetz aus dem Jahre 1953“ letztlich „der Remilitarisierung“, indem „gerade den fast 900 000 Schwerkriegsbeschädigten ein fragwürdiger ‚Dank des Vaterlandes‘ gezeigt und künftigen Söldnern ein Zuckerbrot in Aussicht gestellt werden“ solle, „wenn sich erneut junge Deutsche für den amerikanischen Imperialismus zu Krüppeln schießen lassen sollen“⁶⁷.

⁶⁰ Vgl. ausführlicher Schwartz, Umsiedlerpolitik in der Krise?

⁶¹ Vgl. Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, S. 362.

⁶² Auf 158 000, darunter rund 17 000 Kriegsbeschädigte; ebenda.

⁶³ Vgl. BAB, DQ 1/2427, [MfAB DDR], HA Arbeitskräfte, Dr. Heinze, an Gen. Min. Macher, 26. 3. 1958.

⁶⁴ Vgl. Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, S. 362.

⁶⁵ Zum 31. 12. 1957 waren in der DDR 1 052 000 Schwerbeschädigte registriert worden; vgl. BAB, DQ 1/2427, [MfAB DDR], HA Arbeitskräfte, Dr. Heinze, an Gen. Min. Macher, 26. 3. 1958; der Kriegsbeschädigtenanteil daran betrug 25,8%; vgl. Kahle, Die berufliche Rehabilitation.

⁶⁶ Vgl. Mitzscherling, Soziale Sicherung in der DDR, S. 85.

⁶⁷ Vgl. Knabe, Das Recht auf Arbeit für die Schwerbeschädigten.

III.

Indem der Lebensstandard in der DDR-Gesellschaft wesentlich durch Partizipation an der sozialistisch ausgerichteten Arbeits- und Leistungsgesellschaft bestimmt wurde, war eine Existenz am Existenzminimum für Rentner, Arbeitsunfähige oder in Niedriglohnbereichen Beschäftigte die unausweichliche Folge. Im Frühjahr 1949 hatten Vertriebene ein Viertel der Gesamtbevölkerung, aber 42,6 Prozent aller Sozialunterstützten in der SBZ gestellt, deren Gesamtzahl 1950 DDR-weit auf 3,5 Millionen geschätzt wurde⁶⁸. Der durch Westabwanderung verschärfte Arbeitskräftemangel in der DDR bewirkte freilich in den fünfziger Jahren eine rasche Zwangs-Inklusion solcher Sozialunterstützter – darunter vieler alleinerziehender Frauen – in den „workfare state“ DDR⁶⁹: Die Frauenerwerbsquote wurde in der DDR binnen eines Jahrzehnts von 52,4 Prozent 1950 auf 65,2 Prozent 1960 gesteigert⁷⁰ – allerdings nicht selten in dessen unterste Bereiche, wo ältere alleinstehende Frauen – darunter zahlreiche Vertriebene – häufig jene untergeordneten Tätigkeiten verrichteten, die in der Bundesrepublik immer stärker ausländischen „Gastarbeitern“ überlassen wurden⁷¹. Innerhalb der karg alimentierten Rentner-Schicht bildeten Vertriebene freilich längerfristig eine Problemgruppe. Viele hatten sich, da sie höhere Rentenansprüche nicht belegen konnten oder als einstige Selbständige nie erworben hatten, in der DDR mit der Mindestrente begnügen müssen, die zwischen 1949 und 1959 von 55⁷² auf 115 Mark anstieg⁷³, während ein Industriearbeiter bereits 1950 265 Mark verdient hatte⁷⁴. Ähnlich wie das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ hatte auch das DDR-Wirtschaftswachstum schwere soziale Schattenseiten, wobei sich die Schere zwischen Renten- und Lohnentwicklung immer mehr öffnete: Die durchschnittliche Sozialversicherungsrente lag 1960 bei 27 Prozent eines durchschnittlichen Bruttoeinkommens eines Vollbeschäftigten in einem VEB⁷⁵. Insofern dürfte die westdeutsche Rentenreform, die 1957 die Renten- an die Lohnentwicklung koppelte, in der DDR-Bevölkerung erhebliche Resonanz gefunden haben, zumal die SED-Politik auch auf diesem sozialpolitischen Konkurrenzfeld offensichtlich versagte⁷⁶.

Für erwerbsfähige und aufstiegswillige Gruppen von Vertriebenen – im Unterschied zum Westen auch zunehmend Frauen – wurde die Individualisierung sozialer

⁶⁸ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388, SED, ZK, Abt. Wirtschaftspolitik, Stoph, an Abt. Staatliche Verwaltung, betr. Vorschlag zur Umsiedlerhilfe des Erhard Julius, Überlandwerk Glaucho, 20. 9. 1950.

⁶⁹ Vgl. zu diesen antagonistischen Elementen der DDR-Sozialstaatlichkeit: Hockerts, Einleitung, S. 21; ab 1953 begründete eine Arbeitspflichtbefreiung von Frauen nicht länger automatisch einen Anspruch auf Sozialunterstützung; vgl. Malter, Arbeitsfähige Sozialfürsorge-Unterstützungsempfänger, S. 88 f.

⁷⁰ Vgl. zu Castell, Die demographischen Konsequenzen, S. 135.

⁷¹ Vgl. von Plato, Vergangene Perspektiven?, S. 104.

⁷² Vgl. Winkler, Geschichte der Sozialpolitik der DDR, S. 51.

⁷³ Vgl. Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, S. 332 f.

⁷⁴ Siehe S. 176.

⁷⁵ Vgl. Schmidt, Grundlagen der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 729.

⁷⁶ Vgl. Hoffmann, Sozialistische Rentenreform.

Notlagen in der DDR jedoch durch die wirtschaftliche Rahmenentwicklung entschärft. Die fünfziger Jahre waren in *beiden* deutschen Nachkriegs-Ökonomien durch in Europa überdurchschnittliche Wachstumsraten gekennzeichnet⁷⁷, wobei in der DDR zunächst Metallurgie, Elektroindustrie, Schiffbau, Lebensmittelindustrie und Schwermaschinenbau die höchsten Zuwachsraten aufwiesen⁷⁸, während die Konsumgüterindustrie deutlich dahinter zurückblieb. Nach dem 17. Juni 1953 schlug sich freilich der industrielle Wachstumsschub deutlicher in einer Verbesserung des Lebensstandards der DDR-Bevölkerung nieder. 1956 soll der durchschnittliche Reallohn infolge von Lohnsteigerungen und Preis- und Steuersenkungen 233 Prozent des Wertes von 1950 betragen haben⁷⁹. Freilich war der Lohnanstieg sektoral höchst unterschiedlich⁸⁰. Belief sich der Bruttolohn eines Industriearbeiters 1950 – wie erwähnt – auf 265 Mark, so betrug er in der Landwirtschaft gerade 157 Mark. Sozialisierte Betriebe zahlten deutlich höhere Löhne als Privatbetriebe. Der Bruttolohn für bei Privatbauern beschäftigte Landarbeiter war das Schlußlicht der Einkommensentwicklung und stieg von 1950 143 Mark bis 1953 um ganze drei Mark, um 1954 sogar unter den Stand von 1950 zu fallen⁸¹.

Eine ähnliche Differenzierung wäre auch für die Entwicklung der privaten Sparguthaben in der DDR aufschlußreich, die sich zwischen 1949 und 1954 auf 2,9 Milliarden Mark nahezu verdreifachten⁸². Da sich diese Guthaben pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1950 und 1954 von 69 auf 206 Mark erhöhten⁸³, bedienten sie das ideologisch erwünschte Phantombild des „Kleinsparers“. Faktisch war jedoch nicht jeder DDR-Bürger auch ein Sparer; neben solchen, deren Einkünfte zu Neuanschaffungen ausreichten, welche wiederum den Neid Alteingesessener erregten, lebten zahlreiche Kriegsfolgeschädigte von der Hand in den Mund und bekamen die diesbezügliche Verachtung etablierter Bevölkerungsschichten deutlich zu spüren⁸⁴. Als das DDR-Innenministerium 1950 zur Hausratversorgung der Vertriebenen ein „Möbelzwecksparen“ favorisierte, bei dem Kreditnehmer als Vorleistung die Hälfte der Anschaffungssumme ansparen sollten, erklärte der Regierungsvertre-

⁷⁷ Ambrosius/Hubbard, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas, S. 136, sprechen in Tab. III.1 von einem jährlichen Durchschnitts-Wachstum des realen Sozialprodukts von 7,8% in der BRD und 5,7% in der DDR für den Zeitraum von 1950–1960, während der gesamteuropäische Jahresdurchschnitt (ohne Sowjetunion) bei 4,7% gelegen habe; dabei seien freilich die west-östlichen Wachstumsraten miteinander nicht ohne weiteres vergleichbar.

⁷⁸ Vgl. Steiner, Wirtschaftliche Lenkungsverfahren, S. 285.

⁷⁹ Vgl. Statistisches Jahrbuch DDR 1956, S. 202.

⁸⁰ Die zwischen 1950 und 1953 in Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft um 30%, in der Bauwirtschaft um 26%, im Handwerk um 18% und im Handel um 16% gestiegen waren; vgl. BAB, DE 1/422, Bl. 1–18, insb. Bl. 3, SPK DDR, Denkschrift über „Die Entwicklung des Lebensstandards in der D.D.R. in den Jahren 1950–1954“, 20. 7. 1954.

⁸¹ Vgl. hierzu Statistisches Jahrbuch 1954, S. 195.

⁸² Vgl. BAB, DE 1/422, Bl. 1–18, insb. Bl. 7, SPK DDR, Denkschrift über die Entwicklung des Lebensstandards in der D.D.R. in den Jahren 1950–1954, 20. 7. 1954; dieses Alarmzeichen für ein hinter der Kaufkraft zurückbleibendes oder qualitativ nicht absetzbares Warenangebot war dem SED-Regime in den fünfziger Jahren keineswegs unwillkommen, da auf die Sparsressourcen für staatliche Zwecke unbemerkt zurückgegriffen werden konnte; auch die 400 Millionen Mark für den Umsiedler-Wohnbedarfskredit ab 1950 wurden auf diesem Wege beschafft.

⁸³ Vgl. Statistisches Jahrbuch 1956, S. 204.

⁸⁴ Vgl. ThüHSTA, Büro MP 228, Bl. 33 f., MP Thüringen, Amt für Information, Bericht Nr. 31/50 v. 22. 3. 1950.

ter Sachsen-Anhalts dieses Modell für Vertriebene nur in den „wenigsten“ Fällen für geeignet, da diese Bevölkerungsgruppe immer noch zu 50–60 Prozent aus Arbeitslosen, Fürsorgeempfängern oder Rentnern bestehe⁸⁵.

IV.

Die junge DDR profilierte sich nicht als „Fürsorgediktatur“, die ihre Legitimität aus ihrer Sozialstaatlichkeit bezogen hätte⁸⁶, sondern als Aufbaudiktatur einer organisierten Arbeitsgesellschaft. In dieser Gesellschaft der „Werkstätigen“, die Konsumanrechte kaum weniger schroff an Leistungs- und Verdienstkriterien band als ihre marktwirtschaftliche Konkurrenz⁸⁷, war dennoch der steuernde Einfluß politischer Entscheidungen außerordentlich hoch. Statt Umsiedler- oder Sozialpolitik im besonderen war es die allgemeine Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik der SED, die den Strukturrahmen individueller Lebenschancen wesentlich bestimmte. Eine politisch induzierte „ungeheure soziale Mobilität“ ermöglichte in den fünfziger Jahren „vielen Vertriebenen einen beruflichen Aufstieg“ und beendete damit sukzessive deren bis dahin „noch bestehende Unterschichtung“⁸⁸. 1949 konnten Vertriebene im Hinblick auf arbeitsgesellschaftliche Inklusion und Positionierung noch als „erheblich benachteiligt“ gelten, was „angesichts der Eigentumsverluste und eher geringer öffentlicher Unterstützung“ doppelt schwer wog⁸⁹. Zu Recht ist für das erste Nachkriegsjahrzehnt von der Entstehung einer „neue[n] Unterschicht“ gesprochen worden, „die sich zu einem erheblichen Teil aus Vertriebenen zusammensetzte“⁹⁰. Ende 1947 waren vertriebene Erwerbstätige nur unter Landarbeitern und Hilfsarbeitern aller Art überdurchschnittlich vertreten; vertriebene Frauen⁹¹ stellten damals die Hauptmasse der Landarbeiterschaft⁹². Zwar wiesen Vertriebene frühzeitig nennenswerte Belegschaftsanteile in einigen industriellen Großbetrieben und im Bergbau auf⁹³, doch die Erwerbs- und Einkommensstruktur der Mehrheit dürfte sich erst verbessert haben, als in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Schwerindustrialisierungspolitik der DDR auf breiter Front zum Tragen kam⁹⁴. Erst dadurch konnten die Folgen der ursprünglichen beruflich-räumlichen Fehlallokationen durch Unterbringung in strukturschwachen ländlichen Gebieten allmählich überwunden werden⁹⁵.

⁸⁵ Vgl. ThüHStA, MdI 3822, Bl. 118–30, insb. Bl. 118 f., MdI DDR, Abt. BP, Fortsetzung des Protokolls der Länderkonferenz am 11. 7. 1950, 17. 7. 1950.

⁸⁶ Vgl. diesen Interpretationsansatz bei Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur*.

⁸⁷ Wie das Beispiel eines in Brandenburg lebenden Rentnerpaares aus Schlesien zeigt, das nach eigener Aussage vom Juni 1950 seit 1947 eine unveränderte Mindestrente von je 55 Mark erhielt; ACDP, III/033/0096, Amandus J., Prützke/Brandenburg, an CDU, 8. 6. 1950.

⁸⁸ Vgl. Ther, *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 332.

⁸⁹ Vgl. Zank, *Wirtschaft und Arbeit*, S. 152.

⁹⁰ Vgl. Ther, *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 253 f.

⁹¹ Vgl. Schwartz, *Vertrieben in die Arbeiterschaft*, S. 82.

⁹² Vgl. dazu auch Winkler, *Geschichte der Sozialpolitik der DDR*, S. 54.

⁹³ Vgl. Zank, *Wirtschaft und Arbeit*, S. 151.

⁹⁴ Vgl. Storbeck, *Soziale Strukturen in Mitteldeutschland*, S. 222 f.

⁹⁵ Vgl. hierzu Schwartz, *Vertrieben in die Arbeiterschaft*.

Der politische Einfluß des SED-Regimes auf die Lebenschancen in seiner Gesellschaft erschöpfte sich freilich nicht in Industrialisierungspolitik. Gesellschaftsentwicklung im SED-Staat war das Resultat einer umfassenderen Politik der „wirtschaftlichen und sozialen Transformation“⁹⁶. Ein westdeutscher Beobachter hatte 1954 treffend prognostiziert, die in der DDR nach wie vor „*bemerkenswerte[n] Unterschiede*“ an Privateigentum zwischen Alteingesessenen und Vertriebenen würden „erst dann völlig beseitigt sein, wenn die Eingessessenen durch Verstaatlichung und Vergenossenschaftung restlos aus ihren bisherigen Wirtschaftspositionen verdrängt“ worden seien⁹⁷. Eine solche Nivellierungswirkung kann dem widersprüchlichen Synergieeffekt von Agrarkollektivierung und Industrialisierung ländlicher Regionen tatsächlich attestiert werden⁹⁸. Die Folge war in der ländlichen Gesellschaft der DDR nicht nur der Abstieg und die partielle Verdrängung alteingesessener Bauern, sondern auch die gleichzeitige Auflockerung der dort besonders hartnäckigen Unterschichtung der Vertriebenen, wie sie Anna Seghers oder Heiner Müller damals literarisch thematisierten. Diese Wechselwirkung zwischen Vertriebenenintegration und Gesellschaftstransformation war nichts Neues. Schon die labile Integration von 91 000 Vertriebenenfamilien, die ab 1945 an der Bodenreform partizipieren durften⁹⁹, hatte auf Enteignung und Vertreibung der noch kleineren Minderheit bisheriger Landeigentümer basiert, und die Integration von Vertriebenen in den öffentlichen Dienst der SBZ/DDR hatte personelle Verdrängungsprozesse zur Voraussetzung¹⁰⁰. In den fünfziger Jahren komplettierten die gegen alteingesessene bürgerliche und großbäuerliche Schichten gerichtete Transformationspolitik der SED, die damit zusammenhängende Massenabwanderung in den Westen und dadurch bewirkte Räumung sozialer Positionen in der DDR-Gesellschaft das Bild einer gewaltsam mobilisierten Transformationsgesellschaft, die nicht nur Opfer produzierte, sondern auch soziale Aufsteiger, denen um den Preis politischer Anpassung unverhältnismäßig „günstige Bedingungen für den Neuanfang“ geboten wurden¹⁰¹. Infolge dieser gewaltsamen Transformation war die DDR-Gesellschaft zwei Jahrzehnte nach Kriegsende nach einem mutigen Wort Ralf Dahrendorfs zur „ersten modernen Gesellschaft auf deutschem Boden“ geworden¹⁰². Zwar blieb dies eine auf soziale Mobilität begrenzte Teilmodernität, die am fundamentalen Demokratie- und Pluralismusdefizit krankte¹⁰³, doch gleichwohl schien die traditionelle deutsche „Herkunftsgesellschaft“ im SED-Staat stärker als im Adenauer-Staat „ganz und gar einer - nur eben mit seltsamen Maßstäben messenden - Leistungsgesellschaft“ gewichen¹⁰⁴. Das Ergebnis dieser totalitären Modernisierungsvariante war eine „Gesellschaft eigener Prägung“, deren grundlegende soziale Egalisierung

⁹⁶ Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 332.

⁹⁷ Vgl. Seraphim, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, S. 178 f. [Hervorhebung im Original].

⁹⁸ Vgl. Bauerkämper, Scharfe Konflikte und „feine Unterschiede“, S. 141.

⁹⁹ Vgl. Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen, S. 133 ff.

¹⁰⁰ Zur Beschäftigungssituation von Vertriebenen im öffentlichen Dienst der SBZ und frühen DDR ausführlicher Schwartz, „Verantwortliche Arbeit beim Wiederaufbau“.

¹⁰¹ Vgl. Meinicke, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene, S. 78 f.

¹⁰² Vgl. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, S. 453.

¹⁰³ Vgl. ebenda, S. 452 und S. 454.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 453.

in Dahrendorfs bemerkenswerter Analyse selbst nach dem Wegfall der SED-Diktatur irreversibel bleiben würde¹⁰⁵.

Vertriebenenintegration (und ähnlich auch Kriegsbeschädigten-Reintegration) vollzog sich im Rahmen umfassender gesellschaftlicher Transformationspolitik. Schon der zeitweilige umsiedlerpolitische Versuch der SED, den kollektiven Lebensstandard der Vertriebenen zu steigern, erfolgte im Kontext einer gegenläufigen SED-Gesellschaftspolitik, die mittels Enteignung und Verdrängung bisheriger sozialer Oberschichten eine „starke Senkung des allgemeinen Lebensstandards“ bewirkte. Die umsiedlerpolitisch intendierte Nivellierung nach oben bewegte sich – aus westdeutscher Sicht des Jahres 1954 – im dialektischen Zusammenhang einer allgemeinen Nivellierung nach unten. Es war folgerichtig nicht das Ziel der SED-Politik, den Vertriebenen die annähernde Wiederherstellung ihres früheren sozialen Status oder zumindest differenzierte Entschädigungen für verlorenes Eigentum zu bieten, „wären doch dadurch Elemente bürgerlicher Geisteshaltung konserviert, ja wiederbelebt worden, die als durchaus *unerwünscht* empfunden wurden“. Statt dessen wurde eine „Hebung des Sozialniveaus der Flüchtlinge auf den gedrückten Stand der Eingeborenenbevölkerung [...] erstrebt, *nicht aber eine neue Besitzbildung* und ein Wohlstandsgrad, der sich über das Durchschnittsniveau erhob“. Auf diese Weise hingen in der DDR-Gesellschaftsentwicklung „Assimilierung der Flüchtlinge und Nivellierung des gesamten Lebensniveaus eng“ zusammen¹⁰⁶. Anlässlich der Verabschiedung des DDR-Umsiedlergesetzes im September 1950 betonte Anton Plenikowski als Sprecher der SED-Volkskammerfraktion diesen engen Konnex zwischen „Umsiedlerpolitik“ und allgemeiner SED-Gesellschaftspolitik, als er die Vertriebenen daran erinnerte, daß alle integrationspolitischen Fortschritte nur vor dem Hintergrund der umfassenden sozialen Transformationspolitik der Sowjets und der SED möglich gewesen seien. Der SED-Politiker zielte insbesondere auf die konkrete Umverteilung von Land an Vertriebene im Zuge der Bodenreform sowie auf die Umverteilung von Stellen im öffentlichen Dienst im Zuge der Entnazifizierung. Die Versorgung von Vertriebenen mit Bodenreform-Land hatte 1945 in weiten Kreisen der sowjetzonalen Gesellschaft – auch innerhalb der Kirchen¹⁰⁷ – die rigorose Enteignung des Großgrundbesitzes als kriegsfolgenbedingte Notstandsmaßnahme legitimiert. Die SED-Führung wußte jedoch recht gut, daß lediglich ein winziger „Bruchteil“ aller in die SBZ gelangten Vertriebenen an der Bodenreform hatte partizipieren können¹⁰⁸, denn lediglich 2 Prozent oder rund 91 000 Vertriebene hatten bis 1950 kleine Neubauernbetriebe erhalten, so daß – unter Einberechnung mithelfender Familienangehöriger – allenfalls 350 000 von 4,4 Millionen Vertriebenen (ca. 8 Prozent) durch die Bodenreform begünstigt worden waren. Gegen die nicht nur in der zeitgenössischen SED-Propaganda, sondern auch in der neuesten Forschung beliebte Auffassung, die „sozialrevolutionäre Politik“ der Bodenreform habe die „größte Bedeutung für die angestrebte Integration der Vertriebenen“ gehabt¹⁰⁹, muß nachdrücklich betont werden, daß die übergroße Mehrheit

¹⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 461–463.

¹⁰⁶ Vgl. Seraphim, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, S. 32 f. [Hervorhebung im Original]; ähnlich Wille, SED und „Umsiedler“, S. 104.

¹⁰⁷ Vgl. hierzu Nowak, Christentum in politischer Verantwortung, S. 47.

¹⁰⁸ Vgl. Boldorf, Lastenausgleich, S. 355.

¹⁰⁹ Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 171.

der Vertriebenen in der SBZ/DDR von der Bodenreform nie profitieren konnte und ein Teil dieser Vertriebenenmehrheit sogar indirekte Nachteile durch die Bodenreform bzw. die daraus folgende einseitige Subventionierung der Neubauernschaft erlitt.

Mit größerem Recht pochte die SED auf die Integrationswirkung im öffentlichen Dienst der SBZ/DDR, die zum einen durch entnazifizierungsbedingte Personalwechsel bedingt war, bei denen Vertriebene aufgrund oft mangelnder Informationen über ihre politische Vergangenheit gegenüber Alteingesessenen ausnahmsweise einmal begünstigt waren, zum anderen jedoch auch mit der erheblichen Aufblähung der Staatsverwaltungen nach 1945 zu tun hatte¹¹⁰. Nach Angaben der SED waren 1949 von 2,1 Millionen arbeitspflichtigen Vertriebenen „160360 in der öffentlichen Verwaltung“ tätig¹¹¹; das wären 7,6 Prozent der erwerbsfähigen Vertriebenen in der SBZ gewesen. Regierungsintern wurden etwas niedrigere Zahlen genannt: Demnach waren kurz vor der DDR-Gründung 140360 Vertriebene im öffentlichen Dienst tätig (also 6,7 Prozent aller erwerbsfähigen Vertriebenen). Etwas mehr als die Hälfte dieser Gruppe (72865) arbeitete in den eigentlichen Staatsverwaltungen, weitere 35350 als Bedienstete der Bahn, über 23000 als nach 1945 neu eingestellte Lehrer und schließlich 8700 als Postangestellte¹¹². Wenn wir die im Statistischen Jahrbuch der DDR¹¹³ veröffentlichten Daten für 1950 zugrunde legen, ergibt sich im Vergleich zum Bevölkerungsanteil der Vertriebenen (von über 24 Prozent) in der SBZ/DDR ein deutlich unterdurchschnittlicher Vertriebenenanteil im öffentlichen Sektor. Die „öffentliche Verwaltung“ im engeren Sinne wies bei rund 369000 Beschäftigten 1950 einen Vertriebenenanteil von 19,8 Prozent auf, bei 254000 Mitarbeitern der Schienenbahnen ergab sich ein Vertriebenenanteil von 13,9 Prozent, bei 84700 Postmitarbeitern einer von nur 10,3 Prozent. Der Vertriebenenanteil an der Lehrerschaft der SBZ/DDR läßt sich aufgrund einer undifferenzierten Statistik nicht in ähnlicher Weise berechnen. Wenn wir jedoch internen Angaben von 1949 Glauben schenken wollen, wonach 31,8 Prozent aller Lehrer in der SBZ aus Vertriebenenkreisen stammten¹¹⁴, so wäre der Schuldienst ein Bereich des öffentlichen Dienstes der SBZ/DDR gewesen, innerhalb dessen Vertriebene stark überdurchschnittliche Personalanteile zu stellen vermochten. Gerade in dieser Berufsgruppe scheint daher der Zusammenhang zwischen besonders rigoros betriebener „Entnazifizierung“¹¹⁵ und Vertriebenen-Integration evident. Die von Plenikowski artikulierte SED-Umsiedlerpolitik zielte aufgrund solcher Teilerfolge ausdrücklich darauf ab, daß die in der DDR lebenden Vertriebenen die Gesellschaftspolitik der SED als notwendigen Kontext ihrer sozialen Integration begriffen und bejahten: „Die Umsiedlerfrage konnte so gelöst werden, weil die demokratischen Kräfte in gemeinsamer Arbeit

¹¹⁰ Vgl. ausführlich Schwartz, „Verantwortliche Arbeit beim Wiederaufbau“.

¹¹¹ Vgl. Pieck, Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 274 und 276.

¹¹² Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388, Sekretariat der DWK, Entwurf einer Denkschrift über die bisher erreichten Ergebnisse in der Unterbringung der Umsiedler in Wirtschaft und Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone nach dem Stand vom 1. Juli 1949, S. 6.

¹¹³ Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 26.

¹¹⁴ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388, DWK, Sekretariat, Entwurf einer Denkschrift über die bisher erreichten Ergebnisse in der Unterbringung der Umsiedler in Wirtschaft und Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone nach dem Stand vom 1. Juli 1949, S. 42.

¹¹⁵ Vgl. Bauerkämper, Kaderdiktatur und Kadergesellschaft, S. 50.

[...] diesen Teil Deutschlands demokratisierten und [...] weil es hier keine imperialistischen Besatzungsmächte gab, die den demokratischen Kräften den Weg dazu versperrten.“¹¹⁶

Aufgrund der zeitweilig durch diese gesellschaftliche Transformationspolitik entstandenen Integrationsdynamik glaubte die SED-Politik um 1950 noch ernsthaft, der Bundesrepublik bei sozialpolitischen Integrationsleistungen für Vertriebene den Rang ablaufen zu können. Wenngleich es im Rückblick zu weitgehend erscheint, „Aufnahme und Lebensbedingungen der Vertriebenen“ im gesamtdeutschen Vergleich „in der Sowjetzone“ für „noch am besten“ zu erklären¹¹⁷, so hatten doch nicht nur die erwähnten frühzeitigen Umverteilungswirkungen an Eigentum und Berufspositionen Teile der Vertriebenen zumindest zeitweilig begünstigt. Auch das zwischen 1946 und 1949 in der SBZ realisierte Programm einer einmaligen finanziellen Soforthilfeszahlung an alte und arbeitsunfähige Vertriebene, das immerhin ein Volumen von rund 400 Millionen Reichsmark erreicht hatte und im wesentlichen bis zur Währungsreform verausgabt worden war, hatte seinerzeit – wie westdeutsche Politiker wie der bayerische Flüchtlings-Staatssekretär Wolfgang Jaenicke offen eingestanden – in den Westzonen keine Parallele gehabt¹¹⁸. Auch die Teilerfolge der politisch gewollten Wohnraumumverteilung in der SBZ/DDR konnten sich im gesamtdeutschen Vergleich durchaus sehen lassen¹¹⁹. Doch als sich im September 1949 der DWK-Vorsitzende Heinrich Rau zu der polemischen Feststellung herabließ, „daß in Westdeutschland die gleichen Möglichkeiten beständen, den dortigen Umsiedlern zu helfen, wie das hier geschehe“, daß „die Ostzone [...] Westdeutschland aber nicht seine sozialpolitischen Aufgaben abnehmen“ könne¹²⁰, war dieser ursprüngliche sozialpolitische Leistungsvorsprung der SBZ mit dem im August 1949 in Kraft gesetzten westdeutschen Soforthilfegesetz soeben ins Gegenteil verkehrt worden¹²¹ – ein Umschwung in der Effektivität der deutsch-deutschen Integrationspolitiken, der die DDR bereits 1952/53 dazu brachte, auf die ihre ersatzlos zu verzichten.

V.

Wenn die „Vertriebenenpolitik“ der SBZ/DDR als „der wichtigste Faktor der Integration“ bezeichnet worden ist, so betrifft dies im Grunde kaum die eigentliche, nur als langfristiger Sozialprozeß denkbare Integration der Vertriebenen in ihre Aufnahmegesellschaft, sondern primär die improvisierte Soforthilfe bei „Aufnahme

¹¹⁶ Vgl. BAB, DA 1/977, Bl. 38 ff., insb. Bl. 129 f., Protokoll der 20. Sitzung der Provisorischen Volkskammer am 8. 9. 1950.

¹¹⁷ Vgl. Lehmann, *Der Oder-Neiße-Konflikt*, S. 63.

¹¹⁸ Vgl. BAK, B 150/8021, H.1, Bayerisches Staatsministerium des Innern, Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, Jaenicke, an Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen, 3. 3. 1948.

¹¹⁹ Vgl. Ther, *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 206 ff.; Schwartz, *Integration und Transformation*, S. 141 ff.; ders., *Vertrieben in die Arbeiterschaft*; ausführlich zur Wohnraumproblematik Meinicke, *Probleme der Integration*.

¹²⁰ Vgl. BAB, DN 1/2350, *Den Umsiedlern muß geholfen werden*, in: *Neues Deutschland* Nr. 222 v. 22. 9. 1949.

¹²¹ Vgl. Schwartz, *Vertreibung und Vergangenheitspolitik*, S. 179.

und Unterbringung der Ankömmlinge“. Bei ihrem Versuch, auch im Bereich der Vertriebenenintegration „gesellschaftliche Entwicklungen zu steuern“, stieß die Umsiedlerpolitik der SBZ/DDR hingegen von Anfang an auf deutliche Grenzen¹²². Erst im Kontext der sich in den fünfziger Jahren erheblich transformierenden DDR-„Leistungsgesellschaft“ scheint das seit 1953 offiziell negierte bzw. für gelöst erklärte Vertriebenenproblem eine allmähliche Veränderung zum Besseren erfahren zu haben. 1954 konstatierte der westdeutsche Beobachter Peter-Heinz Seraphim noch den Fortbestand eines auf kriegsfolgenbedingter sozialer Ungleichheit basierenden massenhaften „Vertriebenenproblem[s]“ in der DDR, da die zeitweilige Umsiedlerpolitik nur unzureichende Leistungen erbracht habe und der „überwiegend größte Teil der Vertriebenen“ wegen des Verbots jeglicher Selbstorganisation und des Gebots rückhaltloser kultureller Assimilation gegen das „herrschende Regime“ eingestellt sei. Allerdings war Seraphims Betrachtung trotz ihres Kalten-Kriegs-Kontextes differenziert genug, um auch Erosionserscheinungen dieser Außenseiter-Lage festzuhalten: Daß „aus Zweckmäßigkeitsgründen auch Heimatvertriebene zu SED-Aktivisten geworden“ waren, fand der einstige Mitarbeiter eines 1945 untergegangenen totalitären Regimes „nicht unverständlich“; daß hingegen „dem Sowjetzonenregime gewisse Einbrüche in die heimatvertriebene Jugend gelungen“ schienen, war aus Sicht der auf Rückkehrvorbehalt und daher auf Aufrechterhaltung der kulturellen Sonderidentität der Vertriebenen basierten westdeutschen Eingliederungspolitik umso „ernster zu bewerten“¹²³. Dabei agierte die junge Vertriebenengeneration in der DDR, indem sie diese Bezüge assimilationsoffen fallen ließ oder doch erheblich relativierte, im Grunde nicht anders als ihre Altersgenossen in der Bundesrepublik: In beiden Gesellschaften drifteten um 1960 „die Leitbilder, denen Väter oder Söhne nachhängen“ in einem Ausmaße auseinander, „wie dies sonst nur unter Auswandererfamilien oder in Epochen revolutionärer Umbrüche“ bekannt war¹²⁴.

Ein Jahrzehnt nach Seraphim bewertete Dietrich Storbeck im Auftrage der Bundesregierung die Lage des vertriebenen „Bevölkerungsteil[s]“ im SED-Staat neu. Dazwischen lag 1964 nicht nur ein Jahrzehnt massiver SED-Tabuisierungspolitik „zur Unterdrückung jeder Erinnerung an die Heimat und an die Vertreibung“, eine Repressalie, die Storbeck aufgrund der engen „politische[n] Bindung“ der DDR „mit den Herkunftsländern der Vertriebenen innerhalb des Ostblocks“ als zwingend verstand, sondern auch ein Prozeß erfolgreicher beruflicher Integration eines Großteils der Vertriebenen, der im DDR-spezifischen Kontext gleichzeitiger Industrialisierung und Arbeitskräfte-Abwanderung sogar zügiger verlaufen zu sein schien als in der Bundesrepublik¹²⁵. Konnte Anfang der fünfziger Jahre in der DDR von einer – umsiedlerpolitisch angestrebten – effektiven „sozialen Gleichstellung der Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung [...] keinesfalls gesprochen werden“, so scheint die „im Zuge von Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozessen“ erfolgte „deutliche Anhebung des Lebensstandards in der DDR“ im Laufe der späten fünfziger und der sechziger Jahre hier eine Niveaueingleichung erzielt zu

¹²² Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 330f.

¹²³ Vgl. Seraphim, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, S. 180f.

¹²⁴ Vgl. zur Westentwicklung: Karasek-Langer, Volkstum im Umbruch, S. 686.

¹²⁵ Vgl. Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, S. 221.

haben¹²⁶. Ähnlich wie die SED-Führung, die 1949 von einer arbeitsgesellschaftlichen Basisintegration und materiellen Grundversorgung letztlich einen sukzessiven Fortschritt der gesamtgesellschaftlichen Vertriebenenintegration erwartete¹²⁷ und insbesondere den allmählichen Abbau der materiell und kulturell bedingten vehementen Gruppenkonflikte zwischen Vertriebenen und Einheimischen¹²⁸ erhoffte, wertete Storbeck die gelungene „wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen“ als „wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung ihres Verhältnisses zur ansässigen Bevölkerung“, indem die erwerbstätigen Vertriebenen – teilweise freilich unter dem Zwang beruflicher Umstellung – die Chance erhalten hätten, „ihren Aufbauwille zu beweisen und die materielle Differenzierung abzubauen“¹²⁹. Von einer „in den meisten Fällen“ mit der beruflichen Integration einhergehenden „soziale[n] Deklassierung“ wie bei Seraphim Mitte der fünfziger Jahre¹³⁰ war ein Jahrzehnt später keine Rede mehr. Statt dessen unterstrich Storbeck den engen Zusammenhang zwischen Vertriebenenintegration und fortgesetzter DDR-Transformationspolitik, denn gerade dadurch habe sich das ursprünglich teilweise sehr schlechte Verhältnis zwischen Vertriebenen und Alteingesessenen allmählich entspannt. Beide Bevölkerungsgruppen seien gleichermaßen von der zwischen 1952 und 1960 vollzogenen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft betroffen worden, und der durch Sozialisierung und Vergenossenschaftlichung vorangetriebene Wandel der Wirtschafts- und Erwerbsstruktur habe mit den abhängig Beschäftigten gerade jene Erwerbsgruppe begünstigt, innerhalb derer „die Differenzierung zwischen Vertriebenen und Ansässigen am wenigsten spürbar“ gewesen sei. Im Ergebnis habe sich somit „das gemeinsame politische Schicksal“ auf das Verhältnis der zunächst antagonistischen Bevölkerungsgruppen „positiv ausgewirkt“¹³¹. Langfristig gesehen bestätigt sich folglich die – für das erste Nachkriegsjahrzehnt freilich untaugliche¹³² – erfahrungsgeschichtliche These, daß die Integration der Vertriebenen in die DDR-Gesellschaft letztlich dadurch begünstigt worden sei, daß sich nicht nur die Neuankömmlinge, sondern auch die (verbleibenden) Alteingesessenen „in einer ‚neuen Fremdheit‘ der Nachkriegsgesellschaft zurechtfinden mußten“. Anders als in Westdeutschland, wo dieser Grundtatbestand in ähnlicher Weise galt, kam in der SBZ/DDR die spezifische Notwendigkeit hinzu, sich „über die allgemeine Umorientierung hinaus in extremer Weise politisch und gesellschaftlich neu orientieren“ zu müssen, um sich mit „einer von der ungeliebten [sowjetischen] Besatzungsmacht eingesetzten Erziehungsdiktatur“ des SED-Regimes zu arrangieren. Ob dieser doppelte – gesellschaftliche und politische – Anpassungsdruck „die Verschmelzung von Vertriebenen und Einheimischen“ in der DDR-Gesellschaft tatsächlich besonders

¹²⁶ Vgl. Donth, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen, S. 399.

¹²⁷ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 51–63, insb. Bl. 63, SED, ZS, Abt. Landespolitik, Chwalczyk, Bericht über die Überprüfung der Situation der Umsiedler im Kreis Zittau, 14. und 15. Dezember 1948, 8. 1. 1949.

¹²⁸ Vgl. dazu ausführlich: Schwartz, „Zwangsheimat Deutschland“.

¹²⁹ Vgl. Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, S. 221.

¹³⁰ Vgl. Seraphim, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, S. 180.

¹³¹ Vgl. Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, S. 220 f.

¹³² Vgl. Schwartz, „Zwangsheimat Deutschland“.

„rasch“ forciert hat¹³³, muß wohl künftiger wissenschaftlicher Klärung anheimgestellt bleiben.

Selbst die anfangs so kritische Beziehung zwischen SED-Regime und Vertriebenen, die deren Integration in die DDR zweifellos erschwerte¹³⁴, hatte sich laut Storbeck bis Mitte der sechziger Jahre erheblich entspannt. Dies hing freilich wesentlich damit zusammen, daß bis zum Mauerbau überdurchschnittlich viele mit der SED-Politik unzufriedene Vertriebene die DDR verlassen hatten¹³⁵. Trotz aller Abweichungen im Detail verzeichnen die Statistiken der DDR und der Bundesrepublik für die Jahre 1949 bis 1961 eine übereinstimmende Gesamtzahl von rund 2,7 Millionen „Republikflüchtigen“¹³⁶, wobei der Anteil Vertriebener an dieser Westabwanderung überdurchschnittlich hoch war: Insgesamt gingen nach westdeutschen Angaben zwischen 1944/45 und 1961 gut 2,2 Millionen Vertriebene aus der SBZ/DDR nach Westen, der Großteil – damals die Mehrheit aller Abwanderer aus der SBZ – allerdings bereits bis 1948, während zwischen 1949 und dem DDR-Mauerbau 830 000 Vertriebene in den Westen einen geringeren, freilich immer noch überdurchschnittlichen Anteil von 31,5 Prozent an allen DDR-Flüchtlingen stellten¹³⁷. Ein Blick auf die Altersstruktur legt die Vermutung nahe, die ab 1952 gebotenen vertriebenenspezifischen sozialen Leistungen der westdeutschen Lastenausgleichspolitik hätten „die Abwanderung dieser Gruppe befördert“. Dies gilt insbesondere für die bessere Altersversorgung und die in der DDR so gut wie nicht vorhandenen Entschädigungszahlungen für verlorenes Eigentum, die vorwiegend ältere Menschen – als an sich weniger mobiler Bevölkerungsgruppe – zur Abwanderung gen Westen veranlaßten. Während aus dem Gebiet der DDR stammende Abwanderer die Altersklassen bis 55 Jahre dominierten, überwogen „ehemalige Umsiedler“ in den Kohorten ab 56 Jahren und stellten sogar zwei Drittel aller Abwanderer über 75 Jahre¹³⁸. Auch das DDR-Innenressort maß 1954 den angeblich „organisierte[n] Abwanderungen ehemaliger Umsiedler auf Grund des Lastenausgleiches in Westdeutschland“ einen hohen Stellenwert für „Republikflucht“ bei: „Durch falsche und lügnerische Versprechungen, die sich auf Wohnungseinrichtungen, geldliche Zuwendungen und arbeitsmäßige Zusagen richten, werden diese Umsiedler nach dem Westen gelockt.“¹³⁹ Noch 1960 waren nach Wahrnehmung der DDR-Behör-

¹³³ Vgl. von Plato, *Vergangene Perspektiven?*, S. 105.

¹³⁴ Ebenda, S. 106.

¹³⁵ Vgl. Storbeck, *Soziale Strukturen in Mitteldeutschland*, S. 228.

¹³⁶ Neueste west-östliche Zahlenvergleiche unter Heranziehung der bislang nicht ausgewerteten DDR-Daten der Zentralverwaltung für Statistik der DDR bietet ein von Damian van Melis und Henrik Bispinck an der Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte München durchgeführten Forschungsprojekts; demnach verzeichneten die DDR-Statistiker für die Jahre 1950–61 die Zahl von 2,78 Millionen „Republikflüchtigen“, die bundesrepublikanische Volkszählung von 1961 für den Zeitraum ab 1949 2,67 Millionen Personen, das bundesrepublikanische Notaufnahmeverfahren im selben Zeitraum 2,74 Millionen Anträge; lediglich die im Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik gebotene Summe von 3,58 Millionen Westabwanderern fällt demgegenüber aus dem Rahmen; für die Bereitstellung des noch nicht publizierten Datenabgleichs dankt der Verfasser Henrik Bispinck M.A.

¹³⁷ Vgl. Heidemeyer, *Vertriebene als Sowjetzonenflüchtlinge*, S. 239.

¹³⁸ Vgl. ebenda, S. 242 f.

¹³⁹ Vgl. BAB, DO 1/8/396, Bl. 5–28, insb. Bl. 9 f., MdI DDR, StS für Innere Angelegenheiten, Jahresbericht über die Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht, 9. 2. 1955.

den die (unterdessen flächendeckend erfolgenden) Entschädigungsleistungen des Lastenausgleichsgesetzes eine wichtige Abwanderungsursache¹⁴⁰. Freilich war den DDR-Organen schon frühzeitig klar, daß bei der „Republikflucht“ die Massenabwanderung von „Spezialisten und Facharbeitern“ und dabei insbesondere von sehr jungen Menschen überwog¹⁴¹. Die Hälfte aller vertriebenen DDR-Flüchtlinge war unter 33 Jahre alt und zählte damit zu den besonders abwanderungsdisponierten jungen Jahrgängen der DDR-Bevölkerung, in denen – im Unterschied zur Gesamtgruppe – Männer dominierten¹⁴². Obwohl das SED-Regime mit der „Republikflucht“ alter Menschen einige Sozialfürsorge- und Rentenlasten einsparen konnte, wog der volkswirtschaftliche Schaden der Abwanderung vieler junger und qualifizierter Arbeitskräfte ungleich schwerer.

Allerdings ging der Anteil von Vertriebenen an den DDR-Flüchtlingen im Laufe der fünfziger Jahre immer stärker zurück. Hatten 1949 noch 129 000 Vertriebene die SBZ/DDR gen Westen verlassen und dort fast die Hälfte (47,2 Prozent) aller Zuwanderer aus der „Sowjetzone“ gestellt, so hatte sich die Zahl der Vertriebenen unter den „Republikflüchtlingen“ bis 1952 mit knapp 55 000 mehr als halbiert, ihr Anteil an den DDR-Flüchtlingen war auf ein knappes Drittel (32,8 Prozent) gefallen und sank im Folgejahr sogar weiter (29,5 Prozent), obschon damals die Zahl vertriebener Abwanderer auf rund 85 000 wieder hochschnellte. Die absoluten Zahlen vertriebener DDR-Flüchtlinge schwankten auch in den Folgejahren, um erst ab 1959 drastisch zurückzugehen. Auch der Vertriebenenanteil an den DDR-„Republikflüchtlingen“ nahm im Laufe der fünfziger Jahre tendenziell immer weiter ab und hatte erstmals 1953, dauerhaft ab 1959 die 30-Prozent-Marge unterschritten, um 1960 mit 18,1 Prozent erstmals in der DDR-Geschichte auch unter den zu vermutenden Bevölkerungsanteil der Vertriebenen zu fallen¹⁴³. Wenn man daher „die hohe Abwanderungsrate in den Westen“ als „Indikator für die Distanz vieler Vertriebenen zum SED-Regime“ nutzen möchte, sollte man nicht nur den überdurchschnittlichen Anteil der Vertriebenen an dieser Gesamt-Abwanderung ins Auge fassen¹⁴⁴, sondern auch aus der abnehmenden Abwanderungsneigung der Vertriebenen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen. Denn so sehr „die Fluchtstatistik [...] ein hohes Maß an Desintegration der Vertriebenen bis zu Beginn der fünfziger Jahre“ belegt, so deutlich demonstriert sie doch mit dem „proportionale[n] Rückgang der Flucht unter Vertriebenen [...], daß die DDR diese wie andere sozial unterprivilegierte Schichten zunehmend an sich binden konnte“¹⁴⁵. Man wird gut daran tun, solche Beobachtungen ihrerseits nach sozial-mentalenen Schichtungen und wohl auch nach Generationenzugehörigkeit innerhalb der DDR-Vertriebenengruppe zu differenzieren – wie dies in rudimentär-

¹⁴⁰ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/401, Mdi DDR, Abt. Innere Angelegenheiten, Informationsbericht über die Methoden der Abwerbung von Bürgern der DDR, 30. 9. 1960, S. 4.

¹⁴¹ Vgl. BAB, DO 1/8/396, Bl. 5–28, insb. Bl. 9, Mdi DDR, StS für Innere Angelegenheiten, Jahresbericht über die Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht, 9. 2. 1955.

¹⁴² Vgl. Heidemeyer, Vertriebene als Sowjetzonenflüchtlinge, S. 242–244.

¹⁴³ Vgl. sämtliche Zahlen ebenda, S. 239.

¹⁴⁴ In dieser Weise jedoch Donth, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen, S. 399.

¹⁴⁵ Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 341; mit dem Jahr 1953 wird dieser Rückgang freilich zu früh angesetzt und überdies zu eindeutig postuliert.

soziologischer Weise schon das DDR-Innenministerium tat, als es 1950 die Optionen von aus Polen kommenden Spätsiedlern zur Ansiedlung in der DDR oder zum Weitertransport in die Bundesrepublik anhand des mitgeführten Resteigentums „klassenmäßig“ zu unterscheiden versuchte: „Wenn heute ein Transport mit Umsiedlern durch die Lager ginge, dann seien darin etwa ebensoviel Menschen für die DDR wie für Westdeutschland enthalten. Für die DDR seien es dann ca. sieben Wagen Gepäck, für Westdeutschland aber zwanzig Wagen Gepäck.“¹⁴⁶ Vertriebene bürgerlicher Herkunft gehörten weder zur Zielgruppe der SED-Politik noch allzu häufig zu deren Sympathisanten – wie jener 79jährige, ehemals mittelständische Fabrikant aus dem Sudetenland verdeutlichte, der in der DDR von 112 Mark Monatsrente und dem Zusatzeinkommen seiner noch erwerbstätigen Ehefrau leben mußte und den Vertretern des SED-Regimes feindselig erklärte: „Ich kümmere mich nicht um Marxismus und will auch nichts damit zu tun haben. Ich bin 79 Jahre und habe das Recht, meinen Lebensabend so zu gestalten, wie ich es will. Ich gehe sowieso bald zu meiner Tochter nach dem Westen. [...] Ich [...] sage es ganz offen, daß ich mich nicht an den politischen Geschehnissen in der Zone beteiligen werde und auch damit nicht einverstanden bin.“¹⁴⁷ Ganz anders sah dies ein dreiundzwanzigjähriger SED-Funktionär, der 1952 einem Westreporter stolz erzählte, „daß er eines Arbeiters Kind sei, aus Schlesien, und unter kapitalistischen Verhältnissen niemals den Aufstieg zum Referenten des [thüringischen] Ministerpräsidenten hätte nehmen können“¹⁴⁸.

Daß die DDR-Politik die Vertriebenen schlechthin „wie andere sozial unterprivilegierte Schichten zunehmend an sich [habe] binden“ können¹⁴⁹, läßt sich somit nicht gut behaupten; hier wußten deutsche Kommunisten anhand der alten marxistischen Unterscheidung zwischen Proletariat und Lumpenproletariat auch sehr wohl zwischen objektiver sozialer Verelendung der Vertriebenen nach 1945 und damit keineswegs zwangsläufig einhergehendem proletarisch-klassenkämpferischen Bewußtsein zu unterscheiden. Der führende SED-Umsiedlerpolitiker Paul Merker hatte bereits 1947 auf einer SED-Konferenz die „Tatsache“ hervorgehoben, „daß die Umsiedler durch den Krieg am meisten geschädigt“ worden seien, „so gut wie“ allen Besitz und zudem noch ihre Heimat verloren hätten. Diese „aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten“ zusammengesetzte Gruppe sei „durch die Umsiedlung“ objektiv „klassenmäßig zum Proletariat geworden, aber wie gesagt nur klassenmäßig, nicht aber in ihren Gehirnen“. Der SED-Diagnose zufolge hatten die Vertriebenen ihre objektive neue Klassenlage bislang „nicht verstanden, sie hängen noch an dem Alten und möchten den alten Zustand wiederhaben“. Es sei daher „schwierig“ für die SED, „den Umsiedlern klar zu machen, daß sich für sie gewaltiges [sic!] verändert hat“¹⁵⁰. Grundsätzlich bestand die geforderte Gegenleistung der

¹⁴⁶ Vgl. SAPMO, NY 4062/122, Bl. 334 ff., insb. Bl. 339, SED, Westkommission, Bericht über die Tagung der Umsiedlerkommission [von SED und KPD] am 30. 9. und 1. 10. im Nationalrat, 2. 10. 1950, Redebeitrag des MdI-Abteilungsleiters Büttner.

¹⁴⁷ Vgl. ThüHStA, Büro MP 235, Bl. 96–99, MP Thüringen, Afl, Bericht Nr. 719 v. 15. 12. 1950.

¹⁴⁸ Vgl. Kuby, In einem anderen Land, S. 427.

¹⁴⁹ Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 341.

¹⁵⁰ Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 96–153, insb. Bl. 112, Protokoll der SED-Umsiedlerkonferenz in Potsdam am 11. 11. 1947, 13. 11. 1947.

„Umsiedler“ an die staatliche Integrationspolitik der SBZ/DDR in der Bereitschaft zur Neuausrichtung auf eine völlig „neue Heimat“, eine Heimat als Zukunftsprojekt, das erst durch Mitarbeit am (sozialistischen) Aufbau zu gewinnen war. Das Vergangene war in dieser Sicht endgültig vergangen (und zu verdrängen), das Neue forderte sein Recht und den ganzen Menschen: „Da, wo das deutsche Volk lebt, ist seine Heimat“, so ZVU-Präsident Rudolf Engel 1947, und diese „neue Heimat“ müßten Einheimische und Vertriebene gemeinsam „bauen“; unter dieser Bedingung werde es „keine Heimatlosen“, „keine herumirrenden Vertriebenen“ mehr geben, denn „gemeinsame Sorgen, Pläne und Hoffnungen“ schüfen „die Voraussetzungen der Verschmelzung von Alt- und Neubürgern“¹⁵¹. Genau dies meinte auch der SED-Vorsitzende und DDR-Präsident Wilhelm Pieck, als er 1950 in seiner durch die Oder-Neiße-Grenze geteilten Geburtsstadt Guben auf einer speziell dem Vertriebenenproblem gewidmeten Wahlrede ausrief: „Wir haben unsere engere Heimat verloren, aber wir haben die große Heimat des Friedens, die Heimat eines demokratischen, friedliebenden Deutschlands gewonnen.“ Dafür müsse man „gemeinsam kämpfen“¹⁵².

Auch wenn man diese Entwicklung differenziert zu betrachten hat, zeitigte doch „die auf die Förderung von Unterschichten zielende, klassenspezifische Politik der SBZ/DDR [...] positive Rückwirkungen“ für den dortigen Prozeß der Vertriebenenintegration. Die beruflichen Aufstiegs- und Qualifikationsangebote in der DDR-Gesellschaft hatten für die Mehrheit der dort lebenden Vertriebenen offensichtlich größere Bindekraft, als die evidenten Nachteile wie die zunehmende Repression der Vertriebenenidentität oder die Verweigerung eines vermögensentschädigenden Lastenausgleichs hätten neutralisieren können. Treffend ist daraus gefolgert worden, daß „das Gros der Vertriebenen“ schon Mitte der fünfziger Jahre vielleicht „nicht vollends zufrieden“ gewesen sei, „aber auch nicht unzufrieden genug, um erneut den Lebensort zu wechseln“¹⁵³. Die bis zum Mauerbau in der DDR Zurückgebliebenen wurden just in dieser Logik auch von westdeutscher Seite bald als „weitgehend sozial und wirtschaftlich eingegliedert“ betrachtet. Selbst die SED-Repressionspolitik, die Seraphim noch als integrationshemmend oder unwirksam bewertet hatte, erschien nun in anderem Lichte – nämlich gerade in ihrer Wirksamkeit als integrationsfördernd. Demnach hatte die Unterdrückung der Sonderidentität und der Selbstorganisationsbestrebungen der in der DDR lebenden Vertriebenen zugleich deren Selbst-Ghettoisierung behindert und dadurch „*stärker zur Anpassung gezwungen* [...] als ihre Landsleute in Westdeutschland“. 1964 konnte Storbeck unter den DDR-Vertriebenen weder den Status noch das Bewußtsein einer Sondergruppe erkennen und rechnete daher „mit einer *weitgehend erfolgten Eingliederung der Vertriebenen* in Mitteldeutschland“¹⁵⁴. Andere Beobachter haben das Verhältnis von stalinistischer Repression und Vertriebenenintegration zwar als ambivalenter und im Hinblick auf gesellschaftlichen Interessenausgleich sogar als

¹⁵¹ Vgl. BAB, DO 2/96, Bl. 1 ff., insb. Bl. 3, Rudolf Engel, Der Anfang ist gemacht, in: Neue Heimat Nr. 1 v. Mai 1947.

¹⁵² Vgl. Pieck, Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 555.

¹⁵³ Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 341.

¹⁵⁴ Vgl. Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, S. 220 und S. 228 f. [Hervorhebung im Original]; dieser Einschätzung folgt auch Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 277.

„kontraproduktiv“ bewertet¹⁵⁵, den von Storbeck diskutierten Zusammenhang jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Trotz manchen bemerkenswert idyllischen Blicks über die Mauer wird man gut daran tun, Entwicklungsrhythmen und -intensitäten der subjektiven Integration unter den in der DDR lebenden Vertriebenen für ähnlich unterschiedlich zu halten wie im Westen. Nicht nur „integrationsfördernde“, sondern auch „integrationshemmende Faktoren“ waren in der DDR-Gesellschaft längerfristig mit Händen zu greifen: So sehr der rasch expandierende DDR-Arbeitsmarkt, die ansatzweise Umverteilungspolitik der SED und die egalitären Tendenzen in der DDR-Gesellschaft eine Integration begünstigten, so sehr wirkten der alltägliche Westvergleich innerhalb der DDR-Bevölkerung, die gerade unter Vertriebenen herrschende tiefe Abneigung gegen die Sowjets und deren „Russenpartei“, die unzureichende und allzu rasch abgebrochene Umsiedlerpolitik und die nicht zuletzt mit dem Abbruch dieser Vertriebenenförderung verbundene „mangelhafte gesellschaftliche Anerkennung“ der Vertriebenen in der DDR als Hemmnisse des Integrationsprozesses¹⁵⁶. Die jeweilige Gewichtung beider Faktorenreihen hing offensichtlich von der in den sozial besonders mobilen fünfziger Jahren erreichten gesellschaftlich-beruflichen Positionierung, der damit verbundenen Anerkennung und dem Lebensstandard ab. Im Vertriebenenzentrum Mecklenburg legten 1959 im DDR-Schuldienst stehende Vertriebene pflichtschuldigst ein Bekenntnis zur Nachkriegsgrenze ab, „da sie hier eine Heimat gefunden“ hätten, während in der Landwirtschaft tätige Vertriebene in der Grenzfrage nach wie vor geteilter Meinung waren¹⁵⁷. Und noch bei einer im Frühjahr 1965 erhobenen Umfrage des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED wurde die Frage, ob die „Grenzen von 1937 wiederhergestellt werden sollten“, immerhin von 22 Prozent der Befragten bejaht. Die SED-Meinungsforscher hielten dies für „ein ernstes Signal“, besonders wegen der überdurchschnittlichen Revisionshoffnungen unter landwirtschaftlich Beschäftigten (33,3 Prozent) und Arbeitern (22,9 Prozent)¹⁵⁸. Eine starke Minderheit der vermeintlich staatstragenden „Arbeiter-und-Bauern“-Klasse der DDR, die einen vertreibungsbedingt überdurchschnittlichen Vertriebenenanteil aufzuweisen hatte¹⁵⁹, entzog sich noch Jahrzehnte nach Kriegsende und Vertreibung der systemstabilisierenden Bevormundung durch ihre selbsternannte Avantgarde.

Erst langfristige Entwicklungen dürften in der DDR die Spannung zwischen objektiver und subjektiver Integration gemildert haben: Was die bis in die sechziger Jahre wachsenden sozioökonomischen Integrations- und Aufstiegschancen nicht bewirkten, mochte durch das Wegsterben der besonders hart betroffenen älteren Generation und die soziale Annäherung und Vermischung der jüngeren Altersgrup-

¹⁵⁵ Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 333; ähnlich bekanntlich bereits Dahren-dorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland.

¹⁵⁶ Vgl. von Plato, Vergangene Perspektiven?, S. 103 f.

¹⁵⁷ Vgl. SAPMO, DZ 6, Nr. 4696–501–006, Nationale Front, Kreisausschuß Schwerin-Stadt, Informationsbericht v. 6. 2. 1959, S. 3 f.

¹⁵⁸ Vgl. Niemann, Meinungsforschung in der DDR, Dokument I, insb. S. 24 und S. 29 f.

¹⁵⁹ Hierzu ausführlich Schwartz, Vertrieben in die Arbeiterschaft; auf der anderen Seite stellten die SED-Meinungsforscher der Zahl von etwa 22% „Revisionisten“ im eigenen Lande eine Allensbach-Umfrage gegenüber, wonach 1965 nur 46% der Bundesbürger meinten, „die ‚Ostgebiete‘ würden nie wieder deutsch werden“; vgl. Niemann, Meinungsforschung in der DDR, Dokument I, S. 30.

pen mit der Aufnahmegesellschaft erfolgt sein. Die Überwindung der Gründungskrise der Nachkriegszeit durch die Integration einer neuen Nachkriegs-Gesellschaft war folglich – ähnlich wie im Westen – in der DDR nicht nur durch sozioökonomische Prozesse und daraus resultierende differenzierte Lebenschancen bestimmt, sondern ebenso durch Verdrängung, Vergessen und Vergehen. Neben die unbestreitbare Erfolgsgeschichte von Integration tritt somit eine vielfältige Geschichte von Defiziten und Verlusten.

Judd Stitzel

Konsumpolitik zwischen „Sortimentslücken“ und „Überplanbeständen“ in der DDR der 1950er Jahre*

Wenn man vom Konsum in der DDR spricht, erscheinen mit großer Selbstverständlichkeit die ungenügende Produktion der Industrie und der daraus resultierende Mangel an Konsumgütern als die Hauptprobleme der SED-Konsumpolitik. In der Tat waren diese Faktoren sehr wichtig. Aber eine ausschließliche Betonung des Mangels und der damit zusammenhängenden Verteilungskonflikte zementiert eine Perspektive „von oben“. Sie vernachlässigt die Tatsache, daß der „Konsumgütermarkt“ in der DDR sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite umfaßte, auch wenn die Beziehung zwischen den beiden ziemlich einseitig zu sein schien. Die gängigen Diskussionen über den Mangel lassen uns auch die teilweise sehr begrenzte *agency* der Konsumenten vergessen¹. Von dieser Warte aus erscheint Mangel als vorprogrammiert, als objektiv und rein wirtschaftlich bestimmt.

Dieser Beitrag zeichnet ein komplexeres Bild und bietet hoffentlich eine hilfreiche Perspektive, die außer dem Mangel auch den Überfluß in die Untersuchung der ostdeutschen Konsumpolitik einbezieht². Ich verstehe diese Phänomene als zwei Seiten derselben Medaille, als soziale Konstrukte und als das Ergebnis sozialer Praxis. Dieser Blickwinkel erfaßt als Konsumpolitik nicht nur die ideologischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Parteiführung sondern auch das alltägliche Handeln auf allen Ebenen der Partei, des Staates und der Gesellschaft. Konsumpolitik so verstanden verweist auf bestehende Konflikte nicht nur zwischen Regime und Bevölkerung, sondern auch innerhalb des Regimes selbst: zwischen zentralen und lokalen Funktionären, verschiedenen parteilichen und staatlichen Institutionen, Industrie, Handel und der Presse. Sie nimmt sowohl vertikale als auch horizontale Spannungsverhältnisse und Konfliktlagen in den Blick.

* Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei Simone Ameskamp für ihre sprachlichen Korrekturen und inhaltlichen Anmerkungen, bei Corey Ross und Vernon Lidtke für ihre hilfreichen Kommentare sowie beim Berlin Program for Advanced German and European Studies des Social Science Research Council für seine finanzielle Unterstützung, die mir die Forschung ermöglicht hat, auf der dieser Aufsatz basiert.

¹ Ich benutze hier den englischen Ausdruck, weil mir der häufig verwendete Begriff Konsumentensouveränität dem einzelnen Konsumenten zu viel Spielraum und uneingeschränkte Macht zuspricht.

² Dieser Aufsatz basiert hauptsächlich auf Kapitel 6 meiner Dissertation: Stitzel, *Fashioning Socialism*. Die Ethnologin Ina Merkel hat ebenso auf wichtige Aspekte der gleichzeitigen Existenz von Mangel und Überfluß hingewiesen, doch ihre Darstellung beinhaltet manche Lücken bzw. Ungenauigkeiten und unterschätzt die organisatorischen und machtpolitischen Gründe der offiziellen Maßnahmen gegen die schädigenden Zustände, wie unten argumentiert wird. Siehe Merkel, *Utopie und Bedürfnis*, S. 88–119.

Die Versuche, „Sortimentslücken“ zu schließen und „Überplanbestände“ zu beseitigen, zeigen die Grenzen der Herrschaft des Regimes auf und verweisen auf die Interessenkonflikte, die den politischen und wirtschaftlichen Strukturen der DDR inhärent waren und durch gesellschaftliche Dynamiken, kulturelle Kontinuitäten und Ideen bestimmt wurden, die von keinerlei Parteilinie vorgegeben waren. Trotz aller Bemühungen der Parteiführung und anderer Funktionäre gelang es dem Regime weder, Konsumentenwünsche und -forderungen adäquat zu steuern, noch die Produktion ausreichend zu kontrollieren, um sie mit den immer differenzierteren Bedürfnissen, Wünschen, sozialen Lebenslagen und materiellen Lebensstandards der Konsumenten in Einklang zu bringen. Statt eine „Diktatur über Bedürfnisse“ auszuüben, mußte das Regime versuchen, immer neuen und wechselnden Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden, die teils aus dem Westen stammten, sich aber auch aus den offiziellen Versprechungen und Werbemaßnahmen des Regimes selber nährten. Da man sich nicht völlig auf die Planwirtschaft verlassen konnte, ergriffen vor allem weibliche Konsumenten die Initiative und taten ihr Bestes, ihre Bedürfnisse und Wünsche selber zu befriedigen. Dadurch demonstrierten sie eine bedingte *agency*, die allerdings auf das Niveau von Taktiken begrenzt blieb und nicht in der Lage war, die grundsätzlichen Beschränkungen des Systems zu überwinden.

Dieser Aufsatz veranschaulicht die Zusammenhänge zwischen Sortimentslücken, Überplanbeständen, Herrschaft und *agency* durch die nähere Betrachtung einer spezifischen Warengruppe – der Kleidung. Ich werde mich mit den Versuchen auseinandersetzen, einerseits Bestände von unverkäuflichen Bekleidungsstücken durch Sonderverkäufe und Sonderverkaufsstellen abzubauen und andererseits die Produktion und den Verkauf von modischer und besonders begehrter Bekleidung mit hoher Qualität in speziellen Boutiquen zu fördern. Als zweitgrößte Konsumgüterbranche in der DDR nach der Lebensmittelindustrie stand die mitteldeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie in einer langen und erfolgreichen Tradition³. Sie hätte in der Lage sein sollen, die Versprechungen des Regimes von immer mehr und besseren Konsumgütern zu erfüllen. Auf der anderen Seite wurde mit einer wachsenden Zahl und Vielfalt von Produkten auch die Koordinierung von Produktion und Handel, von Angebot und Nachfrage, schwieriger.

In der Aufbaugesellschaft der fünfziger Jahre, als das wirtschaftliche Wachstum und das Produktionsvolumen vieler Verbrauchsgüter teilweise dramatisch stiegen, war es besonders problematisch, daß einerseits Vorräte unverkäuflicher Waren wuchsen und andererseits viele dringend gebrauchte Konsumgüter fehlten. Angesichts der Nöte der ersten Nachkriegsjahre war die Konzentration auf die quantitative Steigerung der Produktion vielleicht angebracht und verständlich, doch schon Ende der vierziger Jahre mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die seit langem schlummernden und jetzt wachsenden Wünsche und Forderungen der Bevölkerung

³ Siehe Westphal, Berliner Konfektion und Mode; Dähn, Berlin Hausvogteiplatz; Dopp, 125 Jahre Berliner Konfektion; Heumann, Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft; BAB, DE1/11968, Bl. 49, Entwurf: Programm der Textil- und Bekleidungsindustrie zur Sicherung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung, o.D. [1960]; BAB, DE1/24418, Betr.: Durchsicht des Materials des Ministeriums für Leichtindustrie über die Untersuchungen in der Textilindustrie nach Qualität, Preisen und technischen Problemen, HA Planung der Leichtindustrie, Behrendt, 29. 12. 1956, S. 12.

nicht so einfach zu befriedigen waren. Das gleichzeitige Wachstum von Mangel und Überschuß verwies auf systeminhärente Probleme der DDR-Wirtschaft. Im Laufe der fünfziger Jahre wurde Partei- und Staatsfunktionären schmerzhaft bewußt, daß Fragen der Qualität immer wichtiger wurden und die Nachfrage nach vielen Produkten sich sehr plötzlich und dramatisch ändern konnte. Dies äußerte sich in Schwankungen der Produktion, in der Qualität und dem Aussehen der Produkte, in der Einführung von neuen Gütern oder dem Verschwinden alter Waren von den Ladentischen, in der Mode, in den Preisen und in den Löhnen⁴.

Einen Hinweis auf das offizielle Eingeständnis dieser Probleme liefert die als ambivalent zu bewertende sogenannte Bedarfsforschung, die schon Ende der vierziger Jahre begann. Die frühen Methoden der Befragung von Einzel- und Großhändlern waren ziemlich primitiv und setzten ganz einfach Käufe mit Nachfrage und Konsumentenwünschen gleich⁵. Rufe nach wissenschaftlicher anmutenden Methoden resultierten im März 1961 schließlich in der Gründung des Instituts für Bedarfsforschung im Ministerium für Handel und Versorgung. Obwohl die Bedarfsforschung praktisch keinen Einfluß auf die Produktion ausübte, zeigt sie dennoch, daß die Parteiführung schon vor dem Mauerbau einsah, daß die Nachfrage nicht allein vom Angebot abhängig war, und die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht einfach durch eine Steigerung der Produktion befriedigt werden konnten. Zum Beispiel bemerkte ein Funktionär im Zentralkomitee 1960, trotz der allgemeinen Steigerung der „Warenbereitstellung“ von Schuhen stehe dem „Einzelhandel in vielen Artikeln ein nur sehr unzureichendes Verkaufssortiment zur Verfügung“, und „die Befriedigung der Nachfrage der Bevölkerung“ sei „zumeist eine reine Zufallssache“⁶. Diese Bemerkung verweist auf den euphemistischen Begriff der Sortimentslücke. In der Sortimentslücke spiegelt sich der offizielle Mythos wider, daß Mangel in erster Linie aus logistischen Problemen mit der Planung, der Produktion, dem Handel und der Koordination dieser Sphären resultierte und nicht aus grundsätzlichen, systemimmanenten Schwierigkeiten. Das Problem bestand demnach lediglich darin, daß bestimmte Güter nicht in ausreichender Menge produziert wurden. Diese Lücken mußten einfach nur gestopft werden.

Das Pendant zur Sortimentslücke bildete der Überplanbestand – ein weiterer Begriff, der auf anscheinend objektive und logistische Faktoren verweist. Schon 1949 fing man an, Bestände von Verbrauchsgütern im Wert von mehreren Millionen Mark in Lagern zu stapeln; spätestens 1951/1952 stellten solche Bestände ein ernsthaftes Problem dar⁷. Neben Textilien und Kleidung, die den größten Teil der Über-

⁴ SAPMO, DY30/IV2/6.10/92, Bl. 98–108, Protokoll nach dem Redestextogramm Handelskonferenz am 30. und 31. Juli [1959] in Leipzig in der Messehalle II der Technischen Messe, MHV, Witkowski, Stellvertreter des Vorsitzenden der SPK, o.D. [1959].

⁵ LAB, C Rep. 106, Nr. 142, Aktenvermerk, Köhler, Planök. Abt., Berlin, 19. 3. 1949.

⁶ SAPMO, DY30/IV2/6.10/29, Bl. 8, Versorgungssituation, E. Lange, Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel, an Apel, Leiter der Wirtschaftskommission des Politbüros, 12. 5. 1960.

⁷ BAB, DL1/3731, Ministerpräsident, Landesregierung Sachsen, an Heinrich Rau, Vorsitzenden der Deutschen Wirtschaftskommission, Dresden, 18. 1. 1949; BAB, DL1/3741, Bl. 3, Betr.: Anordnung über die Herabsetzung der Punkte für Textilien und Schuhe vom 18. 10. 50, o.D.; LAB, C Rep. 106–01–01, Vorläufige Signatur Nr. T/175, Nickel, Industriezweigleitung Konfektion Berlin, an FR Leichtindustrie, Abt. Örtl. Ind. u. Handw., Magistrat von

planbestände ausmachten, stapelten sich auch ungeheure Mengen anderer Industriewaren wie Kameras, Bügeleisen, Mopeds, Fahrräder, Kinderwagen, Staubsauger und Küchenmaschinen in den Lagern. Bildete Anfang der fünfziger Jahre der Wert dieser unverkauften alten Konsumgüter einen relativ bescheidenen Teil des gesamten Produktionsvolumens, betrug er am Ende des Jahrzehnts in bestimmten Sortimenten, insbesondere der Oberbekleidung, zwischen 15 und 20 Prozent vom Istbestand des Handels⁸. Überplanbestände bereiteten außerdem ernsthafte politische Probleme. Sie konnten unter Konsumenten sowie Arbeitern und Angestellten in der Industrie und im Handel fast genauso viel Ärger und Frustration verursachen wie die Sortimentslücken. Die visuelle und physische Dominanz von unerwünschten, minderwertigen, aber trotzdem teuren Gütern in ostdeutschen Läden war eine schlechte Werbung für den Sozialismus. Sie trübten das Bild vom sozialistischen Lebensstandard und führten unmittelbar die nicht funktionierenden Elemente der Planwirtschaft sowie die Unfähigkeit des Regimes vor Augen, den Bedürfnissen seiner Bürger nachzukommen. Die spürbare Anwesenheit einer manchmal überwältigenden Zahl unverkaufter Güter verstärkte den Ärger über die Abwesenheit sehr begehrter Artikel. Wenn die Industrie so viele Kleider produzieren konnte, fragten ostdeutsche Konsumenten, warum konnte sie dann nicht aus denselben Stoffen schönere und günstigere Kleider in den richtigen Größen herstellen?

Vor dem Hintergrund der hochpolitischen Dimension von Konsum und der praktischen Bedeutungslosigkeit der Stimmen der Bürger an den Wahlurnen gewannen Käufe oder Nichtkäufe von DDR-Produkten an politischer Bedeutung: Die Entscheidung zu kaufen, auf einen Kauf zu verzichten oder in West-Berlin einkaufen zu gehen, entsprach einem indirekten Plebiszit über das politisch-wirtschaftliche System der DDR. Der offizielle Diskurs, der Leistungen in der Produktionssphäre mit Ansprüchen in der Konsumsphäre verband, politisierte Konsum und verstärkte Gefühle des berechtigten Entsetzens, wenn Bedürfnisse unerfüllt blieben, oder das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht stimmte. „Wenn wir als Arbeiter und gleichzeitig als Verbraucher uns überlegen, wieviel wir noch für eine Perlon-Garn[itur] bezahlen müssen, werden wir Ansprüche stellen“, beschwerte sich 1959 die Musterdirektrice vom VEB Feinwäsche Bruno Freitag⁹.

Unverkaufte Waren brachten also die begrenzte *agency* der Konsumenten zum Ausdruck. Sie weigerten sich, Produkte zu kaufen, die ihren Wünschen, Erwartungen und Vorstellungen vom Wert und gerechten Preis einer Ware nicht entsprachen. Schon 1949 stellte man fest, daß Ostdeutsche mit sehr spezifischen Wünschen einkauften und von Laden zu Laden oder sogar von Stadt zu Stadt zogen, um sie zu erfüllen¹⁰. Im Februar 1951, während der ersten Phase der Aufhebung der Rationierung für Textilien, bemerkte ein Handelsfunktionär: „Die Straßen boten ein fast friedensmäßiges Bild, d.h. daß die Frauen beginnen, sehr sorgfältig auszuwählen,

Groß-Berlin, 4. 2. 1956, S. 2; BAB, DE1/24268, Bl. 26, Ausarbeitung zur Entwicklung und Neuregelung der Preise in der Textilindustrie, o.D.

⁸ LAB, C Rep. 113, Nr. 479, Maßnahmen zur Verminderung von Abwertungsverlusten im sozialistischen Handel, Ministerium der Finanzen, Abt. Handel, Berlin, 9. 5. 1960, S. 1.

⁹ SÄStAC, SED-Kreisleitung Karl-Marx-Stadt/Land, Nr. IV/7/455/637, Protokoll über die Wahlberichtsversammlung der BPO VEB Feinwäsche „Bruno Freitag“ am 11. 4. 1959, Große, Sekretär der BPO, Hartmannsdorf, 15. 4. 1959, S. 9.

¹⁰ LAB, C Rep. 106, Nr. 142, Aktenvermerk, Köhler, Planök. Abt., Berlin, 19. 3. 1949.

sich in mehreren Geschäften zu orientieren und daß nicht mehr jede erstbeste Ware gekauft wird“¹¹. Derartiges Verhalten machte den Planfunktionären das Leben schwer. Sie nahmen frustriert zur Kenntnis, daß die Nachfrage nach vielen Produkten relativ elastisch war, und Konsumenten radikal und unberechenbar ihre Kaufkraft von einem Sortiment zum anderen verlagerten, etwa von der Kleidung zu Lebensmitteln¹².

Die SED und ihre Wirtschafts- und Preispolitik trugen einen großen Teil der Verantwortung für die Überplanbestände. Außer der berüchtigten Tonnenideologie, die auf einer möglichst vollen Ausschöpfung der industriellen Kapazitäten zu Lasten der Qualität der Produkte bestand, verschärften zum einen die mangelnde Koordination zwischen den Presseorganen, der Industrie und dem Handel und zum anderen das Festpreissystem der Planwirtschaft das Problem¹³. Bezirksfunktionäre in Berlin zum Beispiel beschrieben ein typisches Dilemma: „Es ist verständlich, daß statt der Zellwolle mehr wollhaltige Gewebe verlangt werden. Da aber in den Webereien bzw. auf den Stühlen noch ca. 12 Mio. [Mark] Zellwolle vorhanden sind, außerdem in den Handelsorganen für Millionen Mark Stoffe und Fertigwaren aus Zellwolle lagern, waren die vielversprechenden Zeitungsnotizen über die schnelle Verbesserung auf dem Stoffsektor falsch. Die Bevölkerung lehnt in Erwartung der wollhaltigen Bekleidungsstücke Zellwolle [...] ab“. Hinzu kamen Gerüchte über eine 40-prozentige Preissenkung von Zellwolle, die die Nachfrage noch weiter drückten¹⁴.

Preise machten den Kernbereich der Hauptspannungsverhältnisse und Widersprüche der SED-Konsumpolitik aus. Die SED sah sich vor eine heikle Gratwanderung gestellt: Preise mußten unterschiedliche und widersprüchliche Aspekte sozialistischer Ideologie verkörpern, Konsumpraktiken steuern, die Kaufkraft der Bevölkerung abschöpfen und Kapital akkumulieren. In der Praxis hat die Gestaltung von Preisen die Konsum-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED untergraben, wirtschaftliche Reibungsverluste verursacht, zum Wachsen von Überplanbeständen beigetragen und signifikante politische Konflikte verursacht. Erstens war die Höhe der Preise für Kleidung und andere Industriewaren, insbesondere im Vergleich zu Westdeutschland, ein Hauptgrund für die chronische Unzufriedenheit und die

¹¹ BAB, DL1/3764/1, Bl. 23, Bericht über die Kontrolle der Durchführung der teilweisen Aufhebung der Rationierung für Textilien per 26. 2. 1951, Trübenbach, o.D. Siehe auch LAB, C Rep. 106–01–01, Vorläufige Signatur Nr. T/175, Nickel, IZL Konfektion Berlin, an FR Leichtindustrie, Abt. Örtl. Ind. u. Handw., Magistrat von Groß-Berlin, 4. 2. 1956, S. 2.

¹² SAPMO, DY30/IV2/6.09/56, Bl. 88, Probleme des gegenwärtigen Zustandes und der perspektivischen Entwicklung der Bekleidungsindustrie, o.D.; BAB, DE1/7061, Bl. 129, Erläuterung zum Beschluß der Leitung der SPK vom 9. 3. 1960 über Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Textilindustrie, o.D.; BAB, DE1/7073, Bl. 25, Stellungnahme zum Bericht über die Bestandsentwicklung bei Industriewaren im sozialistischen Groß- und Einzelhandel – insbesondere bei Textilien und Bekleidung, SPK, Abt. Textil-Bekleidung-Leder, Berlin, 24. 5. 1960.

¹³ Zur sogenannten Tonnenideologie siehe SAPMO, DY30/IV2/6.10/92, Bl. 175, Protokoll nach dem Redestextogramm Handelskonferenz, Feldmann; BAB, DE1/26232, 1. Entwurf des Referats für die ökonomische Konferenz der Textilindustrie am 22. und 23.4. in Karl-Marx-Stadt, [1960], S. 9.

¹⁴ LAB, C Rep. 106–01, Nr. 544, Vorlage, Abt. Örtl. Ind. u. Handwerk, Referat Leichtindustrie, Berlin, 5. 10. 1953, S. 1.

Kaufunlust ostdeutscher Konsumenten¹⁵. Zweitens wurden Preise bürokratisch gebildet, ohne die vorhandenen Vorstellungen vom Marktwert, vom Gebrauchswert und von der Qualität einer Ware zu berücksichtigen.

Die marxistisch-leninistische Ideologie erlaubte die Verwendung von zwei verschiedenen theoretischen Preisbildungsmethoden. Die orthodoxere Variante definierte den Preis einzig und allein über den Wert der bei der Herstellung der Ware investierten Arbeit, während der andere Ansatz forderte, daß der Preis den Gebrauchswert der Ware für die Konsumenten zu reflektieren hatte. Die SED erwartete, daß Preise sowohl den in der Sphäre der Produktion definierten Wert als auch den in der Sphäre der Konsumtion definierten Gebrauchswert widerspiegeln. Dieser Vorgabe konnten die Strukturen der ostdeutschen Planwirtschaft aber unmöglich nachkommen. Augenscheinlich identische Artikel mit demselben Gebrauchswert konnten sehr unterschiedliche Preise haben, nur weil sie aus einer etwas anderen Mischung von Rohstoffen hergestellt wurden, von Unternehmen unterschiedlicher Eigentumsformen stammten oder verschiedene Größen hatten. Auf der anderen Seite konnte man Waren mit sehr unterschiedlicher Qualität, verschiedenem Gebrauchswert oder unterschiedlichen Produktionskosten für den gleichen Preis erwerben¹⁶.

Konflikte über Preise illustrierten grundsätzliche Schwächen der Konsumpolitik und der Herrschaft der SED-Führung über die Gesellschaft und sogar über Teile des Partei- und Staatsapparates. Ich skizziere im folgenden einige offizielle Versuche, Überplanbestände und Sortimentslücken durch Preisänderungen – nach unten sowie nach oben – zu eliminieren. Dabei beschränke ich mich auf Saisonschluß- und Sonderverkäufe, die sogenannten BIWA-Läden, das Qualitätsetikett „hochmodisch“ und besondere Modeboutiquen.

„Um zu verhindern, daß saisonbedingte Waren liegenbleiben“, schlug Walter Ulbricht bereits im September 1953 vor, „sollen jährlich Saisonsausverkäufe zu herabgesetzten Preisen durchgeführt werden“¹⁷. Allerdings waren die halbjährlichen Verkäufe von Anfang an mit Problemen befrachtet¹⁸. Nach den offiziellen Richtlinien des Ministeriums für Handel und Versorgung vom Februar 1954 sollten gleichzeitig zwei verschiedene Verkäufe durchgeführt werden: Einwöchige Saisonschluß-

¹⁵ SAPMO, DY30/IV2/6.09/56, Bl. 23–4, Zur Lage der Textil- und Bekleidungsindustrie, Berlin, 22. 3. 1960; BAB, DE1/7073, Bl. 25, Stellungnahme zur Bericht über die Bestandsentwicklung bei Industriewaren, 24. 5. 1960.

¹⁶ Siehe z. B. BAB, DE4/685, Vorlage einer Konzeption, wie die Festpreisbildung entsprechend dem Beschluß des V. Parteitages, insbesondere auf dem Gebiet der Textil- und Bekleidungsindustrie zum Abschluß gebracht werden kann, o.D. [1961], S. 2; BAB, DE1/24495, Schriftwechsel mit dem Bereich, den VVB und VEB der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie über Planung, Produktion und Entwicklung (April-Dezember 1958); BAB, DE1/29773, Bl. 143, Bericht über einen Gang durch Dresdner Läden, Schön, Büro des Politbüros, Berlin, 24. 8. 1960.

¹⁷ Walter Ulbricht: Weg zu Frieden, Einheit und Wohlstand. 16. Tagung des ZK der SED v. 17.–19. 9. 1953, zitiert nach: BAB, DE1/9388, Hausarbeit zum Staatsexamen des Kandidaten Walter Broszat, Thema: „Der Zusammenhang zwischen der Planung der Preise, der Handelsspannen und der Umlaufgeschwindigkeit der Waren und ihre Auswirkung auf die Senkung der Zirkulationskosten im staatlichen Textilhandel“, Erfurt, 12. 4. 1954, S. 28.

¹⁸ Die folgende Geschichte der frühen Saisonschlußverkäufe ergänzt und revidiert in wesentlichen Teilen die Behandlung der Sonderverkäufe durch Ina Merkel, die erst mit der Gründung der BIWA-Läden beginnt. Merkel, Utopie und Bedürfnis, S. 106–116.

verkäufe, die Ende Februar und Ende August stattfanden, sollten Waren mit ausgesprochen winterlichem bzw. sommerlichem Charakter gelten, die im folgenden Jahr „nicht mehr verkäuflich“ sein würden. Währenddessen sollten sogenannte Inventurausverkäufe Güter beinhalten, „die in Bezug auf Qualität, Mode, Paßform, Farbe und Druck nicht mehr den Anforderungen der Bevölkerung entsprechen“, und die weder im vorausgegangenen Jahr dem Handel zugeflossen waren noch aus der Produktion des folgenden Jahres nachfließen würden¹⁹. Teilweise wegen dieser unklaren und subjektiven Definitionen vermischten sich die beiden Arten von Sonderverkäufen in der Praxis.

Kapitalistisch klingende Mottos wie „Wir räumen für Sie die Lager“ brachten das widersprüchliche Wesen der Verkäufe im neuen Kontext des Sozialismus zum Ausdruck: Die Verkaufsaktionen sollten zum Schnäppchen-Schlagen verführen, um Lagerräume frei zu räumen und Lagerkosten zu reduzieren, doch widersprüchliche Interessen von zentralen und örtlichen Funktionären bzw. Handels- und Finanzfunktionären machten einen Strich durch diese Rechnung. Während örtliche Handelsfunktionäre die Verkäufe nutzten, um möglichst viele Überplanbestände um jeden Preis loszuwerden, sahen viele in der Partei- und Staatsführung mit Entsetzen zu, wie Güter unter ihrem in Arbeit und Material kalkulierten Wert verkauft wurden. Das Ergebnis dieser Konflikte war schon im Februar 1955 eine Untersuchung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, die Dutzende von Beispielen „unverantwortlicher“ Aktionen von Handelsfunktionären fand, wobei „der Verschleuderung hochwertiger Erzeugnisse, insbesondere auch der Mangelware, offensichtlich Vorschub geleistet“ wurde²⁰.

Trotz solcher Berichte und ständiger Auseinandersetzungen über die Einbeziehung und die Senkungssätze von bestimmten Waren wurden die Saisonschluß- und Inventurverkäufe weiter gleichzeitig durchgeführt. Im Juni 1956 ordnete der Ministerrat die Organisation des Verkaufs von „im Gebrauchswert geminderte[n] Waren [...] zu entsprechend herabgesetzten Preisen in Sonderläden bzw. besonderen Abteilungen in Kauf- und Warenhäusern“ an²¹. Diese Läden und Abteilungen sollten ständige Einrichtungen werden und trugen den Namen BIWA, eine Abkürzung für „Billige Waren“. Neben Textilien, Kleidung und Schuhen boten die Läden auch andere „schwer verkäufliche“ Industriewaren und Lebensmittel feil, z.B. Schmuck, Musikinstrumente, Möbel, Schaufenster- und beschädigte Waren. Die Befürworter der Läden lobten sie als „eine weitgehende Dezentralisierung und Stärkung der Ver-

¹⁹ BAB, DL1/1041, Bl. 18–21, Entwurf: Beschluß des Kollegiums des Ministeriums für Handel und Versorgung vom Montag, den 15. 2. 1954; BAB, DC20/I/3–233, Bl. 61, Beschluß des Ministerrates über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des Handels vom 5. 8. 1954; SStAC, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Leipzig, Abt. Handel und Versorgung, Nr. 1625, Bl. 56; BAB, DE1/27458, Protokoll über die 2. Sitzung der Ständigen Kommission beim Ministerium für Handel und Versorgung am 31. 12. 1954, Rose, MHV, Stellv. des Min., 31. 12. 1954, S. 1.

²⁰ SAPMO, NY4090/373, Bl. 10–41; hier: 13, Bericht über die Vorbereitung und Durchführung des Inventur- und Winterschlußverkaufes vom 20. 1. bis 5. 2. 1955 im staatlichen und genossenschaftlichen Handel, ZKK-Arbeitsgruppe Handel und Versorgung, Planung und Materialversorgung, Berlin, 9. 2. 1955, und die Anlage dazu.

²¹ BAB, DC20/I/4–184, Bl. 29, Beschluß 37/6 über die Sicherung der bedarfsgerechten Produktion von Massenkonsumgütern vom 28. Juni 1956 [Pkt. 6, Anl. 3], Präsidium des Ministerrates.

antwortlichkeit der örtlichen Staatsorgane und Handelsbetriebe zur Durchsetzung des Wertgesetzes“; die Läden ersetzten die frühere „starr[e] und unbeweglich[e]“ Preispolitik, die „eine laufende Angleichung des Preises an den jeweiligen Gebrauchswert“ nicht erlaubte²². Statt maximale Senkungssätze für einzelne Artikel festzulegen, sahen die zentralen Richtlinien nur einen durchschnittlichen Senkungssatz von 40 Prozent für alle Waren eines BIWA-Ladens vor²³.

Doch auch dieser Handlungsspielraum – wie bei den Sonderverkäufen – war zentralen Partei- und Staatsfunktionären letztendlich zu groß. Nur zwei Monate nach der Eröffnung von 741 BIWA-Läden in der ganzen DDR im Juni 1957 gingen die ersten Problemmeldungen ein. Trotz anfänglicher Erfolge und der Erhöhung der Zahl der Läden auf 808 sank der durchschnittliche Umsatz pro Laden. Mitarbeiter des Ministeriums für Handel und Versorgung behaupteten, daß der durchschnittliche Senkungssatz von 40 Prozent zu niedrig liege. Während Artikel mit 70- bis 80-prozentigen Preisreduzierungen meistens schnell verkauft wurden, blieben andere Artikel mit nur 20- bis 30-prozentigen Senkungssätzen „als Bodensatz in der Verkaufsstelle liegen“²⁴. Im September schlugen zentrale Handelsfunktionäre vor, die durchschnittliche Senkungslimitierung abzuschaffen und die Preise sogar „entsprechend von Angebot und Nachfrage“ zu gestalten²⁵. Ähnlich wie im Fall der Schlußverkäufe beschwerten sich Gutachter und Finanzfunktionäre über „Abwertungen um jeden Preis“; so würden „teilweise Waren abgewertet, nur weil sie Überplanbestand sind“²⁶.

Vielleicht noch gefährlicher als die mangelnde Kontrolle innerhalb der staatlichen Institutionen und die angebliche „Vergeudung des Volkseigentums“ in den Augen der leitenden Partei- und Staatsfunktionäre war der politische Schaden, den die BIWA-Läden anrichteten. Die Sonderläden förderten kaum jene „Verkaufskultur“, um die sich das Regime ständig bemühte²⁷. Der Autor eines Artikels in der Fachzeitschrift *Die Bekleidung* monierte „de[n] krasse[n] Unterschied“ des „unerfreulich aussehenden Biwa-Ladens“ in Berlins vor kurzem renovierter Schönhauser Allee zu „dem schönen, sauberen Eindruck, den die Schönhauser Allee als Ganzes macht“. „Wir haben leider noch einige [BIWA-Läden] gefunden, die in keiner Weise den Ansprüchen einer sozialistischen Verkaufskultur gerecht werden“, lamentierte der Autor weiter. Obwohl man oft „von seiten unserer Bevölkerung zu hören [bekomme], daß Biwa-Läden Ramschläden sind, die zu betreten sich nicht lohnt“, be-

²² BAB, DL1/16142, MHV, Abt. Industriewaren, Begründung für BIWA und Vorschläge zur Veränderung, 29. 4. 1958, S. 1.

²³ BAB, DL1/1322, Bl. 25, 34–35, Entwurf: Anweisung über den Verkauf von wertgeminderten Industriewaren, MHV, 17. 1. 1957, und Begründung zum Beschlußentwurf über die regelmäßige Durchführung von Saisonverkäufen, o.D.; BAB, DL1/1340, Bl. 50, Gemeinsame Anweisung Nr. 42/57, Wach, Minister, MHV, und Rumpf, Minister, Ministerium für Finanzen, Berlin, 21. Mai 1957.

²⁴ BAB, DL1/1340, Bl. 40, Bericht über die Durchführung der gemeinsamen Anweisung Nr. 42/57 (BIWA), MHV, HA Handel, Berlin, 29. 8. 1957.

²⁵ Ebenda, Bl. 3–4; 40.

²⁶ LAB, C Rep. 113, Nr. 318, Bl. 26, Dringende Notiz für Herrn Stadtrat Krebs, Betr.: Biwa Sonderverkauf Dezember 1957 und Nullabwertung, Hentschke, Stadtrat, Berlin, 20. Dezember 1957.

²⁷ Zur sogenannten Verkaufskultur siehe Pence, ‚You as a Woman Will Understand‘, S. 221–226.

hauptete er: „Der überwiegende Teil der Waren ist gut und durchaus tragbar“. „Einen gewissen Teil von Waren“, so mußte er allerdings zugeben, „sollte man jedoch bald aus dem Angebot ziehen. Sie schädigen das Ansehen unseres Staates“. Weil BIWA ein Begriff sei, „über den viele Menschen verächtlich die Nase rümpfen“, schlug der Autor weiter vor, die Läden in „Basar“ umzutaufen und damit die Bezeichnung für ähnliche Läden in der Tschechoslowakei zu übernehmen²⁸.

Doch die BIWA-Läden brauchten mehr als eine kleine Schönheitsoperation und einen neuen Namen. Eine Parabel aus der Fachzeitschrift *Die Bekleidung* vom Februar 1959 veranschaulicht die Unvereinbarkeit der Läden mit den Konsumversprechen des Regimes²⁹: Im Jahr 1970 probiert Eitel-Konrad Puschke, der Direktor der BIWA-Verkaufsstelle 2009, eine neue Methode aus, um die „unübersehbaren Gebirge“ von Kleidung und Schuhen, von denen einige Stücke sogar aus dem Produktionsjahr 1949 stammen, aus seinem überfüllten Warenlager zu entfernen. Er fliegt mit seinen besten Waren zum Mond und nimmt an, daß die Mondmenschen sie ihm gerne abnehmen werden. Er entdeckt jedoch, daß die Mondmenschen sich äußerst schön, geschmackvoll und modisch kleiden und gar keine Boutiquen haben, weil jede Mondfrau sich in jedem normalen Laden tolle Kleidung kaufen kann. Während er durch die 25 Stockwerke des Mond-Modehauses schreitet, fühlt sich Eitel-Konrad „wie in den Räumen des Deutschen Modeinstituts in Berlin, nur war hier die Auswahl entschieden größer.“ Der Mond habe gar keine BIWA-Verkaufsstellen, erklärt die Direktrice des Mond-Modehauses, „die Betriebe produzieren immer auf dem neuesten Stand. Das Risiko wäre sonst zu groß für sie.“ Völlig verblüfft kann Eitel-Konrad nur erwidern: „Wenn Sie einmal zu uns auf die Erde kommen sollten [...] dann werden Sie sehen, wie weit wir noch hinter dem Mond sind.“

Für die Verfasserin der Geschichte sowie für viele andere Ostdeutsche bildeten jene Läden voll „unmoderner und wertgeminderter Sachen“ das Gegenstück zur sozialistischen Utopie. In Übereinstimmung mit offiziellen zeitgenössischen Behauptungen, daß der Verkauf in den BIWA-Läden von der Bevölkerung „begrüßt“ werde, behauptet Ina Merkel basierend auf nur wenigen Zeitungsartikeln aus dem Sommer 1957, daß die Geschäfte „guten Erfolg“ in der Bevölkerung gehabt hätten³⁰. Wie den oben zitierten Zeitschriftenartikeln zu entnehmen ist, scheinen die Reaktionen etlicher Bürger der DDR auf die BIWA-Geschäfte jedoch ganz im Gegenteil bestenfalls ambivalent gewesen zu sein, wenn nicht gar negativ. Ein örtlicher Handelsfunktionär in Leipzig behauptete im Juli 1957: „Die Einrichtung der BIWA-Läden findet von dem Teil der Bevölkerung, welcher bereits Einkäufe vornahm, einen guten Anklang. Es traten aber auch vereinzelt Diskussionen auf, bei denen die ‚billige Ware‘ als ‚Ladenhüter‘ bezeichnet wurde“³¹. Als an manchen Orten gegen die Richtlinien bei Landeinsätzen verstoßen und BIWA-Waren mit normalen Gütern gemischt angeboten wurden, stellten einige Funktionsträger fest, daß bei der Landbevölkerung leicht der Eindruck erweckt werde, „daß man minderwer-

²⁸ Weshalb nicht auch Basar, in: *Die Bekleidung* 5 (1958) 3, S. 3.

²⁹ Renate Holland-Moritz: Biwa auf dem Mond, in: *Die Bekleidung* 6 (1959) 2, S. 10.

³⁰ Merkel, Utopie und Bedürfnis, S. 107 f.

³¹ SÄStAL, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Leipzig, Abt. Handel und Versorgung, Nr. 1923, Bl. 68, Bericht zur KR Nr. 15/57 Btr.: Kontrolle der Arbeitsweise der BIWA-Läden, von Potrykus, UA-Leiter, UA Staatl. Handelsinspektion, Handel und Versorgung [Rat des Bezirkes Leipzig], an MHV, Staatl. Handelsinspektion, 26. 7. 1957.

tige Ware anbieten will und nur einige sogenannte ‚Rosinen‘ mit führt“³². Außerdem muß man bei einer Beurteilung der BIWA-Läden zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen differenzieren. Wegen ihrer besonders schwierigen Versorgungslage nahm die Landbevölkerung die Läden wahrscheinlich positiver auf als die Einwohner der Großstädte.

Die Läden boten ohne Zweifel einige Schnäppchen feil, aber einen nachhaltigeren Eindruck hinterließen Berge von Kleidung minderwertiger Qualität, die bereits einige Jahre auf dem Buckel hatte und oft schon der Mode hinterherhinkte, als sie vom Fließband rollte. In einer Zeit steigender Lebensstandards und Erwartungen fanden wenige Kunden solche Ladenhüter attraktiv, egal wie niedrig die Preise waren. Durch BIWA-Läden und Schluß- und Sonderverkäufe versuchte das Regime, bestehende Einkommensunterschiede innerhalb der Bevölkerung und unterschiedliche Zugangschancen zu besseren Waren auszunutzen und die Kaufkraft der niedrigsten Einkommensgruppen abzuschöpfen. Statt Schnäppchen für alle anzubieten und zu egalitären Konsummöglichkeiten und sozialer Gerechtigkeit beizutragen, unterminierten solche Verkäufe die Konsumversprechen des Regimes und verstärkten Hierarchien und soziale Distinktionen, die in der Produktionssphäre geschaffen wurden.

Die Angst vor den machtpolitischen Konflikten um die Dezentralisierung wirtschaftlicher Aufgaben trug zur Schließung aller BIWA-Läden im Frühjahr 1959 bei. Auch wenn die Sonderverkäufe anhielten, blieben die logistischen und politischen Probleme und Konflikte weiter bestehen. Der Parteiführung wurde ihre Abhängigkeit von den örtlichen Funktionären bei der Umsetzung zentraler Richtlinien immer mehr bewußt. Funktionäre der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle behaupteten, daß die Entscheidungen über Preisreduzierungen und die Klassifizierung von sogenannten Nullwaren „verschiedenen Kommissionen überlassen ist, die keineswegs in der Lage sind, die Interessen des Staates umfassend wahrzunehmen.“³³ Zur gleichen Zeit tauchten immer wieder „negative Diskussionen“ in der Bevölkerung auf, die, wie Ulbricht 1959 berichtete, irritiert fragte: „Was ist denn los, waren denn bisher die Preise alle ganz falsch?“³⁴ Erich Honecker gestand ein, daß die Auszeichnung alter und neuer Preise bei Sonderverkäufen wenig Vertrauen in die Preisgestaltung erwecke, und zitierte einen älteren Arbeiter beim Schlußverkauf: „Entweder haben sie uns vorher beschissen, oder sie beschießen uns jetzt.“³⁵ Obwohl das Regime die Schlußverkäufe kurz nach dem Mauerbau generell einstellte, gab es widersprüchliche und verwirrende Richtlinien, die auch noch nach dem Verkaufsdebakel mit dem Motto „Kleide Dich neu“ im Sommer 1962 verschiedene Sonderaktionen und -verkäufe anordneten³⁶.

³² Ebenda, Bl. 66.

³³ SAPMO, DY30/IV2/6.10/129, Bl. 147, Informationsbericht über die Behandlung der aus Abwicklungsbeständen der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Großhandelsorgane von den Großhandelsgesellschaften (GHG) Industriewaren übernommenen Waren (Behandlung der Null-Ware), Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, Hoffmann, Hauptkontrollleur; Müller, Oberkontrollleur, Berlin, 5. 4. 1961, Schlußfolgerungen und Vorschläge.

³⁴ LAB, SED Bezirksleitung, C Rep. 900, IV-2/6/868, ohne Titel, S. 3.

³⁵ LAB, C Rep. 113, Nr. 390, Honecker an Paul Verner, 3. 2. 1961.

³⁶ Hier ist die Behauptung Merckels zu revidieren, es sei nach „Kleide Dich neu“ nicht zu einer erneuten Einführung von Schlußverkäufen gekommen. (Merkel, Utopie und Bedürfnis,

In dem Maße, wie BIWA-Läden, Sonder- und Schlußverkäufe Überplanbestände abbauen sollten, sollten die Handelsorganisation (HO), spezielle Boutiquen und ein Preisaufschlag für sogenannte hochmodische Erzeugnisse Sortimentslücken schließen und für eine begrenzte Differenzierung sowohl der Produkte als auch der Preise sorgen. Die HO wurde 1948 gegründet, teilweise um die Preisschere zwischen rationierten Waren und dem Schwarzmarkt zu schließen, teilweise um ausgewählte und teure Konsumgüter in Läden zu verkaufen, die die gewünschte Verkaufskultur boten³⁷.

Als erster Luxusladen wurde 1958 die Boutique „Sibylle“ in Berlin eröffnet. Im Frühjahr 1961, also vor dem Mauerbau, öffneten die ersten „Exquisit“-Läden ihre Türen, die „individuelle Wünsche“ bestimmter Bevölkerungskreise wie der geistigen und finanziellen Elite befriedigen sollten, also einem nicht gerade egalitären Zweck dienten. Als Gegenstück zu den BIWA-Läden sollten diese Geschäfte eine starke visuelle und politische Wirkung haben. Der konzentrierte Verkauf von hochwertigen und besonders begehrten Konsumgütern in nur wenigen dazu bestimmten Geschäften sollte ein volles Sortiment gewährleisten, das Niveau der Verkaufskultur erhöhen und dem Eindruck einer allgemeinen Preiserhöhung entgegenwirken. Man sollte zumindest in diesen Läden einkaufen können, ohne Sortimentslücken zu begegnen.

Ende der fünfziger Jahre versuchten Industriefunktionäre und die Mitarbeiter des Deutschen Modeinstituts in Berlin, auch die Produktion zu differenzieren. Man entwarf verschiedene Genres, wie „hochmodische Erzeugnisse, modische Verkaufsgenre und Großserienproduktion“, um den heterogenen Wünschen und Geldbeu-

S. 116). Schon im Sommer 1965 beschwerten sich Handelsfunktionäre auf der Bezirksebene in Leipzig über den „reißerische[n] Tenor“ der Werbung für den „Saisonendverkauf“ des Centrum-Geschäfts. 1971 bot ein Sommerschlußverkauf in Berlin Waren im Wert von 4,2 Mio. Mark an. „Ein Verkauf von ausgewählten Herbst- und Winterartikeln zu herabgesetzten Preisen“ wurde „in allen Bezirken der DDR“ unter dem Motto „Preisgünstiges Saisonangebot“ im Oktober 1971 durchgeführt. Sonderverkäufe im Oktober 1975 werteten Bekleidung und Schuhe im Wert von 412 Mio. Mark um durchschnittlich 55% ab. SStAL, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Leipzig, Abt. Handel und Versorgung, Nr. 31737, Ergebnisse der Aussprache im HOWA CENTRUM über Werbemaßnahmen zum Sommerausklang, Rat des Bezirkes Leipzig, Abt. Handel und Versorgung, Leipzig, 24. 8. 1965 und Schäfer an Generaldirektor der Vereinigung volkseigener Warenhäuser, Kollegen Gerold, Leipzig, 11. 8. 1965; SAPMO, DY30/IVA2/2.021/722, Bl. 218–219, Betr.: Information über die Versorgung mit An- und Aufbaumöbeln sowie Polstermöbeln und über den Anlauf des Sommerschlußverkaufs, SED-Bezirksleitung Berlin, Berlin, 10. 8. 1971; LAB, C Rep. 900, Nr. IV B-2/6/597, Betr.: Sommerschlußverkauf, von Ruth Schirmer, Abteilungsleiter, Abt. Handel/Örtliche Versorgungswirtschaft, SED-BL Berlin, an Helmut Müller, 2. Sekretär der BL, Berlin, 30. 7. 1971, Paul Fiedler, Abt. Handel/Örtliche Versorgungswirtschaft, SED-BL Berlin, an Konrad Haumann, 1. Sekretär der BL, Berlin, 11. 8. 1971, und Betr.: Hinweise über Versorgungsfragen für die Beratung mit den Kreissekretären, von SED-BL Berlin, Abt. Handel/Örtliche Versorgungswirtschaft, an Konrad Naumann, 1. Sekretär der BL, Berlin, 13. 8. 1971; LAB, C Rep. 900, Nr. IV B-2/6/597, Betrifft: Information über den Verkauf von Herbst- und Winterartikeln zu herabgesetzten Preisen, von Abt. Handel/ÖVW an 1. Sekretär der Bezirksleitung Haumann, Berlin, 30. 9. 1971; BAB, DL102/1026, Problemstudie zu den Auswirkungen der Sonderverkäufe bei Bekleidung und Schuhen auf den Bedarf 1976 und 1977, 31. 3. 1976, S. 1–6.

³⁷ Siehe Pence, Building Socialist Worker-Consumers; Landsman, Dictatorship and Demand, S. 65–122.

teln der Konsumenten besser zu entsprechen³⁸. Funktionäre begannen in dieser Zeit, die Produktion von hochmodischen Modellkonfektionen zu fördern und schufen materielle Anreize zur Qualitätssteigerung³⁹. Doch der Preisaufschlag für das Etikett „hochmodisch“ litt mit umgekehrtem Vorzeichen unter denselben Problemen wie die Versuche, Überplanbestände zu eliminieren, nämlich an subjektiven Entscheidungen über Werte und deren Wahrnehmung. Die willkürliche und inflationäre Erhebung des Preiszuschlags für hochmodische Waren und die Tatsache, daß sie kaum von normalen Erzeugnissen zu unterscheiden waren, resultierten in „negativen Diskussionen“ innerhalb der Bevölkerung, besonders über „schleichende Preiserhöhungen“⁴⁰.

Die Exquisit-Läden werden manchmal als eine zynische Methode des Regimes gedeutet, nach dem Mauerbau die Kaufkraft der jetzt kasernierten Bevölkerung abzuschöpfen. Doch die Ursprünge dieser Spezialgeschäfte, die in die fünfziger Jahre zurückreichten, und der Preisaufschlag für „hochmodische“ Erzeugnisse verweisen eher auf die offizielle Zielsetzung, ein Gegengewicht zum Westen zu schaffen und das Angebot zu differenzieren sowie Sortimentslücken für gehobene Konsumentkreise zu schließen. Im Laufe der sechziger Jahre entfernten sich die Exquisit-Geschäfte immer weiter von ihrer ursprünglichen Bestimmung, die Standardsortimente zu ergänzen. Statt dessen boten sie immer mehr Waren an, die Verbraucher – vor allem im Vergleich mit dem Westen – als normale Massenware ansahen, die aber dennoch in der DDR Mangelware darstellte⁴¹.

Eine Diskussion der Konsumpolitik, des Mangels und Überflusses in der DDR darf nicht die produktiven Aktionen der Konsumenten selber außer Acht lassen. Vor allem weibliche Konsumenten schlossen eigenhändig viele Sortimentslücken und milderten die Folgen des Mangels an benötigten und erwünschten Konsumgütern. Dabei benutzten sie viele verschiedene Methoden, die vom einfachen Herumlaufen und Anstehen über Formen der Selbstversorgung, Hamstern, Einkaufen in West-Berlin bis zur Benutzung informeller Netzwerke reichten. Obwohl solche kompensatorischen Aktionen auf das taktische Niveau begrenzt blieben, trugen sie ebenso wie die Beschwerden der Bevölkerung letztlich zur Legitimierung und Stabilisierung des Regimes bei. Die Parteiführung tolerierte und förderte sogar inoffizielle Versorgungsaktionen, weil sie halfen, die schlimmsten Mängel des offiziellen Systems abzumildern und die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Außerdem unterstellten die Beschwerden über Mangel und Überangebote implizit die Reformfähigkeit des Systems und trugen dadurch auch zu seiner Stabilität bei.

³⁸ LAB, C Rep. 470–01, Nr. 37, Bl. 24, Abschrift: Politisch-Ökonomische Grundkonzeption der VVB Konfektion für den 3. Fünfjahrplan bis 1965, VVB Konfektion, Berlin, 2. 10. 1958; SÄStAC, VVB Trikotagen und Strümpfe, Nr. 2742, Reisebericht über die Dienstreise nach Bad Sulza, Thomä, Berlin, 14. 1. 1959, S. 3; SAPMO, DY30/IV2/6.09/75, Hauptreferat des Gen. Sonnenburg, S. 25.

³⁹ BAB, DE1/24687, Direktive zur Ausarbeitung der Planvorschläge zum Volkswirtschaftsplan 1959 für die Betriebe der VVB (Z) Konfektion, VVB Konfektion, Der Hauptdirektor, Berlin, 2. 6. 1958, S. 5; Modische Bonbons müssen frisch sein, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten, 24. 1. 1958; Mehr Mut zur Mode, in: National-Zeitung, 26. 7. 1958; Da wird sich Ihre Frau freuen, in: Neues Deutschland, 8. 1. 1959, S. 6.

⁴⁰ Siehe Stitzel, Fashioning Socialism, Kapitel 7.

⁴¹ Siehe ebenda, Kapitel 8.

Einen guten Eindruck vermittelt ein Bericht des Zentralkomitees vom Mai 1960: „Nach Aussagen mehrerer befragter [Verkaufsstellen]-Leiter und Verkäuferinnen ist die Bevölkerung ungehalten darüber, daß sie zum ‚Abgrasen‘ der Verkaufsstellen genötigt ist, um einigermaßen zur Wunschbefriedigung zu kommen. Viele bzw. die meisten Verkäufe kommen nur dadurch zustande, weil die Kundschaft resigniert; sie kauft, weil sie nicht daran glaubt, doch zu der Ware zu kommen, die sie tatsächlich haben möchte.“⁴² Auch wenn die Resignation der Verbraucher ein schlechtes politisches Zeichen und eine der großen Sorgen der Parteiführung darstellte, hatte sie wenig revolutionäres Potential.

Sicherlich resultierte auch ein nicht unbedeutender Teil der Millionen Käufe jedes Jahr in einem bestimmten Grad von Befriedigung. Doch die Struktur und Ungezißheiten der DDR-Wirtschaft stellten sicher, daß diese Erfolge meist Zufallsercheinungen blieben und sich mit Enttäuschung und Frust vermischten. Eine Frau konnte mit ihren Kleidern zufrieden, aber unzufrieden mit ihren Schuhen sein; konnte an einem Tag unter den glücklichen Kunden sein, die bei der Ankunft einer Lieferung begehrter Güter zugegen waren, aber am nächsten Tag auf der Suche nach einem bestimmten Artikel von Laden zu Laden hetzen. Gerade weil Konsumenten zwischen Sortimentslücken und Überplanbeständen lebten, gerade weil sie sich nicht völlig auf den Staat verließen, sondern ihr eigenes Schicksal mitgestalteten, wurden sie selten zur völligen Verzweiflung getrieben. Langfristig trugen die Frustrationen und die Desillusionierung ostdeutscher Verbraucher allerdings ebenso wie wirtschaftliche Verluste und der politische Kontrollverlust des Regimes zu seiner Delegitimierung und Destabilisierung bei. Die Spannungsverhältnisse innerhalb des Regimes, die machtpolitischen Verhandlungen zwischen Staat und Gesellschaft und deren ambivalente Wirkung auf die Stabilität der DDR lassen sich besser verstehen, wenn man beides, Mangel und Überfluß in die Analyse einbezieht.

⁴² SAPMO, DY30/IV2/6.10/29, Bl. 8, Versorgungssituation, 12. 5. 1960.

Günther Heydemann / Heidi Roth

Systembedingte Konfliktpotentiale in der DDR der fünfziger Jahre

Die Leipziger Universität in den Jahren 1953, 1956 und 1961

1. Vorbemerkung

In einschlägigen DDR-Nachschlagwerken sucht man vergeblich eine Begriffserklärung für „Konflikt“¹. Dieser Terminus kam nur vor, wenn auf „Widerspruch“ und „Konfliktforschung“ verwiesen wurde². Letztere wurde dann relativ ausführlich als „eine der wesentlichsten Richtungen der bürgerlichen Sozial- und politischen Wissenschaften“ charakterisiert und vom „marxistisch-leninistischen Klassenstandpunkt“ aus kritisiert. Der Ideologie und Politik der SED-Führung zufolge stellten in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945–1961) nicht Konflikte und ihre Lösungen, sondern der „Klassenkampf zwischen der nun herrschenden Arbeiterklasse und allen Werktätigen einerseits und den gestürzten Ausbeuterklassen andererseits die entscheidende, unmittelbare Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung“ dar³. Als die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 beschloß, nunmehr „planmäßig die Grundlagen des Sozialismus“ aufzubauen, wies sie die Bürger der DDR auf die unvermeidliche „Verschärfung des Klassenkampfes“ hin: „Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen. Die führende Rolle hat die Arbeiterklasse, die das Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen geschlossen hat. Es ist zu beachten, daß die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.“⁴ Die

¹ Mit dem Terminus „systembedingte Konflikte“ fassen wir jene, die im Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR begründet waren und u. a. aus der Durchsetzung der führenden Rolle der Staatspartei, dem Primat von Politik gegenüber der Ökonomie, dem demokratischen Zentralismus als staatsorganisatorischem Prinzip resultierten und sich in der „Okkupation des Staates durch die SED“ (Neubert), in mangelnder Demokratie und fehlender korrigierender Öffentlichkeit, in Einschränkung der persönlichen Freiheiten und Rechte zugunsten sogenannter gesamtgesellschaftlicher Interessen und im Gegensatz von Theorie und Praxis bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft manifestierten.

² Vgl. Kulturpolitisches Wörterbuch, S. 354–358; Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, S. 359–361; Im Wörterbuch der Geschichte fehlt der Begriff Konflikt dagegen gänzlich.

³ Vgl. Sachwörterbuch der Geschichte, S. 923.

⁴ Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz, S. 492.

Partei ging demzufolge von der Theorie des Klassenkampfes als „objektive Gesetzmäßigkeit“ aus.

2. Zum Zusammenhang von Konflikten und Krisen in den fünfziger Jahren

Systembedingte Konfliktpotentiale entstanden durch die spezifische Ideologie und Praxis der SED-Herrschaft in allen Bereichen der Gesellschaft, nicht zuletzt als Folge der rigorosen Umwandlung der politischen, ökonomischen und sozialen Grundlagen von Staat und Gesellschaft seit 1945. Naturgemäß verschärften sich solche Konflikte nach dem Beschluß der 2. SED-Parteikonferenz, als organisatorische und sozioökonomische Veränderungen von Staat und Gesellschaft eingeleitet wurden. Als Stichworte seien genannt: die Verwaltungsreform zum Ausbau und zur weiteren Zentralisierung der Macht der SED-Führung, die Veränderung der Eigentums- und Klassenverhältnisse zugunsten des Sozialismus (Bildung von Genossenschaften in Landwirtschaft und Handwerk), die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens sowie die sozialistische Umgestaltung des „Überbaus“, d.h. von Kultur, Bildung und Erziehung. Die einschlägigen Beschlüsse der SED und des Staates hatten Auswirkungen auf alle „Klassen und Schichten“, vor allem auf die Lebenslage der Betroffenen. So richtete sich z.B. die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft Ende der fünfziger Jahre zwar in erster Linie gegen die sogenannten Großbauern als „Ausbeuter“, sie machte sich aber im Rückgang der Erzeugung von Grundnahrungsmitteln und damit in einer Verschlechterung der Versorgung für alle DDR-Bürger spürbar. Jetzt ging die Politik gewissermaßen „über den Ladentisch“, und die Unzufriedenheit betraf die Mehrzahl der Bevölkerung. Doch jede kritische Stellungnahme zu Entscheidungen des SED-Staates wurde zugleich als grundsätzliche Kritik am Kurs der SED-Führung aufgefaßt und darüber hinaus als „Feindarbeit“ abgestempelt. In solchen Situationen bestand für die SED-Diktatur immer die Gefahr, daß sich angestaute Konflikte zu einer Systemkrise ausweiten konnten. Hinzu kam im geteilten Deutschland, daß die Unzufriedenheit mit den sozialistischen Lebensbedingungen in der DDR um so größer wurde, je deutlicher sich das „Wirtschaftswunder Bundesrepublik“ entfaltete, der angeblich zum Untergang verurteilte „imperialistische“ westdeutsche Staat in der Systemauseinandersetzung offensichtlich erfolgreicher war und die „den gesellschaftlichen Fortschritt verkörpernde DDR“ nicht ihre Überlegenheit zu demonstrieren vermochte.

Systemische Konflikte traten gewöhnlich nicht urplötzlich auf; sie waren in der Wirklichkeit des DDR-Sozialismus immer implizit vorhanden, ohne ständig öffentlich zu sein bzw. sich in Krisen zu entladen. Erst unter bestimmten außen- und innenpolitischen Bedingungen – dazu zählen auch Fehlentscheidungen der SED-Führung als konfliktverschärfende bzw. konfliktprovozierende Maßnahmen – führten sie zu Krisen. Da die SED-Führung Krisen im Sozialismus jedoch stets leugnete, zumal solche aufgrund der angeblich formationstheoretischen Höherentwicklung gegenüber dem Kapitalismus per se nicht auftreten konnten und sie diese daher durchweg auf den Klassenkampf von außen, auf Agenten, Provokateure und westliche Geheimdienste zurückführte, war sie im Frühsommer 1953 relativ unvorberei-

tet, als die landesweiten Protestaktionen ihre Herrschaft bedrohten. Nur durch das militärische Eingreifen der Sowjetunion konnte die Parteispitze ihre Machtposition retten. Unmittelbar nach der Niederschlagung des Juni-Aufstandes entwickelte sie Strategien zur Bewältigung von Krisen, die sie in den folgenden Jahren, bis zum Herbst 1989, vor einer Neuauflage des 17. Juni bewahrten. Allerdings funktionierte dieses Krisenmanagement nur solange, wie die Sowjets diese „Schutzfunktion“ für die DDR ausübten.

3. Die Herausbildung einer Krisenbewältigungsstrategie der SED-Führung in den fünfziger Jahren

Für die Entwicklung dieser Krisenbewältigungsstrategie und deren Verständnis sind jedoch drei weitere Aspekte von Bedeutung:

1. Das SED-Krisenmanagement kann nicht losgelöst vom Einfluß der Sowjetführung auf die SED-Führung betrachtet werden;

2. die Krisen des DDR-Sozialismus standen durchweg im untrennbaren Zusammenhang mit ähnlich gelagerten Vorgängen in den sogenannten Volksdemokratien⁵, sowie schließlich

3. die Existenz zweier deutscher Staaten, wobei die wirtschaftliche, soziale und politische Überlegenheit der Bundesrepublik sowie ihr demokratisches und rechtsstaatliches System eine Magnetwirkung auf die DDR-Bevölkerung ausübten und so die systembedingten Konflikte in der DDR verschärften. Die propagandistische Orientierung der SED-Führung auf die Einheit Deutschlands einerseits und ihre diametral entgegengesetzte praktische Politik, die daraus resultierende sukzessive Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten mit negativen Auswirkungen auf die persönliche Lebenssituation vor allem der Ostdeutschen andererseits, offenbarten die Widersprüchlichkeit und Unaufrichtigkeit der SED-Deutschlandpolitik und ließen daher Hoffnungen auf ein einheitliches demokratisches Deutschland immer mehr schwinden. Letzte Illusionen auf eine Wiedervereinigung wurden am 13. August 1961 zerstört. Allerdings bot die völlig andersartige politische und sozioökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik und ihre Einbindung in das westliche Bündnissystem der SED-Führung die Möglichkeit, die Verschärfung des Klassenkampfes auf den angeblichen Einfluß des Imperialismus zurückzuführen, was die Partei unter Ulbricht regelmäßig tat.

Ein diachroner Vergleich der drei Krisen aus heutiger Retrospektive schafft daher die Möglichkeit, die Entwicklung systembedingter Konflikte in den fünfziger Jahren in ihrer jeweiligen Spezifik darzustellen und der Frage nachzugehen, wie die Ulbricht-Führung eine Krisenbewältigungsstrategie, besser vielleicht ein „sozialistisches Krisenmanagement“, zur Vermeidung einer Neuauflage des 17. Juni 1953 entwickelte und anwandte. Das könnte letztlich auch dazu dienen, allgemeine Charakteristika der Systemkrisen des Realsozialismus in den langen fünfziger Jahren (1949 bis 1961) herauszuarbeiten. Übereinstimmung besteht in der Forschung darüber, daß der 17. Juni 1953 für die Parteiführung ein Schlüsselerlebnis bzw. einen

⁵ Vgl. u. a. Kleßmann/Stöver, 1953 – Krisenjahr.

„Lernschock“ darstellte. Bis dahin hatte die SED-Führung einen Aufstand, der nicht von „Agenten, Feinden, Provokateuren“ inszeniert, sondern maßgeblich von der führenden Klasse – der Arbeiterklasse – ausgelöst wird, für nahezu unmöglich gehalten. Dementsprechend hatte sie ihre Funktionäre auf der mittleren und unteren Ebene, aber auch ihre Sicherheitsdienste eingeschworen. Die Folge war, daß in den Vormittagsstunden des 17. Juni 1953 Parteifunktionäre in die Betriebe gingen bzw. Mitarbeiter des MfS auf Straßen und Plätzen umherliefen, um West-Berliner Agenten und Provokateure ausfindig zu machen, während bereits Demonstrationen der eigenen Bevölkerung im Gange waren. Nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes durch sowjetische Truppen behauptete die SED-Führung wider besseren Wissens zwar sofort, daß dies ein von außen gesteuerter „faschistischer“ Putsch gewesen sei. Doch die Partei reagierte in dieser Situation, als es um ihre Herrschaft ging, nach Überwindung eines kurzfristigen Schocks relativ schnell mit der Anwendung bestimmter Herrschaftstechniken, um ihre Macht zu sichern und zukünftig derartige Aufstände auszuschließen.

Stichworte wie die nachfolgenden charakterisieren diese Strategie, die sie in der Folge der fünfziger Jahre weiter ausbaute und die insofern erfolgreich war, als tatsächlich ein neuer 17. Juni zumindest bis zum Herbst 1989 verhindert werden konnte.

1. Charakteristisch für diese Krisenstrategie war die ihr von Anfang an innewohnende Ambivalenz, nämlich die Verbindung selektiver Repression mit der angestrebten Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Nach dem 17. Juni 1953 wurden u. a. Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Industriewaren und Nahrungsmitteln und zur Erhöhung der Renten und Sozialfürsorgeunterstützung erlassen. Im Frühjahr 1956, als sich die ersten Symptome einer neuen Krise zeigten, verkündete die SED eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Stunden, die als 7-Stunden-Tag propagiert wurde, und eine Rentenerhöhung. Als der Flüchtlingsstrom gen Westen weiter anhielt, versprach sie auf dem V. SED-Parteitag (Juli 1958), bis 1961 die Überlegenheit gegenüber dem „Imperialismus“ auf dem Gebiet des Lebensstandards zu erreichen. Sie propagierte diese Orientierung als „ökonomische Hauptaufgabe“. Bekanntlich wollten die sozialistischen Länder die sogenannten kapitalistischen Staaten im Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungsmitteln und Konsumgütern bis Mitte der sechziger Jahre, zum Teil sogar schon früher, übertreffen. Doch schon bald zeigte sich, daß diese Zielsetzung undurchführbar war. Sie weckte jedoch kurzzeitig Hoffnungen und Illusionen bei einem Teil der Bevölkerung, so daß eine entstehende, systembedingte Konfliktsituation gewissermaßen ausgesetzt wurde. Das äußerte sich u. a. in einem vorübergehenden Rückgang der Flüchtlingszahlen 1958/59, bevor sie 1960/61 wieder anstiegen⁶. Doch anstatt der versprochenen vollen Schaufenster kam, infolge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, eine Ernährungskrise auf die DDR-Bevölkerung zu. Lebensmittelrationierungen, die erst im Mai 1958 abgeschafft worden waren, bestimmten erneut den Alltag in der DDR. Später machte die Ulbricht-Führung für das Scheitern in erster Linie die „zugespitzte internationale Situation, den Wirtschaftskrieg und das Handelsembargo durch den Imperialismus“ verantwortlich. Als die Gefahr des

⁶ Vgl. die Zahlenangaben für die Jahre 1958 (204 092), 1959 (143 917), 1960 (199 188) und 1961 (Jan. bis Aug. 207 026), nach Judd, DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 545.

wirtschaftlichen Zusammenbruchs der DDR mit seinen Auswirkungen auf andere „Bruderstaaten“ drohte, wurde am 13. August 1961 der sogenannte „antifaschistische Schutzwall“ errichtet und die DDR-Bevölkerung buchstäblich eingemauert.

Im gleichen Zeitraum, in dem sich in der DDR der Lebensstandard verbesserte, läßt sich der Ausbau der Repressionsorgane nachweisen⁷. Das MfS baute seine Positionen vor allem in den Betrieben und Institutionen aus. Nach dem 17. Juni 1953 wurden regelmäßig Karteien über Personen angelegt, die angeblich negativ diskutierten bzw. nicht „systemgemäß“ handelten, um in Konfliktsituationen genügend „Beweismaterial“ gegen sie in Form einer „Entwicklungskartei“ vorweisen zu können⁸. Gleichzeitig wurde das Netz von GI/GM nach 1953 vor allem in Betrieben, nach 1956 dann in den Universitäten und Hochschulen sowie in kulturellen und künstlerischen Einrichtungen ausgebaut. Zudem erfolgte der Auf- und Ausbau der bewaffneten Organe der DDR⁹. Die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die nach dem 17. Juni 1953 in den Betrieben geschaffen worden waren, wurden gleichfalls systematisch erweitert und spielten in den Krisen 1956 und 1961 eine entscheidende Rolle. Erinnert sei daran, daß diese im Herbst 1956 demonstrativ an der Humboldt-Universität in Ostberlin aufmarschierten. Auch am 13. August 1961 standen Angehörige von Berliner Kampfgruppen als „lebende“ Schutzschilde an der Sektorengrenze zu West-Berlin.

2. Die Wochen nach dem 17. Juni 1953 hatten darüber hinaus gezeigt, daß die führende Rolle der SED auch dadurch in Gefahr geraten konnte, wenn zu offener Kritik, ohne Ansehen der Person sowie zur Diskussion über die Ursachen der Unzufriedenheit aufgerufen wurde, wie kurzzeitig zwischen der 14. und 15. Tagung des ZK (21. Juni bis 23. Juli 1953) geschehen. Deshalb vermied die Ulbricht-Führung in den nächsten Jahren jede „Fehlerdiskussion“. 1956 unterband sie nach wenigen Wochen öffentliche Diskussionen um Dogmatismus und Meinungsfreiheit, als machtfähigende Forderungen nach einem „menschlichen Sozialismus“ aufkamen. Denn eine Lehre des 17. Juni war auch: keine Kompromisse oder Zugeständnisse in ideologischen Fragen.

3. Unter dem Eindruck des Juni-Aufstandes begegnete die SED-Führung Krisensymptomen mit dem massiven Ausbau ihres Informationssystems, ihrer Agitation und Propaganda. So nahmen die Berichte über Stimmungen und Meinungen, die regelmäßigen Informationsberichte zu SED-Beschlüssen bzw. zu ZK-Tagungen, Parteitagungen usw. nach dem 17. Juni 1953 zu. Und immer dann, wenn die Konflikte sich zuspitzten, mußten die SED-Parteileitungen in den Bezirken, Kreisen und Schwerpunktbetrieben bzw. -institutionen, so auch der Universität, täglich nach Berlin berichten. Auf der Ebene des Staates und der Massenorganisationen war es ähnlich. Das hatte zur Folge, daß eine große Anzahl von Funktionären zur Abfassung und Auswertung dieser Papierflut gebraucht wurde. Die Berichteschreiber hatten es allerdings inzwischen gelernt, ein gewisses Ritual zu entwickeln, das einerseits in Berlin gut ankam, andererseits so wenig wie möglich offene Flanken für Kritik von oben bot. In der Regel begannen derartige Schriftstücke immer mit positiven Beispielen, bevor dann mehr oder weniger offen auf einige „Schwierigkeiten“ bei der

⁷ Vgl. u. a. Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter, sowie ders., Mielke-Konzern.

⁸ Vgl. Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, S. 562.

⁹ Vgl. Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee.

Umsetzung der SED-Politik verwiesen wurde. In der Öffentlichkeit, vor allem in den Medien, spiegelte sich die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung nicht wider. Im Gegenteil: Schönfärberei und Fälschungen sollten den wahren Zustand, ob in der Lebensmittelversorgung oder in der Wohnungsfrage, verbergen. Besonders in Zeiten, als die Krisensymptome für jedermann sichtbar waren, war die SED-Presse voll von Schlagzeilen, die die unerschütterliche Verbundenheit zwischen Volk und Führung beweisen sollten. Die Errichtung solcher „Potemkinscher Dörfer“ verbesserte indes die Stimmung im Lande nicht; vielmehr trug das dazu bei, daß die Kluft zwischen Volk und Führung weiter vertieft wurde, weil der Widerspruch zwischen politischer Propaganda und erfahrener Wirklichkeit zu offensichtlich war und die Bevölkerung sich regelrecht entmündigt fühlte. Das aber wirkte wiederum als „konfliktverschärfendes“ Moment bis zum Ende der DDR.

4. Die Politik des „divide et impera“ gehörte gleichfalls zur Krisenbewältigungsstrategie der SED. Sie bezweckte damit, Verbindungen bzw. eine Solidarisierung zwischen kritischen oder unzufriedenen Teilen aus den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu unterbinden, um keine einheitliche Front oder gemeinsame Aktionen gegen den SED-Staat zuzulassen. Obwohl ihre Politik auf die Herausbildung einer klassenlosen Gesellschaft ausgerichtet war, spielte die SED-Politbürokratie in kritischen Situationen die Arbeiterschaft gegen die Intelligenz und umgekehrt aus. Das hatte beispielsweise im Jahre 1956 Erfolg, als der „unruhigen“ und „kritischen“ Intelligenz und ihrem Nachwuchs an den Universitäten und Hochschulen mit den „Fäusten“ der Arbeiterklasse – sprich den Betriebskampfgruppen – gedroht wurde.

4. Grundzüge der SED-Hochschulpolitik in den fünfziger Jahren

Auch an den Universitäten und Hochschulen der DDR ging es aus der Perspektive der SED-Führung um die Durchsetzung ihres unumschränkten Führungsanspruchs. Die SED-Hochschulpolitik war in den fünfziger Jahren darauf ausgerichtet, sozialistische Universitäten zu errichten, die den Auftrag hatten, eine sozialistische Intelligenz und damit neue Führungskader für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft heranzubilden. Diese Aufgabe mußte zunächst jedoch mit den alten Hochschuleliten in Angriff genommen werden, denn an den höchsten Bildungseinrichtungen waren die bürgerlichen Fachleute und Spezialisten nicht von heute auf morgen zu ersetzen. Sie stellten auch in den universitären Leitungsgremien, wie z.B. im Akademischen Senat und in den Fakultätsräten, anfangs noch die Mehrheit. Auch der Anteil der SED-Mitglieder in diesen Gremien, besonders unter den Hochschullehrern und den Nachwuchswissenschaftlern, vor allem in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten, war noch gering, ebenso der unmittelbare Einfluß der SED-Parteileitungen an der Universität.

Mit der 2. Hochschulreform von 1951 sollte dieser Zustand verändert werden. Jetzt ging es darum, den Führungsanspruch der SED an den Universitäten durchzusetzen, Ausbildung und Erziehung an den Zielen der sozialistischen Umgestaltung zu orientieren und eine „revolutionäre“ Umschichtung der Gesellschaft durch die Herausbildung einer neuen, sozialistischen Intelligenz herbeizuführen. Dieser Zielsetzung dienten die organisatorischen und strukturellen Veränderungen, die ideolo-

gische Ausrichtung der Bildungsinhalte am Marxismus-Leninismus und die Kaderpolitik der SED – in einer Verbindung von Repressions- und Förderungsmaßnahmen. Letzteres manifestierte sich darin, daß die SED-Führung – neben der Heranbildung einer neuen, parteiergebenen bzw. loyalen Intelligenz – auch die alten bürgerlichen Führungskräfte zu gewinnen suchte, indem sie ihnen materielle Privilegien zusicherte und unter Umständen gewisse gesellschaftspolitische Freiräume zuließ. Letztere schränkte sie allerdings in Zeiten „verschärften Klassenkampfes“ zu meist wieder ein. Die SED-Führung war in Zeiten der offenen Grenze in Berlin auch immer wieder zu Zugeständnissen und Kompromissen gezwungen, weil ansonsten noch mehr fähige Fachleute nach Westdeutschland abgewandert wären. Unter diesem Aspekt blieb die Politik und Praxis der Parteiführung gegenüber den sogenannten bürgerlichen Hochschulehrern in den fünfziger Jahren ambivalent, eben „dialektisch“. Die SED-Parteiführung ging davon aus, daß die sozialistische Intelligenz gegen Ende dieses Jahrzehnts in der DDR überwiege und nur noch Rudimente der alten Intelligenz existieren würden¹⁰.

5. Die Universität Leipzig

Die Leipziger Universität war in den fünfziger Jahre eine der größten deutschen Universitäten und die Wirkungsstätte zahlreicher namhafter Wissenschaftler. Hier lehrten u. a. die Germanisten Theodor Frings und Hans Mayer, der Romanist Werner Krauss, der Philosoph Ernst Bloch, der Physiker Gustav Hertz, der Ägyptologe Siegfried Morenz. Am 5. Mai 1953 erhielt die Leipziger Universität von „den zuständigen Stellen“¹¹ den Namen „Karl-Marx-Universität“ (KMU) verliehen¹². Damit wurde ihr eine „Schrittmacherfunktion“ im Kreise der Universitäten und Hochschulen der DDR bei der sozialistischen Umgestaltung der höchsten Bildungseinrichtungen zugewiesen¹³.

Nachfolgend soll gezeigt werden, welche Konflikte durch die Reglementierung des akademischen Betriebes – insbesondere von Lehre und Erziehung – durch Vorgaben der SED zur sozialistischen Umgestaltung der Universitäten und infolge eines rigiden Ideologisierungsprozesses entstanden sind. Weiteres Konfliktpotential, ausgelöst durch die Widersprüchlichkeit bzw. Unglaubwürdigkeit der SED-Deutschlandpolitik in den fünfziger Jahren, resultierte aus der Unvereinbarkeit der Orientierung auf die Einheit Deutschlands einerseits und ihrer praktischen Politik in Bezug auf die deutsch-deutschen Beziehungen andererseits; dies brach im Zusammenhang mit der Reglementierung studentischer Westreisen auf.

Gegen die diktatorischen Eingriffe in das universitäre Leben wehrten sich – wie an anderen Universitäten auch – stets einzelne Hochschulehrer und Studenten¹⁴. Repressionen in Form von Verhaftungen und/oder fristlosen Entlassungen bzw.

¹⁰ Protokoll V. Parteitag der SED, Bd. 1, S. 152.

¹¹ KMU, Abriß, S. 76.

¹² Neben dem Antrag der FDJ, der Universität den Namen von Karl Marx zu verleihen, lag ein Antrag vor, die Leipziger Universität nach Gottfried Wilhelm Leibnitz zu benennen. Vgl. KMU, Abriß, S. 76.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Kowalczyk, Von der Volkserhebung zum Mauerbau, S. 22.

Exmatrikulationen waren die Folge. Disziplinarverfahren gegen Studenten während der drei Krisen zeigen dies deutlich. Darüber hinaus erlauben konkrete Vergleichszahlen einen intensiven Einblick in den repressiven Mechanismus der SED-Herrschaft gegenüber Studenten. Auch hier kommt ihre Krisen- bzw. Konfliktbewältigungsstrategie zum Vorschein.

6. Die „marxistische Attacke“ gegen sogenannte bürgerliche Elemente an der Leipziger Universität

Als die 4. ZK-Tagung im Januar 1951 offiziell die 2. Hochschulreform einleitete, sollte auch „das Zurückbleiben der Universitäten und Hochschulen in der ideologischen Entwicklung schnell und gründlich überwunden werden“¹⁵. In der Terminologie der SED hieß das unversöhnlicher Kampf gegen alle reaktionären Ideologien und Offensive des Marxismus-Leninismus¹⁶. Zu diesem Zweck wurden das Hochschulwesen insgesamt und die einzelnen Universitäten neu organisiert. Dabei ging es vor allem um die obligatorische Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums (Gewi) und des Russischunterrichts für alle Studenten, aber auch um die Ausbildung nach verbindlichen Studienplänen sowie um den Ausbau der Positionen von Partei und FDJ an den Hochschulen. Das wiederum waren jene Konfliktfelder, die in den fünfziger Jahren immer wieder zu prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Studentenschaft und Hochschullehrern einerseits und den SED-Leitungen andererseits führen sollten.

Mit der Beschleunigung der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft nach der 2. SED-Parteikonferenz wurden bisherige taktische Rücksichtnahmen auf sogenannte bürgerliche Elemente unter Professoren und Studenten an der Leipziger Universität über Bord geworfen. Nun waren jene Genossen an der Leipziger Universität gefragt, die bereits 1950 „die stickige Atmosphäre“ beklagt hatten, da der „Kampf gegen die bürgerliche Wissenschaft“ noch nicht geführt worden sei¹⁷. Das Studienjahr 1952/53 sollte ganz im Zeichen der „marxistischen Attacke“ stehen. SED-Parteileitungen einzelner Fakultäten griffen direkt in die Arbeit von Hochschullehrern ein, wenn es um die beschleunigte Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Lehre ging. Das betraf allerdings nicht nur das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Leipziger Universität beispielsweise faßte die Parteileitung den Beschluß, daß alle Vorlesungsmanuskripte zur Einsichtnahme ausgelegt und Fünfer-Studentengruppen zur Besprechung der jeweiligen Vorlesung gebildet werden sollten. Parteitreue FDJ-Funktionäre mischten sich sogar in die „Personalpolitik“ ein, wie beispielsweise an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Der Akademische Senat der Universität sprach davon, daß einige FDJ-Funktionäre an dieser Fakultät eine „geheime eigene Regierung gegenüber dem Institutsdirektor betrieben“¹⁸.

¹⁵ KMU, Abriß, S. 63.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ SED-PO KMU, Protokoll über die Sitzung der Parteileitung mit Professoren, Assistenten, wissenschaftlichen Nachwuchskräften, 5. 10. 1950, in: STAL, SED IV/4/14/19, Bl. 2.

¹⁸ KMU Leipzig, Rektorat, Stellungnahme des Senats zu den Vorschlägen des Herrn Staatsse-

Das Studienjahr 1952/53 begann an der Leipziger Universität – wie auch an anderen Hochschulen – auf „höhere Weisung“ mit Säuberungsaktionen unter der Studentenschaft, verbunden mit Exmatrikulationen von solchen Studenten, die „nicht die moralische und fachliche Qualität aufwiesen, die Studienbummelei betrieben oder eine sowjetfeindliche, antidemokratische Haltung einnahmen“¹⁹. Studenten, die „RIAS-Hörer“ waren und „RIAS-Lügen verbreiteten“, wurden von der Universität entfernt. Bis Jahresende 1952 sollten zunächst 103 Studenten (von ca. 8500 Studenten) aus diesen Gründen exmatrikuliert werden²⁰. Einzelne Hochschullehrer setzten sich gegen derartige Praktiken zur Wehr. Die Säuberungsaktionen im Herbstsemester 1952/53 sollten indes nur ein „Vorgeplänkel“ sein; sie erreichten ihren Höhepunkt mit den Auseinandersetzungen um die Junge Gemeinde bzw. die Evangelische Studentengemeinde im Frühjahrssemester 1952/53²¹.

Der 17. Juni 1953 und der Neue Kurs unterbrachen jedoch die beschleunigte sozialistische Umgestaltung der Leipziger Alma mater, bevor sie dann ab Mitte der fünfziger Jahre erneut als Aufgabe gestellt wurde. Bis dahin unterließ die Ulbricht-Führung mehr oder weniger radikale Maßnahmen zur Umsetzung ihrer führenden Rolle an Universitäten und Hochschulen. Auf der anderen Seite verstärkte das MfS die „operative Bearbeitung“ der KMU, um damit die „mangelhafte Arbeit der Vergangenheit“ zu überwinden²². Am Ende des Studienjahres 1952/53 waren 50 Geheime Informatoren an der Universität im Einsatz. Dieses Spitzelnetz hielt die Bezirksverwaltung des MfS für „zu gering“ und baute es in den kommenden Jahren erheblich aus²³. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Medizinischen Fakultät, der Veterinärmedizinischen Fakultät, der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und den chemischen Instituten. In diesen Einrichtungen waren in den fünfziger Jahren vorwiegend sogenannte bürgerliche Professoren und Dozenten tätig, während sich SED-Mitglieder in der Minderheit befanden. Wie später noch zu zeigen sein wird, verhinderte der Ausbau der geheimdienstlichen Spitzelarbeit in diesen Bereichen nicht, daß Studenten gerade dieser Fakultäten in den folgenden Jahren an der Spitze der Proteste gegen die SED-Politik standen.

7. Die Verschärfung des Klassenkampfes an der KMU Leipzig Mitte der fünfziger Jahre

Auch Mitte des Jahrzehnts mußte die SED-Führung eingestehen, daß trotz Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, der besonderen Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern u.ä. die sogenannte bürgerliche Ideologie

ketärs auf der erweiterten Rektorenkonferenz über neue Maßnahmen der Hochschulpolitik, 11. 7. 1953, in: UAL, Rektorat (R), 120.

¹⁹ Die FDJ als Interessenvertreter der Studenten, 1952–1957, Referat im Rahmen eines Spezialseminars zur Geschichte der Leipziger Universität, 1958, S. 9, im UAL eingesehen.

²⁰ SED-BL Leipzig, Bericht über die Untersuchung der PO der Universität Leipzig, 12. 12. 1952, in: STAL, SED IV/2/4/348, Bl. 184.

²¹ Zur Kampagne gegen die Junge Gemeinde siehe u.a.: Koch, Die Junge Gemeinde; sowie Wentker, „Kirchenkampf“ in der DDR.

²² BStU, Asst. Leipzig, Leitung, 195/03, Bl. 132 ff.

²³ Ebenda.

weiterhin „einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Erziehung und Ausbildung der Studenten“ nahm, und „ein Teil der Wissenschaftler und Studenten [...] sich in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus noch nicht eindeutig für den Sozialismus entschieden habe und ideologisch zwischen zwei Welten wandere“²⁴. Im Vergleich zu anderen Bereichen der Gesellschaft sei – nach Meinung der SED-Funktionäre – die Erziehung der Intelligenz und ihres akademischen Nachwuchses hinter der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Ursachen sah die Parteiführung in der ungenügenden politisch-ideologischen Erziehungsarbeit an den Universitäten und Hochschulen. Im Verlaufe der nächsten Monate und Jahre sollten die Universitäten und Hochschulen zu einem Schwerpunkt der Klassenauseinandersetzung werden.

In der bisherigen Literatur wird in diesem Kontext davon ausgegangen, daß die vielfältigen Proteste an den Universitäten und Hochschulen gegen das SED-Regime erst mit den Enthüllungen des XX. Parteitages der KPdSU (14.–25. Februar 1956) über Stalins Verbrechen, vor allem jedoch nach den Unruhen in Polen und Ungarn im Oktober/November 1956 auftraten²⁵. Bemerkenswert ist aber, daß es schon vor dem XX. Parteitag erhebliche Widerstände gegen die SED-Diktatur an der Leipziger Universität gegeben hat. So informierte der Rektor bereits im Januar dieses Jahres das Staatssekretariat für Hochschulwesen darüber, daß unter Studenten und Professoren der Medizinischen Fakultät Forderungen nach freien Wahlen, Kritik an der Presse und „feindliche Äußerungen gegenüber der FDJ“, die „keine demokratische Organisation“, sondern ein „Anhängsel der SED“ sei, aufgetreten wären. In einem Informationsbericht heißt es: „Es gab solche Meinungen, daß die Stimmung wieder der vor dem 17. Juni 1953 gleiche und die Funktionäre wieder alles gutheißen.“²⁶ Nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED (24.–30. März 1956) wurden dann erneut – wie bereits im Jahre 1953 – Forderungen laut, die auf die Ablösung Ulbrichts hinausliefen, weil er im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Verbrechen Stalins „ungenügende Selbstkritik“ geübt habe²⁷. Zu Beginn des Frühjahrssemesters 1956 meldete das Leipziger Rektorat eine „Verschärfung der politischen Diskussion“ nach Berlin²⁸. Es teilte mit, daß überall die „Verbesserung des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts“ angemahnt würde. Und der Bericht wurde noch deutlicher: „Das jetzige Grundstudium wird von der Mehrheit der Studenten als nutzlos empfunden und nicht ernst genommen.“²⁹

Anstatt mit den Studenten vor Ort über ihre Kritik sachlich zu diskutieren, wurden nach der 3. SED-Parteikonferenz weitere Eingriffe in die Lehrinhalte und Erziehungsprozesse vorgenommen. Im April 1956 trug Ulbricht – zunächst vor den Parteiaktivisten des Bezirkes Leipzig – seine Forderungen zur Veränderung von akademischen Lehrinhalten vor. Dabei ging es vor allem darum, die Ausbildung der

²⁴ KMU, Abriß, S. 81 f.

²⁵ Kowalczyk, Von der Volkserhebung zum Mauerbau, S. 22.

²⁶ KMU Leipzig, Rektorat, Informationsbericht an das Staatssekretariat vom 11. 1. 1956, in: UAL, R. 123, Bl. 9.

²⁷ KMU Leipzig, Rektorat, Informationsbericht an das Staatssekretariat vom 5. 4. 1956, in: UAL, R. 123, Bl. 15.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda, Bl. 18.

Studenten an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft anzupassen, d.h. Führungskräfte für die LPG heranzubilden³⁰. Zwei Tage später sprach Ulbricht auf einer Vollversammlung dieser Fakultät zur sozialistischen Perspektive in der Landwirtschaft und den daraus entstehenden Konsequenzen für die Ausbildung der Studenten. Im Gegensatz zu den Parteiaktivisten, die Ulbrichts „richtungsweisende Ausführungen“ mit stürmischem Beifall begrüßt hatten, erfuhr der 1. SED-Sekretär bei den Studenten jedoch offene Ablehnung. In einer „Bürovorlage“ der SED-Bezirksleitung heißt es hingegen: „Während der Ausführungen des Gen. Walter Ulbricht kam es zu provokatorischen Äußerungen der Masse der Studenten (Zischen und Scharren) und zu Zwischenrufen einzelner Professoren.“³¹ In der anschließenden Diskussion kritisierten Studenten „im scharfen Ton“ Ulbrichts Ausführungen. Auch einzelne Professoren sollen sich „unverschämt“ benommen haben. Nach Darstellung der SED-Bezirksleitung hätten sich die in der Vollversammlung anwesenden Mitglieder der Partei (ca. 60) gegenüber „den feindlichen Äußerungen“ passiv verhalten. Ein SED-Professor hielt später das „schroffe Auftreten Ulbrichts“ für „unmöglich“. „Kein anwesendes Mitglied der Partei trat gegen die Unverschämtheiten einzelner Professoren und der Studenten auf“, empörte sich die SED-Bezirksleitung³².

Nun war die Universitätsparteilitung gefragt, doch sie unternahm zunächst nichts. Sie sah „in der falschen Darlegung einiger Fakten im Referat des Gen. Ulbricht“ die eigentlichen Ursachen für das „flegelhafte“ Auftreten der Studenten³³. In der Bezirksparteilitung standen die Zeichen auf Kampf angesichts der „Majestätsbeleidigung“ des ersten Mannes im Staate DDR und der „kapitulantenhaften“ Haltung der Universitätsparteilitung³⁴. Wie nach dem 17. Juni 1953 wurde eine parteimäßige Untersuchung angeordnet, weil man davon ausging, daß das „provokatorische“ Auftreten gegenüber dem 1. SED-Sekretär darin zu suchen sei, daß es „keine systematische Erziehungsarbeit der Professoren und Studenten durch die Parteiorganisation an der Fakultät [gäbe]. Es gibt im Lehrkörper keine Klarheit über die Gesetzmäßigkeiten des Sieges des Sozialismus in der Welt, über die sozialistische Perspektive Deutschlands und in der Landwirtschaft der DDR [sowie] keine gründliche Auswertung des XX. PT“³⁵. Im Mai 1956 rügte die SED-Bezirksleitung die Parteiorganisation der KMU öffentlich in der „Leipziger Volkszeitung“. Dieser wurde vorgehalten, daß es „ernste Anzeichen eines Zurückweichens vor der bürgerlichen Ideologie“ gäbe. Dagegen hätten in den Parteiorganisationen der Industrie-

³⁰ SED-BL Leipzig, Bezirksparteiaktivkonferenz, 5. 4. 1956, STAL, SED IV/2/2/101, Bl. 36.

³¹ SED-BL Leipzig, Bürovorlage zur Frage der Fakultätssitzung in der Lagäfa der KMU am 7. 4. 1956, vom 11. 4. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/521, Bl. 291.

³² Ebenda.

³³ Ebenda, Bl. 292.

³⁴ In der Universität wurden sicherlich Erinnerungen wach an jene Wochen nach dem 17. Juni 1953, als die SED-Bezirksleitung der Universitätsparteilitung bereits kapitulantenhaftes Verhalten vorgehalten hatte, und die Universitäts-Funktionäre sich wochenlang dagegen verwehrt hatten, bevor im September u. a. der Sekretär der Universitätsparteilitung – in diesem Falle ein vom ZK eingesetzter Parteiorganisator – abgelöst und parteierzieherisch bearbeitet wurde.

³⁵ SED-BL Leipzig, Bürovorlage zur Frage der Fakultätssitzung in der Lagäfa der KMU am 7. 4. 1956, vom 11. 4. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/521, Bl. 292.

betriebe und der Landwirtschaft des Bezirkes „die feindlichen Angriffe des Klassengegners wenig Wirkung“³⁶.

Im August 1956 nahm Kurt Hager an einem SED-Bezirksparteiaktiv teil und sprach zu den „ideologischen Aufgaben“. Er forderte die Parteiaktivisten dazu auf, „die Menschen von der Richtigkeit unserer Politik [zu] überzeugen“³⁷. Für die Universitäten und Hochschulen bedeute das, daß vor allem „Kader für die sozialistische Wirtschaft und den sozialistischen Staat ausgebildet“ würden. Hager beklagte den Zustand, daß es sich die Studenten immer noch aussuchen könnten, ob sie nach Abschluß ihres Studiums in einen „kapitalistischen Betrieb oder in den Einzelbetrieb oder in einen sozialistischen Betrieb“ gingen. Er forderte an gleicher Stelle aber auch dazu auf, „in den Mitgliederversammlungen, in den Seminaren unseres Parteilehrjahres, an unseren Schulen und an den Universitäten und Hochschulen eine echte und offene Diskussion über alle Fragen (zu) haben.“ Seine Schlußfolgerung lautete: „In Deutschland müssen wir den Marxismus, der aus Deutschland kommt, weiterentwickeln.“

Auf Anforderung des ZK der SED wurde im September 1956 an der Universität Leipzig eine Analyse zum „Stand der ideologischen Arbeit“³⁸ erarbeitet. Die Analyse beginnt u. a. mit der Feststellung, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU an der Universität „viele kleinbürgerliche Auffassungen“ aufgetreten seien und das „Neue der Aufgabenstellung“ zugunsten einer Orientierung auf die Fragen des Personenkults um Stalin in den Hintergrund gerückt sei.³⁹ Außerdem habe man versucht, „unberechtigte Vergleiche“ zum ZK zu ziehen: „Die vom Personenkult abgeleiteten Fragen in der Richtung der Kritik gegen unser ZK, insbesondere gegen die Person des Genossen Walter Ulbricht, sind in den meisten Fällen geklärt und wurden als eine feindliche Position zerschlagen.“⁴⁰

Doch entgegen dieser Annahme kam es in den folgenden Monaten an allen Fakultäten und Instituten zu noch heftigeren Diskussionen um die SED-Politik. Diskutanten beriefen sich auf Ulbrichts Ausführungen auf jener Parteiaktivtagung vom April 1956, als er die SED-Genossen dazu aufgefordert hatte, „selbständig zu denken“ und „nicht erst [zu] telefonieren, welche Meinung die Bezirksleitung oder das ZK haben“⁴¹. Nach den Ereignissen in Polen und Ungarn spitzte sich die Situation weiter zu. Die Parteiführung ordnete tägliche Berichterstattung über alle Vorgänge an den Universitäten und Hochschulen und eine engere Zusammenarbeit mit der Stasi an. Daraufhin erließ das MfS eine „Richtlinie über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen“⁴².

Am 8. November 1956 berichtete die Leipziger Universitätsleitung nach Berlin, daß es über die Ereignisse in Ungarn „noch wesentliche Unklarheiten“ gäbe, jedoch

³⁶ Aus dem Bericht des Büros an die Bezirksleitung der SED, in: Leipziger Volkszeitung, 17. 5. 1956.

³⁷ SED-BL Leipzig, SED-Parteiaktivtagung vom 10. 8. 1956, in: STAL, SED IV/2/2/102, Bl. 87.

³⁸ SED-BL Leipzig, Stand der ideologischen Arbeit an der Universität, den Hoch- und Fachschulen vom 1. 9. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/521, Bl. 128–145.

³⁹ Ebenda, Bl. 128.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ SED-BL Leipzig, Bezirksparteiaktivkonferenz, 5. 4. 1956, in: STAL, SED IV/2/2/101, Bl. 40.

⁴² Kowalczyk, Von der Volkserhebung zum Mauerbau, S. 25.

„dank der Arbeit der fortschrittlichen Lehrkräfte und Funktionäre aus gesellschaftlichen Organisationen keine Provokationen aufgetreten seien“⁴³. Heftige Diskussionen gäbe es jedoch über den Russisch-Unterricht. Das 1. Studienjahr Medizin hatte am 6. November eine Resolution vorgelegt, in der gefordert wurde, den Unterricht nur noch fakultativ durchzuführen⁴⁴. Rektor und Akademischer Senat sicherten den Studenten zu, daß „über bestimmte Punkte“ gesprochen und „berechtigten Beschwerden“ abgeholfen werde⁴⁵. Offensichtlich reichte einem Teil der Studenten diese Zusage nicht aus, sie entwickelten daher eigene Initiativen. Eine Gruppe von Medizinstudenten des siebten Semesters, unter ihnen einige Nichtmitglieder der FDJ, bereiteten eine Resolution vor, die sie ihren Kommilitonen in Vorlesungspausen zur Unterschrift vorlegten, um diese dann an das Staatssekretariat für Hochschulwesen zu schicken⁴⁶. Darin schlugen sie vor, „die Studienarbeit intensiver und reichhaltiger [zu] gestalten“. Es handelte sich einmal darum, daß sie eine „nochmalige Prüfung in Gesellschaftswissenschaften zum Staatsexamen“ für „eine unnötige Belastung“ hielten, nachdem bereits am Ende des dritten Studienjahres eine Prüfung stattgefunden hatte. Zur „Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts“ schlugen sie vor, daß zukünftig der Russischunterricht für Mediziner nicht mehr obligatorisch durchgeführt werden sollte, da andere Sprachen, die für Mediziner „unmittelbar notwendig“ seien (Latein, Griechisch), vernachlässigt würden. Sie plädierten für die „freie Wahl einer Fremdsprache“. Auch Angehörige des Lehrkörpers, darunter der Dekan der Veterinär-Medizinischen Fakultät, waren gleichfalls der Meinung, daß Medizinstudenten weder Russisch noch Englisch bräuchten⁴⁷. Die Resolution wurde von 140 Studenten unterschrieben. FDJ-Funktionäre der Medizinischen Fakultät erklärten diese Resolution jedoch für „illegal“ und bestanden darauf, daß derartige Angelegenheiten nur von der FDJ-Leitung bzw. einer FDJ-Versammlung geregelt werden könnten⁴⁸. So zerknüllte ein FDJ-Funktionär ein Exemplar der Resolution vor seinen Kommilitonen. Ein anderer FDJ-Funktionär zog Parallelen zu Ungarn, indem er feststellte, daß auch dort „das Blutvergießen“ mit derartigen Forderungen angefangen habe: „Glaubt ja nicht, daß bei uns in der DDR so etwas möglich sein wird wie in Ungarn. Die Arbeiter- und Bauern-Macht steht fester denn je und wird einen eventuell aufkommenden zweiten 17. Juni schon im Keime ersticken.“⁴⁹ Eine derartige Drohung trug natürlich nicht zur Beruhigung der Gemüter bei. Ein anderer Medizinstudent erwiderte: „Wir haben schon lange kein Vertrauen mehr zur FDJ. Der Stalinismus ist besiegt, wir müssen jetzt nur noch hier die kleinen Stalins beseitigen.“⁵⁰ Schließlich einigte man sich, eine Semestervollversammlung einzuberufen. Diese fand auch statt. Später wurde den Initiatoren der Resolution vorgeworfen, sie hätten diese Zusammenkunft ge-

⁴³ Universität Leipzig, Rektorat, Informationsbericht an das Staatssekretariat, 5. 4. 1956, in: UAL, R. 123, Bl. 26.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Universität Leipzig, Rektorat, Sitzung des Akademischen Senats vom 8. 12. 1956, in: UAL, R., Film 439.

⁴⁶ Universität Leipzig, Justiziar, Kopie der Resolution, in: UAL, J. 21, Bd. 09, Bl. 177.

⁴⁷ Universität Leipzig, Rektorat, Sitzung des Akademischen Senats vom 10. 11. 1956, in: UAL, R., Film 439.

⁴⁸ Universität Leipzig, Justiziar, in: UAL, J. 21, Bd. 09, Bl. 161.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Ebenda.

nutzt, um jene Kräfte, die nicht in der FDJ waren, zusammenzufassen und gegen die FDJ auszuspielen. Das würde nicht nur gegen die Disziplin an der Universität, sondern auch „gegen Grundsätze des gesellschaftlichen Lebens im Rahmen der von der Staatsmacht uns zur Verfügung gestellten Möglichkeiten verstoßen“⁵¹. Die Vor-
kommnisse wurden später als „eine Provokation unerhörten Ausmaßes, die seit der Wiedereröffnung der Universität seit 1945 kein Beispiel“ habe, dargestellt⁵².

Es war wie immer in derartigen Situationen: Die angeblichen Provokationen wurden auf die Einwirkung des „imperialistischen Klassenfeindes“ zurückgeführt. In einer „Erklärung der SED-Universitätsparteileitung“ wurden die Initiatoren der Resolution als „Provokateure und Agenten“ bezeichnet⁵³. Forderungen der Medizinstudenten seien genau jene gewesen, die vom RIAS verbreitet worden seien. Eiligst wurden Disziplinarverfahren eingeleitet und durchgeführt. Nicht immer reichten den SED-Funktionären die dabei ausgesprochenen Strafen aus. So verabschiedete die Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation KMU am 21./22. Dezember 1956, an der Ulbricht teilnahm, eine „Entschließung“. Darin wurde der Rektor als Vorsitzender des Disziplinarausschusses aufgefordert, das Urteil im Verfahren gegen einen Medizinstudenten, der ein „reaktionäres Programm an der Med. Fak entwickelte und vertrat, das den Weisungen und Wünschen des internationalen Imperialismus entsprach, der versuchte, die Studenten gegen die FDJ aufzuwiegeln und gegnerische Kräfte in die FDJ-Leitung zu bringen, der unsere Staatsorgane grob verleumdete, indem er öffentlich die lügnerische Behauptung aufstellte, er würde von unseren Staatsorganen verfolgt, weil er seine Meinung frei vertreten habe“, zu korrigieren und statt „strengem Verweis“ eine Relegation auszusprechen. „Wir lassen nicht zu, daß dieser Provokateur an der Universität verbleibt und fordern, daß das Urteil gegen B. beschleunigt revidiert und H. B. relegiert wird.“⁵⁴ Der Student entzog sich durch „Republikflucht“ einer Bestrafung und wurde in Abwesenheit relegiert⁵⁵.

8. „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“

Die Delegiertenkonferenz der SED-Universitätsparteiorganisation am Ende des Jahres 1956 forderte, das „Verständnis für die geschichtlich einzig richtige Politik“ der SED zu erhöhen, die „politische Verbundenheit der Intellektuellen“ mit der SED und der DDR zu festigen und „in allen Fakultäten und Institutionen der sozialistischen Ideologie einen festen und unerschütterlichen Platz einzuräumen“⁵⁶. Rückblickend wurde das Jahr 1957 in einem historischen Abriß „KMU 1945–1976“

⁵¹ Ebenda, Bl. 182.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ SED-PO KMU, An den Rektor der KMU, Schreiben der Delegiertenkonferenz der SED-PO vom 22. 12. 1956, in: STAL, SED IV/4/14/005–008, unpag.

⁵⁵ Universität Leipzig, Justiziar, Disziplinarverfahren, in: UAL, J. 21, Bd. 09.

⁵⁶ SED-PO KMU, Entschließung der Delegiertenkonferenz der SED-PO KMU am 21./22. 12. 1956, in: STAL, SED IV/4/14/005–009, unpag.

als „entscheidendes Jahr der ideologischen Auseinandersetzung an der Universität mit allen Angriffen auf den Sozialismus“ bezeichnet⁵⁷.

Nach der 30. Tagung des ZK der SED (30. Januar–1. Februar 1957), auf der „die neuen Aufgaben auf ideologischem Gebiet“ vorgegeben und sogenannte „revisionistische Konzeptionen“ von Schirdewan, Wollweber und Ziller „zerschlagen“ wurden, gewannen die Auseinandersetzungen an der Leipziger Universität an Schärfe. Zunächst sollte „allen provokatorischen Elementen das Handwerk gelegt, Unruhestifter verjagt und die fachliche Ausbildung so gestaltet werden, daß sie den Anforderungen der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft entspricht“. Die SED-Funktionäre wollten die Studenten „zu bewußten Kämpfern für den Sozialismus“ erziehen⁵⁸. Die SED-Funktionäre der Universität sahen ihre „vordringlichste Aufgabe“ nun darin, die Mehrheit der Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten unserer Universität eng um die Partei zusammenzuschließen. Damit wollten sie „helfen, unsere DDR zur unerschütterlichen Bastion des Kampfes gegen die aggressiven westdeutschen Militaristen zu machen, der nur unter Führung der Partei der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann. Prüfstein für das patriotische Denken und Handeln aller Universitätsangehörigen ist dabei die Stellung zur DDR. [...] Frieden in Europa kann nicht anders heißen als Beseitigung des Militarismus und Monopolkapitalismus in Westdeutschland und Beendigung der NATO-Politik. [...] Es muß allen Mitgliedern an unserer Universität bewußt gemacht werden, daß an unseren Universitäten nur studieren kann, wer der Arbeiter-und-Bauern-Macht treu ergeben ist“⁵⁹.

Ulbricht nahm auf einer SED-Bezirksleitungssitzung im April 1957 nochmals zu Fragen des Meinungsstreits an der Leipziger Universität unmißverständlich Stellung: „Wir haben ihnen gesagt, bei uns gibt es demokratische Freiheit in den Universitäten und Institutionen, dort können die Leute diskutieren, wenn sie aber auf die Straße gehen, werden wir sie schlagen, daß von ihnen nicht mehr viel übrig bleibt. [...] Sie haben die Freiheit bis zur Tür, aber wenn sie auf die Straße gehen, dann treten nicht nur die in Erscheinung, die nur die Fäuste haben [sic]. Sie haben dann kein Recht, sich darüber zu beschweren. Sie waren aber klug genug, das nicht zu tun und haben damit ihr Leben gerettet. Wir haben nämlich keinen Zweifel daran gelassen, wie das weiter geht, denn wir sind nicht in Budapest und bei uns gibt es solche Experimente nicht.“⁶⁰

Zu Beginn des neuen Studienjahres 1957/58 formulierte die SED-Bezirksparteileitung den Erziehungsauftrag für die KMU erneut: „Es genügt heute nicht mehr, daß Studenten die Universität verlassen, die nicht feindlich zu uns stehen, die loyal die Arbeiter- und Bauern-Macht anerkennen, sondern wir brauchen Studenten, die mit der ganzen Kraft ihrer Person und ihrer ganzen Hingabe für die Sache des Sozialismus eintreten.“⁶¹ Damit klang auch erstmals im Hochschulbereich die später zur Allgemeingültigkeit erhobene Maxime der SED an: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.

⁵⁷ KMU, Abriß, S. 87.

⁵⁸ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung vom 18. 3. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 4 ff.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ SED-BL Leipzig, 7. Sitzung der SED-BL, 11. 4. 1957, in: STAL, SED IV/2/1/56, Bl. 212 f.

⁶¹ SED-BL Leipzig, Bezirksparteiaktivtagung, 29. 10. 1957, in: STAL, SED IV/2/2/110, Bl. 23.

Bei der sozialistischen Erziehung der Studenten sollte zukünftig die gesellschaftliche Praxis und der direkte Einfluß der Arbeiterschaft verstärkt werden.⁶² Paul Fröhlich, der Erste Sekretär der Leipziger Bezirksleitung, verwies auf positive Beispiele: „Das Auftreten von Arbeitern an der Universität in Leipzig hat doch eigentlich gezeigt, [...] wie fähig die Arbeiter auf dem Gebiet sind, den Marxismus-Leninismus vor Professoren, Dozenten und Studenten nicht nur zu verteidigen, sondern offensiv zu vertreten.“ Er attestierte den „besten und bewußtesten Arbeitern“, daß sie „mit ihrer einfachen Arbeiterlogik [...] alles das wie Spinnwebgewebe beiseite schieben. [...] Sie können das oft theoretisch nicht schön formulieren. Wir werden sie aber dazu erziehen.“⁶³ Die Arbeiter in den Betrieben sollten beispielsweise Studenten zur Rechenschaft ziehen und sie über ihr Auftreten in politischen Diskussionen befragen. Sie hätten dazu ein Recht, weil Studenten auf ihre Kosten studieren würden. Doch in der Realität kümmerten sich die Arbeiter offenbar nicht um solche Vorgaben; sie waren zufrieden, wenn die Studenten in ihren Praktika ordentlich arbeiteten.

Neue Konflikte waren vorprogrammiert, als die Parteiführung die „Herausbildung von Hochschulen sozialistischen Typs“ als „härtesten Klassenkampf“ charakterisierte⁶⁴. Unter anderem zielte die SED-Führung jetzt stärker auf „die militärische Ausbildung der Studenten“⁶⁵ und auf die Durchsetzung des Marxismus an allen Fakultäten. Hager stellte unmißverständlich fest: „Es muß der Liberalismus absolut beseitigt werden. Wir können auf keinem Gebiet nichtmarxistische Wissenschaftler gebrauchen oder zumindest Wissenschaftler, die den Marxismus nicht kennen.“⁶⁶ Die Folge dieses Generalangriffs auf alles „Nichtmarxistische“ bis Anfang 1958 war, daß der Universität immer mehr fähige Wissenschaftler, vor allem Mediziner, gen Westen davonliefen. Um diesen Trend zu stoppen, wurden neue Programme zur „Förderung der medizinischen Intelligenz“ verabschiedet und bestimmte Vorgaben zur Immatrikulationspolitik korrigiert. Das veranlaßte die Universitätsleitung u. a. dazu, die Anforderungen an einen zukünftigen Medizinstudenten zu überdenken, d. h. ein „Minimum der Anforderungen“ zu entwickeln. Sie korrigierte damit bisherige politische Vorgaben. Jetzt orientierte sie auf nachfolgende Bedingungen: „Der betreffende Bewerber darf keine feindliche Haltung gegenüber unserem Arbeiter- und Bauern-Staat einnehmen, über bestimmte Mängel im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht kann man hinwegsehen. Der Bewerber ist bereit, an der Reservistenausbildung teilzunehmen.“⁶⁷

Zu Beginn des Studienjahres 1958/59 informierte Hager die Genossen der SED-Parteioorganisation der KMU über die neue Linie, ohne jedoch Selbstkritik zu üben bzw. Verantwortung für die falsche Weichenstellung in den vergangenen Monaten zu übernehmen: „Im Kommunique des Politbüros zu Fragen des Gesundheitswesens und der medizinischen Intelligenz wird noch einmal klar zum Ausdruck gebracht, daß die Ausübung des Arztberufs oder einer wissenschaftlichen Tätigkeit nicht an die Verpflichtung zum dialektischen Materialismus gebunden ist, sondern

⁶² SED-BL Leipzig, Bezirksparteiaktivtagung, 16. 7. 1957, in: STAL, SED IV/2/2/108, Bl. 20 ff.

⁶³ Ebenda, Bl. 91.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 26. 11. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/32, Bl. 256.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 263.

⁶⁷ SED-PO KMU, Informationsbericht, 27. 2. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/42, Bl. 147.

es völlig dem Wissenschaftler überlassen bleibt, welche Weltanschauung er sich zu eigen macht. Wir betrachten den Wissenschaftler als Kenner seines Fachs und beurteilen ihn nach seiner fachlichen Leistung. Es kommt jedoch vor, daß Wissenschaftler, die fachlich hervorragendes [sic] leisten, eine verworrene Weltanschauung haben oder falsche politische Ansichten. Dann muß man offen diskutieren.“⁶⁸

In den folgenden Monaten kam es zu einer vorübergehenden Verlangsamung der sozialistischen Umgestaltung. In dieser Phase wurden u.a. an der Leipziger Universität einige Disziplinarverfahren gegen Studenten überprüft und die Immatrikulationspraxis gelockert.⁶⁹

Die „Windstille“ war jedoch nur kurzfristig. 1960/61 wurden erneut die Zügel angezogen. „Im Mittelpunkt der politisch-ideologischen Arbeit unter den Studenten muß die Erziehung zu einem festen Klassenstandpunkt stehen, d.h. die feste Überzeugung von der einzig möglichen, der sozialistischen Perspektive, unveröhnlicher Haß und Kampfbereitschaft gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, festes Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht, zur SED und der von ihr betriebenen Politik“⁷⁰. „Jeder Student muß davon überzeugt werden, daß die DDR der einzig rechtmäßige Staat auf deutschem Boden ist, der eine konsequente Politik des Friedens im Interesse des werktätigen Volkes verwirklicht und den Weg in eine glückliche Zukunft, sozialistische Zukunft weist. [...] Die Studenten sollen zur Bereitschaft erzogen werden, für diesen Staat bedingungslos und ohne jedwede Einschränkung, auch unter Hintenanstellung [sic] persönlicher Wünsche und Absichten alles zu geben“. In diesem Zusammenhang bahnte sich der nächste Konflikt an, als die Studenten ihre „bedingungslose Ergebenheit“ mit ihrer Unterschrift unter eine Verpflichtung zum Schutze des sozialistischen Vaterlandes dokumentieren sollten. War es in den vorangegangenen Jahren zunächst für männliche Studenten um die „Reservistenausbildung“ in den Semesterferien gegangen, sollten sie sich unmittelbar nach dem 13. August 1961 verpflichten, das Studium zu unterbrechen und sofort in die NVA einzutreten. Nach der völligen Abschottung der DDR brauchte man keine taktische Rücksicht mehr zu nehmen und ging sofort mit disziplinarischen Maßnahmen gegen jene Studenten vor, die sich derartigen Verpflichtungen entzogen.

9. Ernst Blochs Kritik am DDR-Sozialismus und ihre Folgen

Zum gleichen Zeitpunkt, als insbesondere die Studenten der Veterinär-Medizinischen und der Medizinischen Fakultät sich angeblich „provokatorisch“ verhielten, weil sie sich gegen die Einmischung der Parteiführung in Ausbildungsprozesse zur Wehr setzten bzw. sachliche Vorschläge zur Verbesserung des Studiums gemacht

⁶⁸ SED-PO KMU, Mitgliederversammlung vom 22. 9. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/9, Bl. 107f.

⁶⁹ SED-PO KMU, Informationsbericht der UPL, 20. 11. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/42, Bl. 229.

⁷⁰ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 23. 9. 1961, in: STAL, SED IV/4/14/37, unpag.

hatten, kritisierten auch einige Ordinarien der Leipziger Universität unmißverständlich das Niveau des akademischen Unterrichts, allen voran Ernst Bloch⁷¹.

Seit seiner Berufung zum Direktor des Philosophischen Instituts im Juni 1948 hatte Ernst Bloch an der Universität zahlreiche Gegner. Da waren einmal jene bürgerlichen Wissenschaftler, die ihn wegen seiner politischen Haltung ablehnten⁷². Sein philosophischer und politischer Hauptgegner war jedoch Rugard-Otto Gropp, Leiter der Abteilung Dialektischer und historischer Materialismus des von Bloch geleiteten Instituts für Philosophie⁷³. Er hatte Funktionäre der SED-Betriebsleitung hinter sich, die bereits 1950 in einem internen Papier zu dem Urteil gekommen waren, daß Bloch „als dialektischer Materialist auftritt, aber der Inhalt seiner Vorlesungen [...] alles andere als marxistisch-leninistisch“ sei⁷⁴. Seine Gegner konnten sich anfangs nicht durchsetzen. Obwohl auch ihnen manches an der Blochschen Philosophie suspekt, weil idealistisch gefärbt war, schmückten sich Ulbricht und Hager mit seiner Anwesenheit und wiesen die Leipziger SED-Funktionäre in die Schranken. Sein Bonus als Verfolgter des Naziregimes und als linker Denker schützte Bloch mehrere Jahre und eröffnete ihm gewisse philosophische Freiräume. „Politische Aktionen im Sinne der ‚Arbeiterpartei‘ verweigerte er nicht. [...] Bloch akzeptierte den Politiker Stalin und den sowjetischen Weg zum Sozialismus lange Zeit.“⁷⁵

Anläßlich seines 70.Geburtstages im Jahre 1955 wurde er mehrfach geehrt; so erhielt er den Nationalpreis und den Vaterländischen Verdienstorden der DDR. Mit diesen Auszeichnungen dekoriert, überschätzte er offenbar seine Möglichkeiten, gegen die SED-Hochschulpolitik aufzutreten. Ende November 1955 kritisierte Bloch in einer Sitzung des Rates der Philosophischen Fakultät die schematische und enge Ausbildung der Studenten, vor allem die „Art der Darbietung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums“. Dort würde „ein Katechismus verabreicht“. Nach Blochs Auffassung führte die Reglementierung des Universitätsbetriebes zur „weiteren Verblödung und Verrohung“ der Studenten⁷⁶. Wenig später wiederholte er, der nie in einer Vorlesung des Grundstudiums gesessen hatte, seine Kritik an diesem Studium und dessen Lehrkräften und zwar in seiner Hauptvorlesung im Großen Hörsaal der Anatomie vor 750 Hörern! Die Universitätsparteileitung machte ihm daraufhin deutlich, daß man seine Äußerungen für „sehr überspitzt“ halte und schlug eine Aussprache vor. Anderen Kritikern am marxistisch-leninistischen Grundstudium, das die SED-Führung „als Herzstück der sozialistischen Erziehung an den Universitäten und Hochschulen, als Instrument [...] im Kampf um die Entscheidung der Frage ‚Wer – Wen?‘ im Hochschulwesen“ betrachtete⁷⁷, erging es zur gleichen Zeit viel schlechter.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU brach der Konflikt zwischen Bloch und Ulbricht aus. „Schockiert durch die Enthüllungen über Stalins Terror-Regime, sah

⁷¹ Vgl. dazu ausführlich: Feige, Willkommen und Abschied, S. 159–189.

⁷² Ebenda, S. 167.

⁷³ Gropp lehrte an der Abteilung Dialektischer und historischer Materialismus des von Bloch geleiteten Instituts. Vgl. auch ebenda, S. 172.

⁷⁴ Zitiert nach ebenda, S. 172 f.

⁷⁵ Ebenda, S. 175.

⁷⁶ Ebenda, S. 174.

⁷⁷ Vgl. KMU, Abriß, S. 67.

Bloch den XX. Parteitag der KPdSU als unmißverständliches Signal zur Erneuerung des Sozialismus.“⁷⁸ Nachdem die SED-Führung auf der 3. SED-Parteikonferenz klar gemacht hatte, daß sie jede Kursänderung ablehne, forderte Bloch Ulbrichts Rücktritt⁷⁹. In seinen Lehrveranstaltungen, die immer gut besucht waren, äußerte er sich jetzt offen zu politischen Tagesfragen. So prangerte er den Dogmatismus und Personenkult an und begrüßte den „polnischen Frühling im Oktober“⁸⁰. Er setzte sich für Georg Lukacs und seinen verhafteten Freund und Herausgeberkollegen der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, Wolfgang Harich, ein. Die SED-Führung befürchtete einen „schädlichen Einfluß“ auf die Studenten der KMU.⁸¹ Als dann seine Schüler noch forderten, daß der Personenkult als gesellschaftliche Erscheinung verstanden und die durch ihn entfremdeten Strukturen innerhalb des Sozialismus untersucht werden müßten, sah die Parteiführung Handlungsbedarf. Hatte man zuvor zähneknirschend seine vernichtende Kritik am gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium hingenommen, war jetzt jegliche Rücksichtnahme auf den Nationalpreisträger und seine Verdienste vorbei. Von nun an galt er in Berlin und Leipzig als geistiges Haupt des Revisionismus.

Ulbricht beauftragte den 1. SED-Bezirkssekretär Fröhlich im November 1956, sofort eine Untersuchung gegen Bloch und sein Institut durchzuführen, und schrieb damals: „Es ist uns bekannt geworden, daß bei Prof. Bloch und wahrscheinlich auch bei einigen anderen Mitarbeitern der Universität die ideologische Ausstrahlung des Petöfi-Kreises und einiger polnischer Zeitschriften nicht ohne Wirkung geblieben sind. Wir schlagen vor, daß in der FDJ-Gruppe der Phil. Fak. eine offene Aussprache stattfindet, in der die Politik des Petöfi-Kreises [...] verurteilt wird. Es ist notwendig, durch diese Diskussion in Erfahrung zu bringen, wer von den Assistenten und Studenten die feindlichen ideologischen Positionen unterstützt [...] Die Sache ist deshalb dringend, da wir nicht beurteilen können, welche Einflüsse von Berlin oder von polnischen Vertretern auf Wissenschaftler in Leipzig ausgeübt worden sind.“ Ulbricht schlug außerdem Aussprachen mit namhaften Wissenschaftlern vor, wo über „unsere Stellungnahme und über die feindliche ideologische Konzeption informiert“ wird. (Handschriftliche Bemerkung Ulbrichts: „Auch Beratungen mit Prof. Markov wären von Nutzen.“)⁸²

Jetzt war die Zeit für Blochs Intimfeind Gropp gekommen, um mit ihm abzurechnen. Er tat dies über das Zentralorgan der SED. Im „Neuen Deutschland“ bezeichnete er Bloch öffentlich „als den geistigen Vater aller idealistischen Konzepte im Institut für Philosophie“ und erklärte ihn zum „Dogmatiker par excellence“⁸³. Gropp fand in Berlin mit diesem Beitrag großen Beifall. Am Institut für Philosophie wurde seine Polemik indes abgelehnt. Die Genossen an diesem Institut hielten derartigen Kritiken zunächst entgegen, daß Bloch bekanntlich für seine „tiefgründige Durchdringung von Natur und Gesellschaft“ den Vaterländischen Verdienstorden erhalten habe und auch als Nationalpreisträger eine von der Partei anerkannte Au-

⁷⁸ Ernst/Klinger, „Wenn es mich nicht überzeugt, kann ich keine Selbstkritik üben“, S. 133.

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 18. 3. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 49.

⁸¹ Ebenda, Bl. 22.

⁸² SED-BL Leipzig, Ulbricht an Fröhlich, 28. 11. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/524, Bl. 404.

⁸³ Gropp, Idealistische Verirrungen unter „antidogmatischen“ Vorzeichen, in: ND, 19. 12. 1956.

torität sei. Die von höherer Stelle geforderte Auseinandersetzung mit Bloch war für die SED-Funktionäre vor Ort aber auch deshalb problematisch, weil sie mehrmals die Erfahrung gemacht hatten, daß frühere Aktionen gegen ihn aus Berlin zurückgepfiffen worden waren. Hinzu kam, daß die meisten SED-Mitglieder, einschließlich der Funktionäre, mit der anspruchsvollen Philosophie Blochs schlichtweg überfordert waren. Bevor Anfang 1957 die offene Auseinandersetzung mit Ernst Bloch in Leipzig begann, hatten sich die SED-Genossen seines Instituts intern mit seiner Philosophie beschäftigt, ohne daß Bloch davon etwas merken sollte. Vor allem fehlten ihnen die „Beweise“ für dessen angeblichen Revisionismus. „Wir wußten um diese Wirkung [auf die Studenten] längst, uns fehlte aber das konkrete Material über die negative Seite der Wirkung und ihre Tiefe, vor allem deshalb, weil diejenigen Genossen, die seine Schüler im engeren Sinne waren, um ihre Ideen sehr geheimnisvoll taten.“⁸⁴

Am 18. Januar 1957 eröffnete die SED-Parteileitung des Instituts für Philosophie mit einem „Offenen Brief“ an Ernst Bloch die Anti-Bloch-Kampagne⁸⁵. Offenbar war diese Art der Auseinandersetzung nicht unumstritten. Später begründete die SED-Parteileitung der KMU dieses Vorgehen damit, daß die „objektiven Auswirkung Blochschen Politisierens und Philosophierens teilweise schädlich [war], infolge dessen mußte die Öffentlichkeit davon erfahren, daß es eine Kraft, nämlich die Partei gibt, solchen Fehlern entgegenzutreten“⁸⁶. Die Parteileitung ging zwar davon aus, daß sie „kein Recht zu administrativen Maßnahmen“ habe, wohl aber „dem betreffenden Professor das Vertrauen entziehen“ könne. Letzteres könne „niemand in der Welt der Partei verbieten“⁸⁷. Der „Offene Brief“ endete dann auch mit der Feststellung, daß Bloch das Vertrauen der Parteileitung für die Fortführung seiner Tätigkeit als akademischer Lehrer nicht mehr besitze. Bereits zuvor hatte Ulbricht entschieden, Bloch durch ein Vorlesungs- und Publikationsverbot und seine Emeritierung aus dem Verkehr zu ziehen⁸⁸.

Der Brief ist ein aufschlußreiches Dokument, das den Zeitgeist und die Machtstrukturen in der DDR widerspiegelt: Politische Bevormundung und wissenschaftliche Entmündigung machten auch vor bedeutenden bzw. vor bisher privilegierten Hochschullehrern nicht halt, wenn sie die von der SED aufgestellten Spielregeln nicht mehr einhielten. Und die SED-Parteileitungen, nicht die akademischen Gremien, entschieden auch über die weitere berufliche Perspektive eines Ordinarius, der nicht der Partei angehörte. Weder der Rektor, der seit seinem Amtsantritt im Jahre 1950 Bloch sehr verbunden war, noch die Solidarisierungsversuche einiger jüngerer Ordinarien, die öffentlich über Streik bzw. Aufgabe ihrer Lehrstühle nachdachten⁸⁹, vermochten Bloch vor dem Berufsverbot zu retten. Er wurde als Direktor des Instituts abgesetzt, zum 31. August 1957 emeritiert und durfte das Institut nicht mehr betreten. Ein Haftbefehl gegen Bloch soll von Ulbricht sofort aufgehoben worden sein⁹⁰. Nach dem 13. August 1961 kehrte Ernst Bloch von einer Ur-

⁸⁴ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 18. 3. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 50.

⁸⁵ Feige, Willkommen und Abschied, S. 177 ff.

⁸⁶ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 18. 3. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 52.

⁸⁷ Ebenda, Bl. 49.

⁸⁸ Rühle, Das warme und das kalte Rot, S. 84.

⁸⁹ Feige, Willkommen und Abschied, S. 180.

⁹⁰ Rühle, Das warme und das kalte Rot, S. 84.

laubsreise aus Bayern nicht mehr nach Leipzig zurück. Die „Leipziger Volkszeitung“ titelte daraufhin: „Ernst Bloch, der zu Globke kroch“⁹¹.

10. Konflikte um die Reglementierung der Westreisen von Studenten

Seit Mitte der fünfziger Jahre versuchte die SED-Führung, die Studenten von Privatreisen nach Westdeutschland abzuhalten, zunächst über „freiwillige“ Selbstverpflichtungen, später über administrative Regelungen. Das verschärfte die Konflikte zwischen Teilen der Studentenschaft und „ihrem“ Staat. So beklagte sich die SED-Bezirksleitung Leipzigs im Januar 1956 auf einer Propagandistenkonferenz, daß es „ein ernstes Zeichen“ sei, wenn viele Studenten schon jetzt wieder den Gedanken hegen würden, in ihren nächsten Ferien nach Westdeutschland zu fahren“⁹². Um derartige Reisetätigkeiten zum „Klassenfeind“ zu unterbinden, sollten Verpflichtungserklärungen der FDJ-Studentengruppen verabschiedet werden, in denen Studenten freiwillig auf derartige Reisen verzichteten, weil sie nicht „mit der Würde eines Studenten“ zu vereinbaren seien. Das führte zu heftigen Diskussionen, so daß der Rektor im Juni 1956 das Staatssekretariat für Hochschulfragen darüber informierte, daß an der Universität Leipzig „Reisen nach Westdeutschland“ im Mittelpunkt der Diskussion stünden⁹³. Besonders an der Medizinischen Fakultät hätten Studenten erklärt, daß ihnen niemand verbieten könne, dorthin zu fahren. An der Philosophischen Fakultät äußerten Studenten und Wissenschaftler, daß eine derartig restriktive Politik als „Zeichen der Schwäche“ aufzufassen sei. Studenten der Germanistik beabsichtigten, nach dem Beispiel der TH Dresden, eine Resolution zu verabschieden, die das ungehinderte Reisen nach Westdeutschland forderte⁹⁴. Trotz dieser Proteste verabschiedete offenbar 1956 noch eine Anzahl von Seminargruppen derartige Pamphlete mit sogenannten Selbstverpflichtungen.

Im Jahre 1957 stießen Forderungen, auf Westreisen zu verzichten, jedoch auf größeren Widerstand. Studenten verstanden nicht, daß sie gerade jetzt, da das ZK der SED auf seiner 30. Tagung eine Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten vorgeschlagen hatte, nicht mehr nach Westdeutschland fahren sollten. Man verzichtete indes darauf, offizielle Verbote auszusprechen und versuchte es erneut mit Selbstverpflichtungen. So nahm eine FDJ-Vollversammlung der Historiker einen Beschluß an, wonach „kein Freund von ihnen nach Westdeutschland fährt, sondern sich am GST-Lager oder Arbeitseinsatz beteiligt“⁹⁵. Doch offenbar folgten nur wenige FDJ-Grundorganisationen diesem Beispiel. Deshalb sollten Konsequenzen gezogen werden, wenn Studenten in ihren Semesterferien in den „westdeutschen Räuberstaat“ (Fröhlich) fuhren. Ulbricht unterbreitete im April 1957 den Parteifunk-

⁹¹ LVZ, 24. 9. 1961.

⁹² SED-BL Leipzig, Propagandistenkonferenz, 13. 1. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/514, Bl. 5.

⁹³ KMU Leipzig, Rektorat, Informationsbericht, 8. 6. 1956, in: UAL, R 123, Bl. 18.

⁹⁴ Kowalczyk, Von der Völkserhebung zum Mauerbau, S. 25.

⁹⁵ SED-PO KMU, Informationsbericht der UPL, 23. 4. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 90.

tionären der SED-Bezirksleitung entsprechende Vorschläge: „Unsere Meinung ist, daß wir besonders anhand des Charakters des westdeutschen Staates zeigen, daß der Student, der den Vorzug hat, an einer Universität des Arbeiter-und Bauern-Staates zu studieren, der also diese Auszeichnung genießt, daß er nicht die Ferien dazu benutzen kann, um in ein Land zu fahren, wo die Besten und Fortschrittlichsten des deutschen Volkes eingesperrt und verfolgt werden, weil sie für die Demokratie und für die friedliche Entwicklung unseres Volkes sind. [...] Wir werden nicht Sperrmaßnahmen oder polizeiliche Verbotsmaßnahmen in Bezug auf Reisen usw. durchführen. Das hat keinen Zweck. Aber selbstverständlich muß man an der Universität eine Ordnung haben, d.h. ohne Genehmigung des Prorektors kann niemand nach Westdeutschland fahren. [...] Wenn also die Semester-Ferien zu Ende sind, guckt man sich genau die Liste derjenigen an, die nicht arbeiten konnten. Und dann ist die Sache also ganz einfach. Da muß man einige Listen korrigieren. Das bedarf keiner großen Beschlüsse. [...] Wenn sie nicht arbeiten können, haben wir auch kein Geld für Stipendien. [...] Also, man muß sich die Sache überlegen, und da kann man alles während der Ferien in Ordnung bringen, ohne großen Lärm, sondern so sachlich, wie es eben möglich ist. Da wird man sehen, was los ist, wie es weitergeht. Jedenfalls muß man an den Universitäten selbst eine gewisse Initiative durchführen.“⁹⁶ Leipziger Funktionären, die im Zusammenhang mit einem derartigen Vorgehen befürchteten, „besonders radikal“ zu erscheinen, antwortete Ulbricht: „Wißt ihr, was die Leute reden, ist uninteressant. Daß sich aber bei Euch kein konterrevolutionäres Zentrum entwickelt, dafür werdet ihr dann garantieren können.“⁹⁷

Die Universitätsparteileitung verlangte jedoch vom Staatssekretariat administrative Entscheidungen gemäß dem Motto: „Wer an der Universität studiert, kann unter diesen Bedingungen eben nicht rüber fahren.“ Im Mai 1957 informierte die Universitätsparteileitung die Parteiaktivisten darüber, daß das Staatssekretariat eine „Anweisung vor[bereite], wonach Studenten, Assistenten, Aspiranten eine Beurlaubung durch den Prorektor nachweisen müssen, wenn sie ihre Ferien bzw. Teile ihrer Ferien außerhalb unserer Republik verbringen wollen. Damit ist uns die Möglichkeit gegeben, eine Kontrolle auszuüben. Wir müssen aber klar darauf hinweisen, daß wir Westreisen nicht verbieten, sondern daß unsere gesamte Politik auf eine Erleichterung der Beziehungen in Deutschland ausgerichtet ist.“⁹⁸ Begründet werden sollten diese administrativen Regelungen als Maßnahmen „zum Schutze der akademischen Bürger“, auf die Anschläge geplant würden.

Am Ende des Studienjahres 1956/57 griff der 1. SED-Bezirkssekretär Fröhlich erneut in die Debatte über Westreisen ein. „Ich bekomme eine Vielzahl von Briefen und z.T. auch Telefonanrufen, und wenn man irgendwohin kommt, beschwerten sich Genossen, wie unfrei das wäre, wie unverschämt das wäre.“ Auf das Argument „Ich muß rüberfahren und dort meinen Urlaub verbringen“, antwortete Fröhlich: „D.h. sie sind so erbärmlich in ihrer Denkungsart, eigentlich noch so tief und niedrig und wollen doch so klug erscheinen und wollen ein Privileg der Freiheit in Anspruch nehmen, was eigentlich kein Privileg der Freiheit ist, sondern ein Privileg der

⁹⁶ SED-BL Leipzig, 7. Sitzung der Bezirksleitung, 11. 4. 1957, in: STAL, SED IV/2/1/56, Bl. 191.

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 17. 5. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 123.

Niederträchtigkeit und des Nichtbegreifenwollens der großen Auseinandersetzungen, die wir gegen diesen Räuberstaat führen. [...] Wir sagen nicht: Du darfst nicht fahren, Genossen, sondern wir sagen: Wir geben dir einen Parteauftrag. Nimm einen Rucksack Flugblätter mit, verteile sie und wenn du zurückkommst, wirst du uns erklären, wie du politisch und ideologisch für die DDR gearbeitet hast. [...] Seht, das war bei den Studenten auch so. Als wir sagten: Ihr dürft nicht fahren, da kam ihr Protest heraus. Als wir aber sagten: Ihr dürft, aber die Zeit müssen wir festlegen und nicht Adenauer, und wenn wir rüberfahren, dann zeigen wir aber der Bevölkerung auf, was der Adenauer-Staat ist, dann hat diese Argumentation vielen gezeigt, wie die Situation ist. Sie sind lieber hier geblieben und haben hier Argumentation gemacht.“⁹⁹

Zu Beginn des neuen Studienjahres 1957/58 wurden die Westreisen erneut zum Diskussionspunkt. Karl Schirdewan, der als Gast an einer Parteimitgliederversammlung der KMU teilnahm, begründete die Maßnahmen hinsichtlich Westreisen damit, daß die studentische Jugend „nicht gefährdet werden [dürfte] durch die Einflüsse des Amerikanismus und durch die Auswüchse der bürgerlichen Moral“¹⁰⁰. Im Oktober 1957 beschäftigte sich die SED-Bezirksleitung Leipzig erneut mit dieser Problematik. Sie informierte die Parteiaktivisten darüber, daß es eine „Auseinandersetzung über Fragen der Westreisen [...] besonders in Parteiorganisationen der Oberschulen und Universitäten“ gäbe. Empört war die Bezirksparteileitung darüber, daß auch Parteimitglieder Westreisen unternähmen und „sogar Schmiergelder einstecken“. Auch in den Betrieben muß es ähnliche Auseinandersetzungen gegeben haben, doch offenbar waren hier die Belegschaften gewitzter. So berichtete die Bezirksleitung beispielsweise, daß im ECW Eilenburg hervorragende ökonomische Verpflichtungen zu Ehren des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution erfüllt worden seien, andererseits aber die Zahl der Kollegen und Genossen, die nach Westdeutschland reisten, nicht zurückgegangen sei¹⁰¹.

In den nächsten Jahren – bis 1960/61 – schief die Kampagne zur Verhinderung der Westreisen offenbar ein, weil sie kaum erfolgreich war. Zu vermuten ist, daß die Zunahme der „Republikflucht“ 1956/57 – auch als eine Folge jener Aktion Westreisen – unter den Studenten, Wissenschaftlern und Angestellten der KMU die Aktion überholt hatte. So gaben Republikflüchtige oft als Grund ihrer Flucht Nichtgewährung von Westreisen an¹⁰².

Als im Sommer 1961 – im Zusammenhang mit der dramatischen Entwicklung der Flüchtlingszahlen – auch an der KMU im „Kampf gegen den Menschenhandel“ entsprechende Komitees gebildet wurden, erhielt das Thema „Westreisen“ erneut Aktualität¹⁰³. Selbst von SED-Professoren wurde die neue Kampagne, über solche Komitees Republikflucht und Westreisen zu verhindern, abgelehnt. So fragten Medizin-Professoren danach, worin die Rechtsgrundlage für die Bildung derartiger Komitees bestünde. „Es soll ja Vollmachten erhalten und Westreisen ablehnen sowie

⁹⁹ SED-BL Leipzig, Parteiaktivtagung, 16. 7. 1957, in: STAL, SED IV/2/2/108, Bl. 99.

¹⁰⁰ SED-PO KMU, Mitgliederversammlung der PO, 23. 9. 1957, in: STAL SED IV/4/14/9, Bl. 41.

¹⁰¹ SED-BL Leipzig, Parteiaktivtagung, 29. 10. 1957, in: STAL, SED IV/2/2/110, Bl. 8.

¹⁰² SED-PO KMU, Informationsbericht der UPL, 17. 12. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/42, Bl. 264)

¹⁰³ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 14. 8. 1961, in: STAL, SED IV/4/14/17.

Einfluß auf Reisen nach Berlin nehmen können. In einem Rechtsstaat müßte das ordentlich geregelt sein.“ Viele verweigerten aus solchen Gründen die Mitarbeit¹⁰⁴. Die SED-Universitätsparteilitung gab vor ihren Aktivisten unumwunden zu: „Die Komitees, das wollen wir einmal nüchtern aussprechen, die Komitees zum Schutze der Bürger der DDR und zum Kampf gegen den Menschenhandel, sind keine Komitees zur Genehmigung, sondern zur Verhinderung von Westreisen.“¹⁰⁵ Fröhlich wurde noch deutlicher, indem er wenige Tage nach dem 13. August triumphierte: „Und ich denke, mit den Westreisen, es war höchste Zeit, daß wir Schluß gemacht haben mit diesen KdF-Reisen.“¹⁰⁶

Doch selbst nach dem 13. August 1961 gingen viele Universitätsangehörige noch immer davon aus, daß die Grenzsicherungsmaßnahmen nur eine vorübergehende Maßnahme seien. Außerdem glaubten sie daran, weiterhin nach Westdeutschland fahren zu können. Die SED-Parteilitung der KMU informierte am 18. August 1961 die Bezirksparteilitung darüber, daß es unter vielen Parteilosen keine oder wenig Einsicht in die Notwendigkeit gäbe, Westreisen in der gegenwärtigen Situation einzustellen. Unverständnis herrsche auch bei vielen „positiven Kräften“. Doch allmählich würde sich die Einsicht durchsetzen, „daß die Sache des Friedens und die Verhinderung eines Bürgerkrieges es gebietet, Westreisen zu unterlassen. Das drückt sich in einer ständig steigenden Zahl von zurückgenommenen Reiseanträgen aus.“¹⁰⁷ Auch das Verbot, in die Hauptstadt der DDR zu reisen, und die inzwischen erlassene Telefonsperre mit Westdeutschland führten zu breiten Diskussionen an der Universität, insbesondere an den Kliniken. „Jetzt sei man restlos isoliert“, gab die Universitätsparteilitung die Diskussion wieder¹⁰⁸.

11. Disziplinarstrafen von Studenten mit politischem Hintergrund

Bei allen Disziplinarverfahren, die an der Universität Leipzig in den Jahren 1953 bis Ende 1961 durchgeführt wurden und denen sogenannte „politische Vergehen“ zugrunde lagen, zeigte sich: Die Mehrzahl derartiger Verfahren in den Jahren 1953 und 1956 wurde von FDJ-Leitungen (der Fakultäten bzw. der Grundorganisationen und FDJ-Gruppen) mit Unterstützung, vielleicht auch auf Initiative der zuständigen Parteileitungen, beantragt, weil Studenten dem jeweiligen „Kampfauftrag“ im Wege waren. Nur ein kleiner Teil derartiger FDJ-Anträge führte zu Disziplinarstrafen. Besonders deutlich wurde das im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Junge Gemeinde, vor allem auch deshalb, weil sie bereits nach wenigen Wochen – im Zusammenhang mit dem Neuen Kurs – abgebrochen werden mußte. Hinzu kam, daß in universitären Leitungsgremien – wie im Akademischen Senat und in den zahlreichen Fakultätsräten – ein derartig unbegründetes und ungesetzliches Vorgehen gegen christliche Studenten auf breite Ablehnung stieß. So hatten FDJ-

¹⁰⁴ SED-PO KMU, Informationsbericht über eine Aussprache der Fakultätsparteilitung mit den Gen. Prof. der Med.Fak., 8. 8. 1961, in: STAL, SED IV/7/130/9.

¹⁰⁵ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 14. 8. 1961, in: STAL, SED IV/4/14/17, Bl. 71.

¹⁰⁶ SED-BL Leipzig, Paul Fröhlich: Referat vor den ABV, 17. 8. 1961, in: STAL, SED IV/2/2/124.

¹⁰⁷ SED-PO KMU, Informationsbericht, 18. 8. 1961, in: STAL, SED IV/4/14/44, Bl. 190.

¹⁰⁸ Ebenda, Bl. 191.

Leitungen bis Ende April 1953 – im Rahmen des Umtausches der FDJ-Dokumente – bereits mehr als 100 Ausschlüsse, zumeist mit Antrag auf Exmatrikulation gekoppelt, gestellt. In 34 Fällen hatten Jugendfunktionäre Exmatrikulation beim Prorektor beantragt. Der Rektor wurde von der Parteileitung unter Druck gesetzt, „beschleunigt“ Studenten zu exmatrikulieren, denen zuvor in der „Leipziger Volkszeitung“ vorgeworfen worden war, für die Junge Gemeinde, die „Tarnorganisation des amerikanischen Geheimdienstes“, tätig gewesen zu sein. Der Akademische Senat der KMU verweigerte am 11. Mai eine Entschließung gegen die Junge Gemeinde, die von der SED-Parteileitung vorbereitet worden war. Bis zum 9. Juni fanden lediglich Verfahren gegen neun Studenten statt, vier gingen mit dem Urteil „Exmatrikulation“ aus. Diese eindeutigen Fehlurteile wurden im Rahmen der Politik des Neuen Kurses zurückgenommen.

Oftmals reichten die Begründungen für derartige Anträge nicht aus. In zahlreichen FDJ-Anträgen wurden den Studenten lediglich „feindliche Äußerungen“ oder „ideologische Unklarheiten“ vorgeworfen. So lagen beispielsweise 1957 sechs Anträge auf Durchführung eines Disziplinarverfahrens gegen Studenten der Kunstgeschichte vor, denen man nicht entnehmen konnte, was den Studenten eigentlich vorgeworfen wurde¹⁰⁹. In der Regel wurden Gegendarstellungen seitens der betroffenen Studenten in den Disziplinarverfahren bei der Urteilsfindung nicht berücksichtigt. Es kam auch vor, daß auf Antrag eines Mitgliedes des Disziplinarausschusses das Protokoll der Verhandlung nachträglich vom Justiziar der Universität geändert, d. h. neu geschrieben werden mußte, weil das ursprüngliche Protokoll „die Stellen, die die Handlungsweise des Studenten rechtfertigen, zu stark betont“ hatte¹¹⁰.

Der Rektor und Vorsitzende der Disziplinarkommission der Universität, Professor Georg Mayer, verhinderte offensichtlich mit seinem großen Einfluß, daß noch mehr Studenten aus politischen Gründen exmatrikuliert wurden. Für 1953 gibt es dafür eindeutige Belege. So wies er in einzelnen Fällen bis 1956 Anträge auf Bestrafung zurück, weil die Begründungen völlig unzureichend seien. Mayer kritisierte beispielsweise die FDJ-Hochschulgruppenleitung, weil sie für einen fachlich sehr guten Medizinstudenten die Exmatrikulation mit der Begründung gefordert hatte, daß ihm völlig neu gewesen wäre, daß an der Universität Klassenkampf geführt würde¹¹¹. Georg Mayer gehörte zu jenen Wissenschaftlern, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten schützend vor einzelne Studenten stellten. So kritisierte ihn die SED-Parteileitung – der Rektor war Mitglied dieser Leitung, nahm jedoch kaum an ihren Sitzungen teil – 1957 mit den Worten: „Beim Rektor sollen noch immer unerledigte Disziplinarverfahren liegen. Eine solche Atmosphäre in der Hochschulleitung ist doch hinderlich, und es ist doch ein offenes Geheimnis, daß es Kräfte gibt, die mit Duldung des Rektors bestimmte Dinge decken und gegen die Linie der Partei arbeiten.“¹¹²

Die Universitätsparteileitung mischte sich oftmals auf Veranlassung der SED-Betriebsleitung massiv in die Arbeit des Disziplinarausschusses ein, obwohl sie in die-

¹⁰⁹ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 14. 6. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/33, unpag.

¹¹⁰ Disziplinarverfahren gegen den Studenten G.S., 21. 12. 1956, in: UAL, J 21, Bd. 09, Bl. 191.

¹¹¹ KMU Leipzig, Sitzung des Akademischen Senats, 3. 7. 1953, in: UAL, Senatssitzungen, Film Nr. 439.

¹¹² SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 16. 5. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/32, Bl. 163.

sem nicht unmittelbar vertreten war. So hatte sie betroffene Studenten bereits vor dem ordentlichen Verfahren öffentlich – z.B. über diverse Flugblätter oder in der „Leipziger Volkszeitung“ – als „Provokateure“ und „Agenten“ bezeichnet, wie 1953 und 1956 geschehen. Sie übte zudem Druck auf den Rektor und Ausschußmitglieder aus, indem sie ausgesprochene Strafen korrigiert sehen wollte. Es mutet fast grotesk an, daß unter ihrer Regie im Jahre 1958 die Arbeit des Disziplinausschusses und im Prorektorat für Studentenangelegenheiten vorliegende Disziplinarverfahren überprüft wurden. Die Überprüfungsergebnisse standen in einer SED-Leitungssitzung zur Diskussion¹¹³. Dabei wurde lediglich „eine Reihe von Überspitzungen“ beim beantragten Strafmaß festgestellt. Der SED-Parteisekretär resümierte: „Im Oktober 1956 kam es darauf an, einige Menschen von der Universität zu entfernen und noch in der folgenden Zeit. Die Lage hat sich geändert, heute muß die Erziehungsarbeit im Vordergrund stehen. Vor allem darf bei der Korrektur der Disziplinarverfahren nicht herauskommen, daß der Disziplinausschuß falsch gearbeitet hat.“ Als Schlußfolgerung wurde eine Überprüfung im Prorektorat für Studienangelegenheiten angeordnet, weil dort „die Disziplinarverfahren sehr oberflächlich behandelt wurden. [...] Es passiert dann auch, daß Arbeiter- und Bauern-Kinder herausgeworfen wurden, und das unter der sozialistischen Universität.“

Wenn man die zahlenmäßige Entwicklung der Disziplinarverfahren, insbesondere der politisch motivierten, vergleichend analysiert, dann lassen sich Phasen des „verschärften Klassenkampfes“ an der Leipziger Universität und Phasen relativer ideologischer Entspannung ausmachen. Besonders deutlich wird dieses Hin und Her zwischen Verschärfung und zeitweiser Entschärfung der politischen Situation nach 1953 und nach 1956/57. So zeigte sich, daß Disziplinarverfahren in Folge der drei Krisen aus der sonst üblichen Praxis herausfallen. 1953 verhandelte der Disziplinausschuß der Universität gegen insgesamt 35 Studenten, darunter gegen 24 wegen politischer „Vergehen“. In diesem Jahr wurde insgesamt 17 Studenten (von 35) laut Beschluß die Studierlaubnis entzogen, davon 13 aus politischen Gründen. Die Mehrzahl der politisch motivierten Verfahren fand in den ersten Monaten des Jahres 1953 statt, und zwar im Rahmen der Kampagne gegen die Junge Gemeinde bzw. Evangelische Studentengemeinde. Bis zum 4. Juli verhandelte der Disziplinausschuß gegen 20 Studenten, darunter waren 17 politisch motivierte Verfahren. Von diesen 17 Verfahren wurden zehn wegen Mitarbeit in der Jungen Gemeinde bzw. Studentengemeinde und wegen ausbleibender Distanzierung zu ihnen, wegen Ablehnung der Mitarbeit in der GST und wegen gesellschaftlicher Inaktivität und Verleumdung der SED durchgeführt. Im Herbstsemester 1953 (bis Jahresende) kam es dann zu einer weiteren Exmatrikulation aus politischen Gründen. Die Begründung lautete: „destruktives Verhalten“ sowie „abfällige Äußerungen über das Arbeiter- und Bauernstudium“.

Für 1956 sind insgesamt 22 Disziplinarverfahren überliefert, die Hälfte davon waren politischer Natur. Die Mehrzahl der politischen Verfahren wurde im Herbstsemester durchgeführt. Von den 11 Studenten, die wegen politischer Gründe diszipliniert wurden, exmatrikulierte der Ausschuß zwei Studenten, weitere drei Studenten wurden relegiert. Erstaunlich ist, daß nur zwei jener Medizinstudenten, die im November die angeblich „staatsfeindliche Resolution“ verfaßt und verbreitet hat-

¹¹³ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 14. 6. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/33, unpag.

ten, relegiert bzw. exmatrikuliert wurden. Laut Protokoll der Disziplinarverhandlungen hatten sie das ihrem Dekan und einem anwesenden Professor der Medizinischen Fakultät zu verdanken, die bestritten, daß vorgelegte Resolution staatsfeindlich sei, und darauf hinwiesen, daß das Staatssekretariat etwa gleichlautende Forderungen gestellt habe¹¹⁴. 1956 wurden weitere fünf Studenten exmatrikuliert, hauptsächlich wegen mangelnder Studiendisziplin; ein Jahr später wurde die Disziplinierung jener Studenten fortgesetzt, die sich 1956 „staatsfeindlich“ benommen hatten. Insgesamt verhandelte der Disziplinarausschuß der Universität Leipzig gegen 48 Studenten, davon in 25 Fällen wegen politischer Gründe, wobei die Mehrzahl Studenten der Veterinär-Medizinischen Fakultät bzw. der Medizinischen Fakultät waren. Von diesen 25 betroffenen Studenten wurden drei relegiert und zwölf exmatrikuliert. (Dazu kamen weitere 14 Exmatrikulationen, hauptsächlich wegen mangelnder Studiendisziplin.) Ein Physikstudent wurde relegiert, weil er einen Brief an die „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben hatte und darin „üble Hetze gegen Partei und Regierung zur Zeit der Ungarnereignisse betrieben“ und behauptet hatte, „das Stalin-Regime stelle eine Kette von Verbrechen dar“. Dieser Student, Mitglied der SED, gab in der Verhandlung an, daß er sich nur für einen menschlichen Sozialismus erwärmen könne. Ein anderer Student, ein ehemaliges SED-Mitglied, mußte für ein Jahr in die Produktion, weil er die Meinung geäußert hatte, daß die Politik der SED die Einheit Deutschlands verhindert und einige Mitglieder des ZK entfernt werden müßten.

Nach dem 13. August 1961 erreichte die Disziplinierung von Studenten der Leipziger Universität aus politischen Gründen ihren Höhepunkt. Allein von Ende September bis Ende November 1961 wurden insgesamt 149 Disziplinarverfahren beantragt und durchgeführt¹¹⁵. 74,4 Prozent der Verfahren führten zu einem dauernden bzw. einem einjährigen oder mehrjährigen Ausschluß vom Studium. In diesen Verfahren wurden sechs Studenten relegiert, 105 exmatrikuliert, 29 erhielten einen „strengen Verweis mit Androhung des Ausschlusses“, vier einen schriftlichen Verweis, zwei einen Verweis, einem Studenten wurde die Studierenerlaubnis entzogen. Es waren Studenten aller Fakultäten (außer der Theologischen) und aller Studienjahre betroffen. Die Mehrzahl der disziplinierten Studenten kam allerdings aus der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen (je 22), der Veterinär-Medizinischen (14), der Medizinischen und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (je 8). Bei den sechs relegierten Studenten handelte es sich um drei Studenten des Studentenkabarets „Rat der Spötter“ und um einen Studenten des Kabarets der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, die „wegen konterrevolutionärer Machenschaften“ ausgeschlossen wurden. Ihre Verfahren wurden in Abwesenheit durchgeführt, sie saßen bereits in U-Haft. Ein Student der Veterinär-Medizinischen Fakultät hatte die NVA „als Sauhaufen“ bezeichnet und erklärt, daß junge Menschen in die Armee geprügelt würden¹¹⁶. Ein Jura-Student wurde wegen „bewußter Provokation“ relegiert, auch er saß in U-Haft.

¹¹⁴ Disziplinarverfahren gegen W. M., 20. 12. 1956, in: UAL, J 21, Bd. 09.

¹¹⁵ Analyse der an der Universität seit Beginn des HS 1961 durchgeführten Disziplinarverfahren, 30. 11. 1961, in: UAL R. 10, Bl.176–179.

¹¹⁶ Disziplinarverfahren, in: UAL, J 21, Bd. 09.

Zeitweilig vom Studium ausgeschlossen wurden 105 Studenten, darunter 50 wegen „Eid- und Wortbruchs“, vier wegen „Hetze gegen die NVA“, 18 wegen „Hetze gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht, Partei und führende Partei- und Staatsfunktionäre“, 20 wegen „ideologischer Diversion“, vier wegen „Studienbummelei, Disziplinlosigkeit und moralische Verfehlung“ und neun wegen „Nichtverstehen der Politik unseres Staates (politische Unreife)“. Mit der Begründung „Eid- und Wortbruch“ wurden jene Studenten diszipliniert, die sich nach dem 13. August geweigert hatten, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, ihren Dienst in der NVA abzuleisten. Studenten, die wegen „staatsfeindlicher Hetze“ bzw. wegen „politischer Unreife“ exmatrikuliert wurden, kamen mehrheitlich aus dem dritten bis fünften Studienjahr. Das veranlaßte die Universitätsleitung zu der Feststellung, „daß die politische Erziehungsarbeit an der Universität nicht in der Lage war, diese Studenten zu überzeugten Kämpfern für die Arbeiter- und Bauernmacht, zu einem klaren Klassenstandpunkt und zu einer unbedingten politischen Einsatzbereitschaft zu führen“¹¹⁷. Weiter heißt es dazu: „Besonders bedauerlich ist, daß Studenten gegen den Vorsitzenden des Staatsrates und verdiente Parteifunktionäre auftraten, die Darstellung der politischen Situation durch Partei und Regierung als zweckbestimmt und unwahr erklärten und vom Unglauben an die Perspektive der Entwicklung unseres Staates erfüllt waren. Eine weitere allgemeine Erscheinung war die, daß bei vielen Studenten der Begriff von Freiheit und Notwendigkeit nicht klar war, die Übereinstimmung persönlicher und gesellschaftlicher Interessen im Sozialismus nicht glaubhaft erschien und bei einigen Studenten keine Klarheit darüber bestand, daß zwischen christlicher Gesinnung und Verteidigungsbereitschaft des sozialistischen Staates kein Widerspruch besteht.“¹¹⁸

Wie in den Jahren zuvor, so war auch jetzt der Klassenfeind aus dem Westen verantwortlich für die „Provokationen“ der Leipziger Studenten. So stellte die SED-Parteileitung der Universität in ihrer Sitzung am 11. Dezember fest: „Bei den Studenten ist der Klassenstandpunkt immer noch ungenügend entwickelt, daraus ergibt sich die Anfälligkeit gegenüber der westlichen Propaganda. Die Studenten der gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen sind noch zu weit in ihrer Entwicklung zurück, was sich in einer Vielzahl von Unklarheiten äußert. Es fehlt bisher noch an der Universität eine bewußte Erziehung der Studenten zu Kämpfern für den Sieg des Sozialismus, die Studenten werden zu wenig angehalten, Schwierigkeiten zu überwinden. Ungenügend ist die derzeitige Verbindung des Studiums mit dem gesellschaftlichen Ziel und der gesellschaftlichen Praxis.“¹¹⁹

12. Konfliktpotentiale in der DDR in den fünfziger Jahren: Zehn abschließende Thesen

1. Die fünfziger Jahre – in der Geschichtswissenschaft der DDR als jenes Jahrzehnt dargestellt, in dem die „Grundlagen des Sozialismus in Staat und Gesellschaft“ ge-

¹¹⁷ Analyse der an der Universität seit Beginn des HS 1961 durchgeführten Disziplinarverfahren, 30. 11. 1961, in: UAL R. 10, Bl. 177.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, in: STAL, SED IV/4/14/37, unpag.

schaffen wurden – sind vor allem dadurch charakterisiert, daß sich mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED die Kluft zwischen dem radikalen Umgestaltungsanspruch der SED und ihrer schwindenden gesellschaftlichen Akzeptanz in der Bevölkerung vertiefte.

2. Die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft nach sowjetischem Muster, einschließlich der Theorie und Praxis der verschärften Klassenkampfes, schuf systemeigene Konfliktpotentiale und förderte das allmähliche Aufbrechen von Konflikten zwischen SED-Parteiführung und Volksmassen. Das äußerte sich zunächst in zunehmender Unzufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, in Massenflucht und immer wieder aufkommenden, meist lokal begrenzten Protestaktionen.

3. Diese angestauten Konflikte wurden jedoch von der SED-Herrschaft durchweg auf die „Einwirkung des Klassenfeindes“ zurückgeführt. Da es keine öffentlich geregelten Verfahren zur Konfliktbewältigung gab, führten die Konflikte zu drei Existenzkrisen des realsozialistischen Systems in der DDR. Innen- und außenpolitische Faktoren wirkten dabei konfliktverschärfend.

4. In diesen Krisen wurden die ihnen zugrunde liegenden Konflikte nicht wirklich gelöst, sondern nur vorübergehend entschärft bzw. unterdrückt. Nach der Schließung der Grenze im August 1961 veränderten sich die Bedingungen für die Auseinandersetzungen zwischen Volk und Parteiführung jedoch grundlegend, da die Möglichkeit, sich durch „Republikflucht“ – der weitestgehenden Form der Verweigerung bzw. Nichtakzeptanz des von der SED geschaffenen, realsozialistischen Systems – zu entziehen, nicht mehr gegeben war. Resignation, Anpassung und Selbstunterwerfung unter das System nahmen zwangsläufig zu. Das war letztlich auch ein Ergebnis der Langzeitwirkungen der Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 und der Unterdrückung aller Versuche einer Reform des Systems nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956.

5. Die gewaltsame Unterdrückung des politischen Willens einer Mehrheit der Bevölkerung, die nach Demokratie und Wiedervereinigung strebte, ließ in den fünfziger Jahren eine Generation von DDR-Bürgern heranwachsen, die nach und nach jegliche Hoffnung und Illusion auf einen erfolgreichen Kampf gegen die SED-Diktatur verlor, sich entweder mit den Gegebenheiten abfand und im Sozialismus einrichtete oder die Erfüllung ihrer Lebensträume im anderen deutschen Staat sah und die DDR verließ, solange das möglich war. Nur ein sehr kleiner Teil der durch den 17. Juni 1953 und durch die vertane Chance der Reform nach dem XX. Parteitag der KPdSU Enttäuschten und Ernüchterten entschied sich für einen Weg der Opposition und des Widerstandes.

6. Unter diesem Gesichtspunkt sind die fünfziger Jahre das Jahrzehnt im DDR-Sozialismus, das im Grunde genommen aus Krisen, halbherzigen Versuchen ihrer Bewältigung und erneuten Krisen bestand, und damit wie kein anderes Dezennium in der DDR-Geschichte durch Diskontinuität und ein Auf und Ab in der sozio-ökonomischen Entwicklung gekennzeichnet ist¹²⁰.

7. Diesem ständigen Zick-Zack-Kurs lag der Versuch zugrunde, gewissermaßen systemeigene Konflikte zu entschärfen und drohende Auseinandersetzungen zu

¹²⁰ Welsh, Kaderpolitik auf dem Prüfstand, S. 111, spricht von einer „nahezu permanenten krisenhaften Lage“ der fünfziger Jahre.

umgehen, ohne grundlegende Veränderungen im gesellschaftlichen System vorzunehmen. Dieses Auf und Ab, verbunden mit untauglichen Versuchen der Parteikader, die ständig wechselnden taktischen Orientierungen zu erklären, ließ das Vertrauen der Mehrheit, wenn es das jemals gegeben haben sollte, in die angeblich wissenschaftliche Führung der SED drastisch schwinden.

8. Die SED-Führung praktizierte und perfektionierte in den fünfziger Jahren eine Politik, die sich zwischen Zugeständnissen und dogmatischer Härte bewegte, zunächst mit Erfolg. Die sozialen Konzessionen, die sie nach dem 17. Juni 1953 und nach 1956/57 machte und für die nächsten Jahre versprach, konnte sie sich ökonomisch zwar nicht leisten; politisch war sie aber dazu gezwungen, damit der Unwille aller über die schlechte Versorgung sich nicht mit Forderungen einzelner nach Freiheit und Demokratie erneut verband und damit die potentielle Gefahr eines weiteren Aufstandes – wie 1953 traumatisch erlebt – heraufbeschwor.

9. Spätestens seit der krisenhaften Entwicklung 1952/53, dem Juni-Aufstand 1953 und seiner militärischen Niederschlagung wurden Forderungen nach Rücktritt bzw. Absetzung Ulbrichts laut. Das war auch 1956/57 der Fall und wiederholte sich 1961. Der Rücktritt des ungeliebten und verhaßten ersten Mannes im Staate DDR erfolgte jedoch nicht, vielmehr konnte dieser in den fünfziger Jahren in Konfliktsituationen immer wieder seine Macht behaupten und sogar ausbauen, indem er Kritiker aus den eigenen Reihen ausschaltete und durch selektive Anwendung repressiver Mittel gegen angebliche Provokateure Angst in der Bevölkerung verbreitete. Zugleich verdoppelte das MfS in diesem Zeitraum seine Kontrolle und seine Repressionen. „Dies ist über alle Krisen hinweg die ‚ultima ratio‘ des SED-Staates [gewesen]: auf Schwierigkeiten wird mit dem Ausbau des Unterdrückungsapparates reagiert. Es wird nicht nach den Ursachen der Krise gefragt, sondern die Stasi verdoppelt ihr Arbeitspensum.“¹²¹

10. Insofern läßt sich eine frühere Feststellung von Hermann Weber bestätigen: Bis 1961 „bestimmten ideologische Normen und programmatische Zielsetzungen die Politik: Umgestaltung der Herrschaftsstrukturen und der Gesellschaft nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus in der konkreten Übertragung des sowjetischen Modells. Dieser Prozeß war 1961 im wesentlichen abgeschlossen. Seither wirkte die veränderte gesellschaftliche und politische Realität – vor allem der Widerspruch zwischen moderner Industriegesellschaft und veralteten Herrschafts- und Leitungsmethoden – stärker auf die Politik ein. Die ‚Sachzwänge‘ bestimmten Veränderungen der Politik, ja selbst der Ideologie.“¹²²

¹²¹ Mitter/Wolle, *Untergang auf Raten*, S. 268.

¹²² Vgl. Weber, *DDR. Dokumente*, S. 10.

Peter Skyba

Massenorganisation ohne Massen

Jugendpolitik, Militarisierung und das Scheitern der FDJ

I.

Die fünfziger Jahre lassen sich mit guten Argumenten als eine Geschichte der Krisen im Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft der DDR beschreiben. Indizierten der 17. Juni 1953 und die noch nicht in ganzem Ausmaß erforschten Unruhepotentiale des Jahres 1956 die geringe Verankerung der SED-Diktatur insgesamt, so zeigte sich die Schwäche des untrennbar aufeinander bezogenen politischen und ökonomischen Systems der DDR in der steten Abwanderung von gerade in der Wirtschaft kaum ersetzbaren Personengruppen. Der Mauerbau schließlich gilt zu Recht als die ultima ratio des Parteiregimes, als Versuch der Zwangsintegration der Bevölkerung. Seitdem die Forschung einzelne Politikfelder und Personengruppen genauer untersucht, werden zunehmend die Schwierigkeiten des SED-Regimes deutlich, den stets erhobenen Anspruch von Steuerung und Kontrolle nicht zuletzt mittels der zur Neuformierung der Gesellschaft geschaffenen Massenorganisationen einzulösen.

In der Jugendpolitik läßt sich unter dem Begriff der Krise nur ein Teil der Entwicklung fassen. Mit Blick auf das Jahr 1956 ist hier deutlicher von einem Scheitern zu sprechen. Das wurde bereits von den Protagonisten selbst eingestanden: Nach dem heißen Herbst 1956, in dem gerade Heranwachsende ihrer Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen Luft zu machen begannen, wurde in geschlossener Krisensitzung über die Auflösung der Freien Deutschen Jugend und über die Zulassung verschiedener Jugendverbände nachgedacht. Das gegen erhebliche Widerstände in der Nachkriegszeit in Form der Einheitsorganisation FDJ durchgesetzte Monopol der SED in der Jugendarbeit schien vielen hochrangigen Funktionären nicht mehr tragfähig für einen erfolgversprechenden Neuanfang in der Jugendpolitik.

Die in vergleichsweise offener Gesprächsatmosphäre vorgebrachten Meinungen über die Gründe des Desasters der Jugendorganisation waren vielfältig und ließen vereinzelt auch den Bezug zur Realität vermissen. Die Lagebeschreibung von Wolfgang Steinke, hinter dem blassen Vorsitzenden Karl Namokel der eigentlich starke Mann an der FDJ-Spitze, kam der Sache schon näher: Außer Politik und Ideologie hätte die FDJ ihrer Zielgruppe nichts mehr zu bieten; ihre Funktionäre wüßten selbst nicht, „wozu die FDJ für die Jugend eigentlich notwendig ist und was das Gemeinsame ist zwischen dem Verband und den Interessen, die die Jugendlichen auf der Straße haben“¹. Hier wird auf ein Grundproblem der Jugendpolitik in der DDR

¹ SAPMO, DY 30, IV 2/1.01/315, Bl. 29 ff., zit. Bl. 29, Protokoll der Sitzung der Jugendkom-

verwiesen. Trotz Machtmonopol der SED und Organisationsmonopol der FDJ war die Diktatur – ob man sie nun als totalitär qualifizieren mag oder nicht – nicht völlig unabhängig von den Interessen der Heranwachsenden. Denn normiertes Verhalten, Loyalität oder gar Engagement für vorgegebene Ziele lassen sich offenbar nicht dauerhaft allein mittels Druck, Zwang oder Repression bzw. latenter Repressionsandrohung generieren, sondern verlangen wenigstens die partielle Berücksichtigung von Belangen der Zielgruppe. In der institutionellen Grundkonstellation einer Monopolorganisation FDJ unter dem Machtmonopol der SED, in der die Jugendlichen nicht über Möglichkeiten der Partizipation und Chancen der Interessenartikulation verfügten, stand die Diktatur stets in einem charakteristischen Spannungsverhältnis. Das Gegenstück zum stets erhobenen Anspruch auf Steuerung und Kontrolle war die immanente Herausforderung, ein gewisses Maß an Responsivität zu zeigen, also Interessen von Jugendlichen wahrzunehmen und wenigstens selektiv aufzugreifen, als Input in die Jugendpolitik zu integrieren und der FDJ als Aufgabe zur Umsetzung zu überweisen.

Wie läßt sich diese hier am Einzelfall skizzierte These auf das Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in der DDR beziehen? Mit dem Blick auf das Ganze wurde von einem „Prozeß des Absterbens der Gesellschaft“ gesprochen², in dem die zentralisierte Diktatur den gesellschaftlichen Akteuren ihre „politischen Artikulations-, Assoziations- und Handlungschancen“ nahm³. Übrig blieb nach solcher Sichtweise als Akteur allein die SED bzw. deren Führung. Auch wenn der Rigorismus dieser Interpretation in die Kritik geraten ist⁴, so ist die Debatte auf der Makroebene steckengeblieben, werden die übergeneralisierten Befunde zudem durch eine wachsende Zahl von Analysen kleinerer Einheiten und Zeiträume erschüttert. Sicher lassen sich über große Phasen der Geschichte der DDR keine formierten gesellschaftlichen Akteure ausmachen, die der Staatspartei quasi als „Verhandlungsgegner“ gegenübertraten; dennoch scheint es nicht sinnvoll, Gesellschaft insgesamt oder einzelne Gruppen nur als Objekt von Herrschaft zu betrachten. Zumindest heuristisch fruchtbar auch für größere Untersuchungseinheiten könnte die für Analysen auf der Mikroebene vorgeschlagene Annahme sein⁵, daß diese im Verhältnis zur Herrschaft mit einem gewissen Maß an Macht ausgestattet waren, auch wenn diese stets defizitär blieb, also von einem höchst asymmetrischen Machtverhältnis auszugehen ist, das sich zudem nicht in direkten Aushandlungsprozessen niederschlug. Es war eher der mal längere, mal kürzere, aber stets drohende Schatten dieser Macht, der auf das Herrschaftszentrum fiel und der dort zeit- und konstellationsabhängig seine Wirkung tat. Von klaren Grenzen von Herrschaft zu sprechen wäre allerdings völlig unangebracht, denn stets bestimmte die jeweils zeit- und kontextabhängige Interpretation des Prius des Machterhalts die Sensibilität des Herrschaftszentrums für die Schattenmacht der Gesellschaft.

mission des ZK vom 10. 12. 1956. Sofern die zitierten Archivalien paginiert sind, ist die Blattzählung mit Ausnahme der seriellen Protokolle des Politbüros und des Sekretariats des ZK, die teilweise nach der Benutzung durch den Autor foliiert wurden, angegeben.

² Vgl. Meuschel, Legitimation, S. 10.

³ Meuschel, Machtmonopol, S. 171.

⁴ Vgl. Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR sowie ders., Die offene Gesellschaft.

⁵ Vgl. Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen.

Der folgende Beitrag nimmt die Jugendpolitik der SED bis zum Jahr 1957 entlang des immanenten Spannungsverhältnisses von Instrumentalisierung und Responsivität in den Blick. Die Militarisierung der Jahre 1952 bis 1955 war das hervorstechendste Beispiel für die Indienstnahme der Jugendpolitik für außerhalb des eigentlichen Politikfelds liegende Zwecke. Zum existentiellen Problem in der Jugendpolitik wurde die Militarisierung gerade deshalb, weil die Unbedingtheit, mit der die Aufrüstung verfolgt wurde, zwar nicht die Wahrnehmung ihrer verheerenden Folgen, wohl aber lange Zeit alle Versuche ihrer Abfederung blockierte und so erheblichen Anteil am Scheitern der FDJ hatte. Unverzichtbar ist aber der Blick auf die Vorgeschichte. Denn die Militarisierung setzte zu einem Zeitpunkt ein, an dem sich die FDJ bereits in einer krisenhaften Situation befand. Erst die Kenntnis von deren Ursachen ermöglicht eine Antwort auf die Frage, inwieweit die Militarisierung der Jugendpolitik krisenauslösend oder krisenverschärfend wirkte.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß der hier verwendete Terminus der Militarisierung sich nur auf die aus der überhasteten und rasanten Aufrüstung resultierenden Versuche bezieht, die Heranwachsenden der DDR über den Jugendverband militärisch-propagandistisch zu indoktrinieren, vormilitärisch zu schulen und Rekruten für den Auf- und Ausbau der Armee auszuheben. Der Begriff unterscheidet sich also vom Konzept des militarisierten Sozialismus, das vor allem für die Spätphase der DDR ab den siebziger Jahren diskutiert wird⁶.

II.

Bis 1949 war es der KPD/SED gelungen, das 1945 allein von den Moskauer KPD-Remigranten vertretene Konzept einer Einheits- und Monopolorganisation gegen alle anderen gesellschaftlichen Kräfte in der SBZ durchzusetzen und die vielfältigen Ansätze von Parteien und Gewerkschaften, informelle Jugendverbände zu etablieren, zu unterdrücken⁷. Die SMAD hatte im Juli 1945 mit dem Verbot aller selbständigen Zusammenschlüsse von Heranwachsenden sowie der Jugendorganisationen von Parteien und Gewerkschaften nicht nur die Voraussetzung für die Etablierung des Monopolverbands geschaffen, sondern seine Durchsetzung auch durch Interventionen, die bis zur Verhaftung wenig anpassungsbereiter Jugendfunktionäre durch den sowjetischen Geheimdienst reichten, entscheidend unterstützt. Nach außen als Angebot gleichberechtigter Zusammenarbeit von Jugendlichen verschiedener Weltanschauungen und politischer Orientierung präsentiert, war die 1946 gegründete Einheitsorganisation FDJ für die KPD vor allem das taktische Vehikel, mit dem es nach späterer Aussage ihres ersten Vorsitzenden, Erich Honecker, gelungen sei, „reaktionäre Kräfte von der Jugend“ abzudrängen⁸. Die anfänglich öffentlich propagierte „Überparteilichkeit“ der FDJ hatte keine Entsprechung im Einfluß

⁶ Vgl. dazu Ettrich, Militarisierungsthese; Seubert, Entmilitarisierung und Diedrich/Wenzke, Armee, S. 226.

⁷ Vgl. ausführlich Mähler, Freie Deutsche Jugend, und Skyba, Hoffnungsträger, S. 25–59.

⁸ SAPMO, DY 30, IV 2/1.01/315, Bl. 77 ff., zit. Bl. 77, Protokoll der Sitzung der Jugendkommission des ZK vom 10. 12. 1956, Redebeitrag Honecker.

nichtsozialistischer Kräfte auf die Leitung des Verbands. Die unter Steuerung von Apparat und Führung von KPD/SED agierenden Jugendpolitiker der Partei dominierten seit 1946 die Führungsetage des Verbands und verzichteten ab 1947 sukzessive auf die Camouflage des Führungsanspruchs der SED. Parallel zur Entwicklung im Parteiensystem markierten hier die Jahre 1947/1948 den Einschnitt. 1949 schließlich waren auch die letzten nichtkommunistischen Kräfte aus der engeren Führung der Organisation verdrängt. Daß sich die Jugendpolitik und ihre Umsetzung allein in den Händen der SED befanden, war nun auch öffentlich sichtbar. Angesichts des organisatorischen Vakuums neben der FDJ war die SED damit aber auch gefordert, das Politikfeld mit Inhalten zu füllen, nicht zuletzt um den Erfolg ihres Modells zu beweisen.

Wichtiger als die Durchsetzung des SED-Monopols in der Jugendpolitik ist aber für den hier dargelegten Zusammenhang der Wandel der Rolle der FDJ, genauer der Wechsel der Funktionszuschreibungen des Jugendverbands ab 1946, der sich analog zur schrittweisen Aufgabe der Propaganda von der „Überparteilichkeit“ vollzog. Die Leitung des Jugendverbands unterstützte seit 1946 die Ziele der SED und versuchte stets, etwa beim Enteignungsvolksentscheid in Sachsen oder bei den Landtagswahlen 1946, ihre Mitglieder dafür zu mobilisieren und mit Hilfe der Blauhemden die Parteipositionen über den Kreis der Jugendlichen hinaus zu stärken. Insofern hatte die FDJ von Beginn ihrer Existenz an instrumentelle Funktionen im Vorhaben des grundlegenden Umbaus des wirtschaftlichen und politischen Systems zu übernehmen. In der Frühphase aber war ihre Selbstdarstellung und ihre Programmatik zunächst weniger von der aktiven Teilnahme an diesem Projekt geprägt als vielmehr von dem Versuch, sich als Vertretung jugendlicher Interessen in Politik und Gesellschaft zu präsentieren. Das öffentliche Auftreten quasi als Gewerkschaft der Jugend entsprang nüchternen taktischen Überlegungen. Das erklärte Ziel, die Jugendarbeit unter das SED-Monopol zu bringen und der Einheitsorganisation zum Durchbruch zu verhelfen⁹, schien nur dann erreichbar, wenn der Jugendverband Interessen der Zielgruppe aufgriff und zu vertreten versprach. Ihr Gründungsprogramm – die sogenannten „Grundrechte der jungen Generation“ – wurde im Apparat der KPD primär unter dem Gesichtspunkt entworfen, Heranwachsende mit einem populären Katalog an die Organisation heranzuführen¹⁰. Dementsprechend enthielt das Dokument vor allem Forderungen nach Verbesserung der Situation Jugendlicher in der Arbeitswelt und in der Freizeit, nach größeren Bildungsmöglichkeiten sowie nach der Erweiterung politischer Partizipationsmöglichkeiten von Heranwachsenden¹¹.

Bereits ab Ende 1947 begann die SED-Führung das Erscheinungsbild der FDJ umzuprofilieren. Hatte der II. SED-Parteitag den Verband im September 1947 noch

⁹ Wilhelm Pieck in seinem Schlusswort zur erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 19./20. 11. 1945: „Die Jugend hat ein sehr feines Empfinden dafür, ob man sie als Jugend anspricht [...] Wir müssen die Jugend begeistern, sonst werden wir sie nicht haben. [...] Wir müssen sie gewinnen, müssen die Jugend für uns haben.“ [Hervorhebung im Original] Zit. nach Benser/Krusch, Protokolle Bd. 2, S. 359; vgl. auch Herms, Hinter den Linien, S. 26.

¹⁰ Vgl. Protokoll des I. Parlaments der FDJ, S. 140 ff., Redebeitrag Paul Verner.

¹¹ Vgl. Protokoll des I. Parlaments der FDJ, S. 205 ff.

als Interessenvertretung der Jugendlichen angesprochen¹², so definierte der Parteivorstand im Oktober 1948 die FDJ als „das Instrument zur Mobilisierung der jungen Generation für die von ihr zu bewältigenden wirtschaftlichen und politischen Aufgaben“¹³. In dem inzwischen gewandelten politischen Umfeld verzichtete die SED zunehmend auf taktische Rücksichtnahme zur Attraktivitätssteigerung der FDJ und versuchte, die Organisation für ihre Ziele einzusetzen. Zunächst war es vor allem die Hoffnung, in den verstaatlichten Betrieben mit Hilfe der von der FDJ organisierten Heranwachsenden den Widerstand älterer Beschäftigter gegen die Einführung zunehmend planwirtschaftlicher Anreizsysteme in der Entlohnung aushebeln zu können.

Ihrer Rolle als Interessenvertretung ihrer Zielgruppe völlig entkleidet, wurde die FDJ schließlich mit dem Jugendgesetz der DDR vom 8. Februar 1950. Das Gesetz, das bereits Mitte 1949 von der FDJ nach Absprache mit der SED-Spitze initiiert worden war¹⁴, erfuhr bis zu seiner Verabschiedung nochmals einen deutlichen Wandel. Ursprünglich hatte die FDJ versucht, sich ähnlich wie mit den „Grundrechten“ mit einem Verordnungswerk, das eine Reihe von Verbesserungen der sozialen Lage von Jugendlichen bringen sollte, erneut als Anwalt der Jugend zu profilieren. Maßgeblich für den späteren Gesetzestext wurde aber eine sowjetische Vorlage¹⁵, die um einige der deutschen Vorhaben ergänzt wurde. Ungeachtet der weiterhin darin enthaltenen Maßnahmen zur Jugendförderung – für die es im übrigen keines eigenen Gesetzes bedurft hätte, da sie ohnehin Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes für 1950 waren – zielte das Gesetz¹⁶ nunmehr erklärtermaßen auf die ideologische Indoktrination der Jugend und vor allem auf die Mobilisierung ihres Potentials für den wirtschaftlichen Aufbau und die weitere gesellschaftliche Umgestaltung in der DDR. Mit gönnerhafter Geste deutete die SED-Spitze die gleichzeitig avisierte Förderung als Beleg für die besondere Unterstützung, die die DDR als der vermeintliche „Staat der Jugend“ den Heranwachsenden angedeihen ließ. Umgekehrt leitete sie daraus deren Verpflichtung ab, sich als Gegenleistung für die erwiesenen Wohltaten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach den Vorgaben der Staatspartei zu engagieren. Für den Zusammenhang entscheidend ist vor allem, daß der FDJ damit der Bereich Jugendförderung auch offiziell entzogen und in den Arbeitsbereich einer staatlichen Behörde – des Ende 1949 gegründeten Amtes für Jugendfragen – überwiesen wurde. Dem Verband ging dadurch die Möglichkeit verloren, sich we-

¹² Vgl. Dokumente der SED, Bd. I, S. 233 ff., Resolution des II. Parteitags zur Jugendfrage, 24. 9. 1947.

¹³ Dokumente der SED, Bd. II, S. 9 ff., zit S. 9, EntschlieÙung des SED-Parteivorstands, „Die Jugend in der Partei“, 21. 10. 1948.

¹⁴ Vgl. SAPMO, DY 24, 12088, Bl. 1–16, EntschlieÙungen des III. Parlaments der FDJ, Pfingsten 1949; zur Genese der Jugendgesetzes vgl. Skyba, Hoffnungsträger, S. 62–77.

¹⁵ SAPMO, DY 24, 3824, Entwurf einer „Verordnung der Deutschen Demokratischen Republik, über die Beteiligung der Jugend am staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau, über die Hilfe der Jugend in der Frage auf dem Gebiete der Aneignung von Wissen und Erlernung von Berufen und über die Organisierung ihrer Erholung“ [sic!], o. Verf., o.D. (November oder Dezember 1949); als Autor kommen Moskauer Stellen oder die SKK in Frage; zur Datierung und Zuordnung vgl. Skyba, Hoffnungsträger, S. 66, Fn. 23.

¹⁶ Vgl. GBl. der DDR 1950, S. 95–99, Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung.

nigstens propagandistisch als Vertreter jugendlicher Belange auszuweisen. Der Forderungskatalog der „Grundrechte“ des Jahres 1946 galt längst als erfüllt. Konkrete Belange von Jugendlichen waren aus programmatischen Dokumenten und Führungsbeschlüssen verschwunden, und an ihre Stelle traten Aufgabenkataloge für die Heranwachsenden im Projekt des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbaus. Aus der Perspektive der Jugendlichen war der ohnehin schwache Anreiz, durch ein Engagement in der FDJ spezifische Interessen im politischen System der SBZ/DDR kenntlich zu machen, verschwunden. Vor allem sank die Chance, durch die Beteiligung am Organisationsleben Befriedigung eigener konkreter Interessen zu finden. Die SED setzte nunmehr vor allem auf die integrierende Wirkung und die motivbildende Kraft politischer und ideologischer Indoktrination.

Am 30. Mai 1950 verfügte das Politbüro: Die „Hauptarbeit der FDJ ist auf die ideologische Arbeit zu legen.“¹⁷ Wie SED-Generalsekretär Walter Ulbricht der FDJ-Führung kurze Zeit später unmißverständlich klar machte, ging es um nichts anderes, als alle FDJ-Mitglieder systematisch im Marxismus-Leninismus parteioffizieller Interpretation zu schulen. Die Brisanz des einzigartigen Vorhabens, eine ganze Bevölkerungsgruppe außerhalb der SED ideologisch zu indoktrinieren, lag auf der Hand. Wegen befürchteter negativer Auswirkungen auf das Ergebnis der mit der weithin abgelehnten Einheitsliste abgehaltenen Volkskammerwahl sollten die Vorbereitungen für die Schulungskampagne bis zum Oktober 1950 vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben¹⁸. Erst nach der Wahl machte Ulbricht in einer Rede vor FDJ-Funktionären auch öffentlich deutlich, was er von der Jugendorganisation erwartete: Die Anerkennung der führenden Rolle der SED und damit ein offenes Bekenntnis zur Politik der Einheitspartei nicht nur durch die Spitze, sondern auch durch die Mitgliedschaft sowie durch die Schulung aller FDJ-Mitglieder in den „Lehren solcher hervorragender Wissenschaftler wie Marx, Engels, Lenin und Stalin“¹⁹. Dazu diente das sogenannte Schuljahr der FDJ, dessen eng an das SED-Parteilehrjahr angelehnten organisatorischen Rahmen der Zentralrat der FDJ schon im Juli 1950 festgelegt hatte²⁰. Ab 1951 sollten die Mitglieder und Funktionäre der FDJ sowie auch nicht organisierte Jugendliche erfaßt und in hierarchisch gestuften Zirkeln zu Themen wie der Verfassung der FDJ, der Geschichte und dem gesellschaftlichen Aufbau der Sowjetunion sowie den Biographien Wilhelm Piecks und Stalins geschult werden. Ein spezieller Zirkel sollte sich ab 1952 etwa mit dem Stalinschen Propagandawerk „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“ beschäftigen²¹. Das Schuljahr war nicht dazu gedacht die Jugendlichen in marxistischer Theorie zu schulen; vielmehr sollte ihnen die jeweils aktuelle politische Sichtweise der SED und

¹⁷ SAPMO, DY 30, J IV 2/2/91.

¹⁸ SAPMO, DY 30, IV 2/16/82, Bl. 1 ff., Zusammenfassendes Protokoll der Besprechung bei Walter Ulbricht, o. Verf., 5. 7. 1950.

¹⁹ SAPMO, DY 24, 11066, Protokoll der Rede Ulbrichts auf der 1. Funktionärskonferenz der FDJ, 26. 11. 1950, und SAPMO, DY 24, 12088, Bl. 71 ff., Entschließung der 1. Funktionärskonferenz der FDJ, 26. 11. 1950.

²⁰ Vgl. SAPMO, DY 24, 12088, Bl. 65 ff., Beschluß des FDJ-Zentralrats „Zur Verbesserung der politischen Aufklärungsarbeit der Freien Deutschen Jugend“, 13. 7. 1950; zum SED-Parteilehrjahr vgl. Kluttig, Parteischulung, S. 115–134.

²¹ Vgl. SAPMO, DY 24, 12089, Bl. 30 ff., Beschluß des Büros des Zentralrats über die Ergebnisse des 1. Schuljahrs der FDJ und die Aufgaben des Verbands bei der Vorbereitung und Durchführung des Schuljahrs 1952/1953, 29. 10. 1951.

deren theoretische Rechtfertigung vermittelt werden. Dementsprechend waren SED-Parteibeschlüsse wesentliche Grundlage der Zirkelschulungen²².

Diese ideologische Offensive der FDJ war einerseits Ausdruck des politischen Versuchs der SED, ausgehend von den Parteimitgliedern die gesamte Gesellschaft zu ideologisieren; im Juni 1950 hatte der SED-Parteivorstand eine grundlegende Reorganisation und Ausweitung der Parteischulung beschlossen, mit der das sogenannte Parteilehrjahr eingeführt wurde²³. Andererseits beruhte der Auftrag zur umfassenden Indoktrination der Jugend auf einer Fehlperzeption in der SED-Spitze. Dort wurden die bisherigen Wirkungen und Ergebnisse der Jugendpolitik und die Folgebereitschaft der Jugend weit überschätzt. Auf den ersten Blick schien die SED 1950 tatsächlich eine Erfolgsbilanz aufmachen zu können. Die Mobilisierung Heranwachsender als Arbeitskräfte für unter schwierigsten Bedingungen realisierte Bauvorhaben, wie für eine auf sowjetische Anordnung errichtete Talsperre zur Wasserversorgung der Uranförderung der sowjetischen Wismut AG, und der Einsatz Jugendlicher als Normbrecher in der Aktivistenbewegung schien den Aufbauwillen und dessen Instrumentalisierbarkeit zu beweisen, auch wenn sich daran nur vergleichsweise wenig Jugendliche beteiligten. Das als rasant zu bezeichnende Wachstum der Mitgliederzahlen der FDJ ließ sich zumindest auf den ersten Blick als Zeichen der Akzeptanz des jugendpolitischen Konzepts der SED und des Jugendverbandes, letztlich auch als implizite Zustimmung zur Politik in der SBZ/DDR interpretieren. Nach einem leichten Rückgang der Mitgliederzahlen verdoppelte die FDJ von Januar bis Oktober 1949 ihren Mitgliederbestand auf gut 920 000 und erfaßte damit bereits ein knappes Drittel ihrer Zielgruppe der 14- bis 25-jährigen²⁴. Ende 1950 führte der Verband gut 1,5 Millionen Jugendliche in seinen Karteien, ein Jahr später waren es sogar mehr als 1,8 Millionen²⁵. Die qualitative Dimension dieses Mitgliederzuwachses sollte aber nicht überschätzt werden. Denn zum einen war das Wachstum seit 1949 immer weniger Ausdruck massenhafter freiwilliger Entscheidung zum Beitritt als vielmehr Ergebnis massiver Werbekampagnen und wachsender struktureller Zwänge, etwa um sich durch die FDJ-Mitgliedschaft die Möglichkeit zum Besuch der Oberschule oder den Zugang zu einem qualifizierten Ausbildungsplatz zu eröffnen. Zudem blieb die Bindung der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und gerade der neu hinzugekommenen an die Leitungen der FDJ sehr gering. Umgekehrt war der Verband selbst von seinem Wachstum völlig überfordert. Erst Mitte 1950 begann er damit, die Organisationsstrukturen systematisch auszubauen und zu straffen²⁶. Aber auch damit gelang es in der Folge nicht, die Masse der Mitglieder wirksam zu integrieren. Ungeachtet eindrucksvoller Massenveranstaltungen blieb die FDJ alles andere als ein homogener und schlagkräftiger Verband, der seine Mitglieder dauerhaft für Aktionen der Führung mobilisieren

²² Vgl. Lehrplan für das erste FDJ-Schuljahr, in: Junge Welt, 3. 1. 1951.

²³ Vgl. Kluttig, Parteischulung, S. 115–134.

²⁴ SAPMO, DY 24, 11954, Bl. 59 ff., Abteilung Organisation des Zentralrats der FDJ, Bericht zur Organisationsstatistik Oktober 1949, 7. 12. 1949.

²⁵ SAPMO, DY 24, 11957, Abt. Org.-Instruktoren des Zentralrats, Statistischer Bericht über die Entwicklung des Verbandes seit dem III. Parlament, 11. 2. 1952; spätestens ab 1952 wurden die ohnehin meist ungenauen Statistiken der FDJ systematisch nach oben manipuliert.

²⁶ SAPMO, DY 24, 12088, Bl. 58 ff., Beschluß des Zentralrats „Festigt und stärkt die Kampforganisation der jungen Generation – die Freie Deutsche Jugend“, 13. 7. 1950.

konnte. Gerade Masseninszenierungen aber waren es, die in der SED-Führung den Eindruck erweckten, auf die Unterstützung großer Teile der Jugend rechnen zu können. Insbesondere das sogenannte Deutschlandtreffen der Jugend, ein mehrtägiges Spektakel, zu dem Pfingsten 1950 etwa eine halbe Million Jugendlicher nach Berlin gekommen war, hatte nachhaltige Wirkung. Wenngleich für die Mehrzahl wohl das abwechslungsreiche Kulturprogramm die Attraktivität der Veranstaltung ausmachte, bewertete die Parteiführung – wie auch westdeutsche Beobachter²⁷ – vor allem die genauestens geplante und vorbereitete mehrstündige Abschlußdemonstration als Zeichen der Zustimmung der Jugendlichen zur Politik der SED. Es war keine der üblichen Propagandafloskeln, wenn Staatspräsident Wilhelm Pieck kurze Zeit später öffentlich die Auffassung verkündete, die Jugend sei der Teil der Bevölkerung, bei dem die SED die größte Unterstützung fände²⁸. Und es war auch kein Zufall, daß das Politbüro die ideologische Offensive am letzten Tag des Deutschlandtreffens initiierte.

Die Einführung der systematischen Mitgliederschulung bedeutete für die FDJ ein Novum in zweifacher Hinsicht. Einmal handelte es sich überhaupt um den ersten groß angelegten Versuch, ein zentral geplantes, umfangreiches und langfristiges Vorhaben an der Basis und mit der gesamten Basis umzusetzen. Frühere Initiativen der Verbandsführung hatten sich meist an bestimmte Gruppen der Mitgliedschaft – etwa in den VEB – gewandt oder trugen den Charakter von mehr oder weniger verbindlichen Aufrufen zu kurzfristiger Aktivität. Zahlreiche Gruppen konnten bis dahin ihre Aktivitäten weitgehend nach eigenen Vorstellungen gestalten. Insofern bot die FDJ zu diesem Zeitpunkt alles andere als ein einheitliches Bild. Frühere Anläufe, auf die gesamte Mitgliedschaft durchzugreifen, waren gescheitert. Selbstkritisch hatte die FDJ-Spitze etwa im Juli 1949 eingeräumt, die bisherigen Bemühungen, die einfachen Mitglieder und die unteren Funktionäre zum Selbststudium politischer Texte zu motivieren, seien weitgehend ins Leere gegangen²⁹.

Zweitens konfrontierte die FDJ 1950 die Mitglieder erstmals nicht nur deklamatorisch mit einem umfassenden Erziehungsanspruch. Politik und parteigebundene Ideologie aber waren ein Themenfeld, an dem unter der Masse der Mitglieder kein Interesse bestand und das nur bei einer kleinen Minderheit aufgrund weltanschaulicher Grundorientierungen auf eine gewisse Aufnahmebereitschaft stieß. Zumindest als Indikator dafür, was die Heranwachsenden in der FDJ suchten, können Statistiken über die in der Organisation bestehenden Interessengemeinschaften dienen, deren Zustandekommen vor allem von der Initiative der Mitglieder abhing. Ende 1949 zählte die FDJ insgesamt 13 761 solcher Arbeitskreise, von denen sich nur 823 oder knapp sechs Prozent mit politischen Fragen beschäftigten. Die übergroße Mehrzahl dagegen widmete sich verschiedenen Formen der Freizeitgestaltung oder einzelnen Wissenschaftsdisziplinen³⁰. Im Oktober 1950 beschäftigten sich von insgesamt

²⁷ Vgl. z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 5. 1950.

²⁸ Pieck, Die geschichtliche Bedeutung, bes. S. 885.

²⁹ SAPMO, DY 24, 12088, Bl. 17 ff., Entschließung des Zentralrats zur Verbesserung der ideologischen Arbeit, 16./17. 7. 1949.

³⁰ Vgl. SAPMO, DY 24, 11954, Bl. 59 ff., hier Bl. 63, Abt. Organisation des Zentralrats, Bericht zur Organisationsstatistik Oktober 1949, 7. 12. 1949.

245 000 Zirkelteilnehmern lediglich 19 000 mit Themen aus Politik und Geschichte³¹.

Gravierende Mängel bei der Organisation durch die FDJ und minimale Aufnahmebereitschaft bei der Zielgruppe führten schnell zum Scheitern der ambitionierten ideologischen Offensive. Schon das Ergebnis des ersten Schuljahrs blieb weit hinter den verkündeten Erwartungen zurück: Nur etwa 30 Prozent der Mitglieder beteiligten sich anfänglich an den Zirkeln, ein weit geringerer Prozentsatz schloß sie ab³². Mit den Vorbereitungen waren die im Aufbau befindlichen unteren Leitungsstrukturen der FDJ völlig überfordert; zudem litt die Jugendorganisation unter einem drückenden Mangel an auch nur halbwegs qualifizierten Funktionären, der aufgrund eines permanenten Kaderabzugs durch die SED weiter verschärft wurde. Die schlechte Organisation und die oftmals doktrinäre und langweilige Gestaltung der Schulungszirkel gerieten schnell in die Kritik³³. Trotz verstärkter Anstrengungen gelang es der FDJ auch nicht mit dem folgenden 2. Schuljahr, das die radikalisierten politischen Positionen der SED des Jahres 1952 transportieren sollte, größere Breitenwirkung zu erzielen³⁴.

Dennoch hatte die ideologische Offensive, die von einer gerade im Jugendverband ins Groteske übersteigerten Verherrlichung Stalins und von einer intensivierten Agitation zur jeweils aktuellen Politik der SED begleitet war, für die FDJ insgesamt einschneidende Folgen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die FDJ-Führung zwar jederzeit die Ziele der SED vertreten und unterstützt, aber allenfalls von ihren Funktionären, nicht jedoch von den einzelnen Mitgliedern unbedingte Linientreue verlangt. Nun präsentierte sich die FDJ als dezidiert politische Organisation, deren dominierendes Aktionsfeld die ideologische Indoktrination war und die einen umfassenden politischen Erziehungsanspruch erhob. Ein Großteil der FDJ-Angehörigen verweigerte sich den Schulungen, und einige ließen den Verband mit Bemerkungen, sie wollten „keine Kommunisten werden“, über ihre Motive nicht im Unklaren³⁵. War bei einem Teil die eigene politische Überzeugung maßgeblich dafür, sich den Schulungen zu verweigern, so läßt sich wohl für die größte Gruppe der Jugend ein generelles Desinteresse an Politik konstatieren. Aus der Perspektive der Masse der Heranwachsenden aber wurde die FDJ durch ihre ideologische Kampagne zu einer rein politischen Organisation. Dies wog umso schwerer, als der Verband weder auf der programmatischen Ebene noch in der praktischen Arbeit an den Interessen und Belangen Jugendlicher orientierte Angebote bereithielt. Denn unter dem Druck der übergeordneten Leitungen konzentrierten sich die oftmals überlasteten Funktionäre allein auf das FDJ-Schuljahr; selbst die FDJ-Zentrale kritisierte die „trockene und oft armselige Gestaltung der Arbeit“ an der Basis und bemän-

³¹ SAPMO, DY 24, 9162, Abt. Org.-Instrukteure des Zentralrats der FDJ, Statistischer-Monatsbericht Oktober, 20./21. 12. 1950.

³² Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/16/102, Bl. 14 ff., besonders. Bl. 16, Einige Bemerkungen zur Tätigkeit der Freien Deutschen Jugend, o. Verf., Eingangsdatum 28. 11. 1951.

³³ Vgl. SAPMO, DY 24, 12089, Bl. 30 ff., Beschluß des Büros des Zentralrats über die Ergebnisse des 1. Schuljahrs der FDJ und die Aufgaben des Verbands bei der Vorbereitung und Durchführung des Schuljahrs 1952/1953, 29. 10. 1951.

³⁴ Vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/2/265, Protokoll der Politbürositzung vom 3. 3. 1953.

³⁵ Vgl. SAPMO, DY 24, 3818, Argumentenliste zum 2. Schuljahr, o. Verf., vermutlich der Abt. Org.-Instrukteure des Zentralrats, 11. 1. 1952.

gelte, daß die Interessen der Jugendlichen dort kaum berücksichtigt würden³⁶. In dieser Situation scheiterte die FDJ nicht nur daran, die in breiten Kampagnen geworbenen, meist 14- oder 15jährigen Mitglieder an den Verband zu binden und zur regelmäßigen Mitarbeit in den Gruppen zu motivieren. Darüber hinaus wandten sich zahlreiche Mitglieder stillschweigend von der FDJ ab oder erklärten sogar kollektiv und demonstrativ ihren Austritt³⁷. In der Regel aber mieden Jugendliche ungeachtet ihrer Mitgliedschaft vielfach den Kontakt mit dem Verband. Da oftmals auch arbeitsfähige Gruppenleitungen fehlten, zeigte der Verband an der Basis deutliche Erosionserscheinungen. Zu dem geringen Erfolg der Versuche, der Jugend die „richtige“ politische Sichtweise beizubringen, gesellte sich als Problem der Verlust der Breitenwirkung der FDJ, ja sogar der Voraussetzungen für die erhoffte Breitenwirkung.

Angesichts der krisenhaften Entwicklung standen im Februar 1952 die Probleme der Jugendpolitik auf der Tagesordnung eines ZK-Plenums. System- und zeittypisch geriet der Apparat der Jugendorganisation unter das Verdikt des „Bürokratismus“, weil er zunehmend den Einfluß auf die Mitglieder verliere; Abhilfe sollte auf der einen Seite eine effektivere Arbeitsweise schaffen. Auf der anderen Seite stand die Erkenntnis, daß die FDJ durch ihre Konzentration auf Politik und Ideologie bei ihrer Klientel jede Attraktivität eingebüßt hatte und daß diese nur zu steigern war, wenn die FDJ „populärer“ würde³⁸ und zumindest ansatzweise deren Interessen entgegenkäme. Die Partei behielt sich dabei das Definitionsmonopol über aus ihrer Sicht legitime Interessen Jugendlicher vor und begrenzte diese strikt auf den Freizeitbereich. Daß sich Jugendliche angesichts der Defizite der Jugendorganisation eigenständiger und kollektiver Freizeitbeschäftigung, wie etwa Wanderungen, widmeten, wurde als Angriff auf das Monopol der FDJ interpretiert. Im Freizeitbereich, so die Forderung, habe der Verband ein größeres Angebot zu organisieren und bei Sport, Volkskunst und Tanz dabei zugleich auf die politisch korrekten Formen zu achten. Die Aufforderung, auf die Freizeitgestaltung ein größeres Augenmerk zu richten, war verbunden mit dem Versuch, den auch in der DDR immer deutlicher spürbaren Einflüssen westlicher Jugendkulturen, in SED-Diktion „der amerikanischen Unkultur“, entgegenzutreten³⁹. Keinesfalls war daran gedacht, den Mitgliedern auch nur begrenzte Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten im Jugendverband einzuräumen; vielmehr folgte dieser schwache Versuch, auf jugendliche Interessen zu reagieren, ausschließlich dem Kalkül, die Zielgruppe an den Verband heran- und damit seinem politischen Einfluss zuzuführen. Die Ergänzung einer radikalisierten und intensivierten Indoktrination durch ein vorgefertigtes und reglementiertes Freizeitangebot – das häufig geforderte, aber kaum praktizierte

³⁶ SAPMO, DY 24, 3818, Abt. Org.-Instrukteure des Zentralrats, Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen der von der Org.-Instrukteurabteilung untersuchten Gruppen, o.D. (ca. Anfang 1952).

³⁷ SAPMO, DY 30, IV 2/16/84, Bl. 30ff., besonders Bl. 35, Abt. Org.-Instrukteure des Zentralrats, Information Nr. 11, 8. 2. 1952.

³⁸ SAPMO, DY 30, J IV 2/3/268, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 11. 2. 1952.

³⁹ SAPMO, DY 30, IV 2/1/103, Bl. 3 ff., zit. Bl. 22, Protokoll des ZK-Plenums vom 21.–23. 2. 1952, 23. 2. 1952, Referat Erich Mückenberger.

„frohe Jugendleben“ – war schließlich das von der SED verordnete Rezept gegen die Krise der FDJ⁴⁰.

III.

Zeit, die Wirkung dieses eher homöopathischen Mittels zu erproben, ließ die SED der Jugendorganisation allerdings kaum, denn mit der Einbeziehung der FDJ in die rasante Aufrüstung der DDR ab dem Frühjahr 1952 wurden alle jugendpolitischen Prämissen den militärischen Ziele der DDR und der Sowjetunion untergeordnet. Nach der Ablehnung der Stalinnote vom März 1952⁴¹ und angesichts der sich abzeichnenden Integration einer mit Teilsouveränität ausgestatteten Bundesrepublik in ein westliches Militärbündnis wurde die seit längerem in Gang befindliche Aufrüstung der DDR abrupt forciert. Obwohl die strategischen und taktischen Überlegungen Stalins noch nicht geklärt sind, ist unübersehbar, daß nun die militärische Sicherung des westlichen Glacis der Sowjetunion für den Diktator oberste Priorität hatte. Anfang April erhielt die nach Moskau gereiste Führungstroika der SED von Stalin den Auftrag, die paramilitärischen Einheiten der DDR schnellstens auszubauen und hochzurüsten sowie weitere Maßnahmen einzuleiten, mit denen die militärische Verteidigungsfähigkeit der DDR gesteigert werden sollte. Unmittelbar nach der Rückkehr beschloß das Politbüro in Umsetzung der Moskauer Direktiven u. a. die Abriegelung der Demarkationslinie, die Gründung einer Wehrsportorganisation sowie eines Arbeitsdienstes für Jugendliche und die Bildung des Roten Kreuzes zunächst geheim vorzubereiten⁴². Die Aufrüstung mündete am 1. Juli 1952 in die Umbenennung der paramilitärischen Verbände der Volkspolizei in Kasernierte Volkspolizei. In diesem Aufrüstungsprogramm war der FDJ eine besondere Rolle zugesprochen. In seinen Aufzeichnungen über das Gespräch mit Stalin am 1. April 1952 notierte sich Wilhelm Pieck: „FDJ muß schießen lernen“⁴³.

Deren Vorsitzender Erich Honecker war als Kandidat des Politbüros zwar frühzeitig über die in diesem Gremium besprochenen Aufrüstungsmaßnahmen informiert; aus Geheimhaltungsgründen wurde die Leitung des Jugendverbands aber erst zu einem sehr späten Zeitpunkt in die Pläne eingeweiht. Der Organisationsspitze blieb so kaum Zeit, ein auch nur halbwegs ausgereiftes Konzept zur Umsetzung der Parteibeschlüsse zu entwickeln. Zudem scheint selbst die SED-Führung lange Zeit keine präzisen Vorstellungen über die Art und die Dimension des von der FDJ verlangten Beitrags bei der Militarisierung gehabt zu haben. Insofern war die FDJ-Führung denkbar schlecht auf das IV. Parlament des Verbands vorbereitet, mit dem die Jugend öffentlich und quasi mit einem Paukenschlag auf den neuen militaristischen Kurs eingeschworen werden sollte.

⁴⁰ Vgl. Beschluß des ZK, Die Aufgaben zur Förderung der Freien Deutschen Jugend, 23. 2. 1952, in: Dokumente der SED, Bd. III, S. 744–750.

⁴¹ Zur Diskussion über die Ziele und Motive vgl. Zarusky, Stalinnote, und die dort angegebene Literatur.

⁴² Vgl. SAPMO, NY 4090/699, Auszug aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 11. 4. 1952, und Diedrich/Wenzke, Armee, S. 86–93.

⁴³ Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 395 f., zit. S. 396; Auszüge aus der sowjetischen Überlieferung des Gesprächs bei Wolkow, Die deutsche Frage, S. 20–49, hier S. 43–46.

Der Kongreß begann in einer außen- wie innenpolitisch sehr gespannten Atmosphäre. Honecker eröffnete das Parlament am 27. Mai, dem gleichen Tag, an dem in Paris der EVG-Vertrag paraphiert wurde, nachdem am Vortag in Bonn der sogenannte Generalvertrag unterzeichnet worden war. Trotz des späteren Scheiterns der Abkommen nahm die politische und militärische Westintegration der Bundesrepublik damit weiter konkrete Formen an. Zeitgleich riegelte die DDR ihre Demarkationslinie zur Bundesrepublik ab und begann mit Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet. Die seit April zunehmend aggressive Propaganda der DDR, die das Bild des vermeintlich militaristischen und kriegslüsternen Westens in grellen Farben malte, hatte nicht unwesentlich zum Entstehen einer konkreten Kriegsfurcht bei Teilen der Bevölkerung beigetragen – ausgelöst vermutlich weniger durch die Erwartung militärischer Operationen des Westens als vielmehr durch die Befürchtung, damit könnten künftige sowjetische Aktionen gerechtfertigt werden. Die nur als militaristisch zu qualifizierende Inszenierung des FDJ-Parlaments, die alle parteioffiziellen Zerrbilder über die Zustände in der Bundesrepublik weit in den Schatten stellte, war durchaus geeignet, weitere Kriegsangst zu schüren. Mit Kleinkalibergewehren paradierende, uniformierte FDJ'ler beiderlei Geschlechts prägten die Szene. Aggressive Reden, darunter Honeckers Aufruf zum „Sturz der Adenauerregierung“ und Ulbrichts Aufforderung an die Jugendlichen, das „Waffenhandwerk“ zu erlernen und eine „Auszeichnung als tüchtige Scharfschützen“ zu erwerben, wurden untermalt durch entsprechendes Liedgut („Greift zum Gewehr, Kameraden“)⁴⁴. Wichtigster und bereits eine Woche vor dem FDJ-Kongreß vom Politbüro bestätigter Beschluß war die Übernahme einer „Patenschaft“ der FDJ über die Volkspolizei⁴⁵ – genauer gesagt über deren paramilitärische Verbände, aus denen am 1. August 1952 die Kasernierte Volkspolizei hervorging. Der konkrete Inhalt dieser auf sowjetisches Vorbild zurückgehenden „Patenschaft“ blieb zunächst weitgehend unbestimmt, weil sich die Rüstung der DDR und damit auch die Rolle, die die FDJ darin übernehmen sollte, noch im Planungsstadium befanden und nicht zuletzt noch Abstimmungen mit der militärischen Führung erforderlich waren⁴⁶. Erst Mitte Juni beschloß die FDJ-Führung Durchführungsbestimmungen zu der „Patenschaft“ und ließ sie unter dem Datum des 20. Juni als Entschließung der Parlamentsdelegierten veröffentlichen⁴⁷. Danach sollten allgemein Agitation und Propaganda der FDJ auf die neuen militärischen Belange ausgerichtet werden. Konkreter war die Erklärung, es gehöre zur Pflicht aller Blauhemden, sich wehrsportlich zu betätigen; praktische Relevanz sollte in der Folge vor allem die von der FDJ organisierte Schießausbildung am Kleinkalibergewehr erlangen. Wichtigster Punkt aber war die Bereitstellung von Rekruten für die militärischen Verbände, denn bis zur Einführung der Wehrpflicht waren die Streitkräfte der DDR darauf angewiesen, daß sich Jugendliche wenigstens formal freiwillig zum Wehrdienst bereit erklärten.

⁴⁴ Protokoll des IV. Parlaments der FDJ, S. 177 ff., zit. S. 18 und S. 228 ff., zit. S. 236.

⁴⁵ Vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/2/212, Protokoll der Politbürositzung vom 20. 5. 1952 und Protokoll des IV. Parlaments der FDJ, S. 244–247.

⁴⁶ Der damalige Leiter der Hauptverwaltung Ausbildung und spätere KVP-Chef, Heinz Hoffmann, berichtet in seinen Erinnerungen von zahlreichen Konsultationen mit Honecker; vgl. Hoffmann, Moskau Berlin, S. 298 f.

⁴⁷ Vgl. SAPMO DY 24, 2515, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Zentralrats vom 18. 6. 1952.

Die Einführung einer Wehrpflicht war 1952 auf deutscher Seite zwar erwogen, aber – wahrscheinlich von Stalin – abgelehnt worden⁴⁸, vermutlich wegen der zu erwartenden Abwanderung erheblicher Bevölkerungsteile über die offene Grenze in die Bundesrepublik. Für die SED-Spitze hatte die Aushebung künftiger Soldaten durch die FDJ nun allerhöchste Priorität; noch während die FDJ-Gremien über die Ausfüllung des Patenschaftsbeschlusses nachdachten, erhielt der Verband vom Sicherheitschef des ZK Sollzahlen für die bereitzustellenden Rekruten; allein im Juni sollte die FDJ 36 000 Jugendliche von der Notwendigkeit des freiwilligen Dienstes an der Waffe überzeugen⁴⁹, im Zeitraum von Juli bis September waren es weitere 41 000⁵⁰, und ab März 1953 schließlich hatte die FDJ mehrere Tausend Offizierschüler zu stellen⁵¹.

Damit wurde die Jugendpolitik vollständig eine Funktion der Militärpolitik der SED. Die ohnehin schwachen Ansätze, responsive Elemente in zwar antipartizipativer, aber integrativer Absicht in die Tätigkeit der FDJ zu implementieren, waren damit obsolet geworden. Folgenreicher war, daß die FDJ vor allem mit dem ihr auferlegten Rekrutierungssoll gemessen an der Wehrwilligkeit der männlichen Jugendlichen praktisch in eine Frontstellung zu großen Teilen ihrer Zielgruppe gebracht wurde. Die Bewaffnung der beiden deutschen Staaten gehörte in den fünfziger Jahren beiderseits der Demarkationslinie zu den unpopulärsten Maßnahmen. In der Bundesrepublik formierten und artikulierten sich gesellschaftlicher Protest und politische Opposition. Die Möglichkeit zu solcher Opposition tendierte in der DDR gegen Null, und die Schwelle gesellschaftlichen Protests lag hier um ein Vielfaches höher. Die weit verbreitete Ablehnung der Aufrüstung zeigte sich hier vor allem in der individuellen und vereinzelt auch kollektiven Verweigerung der von SED und Staat verlangten und vor allem über die FDJ konkret eingeforderten Bereitschaft, sich als Soldat den militärpolitischen Zielen unterzuordnen und für ihre Umsetzung auch noch persönliche Opfer zu bringen. Die Vielzahl der FDJ-Berichte über Verlauf und Erfolg der Rekrutierungskampagne sprechen eine eindeutige Sprache: Mit ihren Versuchen, Nachwuchs für VP und KVP zu rekrutieren, traf die Organisation auf einen minimalen aktiven Wehrwillen, in der Regel aber auf das Bestreben, sich dem Waffendienst zu entziehen. Ungewöhnlich deutlich, aber dennoch untertrieben, konstatierte das organisationsinterne Berichtswesen, der Patenschaftsbeschluß „löste starke ideologische Auseinandersetzungen unter den Mitgliedern und den Kadern des Verbands aus, die auch die Bevölkerung und große Teile der nichtorganisierten Jugend erfaßten“⁵². Tatsächlich stieß die FDJ mit ihrer Soldatenrekrutierung auf eine regelrechte „Ohne-uns-Bewegung“⁵³. Diese Verweigerungshaltung, die bis in den unteren Funktionärskörper der FDJ reichte, wurde aus unterschiedli-

⁴⁸ Vgl. Notizen Piecks für Besprechungen mit Stalin am 1.4. und 7.4. 1952 in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 382 ff., hier S. 391.

⁴⁹ Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/16/97, Bl. 23, Röbeln an Honecker, 6. 6. 1952.

⁵⁰ Vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/2/224, Protokoll der Politbürositzung vom 5. 8. 1952; niedrigere Sollzahlen nennen auf anderer Basis Diedrich/Wenzke, *Armee*, S. 175.

⁵¹ Vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/3/373, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 30. 3. 1953.

⁵² SAPMO, DY 24, 3832, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Information Nr. 41, 18. 6. 1952.

⁵³ Ebenda.

chen Motiven gespeist. Der frühere antimilitaristische, aber häufig pazifistisch mißdeutete Kurs der FDJ wurde ebenso als Argument gegen den Militärdienst verwendet wie pazifistische und religiöse Überzeugungen. Zutage traten aber auch zahlreiche im weitesten Sinn politische Begründungen: die zuweilen prononciert vorgetragene Weigerung, für das sozialistische System der DDR und für die „Russen“ zu kämpfen, nationale bis nationalistische Auffassungen, insbesondere die Befürchtung eines deutsch-deutschen Bruderkrieges, oder die Negation der von SED und FDJ beschworenen militärischen Bedrohung aus dem Westen; gerade die östliche Aufrüstung sei es, die die Kriegsgefahr steigere⁵⁴. Nicht zu unterschätzen sind auch persönliche Opportunitätsabwägungen, bedeutete der Dienst in der VP doch einen Einschnitt in der individuellen Lebensplanung, den Verlust persönlicher Freiheiten und nicht zuletzt finanzielle Einbußen. Unterstützung fanden Jugendliche in ihrer Verweigerungshaltung häufig im Elternhaus oder bei älteren Arbeitskollegen; der RIAS versorgte sie zudem mit Informationen über die Rekrutierungsmethoden und gab Tips, wie man sich einer Anwerbung entziehen könne.

Aufgrund dieser weithin geschlossenen Ablehnungsfront blieben die Rekrutierungserfolge gemessen an den der vorgegebenen Sollzahlen minimal. Bis Ende September konnte die KVP lediglich 13 434 und die Grenzpolizei 6810 junge Männer einstellen⁵⁵. Die SED-Spitze verlangte unter dem zynischen Hinweis auf die übernommene Patenschaft der FDJ jedoch immer nachdrücklicher die Gestellung des Soldatennachwuchses und machte schließlich ausdrücklich die FDJ-Grundeinheiten für die Aushebung verantwortlich⁵⁶. Solcherart unter Druck gesetzt, trieb die FDJ-Zentrale die unteren Verbandsgliederungen in eine immer schärfere Konfrontation mit den Jugendlichen. Die FDJ-Einheiten an der Basis und die „Werbekommissionen“, in denen die FDJ maßgeblich vertreten war, griffen daraufhin zu immer härteren Mitteln, die wiederum ob ihrer Brutalität im Apparat der Jugendorganisation kritisch registriert wurden. Die Drohung mit Zwangsrekrutierung oder mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gehörte genauso zum Methodenarsenal wie die Zermürbung potentieller Soldaten durch mehrfache Einvernahme vor den Kommissionen – ein Verfahren, das sich durchaus 15 Mal wiederholen konnte⁵⁷. Weder am Arbeitsplatz noch zu Hause waren Jugendliche vor Nachstellungen der „Werber“ sicher⁵⁸.

Ungeachtet der immensen Schwierigkeiten, bürdete die SED-Führung dem Jugendverband zusätzliche Lasten des Aufrüstungsprogramms auf. Ab Spätsommer 1952 zeichnete er sich verantwortlich für die Einrichtung und personelle Auffüllung des Dienstes für Deutschland, eines Arbeitsdienstes für Jugendliche, der im Nordosten der DDR die für die neu aufgestellten militärischen Formationen benötigte Infrastruktur mit errichten sollte. Wegen katastrophaler Zustände in den dafür

⁵⁴ Vgl. detailliert Skyba, *Hoffnungsträger*, S. 190–195.

⁵⁵ Vgl. Diedrich/Wenzke, *Armee*, S. 175.

⁵⁶ SAPMO, DY 30, J IV 2/2/218, Protokoll der Politbürositzung vom 1. 7. 1952 und SAPMO, DY 30, J IV 2/3/308, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 17. 7. 1952.

⁵⁷ Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/16/9, Bl. 101 ff., Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Information Nr. 44, 2. 7. 1952.

⁵⁸ SAPMO, DY 30, IV 2/16/84, Bl. 183 ff., bes. Bl. 186, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Information Nr. 65, 3. 9. 1952.

hastig erstellten provisorischen Lagern mußte das Vorhaben aber nach kurzer Zeit abgebrochen werden⁵⁹.

Im Mai 1953 begannen schließlich Vorbereitungen für eine erhebliche Ausweitung der Rekrutierungsfunktion der FDJ für den militärischen Bereich. Offenbar auf höchster Ebene geplant, sollten sich praktisch alle männlichen Mitglieder im Alter von 18 bis 25 Jahren in dreimonatigen Kursen einer soldatischen Grundausbildung unterziehen. Das Ausmaß und die genauen Umstände dieser Planungen militärischer Schulung unterhalb der Schwelle der Einführung der Wehrpflicht liegen noch im Dunkeln. Die FDJ-Führung jedenfalls hatte sich bereits darauf eingestellt, die „freiwillige Teilnahme“ des anvisierten Personenkreises an den Ausbildungslagern sicherzustellen⁶⁰. Angesichts der Erfahrungen mit der geringen Bereitschaft zum Waffendienst sollten die Blauhemden in den Gruppen und Grundeinheiten von vornherein erheblich größerem Druck ausgesetzt werden. Wegen der Junikrise blieb das Vorhaben, das vermutlich einer Zwangsrekrutierung für die Kurse gleichgekommen wäre, aber in der Planungsphase stecken.

Der 17. Juni 1953 markierte in der militarisierten Jugendpolitik keinen nachhaltigen Einschnitt und keinen Lernschock. Er ist daher hier nicht als Binnenzäsur anzusprechen. Obwohl sich die Führungen von SED und FDJ spätestens nach der weit überproportionalen Beteiligung Jugendlicher an dem Aufstand keinerlei Illusionen mehr über die Unterstützung durch „die Jugend“, über Reichweite der Jugendarbeit und Stabilität der FDJ machen konnten, blieb die Jugendpolitik weitgehend den Prämissen der Militärpolitik untergeordnet. Die nach dem Juniaufstand am 1. Juli verfügte Einstellung der Schießzirkel der FDJ wurde bereits Ende August widerrufen⁶¹. Zumindest indirekt – durch die Kritik der SED-Führung an der Werbung im „sozialistischen Sektor“ der Landwirtschaft – läßt sich erschließen, daß die Soldatenrekrutierung im September 1953 bereits wieder aufgenommen war⁶². Spätestens Anfang 1954 war auch die FDJ wieder mit diesem für sie schwierigsten Problem befaßt. Vermutlich wegen der fatalen Wirkung hielt die Parteiführung den Jugendverband zunächst noch aus den wieder anlaufenden Rekrutierungen heraus und verlangte vor allem eine intensivere FDJ-Arbeit innerhalb der Streitkräfte⁶³. Um die nach wie vor geringen Erfolge der Rekrutierung – die Sollziffern wurden Anfang 1954 teilweise nur zu 15 Prozent erfüllt – zu steigern, hatte die FDJ sich vor allem der militärischen Propaganda unter den Jugendlichen zu widmen⁶⁴, die spätestens im Herbst 1954 mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge und der beschleunigten Westintegration der Bundesrepublik wieder die brachial militaristische Diktion vom Anfang des Jahres 1953 erreichte und die Außenwahrnehmung der Ju-

⁵⁹ Vgl. Buddrus, Organisation; Diedrich, Dienst; Skyba, Hoffnungsträger, S. 198–207.

⁶⁰ SAPMO, DY 24, 5933, Bl. 165 ff., zit. Bl. 166, Honecker an die Bezirks- und Kreisleitungen der FDJ, o.D., (ca. 20. 5. 1953). Ob das Schreiben abgeschickt wurde, ist unklar.

⁶¹ Vgl. SAPMO, DY 24, 2525, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Zentralrats vom 1. 7. 1953 und SAPMO, DY 24, 11965/II, Fernschreiben Honeckers an die FDJ-Bezirksleitungen, 29. 8. 1953.

⁶² SAPMO, DY 30, J IV 2/3/401, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 30. 9. 1953.

⁶³ SAPMO, DY 30, J IV 2/2/337, Protokoll der Politbürositzung vom 15. 12. 1953.

⁶⁴ SAPMO, DY 30, J IV 2/2/342, Protokoll der Politbürositzung vom 15. 1. 1954 und SAPMO, DY 24, 2496, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Zentralrats vom 3. 2. 1954.

gendorganisation bestimmte. Im Dezember 1954 schließlich richtete die SED-Führung erneut die gesamte Tätigkeit der FDJ primär auf die Unterstützung des Militärs der DDR aus⁶⁵. Nachdem mit dem Auslaufen der Dienstzeit der Rekruten des Jahres 1952 bei den Streitkräften in großem Umfang Ersatzbedarf entstand, wurde der FDJ ab Frühjahr 1955 wieder eine zentrale Rolle bei der Aushebung neuer Soldaten zugewiesen⁶⁶.

Die Bereitschaft zum Dienst in der wegen ihres Einsatzes am 17. Juni mancherorts als „Piecks Knüppelgarde“ bezeichneten KVP war gegenüber 1952/53 deutlich gesunken; der Jugendverband stand also vor noch größeren Problemen als in den Jahren zuvor. Seine Rekrutierungsversuche wurden von den Angesprochenen zunehmend aggressiv zurückgewiesen. Die Verweigerung war, wie die Staatssicherheit fast lakonisch registrierte, praktisch der Normalfall: „Der größte Teil der angesprochenen Jugendlichen lehnt den Beitritt zur KVP ab.“⁶⁷ Wieder griff die FDJ angesichts der verbreiteten Wehrunwilligkeit zu brutalen Methoden und brachte sich damit erneut in direkte Frontstellung gegen ihre Klientel. Zum Problem wurde die Rekrutierungskampagne, weil potentielle Rekruten sich ihr in erheblich größerem Umfang als 1952/53 durch die zeitlich begrenzte oder dauernde Abwanderung in die Bundesrepublik entzogen. Erst die massenhafte „Republikflucht“ Jugendlicher war es, die die SED-Führung zur Kritik an den bei der Aushebung eingesetzten Methoden motivierte. Denn massive Drohungen, Einschüchterungen oder auch der Entzug des Arbeitsplatzes hätten „ganzen Gruppen von jungen Menschen Veranlassung zur Republikflucht gegeben.“⁶⁸ Es dürfte gerade das für die DDR zunehmend existentielle Problem der illegalen Abwanderung gewesen sein, das schließlich den Ausschlag dafür gab, diese Form der Rekrutierung im Juli 1955 einzustellen⁶⁹. Für die FDJ bedeutet dies eine wichtige und andauernde Entlastung, denn sie wurde mit Ausnahme der Zeit unmittelbar nach dem Mauerbau nicht mehr direkt in die Soldatenrekrutierung einbezogen. Die Anfang 1956 gegründete Nationale Volksarmee hatte vorrangig selbst für ihr Personal zu sorgen; wie anderen Massenorganisationen auch kam dem Jugendverband dabei nur noch unterstützende Funktion zu⁷⁰. Die fatale Wirkung der Rekrutierungspraxis aber wurde erst nach deren Abstellung zum Ausgangspunkt für eine Reform der Jugendarbeit.

⁶⁵ SAPMO, DY 30, J IV 2/2/395, Protokoll der Politbürositzung vom 7. 12. 1954 und SAPMO, DY 24, 8047, Bl. 47 ff., Beschluss des Zentralrats vom 11. 12. 1954.

⁶⁶ SAPMO, DY 30, IV 2/16/82, Bl. 129 ff., Abt. LOPM des ZK, Sektor Jugend, Vorschläge zur Auswertung des 23. Plenums des ZK durch die FDJ, 23. 4. 1955; vgl. auch Diedrich/Wenzke, *Armee*, S. 625–630.

⁶⁷ BStU Allg. S 43/58, Bd. 3, Bl. 128 ff., zit. Bl. 137, Staatssekretariat für Staatssicherheit, Informationsdienst zur Beurteilung der Situation in der DDR, Zur Lage von Industrie und Verkehr, 24. 6. 1955.

⁶⁸ SAPMO, DY 30, J IV 2/2/429, Rundschreiben des ZK an die Bezirks- und Kreisleitungen der SED, in: Protokoll der Politbürositzung vom 10. 7. 1955.

⁶⁹ SAPMO, DY 24, 3960, Röbelen an Namokel, 13. 7. 1955.

⁷⁰ Vgl. Wenzke, *Nationale Volksarmee*, S. 433.

IV.

Der ohnehin wenig nachhaltige Anlauf, die Attraktivität der FDJ durch die Addition eines organisierten „frohen Jugendlebens“ zu steigern, wurde mit der Militarisierungskampagne ab 1952 vollständig konterkariert. Die Rekrutierungsaktionen bedeuteten 1952/53 wie 1955 zunächst eine denkbar schwere Belastung des ohnehin schwachen Personalbestands der FDJ. Die organisatorische Struktur des Verbands war 1952 keineswegs gefestigt oder mit kompetenten Kadern ausgefüllt. Gerade die für die angestrebte Breitenwirkung besonders wichtigen Stellen im unteren Bereich der Hierarchie – die Kreisleitungen bis hin zu den Gruppen – waren oftmals mit Funktionären besetzt, die keineswegs dem Idealbild des ideologisch geschulten, einsatzbereiten Kaders entsprachen – sofern sie nicht wegen Personalmangels und wegen ständigen Abzugs von Funktionären durch die SED sogar unbesetzt blieben. Weitere Löcher in die ohnehin dünne Personaldecke wurden gerissen, weil die FDJ parallel zur Rekrutierungskampagne Kader für den Dienst für Deutschland, für die im Aufbau befindliche GST und für die Besetzung der nach der Auflösung der Länder gebildeten Bezirksleitungen bereitzustellen hatte. Der ohnehin drückende Kadermangel wurde erheblich verschärft, weil der Verband angesichts der unerfüllbaren Sollziffern immer stärker auf die eigenen Funktionäre zurückgriff und diese per Verbandsauftrag zum Dienst in den Streitkräften delegierte⁷¹. Da es vor allem die loyalsten und einsatzbereitesten Funktionäre gewesen sein dürften, die sich zur Armee schicken ließen, kam zur quantitativen Schwächung auch eine qualitative Beeinträchtigung des Personalbestands. Dies wog um so schwerer, als gerade die Funktionäre an der Basis, die die Jugendlichen mit der Rekrutierungskampagne molestieren mußten, durch die breite Verweigerungshaltung regelrecht demoralisiert wurden⁷². Die FDJ zeigte so gerade in den unteren Verbandsgliederungen Aufweichungs- und Auflösungserscheinungen, über die sich 1955 auch die Staatssicherheit Sorgen machte⁷³.

Aus der Perspektive der Jugend wurde die FDJ ab 1952 vollständig und ausschließlich zum Repräsentanten des Regimes, der sie mit dessen Ideologie und Politik zu traktieren suchte und sie direkt oder indirekt für seine militärischen Pläne einspannen wollte. Die typische Reaktion war nicht Austritt, Protest oder Widerstand, sondern das Ausweichen. Jugendliche mieden in immer stärkerem Ausmaß die Gruppen der FDJ, die auf diese Weise sukzessive ihre Mitgliederbasis verlor.

Die Problemlösungsstrategie des Jahres 1953 war charakteristisch für die Zeit, in der der „Stalinismus“ in der DDR seine Hochphase durchlief. Getarnt als Umtauschaktion der FDJ-Mitgliedsbücher, sollte der Jugendverband praktisch parallel zur SED einer Säuberung unterzogen werden. Das erklärte, jeder realen Lagebeur-

⁷¹ SAPMO, DY 30, IV 2/16/9, Bl. 101 ff., bes. Bl. 111, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Information Nr. 44, 2. 7. 1952; SAPMO, DY 24, 2534 und 2537, Protokolle des Sekretariats des Zentralrats vom 6. 4. 1955 und vom 20. 4. 1955.

⁷² SAPMO, DY 30, IV 2/16/9, Bl. 121 ff., Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Information Nr. 47, 5. 7. 1952.

⁷³ BStU Allg. S 43/58, Bd. 9, Bl. 431 ff., bes. Bl. 448, Ausarbeitung des Staatssekretariats für Staatssicherheit über die Lage in der DDR nach der Genfer Konferenz, o. Verf., o.D. (ca. Ende Oktober 1955); das Dokument wirft ein Schlaglicht auf die Entwicklung des Jahres 1955.

teilung Hohn sprechende Ziel war, aus dem heterogenen, in einem Erosionsprozeß befindlichen Jugendverband eine monolithische Organisation nach dem Idealbild einer Partei neuen Typs zu formen⁷⁴. Neben dem Ausschluß „feindlicher“ Elemente – nicht zuletzt Anhängern der christlichen „Jungen Gemeinden“ –, der Erfassung und ideologischen Indoktrination aller Mitglieder und einer Karteibereinigung sollte die Aktion auch dazu dienen, den einfachen Blauhemden etwas Gehör im Verband zu verschaffen. Nachdem die Aufforderung zur Organisation eines „frohen Jugendlebens“ auch wegen der Überlastung der FDJ mit anderen Aufgaben folgenlos geblieben war, sollten die Funktionäre in den vorgesehenen und eingehenden „Aussprachen“ auch mit Kritik und Wünschen der Mitglieder konfrontiert werden. Auch wenn die Situation eines Prüfungsgesprächs die Spannbreite solcher Anregungen entscheidend einengte, so ist doch der Versuch erkennbar, Impulse von der Basis her in die Verbandsarbeit zu integrieren und damit die Akzeptanzdefizite der FDJ abzubauen. Allein, die FDJ war nicht mehr in der Lage, diese Aktion zu organisieren und die Masse ihrer Mitglieder mit den „Aussprachen“ zu überziehen. Die geplante Aktion fand ihr Ende am 17. Juni 1953.

Spätestens nach dem Juniaufstand nahm die SED die Schwierigkeiten in der Jugendpolitik nicht mehr nur als Krise der FDJ, sondern als Ausdruck eines tiefer reichenden und im Vergleich zur älteren Bevölkerung besonders ausgeprägten Konflikts wahr. Obwohl es bereits vor dem eigentlichen Juniaufstand deutliche Anzeichen dafür gegeben hatte, daß sich auch unter Jugendlichen vielerorts eine dezidiert regimefeindliche, aggressive Stimmung aufbaute, waren SED und FDJ von der starken Beteiligung Heranwachsender an den Streiks und Demonstrationen überrascht. In den Großbetrieben trat „der größte Teil“ der Jugendlichen in den Streik, an dem sich auch untere FDJ-Funktionäre beteiligten⁷⁵; junge Menschen beteiligten sich überproportional an den Demonstrationen und stellten sich nicht selten – vermutlich oft auch aus jugendlicher Spontaneität – an deren Spitze, traten aber nicht mit spezifischen Forderungen auf⁷⁶. War der Aufstand im wesentlichen von den Arbeitern getragen, so war es unter den Jugendlichen vor allem die Arbeiterjugend aus den großen Industriegebieten, die sich am Aufstand beteiligte. An Oberschulen kam es vereinzelt zu Protesten, während es an den Universitäten und in ländlichen Regionen weitgehend ruhig blieb. Als deutlicher Hinweis auf den geringen politischen Einfluß der FDJ auf ihre Mitglieder ist zu werten, daß der Verband keinen Unterschied im Verhalten von FDJ-Mitgliedern und nicht organisierten Jugendlichen feststellen konnte. Ungewohnt kritisch stellte die FDJ fest, „daß große Teile unserer Mitglieder kein festes Vertrauen zum Verband, Partei und Regierung haben [...] und sehr schnell dem Einfluß des Feindes unterlagen“, und gestand damit das Scheitern ihrer bisherigen Erziehungsanstrengungen ein⁷⁷. Als Teil des Regimes

⁷⁴ Vgl. SAPMO, DY 24, 3654, Protokoll der Rede Hermann Materns vor führenden FDJ-Funktionären, 12. 2. 1953.

⁷⁵ SAPMO, DY 24, 3666, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Tagesbericht vom 27. 6. 1953.

⁷⁶ Vgl. BAB, DO 1/11/304, Bl. 206 ff., HVDVP (Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei), Bericht für die Zeit vom 16.6.53 bis 22.6.53, 18.00, o.D., und SAPMO, DY 24, 2301, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Bericht über das Verhalten der Jugend und des Verbands am 17. und 18. Juni und die gegenwärtige Situation, 24. 6. 1953.

⁷⁷ SAPMO, DY 24, 2301, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Bericht über das Verhalten der Jugend und des Verbands am 17. und 18. Juni und die gegenwärtige Situation, 24. 6. 1953.

wurde die FDJ am 17. Juni zudem selbst das Ziel von Angriffen – mindestens acht Bezirks- und Kreisleitungen wurden von Demonstranten gestürmt⁷⁸. Auch in den Wochen nach dem Aufstand sah sich die FDJ mit einer dezidiert regimekritischen Haltung vieler Jugendlicher konfrontiert. Eine Austrittswelle erfaßte die Organisation. Die FDJ-Arbeit an der Basis war völlig zusammengebrochen und die FDJ-Führung selbst aktionsunfähig, da die gewohnten Vorgaben aus der SED-Zentrale ausblieben; in der Parteiführung tobte bekanntermaßen ein Machtkampf, in dem Walter Ulbricht und sein Schützling Erich Honecker nur knapp der Absetzung entgingen.

Unter dem Eindruck des Kollapses beauftragte die SED-Spitze im Oktober 1953 eine Kommission mit der Überprüfung der Jugendarbeit, deren Bericht erstmals umfassend die Krise der Jugendpolitik und vor allem die Sklerose der FDJ, deren Mitgliederbestand sich auf etwa 1 050 000 nahezu halbiert hatte⁷⁹, dokumentierte. Die Beschlüsse der Verbandsführung erreichten allenfalls noch die Funktionäre, in der praktischen Arbeit mit den Mitgliedern spielten sie keine Rolle. Die Kommission monierte, es gäbe in der FDJ keinerlei systematische politische Erziehung, und die organisierte Freizeitgestaltung – das oftmals angemahnte „frohe Jugendleben“ – werde völlig vernachlässigt. Die FDJ habe ihre Breitenwirkung eingebüßt: „Der Jugendverband hat sich in der Zeit nach dem Deutschlandtreffen 1950 mehr und mehr von der Masse der Jugend und die Funktionäre haben sich obendrein von den Mitgliedern gelöst.“⁸⁰

Weit gravierender als diese Monita aber mußte die Feststellung wirken, daß es die SED nach der Auffassung der Kommission mit einem kohorten- und möglicherweise generationenspezifischen Konflikt zu tun hatte: Während sich Ältere in politischen Fragen „zurückhaltend und abwartend“ verhielten, träten „große Teile der Jugend [...] mit einer negierenden Kritik und aggressiv hervor“ und bezögen oftmals „die Position des Gegners“⁸¹. Die gesellschaftliche Teilgruppe „Jugend“, von Pieck 1950 noch als der folgebereiteste und mobilisierbarste Teil der Bevölkerung gepriesen, galt nun als politisch besonders unzuverlässig, wenn nicht sogar potentiell bedrohlich.

Die Ursachenanalyse der Kommission blieb oberflächlich; die Probleme wurden auf die geringe Unterstützung der SED für die FDJ, auf die bürokratische Arbeitsweise des FDJ-Apparats und auf eine mangelhafte Kaderpolitik zurückgeführt, für die vor allem Erich Honecker verantwortlich gemacht wurde. In diesem Kontext nimmt es nicht wunder, wenn die Folgen der Soldatenrekrutierung tabuisiert blieben.

Der insgesamt vernichtende Befund gab keinen Anstoß zu jugendpolitischen Reformbemühungen. Lediglich in den Wochen nach dem Juniaufstand hatte die FDJ in einer politisch noch diffusen Großwetterlage versucht, zur Wiederbelebung ihrer Arbeit auf die Jugendlichen zuzugehen. An der Basis hatten die Funktionäre erfah-

⁷⁸ Vgl. BAB, DO 1/11/304, Bl. 206 ff., besonders Bl. 217, HVDVP, Bericht für die Zeit vom 16.6.53 bis 22.6.53, 18.00, o.D.

⁷⁹ Vgl. SAPMO, DY 24, 7965, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Statistischer Abschlußbericht vom Umtausch der Mitgliedsbücher, 9. 10. 1953.

⁸⁰ SAPMO, NY 4090/516, Bl. 57 ff., zit. Bl. 87, Bericht der Kommission zur Überprüfung der Arbeit der Freien Deutschen Jugend, o. D. (Ende November 1953).

⁸¹ Ebenda, Bl. 59.

ren, was ihre Klientel von der FDJ erwartete: statt ideologischer Indoktrination abwechslungsreiche Freizeitangebote und die Vertretung ihrer Interessen in der Schule und am Arbeitsplatz⁸². Zwar hatte auch die SED im Juli 1953 verlangt, den Belangen der Klientel in der FDJ-Arbeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Da aber die Haltung der Jugend am 17. Juni als Resultat unzureichender politischer Erziehung durch die FDJ galt und deren Intensivierung verlangt wurde, konnten Reformüberlegungen kaum den Rahmen des „frohen Jugendlebens“ sprengen⁸³. In der Folge zeigte sich in der FDJ zwar erstmals eine größere Sensibilität für die differenzierten Bedürfnisse von Jugendlichen; diese sollten allerdings in altbekannter Weise allein dazu funktionalisiert werden, die Heranwachsenden wieder in Kontakt mit der FDJ zu bringen und sie ihrer „Erziehungsarbeit“ zugänglich zu machen⁸⁴. Daß der Aufschwung mit diesem schwachen Element strikt zweckgebundener Responsivität aber ausgeblieben war, hatte die Untersuchungskommission eindrücklich dokumentiert. Im Anschluß an deren Bericht beließ es die SED im wesentlichen dabei, einige neue Funktionäre in die FDJ-Spitze zu delegieren, trug der FDJ auf, die politisch-ideologische Indoktrination zu intensivieren, zugleich aber auch, den Interessen der Jugendlichen Rechnung zu tragen⁸⁵. Die daraufhin von der FDJ-Führung gefaßten Beschlüsse waren entsprechend den unklaren Vorgaben der Partei weitgehend von Konzeptionslosigkeit geprägt. Ohne neue Impulse versank die FDJ-Arbeit zunehmend in Agonie⁸⁶. Weder erreichte sie mit dem nunmehr weit weniger intensiv abgehaltenen FDJ-Schuljahr größere Kreise, noch gelang es ihr bis 1955 in nennenswertem Umfang, Jugendliche durch eine attraktive Arbeit in den Gruppen zum Engagement im Verband zu motivieren; dies um so weniger, als sich der Verband mit der geschilderten rabiaten Soldatenrekrutierung im Jahr 1955 bei großen Teilen seiner Zielgruppe desavouierte und nicht zuletzt eine Austrittswelle auslöste⁸⁷. Vereinzelt wurden Stimmen laut, die radikale Konsequenzen forderten: „Wir müssen eine andere Jugendorganisation schaffen, die nur unsere Interessen vertritt. Die FDJ vertritt nur die Interessen der KVP.“⁸⁸

Nicht die hier schlaglichtartig beleuchtete Krise der FDJ selbst war es aber, die wachsenden Reformdruck erzeugte, sondern vielmehr der Umstand, daß die Ob-

⁸² Vgl. SAPMO, DY 24, 3666, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Forderungen und Wünsche, Vorschläge und Kritiken von Jugendlichen aus den Bezirken, 30. 7. 1953.

⁸³ Vgl. Beschluß des ZK, Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, 26. 7. 1953. In: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 449 ff. besonders S. 476.

⁸⁴ SAPMO, DY 24, 2158, Referat Honeckers vor dem Zentralrat der FDJ, 15. 8. 1953, Protokoll der Zentralratstagung 15./16. 8. 1953 und SAPMO, DY 24, 12091, Bl. 20 ff., Beschluß des Zentralrats vom 16. 8. 1953.

⁸⁵ Vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/2/335, Protokoll der Politbürositzung vom 1. 12. 1953, SAPMO, DY 30, J IV 2/2/336, Protokoll der Politbürositzung vom 8. 12. 1953 und SAPMO, DY 30, J IV 2/2/337, Protokoll der Politbürositzung vom 15. 12. 1953.

⁸⁶ Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/16/82, Bl. 105 f., Probleme der Jugendarbeit, o.Vf., o.D., (vermutlich Sektor Jugend der Abt. LOPM des ZK, ca. November 1954) und SAPMO, DY 30, IV 2/16/82, Bl. 95 ff., Einschätzung der Arbeit des Jugendverbandes in der Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen, o.Vf. (vermutlich Sektor Jugend der Abt. LOPM des ZK), 28. 10. 1954.

⁸⁷ SAPMO, DY 24, 3666, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Material über die Haltung der Jugend zur KVP, 20. 4. 1955.

⁸⁸ SAPMO, DY 24, 4468, Abt. des Verbandsorgane des Zentralrats, Beispiele der Republikflucht von Jugendlichen, 26. 6. 1955.

jekte ostdeutscher Jugendpolitik in immer größerer und – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung – in weit überproportionaler Zahl die DDR in Richtung Westen verließen. Seit dem I. Quartal des Jahres 1953 war der Anteil der 15- bis 25jährigen an der Gesamtzahl der illegalen Emigranten aus der DDR von knapp 18 Prozent nahezu kontinuierlich auf etwa 41 Prozent im III. Quartal 1955 gestiegen. Bei einer Gesamtzahl von 31 787 überquerten im Durchschnitt dieser drei Monate täglich 345 Jugendliche illegal die Grenze zur Bundesrepublik.

Tabelle: Illegale Abwanderung aus der DDR und Ost-Berlin 1953 bis 1956 nach Quartalen. Gesamtzahlen, Anzahl Jugendlicher und Anteil Jugendlicher in Prozent⁸⁹

Quartal	Gesamtzahl	15–18 Jahre	15–25 Jahre	Anteil der 15–25jährigen in Prozent
53 I	84 034	k.A.	15 048	17,9
53 II	101 293	k.A.	20 391	20,1
53 III	36 359	k.A.	9 491	26,1
53 IV	48 754	k.A.	13 251	27,2
54 I	37 345	2 919	10 847	29
54 II	38 131	3 033	10 998	28,9
54 III	43 515	3 813	13 863	31,8
54 IV	54 288	5 944	20 507	37,7
55 I	42 366	4 056	15 129	35,7
55 II	52 862	4 667	19 660	37,2
55 III	76 670	7 878	31 787	41,5
55 IV	98 217	10 256	40 561	41,3
56 I	75 181	6 608	25 448	33,8
56 II	78 829	6 182	23 941	30,4
56 III	82 249	8 796	29 559	35,9
56 IV	79 769	9 880	34 520	43,2

Für die Motive der Emigranten hatte sich die SED-Führung bis 1955 wenig interessiert und vor allem Abwerbung von seiten der Bundesrepublik als Ursache für die „Republikflucht“ betont. Mit dem Anschwellen der „Republikflucht“ gerade aus Kreisen, die zur Legitimation des Parteiregimes und für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft unverzichtbar schienen, wurde die Frage nach den Motiven aber drin-

⁸⁹ Entnommen aus bzw. errechnet nach BAB, DO 1/11/962, Bl. 153 ff., bes. Bl. 154, Auszug über Republikfluchten aus der DDR nach Westdeutschland für das Jahr 1953 (deutsch und russ., vermutlich Anlage zu einem Schreiben der HVDVP an sowjetische Dienststellen), o.D., BAB, DO 1/11/963, Bl. 101 ff., bes. Bl. 111 f., HVDVP, Bericht über die Republikfluchten aus der Deutschen Demokratischen Republik für die Zeit vom 1. 1. 1954 bis 31. 12. 1955, o.D. und BAB, DO 1/11/963, Bl. 235 ff., bes. Bl. 247 f., HVDVP, Bericht über Abwanderungen aus der Deutschen Demokratischen Republik und die Zuwanderungen aus der Bundesrepublik für die Zeit vom 1. 1. 1955 bis 31. 12. 1956, o.D. Der jeweils angegebene Zeitraum bezieht sich nicht auf die „Republikflucht“ selbst, sondern auf deren behördliche Feststellung. Aufgrund der Registrierungsmethoden und wegen unterschiedlicher statistischer Erfassung differieren die hier genannten Werte – die den legalen Verzug aus der DDR nicht enthalten – von den in der Bundesrepublik gesammelten Daten; vgl. eine Zusammenstellung der in Abhängigkeit von verschiedenen Erfassungskriterien unterschiedlichen Zuwandererzahlen aus der DDR in die Bundesrepublik bei Heidemeyer, Flucht, S. 43 ff.

gender. Es ist zwar kaum möglich, die ausschlaggebenden Beweggründe für die illegale Abwanderung Heranwachsender exakt zu gewichten und vor allem den Anteil der einzelnen Faktoren am Gesamtumfang der „Republikflucht“ Jugendlicher anzugeben – dies umso weniger, als in der Regel von individuellen Motivbündeln auszugehen ist, – dennoch lassen die Quellenbefunde zwei Motive eindeutig hervortreten: Vor dem Hintergrund einer altersspezifisch generell hohen Mobilität Jugendlicher waren es in erster Linie das in den fünfziger Jahren rasch zunehmende ökonomische Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland – also die unterschiedlichen Erwerbs- und Konsumchancen – und wohl auch eine übersteigerte Perzeption der in der Bundesrepublik gebotenen Möglichkeiten sowie die brutalen Rekrutierungsmethoden für die KVP in der DDR, die die „Republikflucht“ Jugendlicher zu einem Massenphänomen machten⁹⁰. Nachdem Staatssicherheit, HVDVP und SED ein jahrelang beachtetes Tabu gebrochen und übereinstimmend auf den Zusammenhang zwischen KVP-Rekrutierung und „Republikflucht“ hingewiesen hatten, war die oben geschilderte Einstellung der Aushebungskampagne im Juli 1955 ein erster Schritt. Nur kurze Zeit später wurde die illegale Abwanderung Jugendlicher zum Ausgangspunkt eines vergleichsweise weitreichenden jugendpolitischen Reformversuchs.

V.

Der Anstoß für einen begrenzten Neuansatz kam nicht aus der engsten SED-Führung. Albert Norden, Sekretär des ZK, brachte im Oktober 1955 erstmals die Massenemigration Jugendlicher in einer ZK-Tagung ausführlich zur Sprache⁹¹. Nach seiner eher oberflächlichen Analyse verließen junge Menschen vor allem aus zwei Gründen die DDR: Sie würden vom größeren Freizeitangebot in der Bundesrepublik angezogen, und sie fühlten sich in der DDR bevormundet, weil ihre Bedürfnisse und Meinungen mißachtet würden, sie fänden keine Ansprech- und Diskussionspartner für ihre Anliegen. Jugendpolitische Brisanz gewann sein Diskussionsbeitrag dadurch, daß er die „Republikflucht“ vor allem auf das Versagen der FDJ zurückführte. Seine scharfe, aber nicht grundsätzlich neue Kritik an der fehlenden Freizeitgestaltung in der FDJ und an der bürokratischen Arbeitsweise der Funktionäre, die Interessen und Meinungen von Jugendlichen völlig ignorierte, erhielt so zusätzliches Gewicht. Um die illegale Abwanderung zu reduzieren, verlangte er in konventioneller Weise von der FDJ, die Angebote im Freizeitbereich auszuweiten und sie an den Bedürfnissen der Heranwachsenden auszurichten. Innovativ war Nordens Vorschlag, eine gut vorbereitete „große Aussprache mit der Jugend unter dem Motto zu beginnen: Jeder soll seine Meinung sagen“⁹². Nordens optimistischer Grundgedanke war, die Jugendlichen zunächst durch attraktive Angebote an die FDJ heranzuführen und sie dann in einer argumentativen Auseinandersetzung von den Vorzügen der DDR zu überzeugen.

⁹⁰ Vgl. Skyba, *Hoffnungsträger*, S. 310–314.

⁹¹ Vgl. zum folgenden SAPMO, DY 30, IV 2/1/152, Bl. 82 ff., Protokoll der ZK-Tagung vom 24. 10.–27. 10. 1955, 27. 10. 1955.

⁹² Ebenda, Bl. 84.

In der Parteiführung selbst fand der Vorstoß keineswegs ungeteilte Zustimmung; noch in der ZK-Sitzung versuchte Walter Ulbricht, den Reformeifer zu dämpfen⁹³. Daß der Vorschlag für eine begrenzte Neuausrichtung in der Jugendpolitik gegen den Parteichef dennoch weiter verfolgt wurde, lag vor allem an der Ablösung Honeckers an der Spitze der FDJ. Bis 1955 hatte Erich Honecker als Kandidat des Politbüros oftmals auch ohne formelle Parteibeschlüsse die Politik der Parteiführung in den Führungsgremien der FDJ umgesetzt und vor allem auch deren Kurs nach informellen Absprachen mit Ulbricht festgelegt. Dem im Mai 1955 in die Führungsposition aufgerückten Karl Namokel dagegen fehlte jeder direkte Draht zur SED-Führung. Damit gewann die Anleitung der FDJ durch den Sektor Jugend der ZK-Abteilung Leitende Organe der Parteien und Massenorganisationen, die bis 1955 eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, an Gewicht. Der in der Parteiführung für diese Abteilung zuständige spätere Gegenspieler Walter Ulbrichts, Karl Schirdewan, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK, erlangte mit Honeckers Ausscheiden entscheidenden Einfluß auf den Jugendverband.

Ulbricht und Schirdewan hatten divergente Auffassungen über die künftige Jugendpolitik, die ihren Ausdruck in zwei gleichzeitig entstandenen Dokumenten fanden. Als Kursbestimmung für die SED verabschiedete das Politbüro den im ZK-Apparat erarbeiteten Entwurf eines Beschlusses, der vor seiner Veröffentlichung in entscheidenden Passagen noch verändert wurde⁹⁴. War das Grundkonzept von den Reformgedanken des ZK-Plenums getragen gewesen, so wurden diese durch angefügte Passagen, deren Diktion auf Walter Ulbricht verweist und die den dogmatischen Erziehungsanspruch gegenüber der Jugend betonten und verschärften, konkretisiert. Der Entwurf stellte somit eine in sich widersprüchliche Mischung unterschiedlicher Herangehensweisen dar. Eindeutige Akzente setzte dagegen das von Mitgliedern der FDJ-Führung unter mehrfacher Intervention Schirdewans konzipierte programmatische Dokument der Jugendorganisation, das, im Entwurfsstadium ebenfalls vom Politbüro gebilligt, vom FDJ-Zentralrat unter dem Titel „An euch alle, die ihr jung seid“ Anfang Februar 1956 bestätigt wurde⁹⁵. Er unterschied sich in Ton und Inhalt deutlich von allen früheren FDJ-Programmen. Statt eines Bekenntnisses zur führenden Rolle der SED enthielt er neben einer deutlichen Selbstkritik vorsichtige Vorwürfe an die Adresse der Einheitspartei, an der Stelle des in den Jahren zuvor obligatorischen Abschnitts zur politisch-ideologischen Erziehung fand sich die Aufforderung zum Dialog, der unter dem Motto „Ihr fragt – wir antworten“ auf vom Verband zu veranstaltenden Jugendforen stattfinden sollte. Der Beschluß enthielt eine Vielzahl von ausdrücklich als „Vorschläge“ bezeichneten Anregungen zur Freizeitgestaltung und betonte darüber hinaus, die FDJ sei für weitere Wünsche offen. Unter dem Aspekt, möglichst viele Heranwachsende zu erreichen,

⁹³ Ebenda, Bl. 178–181.

⁹⁴ Vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/2A/468, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung vom 24. 1. 1956, SAPMO, DY 30, J IV 2/2/458; Protokoll der Politbürositzung vom 24. 1. 1956 und den veröffentlichten Politbürobeschluß, Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe, in: Dokumente der SED, Bd. VI, S. 11 ff.

⁹⁵ Vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/2A/468, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung vom 24. 1. 1956, SAPMO, DY 30, J IV 2/2/458; Protokoll der Politbürositzung vom 24. 1. 1956, SAPMO, DY 24, 2.169, Protokoll der Zentralratstagung vom 3./4. 2. 1956 und den veröffentlichten Beschluß, in: Junge Welt, 9. 2. 1956; zum folgenden vgl. ebenda.

war die FDJ sogar bereit, das sorgsam gehütete Organisationsmonopol aufzuweichen; sie schlug vor, in den Wohngebieten, in denen die FDJ seit langem nicht mehr präsent war, Jugendausschüsse einzurichten und in Vereinen Jugendgruppen zu bilden, die sich ebenfalls der Freizeitgestaltung widmen sollten.

Insgesamt zielte der Beschluß auf eine vordergründig unpolitische Breitenwirkung. Schirdewan wurde im Zusammenhang mit seiner späteren Entmachtung vorgeworfen, er habe damit die politische Rolle der FDJ vernachlässigt⁹⁶. Intern machte er aber schon 1956 deutlich, daß er die neue FDJ-Programmatik als taktisches Konzept verstand. Die Ausweitung der Freizeitangebote und auch die angekündigte Dialogbereitschaft sollten dazu dienen, „die Masse der Jugend zu erfassen zur Verbreitung unserer sozialistischen Ideen, zur systematischen Erziehung im Geiste eines sozialistischen Lebens“⁹⁷. Auch Schirdewan sah die Reform primär als Mittel zum Zweck und setzte also auf die Wirkung politisch-ideologischer Erziehung. Um die Jugendlichen dieser Erziehung aber überhaupt erst zugänglich zu machen, vertrat er im Unterschied zu dem seiner Prägung im Kaiserreich und der Weimarer Republik verhafteten Ulbricht das Konzept einer Jugendarbeit, die zunächst an den Interessen der Zielgruppe, einschließlich bisher verpönter Moden und Musikstile wie dem Jazz, anknüpfen sollte. Zwar mit taktischem Kalkül und sicher auch mit intendierten Grenzziehungen sollte die FDJ dennoch zu einem Raum mit Artikulations- und Partizipationschancen in einem bisher stets unterdrückten Ausmaß werden.

Während der Beschluß des Politbüros in der praktischen Arbeit der FDJ keine Rolle spielte, kam der neue Ansatz der Zentralratsentschließung immerhin schleppend zum Tragen. Nach drei Monaten war er in der Hälfte der FDJ-Gruppen bekannt⁹⁸. Der FDJ-Apparat registrierte ein reges Interesse der Mitglieder an der künftigen Freizeitgestaltung im Jugendverband. Auf großen Zuspruch stießen die in großer Zahl veranstalteten Jugendforen, wozu auch die nicht selten mit den Diskussionsrunden kombinierten Tanzveranstaltungen beigetragen haben dürften⁹⁹. Aber schon ab dem Frühjahr 1956 wurde die Umsetzung des Beschlusses von den Auswirkungen des XX. Parteitags der KPdSU überlagert, die die Jugendarbeit in der DDR nahezu vollständig zusammenbrechen ließen. Während die SED-Führung Konsequenzen aus Chruschtschows Abrechnung mit Stalin möglichst zu vermeiden und eine Diskussion darüber zu unterdrücken suchte, sah sich die FDJ auf den Jugendforen mit einer Zunahme politischer Themen konfrontiert. Da die veranstaltenden Funktionäre damit oftmals überfordert waren, entwickelten sich die Veranstaltungen nicht selten zu Foren der Kritik an den Verhältnissen in der DDR¹⁰⁰. Nach den Feststellungen der FDJ war der Personenkult schon im Mai Gegenstand

⁹⁶ Vgl. z.B. SAPMO, DY 30, IV 2/1/193, Bl. 96 ff. besonders Bl. 98 f., Protokoll des ZK-Plenums vom 3.-5.2.1958, Diskussionsbeitrag von Werner Felfe.

⁹⁷ Vgl. SAPMO, DY 24, 2169, Protokoll der Zentralratstagung vom 3./4. 2. 1956.

⁹⁸ Vgl. SAPMO, DY 24, 4464, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Informationsbericht über die Fragen der Auswertung der 12. Zentralratstagung, 19. 5. 1956.

⁹⁹ Vgl. ebenda und SAPMO, DY 24, 4459, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Informationsbericht Nr. 8, 3. 9. 1956.

¹⁰⁰ Vgl. beispielsweise SAPMO, DY 24, 7238, Abt. Agitation und Propaganda der FDJ-Betriebsleitung Karl-Marx-Stadt, Einschätzung der bisher durchgeführten Jugendforen, 16. 5. 1956 und Mähler/Stephan, Blaue Hemden, S. 114–116.

von Diskussionen „unter allen Schichten der Jugend“, die sich gegen die Staats- und Parteiführung in der DDR richteten¹⁰¹. Unter dem Eindruck der Krise in Ungarn eskalierte die Stimmung. Verbreitet waren Forderungen nach grundsätzlichen politischen Veränderungen in der DDR bis hin zum Sturz der SED und die Erwartung eines baldigen Aufstands in der DDR¹⁰². Vor allem aus studentischen Kreisen kam heftige Kritik am SED-Regime und an den politischen Verhältnissen in der DDR. Zusätzlich forderten sie eine Reform des Studiums, an erster Stelle die Abschaffung des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums. An einer ganzen Reihe von Universitäten wandten sich die Studierenden besonders gegen das Organisationsmonopol der FDJ. Der Jugendverband hatte sich an den Studieneinrichtungen nur mit massiver Unterstützung der SED als einzige Organisation für Studenten etablieren können¹⁰³. Seine Tätigkeit an den Hochschulen wurde von allen Seiten als schlecht beurteilt und von den Studierenden fast geschlossen abgelehnt¹⁰⁴. An vielen Universitäten wurde der Ruf nach einem von SED und FDJ unabhängigen, demokratischen Studentenrat oder Studentenverband als studentische Interessenvertretung laut, und es wurde darüber diskutiert, ob die FDJ an den Hochschulen aufgelöst oder neben der Studentenorganisation weiter bestehen sollte. An der Berliner Humboldt-Universität bildete sich bereits ein illegaler Studentenrat¹⁰⁵. Der radikalste Vorschlag stammte ausgerechnet von gemeinhin als besonders linientreu geltenden Studenten einer Arbeiter-und-Bauern-Fakultät; sie regten in einem Brief an FDJ-Chef Namokel an, die gesamte FDJ aufzulösen und an ihrer Stelle mehrere Jugendorganisationen zu gründen. Die Parteiführung, die inzwischen Notfallpläne für einen Aufstand ausarbeiten ließ, kapitulierte vor den studentischen Forderungen, gab das Organisationsmonopol der FDJ preis und stimmte der Gründung eines Studentenrates der DDR zu¹⁰⁶. Noch bevor dieser Beschluß öffentlich wurde, waren die Grenzen der erzwungenen Reformbereitschaft der SED-Spitze erreicht. Gegen erwartete Studentendemonstrationen in Berlin mobilisierte sie die Volkspolizei und die SED-Kampfgruppen¹⁰⁷. Nachdem sowjetische Truppen den ungarischen Unabhängigkeitsbestrebungen mit Waffengewalt ein blutiges Ende bereitet und damit ein Signal auch für die anderen Staaten ihres Machtbereichs gesetzt hatten,

¹⁰¹ SAPMO, DY 24, 4464, Abt. Verbandsorgane des Zentralrats, Informationsbericht über die Auswertung der 12. Zentralratstagung, 19. 5. 1956.

¹⁰² Vgl. SAPMO, DY 24, 3668, zahlreiche ab dem 23. Oktober 1956 täglich an den Zentralrat gesandten Fernschreiben, SAPMO, DY 24, 7729, Abt. Verbandsorgane des Zentralrat, Information, 30. 10. 1956 und Informationsbericht, 16. 11. 1956; vgl. auch Mitter/Wolle, Untergang, S. 255 ff.

¹⁰³ Zur FDJ an den Universitäten vgl. Schuster, Wissen ist Macht.

¹⁰⁴ Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/9.04/433, Bl. 83 f., Abt. Wissenschaft und Propaganda des ZK, Zusammenstellung der Hauptforderungen der Studenten, 6. 11. 1956.

¹⁰⁵ Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/9.04/433, Bl. 21 ff., Abt. Wissenschaft und Propaganda des ZK, Einschätzung der gegenwärtigen Diskussion unter den Studenten, 27. 10. 1956; ebenda, Bl. 50 ff., Abt. Wissenschaft und Propaganda des ZK, Information, 1. 11. 1956, und ebenda, Bl. 127 ff., Abt. Wissenschaft und Propaganda des ZK, Vorschläge für Aussprachen mit Studenten, 20. 11. 1956.

¹⁰⁶ Vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/2A/508, Protokoll der Politbürositzung vom 30. 10. 1956. Am 20. 11. 1956 hob das Politbüro diesen Beschluß wieder auf; vgl. SAPMO, DY 30, J IV 2/2/514 und Krüger, Votum für bewaffnete Gewalt.

¹⁰⁷ Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/9.04/, Bl. 62, Aktennotiz über die Aussage mehrerer Kampfgruppenmitglieder, o.Vf., 1. 11. 1956.

gelang es der SED allmählich, den akuten Aufruhr an den Universitäten zu unterdrücken.

Mitte November zog ein ZK-Plenum eine erste Bilanz des heißen Herbstes 1956. In den Diskussionsbeiträgen kam eine allgemeine Ratlosigkeit und eine tiefe Verunsicherung über die politische Haltung der Jugend zum Ausdruck. Während einige Redner die Arbeit der FDJ lediglich ins Lächerliche zogen, plädierten andere dafür, der Jugend mit Toleranz zu begegnen und die FDJ-Arbeit attraktiver zu machen. Aber es wurden auch Stimmen laut, die eine harte politische Auseinandersetzung mit den Heranwachsenden, die Intensivierung der ideologischen Erziehung und den Entzug von Stipendien für politisch illoyale Studierende verlangten. Auf eine jugendpolitische Linie konnte sich das Gremium nicht verständigen. Es setzte daher eine Kommission ein, die Lösungsvorschläge erarbeiten sollte¹⁰⁸.

In ihrer ersten, von Karl Schirdewan geleiteten Sitzung zog die Jugendkommission eine eindeutige Bilanz: die SED stand vor dem Scherbenhaufen ihrer bisherigen Jugendarbeit, und ihre Funktionäre waren sich dessen vollständig bewußt¹⁰⁹. Mehr oder weniger verklausuliert räumte FDJ-Chef Namokel in seinem einleitenden Referat ein, daß die Hälfte der Leitungen der FDJ sich praktisch aufgelöst habe und daß nur ein kleiner Teil der Heranwachsenden zum SED-Regime stehe¹¹⁰. Wolfgang Steinke und Werner Felfe, als Sekretäre des Zentralrats zwei der führenden Funktionäre der FDJ, gaben unumwunden zu, daß die FDJ ihren Mitgliedern nichts zu bieten habe und sie mit ihren politischen Phrasen abstoße. Erich Honecker, inzwischen Sicherheitschef des ZK, bezeichnete das grundlegende Prinzip ostdeutscher Jugendarbeit, das Organisationsmonopol der FDJ, als im Prinzip überholt. Wie andere Kommissionsmitglieder wollte er dennoch daran festhalten, weil er fürchtete, die SED würde bei einer Zulassung weiterer Organisationen die Kontrolle über die Jugendarbeit verlieren. Insgesamt war die Diskussion auch in diesem Gremium von Ratlosigkeit geprägt. Die Kommission verständigte sich lediglich darauf, in Arbeitsgruppen einzelne Bereiche der FDJ-Arbeit gründlich zu analysieren und später ein programmatisches Dokument als Beschlußentwurf für die Parteiführung auszuarbeiten.

Während die Kommission Anfang 1957 nach Möglichkeiten für einen jugendpolitischen Neuanfang suchte, gewann Walter Ulbricht die Initiative zurück. Als Reaktion auf die vielfältigen nun als revisionistisch apostrophierten Reformansätze des Jahres 1956, die den Steuerungs- und Kontrollanspruch der SED-Spitze in Frage gestellt hatten, kündigte er im Januar 1957 eine umfassende ideologische Gegenoffensive an¹¹¹. Das erste Politikfeld, in dem sich diese Weichenstellung niederschlagen sollte, war die Jugendpolitik. Ulbricht nutzte die urlaubsbedingte Abwesenheit von Schirdewan, um den Reformkurs völlig abubrechen, dem Verband eine neue Programmatik zu oktroyieren und die FDJ-Führung zu zwingen, den Verband zur „so-

¹⁰⁸ Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/1/165, 166 und 167, Protokoll der ZK-Tagung vom 12.–14. 11. 1956.

¹⁰⁹ Vgl. zum folgenden SAPMO, DY 30, IV 2/1.01/315, Bl. 1–109, Protokoll der Sitzung der Jugendkommission des ZK vom 10. 12. 1956.

¹¹⁰ Vgl. SAPMO, DY 24, 5785, Redemanuskript Namokels, Bericht über die Lage und das Bewußtsein der FDJ und der Jugend in der DDR, o. D.

¹¹¹ Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/1/170, Bl. 112ff., Protokoll der ZK-Tagung vom 30. 1.–1. 2. 1957.

zialistischen Jugendorganisation“ zu erklären¹¹². Dies war weit mehr als nur ein neues Etikett. Vielmehr wurden damit Ulbrichts jugendpolitische Grundsätze erneut zur gültigen Leitlinie, über deren Schwerpunkt er keine Zweifel aufkommen ließ: Vor allem müsse der „Erziehungsarbeit, der Erziehung zum sozialistischen Bewußtsein größere Aufmerksamkeit gewidmet“ werden; der Aufbau des Sozialismus sei schließlich „eine Umerziehung des Menschen“¹¹³. Nachdem für ihn das Jahr 1956 die Gefahren einer primär auf Breitenwirkung zielenden FDJ-Arbeit bewiesen hatte, erhielt die ideologische und organisatorische Stabilisierung der FDJ oberste Priorität. Der dogmatische Erziehungsanspruch der FDJ aus den Jahren 1951 bis 1953 fand so zumindest auf der programmatischen Ebene in nur unwesentlich abgeschwächter Form seine Erneuerung. Erst von einer vor allem ideologisch gefestigten Basis aus sollte sich der Verband dem Freizeitbereich widmen und seinen Einfluß auf größere Kreise der Jugend ausdehnen. Von den Interessen und Belangen der Jugendlichen war aber allenfalls am Rande, von Interessenartikulation an keiner Stelle die Rede. Vielmehr sollten „Laienspielgruppen, Chöre, [...] Agitations- und Kulturgruppen“ die Freizeit der Jugendlichen füllen und sie in die Gruppen der FDJ führen.

Dieser Ansatz wies eher in die Vergangenheit als in die Zukunft und korrespondierte immer weniger mit der gesellschaftlichen Realität der späten fünfziger Jahre, in der politische Dogmen an Überzeugungskraft verloren, sich Milieu- und Schichtbindungen abschwächten, der Freizeitbereich an Bedeutung gewann und in denen große Teile der Jugend der DDR sich immer stärker am westlichen Lebensstil orientierten und nicht nach Arbeiterromantik, sondern nach Rock'n Roll und Hollywoodfilmen verlangten. Der 1957 gegenüber den frühen fünfziger Jahren ausgeweitete Erziehungsauftrag der FDJ war eine eher hilflose Reaktion auf diese Entwicklungen. Der Verband sollte nun nicht allein den politisch linientreuen, sondern auch noch den in jeder Hinsicht vorbildlichen, moralischen Staatsbürger, Arbeitskollegen und Ehepartner erziehen.

VI.

Ulbrichts Weichenstellung prägte die programmatische Linie der FDJ für mehrere Jahre. Zwar gelang es damit, den Zerfallsprozeß der FDJ zu stoppen und die Organisation strukturell zu festigen, nicht aber ihr größere Breitenwirkung zu verschaffen. Alte Probleme des SED-Regimes mit der Jugend blieben ungelöst; nachdem „die Republikflucht“ im Jahr 1957 zunächst deutlich zurückgegangen war – was nicht allein dem jugendpolitischen Reformkurs zuzuschreiben ist –, stieg sie in der Folge wieder an und erreichte schließlich neue Rekordstände. Allein im August 1961, d.h. vor allem in den zwei Wochen vor dem Mauerbau, verließen mehr als

¹¹² Vgl. Dokumente der 16. Tagung des Zentralrats der FDJ, S. 22 ff. Zur Entstehung vgl. die retrospektivische Schilderung Namokels, vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/1/193, Bl. 193 ff., bes. Bl. 260 f., Protokoll der ZK-Tagung vom 3.–6. 2. 1958.

¹¹³ SAPMO, DY 24, 2180, Protokoll der Zentralratstagung vom 25. 4. 1957.

15 000 Heranwachsende ohne Genehmigung die DDR¹¹⁴. Neue Probleme kamen hinzu. Ähnlich wie im Westen entstand auch in der DDR eine Jugendkultur. „Halbstarke“ Rock'n Roll-Fans sammelten sich in illegalen Clubs und Cliques, waren mit Lederkluft und Kofferradio im Straßenbild präsent und provozierten vereinzelt auch Massenschlägereien. Die Parteiherrschaft fühlte sich – im Konsens mit großen Teilen der Bevölkerung – von diesem im engeren Sinn unpolitischen Phänomen herausgefordert. An der ihr zugewiesenen Aufgabe, die „Republikflucht“ und das sogenannte „Bandenunwesen und Rowdytum“ einzudämmen, scheiterte die FDJ ebenso wie mit ihrem Kampf gegen eine latent hohe Jugendkriminalität. Immer wieder stand die FDJ-Führung ratlos vor der Frage, wie sie ihre Klientel „erziehen“ sollte, wenn diese – ungeachtet formaler Mitgliedschaft – sich weitgehend von der Organisation fernhielt. Immer wieder tauchte der keineswegs neue Gedanke auf, der Zielgruppe interessensspezifische Angebote im Freizeitbereich zu machen¹¹⁵. Aber erst Anfang 1961 rang sich die Parteiführung zu einer realistischeren Sichtweise durch; im Politbüro blieb die Aussage unwidersprochen, daß Jugendliche vor allem Mitglied der FDJ seien, um sich Karrierechancen zu erhalten, und daß ansonsten ein „Greuel gegen die FDJ“ weit verbreitet sei.¹¹⁶

Unter Rückgriff auf einzelne Ideen des 1958 entmachteten Karl Schirdewan unternahm die Parteispitze einen erneuten Anlauf, die Reichweite ihrer Jugendarbeit zu vergrößern. In einem als Politbürokommuniqué öffentlich gemachten Grundsatzdokument ließ sie ein stärkeres Bewußtsein für die Differenzierung der Zielgruppe erkennen und betonte die Bedeutung der „Interessen und Wünsche der Jugend“ für die FDJ-Arbeit¹¹⁷. Noch bevor dieser Schwenk in der Praxis Wirkung entfaltete, wurde er durch die härtere jugendpolitische Gangart nach dem Mauerbau außer Kraft gesetzt.

Zwei Jahre später unternahm die SED – diesmal auf Initiative Ulbrichts – einen erneuten Vorstoß, die latente Krise im Verhältnis zwischen Jugend und SED-Staat zu überwinden und im Kontext der anlaufenden Wirtschaftsreformen nicht zuletzt die Heranwachsenden zu individuellen Leistungen zu motivieren. Ein weiteres Politbürokommuniqué schien den Abschied vom Dogmatismus anzukündigen, erkannte vielfältige gesellschaftliche Differenzierungen an, versprach ausdrücklich Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen und Freizeitbedürfnissen und forderte zu eigenständigem Denken und selbstverantwortlichem Handeln auf¹¹⁸. Als sich aber in der DDR eine von vielen Bands getragene aktive Rockmusikszene mit einer eigenen Subkultur entwickelte und Teile der offiziösen Jugendkultur sich immer stärker an westlichen Vorbildern orientierte, fiel auch dieser Neuansatz dem

¹¹⁴ Vgl. SAPMO, DY 24, 7513, Zahlenmäßige Übersicht über die Republikflucht von Jugendlichen, o.Vf., o.D.

¹¹⁵ Vgl. beispielsweise SAPMO, DY 24, 2621, Diskussion im Sekretariat des Zentralrats am 1. 12. 1958, und das Referat Namokels vor dem VI. Parlament der FDJ, 12. 5. 1959, VI. Parlament der FDJ, S. 25 ff. bes. S. 57 ff.

¹¹⁶ SAPMO, DY 30, J IV 2/2/744, Protokoll der Politbürositzung vom 10. 1. 1961, Redebeitrag Kurt Hager.

¹¹⁷ Kommuniqué des Politbüros des ZK zu Problemen der Jugend, 7. 2. 1961, in: Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 367 ff., zit. S. 374; vgl. auch Schuster, Die SED-Jugendkommunikés von 1961 und 1963, S. 58 ff.

¹¹⁸ Vgl. „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“, 17. 9. 1963, in: Dokumente der SED, Bd. IX, S. 679 ff., und Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 133 ff.

berüchtigten „Kahlschlag-Plenum“ des ZK vom Dezember 1965 zum Opfer. Wie in den fünfziger Jahren führte das grundlegende Dilemma der SED-Jugendpolitik zu einem geradezu typischen Verlaufsmuster: Die Versuche des SED-Regimes, die Jugend allein mit Indoktrination und Druck für Staat und Partei zu gewinnen und für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, blieben nicht nur weitgehend erfolglos, sondern hatten sogar teilweise kontraproduktive Wirkungen. Dies führte nahezu regelmäßig zu Ansätzen, die Jugendarbeit responsiver zu gestalten, sie zumindest partiell auf die Belange und Interessen der Zielgruppe zuzuschneiden. Diese Bemühungen waren jedoch nie von langer Dauer. Denn sobald die Heranwachsenden versuchten, die tolerierten Spielräume im eigenen Sinn zu nutzen und zu erweitern, sah die Parteidiktatur ihren Steuerungs- und Kontrollanspruch über die Gesellschaft in Gefahr und suchte einmal gewährte, kleine Freiheiten wieder zurückzunehmen.

Die Militarisierung der Jugendpolitik und speziell die Rekrutierungskampagnen für die Streitkräfte hatten sich in den fünfziger Jahren als die wohl schwerste Belastung für die FDJ erwiesen. Von dieser Mobilisierungsfunktion wurde der Verband erst Anfang der sechziger Jahre wirklich befreit, nachdem er in den Monaten nach dem 13. August 1961 unter der Parole „Das Vaterland ruft. Schützt die sozialistische Republik“ erneut mit enormem Druck „Freiwillige“ für die Nationale Volksarmee zu rekrutieren hatte. Die im Schutze der Mauer 1962 eingeführte Wehrpflicht machte aber dann entsprechende Kampagnen der FDJ zur Nachwuchssicherung für die Armee überflüssig.

Elke Scherstjanoi/Ralph Sowart

Vergleichende Betrachtungen zu Krisenverlauf, Krisenwahrnehmung und Krisenmanagement 1952/53 und 1960/61

1. Ein Blick auf die fünfziger Jahre: historische Sachverhalte und theoretische Vorüberlegungen

In der Geschichte der SED als Staatspartei stellen die fünfziger Jahre die Konsolidierungsphase dar. Sie waren zugleich ein Jahrzehnt weiterer sozialer Umgestaltung im Anschluß an tiefgehende Enteignungs-, Umverteilungs- und Verstaatlichungsprozesse in Ostdeutschland im Rahmen von Demilitarisierung und Denazifizierung nach Kriegsende. Mit sowjetischer Hilfe zum politischen Hegemon in Ostdeutschland geworden, hatte die SED schrittweise Strukturen und Mechanismen einer Partei neuen Typs angenommen sowie Sozialismuskonzepte und Herrschaftsinstrumente vom Vorbild KPdSU aufgegriffen. Nach der DDR-Gründung versuchte die SED, als herrschende Partei auf eigenen Füßen zu stehen, was bei aller Einsicht in die Notwendigkeit manifester sowjetischer Unterstützung gelegentliche Reibereien mit der Besatzungsmacht hervorbrachte. Die Versuche der SED-Führung, sich von Moskau „abzunabeln“, die, um im Bild zu bleiben, weder die Familienbande zerstören noch die geltenden Hierarchien umstoßen sollten, werden heute von einigen Historikern als eine Art Unbotmäßigkeit gegenüber der Großmacht behandelt¹. Der politische und der herrschafts-psychologische Hintergrund dieses Verhaltens waren bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Betrachtet man jedoch das SED-Krisenverhalten im Vergleich, so stellen die Verselbständigungsversuche und -erfahrungen einen wichtigen Fokus dar. Unter den im folgenden skizzierten Phänomenen der Krisenwahrnehmung und des Krisenmanagements sollen die Kommunikation und die Kooperation der SED mit der Siegermacht UdSSR, der Führungsmacht im sich formierenden Ostblock, und der KPdSU im Zentrum stehen. Der Stand der empirischen Forschung setzt einem solchen Vergleich allerdings gewisse Grenzen.

Noch in den fünfziger Jahren nahm die SED unter den Staatsparteien eine besondere Stellung ein. Sie war nicht nur, wie andere auch, eine von der KPdSU abhängige kommunistische Partei neuen Typs. Sie hatte als deutsche Partei im Bündnis der Bruderparteien mehr nachzuweisen als nur Kooperationsfähigkeit; sie mußte mehr abbauen als nur den alle treffenden Verdacht, nationale Interessen überzubewerten. Die SED war unter den Parteien in der sich formierenden außen- und sicherheits-

¹ Siehe Harrison, Sowjetunion. Sie betrachtet das Verhältnis DDR-UdSSR unter dem Aspekt der besonderen Rolle von „Superalliierten“.

politischen Gemeinschaft des Ostens auch die einzige mit einem im Westen nicht akzeptierten Status. „Ihr“ Staat war zu Beginn des Untersuchungszeitraumes in die befriedete Staatengemeinschaft noch nicht aufgenommen, und auch nachdem die UdSSR der DDR volle Souveränität zugestanden hatte, blieb diese im Westen nicht anerkannt. Lange mußte die SED mit der Gefahr leben, im weltpolitischen Kalkül der östlichen Siegermacht geopfert zu werden, denn eine politisch-staatliche Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands hätte ihre Existenz ernsthaft gefährdet. Erst ab Mitte des Jahrzehntes konnte die Führungsriege um Walter Ulbricht einigermaßen sicher sein, daß die deutschlandpolitischen Angebote der Sowjetunion die fortgeschrittene Teilung und mithin die politischen und sozialen Veränderungen im Osten Deutschlands zumindest mittelfristig nicht in Frage stellten. Zugleich war die SED die im nationalen Rahmen am wenigsten akzeptierte prosowjetische Partei. Vor diesem Hintergrund einer zunächst fragilen und nur schrittweise stabiler werdenden Blockintegration war das Herrschaftsverhalten der SED-Führung insbesondere in Krisenzeiten von besonderen Problemen geprägt. Schwierigkeiten bei der Abstimmung mit der KPdSU-Spitze waren in den internationalen und den bilateralen Verhältnissen regelrecht angelegt. Darüber hinaus kamen andere objektive und subjektive Eigenheiten zum Tragen, die zu ergründen an dieser Stelle nicht der Platz ist. Hier geht es eher um politisch-praktische Handlungsweisen. Die Ereignisse von 1952/53 und 1960/61 in der DDR sollen in diesem Beitrag dahingehend verglichen werden, zu welchen Lageeinschätzungen SED und sowjetische Führung gelangten, wie sie sich abstimmten, welche konkreten Maßnahmen sie ergriffen und welchen Einfluß ihr Verhalten auf den Krisenverlauf nahm.

Zunächst aber ist eine Präzisierung des Krisenbegriffs angebracht. In Anlehnung an die Krisenforschung der siebziger Jahre² ist im folgenden mit Krise eine *ernste Bedrohungssituation für das Herrschafts- und Machtgefüge* gemeint. „Krise“ ist – so verstanden – kein Ersatz für „Konflikt“. Konflikte liegen einer Bedrohungssituation häufig zugrunde, müssen aber nicht in eine Krise führen. „Eine Krise ist [...] eine Situation, in der das bisherige Verhalten irgendwelcher wichtiger Akteure *unter Zeitdruck geändert* werden muß, wenn nicht ein ganz großer Wertverlust oder eine schwere Schädigung des Systems eintreten soll“, formulierte Karl W. Deutsch 1973³. Auch in diesem Beitrag geht es um „*Herrschaftskrisen*“, verstanden als prozessuale Erscheinungen⁴. Krisen dieser Art können – in allen Systemen – von tief-

² Die politikwissenschaftliche Friedens- und Konfliktforschung förderte seit den siebziger Jahren auch zeithistorische Betrachtungen zu Herrschaftskrisen als Folge sozialer, politischer und kultureller konfliktärer Verhältnisse. Mit Definitions- und Differenzierungsversuchen trug sie erheblich zur Klärung der Rolle von Konflikten und Krisen in der politischen Geschichte verschiedener Systeme bei. Krisen im Staatssozialismus sowjetischen Typs wurden allerdings weniger detailliert untersucht und theoretisch reflektiert. Siehe Jänicke, Politische Systemkrisen; ders., Herrschaft; Elsenhans/Jänicke, Innere Systemkrisen; Gurr, Rebellion.

³ Deutsch, Verständnis, S. 93 [Hervorhebung von den Autoren].

⁴ Siehe Offe, Krisen, S. 199. Offe polemisiert mit seiner Forderung nach einem prozessualen Krisenbegriff gegen den oben zitierten Deutsch. Dieser sehe in Krisen punktuelle, katastrophentypische, überraschende, unvorhersehbare Ereignisse, was es schwierig mache, die Krisenhaftigkeit eines sozialen Systems zu beschreiben. Die Verfasser verstehen Deutsch so nicht und versuchen, sowohl die jeweiligen Entwicklungstendenzen als auch den Qualitätssprung der akuten Systemgefährdung im Auge zu behalten.

greifenden Erschütterungen wirtschaftlicher Strukturen und Abläufe hervorgerufen sein, aber auch von außen- oder sicherheitspolitischen Fehlentscheidungen mit manifestem Delegitimierungseffekt. In der Regel sind die Herrschaftsträger dann massiv mit Illoyalität und offener Feindseligkeit der Bevölkerung konfrontiert. Die SED erfuhr solche Erschütterungen dreimal: 1953, 1961 und 1989/90⁵. Im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen stehen die ersten beiden Krisen, sie rahmen den erörterten Untersuchungszeitraum der fünfziger Jahre ein.

Häufig ist im Zusammenhang mit Krisen in staatssozialistischen Systemen von gesamtgesellschaftlicher oder von Systemkrise die Rede. „*Gesamtgesellschaftliche Krise*“ oder „*Gesellschaftskrise*“ soll unterstreichen, daß nicht etwa nur ein Bereich der Gesellschaft, beispielsweise die Industrieproduktion oder das Bildungswesen, betroffen ist. Herrschaftskrisen, wie sie hier thematisiert werden, haben in der Tat meist einen komplexen Hintergrund. Sie können mehrere, sehr unterschiedliche Ursachen haben und erfassen keinesfalls nur das Feld der großen Politik. Doch der Grad der Komplexität bei Ursachen und Verlauf der Ereignisse, mithin ihre mögliche Qualifizierung als „gesamtgesellschaftliche“ Krise, stehen in keinem direkten, schon gar nicht in einem direkt proportionalen Verhältnis zum Grad der Erschütterung der Machtverhältnisse. Denn ein Herrschaftsgebäude steht und fällt nicht unbedingt mit der Stabilität der Verhältnisse in allen Gesellschaftsbereichen, auch nicht bei einem hohen Maß an ideologischer „Verzahnung“. Eine Häufung von „Schwierigkeiten“, „Widersprüchen“ und „Konflikten“ in verschiedenen Segmenten der Gesellschaft kann zwar eine Herrschafts- oder Regimekrise rascher hervorrufen. Wer von „gesamtgesellschaftlicher“ Krise spricht, suggeriert aber immer das Vorhandensein von überall grundsätzlicher Infragestellung der Verhältnisse, was gar nicht der Fall sein muß. Hier soll weitgehend darauf verzichtet werden, den Streit um die Charakterisierung als „Gesellschaftskrise“ aufzugreifen; allzu häufig werden solche Worte nur gewählt, um politische Vorbehalte gegen den Untersuchungsgegenstand kundzutun, ganz so als verlange der Nachweis von Illegitimität und Unrechtmäßigkeit eines Regimes den Beleg totaler, gesellschaftsweiter Dysfunktion – wo nicht über alle Jahre hinweg, da zumindest für jede einzelne Krisensituation⁶. Im Gegenteil ist es für den Vergleich sinnvoll, nach dem realen Konfliktpotential in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu fragen und den Blick auf

⁵ An dieser Stelle sei klargestellt, daß unter dem Begriff Berlin-Krise sowohl im Falle von 1948/49 als auch im Falle 1958/59 Ereignisse zu verstehen sind, die nicht zu den hier behandelten Krisen gehören. Sie waren keine internen SED-Herrschaftskrisen. Es handelte sich um unabhängig und außerhalb der SED-Herrschaft angelegte und ausgetragene Konflikte zwischen den Siegermächten, die nur insofern relevant für die SED waren, als ihr Ausgang Folgen für die deutsche Frage hatte. Im Falle der zweiten Krise diente die Berlin-Problematik allerdings auch als ein bewußt ins Feld geführtes Schlüsselement politischer Konfliktbewältigung, das den Verlauf der Ereignisse beeinflusste. Harrison, Sowjetunion, qualifiziert die Ereignisse 1958–60 auch als eine Krise innerhalb des Sowjetblocks und eine Krise zwischen der sowjetischen und der ostdeutschen Führung. Dies ist eine überzogene Einschätzung. Treffender spricht Lemke, Berlinkrise, von Dissonanzen, widersprüchlicher Kooperation, Konflikten und einem Spannungsverhältnis zwischen den Bündnispartnern.

⁶ So spricht Kowalczyk, Legitimation, S. 119, für 1952/53 von „offenen und die gesamte Gesellschaft erfassenden Verfallserscheinungen“. Damit bedient er sich freilich der Sprache genau des Geistes, den er in der Hochschulpolitik der SED bloßstellen will.

die Verläufe von Krisengenesi, Krisenwahrnehmung und Krisenmanagement durch überzogene Hypothesen nicht zu verstellen.

Der Terminus „Systemkrise“ tangiert die Frage nach der Art von Störung und Bedrohung. Wenn „systemisch“ mehr meinen soll als nur „aus den vorhandenen Verhältnissen resultierend“⁷, dann laufen die Betrachtungen auf die Fragen hinaus, ob Kausalzusammenhänge für das System zu verallgemeinern sind, ob Widersprüche, Konflikte und Krisen im Staatssozialismus als systemisch notwendige Erscheinungen zu verstehen sind, oder anders: ob sie in den Wesensmerkmalen des Regimes und seiner sozialen Basis angelegt waren⁸. Die immanenten Widersprüche des Staatssozialismus in ihrer Entwicklungspotenz betrachtend, markierte Ernst Wurl drei „Widerspruchsfelder“: (1) die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel anstelle ihrer realen Vergesellschaftung, (2) die „Verstaatlichung“ des Individuums anstelle seiner Partizipation an der politischen Gestaltung der Gesellschaft, und (3) die Monopolisierung der politischen Macht durch eine marxistisch-leninistische Partei anstelle der differenzierten Ausgestaltung und Pluralisierung von Macht⁹. All diese Prozesse kamen in der DDR der fünfziger Jahre bereits zum Tragen. Obgleich sich die DDR-Gesellschaft in ihren systemtypischen Grundelementen erst herausbildete, brachten die genannten Widerspruchsfelder bereits soziale und politische Konflikte hervor. So gesehen tendierte Staatssozialismus seit der Entstehungsphase „des Systems“ permanent zur Krise.

Andererseits war gerade die Entstehung dieses Systems von einem besonderen Bezug zu krisenbefördernden Konflikten geprägt. Die „protosozialistische“ Gesellschaft war allein schon wegen des Übergangscharakters der sie tragenden sozialen Verhältnisse wesensmäßig konfliktgeladen. Das Regime bewerkstelligte zielgerichtet sozialen Umbruch. Die grundsätzliche Infragestellung bestehender Verhältnisse und Strukturen sollte ja gerade den „Aufbau des Sozialismus“ ausmachen. Konflikte, die aus diesem Vorhaben resultierten, betrachtete die SED – wie alle kommunistischen Parteien – als Bestandteil von Klassenkampf. Folglich ist nicht jeder soziale Widerspruch dieser Zeit als Ausdruck herrschaftlichen Unvermögens zu interpretieren, nicht jeder Konflikt war ausschließlich „Panne“. Daß die Widersprüche, selbstredend in Abhängigkeit von den internationalen Bedingungen, das Ausmaß ernster Gefährdung kommunistischer Machtpositionen annehmen konnte, war nicht nur theoretisches Einmaleins des Marxismus-Leninismus, sondern praxisrelevante Erfahrung¹⁰.

Bei allen erwarteten Herausforderungen, der SED ging es natürlich um Machtstabilisierung. Umgekehrt formuliert entspricht die Aussage der besonderen Logik der Übergangsphase: Es ging ihr auch *wegen* der Herausforderungen um Machtstabilisierung.

⁷ Unter generalisierender Verwendung des Systembegriffs spricht Hermann Wentker in einer vergleichenden Betrachtung für 1952/53 von einer „systembedingten Wirtschafts-, Finanz- und Ernährungskrise“; auch 1989 hätte der Systemkrise eine Wirtschafts- und Finanzkrise zugrunde gelegen. Was „System“ konkret 1952 und 1989 ausmachte, blieb unklar. Siehe Wentker, Arbeiteraufstand, S. 387. Von einer „innergesellschaftlichen Krise des stalinistischen Systems“ spricht Bollinger, Entstalinisierungskrise, S. 157.

⁸ Dazu unlängst Bollinger, Konflikte.

⁹ Wurl, Widersprüche, S. 19 f.

¹⁰ Die SED nannte solche Gefährdungen nicht „Krise“, doch daraus ist kein Mangel an Krisenverständnis abzuleiten. Gleichwohl gilt uneingeschränkt: „Eine DDR- bzw. sozialismusbezogene Krisenforschung existierte nicht.“ (Prieß/Eckert, Verhaltensmuster, S. 99).

sierung. Für das soziale Projekt, dessen „Gesetzmäßigkeiten“ die Staatspartei allein erkannt zu haben vorgab, brauchte sie weitgehend stabile Machtverhältnisse. Damit ist das vor 30 Jahren schon von Martin Jänicke herausgestellte Phänomen begründet, daß im Staatssozialismus die vehementesten Sozio-Destabilisierer (Zustandsbrecher) gleichzeitig die energischsten Macht-Stabilisierer (Zustandserhalter) sein mußten. Die gewollte Labilität der Gesellschaftsstrukturen – anders gesagt: der von oben initiierte Konflikt – *verstärkte notwendigerweise die Krisenanfälligkeit des den Umbruch vorantreibenden Regimes* und verursachte staatlich-politische Dysfunktionen¹¹. Martin Jänicke brachte dies in Zusammenhang mit einer wichtigen Eigenschaft des vorangetriebenen Umbruchs, eben seiner enormen Verstaatlichung, und sprach auch im Zusammenhang mit der Krise von 1953 von einer „*staatsabhängigen Übergangsgesellschaft*“ *sowjetisch-sozialistischen Typs*. Nicht die Identität von „Zustandsbrechern“ und „Zustandserhaltern“ an sich war seiner Ansicht nach ausschlaggebend für die Qualität der Krise gewesen, sondern die extreme „Verstaatlichung“ des Akteurs. Ein bürokratisch-autoritärer Einparteistaat verkünde, den Kapitalismus zu überwinden, und begründe damit zugleich – unter Beibehaltung alter Legitimationsmuster wie der Formel vom Absterben des Staates – seine weiterreichende Existenzberechtigung. Das höchste Maß an Verstaatlichung erreiche der Umbruch, wenn der monopol-bürokratische Staat die Aufhebung privatkapitalistischer Eigentumsformen in Angriff nehme. Dann sei der Staat Krisenproduzent und Krisenmanager in einem. Er würde zur allseits transformierenden, mobilisierenden und kontrollierenden Kraft, zur omnipotenten Konfliktpartei¹².

Die SED erwartete in den fünfziger Jahren Widersprüche und Konflikte, um – so die dogmatische Vision – durch herrschaftsgestützte Bewältigung Verhältnisse zu schaffen, die durch weniger und nichtantagonistische Widersprüche geprägt waren. Die Vorstellungen vom Charakter dieser neuen Widersprüche waren unklar und einem naiven Harmonisierungsbedürfnis entlehnt. Das Anliegen war illusionär und in der Konsequenz gewissermaßen asozial. Als stalinistische Partei erhob die SED zugleich den Anspruch, die Austragung der Interessenkonflikte in der Gesellschaft (solcher, die vom spezifischen Sozialumbruch herrührten, und anderer) allein in die richtige, dem vermeintlichen Endziel dienende Richtung lenken zu können. Angesichts solcher selbstgesteckter Ziele der Bewältigung krisenbefördernder sozialer Umgestaltungen mußte sich das Regime beständig eines hinlänglichen Zuspruchs versichern.

Ob eine solche Herrschaft bei ihrer Installation ausreichend (was heißt das im historischen Kontext?) demokratisch legitimiert ist, ist dabei zweitrangig, wenn es ihr nur gelingt, Demokratie und Emanzipation so zu entfalten, daß die genannten Widerspruchsfelder möglichst rasch und umfassend reduziert werden. Das Legitimationsdefizit, mit dem die SED-Hegemonie begann, sagt daher über die Krisenanfälligkeit der Herrschaft oder gar des „Systems“ noch wenig aus. Ausschlaggebend ist, wie der „Zustandsbrecher/Zustandserhalter“ diese seine Doppelrolle in Konflikt und Krise ausfüllt. Erst dies bestimmt die weitere Entwicklung von Regime und Gesellschaft.

¹¹ Siehe Jänicke, *Krise*, S. 149.

¹² Ebenda, S. 149f.

Auch für die Fähigkeit zum Krisenmanagement, das das Ziel verfolgte, die Probleme und Konflikte rechtzeitig zu lösen oder zumindest zu entschärfen, könnte man versuchen, eher strukturelle oder eher kontingente Faktoren zu bestimmen. Dies würde den folgenden Beitrag jedoch überfordern. Statt dessen sei die Entwicklung der SED als „Zustandsbrecher/Zustandserhalter“ in den fünfziger Jahren allgemein charakterisiert¹³: Strukturell nur bedingt innovationsfähig, mit ausgeprägter Tendenz zu Voluntarismus und Subjektivismus, war die Staatspartei SED gleichwohl in der Lage, Erfahrungen zu sammeln, die ihrer Doppellrolle zugute kamen. Ein Teil der Erfahrungen war Bestandteil der Lehre von der „Diktatur des Proletariats“, ihre Anwendbarkeit sollte die Praxis zeigen. Dabei ging man zwar von einer Reihe Axiome aus. Doch so flexibel war der Marxismus/Leninismus allemal, daß er neue Erkenntnisse zur Kunst des Machterhalts und zur Gewährleistung des Sozialisierungsvorhabens als „schöpferische Weiterentwicklung“ integrierte. Die SED konnte auch auf die Volksdemokratien schauen, denn Mittel, Wege und Tempi der Sozialisierung galten allgemein als modifizierbar. Wie weit eine Bruderpartei ihren Weg vom sowjetischen unterscheiden wollte, war Gegenstand blockinterner Erörterungen und Machtkämpfe, die im engen Zusammenhang zur internationalen Lage vonstatten gingen. In diesem Kontext verdient hervorgehoben zu werden, daß die Krise 1953 den ostdeutschen Teilstaat im Moment fortbestehenden Besatzungs- und Kriegsrechts sowie unklarer deutschlandpolitischer Orientierung der sowjetischen Siegermacht erfaßte¹⁴. Im Jahr 1961 war die DDR ein außenpolitisch aktiver Staat, der obendrein gerade erst eine Quasi-Anerkennung durch den Westen erfahren hatte, als man seine Vertreter im Sommer 1959 gleichberechtigt neben einer bundesdeutschen Delegation zur Genfer Außenministerkonferenz lud. Ihre Stellung im RGW war gefestigt.

Eigener Erfahrungsgewinn sowohl beim Intensivieren sozialer Umbrüche als auch beim Erkennen und Behandeln von Krisensymptomen kommt hinzu. Die hier zu vergleichenden Bedrohungssituationen erfaßten das Regime in unterschiedlichen Momenten der Systemkonsolidierung. Während 1953 noch keineswegs davon die Rede sein konnte, daß die bereits sozialisierten und staatsgelenkten Segmente der Gesellschaft (die zentralgeplante volkseigene Wirtschaft, die SED-dominierte Kultur und Bildung, der hypertrophe Polizei- und Sicherheitsbereich) optimal im Sinne der SED-Herrschaft funktionierten, hatten sich gegen Ende der fünfziger Jahre staatliche und politische Institutionen herausgebildet, die in Maßen flexibel waren und eine gewisse Belebung von unten ermöglichten. Die SED übte am Ende der Dekade mit ihren Wirtschaftsgremien und mit eigenen Experten größeren Einfluß auf die Volkswirtschaft aus als zu Beginn der fünfziger Jahre. Zwar war mit den ersten Versuchen, den SED-Apparat zu einer Koordinierungsstelle in Wirtschaftsfragen zu machen, neuer Konfliktraum geschaffen, doch der erwies sich als beherrschbar. Aktive oppositionelle Kräfte waren vertrieben oder ausgeschaltet, innerparteiliche Kritik in feste Bahnen gelenkt. Beklagte die SED-Führung auch noch immer alte und neue Unzulänglichkeiten in der Lenkung der Wirtschaft, bei der Mobilisierung

¹³ Zur inneren Entwicklung der SED in den fünfziger Jahren liegen ausführliche Darstellungen vor. Siehe Richert, Macht; Schultz, Funktionär; Ludz, Partielite; Meuschel, Legitimation. Beispiele neuerer Publikationen: Herbst/Stephan/Winkler, Die SED; Klein, Einheit.

¹⁴ Siehe Scherstjanoi, Sowjetische Deutschlandpolitik.

aller Ressourcen und bei der politischen Beeinflussung der Bevölkerung, so hatten ihre Funktionäre doch in der Praxis gelernt – sowohl verwaltungstechnisch als auch politisch. Die „policy-making capacity“¹⁵ des SED-Staates hatte zugenommen.

Von besonderem Wert waren die Konflikt Erfahrungen von 1956/57. Der XX. Parteitag der KPdSU und die Ereignisse in Polen und Ungarn hatten erhebliche Verunsicherung in den Reihen der SED ausgelöst (nicht minder starke als der Neue Kurs 1953) und vor allem unter Intellektuellen landesweit für offenen Protest gegen die SED-Führung gesorgt. Die Situation in der DDR war, insbesondere nach der Zementierung der Teilung Deutschlands 1954/55, durchaus „krisenwürdig“. Doch es gelang der SED unter Walter Ulbricht, die Krisenherde zu isolieren und Krisenpotential – echtes und vermeintliches – energisch zu unterdrücken. Eine Eskalation des Konfliktes wurde verhindert.

Die Vorüberlegungen zusammenfassend, ist also festzustellen, daß die Konsolidierungsphase des Staatssozialismus *erwartungsgemäß* eine *latente Bedrohung* für die Machthaber darstellte, die aus *selbstgewähltem Veränderungsdruck* erwuchs. Aus dieser Tatsache leitete Stalin übrigens seine verheerende These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes beim Sozialismusaufbau ab. Was diese These für das Krisenmanagement bewirkte, ist konkret zu untersuchen. Für den Fortbestand des Regimes war es wichtig – und die Staatsparteien sahen das alle so –, *manifeste Regimekrisen* und *offene Konflikte größeren Ausmaßes* zu vermeiden, indem es den zu erwartenden Verlust an Ansehen und Legitimität, vielleicht sogar partielle Handlungsunfähigkeit, einkalkulierte und möglichst rasch zu kompensieren versuchte, ohne das Ziel zu beschädigen. Probleme, die den erwarteten bzw. beförderten Konflikt ungünstig – im Sinne der Herrschaft – beeinflussen konnten, mußten möglichst frühzeitig gelöst oder ihre Folgen minimiert werden.

Der auf Herrschaftsstrukturen zielende, konfliktwissenschaftliche Ansatz gestattet es, diese Herausforderungen an das Regime vielfältig zu ergründen. Er fragt nach Ursachen, zeitlichen Abläufen, nach konfliktmindernden und konfliktverstärkenden Momenten im Verhalten verschiedener Akteure und wechselseitigen Wahrnehmungen der Herrschaftsträger und der Beherrschten, nach der inneren Dynamik des Konfliktes (bzw. der Konflikte) im Moment der härtesten Interessenkonfrontation, nach echten und vermeintlichen Handlungszwängen sowie realen Lösungswegen. Erst ein solcher Vergleich öffnet den Blick für wirklich „Systemimmanentes“, oder „Typisches“ sowie für die konkreten Besonderheiten der einzelnen Krisen¹⁶. Er wird im folgenden für 1952/53 und 1960/61 mit Schwerpunkt Kooperation SED-KPdSU in groben Umrissen versucht. Als Zeitabschnitte, die die Bezeichnung Herrschaftskrise verdienen, stellen sich die Monate November 1952 bis August 1953 mit einer akuten Phase von Ende Mai bis Juli 1953 dar. Im zweiten Fall könnte man für die Zeit von Herbst 1960 bis zum September 1961 von einer Krise sprechen, die eine akute Phase von etwa Mitte Juni bis zum 13. August 1961 einschloß. Die Zeitabschnitte sind für das zweite Beispiel weniger exakt bestimmbar

¹⁵ Siehe Offe, Krisen, S. 197.

¹⁶ Ein noch immer aktuelles Plädoyer für Vorsicht und Sorgfalt bei der Nutzung des Krisenbegriffes durch Historiker findet sich bei Starn, Aspekte.

als für das erste¹⁷. „Akut“ bedeutet für die Beispiele nicht „im gleichen Maße bedrohlich“.

2. Vergleich der Ausgangslagen

In den Ausgangslagen der Krisen lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Sie charakterisieren die für die gesamte Konsolidierung der DDR-Herrschaft in den fünfziger Jahren typischen Probleme. Sowohl 1952/53 als auch 1960/61 hatte es die SED mit erheblichen Wirtschaftsproblemen zu tun, die nicht nur aus dem beabsichtigten sozialen Umbruch erwachsen, sondern teilweise in Kriegsfolgelasten begründet waren, sich längerfristig herausgebildet hatten, dann allerdings durch strukturelle Eingriffe noch verschärft und akut wurden. Zu Beginn der fünfziger Jahre hatte eine disproportionale, kapitalarme, materiell geschädigte und von Reparationsleistungen belastete, akkumulationsschwache Volkswirtschaft erhebliche Investitions- und Arbeitskräfteprobleme. Erschwerend kamen immer wieder zusätzliche Forderungen aus Moskau hinzu, die die volkswirtschaftliche Regulierung erschwerten und eine kurzfristige Umgewichtung bei Energieträger-, Rohstoff- und Spezialmaterialzuteilungen erforderlich machten. 1954 wurden die restlichen Reparationen erlassen. Noch Ende der fünfziger Jahre herrschte eine Vielzahl an Problemen: volkswirtschaftliche Ungleichgewichtung, überalterte Industrieanlagen in traditionellen Zweigen, angespannte Arbeitskräftelage, Rohstoffprobleme, Außenhandelsschwierigkeiten. Sie führten nach einem kurzen Wirtschaftsaufschwung (1958/59) in ein unerwartetes Absinken der Wachstumsraten. Der Siebenjahrplan (1958–1965) ging von völlig überzogenen Erwartungen aus. „Versorgungslöcher“ bestimmten den Alltag. Als dies erkannt wurde, war es für einen krisenverhindernden Politikwechsel zu spät.

Bei aller Ähnlichkeit der Ausgangslagen mußten die Lösungen der Wirtschaftsprobleme und mithin die denkbare Abwendung herrschaftsbedrohender Entwicklung 1952/53 und 1960/61 unterschiedlich sein. Im ersten Fall bedurfte es erheblicher Korrekturen in der mittelfristigen Investitionspolitik, ebenso rascher wie konzentrierter Schwerpunktverlagerungen innerhalb der Industrie, sofortiger Entlastungen des Haushaltes bei gleichzeitiger gezielter Verbesserungen in der Lebensmittel- und Konsumgüterbereitstellung. Im zweiten Fall war eher an mittel- und langfristig sinnvolle Abstimmungen bei den Investitionen und damit an eine Rücknahme überzogener Wachstumsvorstellungen zu denken gewesen, wobei kurzfristig der Facharbeiterschwund zu minimieren war. Der Handlungsdruck in Wirtschaftsfragen war zu Beginn der ersten Krise (Ende 1952) stärker als der zu Beginn der zweiten Krise (Mitte 1960), was es auch besonders schwierig macht, im zweiten Fall diesen Beginn zeitlich zu fixieren. Faktisch ergab sich hier eine dramatische Zuspitzung der Lage erst infolge einer plötzlichen außenwirtschaftlichen Veränderung – des Stops im innerdeutschen Handel.

In beiden Fällen ging den Krisen eine Zäsur in den gesellschaftskonzeptionellen Verlautbarungen der Staatspartei voraus. Und für beide Fälle findet sich in der

¹⁷ Lemke, Berlinkrise, S. 69 f., zufolge eskalierte die zweite „Systemkrise“ sogar erst nach dem Mauerbau.

Fachliteratur die Behauptung, dieser sogenannte Kurswechsel (der in beiden Fällen keiner war) hätte die Krise ausgelöst¹⁸. Gemeint ist die Verkündung der Losung vom „Aufbau des Sozialismus“ auf der 2. SED-Parteikonferenz im Juli 1952 und die Verkündung der Losung „Der Sozialismus siegt“ auf dem 5. SED-Parteitag im Juli 1958. Faktisch ging es beide Male um das gleiche, nämlich darum, die abschließende Phase der Sozialisierung nach sowjetischem Vorbild und damit vor allem die Kollektivierung der Landwirtschaft in Angriff zu nehmen.

Für beide Fälle gilt: Weder die Losung noch die unmittelbar folgenden Unternehmungen im Geiste der Losung destabilisierten die SED-Herrschaft in einem für sie gefährlichen Maße. Ausschlaggebend war, daß vergleichsweise „weiche“ Fristen gesetzt und vage Formulierungen gewählt wurden. 1952 war dieses Verhalten der SED-Führung vor allem sowjetischen Vorgaben geschuldet, wobei noch unklar ist, ob es eher Stalins außenpolitischer Verunsicherung oder aber seiner Erfahrung mit Widerständen im eigenen Land anzurechnen ist, daß er Ulbrichts Elan dämpfte. Die auslegbare Formulierung von 1958, wonach der Sozialismus „in den nächsten Jahren zum Sieg zu führen sei“, dürfte bereits der eigenen Vorsicht der SED-Spitze entsprungen sein. Eine Abstimmung mit Moskau muß es natürlich gegeben haben¹⁹.

Die zweite Losung beinhaltete faktisch noch eine zweite Komponente. Neben der Sozialisierung in der Landwirtschaft wurde am Ende des Jahrzehnts ansatzweise eine industrielle Modernisierung ins Auge gefaßt, die die Landwirtschaftsproblematik regelrecht zweitrangig werden ließ. Die blockweit gestellte „ökonomische Hauptaufgabe“, in den Grundkennziffern des materiellen Lebensniveaus den Westen bis 1961 zu überholen, verstanden einige SED-Wirtschaftsfunktionäre als Chance, in diesem kurzen Zeitraum die sowjetische Seite zu innovativem wirtschaftlichem Beistand zu bewegen. Das Jahr 1961 wurde damit nicht nur im Propagandabereich sondern auch in der herrschaftsinternen Orientierung zu einer symbolischen Größe, einem politischen Zielpunkt mit Eigendynamik, den zu verfehlen stärker delegitimierend und desorientierend wirken konnte als die Unzufriedenheit bestimmter sozialer Gruppen. Zugleich wurde an einer volkswirtschaftlichen „Generalperspektive“ für die Zeit bis 1975 gearbeitet, die im Verständnis von 1960/61 die rasche Beseitigung des noch vorhandenen Privateigentums in Handwerk und Industrie implizierte. Hier spielte der Termin Ende 1961 eine untergeordnete Rolle²⁰. Die SED erarbeitete einen vermeintlichen Ausweg aus der angespannten Wirtschaftslage, der immerhin noch von einem volkswirtschaftlichen Wachstum von sechs bis sieben Prozent für die Jahre bis 1965 ausging. Die Krisenprävention orientierte sich also nicht so sehr an der internen Problemlage als vielmehr am Wettbewerb mit der Bundesrepublik. Wie auch immer, in beiden Fällen waren die DDR-Bürger von der neuen politischen Losung zwar alarmiert, doch trieb sie das noch nicht in Massen dazu, „mit den Füßen abzustimmen“.

¹⁸ Siehe bezüglich 1952/53 Kowalczyk/Mitter/Wolle, Tag X; Wilke/Voigt, Neuer Kurs, S. 27.

¹⁹ Im Unterschied zum Agieren Moskaus 1952/1953 lassen sich über die sowjetische Einflußnahme auf die DDR-Gesellschaft und über eine Kooperation SED-KPdsU in Sachen Sozialisierung für das Ende der fünfziger Jahre aufgrund von Quellenmangel nur allgemeine Aussagen machen.

²⁰ Siehe Roesler, Wende, S. 172f.

Anhand der DDR-Geschichte läßt sich nicht studieren, wie sich die Bevölkerung, namentlich die Bauern, im Falle sehr langsamer Gewöhnung an sich ausweitende „sozialistische Produktionsverhältnisse“ verhalten hätte, etwa nach dem 1956 von Kurt Vieweg vorgelegten Kollektivierungsmodell, das auf mehrere Jahrzehnte angelegt war. Indes, in beiden Krisenfällen belegten die Quellen einen herausragenden Delegitimierungseffekt erst im Ergebnis einer erneuten politischen Entscheidung der Herrschenden: Einmal nach sechs Monaten, beim zweiten Mal nach 16 Monaten entschied die SED-Führung ganz plötzlich, das Tempo anzuziehen und zu härteren Maßnahmen überzugehen. Erst dies löste – nicht unerwartet – krisenhafte Konflikte aus.

3. Erste Wahrnehmungen der SED und ihre Grundeinstellung auf die Herausforderung

Die Entscheidungshintergründe für die *Forcierung des sozialen Umbruchs* waren 1952 und 1960 verschieden. 1952 war die Forcierung Teil des einsetzenden Krisenmanagements; sie erwuchs unmittelbar aus der Wahrnehmung eines beachtlichen Finanzdefizits und einer sich abzeichnenden extremen volkswirtschaftlichen Notlage. Die SED-geführte Regierung reduzierte auf sowjetischen Rat Sozialleistungen, senkte über die zentrale Versorgung das ohnehin nicht hohe Ernährungs- und Versorgungsangebot. Der eigenen Klientel, der Arbeiterschaft, verlangte die SED beachtliche Lohneinbußen ab. Schließlich sollte der Agrarsektor stark zur Kasse gebeten werden, wobei sogar größere Produktionseinbußen und soziale Spannungen auf dem Lande in Kauf genommen wurden. Das Anliegen, die Probleme über einen Generalangriff auf die ländlichen Eigentumsstrukturen mit lösen zu wollen, nahm unmittelbar vor der Frühjahrsbestellung 1953 Gestalt an²¹. Es war finanzpolitisch von Anfang an fragwürdig, wurde aber politisch-ideologisch rasch aufgeladen. Hinter all diesen Schritten, die – bis auf die Kollektivierung – als Not- und Übergangsregelungen gesehen wurden, stand die feste Annahme, die Sowjetunion würde den Produktionsrückgang mit zusätzlichen Lebensmittellieferungen abfangen helfen, sich zu Mäßigung in Reparationsforderungen und Rüstungsaufträgen überreden lassen und grundsätzlich zu planvollem Handelsverkehr übergehen, womit die DDR-Volkswirtschaft erheblich entlastet und offene Konflikte vermieden würden.

1960 mußten zunächst keine solche Kompensationsmöglichkeiten ausgedacht werden, denn es bestand keine solche Not des Regimes. André Steiner sprach von einer Wachstumseuphorie, genährt von den hohen Zuwachsraten der vorangegangenen Jahre²². Die Wirtschaftslage ermutigte die „Sozio-Destabilisierer“. Während die Forcierung der Kollektivierung 1952 eindeutig als Fehlentscheidung während einer bereits existierenden Bedrohung zu qualifizieren ist, kam es zum „sozialistischen Frühling“ 1960 angesichts einer vermeintlichen Sicherheit, d.h. noch „normaler“, nicht akuter Destabilisierungseffekte. Die Aufkündigung des innerdeutschen Handelsabkommens durch die Bundesrepublik im September 1960 dramatisierte

²¹ Die These, es sei der SED-Führung um eine Vollkollektivierung noch im gleichen Jahr gegangen, ist nicht ausreichend mit Quellen unterlegt.

²² Steiner, DDR-Wirtschaftsreform, S. 40.

die Situation. Sie wirkte schockartig und nötigte die SED, über Investitionskonzepte im volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang neu nachzudenken. Vor dem Hintergrund der bereits begonnenen Forcierung der Kollektivierung löste diese politische Verunsicherung eine sprunghafte Verschärfung der Spannungen zwischen Herrschenden und Beherrschten aus.

Bereits zu Jahresbeginn 1960 war die kurzzeitige Wirtschaftseuphorie in die Erkenntnis umgeschlagen, daß die „ökonomische Hauptaufgabe“ so ohne weiteres nicht zu erfüllen war. Warum sich Ulbricht unter diesen Umständen zum sogenannten „sozialistischen Frühling“ entschloß, ist klärungsbedürftig. Die unmittelbaren politischen und volkswirtschaftlichen Risiken mußten ihm klar gewesen sein. Daß Ulbricht und andere maßgebliche Kräfte grundsätzlich bei der Vollkollektivierung und damit beim geltenden Moskauer Dogma blieben, liefert nur einen Teil der Erklärung. Offen bleibt, warum kurzfristig – allen Erfahrungen von 1953 zum Trotz – erneut „die Zügel angezogen“ wurden. Vier Hypothesen seien formuliert:

1. Ulbricht schätzte die Summe aller sozialen und politischen Bedrohungsfaktoren im Vergleich zu 1952/53 als harmloser ein, so daß er das Risiko für die politischen Folgen einer Kollektivierungskampagne als vergleichsweise gering bewertete.
2. Erwartete positive Effekte (etwa die Freisetzung von Arbeitskräften) wogen in seinen Augen den Vertrauensverlust auf (was allerdings nur bei geschlossener Grenze Sinn machte).
3. Für ihn war der 17. Juni 1953 nicht hauptsächlich durch den Unmut in der Bauernschaft hervorgerufen (womit er recht hatte).
4. In außerwirtschaftlichen, etwa außenpolitischen, Zusammenhängen schien ihm ein Treuebeweis gegenüber Moskau extrem wichtig.

Zu berücksichtigen ist die andere Ausgangslage. Der Kollektivierungsgrad in der Landwirtschaft hatte vor Beginn der zweiten Krise bereits etwa 50 Prozent erreicht. Vor der ersten Krise, also Ende 1952, lagen gerade einmal 3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Händen von Produktionsgenossenschaften. Die bessere Ausgangssituation mag Walter Ulbricht bestärkt haben, die Vollkollektivierung 1960 rasch in Angriff zu nehmen. Später brachte er die Bemühungen um die Kollektivierung als Argument für die Durchsetzung einer neuen RGW-Arbeitsteilung vor, die eine ausreichende Versorgung der DDR sicherstellen sollte. Es ist nicht auszuschließen, daß ein solches Kalkül frühzeitig mitschwang. Offensive und defensive Motive ergänzten wohl einander. Allerdings weisen die Quellen auch auf eine Besonderheit hin: Der „sozialistische Frühling“ entwickelte im Sommer 1960 aus der Initiative lokaler SED-Funktionäre heraus ein für die Parteiführung unerwartetes Tempo, auf das sich letztere dann einließ. Die herrschaftsinternen Sachzwänge sind noch nicht hinlänglich untersucht. Krisenrelevant war, daß die Destabilisierungsfolgen der Aktion wenige Monate später, wie erwähnt, durch eine außenwirtschaftliche Extremlage potenziert wurden. 1952 und 1960 gestalteten sich die zeitlichen Zusammenhänge von Agrarsozialisierungsschub und volkswirtschaftlicher Notlage also in gewisser Weise spiegelverkehrt.

In beiden Fällen verstärkten sich im Verlauf der Krise die Delegitimierungseffekte, im ersten Fall rascher als im zweiten. Die Bevölkerung verließ in ungewohnten Größenordnungen das Land. In beiden Fällen waren mit Einsetzen der Forcierung des Sozialumbruches die Bauern verständlicherweise die am heftigsten angegriffene, am meisten mental verunsicherte Gruppe. Insgesamt erfaßte der Flücht-

lingsstrom aber alle Schichten. Und er reichte weit in die soziale Basis der SED, ihre Rekrutierungskreise und Klientel hinein. Mehrfach ist bereits dargestellt worden, daß die Fluchtbewegung aus der DDR Mitte der fünfziger Jahre größere Zahlen schrieb als eingangs der sechziger Jahre, d.h. als die Monate, die wir hier als Krise beschreiben²³. 1955 waren die monatlichen Fluchtzahlen auch höher als im November und Dezember 1952, ohne daß sie eine manifeste Krise auslösten. Daraus folgt, daß Fluchtzahlen für sich genommen – zumindest in den Größenordnungen der fünfziger Jahre – zwar ein wichtiges, aber kein alles entscheidendes Kriterium für eine akute Herrschaftskrise des SED-Regimes waren. Sie sind im Kontext allgemeiner Protesthaltung und deren Analysen durch das Regime zu bewerten²⁴.

In den hier untersuchten Fällen hatte der Unmut verschiedene konkrete Ursachen, Anlässe und Formen. 1953 kam zu einer längerwährenden, komplex verursachten Unzufriedenheit mit der materiellen Lebenslage die Erfahrung drastischer Verschlechterung für alle Schichten hinzu. Zu Beginn der Dekade war die Lebensqualität ohnehin sehr niedrig, sie hatte im gesamtgesellschaftlichen Rahmen das Vorkriegsniveau noch nicht erreicht. 1961 ergab sich der Unmut aus einer partiellen Verschlechterung der Lage für bestimmte Bevölkerungsteile. Die von der Sozialisierung betroffenen Bauern und die in ihren regulären Westbesuchen zunehmend behinderten Berliner und Brandenburger bildeten die aufbegehrende „Spitze des Eisberges“ der Unzufriedenen. Vor dem Hintergrund recht spürbarer Verbesserungen in den Jahren zuvor auf der einen und einer sichtbaren Differenz zum Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik auf der anderen Seite sorgten akute Versorgungsprobleme für Mißstimmungen. Beide Konfliktsituationen sind ein Beispiel für die außerordentliche Bedeutung der Versorgungslage der Bevölkerung als zentralem Problem sozialistischer Herrschaftssicherung. Zugleich belegen beide Beispiele auch, daß die Zuspitzung der Versorgung im Kontext angekündigter oder vollzogener Enteignungsaktionen besondere politische Sprengkraft entwickelte.

Zugleich waren sowohl 1952/53 als auch 1960/61 die (hier in ihrer Qualität als prekäre soziale Lage etwas verkürzt) dargestellten Phänomene in sich differenziert. Etwa in Lohnangelegenheiten, aber auch allgemein hinsichtlich Erwerb und Wohlstand gab es keinen gleichmäßigen Einbruch. Die Breitenwirkung der Wirtschaftsprobleme auf die Bevölkerung war 1952/53 größer. Die Unmutsäußerungen waren in der ersten Krise auch massiver als in der zweiten. 1960 protestierte vor allem das Dorf. Das ländliche Protestpotential war dabei 1953 und 1960/61 in etwa gleich, nur war der Aktivierungsgrad der protestierenden Bauern 1953 niedriger, was in der kürzeren Zeitspanne bis zur Konfliktlösung begründet lag. Streiks und innergewerkschaftlicher Protest der Arbeiterschaft gegen die Einführung unbeliebter Lohnregelungen kennzeichneten die erste Krise, nicht aber die zweite. Die Intellektuellen verhielten sich in beiden Fällen sehr gemäßigt oppositionell; 1961 war unter ihnen der Anteil derjenigen, die regimekonforme Hoffnungen hegten, größer.

In beiden Fällen wäre es völlig falsch, der SED-Führung politische Instinktlosigkeit vorzuwerfen. Sie war sich des zunehmenden Vertrauensschwundes und der Brisanz der Lage durchaus bewußt. Dennoch gab es Unterschiede in der Grundeinstellung. Die Staatspartei begegnete den Herausforderungen 1952/53 und 1960/61

²³ Siehe beispielsweise Heidemeyer, Flucht.

²⁴ Siehe Major, Aspekte; Ross, Sonst sehe ich mich.

mit einem unterschiedlichen Verhalten zu dem sich abzeichnenden Konflikt. Das verwundert nicht, denn abgesehen von den Unterschieden in der realen Bedrohung fehlte 1953 noch die Erfahrung der Erschütterung. 1960/61 konnte die SED-Führung auf den 17. Juni und – über die Landesgrenzen hinaus – auf das Jahr 1956 zurückblicken. In der ersten Krise legte sie es – anders als dann gegen Ende der fünfziger Jahre – auf politische Konflikte mit bestimmten Teilen der Bevölkerung regelrecht an. Dies hatte mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht direkt zu tun, verwebte sich aber mit ihnen – zumindest in den Augen der Betroffenen – zu einem dramatischen Szenario. Gemeint sind die Angriffe der SED-Führung auf die Kirchen und insbesondere deren Jugendarbeit sowie die Kriminalisierung der Verweigerungshaltung unter wirtschaftsstärkeren Bauern. Ideologische Verhärtungen unter den SED-Mitgliedern begleiteten die Kampagnen. In diesem Zusammenhang entwickelte die SED vor und während der Zunahme der Bedrohung 1953 eine stärkere Bereitschaft, die Abwanderung bestimmter sozialer und politischer Kräfte zu tolerieren. Ja, in gewissem Maße erwartete sie davon sogar eine Entspannung. Die zweite Krise stellte, wie bereits gesagt, weit weniger Bedrohung dar, doch vermied die SED Ende der fünfziger Jahre darüber hinaus sinnlose Kraftproben ohne Bezug zu ihrem Umbruchvorhaben. Das Verhältnis zu den Kirchen verschlechterte sie nicht. Für den Mittelstand war mit der staatlichen Beteiligung zuvor schon ein hinreichend akzeptiertes Integrationsmodell gefunden worden.

4. Akutes Krisenmanagement und Außenpolitik

Zwei wesentliche Unterschiede zeigen sich – neben der unterschiedlichen Grundhaltung der SED zum beginnenden Konflikt – bei der Analyse des akuten Krisenmanagements von 1952/53 und 1960/61. Sie betreffen einerseits das Verhältnis der SED zur Besatzungsmacht, zum Blockhegemon und zur KPdSU und damit die außenpolitische Aktivität des Regimes im Kontext der Krise, andererseits das Verhältnis zur eigenen sozialen Klientel. In der Krise von 1952/53 hatte beides ganz eng miteinander zu tun.

Eine vergleichende Betrachtung zum Krisenmanagement der SED bedarf ganz besonders für die extrem kritischen Momente des Konfliktes einer Einbettung in deutschlandpolitische Entscheidungsprozesse in Moskau. Die zweite der hier behandelten SED-Herrschaftskrisen fand vor dem Hintergrund einer akuten deutschlandpolitischen Krise in den Beziehungen der Siegermächte statt. Das kann so für die erste nicht gesagt werden, wenngleich auch hier Entscheidungsdruck gepaart mit Orientierungsnot bestand und insbesondere von der sowjetischen Führung empfunden wurde. Bereits auf den ersten Blick wird deutlich, daß die SED gegen Anfang und Ende der fünfziger Jahre in unterschiedlichem Maße informiert und eingebunden war. Dies ergab sich nicht zuletzt aus dem eingangs erwähnten unterschiedlichen völkerrechtlichen Status des ostdeutschen Staates und war zugleich Ausdruck eines anderen Verhältnisses zwischen KPdSU und SED, das wiederum auf einem unterschiedlichen Stand der außen- und deutschlandpolitischen Nachkriegsentwicklung aufbaute.

Anfang 1953 sorgten außenpolitische Orientierungsprobleme in Moskau für zu späte Kommunikation mit der extrem abhängigen und unerfahrenen SED, für Ab-

sagen an erste Hilferufe und für unklare Handlungsvorgaben. Die mitverschuldeten Spannungen schließlich richtig deutend, modifizierte die Siegermacht dann nicht nur ihren Ratschlag für die SED, sondern auch ihre Deutschlandpolitik. Diese wiederum floß in Teilen in ihr Programm der innenpolitischen Stabilisierung der DDR ein. Eine solche enge Verknüpfung ergab sich aus der grundsätzlich noch immer auf der Einheitsoption aufbauenden Politik Moskaus in der deutschen Frage. Unter Stalins Nachfolgern blieben aber sowohl die Anhänger einer gesamtdeutschen Lösung als auch die Protagonisten einer fortgesetzten Teilung Deutschlands ausgesprochen unsicher.

Die SED-Führung erfuhr 1953 weder von den deutschlandpolitischen Debatten noch von den Krisenbetrachtungen im Kreml. Die einerseits von Moskau heraufbeschworene, andererseits selbstbestimmte Hörigkeit der ostdeutschen Kommunisten schadete ihnen bei der Wahrnehmung des Konfliktes im eigenen Land, verhinderte Krisenprävention. Bei intensiver Konsultation hätte auch der entscheidende Schwachpunkt der verspäteten, aber immerhin in Angriff genommenen Korrektur in Form des „Neuen Kurses“ gemeinsam behoben werden können.

Auch das Berlin-Ultimatum 1958 war Ausdruck konfuser Positionierungsversuche des Kremls in der Deutschlandfrage; es war mit der DDR-Führung nicht abgestimmt. Wenn, wie vermutet wird, Chruschtschow das Berlin-Ultimatum ausgesprochen hatte, nicht nur um welt- und europapolitische Verhärtungen aufzubrechen, sondern auch, um die mittlerweile erschlaffte hegemoniale Kontrolle im Block erneut zu festigen²⁵, dann war die Aktion auch im Hinblick darauf kontraproduktiv. Im weiteren Verlauf der Ereignisse, insbesondere ab 1960, vermochte es die SED um Walter Ulbricht nämlich, sich als wichtiger deutschlandpolitischer Akteur in den Ostblock-Gremien zu etablieren und auf rationale Entscheidungen zu drängen. Aus Sicht der SED war es wichtig, eine dauerhafte Lösung zu finden. Schließlich erwirkte Ulbricht eine sowjetische Verpflichtung, spätestens bis 1961 eine „Lösung“ zu erreichen. Auch die Blockpartner sahen das für sinnvoll und machbar an. Die SED-Führung arbeitete an der Einlösung dieses Versprechens aktiv mit und durchlebte gleichzeitig innere Auseinandersetzungen um die volkswirtschaftlichen und politischen Folgen der unterschiedlichen, möglichen Problemlösungen. Die Ankündigung eines Friedensvertrages für Ende 1961, der mit der „Frontstadt“ West-Berlin Schluß machen würde, ließ freilich auch die Fluchtzahlen zusätzlich ansteigen. In mehrfacher Hinsicht gerieten also SED und KPdSU als Partner in einer außenpolitischen Krise durch die zeitliche Fixierung auf die Lösung noch im Jahre 1961 in Zugzwang. Doch der das innere Konfliktmanagement in der DDR mitbestimmende Vorsatz war und blieb ein die Kooperation förderndes, disziplinierendes Ziel; es duldete gemeinsame Modifizierungen, nicht aber Übertreibung im Stil des „Neuen Kurses“.

Die konkreten Details der Kooperation – auch historisch zufällige – lassen den Historiker so gut wie keine Gleichheitszeichen im konkreten Krisenmanagement setzen. Die Fluchtwelle von Januar/Februar 1953 beunruhigte die SED-Führung noch nicht, schienen sich doch vor allem solche „davonzumachen“, die der Sozialismus nach gängigem sowjetischen Modell ohnehin nicht gebrauchen konnte. Zu-

²⁵ So Filitov, Die Entscheidung zum Mauerbau. Genau entgegengesetzt argumentiert Wettig, Die UdSSR.

gleich sah sie – vor allem infolge von aufgenötigter Rüstungsproduktion – extreme volkswirtschaftliche Belastungen auf sich zukommen. Ihre umfängliche Lageanalyse stieß in Moskau auf taube Ohren. Von dort erhielten Pieck, Grotewohl und Ulbricht lediglich den Rat, Lohn- und Verwaltungskosten einzusparen und im Sozialbereich Leistungen abzubauen. Während Moskau in Sachen *Krisenprävention* untätig blieb, machten sowjetischen Berater in Berlin die SED-Führung zunächst traditionsgemäß auf eine gewisse Mißstimmung unter Intellektuellen aufmerksam. Die sowjetische Kontrollbehörde war funktional gestört, erkannte die reale Bedrohung nicht und leitete einzelne Signale noch nicht einmal weiter. Als das Ausmaß der „Abstimmung mit den Füßen“ zunahm, hoffte die SED noch immer auf materielle Hilfe aus der Sowjetunion.

Die fortgeschrittene Krise machte diese nun bereits als dringende Hilfe im *akuten Krisenmanagement* nötig. Die von Moskau gewährte materielle Hilfe vom April 1953 bot jedoch keine hinreichende Entlastung. Die SED sah sich gezwungen, weiterhin zu Lasten der ohnehin schlechten Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern zu entscheiden und Lohnforderungen eine Absage zu erteilen. Großbauern- und mittelstandsfeindliche Stimmungen erhielten, genährt durch sowjetische „Beratung“, weiteren Auftrieb. Erst sowjetische Geheimdienstmeldungen über abnorme Flüchtlingszahlen, Streiks und wachsende Anti-SED-Stimmung in allen Schichten sorgten im Mai 1953 in Moskau für eine Thematisierung der politischen Lage in der DDR²⁶.

Auch Ende 1960 war die enorme Fluchtbewegung offensichtlich. Klarer begann sich das volkswirtschaftliche Dilemma mit seinen momentanen Bedrohungen (Stopp im innerdeutschen Handel) abzuzeichnen. Die Arbeitskräfteeinbußen wurden von der SED zu Recht nicht als existentielle Bedrohung für die Verhältnisse gesehen, gleichwohl als dringendes Problem erkannt²⁷. Die Verwirklichung des Siebenjahrplanes blieb zwar fraglich, aber ein unmittelbarer volkswirtschaftlicher Kollaps war nicht zu befürchten und wurde nicht befürchtet. Dafür waren die Aussichten höchst unklar. Ende Juni 1961 glaubte man noch mit den prognostizierten Verlusten bis 1965 eine Planvariante aufstellen zu können. Und es lag auf der Hand, daß ein Stopp des Flüchtlingsstromes das Arbeitskräfteproblem nicht vollständig lösen würde, da es sich zum erheblichen Teil um ein Planungs- und Lenkungsproblem handelte, das auch natürliche demographische Trends beinhaltete. Zugleich geriet die Krise des gesamten Planungssystems ins Bewußtsein der SED-Wirtschaftseliten. Über diese Probleme informierte die SED-Führung die Moskauer Genossen, die die Nachrichten allem Anschein nach besorgt aufnahmen²⁸. Das „Schlupfloch Westberlin“ sollte gestopft werden, doch bis Juli 1961 war das von der SED als Bestandteil umfassender Grenz- und Friedensvertrags-Vorverhandlungen (vorzugsweise separate ostdeutsche) avisiert, nicht als eine dauerhafte „Mauerlösung“. In dieser Zeit stellte eine Grenzschießung weder in der Vorstellung der SED noch de facto *den* Ausweg aus den Schwierigkeiten dar. Auch in Moskau sah man das so.

Für die zweite Krise ist vermutet worden, daß die Fluchtstimmung von einigen

²⁶ Siehe Scherstjanoi, In 14 Tagen.

²⁷ Siehe Roesler, Arbeitskräfteknappheit.

²⁸ Die Konkreta sind für 1960/61 dokumentarisch weniger gut belegt als für 1953. Siehe Lemke, Berlinkrise, S. 63–69; Steiner, Vorstellungen; ders., Weg.

führenden Positionsträgern der SED Ende 1960 absichtlich angeheizt wurde, etwa mit verschärften Maßnahmen gegen Pendler und mit einer Pressekampagne gegen Werber und Fluchthelfer, um Moskau zum Handeln zu drängen. Nachzuweisen ist eine solche Stimmungsmache nicht. In der SED-Führung war man sich der Tatsache bewußt, daß die Einschränkungen für Pendler kurzfristig eine Verschärfung der Lage hervorrufen würde. Der Schritt war mit der sowjetischen Seite abgestimmt. SED-Führung und Parteifunktionäre blieben – bei aller Delegitimierung in der gesamten Bevölkerung – handlungsfähig. Alles in allem ist für Ende 1960/Anfang 1961 von einer gemeinsamen Inkaufnahme der politischen Destabilisierung – in vermeintlich überschaubaren und beeinflussbaren Ausmaßen natürlich – auszugehen, im Unterschied zu einem verhängnisvollen Bagatellisieren der Lage ohne Ausgleichsversuche im Frühjahr 1953.

Die Forschung hat bislang keinen allgemein akzeptierten Maßstab für die Bewertung einer *akuten Bedrohungssituation* entworfen. Geht man von *extrem raschem Korrekturbedarf* aus, so trat der im ersten Fall nach der Verkündung des „Neuen Kurses“ bei fortgesetzter Ignoranz gegenüber den Forderungen der Arbeiter Ende Mai 1953 ein. Die Krisenprävention war mißlungen. Nun trieb die (nach Stalins Tod) neue KPdSU-Führung die SED-Führung zu einschneidenden und raschen Korrekturen, zum „Neuen Kurs“. Auf das Krisenmanagement wirkte sich diese plötzlich aufgenötigte Wende ungünstig aus, denn die überraschte und hilflose SED-Spitze verstrickte sich in internen Streit um konkrete Schritte und um personelle Konsequenzen. Dies verschärfte die Lage nur noch mehr. Die Masse der SED-Mitglieder war desorientiert. Schließlich aber wurde ein herrschaftspolitischer Lapsus zum Auslöser des offenen Protestes. Hatte sich die SED bereits in Vorfeld und Anfangsphase der Krise bezüglich ihres Verhältnisses zur Arbeiterschaft gefährlichen Illusionen hingegeben, so ging die sowjetische Kurskorrektur auf Arbeiterinteressen und -stimmungen überhaupt nicht ein. Die SED-Führung hatte den Normen-Konflikt zwar im Blick, doch das ihr von Moskau auferlegte Krisenmanagement führte zur Irritation. SED und sowjetische Berater in Deutschland scheiterten gemeinsam mit ihren ungenügenden, nicht kooperativ abgestimmten Stabilisierungsversuchen. Der offene Ausbruch der Revolte wurde nicht verhindert.

Anfang 1961 spitzte sich die Lage dramatisch zu, als die vorhandenen Konflikte zusätzlich durch Propaganda verstärkt wurden und die Fluchtbewegung dramatische Ausmaße annahm. Während aber die Eskalation der Ereignisse 1953 eine führungsunfähige SED-Spitze vorfand, die von einer – das Handlungszepter vollständig ergreifenden – Besatzungsmacht dann noch über Gebühr gegängelt und gedemütigt wurde, bestimmte Walter Ulbricht 1961 die Richtung des Krisenmanagements deutlich mit. Er war es, der mit verschiedenen Argumenten in Moskau und in den politischen Gremien des Warschauer Vertrages auf Entscheidungen drängte und intern für verschiedene Vorbereitungen sorgte.

1953 war der politische Zusammenbruch der DDR, der für die Sowjetunion zugleich den Verlust ihres deutschlandpolitischen Faustpfandes bedeutet hätte, nur noch durch sowjetische Panzer zu verhindern. Sie sollten die bereits vor der Eskalation avisierte Problem- und Konfliktlösung garantieren und zusätzliches Krisenmanagement ermöglichen. Sie taten dies auch, und zwar nach wie vor unter unbestimmten deutschlandpolitischen Vorzeichen. Erst Wochen nach dem 17. Juni hatte sich im Kreml eine Linie durchgesetzt, die Wiedervereinigungs-Chancen vorerst

nicht erwartete, auf längere Fristen gesehen aber gewisse Gestaltungsmöglichkeiten sah. Eine vergleichbare Gefahr für das SED-Regime als Unterpfand sowjetischer Politik bestand 1961 nicht. Daran hatte Ulbricht durch fortgesetztes, aktives Interessenclearing erheblichen Anteil. Auch ein gesamtdeutscher Friedensvertrag (den Ulbricht als die schlechtere Variante ansah), hätte keine die SED-Herrschaft im Osten sofort in Frage stellenden Klauseln gehabt.

Nach allem, was an Quellen dazu bisher zusammengetragen werden konnte, war der Bau der Berliner Mauer 1961 einer von mehreren, in Moskau und in Ostberlin in Betracht gezogenen Auswegen – und dazu ein erst recht spät in Betracht gezogener Ausweg – aus einer Lage, die sich aus sozialen und politischen Destabilisierungen in der DDR und außenpolitischen Unklarheiten um deren Zukunft ergeben hatte. Die Details der politischen Entscheidung zum Mauerbau sind der Forschung noch nicht zugänglich. Quellen belegen, daß Ende Juli 1961 administrative Maßnahmen gegen die Fluchtbewegung ins Auge gefaßt und verschiedenen realisierbare Varianten vorbereitet wurden, die in die Bemühungen um einen Friedensvertrag eingebunden sein sollten. Minimalkonsens bestand darin, den Ostteil der Stadt unter Bruch alliierter Regeln demonstrativ in die DDR einzubinden. Warum Chruschtschow sich darauf einließ, ist keinesfalls geklärt. Vermutlich erschien ihm dies angesichts weit ernsterer Konflikte in der Karibik als ein angemessener, notfalls korrigierbarer, zugleich beeindruckender Schritt, nachdem wieder einmal geklärt war, daß die USA in Europa keine Veränderung wünschten, sich nicht provozieren ließen, zugleich aber – diesen Eindruck hinterließ der junge Präsident Kennedy – gesprächsbereit waren. Es ist nicht auszuschließen, daß die Änderung des Berliner Grenzregimes 1961 als aktionistischer Zwischenschritt gedacht war (auch nach dem 17. Juni 1953 waren Überlegungen zur Verschärfung des Grenzregimes angestellt, dann aber als nicht opportun fallengelassen worden²⁹), der im Sinne des öffentlichen Versprechens, 1961 entscheidende Schritte für einen Friedensvertrag zu gehen, auszulegen war. Zugleich blieb das restliche Krisenmanagement sowohl im Hinblick auf die Deutschlandfrage (Friedensvertrag, „Freistadt Berlin“ und Kontrolle der Zufahrtswege nach Westberlin) als auch im Hinblick auf die künftige DDR-Volkswirtschaft noch offen. Die Schließung der Sektorengrenze sollte zur Konsolidierung der ostdeutschen Verhältnisse in Vorbereitung einer grundlegenden, dauerhaften Lösung der deutschen Frage beitragen. Die Mauer entstand als Herausforderung Chruschtschows und Ulbrichts an den Westen und zugleich als trügerische Garantie für den Osten, zu einem Zeitpunkt, da die außen- und innenpolitischen Ursachen der Krise noch nicht als behoben angesehen wurden. Im Sommer 1961 war sie Teil eines andauernden deutschlandpolitischen und innenpolitischen Krisenmanagements, das sowohl aus Sicht der SED als auch aus Sicht der KPdSU und der anderen „Bruderparteien“ als Übergangslösung noch offen für unterschiedliche endgültige Lösungen war. Hier lassen sich Parallelen zum Juni 1953 ziehen. Als Jahrzehntebauwerk „erwuchs“ die Mauer dann aus der Dynamik der folgenden internationalen Geschehnisse, die innerhalb einer neuartig gelagerten, längerwährenden Konfliktsituation den (Separat)Friedensvertrag und die Regelung der West-

²⁹ Siehe Dokumentation von Foitzik, Hart und konsequent.

berlin-Frage für lange Zeit von den Tagesordnungen der Diplomatie verdrängt³⁰.

Fraglos spielte die besondere Zuspitzung der Arbeitskräftesituation „die entscheidende Rolle für die Begründung des Mauerbaus“³¹. Ob aber auch als entscheidender Auslöser der nachweislich kurzfristigen Beschlußfassung, ist noch immer fraglich. Noch Ende Juni 1961 hielten DDR-Volkswirtschaftsplaner, die sehr wohl die Attraktivität des westdeutschen Wirtschaftsaufschwunges als eine der Ursachen für die rasante Fluchtbewegung erkannt hatten, andere Schritte für notwendig und sinnvoll, beispielsweise Lohnaufstockungen in volkswirtschaftlichen Kernbereichen oder soziale Anreize für Beschäftigte in Schwerpunktbetrieben³². Außerdem erwog man einen erheblichen Ausbau der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte³³ sowie eine Erweiterung der Angebote von Frauenarbeitsplätzen³⁴. Die SPK rechnete im Juni 1961 mit einem Beschäftigtenrückgang um über 500 000 bis 1965 und einer nachfolgenden Entspannung der Situation, wenngleich klar war, daß weitere Maßnahmen in Angriff zu nehmen waren, um dem Arbeitskräftemangel hinlänglich begegnen zu können. Das Bild vom verhinderten „Ausbluten“ der DDR, das keinesfalls nur die flüchtenden Arbeitskräfte einschloß, bleibt also problematisch, sofern es den Blick darauf verstellt, wie lange man die „Blutung“ auf anderem Wege noch stillen zu können glaubte. Auch im innenpolitischen Krisenmanagement stellte der Mauerbau für die um Herrschaftssicherung bemühte SED im August 1961 nicht „die Lösung“ dar.

Abschließend ist noch einmal ein Bezug zur Sozialismuslosung herzustellen. Obgleich der 17. Juni 1953 eine extreme Herausforderung für das SED-Regime darstellte, wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes keine generellen Abstriche an der aktuellen Losung gemacht. Zwingend war das aus Sicht der SED-Herrschaftserhaltung unter den gegebenen Bedingungen nicht. SED und Besatzungsmacht hätten auch auf die Position von vor der 2. Parteikonferenz der SED zurückkehren und die Kollektivierung für insgesamt verfrüht erklären können. Die Entscheidung traf Moskau. Bemerkenswerterweise brachte die Rücknahme – allerdings die spürbare Rücknahme – allein der Forcierungsmaßnahmen vom Herbst 1952 eine Beschwichtigung der Bevölkerung. Die Schockerfahrung mit der Armee der Siegermacht gehörte freilich mit zu den Stabilisierungsfaktoren. Sie zeitigte anhaltende Wirkungen, insbesondere in der ostdeutschen Arbeiterschaft. Der Widerspruch zwischen dem staatssozialistischen Anliegen und den individuellen Lebensentwürfen vieler Ostdeutscher blieb bestehen. Auch 1961 wurde die Losung vom abzuschließenden Sozialismusaufbau nicht verworfen. Warum auch, baute doch das Lösungskonzept der „Regime-Stabilisierer“ auf ihr auf, was voraussetzte, daß ein relevanter Teil der Bevölkerung sich mit ihr identifizieren oder zumindest arrangieren konnte. Im deutschlandpolitischen Rahmen hätte die Rücknahme wahrscheinlich sogar destabilisierend gewirkt und die internationale Krise weiter angeheizt.

³⁰ Siehe Wettig, Die UdSSR; Steininger, Mauerbau.

³¹ Steiner, Vorstellungen, S. 235.

³² Siehe Hübner, Konsens, S. 76 f.

³³ Siehe Hoffmann, Aufbau, S. 531–535.

³⁴ Siehe Hübner, Arbeiter, S. 56 f.

5. Zusammenfassung

In Ursachen, Ausmaß und Ablauf waren die Krisen 1952/53 und 1960/61 höchst unterschiedlich. Obgleich bei oberflächlicher Betrachtung der Eindruck entstehen könnte, daß sich das Krisenmanagement, insbesondere die Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Herrschaftsdestabilisierung und – im ersten Fall- zur Abwendung des Zusammenbruchs ähnlich waren, da in beiden Fällen mit militärischen Mitteln agiert und der Herrschaftsbereich gesichert wurde, sind die Lösungen sehr verschieden gewesen. In der Logik der Ursachenanalyse müssen sie es auch gewesen sein. Zum einen war im ersten Fall die reale Gefährdung des Regimes sehr viel größer, zum anderen war im zweiten Fall die Prävention effektiver, mit einem größeren Anteil von blockinterner Abstimmung, allerdings auch mit mehr eigenständigem SED-Kalkül. Die Ereignisse 1953 waren das Ergebnis von „Herrschaftsspannen“, die von 1961 dagegen von „Herrschaftsplanung“.

Einige Erfahrungen aus der ersten Krise gingen in das Verhalten der SED im zeitlichen Umfeld des Mauerbaus ein, doch die Situationen waren so verschieden, daß keine konkreten „Lehren“ des Konflikt- und Krisenmanagements Anwendung finden konnten und mußten. Zu den wichtigsten, krisenunabhängig relevanten und lange Zeit beherzigten Schlußfolgerungen aus dem 17. Juni 1953 gehörte die bittere Erfahrung der „Regime-Stabilisierer“, daß der Bevölkerung des Landes nicht zu viel zugemutet werden durfte und daß insbesondere die Arbeiterschaft materiell zufriedenzustellen war. Zudem sollte um jeden Preis die „Geschlossenheit der Partei“ gewahrt und jede „Fehlerdiskussion“ unterdrückt werden. Zu den allgemeinen Erfahrungen gehörte ebenso, daß in und für die DDR jedes Krisenmanagement die möglichst frühe Koordinierung im Ostblock erforderte. Das Krisenmanagement 1960/61 brachte bei der SED-Führung auch ganz neue praktische Einsichten hervor: Es bestätigte SED-Forderungen nach Reformen im RGW und in den politischen Gremien des Warschauer Vertrages. Schließlich schien sich zu bewahrheiten, daß mit der Hilfe der Sowjetunion immer zu rechnen war, und daß man im Rahmen dieses Eingebundenseins in den Ostblock sogar Sonderleistungen erstreiten konnte. Für die folgende Phase der NÖSPL war diese Erfahrung ebenso wichtig wie für das neue Engagement der DDR im RGW.

Henrik Bispinck

„Republikflucht“: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung¹

Zwischen Kriegsende und Mauerbau verließen jährlich mehrere hunderttausend Menschen zunächst die SBZ und später die DDR in Richtung Westen. Diese massenhafte Abwanderung war eines der zentralen Probleme der DDR-Führung. Innerhalb der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz stellte der Exodus von insgesamt fast drei Millionen Menschen eine „Abstimmung mit den Füßen“² zugunsten der Bundesrepublik dar. Er wirkte sich negativ auf das internationale Ansehen der DDR aus und erschwerte deren völkerrechtliche Anerkennung. Zudem – und das wurde im Laufe der Zeit entscheidender – entstand der DDR infolge des Verlusts an Arbeitskräften ein enormer wirtschaftlicher Schaden, da insbesondere junge, gut ausgebildete Fachkräfte sowie hochqualifizierte Spezialisten und Akademiker das Land verließen. Die staatliche Plankommission bezifferte Ende 1962 den durch die Abwanderung von Arbeitskräften entstandenen Verlust in Form von Produktionsausfällen auf rund 120 Milliarden DM³. Nicht quantifizieren lassen sich die psychosozialen Auswirkungen der Abwanderung auf die in der DDR verbliebenen Menschen; sie sind bisher noch kaum untersucht worden. Für die Regierung der DDR war die Bekämpfung der von ihr als „Republikflucht“ bezeichneten Massenabwanderung eine der wichtigsten Aufgaben – wenn sie auch bis zum Mauerbau weitgehend erfolglos blieb.

Im vorliegenden Aufsatz soll die Flucht- und Ausreisebewegung aus der DDR aus der Perspektive ihrer Regierung dargestellt werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, warum bis zum Mauerbau alle Maßnahmen scheiterten, die Abwanderung dauerhaft auf ein für die DDR erträgliches Maß zu reduzieren. Nach einigen Bemerkungen zum Forschungsstand und zur Terminologie werden dazu zunächst die staatliche Perzeption der Abwanderung sowie die verschiedenen Maßnahmen, die zu ihrer Bekämpfung getroffen wurden, chronologisch dargestellt. In einem zweiten Schritt werden die Motive der Flüchtlinge und Auswanderer behandelt. Dabei ist von besonderem Interesse, wie diese von den verantwortlichen Staats- und Par-

¹ Der Aufsatz geht zurück auf ein vom Bundesinnenministerium gefördertes Projekt, das der Verfasser gemeinsam mit Damian van Melis bearbeitet hat. Demnächst erscheint dazu eine ausführliche Quellendokumentation in der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Für Hinweise und Anregungen zu diesem Aufsatz danke ich Philipp Stiasny.

² Zu diesem zeitgenössisch gängigen Begriff siehe z.B. SBZ von A bis Z, S. 147; der Begriff geht nach Major, Torschlußpanik, S. 222, auf Worte Lenins zurück.

³ SAPMO, NY 4182, Nr. 972, Bl. 89–93, SED-Hausmitteilung Dr. Mittag an Ulbricht, Einschätzung der Verluste, die der Volkswirtschaft der DDR durch Abwerbung von Arbeitskräften entstanden sind. Die Summe bezieht sich auf den Zeitraum von 1951 bis 1961 und schließt Verluste durch Grenzgänger in Höhe von 6,8 Milliarden DM mit ein.

teiorganen von DDR und SED wahrgenommen und welche Erklärungen für sie angeboten wurden. Grundlage der Untersuchung sind daher in erster Linie Quellen, die die Herrschaftsperspektive der DDR-Führung abbilden: Dazu gehören in erster Linie die Akten der leitenden Staats- und Parteiorgane der DDR, wobei insbesondere die Hinterlassenschaften des Ministeriums des Innern (MdI), der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) von Bedeutung sind. Zudem werden Zeitungen und Zeitschriften herangezogen, die den regierungsamtlichen Umgang mit dem Thema in der Öffentlichkeit widerspiegeln. Ergänzt wird dieser herrschaftszentrierte Blickwinkel durch die zahlreichen in den Akten überlieferten Abschiedsbriefe von Flüchtlingen, die zusätzliche Aufschlüsse über die Fluchtmotive ermöglichen.

Angesichts der Brisanz des Themas verwundert es kaum, daß es in der Geschichtswissenschaft der DDR bis zu ihrem Ende ein Tabu blieb. In Westdeutschland stieß die deutsch-deutsche Migration dagegen schon früh auf wissenschaftliches Interesse, zumal ihre Auswirkungen auf die bundesdeutsche Gesellschaft erheblich waren. In den fünfziger Jahren beschäftigten sich Sozialwissenschaftler in erster Linie mit der Aufnahme der Zuwanderer, ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration sowie mit ihrer sozialen und altersmäßigen Zusammensetzung⁴. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Untersuchung der Ursachen der Abwanderung, wobei erste Versuche unternommen wurden, die einzelnen Fluchtmotive zu systematisieren⁵. Die ersten umfassenderen historischen Arbeiten zur Flucht- und Ausreisebewegung erschienen erst Anfang der neunziger Jahre. Hier ist zunächst die Untersuchung von Helge Heidemeyer zu nennen, die sich mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und den Maßnahmen zur Aufnahme, Verteilung und Integration der Zuwanderer befaßt⁶. Volker Ackermann widmet sich in seiner Studie den westdeutschen Diskussionen um die Definition des Flüchtlings, in deren Zentrum stets die Frage stand, welche DDR-Bürger aus politischen Gründen und welche aus privaten oder wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik kamen⁷. Jugendliche Flüchtlinge stehen im Mittelpunkt des Buches von Frank Hoffmann, das sich mit der Integration dieser Flüchtlingsgruppe und den ihr zugrundeliegenden politischen und sozialen Bedingungen in der Bundesrepublik beschäftigt⁸. Alle drei Autoren betonen, daß die Integration der Zuwanderer in dem Maße erleichtert wurde, in dem sich die Bundesrepublik wirtschaftlich konsolidierte und der Arbeits- und der Wohnungsmarkt sich entspannten.

⁴ Als Beispiele für diese z.T. aufschlußreichen Untersuchungen siehe Böhne, Die dritte Welle; Arndt, Volkswirtschaftliche Eingliederung; Arnold, Flüchtlingsjugend. Die Aufnahmepolitik der Bundesregierung und das Notaufnahmeverfahren beschreibt ausführlich Granicky, Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone. Die Flüchtlingsliteratur bis 1986 ist umfassend dokumentiert bei Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie.

⁵ Grundlegend hier Klein, Ursachen und Motive, sowie Storbeck, Flucht oder Wanderung? Siehe auch Schröter, Jugendliche Flüchtlinge; Köllner, Umfang und Gründe; Külz, Flüchtlinge. Aufschlußreich für die Motive sind auch die zeitgenössischen Sammlungen von individuellen Fluchtgeschichten, siehe etwa von Hornstein, Die deutsche Not; von Koenigswald, Der unabsehbare Strom; Jeder Fünfte.

⁶ Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung.

⁷ Ackermann, Der „echte“ Flüchtling.

⁸ Hoffmann, Junge Zuwanderer.

Eine eingehendere Untersuchung der Flucht- und Ausreisebewegung hinsichtlich der Auswirkungen auf die DDR wurde erst nach 1990 mit der Öffnung der Archive möglich. Seither sind Flucht und Auswanderung vor allem im Hinblick auf einzelne Berufsgruppen untersucht worden, wobei bisher die akademischen Berufe im Mittelpunkt standen⁹. Zur Fluchttendenz von Jugendlichen und Studenten liegen ebenfalls erste Ergebnisse vor¹⁰.

Mit der Republikflucht in den ausgehenden fünfziger Jahren befassten sich zwei Aufsätze von Patrick Major, in denen er die Wechselwirkungen zwischen Republikflucht, zweiter Berlinkrise und Mauerbau Anfang der sechziger Jahre¹¹ sowie die Haltung der ostdeutschen Bevölkerung zu diesen Ereignissen¹² genauer herausarbeitet. Jüngst hat sich Corey Ross in seinem Band „Constructing Socialism at the Grass-Roots“ eingehender mit dem Thema Flucht und Ausreise auseinandergesetzt und einige aufschlußreiche Einblicke in die Fluchtursachen und die Gegenmaßnahmen der DDR-Führung ermöglicht. Ausführlicher geht er auf die Ausnutzung der offenen Grenze durch DDR-Bürger ein, die mittels direkter oder indirekter Drohung mit Republikflucht Vergünstigungen zu erwirken versuchten¹³.

In der wissenschaftlichen Literatur hat sich bisher noch keine einheitliche Terminologie für die Deutschen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen die DDR in Richtung Bundesrepublik verließen, herausgebildet¹⁴. So ist von Ab- und Auswanderern, von Migranten, Flüchtlingen oder Übersiedlern die Rede. Schon in der westdeutschen Diskussion der fünfziger Jahre war die Begrifflichkeit umstritten, zumal sie immer auch eine politische Komponente beinhaltete: Wer von „Flucht“ sprach, betonte den Zwangscharakter der Handlung und implizierte eine politische Motivation. Wer aus der Perspektive der Bundesrepublik allgemein von „Zuwanderung“ sprach, sah in ihr eher eine freiwillige Migration aus wirtschaftlichen, privaten oder anderen Gründen¹⁵.

Auch in der DDR war die Begrifflichkeit für die Ost-West-Wanderung politisch überformt. Verbindliche sprachliche Vorgaben, wie sie etwa für die Vertriebenen und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten bekannt sind¹⁶, gab es zwar nicht, doch setzte sich im behördeninternen Diskurs wie auch in der Propaganda der Terminus „Republikflucht“ durch. Im Gegensatz zur Bundesrepublik verband sich hier mit dem Begriff „Flucht“ selbstverständlich nicht die Vorstellung,

⁹ Siehe etwa zu Hochschullehrern Conelly, Republikflucht; zu Ärzten Ernst, „Prophylaxe“, S. 54–72; zu Lehrern Geißler, Republikflucht von Lehrern; Geißler, Geschichte des Schulwesens, S. 503–511; Hohmann, „Wenn Sie dies lesen“; Hohmann, Lehrerflucht.

¹⁰ Siehe Skyba, Hoffnungsträger, S. 331–357; Krönig/Müller, Anpassung, S. 394–428. Skyba stützt sich bei seiner Analyse vor allem auf Akten von SED und FDJ; die Arbeit von Krönig und Müller basiert im wesentlichen auf der Auswertung von Fragebögen, die nicht nur einen guten Eindruck von der Vielfältigkeit der Motive zur Republikflucht vermitteln, sondern auch die Gründe für ein Verbleiben in der DDR sichtbar werden lassen.

¹¹ Major, Torschlußpanik.

¹² Major, Vor und nach dem 13. August; siehe auch die Quellendokumentation: Major, „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein“.

¹³ Ross, Constructing Socialism, S. 83–90, 143–160; siehe auch Ross, „Republikflucht“.

¹⁴ Vgl. Meyer, Von Deutschland nach Deutschland, S. 62.

¹⁵ Zur Begriffsdiskussion siehe Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 27–36; Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 21–78.

¹⁶ Vgl. Schneider, Zentralverwaltung, S. 7; siehe auch Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“.

daß die betreffenden Menschen zwangsweise oder zumindest aus legitimen Gründen abwanderten¹⁷. Vielmehr war der Begriff eindeutig negativ konnotiert und wurde im Sinne von „abtrünnig werden“ verwendet. Die Flüchtenden selbst wurden daher auch nicht – wie in Westdeutschland – als Republik*flüchtlinge*, sondern als Republik*flüchtige* bezeichnet, wobei die sprachliche Nähe zu „Fahnenflüchtige“ zweifellos beabsichtigt war und eine Kriminalisierung beinhaltete.

Angeichts ihrer unterschiedlichen Bedeutungen und Konnotationen kann in diesem Aufsatz keiner der genannten Begriffe durchgehend benutzt werden. Zwar wird der Begriff „Wanderung“ in der Migrationsforschung übergreifend für verschiedene Formen – von der Flucht bis zur Ausreise – verwendet¹⁸, doch erscheint er oft unangemessen, weil er Sachlichkeit innerhalb eines stark polarisierten Diskurses nur vortäuschen kann. Ebenso ungerechtfertigt wäre ein konsequenter Gebrauch des Begriffs „Flucht“, da längst nicht alle DDR-Bürger aus politischen Gründen in die Bundesrepublik kamen. Eine eindeutige Differenzierung ist oft nicht möglich, da die Übergänge zwischen Flucht und Wanderung fließend sind und, wie zu zeigen sein wird, private, wirtschaftliche und politische Motive häufig ein nicht zu entwirrendes Knäuel bilden. Daher finden in diesem Aufsatz die verschiedenen Begriffe wie Wanderer, Ab- und Auswanderer und Flüchtlinge ebenso Verwendung wie der DDR-Terminus Republikflucht, wobei ich mich bemühe, einen der jeweils dargestellten Situation angemessenen Ausdruck zu verwenden.

1. Staatliche Perzeption und Reaktion

In den ersten Jahren nach Kriegsende wurde die Abwanderung aus der SBZ/DDR noch nicht als Problem wahrgenommen, sie wurde teilweise sogar als politische und soziale Entlastung angesehen. Viele Menschen wurden durch die rigorose Politik von SED und sowjetischer Besatzungsmacht sogar regelrecht vertrieben, weil sie als Mitglieder der alten Eliten angeblich dem gesellschaftlichen Umbau im Wege standen. Zu nennen sind hier vor allem enteignete Grundbesitzer und Industrielle, von denen viele nach ihrer Enteignung in die Bundesrepublik flüchteten und damit oft nur ihrer Verhaftung zuvorkamen. So wurden im Zuge der Bodenreform über 7000 Großgrundbesitzer enteignet¹⁹; sie mußten innerhalb von wenigen Stunden nicht nur ihre Gutshäuser, sondern sogar ihre heimatlichen Landkreise verlassen und wurden in abgelegenen Regionen in Sammelunterkünfte verbracht. Zahlreiche von

¹⁷ Die Staatliche Plankommission kritisierte den Begriff „Republikflucht“ aus diesem Grund auch als „irreführend“: „Die Mehrheit der Bürger, die die DDR verlassen, tun [sic!] das nicht deshalb, weil sie mit unserer volksdemokratischen Ordnung nicht einverstanden sind, oder weil sie aus der DDR flüchten oder flüchten müssen, sondern vor allem aus persönlichen familiären, ökonomischen und anderen Gründen. Sie flüchten nicht, sondern wandern ab.“ (BAB DE 1, Nr. 6109, Bl. 1–12, hier Bl. 4, Material für die Kommissionssitzung am 28. 2. 1957). Ähnlich schon am 23. 11. 1956 eine vom Politbüro eingesetzte Kommission zur Republikflucht (SAPMO, DY 30/IV 2/13/397, Bl. 446).

¹⁸ Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 215.

¹⁹ Nach Angaben von Dölling, Wende, S. 103 ff., waren bis Ende 1948 7112 „Junker und sonstige Großgrundbesitzer“ enteignet worden; hinzu kamen 4278 Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von unter 100 ha, die als Besitz von „Naziführern“ und „Kriegsverbrechern“ beschlagnahmt wurden.

ihnen flüchteten daraufhin in den Westen²⁰. Eine zweite Gruppe bildeten die aus ihren Posten in Justiz und Verwaltung entfernten Personen. Im Justizbereich wurden etwa 80 Prozent der Richter und Staatsanwälte entlassen²¹, und die über mehrere Jahre in verschiedenen Schritten durchgeführte Entnazifizierung führte zu hunderten von Entlassungen und beruflichen Degradierungen²². Mit der Abwanderung nach Westen konnten sich die betroffenen Personen weiteren Repressionsmaßnahmen durch Besatzungsmacht, SED und Staatsapparat entziehen und erhielten innerhalb Deutschlands die Möglichkeit zum privaten und beruflichen Neuanfang.

Auch aus sozialen Gründen wurde die Abwanderung in den ersten Jahren nach der Staatsgründung zum Teil als vorteilhaft erachtet. In einer in Ost- wie Westdeutschland durch Mangel an Nahrungsmitteln, Arbeit und Wohnraum geprägten Situation bedeutete jede Person, die die SBZ/DDR verließ, eine soziale Entlastung. Diese Wahrnehmung wird auch im politischen Handeln dieser Zeit sichtbar: So schlug der mecklenburgische Innenminister Wilhelm Bick im August 1950 vor, Westdeutsche nicht mehr von den Arbeitsämtern vermitteln zu lassen²³, die DDR-Regierung entschied im Januar 1950, Umsiedler aus Polen bei Wunsch direkt in die Bundesrepublik weiterzuleiten²⁴, illegal aus Westdeutschland Eingereiste wurden sofort wieder ausgewiesen, und die Volkspolizei klagte im April 1951 über Presseberichte, durch die sich Westdeutsche angeblich in die DDR eingeladen fühlten²⁵. Noch im August 1952 wies die Hauptabteilung Paß- und Meldewesen (PM) der HVDVP, die für die Aus- und Einwanderung zuständig war, mit Einverständnis der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) die Landespolizeibehörden an, jede Übersiedlung nach Westdeutschland zu genehmigen, „wenn der DDR ein Vorteil daraus entsteht“²⁶. Dieses Verhalten korrespondierte mit der anfänglich ebenfalls skeptischen bis ablehnenden Haltung in den westlichen Besatzungszonen: Der Bundesminister für Vertriebene Hans Lukaschek appellierte im Januar 1950 an die Bevölkerung der DDR: „Bitte, kommt nicht ohne dringende Not hierher“²⁷, und

²⁰ Vgl. Murken, Bodenreform, S. 7; Buchsteiner, Bodenreform, S. 18. Im Kreis Osterburg (Sachsen-Anhalt) waren beispielsweise bereits im April 1946 116 der 159 enteigneten Grundbesitzer mit unbekanntem Aufenthalt verschwunden; sie hatten sich vermutlich größtenteils in die Westzonen abgesetzt (vgl. Stöckigt, Kampf, S. 198). Siehe auch die von Nieske, Republikflucht und Wirtschaftswunder, aufgezeichneten Erinnerungen in den Westen geflüchteter Gutsbesitzer aus Mecklenburg. Zu in den Westen abgewanderten Unternehmern siehe Hefe, Verlagerung; Tatzkow, Gehen oder Bleiben.

²¹ Vgl. Wentker, Justiz, S. 103–118; Wentker, Volksrichter, S. 9f. Siehe auch die landesgeschichtlichen Studien zur Justiz in der SBZ: Weber, Justiz und Diktatur (Thüringen); Pohl, Justiz in Brandenburg; Bartusel, Transformation des Rechtswesens (Mecklenburg-Vorpommern).

²² Nach van Melis, Entnazifizierung, S. 83f., läßt sich die Anzahl der von den verschiedenen Stufen und Maßnahmen der Entnazifizierung betroffenen Personen nicht seriös bestimmen.

²³ BAB, DO 1/11, Nr. 960, Bl. 26, MdI Mecklenburg, Bick, am 3. 8. 1950 an das MdI der DDR.

²⁴ Ebenda, Bl. 3, Staatssekretär des MdI Warnke am 9. 1. 1950 an Chef der HVDVP.

²⁵ Ebenda, Bl. 42–44, Hauptabteilung (HA) Paß- und Meldewesen (PM) am 10. 4. 1951; siehe auch ebenda, Bl. 46–48, Maron am 12. 5. 1951 an Ulbricht über die unerwünschte Einwanderung aus dem Westen.

²⁶ BAB, DO 1/11, Nr. 961, Bl. 211f., Bericht von Fischer, Leiter der HA PM 1, vom 18. 12. 1952 über ein Gespräch mit dem ehemaligen Leiter der HA PM.

²⁷ Zitiert nach Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 97.

auch das Bundesnotaufnahmegesetz vom 22. August 1950 hatte ursprünglich eine abschreckende Funktion, da es den Strom der Zuwanderer aus der DDR begrenzen sollte²⁸. Noch im Februar 1953 bezeichnete der Chefkomentator des Bayerischen Rundfunks, Walter von Cube, die Aufnahme der Flüchtlinge als einen „Akt selbstmörderischer Humanität“ und forderte die formelle Anerkennung der DDR²⁹.

Erst ab etwa 1951 mehrten sich in der DDR die Stimmen, die auf die Problematik der anhaltenden Abwanderung hinwiesen. Dabei standen die ersten negativen Reaktionen hoher Organe von Staat und Partei auf die Fluchtbewegung im Zeichen der Deutschland- und Außenpolitik. Denn die Abwanderung konterkarierte das Bemühen der DDR-Regierung, international anerkannt zu werden und sich nach außen als legitimer Repräsentant des deutschen Volkes darzustellen. So ordnete das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED im Dezember 1951 eine Untersuchung über die Zusammensetzung der „sogenannten ‚Ostzonenflüchtlinge‘ in Westdeutschland“ an, mit der nachgewiesen werden sollte, daß sich die Flüchtlinge aus „kriminellen Verbrechern [...], Saboteuren und Agenten“ zusammensetzten. Damit sollte öffentlicher Kritik im Zusammenhang mit dem Besuch einer Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zur deutsch-deutschen Migration vorgebeugt werden³⁰. Auch die zahlreichen Artikel über die Fluchtbewegung im „Neuen Deutschland“ und anderen Presseorganen dienten in den ersten Jahren vorrangig nicht dazu, DDR-Bürger von der Flucht abzuschrecken. Vielmehr sollten die Auswanderer als „Kriminelle“, „Asoziale“ und „Saboteure“ diskreditiert werden, die keinen Verlust für die DDR bedeuteten; westdeutsche Berichte über angebliche „politische Flüchtlinge“ sollten als Propaganda entlarvt werden³¹. Die SKK sah die zunehmende Westabwanderung ebenfalls primär als Imageproblem: Die Flucht von über 4000 DDR-Bürgern im Zuge der mit der Abschottung der Westgrenze verbundenen Zwangsumsiedlungen im Mai 1952³² kommentierte sie folgendermaßen: „Die Westpresse hat einen großen Lärm gemacht, und das wirkt sich nicht für die Autorität der DDR aus.“³³

Die Erkenntnis, daß die Abwanderung nicht nur im Hinblick auf ihre Außenwirkung problematisch war, sondern auch ein handfestes gesellschaftliches Problem darstellte, setzte sich erst allmählich im Laufe des Jahres 1952 durch. Die Volkspolizei begann nun, systematisch Material zu sammeln, um die Berufsstruktur der Auswanderer und ihre Motive zu ermitteln. Das Interesse richtete sich – angestoßen von der SKK – zunächst vornehmlich auf die „Intelligenz“, deren überdurchschnittlich hoher Anteil an der Abwanderung bereits früh erkannt worden war³⁴.

²⁸ Zum Notaufnahmegesetz siehe Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung*, S. 94–114; Ackermann, *Der „echte“ Flüchtling*, S. 96–111.

²⁹ Zitiert nach Birkenfeld u. a., *Sprung in die Freiheit*, S. 7.

³⁰ SAPMO, DY 30/J IV 2/3/256, Bl. 1 f. Zu den internationalen Aspekten der deutsch-deutschen Migration siehe Ackermann, *Der „echte“ Flüchtling*, S. 51–64.

³¹ Der Begriff „politische Flüchtlinge“ wurde daher durchweg in Anführungsstriche gesetzt oder mit dem Epitheton „sogenannte“ versehen. Die westdeutsche Regierung wurde beschuldigt, diese „Elemente“ als politische Flüchtlinge propagandistisch auszuschlachten (siehe z. B. *Neues Deutschland* [ND], Nr. 303 v. 28. 12. 1949, S. 6; Nr. 76 v. 30. 3. 1950, S. 6; Nr. 195 v. 24. 8. 1951, S. 6; Nr. 124 v. 28. 5. 1952, S. 8).

³² Dazu Bennewitz/Potratz, *Zwangsumsiedlungen*.

³³ SAPMO, DY 30/ IV 2/13/10, Bl. 274.

³⁴ Schon im November 1951 notierte Pieck während eines Gesprächs mit Vertretern der SKK:

Die ersten Gegenmaßnahmen, die eingeleitet wurden, zeigen die Doppelstrategie der SED-Führung bei der Behandlung von Flucht und Auswanderung, die für die gesamten fünfziger Jahre kennzeichnend bleiben sollte: Einerseits wurden repressive, andererseits integrative Maßnahmen beschlossen. So wies das Sekretariat des ZK im Juni 1952 den Minister für Volksbildung und weitere staatliche Funktions-träger an, „Angehörigen der Intelligenz in keinem Falle die Zustimmung zur Verlegung ihres Wohnsitzes und Arbeitsortes nach Westdeutschland und Westberlin zu geben“ und verfügte, das Vermögen von Republikflüchtigen sowie die Wohnungen mit allem Zubehör und Inhalt durch den zuständigen Kreisrat beschlagnahmen zu lassen³⁵. Nur wenig später aber, am 1. September 1952, beschloß das Sekretariat die „Erhöhung der Gehälter von Wissenschaftlern, Ingenieuren [und] Technikern“³⁶.

Das wachsende Interesse an der Auswanderung korrespondierte mit den stark ansteigenden Flüchtlingszahlen im Gefolge der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952³⁷, die spätestens in der ersten Jahreshälfte 1953 überdeutlich sichtbar wurden: Zwischen Januar und Juni 1953 verließen 195 687 Menschen die DDR und damit mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres³⁸. Die Fluchtbe-wegung hatte inzwischen alle Berufsgruppen und gesellschaftlichen Schichten erfaßt und konnte daher nicht mehr mit einzelnen punktuellen Maßnahmen bekämpft werden. Obwohl die gesamtgesellschaftliche Dimension der Auswanderung mittlerweile nicht mehr zu übersehen war, bedurfte es wiederum des Anstoßes aus Moskau, bis die SED sich zu einer einschneidenden Kursänderung entschloß, die geeignet war, die Flüchtlingszahlen deutlich zu reduzieren. Die Kritik der sowjetischen Führung vom 2. und 3. Juni 1953 am verschärften Kurs zum Sozialismus hatte ausdrücklich die Fluchtbewegung als Indiz für eine falsche Politik genannt: So hieß es, in der DDR sei „eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden. [...] Das kommt am deutlichsten in der massenhaften Flucht der Einwohner der DDR nach Westdeutschland zum Ausdruck.“³⁹ Die Reaktion der SED

„Intelligenz – Flucht in den Westen. Angst vor Verhaftung. Maßnahmen zum Verbleiben.“ (Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 379f.) Wenig später kritisierte das Sekretariat des ZK, daß es in der SED „noch immer sektiererische Einstellungen gegenüber der Intelligenz“ gebe (SAPMO, DY 30/J IV 2/3/53, S. 3, 17f.); auch in zwei Gesprächen von Ulbricht, Pieck, Grotewohl und Oelßner mit Stalin in Moskau wurde die Behandlung der fluchtanfälligen Spezialisten angesprochen (Wolkow, Die deutsche Frage, S. 45; Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 382–385).

³⁵ SAPMO, DY 30/J IV 2/3/300, Bl. 11. Gegebenenfalls zurückgebliebene Angehörige sollten in andere Orte umgesiedelt werden. Siehe auch „Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten“ vom 17. 7. 1952 (Gesetzblatt der DDR [GBL.] Nr. 100 v. 26. 7. 1952, S. 615f.).

³⁶ SAPMO, DY 30/J IV 2/3/321, Bl. 1–5; ähnliches hatte das ZK Sekretariat bereits am 3. 7. 1952 beschlossen (SAPMO, DY 30/J IV 2/3/306, Bl. 9).

³⁷ Zu den Beschlüssen der II. Parteikonferenz und ihren Folgen siehe Staritz, Geschichte der DDR, S. 94–126; Weber, Die DDR, S. 34–39; Kowalczyk/Mitter, „Die Arbeiter sind zwar geschlagen“, S. 34–48; Fricke, Zur Geschichte, S. 20–25.

³⁸ Vgl. Tabelle 1. Zwischen Januar und Juni 1952 waren es 86 464 Personen. Da es in diesem Text um die Perspektive der DDR-Führung auf die Republikflucht geht, beruhen alle genannten Zahlen auf Quellen aus der DDR. Die verschiedenen westdeutschen Zahlen weichen davon z.T. nicht unerheblich ab, es ist jedoch in den Statistiken aus Ost und West die gleiche Grundtendenz der Entwicklung festzustellen. Zu den westdeutschen Zahlen und den damit verbundenen statistischen Problemen siehe Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 37–48.

³⁹ Undatierter Beschluß des ZK der KPdSU von Ende Mai 1953, in: Stöckigt, Dokument,

ließ nicht lange auf sich warten: Am 9. Juni 1953 beschrieb das Politbüro in einem Kommuniqué den bislang eingeschlagenen Weg selbstkritisch und konzidierte, „daß seitens der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine Reihe von Fehlern begangen wurden [...] Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben.“⁴⁰ Mit dem Kommuniqué und dem drei Tage später veröffentlichten Ministerratsbeschuß⁴¹ wurde der „Neue Kurs“ eingeleitet: Gesetze und Maßnahmen, die einzelne Berufs- und Bevölkerungsgruppen drangsaliert hatten, wurden zurückgenommen⁴². So korrigierte die Regierung ihre bauernfeindliche Politik und brach die forcierte Kollektivierung ab. Bauern, die geflüchtet waren, sollten die Möglichkeit erhalten, auf ihre Höfe zurückzukehren oder gleichwertigen Ersatz zu bekommen; Strafen gegen Bauern, die wegen Nichterfüllung von Ablieferungsverpflichtungen oder Steuerverpflichtungen ausgesprochen worden waren, konnten überprüft werden. Auch die ein Jahr zuvor erlassene Verordnung, in der verfügt worden war, den Besitz von allen illegal Ausgewanderten zu beschlagnahmen, wurde aufgehoben: Alle Rückkehrer sollten ihr Hab und Gut zurückerhalten oder entschädigt werden. Aus der Tatsache der Republikflucht durfte keine Benachteiligung entstehen⁴³. Ebenso wie die Bauern wurde auch die geflohene Intelligenz gesondert angesprochen, da ihre Flucht der SED neben der der Bauern am meisten Sorge bereitet hatte. So wurde etwa die Möglichkeit zur Teilnahme an Tagungen im Westen erleichtert, da zahlreiche Akademiker die entsprechenden Verbote immer wieder als persönliche und vor allem als unzumutbare berufliche Einschränkung kritisiert hatten⁴⁴. Auch der sonstige Reiseverkehr wurde liberalisiert: So tat das Politbüro seine Auffassung kund, daß die „Aufenthaltsgenehmigungen für Westdeutsche und Westberliner sowie die Frage der Ausstellung von Interzonenpässen im Sinne der Erleichterung des Verkehrs zwischen Ost- und Westdeutschland neu geregelt werden“ müßten⁴⁵. Die Zahl der genehmigten Westreisen stieg in der Folge sprunghaft an: Während im April und Mai 1953 806 bzw. 853 solcher Reisen genehmigt worden waren, betrug die Zahl der ausgestellten Pässe in den Monaten Juni, Juli und August 3836, 134545 bzw. 287504⁴⁶. Flankiert wurden diese speziellen Regelungen von Preissenkungen und weiteren sozialen Erleichterungen, die der gesamten Bevölkerung zugute kamen.

S. 651–654, hier S. 651. Auch in Hoffmann/Schmidt/Skyba, *Die DDR vor dem Mauerbau*, S. 152–158.

⁴⁰ Kommuniqué des Politbüros, in: *Dokumente der SED*, Bd. 4, S. 428–431, hier S. 428.

⁴¹ ND, 12. 6. 1953. Der Ministerrat versprach dabei u. a. Preissenkungen, die Wiedereinführung von sozialen Erleichterungen und nicht zuletzt die Zusicherung an Rückkehrer, daß sie wieder in ihre alten Rechte eingesetzt würden.

⁴² Zum „Neuen Kurs“ und seinen Folgen siehe Staritz, *Geschichte der DDR*, S. 100–126; Weber, *Die DDR*, S. 41–46; Wilke/Voigt, „Neuer Kurs“.

⁴³ GBl., S. 805 f., Verordnung über die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Berlin zurückkehrenden Personen vom 11. 6. 1953.

⁴⁴ Kommuniqué des Politbüros, S. 430.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Der sprunghafte Anstieg wurde auch in den Führungsgremien der SED angesprochen. So beschloß das Politbüro am 4. 8. 1953, die Zahl der wöchentlichen Interzonenzüge nach Hamburg, Frankfurt am Main und München von drei auf sieben zu erhöhen (SAPMO, DY 30/IV 2/2/312, Bl. 8).

Diese Maßnahmen kamen zwar zu spät, um den Aufstand vom 17. Juni 1953 zu verhindern, schlugen sich jedoch im weiteren Verlauf des Jahres in drastisch gesunkenen Flüchtlingszahlen nieder: In der zweiten Jahreshälfte 1953 kehrten nur etwa halb so viele Menschen der DDR den Rücken wie zwischen Januar und Juni. Gleichzeitig vervierfachte sich die Zahl derjenigen, die aus Westdeutschland in die DDR einwanderten bzw. zurückkehrten, von gut 6500 auf über 25 000⁴⁷. Besonders deutlich lassen sich die Auswirkungen des Neuen Kurses anhand der Bauern veranschaulichen, derjenigen Berufsgruppe, die am stärksten von der politischen Kursänderung profitiert hatte: Waren 1953 noch 11 613 Bauern republikflüchtig geworden, zählte die Zentralverwaltung für Statistik im folgenden Jahr nur noch 2389⁴⁸.

Mit dem „Neuen Kurs“ reagierte die Führung der DDR das einzige Mal auf die Abwanderungsbewegung mit einer umfassenden politischen Kursänderung, und auch dies nur auf Anstoß von Moskau. Obwohl die Flüchtlingszahlen bereits 1955 wieder stark anstiegen und 1956 mit über 360 000 einen neuen Höhepunkt erreichten, blieb es in der Folgezeit bei einzelnen, häufig unkoordinierten Maßnahmen, die – wenn überhaupt – nur punktuell und temporär wirksam waren. So wurden die Überprüfungsmaßnahmen auf den Straßen nach Berlin verschärft und die Züge durch Zugbegleitkommandos kontrolliert. Die Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei wurden beauftragt, alle Zeitungsanzeigen nach Wohnungsaufösungen und Möbelverkäufen auszuwerten, da diese auf eine bevorstehende Republikflucht hindeuten konnten⁴⁹. Beim Kauf von Fotoapparaten und anderen hochwertigen optischen Geräten oder beim Abheben hoher Geldsummen von Sparkonten mußte der Personalausweis vorgelegt werden: Die Polizei notierte dies in ihren Karteien und strengte zuweilen stärkere Überwachungen der betroffenen Personen an, da sich viele Auswanderer durch ihre Ersparnisse oder durch die in der DDR preiswerten, aber im Westen gut verkäuflichen Waren den Neuanfang erleichtern wollten⁵⁰. Das Ministerium für Staatssicherheit sollte Westkontakte überprüfen, Personen, die mit Partei- oder Staatsorganen in Konflikt geraten waren, überwachen und unter Taxichauffeuren, Fahrkartenverkäufern und Briefträgern inoffizielle Mitarbeiter gewinnen, die über bevorstehende Republikfluchten informieren konnten⁵¹. Zusätzlich zu solchen administrativen und kontrollierenden Maßnahmen wurde seit 1953 eine umfangreiche Propagandakampagne inszeniert. So druckten die Ta-

⁴⁷ Siehe Tabelle 1 und 2. Zu Rückkehrern und aus der Bundesrepublik Zuziehenden siehe jetzt Schmelz, Migration und Politik; Schmelz, Ost-West-Migranten.

⁴⁸ Vgl. Tabelle 3.

⁴⁹ BAB, DO 1/11, Nr. 963, Bl. 142–146; ebenda, Bl. 177–179; BAB, DO 1/11, Nr. 637, Bl. 46.

⁵⁰ Das Politbüro bestätigte am 21. 12. 1954 Maßnahmen gegen Schieber und Spekulanten in Berlin: u. a. mehr Kontrollen, größere Anforderungen an die Buchführung von Privatunternehmen (u. a. bzgl. innerdeutschen Zahlungsverkehrs), Einschränkung des Einkaufs in Ost-Berlin, Verschärfung der Kontrollen um Berlin, Verbesserung des ostdeutschen Warensortiments (SAPMO, DY 30/ IV 2/2/397, Bl. 5, 36–40); Forderungen nach besserer Kontrolle von Westreisenden auf die Mitnahme von optischen Geräten (21. 10. 1955, BAB, DO 1/11, Nr. 637, Bl. 41); nach BAB, DO 1/11, Nr. 780, Bl. 5 (27. 4. 1956) wurden auch Sparkassenkredite auf der Karteikarte der Abt. Paß- und Meldewesen notiert: Die Karten müssen ziemlich groß gewesen sein.

⁵¹ BStU, MfS-BdL, Nr. 003493, Bl. 1–11, hier Bl. 1 f., Politisch-operative Maßnahmen und Erfahrungen zur Einschränkung und Verhinderung von Republikfluchten in Ausführung der Anweisung Nr. 1/60 vom 4. 5. 1960, 7. 7. 1960.

geszeitungen⁵² und Zeitschriften zahlreiche Artikel ab, die sich inhaltlich kaum voneinander unterschieden, egal ob sie in Satireblättern⁵³, Frauen-⁵⁴ und Publikumszeitschriften⁵⁵ oder in den Monatsheften der Polizei⁵⁶ erschienen. Überall las man vom Elend in den Flüchtlingslagern, von falschen Versprechungen, von Erpressungen durch westliche Geheimdienste, von der Arbeitslosigkeit und von gescheiterten Flüchtlingen, die nach ihrer Rückkehr reuevoll über ihr Schicksal berichteten und sich für die Wiederaufnahme in der DDR bedankten. Die Flüchtlinge selbst wurden als Verräter und Egoisten gebrandmarkt – nicht nur in Artikeln, sondern auch auf den Abteilungsversammlungen, die bei Republikfluchten innerhalb eines Betriebes abgehalten wurden⁵⁷. Solche Veranstaltungen stießen jedoch oft auf Widerspruch: So berichtete der Generalinspekteur der Volkspolizei Willi Seifert im Juli 1956 an das ZK: „Es kommt immer wieder vor, daß außer dem Parteisekretär, dem Kaderleiter und der Abteilungsgewerkschaftsleitung keiner von den Versammelten weiter eine Stellung zur Frage der Republikfluchten einnimmt. Im Gegenteil, aus dem Hintergrund werden öfters Stimmen laut in der Form: ‚Warst Du denn schon mal drüben – wenn Du noch nicht drüben warst, dann sei lieber still – kannst uns nicht überzeugen‘.“⁵⁸

Die Wirkungslosigkeit dieser und anderer Maßnahmen blieb den Mitarbeitern der Volkspolizei nicht verborgen und wurde auch offen angesprochen: So äußerte Seifert im Februar 1953 gegenüber der SKK, daß fluchtverdächtigen und ausreisewilligen Personen seit einiger Zeit nicht mehr ihre Personalausweise abgenommen

⁵² Siehe z. B. die Artikelreihe ‚Die uns verraten‘, in: Volksstimme, Organ der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zwischen dem 3. 12. 1957 und dem 13. 5. 1958 sowie zahlreiche Artikel im „Neuen Deutschland“, z. B. ND, Nr. 32 v. 7. 2. 1953, S. 2; Nr. 61 v. 13. 3. 1953, S. 3; Nr. 174 v. 28. 7. 1953, S. 5.

⁵³ Z. B. Satire Ein „politischer“ Flüchtling, in: Frischer Wind, 3. Septemberheft 1952, S. 10; Karikatur, die das Innere eines Flüchtlingslagers darstellt mit der Unterschrift: „An wen schreibst Du jetzt ein Gesuch, an Adenauer oder Reuter?“ „An die DDR. Daß wir wieder zurückwollen...“, in: ebenda, 4. Februarheft 1953, S. 5.

⁵⁴ Flucht und Heimkehr. Eine wahre Begebenheit, in: Die Frau von heute, 20. 7. 1956, S. 4 f.; Der letzte Ausweg eines Republikflüchtigen: Der Strick, in: ebenda, 20. 2. 1961, S. 20; Eine Frau kehrte zurück, in: ebenda, 14. 4. 1961, S. 10.

⁵⁵ Wenn der Groschen fällt..., Berichte über Rückkehrer, in: Neue Berliner Illustrierte, 4. Aprilheft 1953, S. 2 f. Siehe auch die Broschüre „Vom goldenen Westen geheilt“ aus dem Jahr 1953.

⁵⁶ Die Flucht in die ‚freie Welt‘. Bericht über die Republikflucht von Volkspolizisten, die trotz dieses „schweren Verbrechens“ lieber zurückkommen wollen, als in der BRD leben zu müssen, in: Der Kämpfer, 28. 1. 1956, S. 2; Für einen Judaslohn die DDR verraten. Bericht über einen desertierten Volkspolizisten, der wegen seiner aussichtslosen Lage in der Bundesrepublik in die DDR zurückkehrt, obwohl dort das Gefängnis auf ihn wartet, in: ebenda, 26. 5. 1956, S. 4.

⁵⁷ Siehe z. B. den gemeinsamen offenen Brief von Betriebsgewerkschaftsleitung, Betriebsparteiorganisation und Betriebsleitung an alle Belegschaftsangehörigen des Kreiskrankenhauses/Poliklinik Altenburg, Säuglingsheilstalt, zur „Republikflucht“ einer Krankenschwester vom 13. 8. 1957, in dem die Belegschaft aufgefordert wird, „in Gruppenversammlungen und in der in Kürze stattfindenden Belegschaftsversammlung dazu Stellung zu nehmen.“ (BAB, DO 1/34, Nr. 21719).

⁵⁸ Ähnliches wird aus der Universitätsklinik Jena berichtet: „Die Bemühungen der Klinikverwaltung, Professoren und leitende Ärzte zur Unterstützung im Kampf gegen die Republikfluchten zu gewinnen, verliefen bis jetzt ergebnislos.“ Beide Fälle aus einem Brief Seiferts vom 6. 7. 1956 an das ZK (BAB, DO 1/11, Nr. 963, Bl. 201 f.).

würden, denn, so Seifert, „die Erfahrungen haben gezeigt, daß damit nicht die Republikflucht, sondern in der Mehrzahl nur die Mitnahme der Personalausweise verhindert wurde“⁵⁹. Auf die Anfrage des Innenministers nach Vorschlägen zur Verhinderung der Abwanderung antwortete der Leiter der Hauptabteilung Paß- und Meldewesen bei der Volkspolizei zwar mit einigen konkreten Vorschlägen wie der Wiedereinführung der Genehmigungspflicht für Verzüge in den Westen und bessere Kontrollen an den Sektorengrenzen, doch ergänzte er: „Es darf jedoch hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß dieses Verfahren zu einer Erhöhung der Zahlen [der] Republikfluchten führen kann.“⁶⁰

Die einzige Maßnahme zwischen „Neuem Kurs“ und Mauerbau, die zumindest temporär zu einer nennenswerten Reduzierung der Abwanderung führte, war die drastische Einschränkung der Genehmigung von Westreisen Ende 1957: Während im ersten Quartal 1957 nur 0,1 Prozent aller diesbezüglichen Anträge abgelehnt wurden, waren es im vierten Quartal 27,7 Prozent und im Dezember 1957 sogar 38,9 Prozent. Zum Besuch von Republikflüchtlern wurden überhaupt keine Genehmigungen mehr erteilt⁶¹. Ebenfalls Ende 1957 wurde mit der Änderung des Paßgesetzes die Flucht in den Westen zu einem eigenen Straftatbestand, der mit Geld- oder Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren geahndet wurde. Allerdings wäre dieser Schritt nicht notwendig gewesen, um strafrechtlich gegen Republikflüchtlinge vorzugehen, denn seit den vierziger Jahren hatten die Juristen der DDR genug Phantasie entwickelt, um die Auswanderer wegen anderer Vergehen zu sanktionieren. Doch setzte mit dem Paßänderungsgesetz ein schärferes Vorgehen gegen Auswanderungswillige und illegale Grenzübertritte ein. Diese Maßnahmen führten im Zusammenspiel mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage – im März 1958 verschwanden die Lebensmittelkarten und die Rationierung von Fleisch, Fett und Zucker⁶² – zu einem deutlichen Rückgang der Abwanderungszahlen von 350 000 im Jahr 1957 auf 215 000 im Jahr 1958 und sogar 145 000 im Jahr 1959⁶³. Doch wurde dieser Erfolg teuer erkauft, da die entsprechenden Maßnahmen die Unzufriedenheit derjenigen DDR-Bürger steigerten, die Verwandtschaft im Westen hatten, zumal die neue Regelung ausgerechnet kurz vor der Weihnachtsreisezeit in Kraft tat. Die Antragsteller machten ihrem Unmut auf den für die Erteilung von Reisegenehmigungen zuständigen Volkspolizeikreisämtern Luft, indem sie zuweilen „mit Stühlen und Krückstöcken die Mitarbeiter bedroh[t]en bzw. ihre eigenen Stöcke vor Wut zerschl[u]gen“ und ankündigten, daß es „bald einen zweiten ‚17. Juni‘ geben“ werde⁶⁴. Mehr als jede andere Maßnahme zeigt die Einschränkung der Reisegenehmigungen das Dilemma, in dem die DDR-Führung bei der Bekämpfung der Abwanderung steckte: Wurden Reisegenehmigungen verstärkt erteilt, kehrten viele DDR-Bürger vom Urlaub im Westen nicht mehr zurück. Schränkte man sie ein, wurde eben das Verbot zum Anlaß für die Flucht: So schrieb eine Lehrerin in ihrem

⁵⁹ BAB, DO 1/11, Nr. 962, Bl. 180f. (26. 2. 1954).

⁶⁰ BAB, DO 1/11, Nr. 963, Bl. 46f. am 31. 8. 1955 an Grünstein.

⁶¹ BAB, DO 1/34, Nr. 21727, Ratsvorlage vom 4. 6. 1958 in Karl-Marx-Stadt.

⁶² Weber, Die DDR, S. 50.

⁶³ Siehe Grafik 2.

⁶⁴ BAB, DO 1/34, Nr. 21725, Aktenvermerk. Bei der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates der Stadt Weimar ist besonders zu den Weihnachtsfeiertagen seit Mitte November ein sehr starker Andrang von Besuchern zu verzeichnen.

Abschiedsbrief nach der Republikflucht, daß sie „niemals auf den Gedanken gekommen wäre, für immer von hier fortzugehen, wenn sie die Möglichkeit gehabt hätte, jedes Jahr in ihrem Urlaub zu ihren Angehörigen nach Westdeutschland zu reisen“⁶⁵. Ähnliches äußerte eine Krankenschwester in einem Brief an ihren ehemaligen Chef, in dem sie einen Mitarbeiter des Volkspolizeikreisamts für ihren Weggang verantwortlich machte: Dieser „hätte mir meine Bescheinigung für den Interzonenpaß nicht verweigern sollen, dann wäre ich gar nicht auf den Gedanken gekommen, Rostock zu verlassen“⁶⁶.

Die Einsicht, daß administrative und polizeiliche Maßnahmen gegen die Republikflucht auf Dauer weitgehend wirkungslos blieben, setzte bei den zuständigen Stellen schon früh ein. So beantwortete der Leiter der Hauptabteilung Paß- und Meldewesen bei der Volkspolizei den Auftrag des Innenministers, Vorschläge gegen die Abwanderung vorzulegen, bereits 1955 mit dem Hinweis, daß „nach eingehender Prüfung [...] keine wirksamen Methoden vorgeschlagen werden können“⁶⁷. Solange die Grenze durchlässig blieb und die SED an ihrer grundsätzlichen Linie festhielt, konnten einzelne Maßnahmen die Abwanderung nur vorübergehend einschränken, aber nicht dauerhaft auf ein für die DDR erträgliches Niveau reduzieren.

2. Motive zu Flucht und Ausreise aus Sicht der DDR-Führung

Es gab viele Gründe, die DDR zu verlassen. Sie lassen sich nur relativ schwer systematisieren, da politische, private und wirtschaftliche Abwanderungsmotive sich oft nicht sinnvoll voneinander trennen lassen. Zudem war selten nur ein einziges Motiv für die Abwanderung ausschlaggebend: Die zahlreichen überlieferten Abschiedsbriefe nennen oft ein ganzes Bündel von Beweggründen, die sich gegenseitig überlagerten, ergänzten und verstärkten. In vielen Fällen hatte sich eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Situation in der DDR über Jahre hinweg angestaut, und es bedurfte nur eines kleinen Anlasses, beispielsweise eines Konfliktes mit dem Vorgesetzten, um die Flucht auszulösen⁶⁸. Manche Fluchtursachen betrafen nur bestimmte Berufe oder gesellschaftliche Gruppen, andere hingen von der aktuellen politischen Situation in der DDR oder auch von der weltpolitischen Lage ab. Doch gab es auch eine ganze Reihe von Gründen, die über den gesamten Zeitraum wirksam waren und die gesamte Gesellschaft betrafen. Denn trotz starker Schwankungen blieb die Abwanderung chronisch zu hoch und erfaßte stets sämtliche soziale Schichten.

Hier sollen nun im folgenden einige besonders wichtige Fluchtgründe ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannt werden, bevor untersucht wird, wie die DDR-

⁶⁵ BAB, DO 1/34, Nr. 21719, Leiter der HA Kriminalpolizei der HVDVP, Odpadlik, am 15. 4. 1959.

⁶⁶ BStU, MfS-AS, Nr. 2453/67, Bl. 101 (20. 4. 1959).

⁶⁷ BAB, DO 1/11, Nr. 963, Bl. 45.

⁶⁸ Ähnlich Major, Torschlußpanik, S. 227: „Alltagssorgen gaben den psychologischen Nährboden für die Republikflucht. Sie bildeten die längerfristigen Ursachen und Hintergründe der ‚Kurzschlußreaktionen‘.“

Führung diese Motive interpretierte. Im Vordergrund stehen dabei berufsspezifische Gründe, da diese sich noch am ehesten typologisieren lassen.

So gingen zahlreiche Bauern in den Westen, um sich dem Druck zum Eintritt in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) zu entziehen. Die mit Abstand höchsten Abwanderungszahlen sind daher auch im Zuge der beiden Kollektivierungswellen von 1952/53 und 1959/60 zu verzeichnen⁶⁹. Dabei gab nicht immer die LPG-Gründung selbst, sondern oft der von der SED eingesetzte, häufig inkompetente Vorsitzende den Anlaß zur Flucht. Die Bauern hatten Angst, „einem jungen, nur politischen Mann ausgeliefert zu werden, der nicht aus dem Dorfe stammt[e] und von der Landwirtschaft wenig oder keine Ahnung“ hatte⁷⁰. Schon vor der forcierten Kollektivierung waren zahlreiche selbständige Bauern, insbesondere Großbauern, in die Bundesrepublik geflohen, die ihr – oft überhöhtes – Ablieferungssoll nicht erfüllen konnten und sich daher strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sahen⁷¹. Auch bei den Handwerkern war der sich seit 1958 verstärkende Druck⁷² zum Eintritt in eine Produktionsgenossenschaft ein häufiger Anlaß zur Flucht. So flohen im September 1958 drei Schneidermeister aus Frankfurt/Oder, die es abgelehnt hatten, einer Produktionsgenossenschaft beizutreten⁷³. Einem selbständigen Tischler, der den Eintritt in die Genossenschaft hartnäckig verweigert hatte, wurde ein Strafverfahren sowie die Schließung seines Betriebes angedroht, nachdem man bei einer Hausdurchsuchung Konsumgüter aus Westberlin gefunden hatte. Daraufhin flüchtete er mit seiner Frau⁷⁴. Bei den Arbeitern und Angestellten spielte häufig die Aussicht auf bessere Verdienstmöglichkeiten in Westdeutschland eine wichtige Rolle. So äußerte eine nach West-Berlin abgewanderte Angestellte des DIA Chemie in einem Brief an ihre Mutter: „Wir werden monatlich ca. 450–500 Westmark sparen können, ohne dabei knapp zu leben. So kann ich in 2 Monaten eine erstklassige Schlafzimmereinrichtung oder 4 Kühlschränke kaufen. Kann man das bei uns?“⁷⁵ Das Problem der erheblichen Einkommensunterschiede zwischen Ost und West war den mit der Republikflucht befaßten DDR-Organen durchaus bewußt. Berichte der Volkspolizei und des Innenministeriums wiesen wiederholt

⁶⁹ Im Jahr 1953 zählte die Zentralverwaltung für Statistik insgesamt 11613 und in den beiden letzten Jahren vor dem Mauerbau 5637 bzw. 4335 geflohene Bauern. In keinem anderen Jahr gingen annähernd so viele Bauern in den Westen (Vgl. Tabelle 3).

⁷⁰ So die Angaben von Flüchtlingen im Notaufnahmелager Marienfelde. BStU, MfS-ZAIG, Nr. 247, Bl. 24–34, MfS an Ulbricht, Neumann, Honecker, Grüneberg, Röhlig, 23. 4. 1960, Bericht über die Entwicklung der Republikflucht in der Zeit vom 1. 4.–20. 4. 1960, hier Bl. 31.

⁷¹ Zur „Politik gegen Bauern“ in der SBZ/DDR siehe Mitter, Die Bauern und der Sozialismus (Zitat S. 83); Bauerkämpfer, Von der Bodenreform; Nehrigh, Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit; Schulz, Ruhe im Dorf?; Osmond, Kontinuität und Wandel; Werkentin, Politische Strafjustiz, S. 52–112.

⁷² Staritz, Geschichte der DDR, S. 183 f.; Büter, Handwerk, S. 76–80.

⁷³ BAB, DO 1/34, Nr. 21725, Dombrowsky, Generalmajor der Volkspolizei an die HA Innere Angelegenheiten über Gen. Staatssekretär Grünstein, 30. 9. 1958.

⁷⁴ BStU, MfS-AS, Nr. 231/63 Bd. II, Bl 5 f., Der Leiter des Bundes-Notaufnahmeverfahrens in Berlin, Begründung für Erteilung der Aufenthaltserlaubnis, 26. 6. 1959. Ein ähnliches Beispiel hat von Hornstein, Die deutsche Not, S. 115–119, aufgezeichnet.

⁷⁵ BStU, MfS-AS, Nr. 26/59, Bl. 30, Abschrift des Abschiedsbriefes vom 28. 7. 1956.

darauf hin, daß Beschäftigte fast aller Branchen, seien es Berg-⁷⁶, Bau-⁷⁷, Textil-⁷⁸ oder Metallarbeiter⁷⁹, Fachverkäuferinnen⁸⁰ oder HO- und Konsumangestellte⁸¹, in Westdeutschland ein höheres Einkommen erzielen konnten. Hinzu kam, daß die mangelhafte Arbeitsorganisation sowie fehlende Rohstoffe oder Arbeitsmaterialien den Arbeitsablauf in vielen Betrieben lähmten. Das führte nicht nur zu langen Wartezeiten und Frustrationen, sondern häufig auch zu Verdienstaussfällen, etwa wenn Arbeiter unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten mußten oder leistungsabhängig bezahlt wurden. So heißt es in einem Bericht von Anfang 1961: „Begünstigend für Republikfluchten wirkt sich der in vielen volkseigenen Betrieben vorhandene unkontinuierliche Arbeitsablauf aus, durch den Wartezeiten entstehen, artfremder (!) Einsatz von Fachkräften erfolgt und die materielle Interessiertheit der Werktätigen nicht gefördert wird.“⁸² Besonders schmerzhaft für die DDR-Führung war die Abwanderung von Akademikern und hochqualifizierten Spezialisten, da diese nicht so leicht zu ersetzen waren wie Arbeiter oder Angestellte. Die Fluchtmotive dieser Berufsgruppen wurden von den zuständigen Organen daher besonders ausführlich und differenziert untersucht⁸³. Zusammenfassend beschreiben lassen sie sich am besten mit der Benachteiligung, die die Akademiker in der DDR empfanden, da der Abbau sozialer Privilegien einen Kernpunkt von Ideologie und Politik der SED bildete. Dabei ging es zum einen um den im Vergleich zur Bundesrepublik geringeren Verdienst, verbunden mit der Befürchtung, daß dieser in Zukunft noch weiter geschmälert werden könnte. So äußerte ein Arzt in seinem Abschiedsbrief: „Maßgebend für meine Entscheidung [zur Flucht] ist [...], daß ich vielleicht in 10 Jahren auf der Höhe meines Könnens wieder so viel verdiene wie ein Facharbeiter, so wie es uns aus der CSR bekannt ist.“⁸⁴ Hinzu kam insbesondere bei Ärzten und Rechtsanwälten der Wunsch nach wirtschaftlich selbständiger Arbeit. In der DDR eine eigene Firma, Kanzlei oder Arztpraxis zu eröffnen, war jedoch praktisch unmöglich, was zu Beschwerden und nicht selten zu Abwanderungen führte⁸⁵. Ein letzter

⁷⁶ BAB, DO 1/11, Nr. 964, Bl. 174f., HA PM am 4. 10. 1957 an ZK der SED, Abt. Sicherheitsfragen.

⁷⁷ Ebenda, Bl. 161, Seifert am 16. 9. 1957 an ZK-Sicherheitsabteilung, die Abt. VE im Hause und die HA PM.

⁷⁸ BAB, DO 1/34, Nr. 21725, HA Innere Angelegenheiten, Abt. I am 19. 11. 1957 an BA Betriebsschutz.

⁷⁹ BAB, DO 1/11, Nr. 962, Bl. 129–136, v.a. Bl. 130, 136, Bericht über Republikflucht beim VEB Rheinmetall Sömmerda vom 21. 10. 1953.

⁸⁰ BAB, DO 1/11, Nr. 965, Bl. 37–40, hier Bl. 40, HVDVP an ZK, MfS u.a. am 7. 2. 1958.

⁸¹ BAB, DO 1/11, Nr. 964, Bl. 193–201, hier Bl. 197, Dombrowsky am 2. 11. 1957.

⁸² BAB, DO 1/11, Nr. 967, Bl. 37–60, Stand und Entwicklung der Bevölkerungsbewegung im Jahre 1960, 13. 2. 1961, hier Bl. 42f.

⁸³ Auch die wissenschaftliche Forschung konzentriert sich auf die Abwanderungsmotive von Akademikern. Vgl. etwa zu Hochschullehrern Jessen, Akademische Elite, S. 92f.; Conelly, Republikflucht; zu Ingenieuren Augustine, Frustrierte Technokraten; zu Ärzten Ernst, „Prophylaxe“, S. 59–68; zu Lehrern Geißler, Republikflucht von Lehrern; Hohmann, „Wenn Sie dies lesen“; Hohmann, Lehrerflucht.

⁸⁴ BStU, MfS-AS, Nr. 2453/67, Bl. 64 (29. 5. 1959).

⁸⁵ Siehe z. B. BAB, DO 1/34, Nr. 21719, Leiter der HA Kriminalpolizei der HVDVP, Odpadlik: Analyse der Republikfluchten von Personen der Intelligenz, 15. 4. 1959; BAB, DO 1/11, Nr. 965, Bl. 22–24, Bericht der HA PM an ZK der SED über die Republikflucht von Ärzten, 25. 1. 1958; BStU, MfS-HA XX/AKG, Nr. 1048, Bl. 307, 2. Bericht über die Reaktion der medizinischen Intelligenz auf das Kommuniqué des Politbüros.

Grund soll noch genannt werden. Um den akademischen Nachwuchs zugunsten von Arbeiter- und Bauernkindern zu lenken, wurde in der DDR der Zugang zu höherer Bildung für Akademikerkinder stark beschränkt. Auch bei sehr guten Leistungen wurden solche Kinder daher oft nicht zum Abitur oder zum Hochschulstudium zugelassen⁸⁶. Mit den eingeschränkten Zukunftschancen ihrer Kinder begründeten daher zahlreiche Akademiker ihre Auswanderung aus der DDR⁸⁷.

Zu diesen berufsspezifischen Abwanderungsmotiven kamen weitere, die eher allgemeiner Natur waren, da sie alle Schichten und Berufssparten betrafen oder betreffen konnten. Dazu zählten wirtschaftliche Gründe im weiteren Sinne – wie Versorgungsengpässe und Wohnungsmangel oder der Wunsch nach einem höheren Lebensstandard. Hinzu kamen politische Gründe, wie etwa Repressionen aufgrund der politischen Einstellung und religiöser Bekenntnisse, oder Gewissensnöte, wenn etwa ein Lehrer Unterrichtsinhalte vermitteln mußte, die seinen Grundüberzeugungen widersprachen⁸⁸. Erwähnt werden müssen auch die privaten Gründe für ein Verlassen der DDR. Vor allem in den ersten Jahren nach dem Krieg ging es vorrangig um die Zusammenführung von Familien, deren Angehörige im Osten und im Westen lebten⁸⁹, während später neue oder gescheiterte Ehen und Liebesbeziehungen⁹⁰ und die Flucht vor Vaterschaftspflichten oder Familienstreitigkeiten⁹¹ hinzu-

⁸⁶ Zur Zulassung von Schülern zu höherer Bildung siehe Geißler, *Geschichte des Schulwesens*, S. 320–324.

⁸⁷ BAB, DO 1/34, Nr. 21725, Rat des Bezirkes Halle Abt. Innere Abgelegenenheiten am 6. 10. 1958 an das MdI, HA Innere Angelegenheiten, Gen. Meyer, Bericht über die Flucht von drei führenden Chemikern der Farbenfabrik Wolfen; siehe auch BAB, DO 1/11, Nr. 965, Bl. 22–24, Bericht der HA PM an ZK der SED vom 25. 1. 1958 mit Fallbeispielen zur Republikflucht von Ärzten, in dem u. a. Studienbeschränkungen für Kinder genannt werden; Bezirksarzt Dr. Papsdorf schrieb am 30. 7. 1958 an das Ministerium für Gesundheitswesen, daß die Ärzte als Grund für Republikflucht „[i]n erster Linie“ die „ungerechtfertigten Ablehnungen für den Besuch der Oberschule oder der Universität“ für ihre Kinder angeben würden (BAB, DO 1/34, Nr. 21719).

⁸⁸ Siehe etwa BAB, DO 1/11, Nr. 965, Bl. 128–133, Staatssekretär im MdI, Generalmajor der Volkspolizei Grünstein an Generalmajor der VP Dombrowsky, Analyse über die Republikfluchten der Lehrer von den Grund-, Mittel- und Oberschulen sowie Sonderschulen, 2. 12. 1958, sowie die bei Hohmann, *Lehrerflucht*, S. 67–94, abgedruckten Abschiedsbriefe.

⁸⁹ Von den 854 Personen, gegen die zwischen dem 13. 12. 1957 und dem 13. 2. 1958 wegen „vorbereitetem und versuchtem illegalen Verlassen der DDR“ Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, gaben die meisten (21%) als Motiv „Zusammenleben mit Familienangehörigen und Verwandten“ an (BAB, DO 1/11, Nr. 780, Bl. 32–40, Bericht über Anwendung und Auswirkung des Paßänderungsgesetzes, 19. 2. 1958, hier Bl. 34).

⁹⁰ BAB, DO 1/34, Nr. 21721, Sekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Kader am 11. 4. 1961, „Quartalsanalysen der Republikfluchten I. Quartal 1961“: „Des weiteren ist erkenntlich, daß eine Reihe von Personen ihre zerrütteten Eheverhältnisse und Ehestreitigkeiten dadurch zu klären versuchen, indem sie die Republik verlassen.“ In einer Informationsmeldung zur Republikflucht im VEB „Henry Pels“ (Erfurt) vom 25. 10. 1957 weist der Beauftragte der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, Wessel, u. a. auf „schwierige[] Familienverhältnisse“ und „Liebesverhältnisse“ hin (BAB, DO 1/34, Nr. 21725).

⁹¹ Siehe z. B. die Vorgänge um die Flucht eines 17jährigen, der bei Onkel und Tante lebte, da der Vater ihn finanziell ausnutzte und schlug, während seine Mutter im Westen war und zum Zeitpunkt der Scheidung keine Unterkunft hatte. Bei einem Besuch mit Onkel und Tante im Westen blieb er bei seiner Mutter, weshalb der Vater nun Onkel und Tante wegen Abwerbung bestrafen lassen will. (BAB, DO 1/34, Nr. 21725, Rat des Kreises Borna, Abt. Innere Angelegenheiten an die HA Innere Angelegenheiten, Abt. Bevölkerungsbewegung, 19. 6. 1957).

kamen. Gerade bei den privaten Motiven ist jedoch die Vermischung mit wirtschaftlichen und politischen Gründen zu beachten. So hätten Familienzusammenführungen ebenso gut durch den Umzug der Verwandten von der Bundesrepublik in die DDR erfolgen können und sich Ost-West- und West-Ost-Wanderung aus *diesem* Grund in etwa die Waage halten müssen, wenn der Wunsch nach dem Zusammenleben mit der Familie tatsächlich der einzige Grund für den Ortswechsel war.

Alle genannten Abwanderungsgründe sind vor dem Hintergrund der Tatsache zu beurteilen, daß für die DDR-Bürger – im Gegensatz etwa zu den Bürgern der übrigen Ostblockstaaten – eine relativ einfache *Möglichkeit* zum Weggang bestand. Erstens war die Grenze – trotz zunehmender Gefahren – bis zum Mauerbau verhältnismäßig leicht zu überwinden. Zweitens führte die Abwanderung weder in die kulturelle Fremde, noch bedeutete sie den Verlust staatlicher Ordnung und Protektion: In der Bundesrepublik wurden die Neuankömmlinge als Staatsbürger betrachtet, welche die gleichen Rechte besaßen und die gleichen sozialen Leistungen beanspruchen konnten wie die eingesessenen Bürger der Bundesrepublik, selbst dann, wenn sie nicht als „politische Flüchtlinge“ anerkannt wurden. Dadurch sank natürlich die Hemmschwelle für den Weggang erheblich, so daß schon ein geringer wirtschaftlicher oder politischer Druck ausreichen *konnte*, um die Entscheidung für ein Leben in Westdeutschland zu treffen. Diese historische Ausnahmesituation unterscheidet die DDR-Flüchtlinge und -Ausreisenden etwa von heutigen Asylsuchenden und Arbeitsmigranten und ist bei der Beurteilung und Einordnung der hohen Flüchtlingszahlen zu berücksichtigen⁹².

Eine quantitative Einschätzung, wie viele DDR-Bürger aufgrund akuter politischer Verfolgung oder Bedrohung in die Bundesrepublik kamen und wie viele aus wirtschaftlichen, privaten oder sonstigen Gründen, ist angesichts der angesprochenen Vermischung und Überlagerung der Motive nur schwer vorzunehmen. Einen Indikator für diese Frage stellt der Anteil derjenigen Abwanderer dar, die in der Bundesrepublik den Flüchtlingsausweis C erhielten, der die politische Zwangslage als Fluchtgrund anerkannte⁹³. Diesen Ausweis, der zur Inanspruchnahme sozialstaatlicher Privilegien berechnigte, erhielten zwischen dem 1. Juli 1953 und dem 31. Dezember 1961 lediglich 14,2 Prozent der Antragsteller⁹⁴. Insofern erscheint es berechtigt, mit Heidemeyer davon zu sprechen, daß nur eine Minderheit von ihnen

⁹² So auch Ross, *Constructing Socialism*, S. 153: „It is impossible to decouple the decision to pack up and leave the GDR from the unique circumstance of having what was in many ways an *alternative homeland* in the West which offered a more or less identical language community, instant citizenship and even financial and other forms of aid to ease integration“ [Hervorhebung im Original].

⁹³ Den Flüchtlingsausweis C erhielt derjenige „Sowjetzonenflüchtling“, der „flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Eine besondere Zwangslage ist vor allem dann gegeben, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit vorgelegen hat.“ (Bundesvertriebenengesetz § 3, in: Bundesgesetzblatt [BGBl.] Teil 1, Nr. 22, 22. 5. 1953, S. 203). Seit 1957 wurden auch „schwere Gewissenskonflikte“ als Zwangslage anerkannt (Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesvertriebenengesetzes, in: BGBl. Teil 1, Nr. 47, 20. 8. 1957, S. 1208).

⁹⁴ Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung*, S. 47.

aus politischen Gründen abwanderte, die Mehrheit dagegen „aus eher eigennützigen wirtschaftlichen Motiven“⁹⁵.

Für eine Betrachtung der Abwanderung aus der Sicht der Partei- und Staatsführung der DDR ist in erster Linie interessant, wie die zuständigen Organe die Ursachen und Motive der Republikflucht wahrnahmen und erklärten. In zahllosen Berichten bemühten sich staatliche Stellen darum, den Ursachen der Abwanderung auf den Grund zu gehen, um daraus Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung abzuleiten. Ähnlich wie in der Bundesrepublik, wo jeder DDR-Flüchtling als Beweis für die Überlegenheit des eigenen Systems und den repressiven Charakter des DDR-Regimes betrachtet wurde, war auch die Perzeption der Fluchtmotive durch die DDR-Führung von starker Politisierung gekennzeichnet. Dafür, daß sich eine einseitige politisierte Interpretation in den Berichten über die Republikflucht auch tatsächlich niederschlug, sorgten die seit 1952 wiederholt ausgegebenen Weisungen an die Volkspolizei und andere mit den Republikfluchten befaßten DDR-Organen, wie etwa die folgende der Staatlichen Plankommission: „Es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß angeblich keine Gründe für die Republikflucht zu ermitteln sind. Die Einschätzung hat ebenfalls in Zukunft einen politischen Charakter zu tragen und darf nicht formal sein.“⁹⁶ Nur mit solchen Anweisungen ist es zu erklären, daß die zahlreichen offiziellen Berichte und Analysen zwar die obengenannten vielfältigen Motive auflisteten, zu ihrer Erklärung aber immer wieder die gleichen Interpretationsmuster reproduzierten. Die sich hinter den individuellen Fluchtgründen verbergenden tiefergehenden strukturellen Ursachen wurden dagegen weitgehend ausgeblendet.

Das häufigste und wichtigste Erklärungsmuster, unter dem die unterschiedlichsten Fluchtmotive subsumiert wurden, war das der „Abwerbung“. Angeblich versuchten westliche Stellen durch die systematische Abwerbung von Arbeitskräften, die DDR wirtschaftlich zu schwächen. So wurden beispielsweise Gesetze und Verordnungen der Bundesrepublik, die der Integration der Zuwanderer dienen sollten, einzig und allein als Mittel zum Zweck der Abwerbung interpretiert, so etwa das Notaufnahmegesetz, das Bundesvertriebenengesetz und das Lastenausgleichsgesetz, aber auch Aufbaukredite oder Arbeits- und Wohnungsvermittlung für ehemalige DDR-Bürger⁹⁷. Gleiches galt für die „Zusendung von Hetzblättern und Stellenangeboten an Bürger der DDR“⁹⁸ und für Einladungen von Wissenschaftlern und Ärzten zu Fachtagungen in der Bundesrepublik⁹⁹. Als Beweise für systemati-

⁹⁵ Ebenda, S. 57. Ähnlich schon Storbeck, *Flucht oder Wanderung?*, S. 170, der zu dem Ergebnis kommt, daß der Exodus aus der DDR „größtenteils keine Flucht im engeren Sinne“ darstellte und spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre „die *Abwanderung zu den besseren Lebensbedingungen*“ überwog [Hervorhebung im Original].

⁹⁶ BAB, DO 1/34, Nr. 21725, Staatliche Plankommission, Chemiekaderkommission, am 28. 7. 1960.

⁹⁷ BAB, DO 1/34, Nr. 21724, „Methoden der Abwerbung von Bürgern der DDR“ von etwa 1960/61. Zu den einzelnen Gesetzen und ihrer Entstehungsgeschichte siehe Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung*, S. 94–114, 203–232, 263–270.

⁹⁸ SAPMO, DY 30/J IV 2/2/483, Bl. 15–24, Protokoll Nr. 29/56 der Sitzung des Politbüros vom 19. 6. 1956, Anlage Nr. 4: Bericht der Kommission zu Fragen der Republikflucht, 25. 6. 1956, hier Bl. 17.

⁹⁹ BAB, DO 1/34, Nr. 21724, Methoden der Abwerbung von Bürgern der DDR von etwa

sche staatliche Abwerbung mußten selbst der Neubau von Wohnungen in West-Berlin nahe der Sektorengrenze¹⁰⁰ sowie Urlaubskarten¹⁰¹ und harmlose Briefe erhalten, die abgewanderte Arbeiter an ihre ehemaligen Kollegen in der DDR sandten, wie etwa der folgende: „Lieber Peter [...], wie ist es mit Dir, hast Du nicht Lust rüber zu kommen? Mir geht es glänzend. Ich habe eine große Wohnung für mich, auch Platz für Dich, verdiene sehr gut. [...] Du bist doch schon 18 Jahre. Schmeiß doch Deine Lehre ins Wasser. Ich verdiene auch ohne meinen Beruf [...] mein gutes Geld.“¹⁰² Zwar entbehrte die Kritik an westlicher Abwerbung nicht jeglicher Grundlage, da vor allem in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, als sich in Westdeutschland der zunehmende Arbeitskräftemangel bemerkbar machte, westdeutsche Unternehmen sich tatsächlich um Arbeitskräfte aus der DDR bemühten. Doch dienten dazu meist informelle, kollegiale oder freundschaftliche Kontakte. Zudem griffen in der SBZ/DDR enteignete Industrielle und andere Arbeitgeber beim Wiederaufbau ihrer Betriebe in Westdeutschland häufig auf leitende Mitarbeiter und Spezialisten ihrer alten Firmen zurück¹⁰³. Prominentes Beispiel dafür ist die Firma Zeiss-Opton in Oberkochen (Baden-Württemberg), die zahlreiche Mitarbeiter aus dem ursprünglichen Zeiss-Werk in Jena abwarb¹⁰⁴. Indem die SED solche Aktionen aber als „von Bonner Stellen planmäßig organisiert[e]“ Republikflucht und „wesentliches Mittel zur Weiterführung des ‚kalten Krieges‘“ interpretierte¹⁰⁵, übersah sie zweierlei: erstens die im Gegensatz zur DDR in der Bundesrepublik weitgehende Eigenständigkeit verschiedener gesellschaftlicher Subsysteme gegenüber der Politik, wie der Wirtschaft oder der Wissenschaft, die unabhängig von staatlichen Maßnahmen Bürger der DDR anzogen. Zweitens die Tatsache, daß trotz der Existenz zweier deutscher Staaten und der durch die Demarkationslinie eingeschränkten Mobilität noch ein gesamtdeutscher Arbeitsmarkt existierte. So war für die meisten DDR-Bürger Republikflucht auch „kein Verrat an der DDR, sondern nur ein geographischer Arbeitsplatzwechsel“¹⁰⁶, sie dachten in nationalen, gesamtdeut-

1960/61; BAB, DO 1/11, Nr. 967, Bl. 37–60, Stand und Entwicklung der Bevölkerungsbe-
wegung im Jahre 1960, hier Bl. 40f.

¹⁰⁰ BAB, DO 1/34, Nr. 11803, Entwurf, Teilbericht über den durchgeführten Brigadeinsatz
im Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau in der Zeit vom 3.4.–26. 4. 1956.

¹⁰¹ Siehe z. B. BAB, DO 1/11, Nr. 964, Bl. 91; BAB, DO 1/34, Nr. 21725, MdI, HA Innere An-
gelegenheiten, Abt. I am 15. 11. 1957 an BA Betriebsschutz; der Leiter der HA Innere An-
gelegenheiten im MdI kritisiert am 21. 1. 1958, daß im Obertrikotagenwerk Eichsfeld im
Zimmer des Kaderleiters und an vielen anderen Stellen für jedermann zugänglich Postkar-
ten von Republikflüchtlern hängen (BAB, DO 1/34, Nr. 21725).

¹⁰² BAB, DO 1/34, Nr. 21725, Brief von M.G. aus Hüheln an seinen ehemaligen Kollegen P.V.,
10. 10. 1957.

¹⁰³ Vgl. dazu Hefele, Die Verlagerung. Nach dem Chefinspekteur der VP Seifert „[unternah-
men] die ehemaligen Besitzer unserer volkseigenen Betriebe, die größtenteils in West-
deutschland wieder gleichartige Betriebe besitzen, alles [...], um Fachkräfte abzuwerben“
(am 6. 7. 1956 an das ZK, BAB, DO 1/11, Nr. 963, Bl. 201 f.).

¹⁰⁴ BAB, DO 1/11, Nr. 963, Bl. 201 f., VP Seifert am 6. 7. 1956 an das ZK. Anschaulich auch der
Fall der drei führenden Chemiker der Wofatit-Forschung aus Wolfen, die zu Bayer-Lever-
kusen gegangen sein sollen (BAB, DO 1/34, Nr. 21725) und der Wechsel von zahlreichen
Mitarbeitern der Fernmeldeämter in Leipzig zum „Siemens & Schuckert Konzern“ (BAB,
DO 1/34, Nr. 21724, Methoden der Abwerbung von Bürgern der DDR von etwa 1960/61).

¹⁰⁵ SAPMO, DY 30/J IV 2/2/483, Bl. 15–24, hier Bl. 16, Politbüro am 19. 6. 1956.

¹⁰⁶ BStU, MfS-SdM, Nr. 1228, Ideologische Probleme und Argumente unter den Angehörigen
der Intelligenz, 1. 11. 1960, Bl. 280.

schen Kategorien¹⁰⁷. Indem die Staatspartei aber die Verantwortung für die Republikflucht dem westdeutschen Teilstaat zuschob und damit *externalisierte*, vermied sie es, die Ursachen für die massenhafte Abwanderung in der eigenen Politik zu suchen.

Ein zweites Muster, das zur Erklärung der Republikflucht herhalten mußte, war ebenfalls dazu geeignet, die Partei- und Staatsführung von jeglicher Verantwortung zu entlasten. Unter dem Stichwort „Bürokratismus“ wurde die Ursache für die Abwanderung im Fehlverhalten einzelner, zumeist subalternen Mitarbeiter des Staats- und Parteiapparats gesucht und damit *individualisiert*. Als „bürokratisch“ oder, so eine häufige Formulierung, „herzlos“ wurde solches Verhalten von Funktionären verurteilt, das sich strikt an verwaltungstechnischen Regeln orientierte, insbesondere dann, wenn es dem aktuellen politischen Interesse der SED zuwiderlief. So kritisierte das Sekretariat des ZK im Mai 1961 „Überspitzungen und herzloses Verhalten gegenüber den Menschen“¹⁰⁸, und auch das Politbüro nannte einen Monat später als eine der Hauptursachen für die Republikflucht das „herzlose[, bürokratische] Verhalten einzelner Funktionäre im Staatsapparat“¹⁰⁹. Kritik am „Bürokratismus“ wurde zumeist hinsichtlich der langatmigen und rigiden Auslegung von einschränkenden Bestimmungen, die sich zu Ungunsten von Antragstellern auswirkten, geäußert. So machte Innenminister Maron im Oktober 1958 für den Unmut vieler DDR-Bürger über abgelehnte Reiseanträge nicht etwa die von ihm selbst verfügte Reduzierung von Genehmigungen verantwortlich, sondern die „sture und schematische Anwendung“ von Verordnungen durch die zuständigen Mitarbeiter¹¹⁰. Als Ursache für den Anstieg der Republikfluchten von Handwerkern Ende der fünfziger Jahre wurden nicht die verstärkten Bemühungen zur Kollektivierung ausgemacht, sondern die „in einzelnen Bezirken der DDR in letzter Zeit aufgetretenen Entstellungen [bei der Durchführung des Beschlusses des V. Parteitages]“¹¹¹. Mit Hilfe solcher Argumentationen konnte auch die ZK-Abteilung Staat und Recht noch im Frühjahr 1961 zu der erstaunlichen Erkenntnis kommen, daß es „zwischen unserem volksdemokratischen Staat und seiner Politik und den Bürgern [...] keinen Widerspruch“ gebe und das Verhältnis zwischen Regierung und Volk lediglich durch „überhebliches, bürokratisches und herzloses Verhalten von Staats- und Wirtschaftsorganen“ gestört würde. Zwar entbehrte die Kritik an „herzlosem“ Verhalten und „Überspitzungen“ von Behördenmitarbeitern – ebenso wie die Rede von der westlichen Abwerbung – nicht jeglicher Grundlage. Insbesondere gegenüber Akademikern zeigten viele Mitarbeiter des Staats- und Parteiapparates arrogantes und überhebliches Verhalten, das von übergeordneten Stellen als „Sektierertum“ gebrandmarkt wurde. Hier sei nur ein besonders krasses Beispiel zitiert, die Reaktion eines Mitarbeiters der Volkspolizei auf den Reiseantrag eines Arztes, der seinen schwerkranken Vater in Westdeutschland besuchen wollte: „Warten Sie doch lieber, bis Ihr Vater gestorben ist, denn zweimal bekommen Sie die Genehmigung

¹⁰⁷ Entsprechende Zitate aus dem letzten Jahr vor dem Bau der Mauer bei Major, Torschlußpanik, S. 233 f.

¹⁰⁸ SAPMO, DY 30/J IV 2/3/740, Bl. 4–82, hier Bl. 63, 71 f. (31. 5. 1961).

¹⁰⁹ SAPMO, DY 30/J IV 2/2/775, Bl. 12–98, hier Bl. 49 (11. 7. 1961).

¹¹⁰ BAB, DO 1/11, Nr. 79, Bl. 134–167, hier Bl. 155, HVDVP, Sekretariat, Unterschrift Gläser, Major der VP, vom 6. 10. 1958.

¹¹¹ BAB, DO 1/34, Nr. 21725, MdI an Plankommission, 8. 10. 1958.

nicht.“¹¹² Doch in den meisten Fällen wirkte die Kritik an „bürokratischem“ und „sektiererischem“ Verhalten vorgeschoben, da sie den einzelnen Mitarbeitern eine viel größere Kompetenz und Verantwortung unterstellte, als ihnen im politisch-administrativen Apparat der DDR zukam. Zudem hatten sie sich stets an die häufig wechselnden Vorgaben von oben anzupassen: Sobald restriktivere Bestimmungen erlassen wurden, verlangten die übergeordneten Instanzen von den zuvor als „herzlos“ beschimpften Mitarbeitern die Durchsetzung der harten Linie, ohne aber die daraus resultierenden Konflikte vor Ort zu berücksichtigen.

Eine dritte Möglichkeit, die anhaltende Abwanderung der eigenen Staatsbürger zu erklären, ohne die eigene Politik in Frage zu stellen, bestand darin, den Abwandernden selbst die Schuld zuzuweisen. Zum einen geschah dies durch ihre bereits angesprochene Diffamierung als „Kriminelle“, „Saboteure“ und „Agenten“. Darüber hinaus wurden den Abgewanderten im Nachhinein moralische Vorwürfe gemacht. So wurden republikflüchtig gewordene Mitglieder der SED in einem Bericht der Parteikontrollkommission wahlweise des „Alkoholismus“ bezichtigt oder als „moralisch verkommen“, „asozial und arbeitsscheu“ charakterisiert¹¹³. Noch häufiger wurde das mangelnde ideologisch-politische Bewußtsein der geflüchteten Personen als Grund für ihre Flucht angegeben. Kaum ein Bericht, kaum eine Analyse, in dem den Republikflüchtlingen nicht „politische Unklarheiten“¹¹⁴, „falsches Bewußtsein“ oder „Unaufgeklärtheit“¹¹⁵ unterstellt wurde. Auch „Nichterkennen der Perspektiven beider deutscher Staaten“¹¹⁶ sowie „mangelndes Staatsbewußtsein und mangelndes Vertrauen zu den Perspektiven der sozialistischen Entwicklung“¹¹⁷ der betreffenden Menschen wurden als Fluchtursachen ausgemacht. Zurückgeführt wurden diese Schwächen auf gegnerische Einflußnahme einerseits und auf „mangelnde[] Erziehung“¹¹⁸ andererseits. Mit letzterer Erklärung wurde das, was eigentlich ein Indiz für die Ablehnung der Politik der SED durch die Republikflüchtlinge war, lediglich als Erziehungs- und Vermittlungsproblem dargestellt, welches man durch verstärkte Propagandaaktivitäten zu beheben suchte: „Es muß uns noch überzeugender gelingen, die Unbesiegbarkeit des Sozialismus und die Entwicklung in der DDR als Perspektive für ganz Deutschland darzulegen.“¹¹⁹ Tatsächlich aber wirkte verstärkte Propaganda häufig kontraproduktiv, denn das Unerträgliche für viele DDR-Bürger war gerade „die Anmaßung des Staates, für seine Bürger zu ,den-

¹¹² BStU, MfS-SdM, Nr. 1228, Bl. 285, Beispiele sektiererischen Verhaltens gegenüber der Intelligenz, o.V., 1. 11. 1960.

¹¹³ Siehe die Statistik bei Eberle, *Gegnerschaft*, S. 454 f.

¹¹⁴ SAPMO, DY 30/J IV 2/3/740, Bl. 4–82, hier Bl. 73 f., Bericht über die Verbesserung der Arbeit mit den Menschen und der Parteierziehung im Bezirk Halle und die Lehren des Kampfes gegen die Republikflucht Jugendlicher, Lehrer, Ärzte, Facharbeiter im Sekretariat des ZK am 31. 5. 1961.

¹¹⁵ BAB, DO 1/11, Nr. 963, Bl. 70–99, hier Bl. 90.

¹¹⁶ BAB, DO 1/34, Nr. 21725, Ratsvorlage zum Tagesordnungspunkt 4 der Ratssitzung vom 4. 6. 1958.

¹¹⁷ SAPMO, DY 30/J IV 2/2/775, Bl. 12–98, hier Bl. 49, Sitzung des Politbüros am 11. 7. 1961.

¹¹⁸ Ebenda, Bl. 46.

¹¹⁹ BAB, DO 1/11, Nr. 558, Bl. 78–101, Die Aufgaben der Volkspolizei im Kampf gegen die Republikflucht [...] vom Dezember 1957.

ken‘ und das einmal festgelegte Dogma als allgemein verbindlich zu erklären“, wie es ein Arzt vor seiner Flucht in einem Abschiedsbrief formulierte¹²⁰.

Nicht nur in öffentlichen Verlautbarungen, sondern auch in internen Berichten und Stellungnahmen führten die Staats- und Parteiorgane der DDR praktisch jede Abwanderung entweder auf westliche Abwerbung, auf die mangelnde Aufklärung der Bevölkerung oder auf von der Parteilinie abweichendes Fehlverhalten einzelner Funktionäre zurück. Selbst die konzidierten individuellen Fehler wurden selten als eigentliche Ursache der Auswanderungen anerkannt, sondern lediglich als „Faktoren, die die Abwerbetätigkeit des Gegners begünstigen“¹²¹. Dies zeigt die Unfähigkeit der SED-Führung, die wirklichen Ursachen der Republikflucht zu erkennen, die zum größten Teil in der eigenen Politik zu suchen waren. Indem sie die stereotypen Berichte und Analysen über die Ursachen der Republikflucht zur Grundlage von Gegenmaßnahmen machte, beraubte sich die Staatspartei zugleich der Möglichkeit, wirksame Schritte zur Eindämmung der Abwanderung einzuleiten.

3. Fazit

Die weitverbreitete Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung mit der Umgestaltungspolitik der SED und die wirtschaftliche Überlegenheit der Bundesrepublik führten angesichts der offenen Grenze in Berlin dazu, daß letztlich alle Maßnahmen der DDR-Führung gegen die Abwanderung fruchtlos blieben. So stand die SED vor der Alternative: Entweder sie nahm eine radikale politische Kursänderung vor, womit jedoch ihre Herrschaft und letztlich auch die Existenz der DDR in Frage gestellt worden wäre, oder sie schloß das letzte Schlupfloch in der Grenze zur Bundesrepublik. Davor schreckte die SED jedoch lange Zeit zurück, da sie Rücksicht auf die internationalen Mächte nehmen mußte und zudem die damit verbundene politische Bankrotterklärung vermeiden wollte. Es dauerte daher bis zum Jahr 1961, bis sich die DDR-Führung unter Zustimmung Moskaus und Duldung der Westmächte zum Bau der Berliner Mauer und damit zu einem Schritt entschloß, den nicht wenige SED-Mitglieder schon viel früher als einzig wirkungsvolle Maßnahme gegen die Republikflucht vorgeschlagen hatten¹²². So hatte etwa der Kaderleiter des Magdeburger VEB Schwermaschinenbau Karl Liebknecht im November 1955 auf die Frage, wie man der Abwanderung von Fachkräften entgegenwirken könne, erklärt, daß sie „niemanden festhalten können, wenn sie nach Westdeutschland wollen. Das Zweckmäßige wäre seines Erachtens, die Grenzen dicht zu machen“¹²³.

¹²⁰ BStU, MfS-AS, Nr. 2453/67, Bl. 54 (12. 5. 1959).

¹²¹ BAB, DO 1/11, Nr. 965, Bl. 128–133, Analyse über die Republikfluchten der Lehrer von den Grund-, Mittel- und Oberschulen sowie Sonderschulen, 2. 12. 1958, hier Bl. 130. Siehe auch SAPMO, DY 30/J IV 2/2/483, Bl. 15–24, Bericht der Kommission zu Fragen der Republikflucht, 25. 6. 1956, hier Bl. 17.

¹²² Zum Bau der Berliner Mauer und seiner Vorgeschichte siehe den Beitrag von Matthias Uhl in diesem Band.

¹²³ BAB, DO 1/11, Nr. 963, Bl. 64, HA PM am 26. 11. 1955 an ZK der SED.

Tabelle 1: Monatliche Abwanderung aus der DDR nach Westdeutschland und West-Berlin

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
Januar		15770	14379	19473	14056	17898	27677	24791	25066	13282	10828	18140
Februar		13875	14874	26476	14541	17114	29279	22056	14891	9292	8873	12278
März		15918	14580	42044	15474	17843	26031	22715	13059	9999	12491	14952
April		15670	15313	35931	15827	18154	30337	23222	15427	14885	17311	19032
Mai		17251	13620	33223	17106	21189	26996	34536	13128	11726	20062	17200
Juni		18576	13698	38540	16587	23404	30175	36482	14969	11962	17583	19329
Juli		12032	15955	12876	20780	24559	27145	27086	16426	10217	15823	23311
August	19348	16682	16622	12543	21194	26122	31806	32254	20769	12687	20434	49000
September		14867	17292	18120	23451	38980	38423	39723	26162	15050	23481	27584
Oktober	23774	16584	18991	19638	26034	40904	39491	34820	23223	13568	21795	6271
November	20852	18068	18425	20750	22842	39574	33379	30356	20620	11970	18765	3348
Dezember	17147	12498	12029	16560	18463	29494	22922	23627	11790	9587	15265	2369
Gesamt	81121	187791	185778	296174	226355	315235	363661	351668	215530	144225	202711	212814

Quelle: Für die Jahre 1950 und 1951: BAB, DE 2, Nr. 1722, Wanderung über die Grenzen der DDR von und nach Westdeutschland und Westberlin sowie von und nach dem Ausland, Bl. 5f.; Für die Jahre 1952 bis 1961: BAB, DE 2, Nr. 1721, Bl. 15f., Bericht über die Entwicklung der Wanderung über die Grenzen der DDR bis zum 31. 12. 1961

Tabelle 2: Monatliche Zuwanderung in die DDR von Westdeutschland und West-Berlin

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
Januar		4407	2935	1036	5148	9008	5338	8332	6196	5695	4570	2906
Februar		3914	2420	1110	4377	6949	4969	6232	4279	4841	3977	2766
März		7174	2324	930	4883	6505	4509	6109	4392	5228	4388	2979
April		4421	2301	739	5175	7073	5363	6054	4761	5598	4153	3148
Mai		4436	2509	804	5763	5845	5371	6466	3936	5329	3351	3140
Juni		4700	2023	1922	6312	5142	5603	6326	3763	4823	3360	3287
Juli		2625	1991	3464	7065	5057	6050	6404	3786	5502	3201	2776
August		2922	1664	4000	6788	5372	7378	6603	3768	5754	3134	3117
September	5848	4789	1362	5265	7969	6282	7499	6909	4038	5612	3149	3269
Oktober	6767	2898	1367	4725	8760	5363	8242	6210	4130	5295	2939	2555
November	5908	2682	1352	4110	7669	4944	7287	5707	5040	4580	3219	2053
Dezember	4812	2147	886	3687	5958	5318	6098	6600	6757	4895	3502	2043
Gesamt	23335	47115	23134	31792	75867	72858	73707	77952	54846	63152	42943	34039

Quelle: wie Tabelle 1

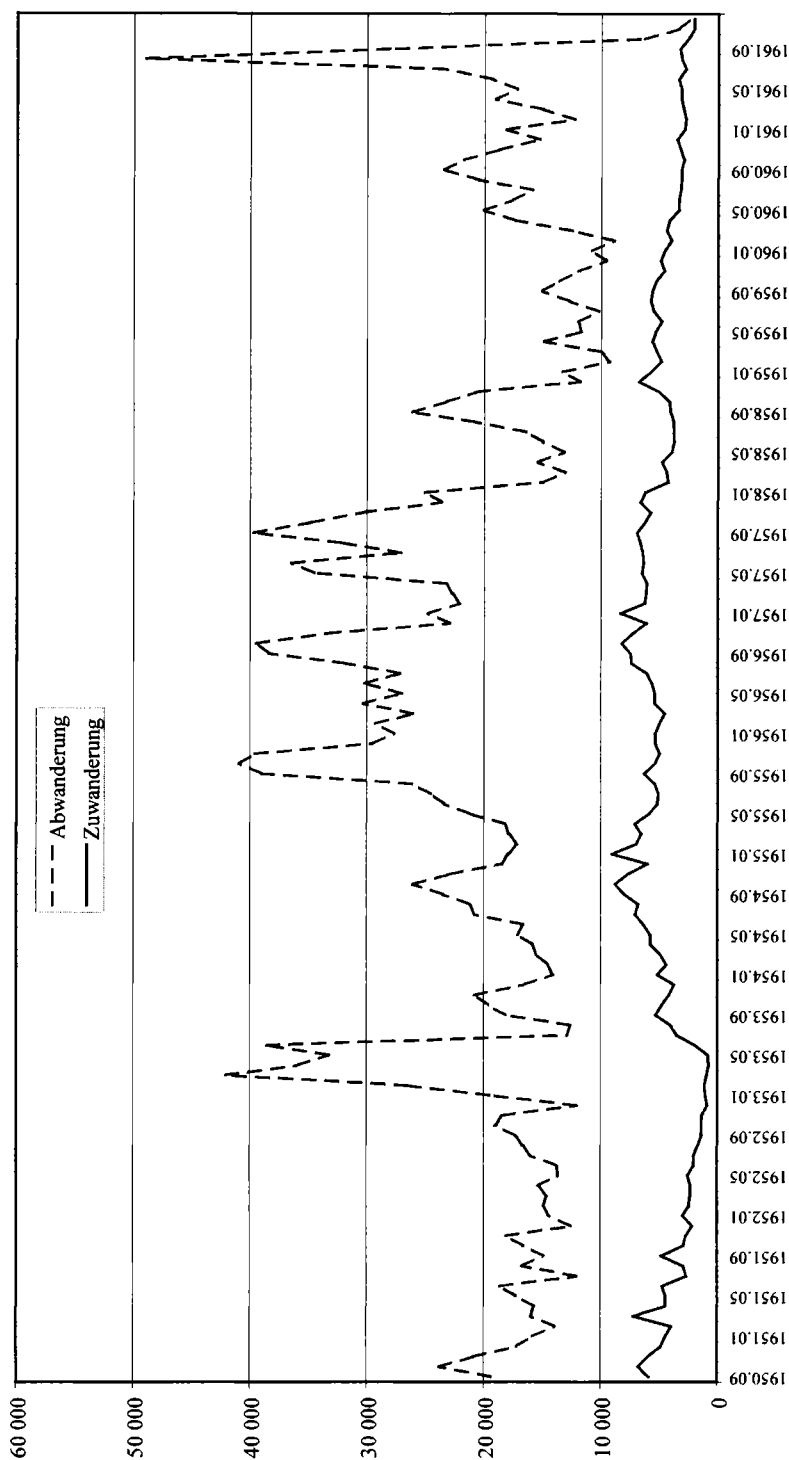
Tabelle 3: Jährliche Abwanderung nach Westdeutschland und West-Berlin nach Berufen.

	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
Wandernde insgesamt ¹²⁴	185 778	296 174	226 355	315 235	363 661	351 668	215 530	144 225	202 711	215 419
davon: Personen unter 15 Jahren	35 939	68 402	42 120	56 309	67 623	58 926	42 107	23 803	36 328	38 011
~ im Rentenalter	12 565	20 851	20 516	20 655	25 812	22 299	21 009	21 359	22 422	22 228
~ im arbeitsfähigen Alter (15–60/65)	137 274	206 921	163 719	238 271	270 226	270 443	152 414	99 063	143 961	155 180
1. Arbeiter insgesamt	39 360	48 431	52 145	92 798	110 393	130 771	58 686	45 787	64 562	75 372
davon: im Bergbau	6 843	834	1 081	2 004	2 435	3 751	845	708	860	1 191
in der Industrie	10 360	14 820	16 366	32 157	37 080	48 330	17 969	13 645	22 443	27 533
in der Landwirtschaft	3 151	3 974	3 670	5 158	7 622	10 399	4 185	3 224	4 327	3 313
sonstige Arbeiter	19 006	28 803	31 028	53 479	63 256	68 291	35 687	28 210	36 932	43 335
2. Angestellte	22 841	35 728	28 938	40 897	46 922	43 688	26 507	15 693	22 315	24 231
3. Ausgewählte Berufe der Intelligenz	6 408	7 405	5 352	8 192	7 434	6 738	7 601	3 885	5 967	6 914
davon: Wissenschaftler und Forscher	386	326	134	170	170	146	313	129	118	126
Ingenieure, Techniker, Chemiker	2 082	2 400	2 009	3 713	2 852	2 376	1 876	1 287	2 230	2 932
Ärzte, Tierärzte und Zahnärzte	640	693	339	431	671	600	1 357	758	1 093	1 054
Lehrer ¹²⁵	3 300	2 168	2 095	2 705	2 501	2 286	2 832	1 088	1 822	1 881
sonstige Bildungsberufe		1 105	468	756	744	863	806	347	421	532
Künstler		713	307	417	496	467	417	276	283	389
4. Bauern ¹²⁶	2 914	11 613	2 389	2 756	3 505	3 305	1 948	1 643	5 637	4 335
5. Handwerker ¹²⁷	7 404	11 744	5 913	6 711	6 350	2 530	1 879	1 505	2 866	2 509
6. Gewerbetreibende						1 783	2 424	1 028	1 430	815
7. Sonstige Selbständige	2 517	2 742	1 359	1 397	1 292	879	556	863	1 492	1 094
8. Nichtberufstätige Hausfrauen	24 482	43 080	21 174	32 651	46 391	39 196	29 891	16 666	24 113	25 033
9. Schüler und Studenten			1 676	3 769	4 160	5 633	6 361	3 369	4 706	7 065
davon: Studenten an Hochschulen						1 662	2 266	994	965	2 510
10. Ohne Berufsangabe ¹²⁸	31 348	46 178	44 773	49 100	43 779	35 920	16 561	8 624	10 873	7 812

Quelle: BAB, DE 2, Nr. 22422, Bl. 35, Die Wanderung über die Grenzen der DDR 1952 bis 1964

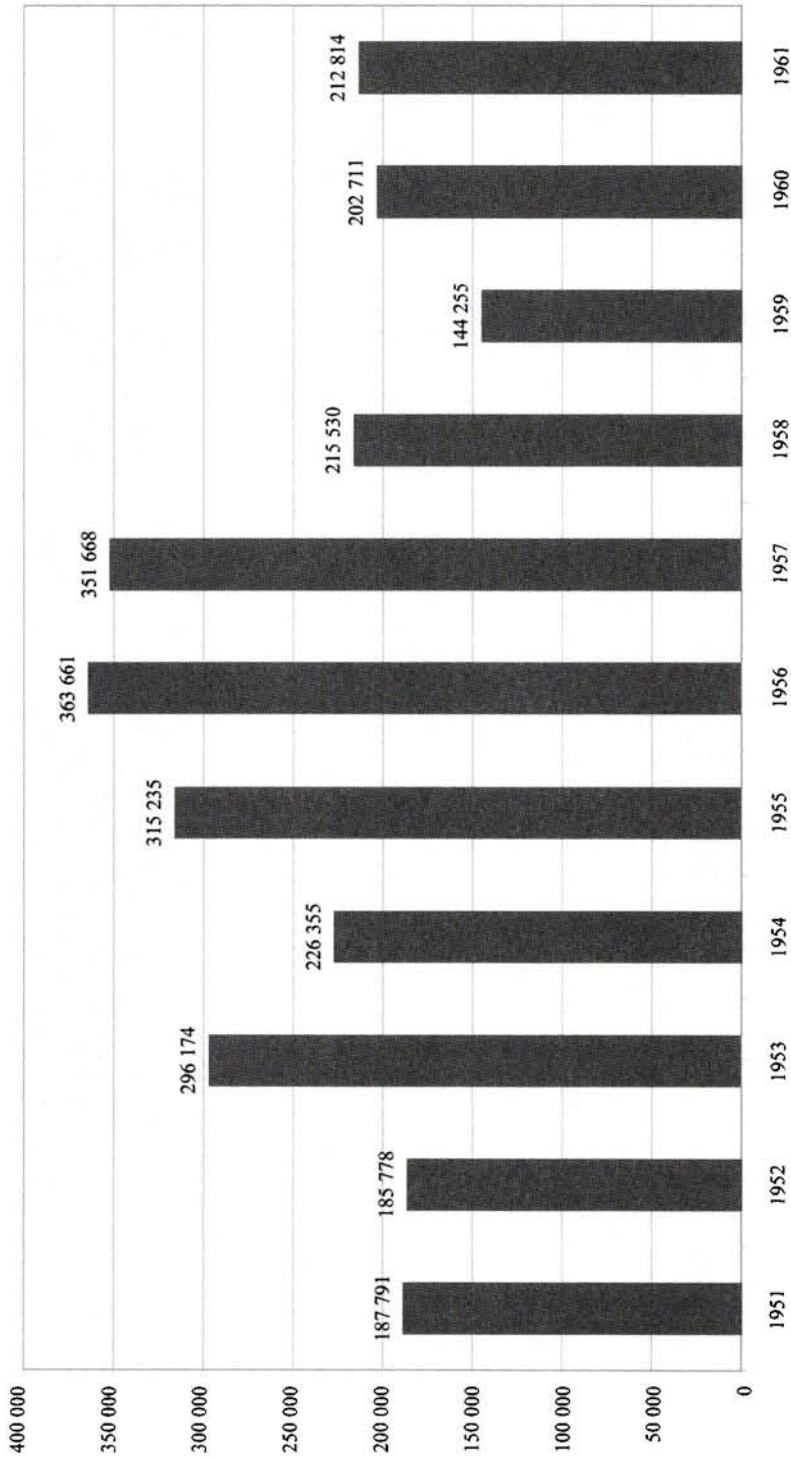
¹²⁴ Für 1961 einschließlich Karteibereinigungen; hieraus ergibt sich die Abweichung zu Tabelle 1.¹²⁵ 1952 einschließlich Künstler und sonstiger Bildungsberufe.¹²⁶ Einschließlich Gärtner und Binnenfischer sowie LPG-Mitglieder.¹²⁷ Bis 1956 einschließlich Gewerbetreibende; im gesamten Zeitraum einschließlich Hochseefischer sowie Mitglieder von Produktionsgenossenschaften.¹²⁸ Bis 1953 einschließlich Schüler und Studenten.

Grafik 1: Monatliche Zu- und Abwanderung von/nach Westdeutschland und West-Berlin



Quelle: Siehe Tabelle 1 und 2

Grafik 2: Jährliche Abwanderung nach Westdeutschland und West-Berlin



Quelle: Siehe Tabelle 1

Matthias Uhl

„Westberlin stellt also ein großes Loch inmitten unserer Republik dar“

Die militärischen und politischen Planungen Moskaus und
Ost-Berlins zum Mauerbau

Am 25. Juli 1961 fand im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR ein streng geheimes Treffen zwischen dem Stabschef der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Generalleutnant Grigorij Ariko, und dem Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee, Generalmajor Sigfried Riedel, statt. Das wichtigste Thema der sowjetisch-deutschen Beratung war: „Die Sicherung der Sektorengrenzen innerhalb Berlins und des Ringes um Berlin“. Hinsichtlich dieses Punktes legten die beiden Militärs fest, „daß die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern der DDR einen Plan zur Sicherung der Sektorengrenze erarbeitet“¹. Dieses Beispiel wie auch der folgende Aufsatz sollen zeigen, daß die UdSSR und insbesondere die sowjetischen Streitkräfte eine größere Rolle beim Bau der Mauer am 13. August 1961 spielten, als bisher angenommen wurde. Obwohl immer noch wichtige russische Archive wie das Präsidentenarchiv und das Archiv des Verteidigungsministeriums geschlossen sind, ist es durch Recherchen in anderen russischen Archiven möglich, den Einfluß der Sowjetunion und den der DDR beim Bau der Mauer genauer als bisher zu bestimmen. Es kann ausgelotet werden, inwieweit die DDR beim Mauerbau selbständig handelte und welche Entscheidungsspielräume die SED-Führung besaß.

Mehr als ein Jahrzehnt nach der friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 haben sich unsere Kenntnisse über Hintergründe, Motive und Interessenlagen des Mauerbaus beträchtlich erweitert². Trotz aller Forschungsleistungen gilt jedoch, daß einige zentrale Fragen der Grenzschließung in Berlin bis heute noch nicht ausreichend geklärt sind. Dies betrifft vor allem die Rolle der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte bei der Abtrennung West-Berlins am 13. August 1961³. Hier sind bisher folgende Forschungsfragen nur unzureichend beantwortet: Wer verantwortete

¹ Notiz über die Besprechung zwischen dem Chef des Stabes der GSSD und dem Chef des Hauptstabes der NVA, 25. 7. 1961, BA-MA, DVW-1/18771, Bl. 13.

² Auf einen bibliographischen Sammelhinweis sei an dieser Stelle verzichtet. An Neuerscheinungen zum Thema sind u. a. hervorzuheben: Arenth, *Der Westen tut nichts*; Harrison, *Drawing the Soviets up to the Wall*; Gearson, *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis*; Steininger, *Der Mauerbau*; Wettig, *Die UdSSR und die Krise um Berlin*; Wagner, *Stacheldrahtsicherheit*.

³ Bonwetsch/Filitov, *Die sowjetische Politik und die SED*, S. 887; Wettig, *Sowjetische Politik während der Berlinkrise*, S. 398.

letztlich den Mauerbau, Ost-Berlin oder Moskau? Seit wann bereiteten beide Staaten die Schließung der Grenzen in Berlin aktiv vor? Gab es hierbei gemeinsame Planungen? Wer leitete die Umsetzung der für die Abriegelung Berlins getroffenen Maßnahmen? Inwieweit waren die sowjetischen Streitkräfte an der Vorbereitung des 13. August beteiligt?

Die hier vorliegende Darstellung versucht, Ergebnisse bisheriger Forschungen zu ergänzen und einige neue Ergebnisse hinzuzufügen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt dabei weniger auf dem politischen Entscheidungsprozeß. Vielmehr wird versucht, durch ein Nachzeichnen der von militärischer Seite erfolgten Vorbereitungen und Planungen insbesondere den sowjetischen Anteil am Mauerbau zu bestimmen. Wichtigste Erkenntnisse dieser neuen Recherchen sind: Die DDR und die UdSSR bereiteten die Schließung der Grenzen in Berlin langfristig gemeinsam vor. Die Sowjetunion und ihre Streitkräfte sicherten dabei die geplante Aktion strategisch ab. Die DDR übernahm die Ausarbeitung der mit der Grenzschießung verbundenen praktischen und taktischen Maßnahmen. Obwohl Ulbricht Chruščev zum Mauerbau gedrängt haben dürfte, war die Handlungsfreiheit des Partei- und Staatschefs der DDR nach der Zustimmung aus Moskau begrenzt. Ulbricht hatte sich den Vorgaben der UdSSR weitgehend unterzuordnen und die Weisungen der sowjetischen Partei- und Militärführung auszuführen. Alle Maßnahmen der DDR vor und nach dem Mauerbau standen unter strenger sowjetischer Kontrolle und wurden argwöhnisch von der UdSSR überwacht. Hauptziel der sowjetischen Politik war es, auf jeden Fall eine bewaffnete Auseinandersetzung um Berlin zu vermeiden⁴. Deshalb mußte Ulbricht auf Anweisung aus Moskau Schritte zurücknehmen oder entschärfen, die dazu geführt hätten, die Situation weiter eskalieren zu lassen. Doch nur dadurch, daß er sich den Vorgaben aus Moskau unterordnete, gelang es Ulbricht, sein Ziel – die Schließung der Grenzen – durchzusetzen. Die sogenannte zweite Geburt der DDR wäre ohne massive sowjetische Schützenhilfe nicht geglückt.

1. Ulbricht als drängende Kraft der Abriegelung West-Berlins

Wann die UdSSR mit ersten detaillierten Planungen zur radikalen Lösung der Berlinfrage durch die strikte Abriegelung des Westteils der Stadt begann, ist immer noch unklar⁵. Fest dürfte jedoch stehen, daß im Gegensatz zur DDR im Herbst 1960 hierfür noch keine sowjetischen Pläne existierten. Dies geht u.a. aus einem Brief hervor, den der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita Chruščev am 24. Oktober 1960 an Ulbricht sandte. Darin hieß es: „Das ZK der KPdSU hat Ihren Brief vom 18. Oktober 1960 hinsichtlich der Fragen zu Berlin erhalten. Wir halten es für sinnvoll, alle in dem Brief aufgeworfenen Fragen während Ihres Auf-

⁴ Vgl. Zubok, Khrushchev and the Berlin Crisis, S. 27; Ausland, Kennedy, Khrushchev and the Berlin-Cuba Crisis, S. 2.

⁵ Zur Entwicklung der zweiten Berlinkrise bis Anfang 1961 siehe allgemein: Speier, Die Bedrohung Berlins; Schick, The Berlin Crisis; Lemke, Die Berlinkrise; Bremen, Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise; Gearson, Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis.

enthalt in Moskau im November diesen Jahres zu besprechen. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, daß bis zum Meinungsaustausch in Moskau keine Maßnahmen durchgeführt werden sollen, die die Lage an der Grenze zu West-Berlin verändern.“⁶

Gleichwohl lassen neue Dokumente aus dem Russischen Staatsarchiv für Wirtschaft vermuten, daß sich der sowjetische Partei- und Staatschef in der Zukunft für eine wie auch immer geartete militärische Lösung des Berlin-Problems wappnen wollte. Zumindest beendete Chrusčev Ende 1960 die bisherige offizielle Abrüstungspolitik der UdSSR und verfügte eine mehr als dreißigprozentige Erhöhung der Rüstungsausgaben für 1961⁷. Besonders den Bereich der strategischen Rüstung wollten dabei die sowjetischen Politiker und Militärs verstärkt sehen. Gab die UdSSR 1959 noch 810 Millionen Rubel für die Ausstattung der sowjetischen Streitkräfte mit Atomraketen aus, so sollten es 1961 bereits 2287 Millionen Rubel sein, eine Steigerung der Ausgaben um mehr als 250 Prozent. Aber auch den konventionellen Rüstungsbereichen flossen umfangreiche Mittel zu⁸.

Chrusčev ging es mit dieser Vorgehensweise augenscheinlich darum, seine bisherige Berlinpolitik, die im wesentlichen auf Drohgebärden beruhte, endlich auch mit tatsächlich verfügbaren militär-strategischen Machtmitteln abzusichern und zum gegebenen Zeitpunkt zu modifizieren. Der sowjetische Partei- und Staatschef hatte erkennen müssen, daß die von ihm immer wieder behauptete strategische Überlegenheit der UdSSR auf dem Gebiet der Raketenwaffen in Wirklichkeit nicht bestand und sich das militärische Kräfteverhältnis mit raschem Tempo zugunsten der USA entwickelte. Chrusčevs Versuche, die Erfolge der sowjetischen Raumfahrt als Beweis der militärischen Stärke der Sowjetunion erscheinen zu lassen, waren Ende 1960 endgültig gescheitert⁹. Damit mußte auch seine Politik versagen, durch bloße Androhung von Gewalt die Westmächte zur Teilnahme am Abschluß eines Friedensvertrags zu gewinnen. Deshalb war Chrusčev jetzt bestrebt, die militärische Stärke der UdSSR wesentlich zu erhöhen und damit auch das Bedrohungspotential

⁶ Schreiben von Chrusčev an Ulbricht, 24. 10. 1960, SAPMO, DY 30/3682, Bl. 39.

⁷ Vgl. Schreiben von Kosygin, Kozlov, Brežnev, Malinovskij u.a. an das ZK der KPdSU, 23. 12. 1960, RGAE, 4372/79/659, Bl. 2–15. Interessant dürfte sein, daß Chrusčev die bereits 1960 beschlossene Erhöhung der sowjetischen Verteidigungsausgaben erst am 8. 6. 1961 offiziell verkündete und als eine Reaktion auf die Erhöhung der Militärausgaben der NATO darstellte. Siehe hierzu: Adomeit, Die Sowjetmacht in internationalen Krisen, S. 322; 350–355. Zur sowjetischen Abrüstungspolitik: Evangelista, Why Keep Such an Army.

⁸ Vgl. Spravka über den Umfang der Rüstungslieferungen an das Verteidigungsministerium 1959–1962, 16. 12. 1960, RGAE, 4372/79/659, Bl. 85–86.

⁹ Eine Schlüsselrolle spielten hierbei amerikanische Aufklärungsatelliten, die ab 1960 erfolgreich über der UdSSR eingesetzt wurden. Ihre Aufnahmen zeigten, daß die strategischen Waffenkapazitäten der Sowjetunion sehr begrenzt waren und kaum mehr als eine Handvoll atomar bestückter Interkontinentalraketen umfaßten. Diese stellten nach US-Einschätzung zwar „a grave threat to a number of US urban areas“ dar, waren jedoch gleichzeitig nur „a limited threat to US-based nuclear striking forces“. Vgl. CIA – National Intelligence Estimate Nr. 11–8/1–61: Strength and Deployment of Soviet Long Range Ballistic Missile Forces, 21. 9. 1961, Bl. 3. Der Autor dankt Herrn Asif A. Siddiqi für die Überlassung des Dokuments. Für Informationen zum US-Programm für Spionagesatelliten siehe: Corona, Eye in the sky.

gegenüber dem Westen zu verstärken, um diesen zu einer Lösung des Berlinproblems im sowjetischen Sinne zu zwingen¹⁰.

Doch noch hielt der sowjetische Partei- und Staatschef seine eigenen Kräfte für zu schwach und den Zeitpunkt für einen möglichen militärischen Konflikt um Berlin für verfrüht. Während des oben erwähnten Treffens im November 1960 in Moskau sperrte sich Chrusčev deshalb weiterhin gegen die von Ulbricht geplante Abriegelung West-Berlins. Der sowjetische Staats- und Parteichef setzte noch auf Gespräche mit dem neuen US-Präsidenten Kennedy, um die existierenden Streitfragen über Berlin beizulegen bzw. um Zeit zu gewinnen. Bestätigt wird diese Vermutung durch Unterlagen des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Dieser beriet im Januar 1961 über weitere Schritte zur Sicherung der Staatsgrenzen. Entsprechend den sowjetischen Vorgaben wurde dabei beschlossen, an der Westgrenze der DDR die Truppen zu verstärken. Gleichzeitig drängte er auf die Schaffung eines beweglichen Sperrsystems, das vor allem geeignet sein sollte, Angriffe von außen abzuwehren. Hinsichtlich Berlins legte das Gremium fest: „Die derzeitige Struktur, Dislokation und Stärke der Grenzbrigade am Ring um Berlin ist nicht zu verändern“¹¹.

Trotz des weiter bestehenden „Neins“ aus Moskau setzte Ulbricht seine Überlegungen zur Abriegelung West-Berlins fort¹². Anfang Januar 1961 wies der Partei- und Staatschef der DDR seinen Verteidigungsminister Generaloberst Heinz Hoffmann an, mit dem Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) Generaloberst Ivan I. Jakubovskij eine ganze Reihe von ihn interessierenden militärischen Fragen zu klären. Diese deuten darauf hin, daß Ulbricht für eine Lösung des Berlinproblems in seinem Sinne den Einsatz von bewaffneten Kräften zunehmend ins Kalkül zog. Besonders interessierte ihn, ab wann und in welchem Umfang die GSSD bei bestimmten militärischen Situationen in der DDR eingreifen würde und ob sie die Schaffung eines ständigen einsatzbereiten Sperrsystems an der Westgrenze der DDR für erforderlich halte¹³. Auf dem entsprechenden Treffen zwischen Hoffmann und Jakubovskij, das am 10. Februar 1961 stattfand und an dem überraschenderweise auch der Oberkommandierende der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Vertrages Marschall Andrej A. Grečko teilnahm, berieten die Militärs dann tatsächlich auch über Fragen der zweckmäßigen Organisation des Einsatzes von sowjetischen Truppen in der DDR¹⁴.

¹⁰ Siehe hierzu: Horelick/Rush, *Strategic Power and Soviet Foreign Policy*, S. 117–125; Adomeit, *Imperial Overstretch*, S. 102–103; Wolfe, *Soviet Power and Europe*, S. 84–96.

¹¹ Plan der Maßnahmen des MdI zur Durchführung des Beschlusses des NVR vom 20. 1. 1961, o. Datum, BAB, DO 1/0.2.1./252/2, AZN 11368, Bl. 3. Zum Nationalen Verteidigungsrat der DDR siehe Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED.

¹² Zu diesen Plänen von Ulbricht siehe u.a.: Harrison, *Driving the Soviets up the Wall*, S. 62–63; Zubok/Vodop'janova, *Sovetskaja diplomatija i berlinskij krizis*, S. 265–267; Lemke, *Die Berlinkrise*, S. 149–153.

¹³ Vgl. Schreiben von Ulbricht an Hoffmann, 12. 1. 1961, BA-MA, AZN 32612, Bl. 72–75.

¹⁴ Vgl. Niederschrift über Beratung im Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV), 10. 2. 1961, BA-MA, DVW-1/18771, Bl. 25–29. Hinsichtlich des Einsatzes sowjetischer Truppen im Inneren der DDR führte Marschall Grečko aus: „Ein einheitlicher Plan für das Handeln im Inneren ist notwendig, weil auch sowjetische Truppenteile im Interesse der Regierung der DDR eingesetzt werden. Es gab diesen Plan, er muß wieder erneuert werden. Einheitlicher Plan, auf dessen Grundlage das Zusammenwirken zu organisieren ist, die Räume festzulegen sind und durch beide Seiten zu bestätigen sind. Der Kreis der Personen muß sehr begrenzt

Für die weiteren notwendigen Planungen ließ Ulbricht Ende Februar 1961 erstmals eine besondere Arbeitsgruppe aus leitenden Partei- und Staatsfunktionären bilden. Ihr gehörten, so erinnert sich Hans Bentzien, von 1961 bis 1966 Kulturminister der DDR, hochrangige Regierungsmitglieder, wie der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission sowie der Bau- und der Verkehrsminister an. Die Militärs der DDR dagegen betrieben ihre gesonderten Vorbereitungen zusammen mit der GSSD in Wünsdorf, so bestätigt auch Bentzien¹⁵. Die Arbeitsergebnisse dieser Planungsgruppen flossen mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Rede Ulbrichts ein, die dieser am 29. März 1961 auf der Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages hielt. In ihr bezeichnete er Berlin nicht nur „als großes Loch inmitten unserer Republik“¹⁶, sondern der Partei- und Staatschef der DDR sah ebenfalls „die Zeit gekommen, daß der Friedensvertrag [...] von der Sowjetunion und den Staaten, die dazu bereit sind, abgeschlossen wird“¹⁷. Weiter führte er aus, daß mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages die Beseitigung der Anormalität der Lage in West-Berlin unmittelbar verbunden sei¹⁸. Daß Ulbricht darunter eine strikte Abtrennung des Westteils der Stadt verstand, verdeutlicht der Entwurf einer Erklärung der Regierung der Warschauer-Vertrags-Staaten, den er im März 1961 in Moskau mit im Gepäck hatte. Daß dieser exakt der bekannten Verlautbarung des Warschauer Paktes vom 13. August 1961 entsprach, dürfte mehr als ein Zufall gewesen sein¹⁹.

Mit seiner Rede und möglichen Vier-Augen-Gesprächen gelang es Ulbricht offenbar, Chruščev erstmals von der Unvermeidbarkeit der Schließung der Grenze in Berlin zu überzeugen. Jedenfalls gab der sowjetische Partei- und Staatschef seine bisher ablehnende Haltung zu einseitigen Veränderungen des Status von West-Berlin auf und setzte zur Beilegung der Berlinkrise nicht mehr nur allein auf die bevorstehenden Gespräche mit US-Präsident Kennedy. Für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen stellte Chruščev der DDR jetzt den Abschluß eines separaten Friedensvertrages in Aussicht²⁰.

Ulbricht hatte damit die Erlaubnis, seine Planungen für eine militärische Abriegelung West-Berlins fortzuführen. Doch dem Partei- und Staatschef der DDR ging

bleiben (3–4 Mann). Den Ausführenden persönlich zuleiten. Ich war Teilnehmer (53) und kenne die Wichtigkeit dieses Planes.“

¹⁵ Vgl. Bentzien, *Meine Sekretäre und ich*, S. 172–174.

¹⁶ Wortlaut Rede Ulbrichts auf der Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes, 29. 3. 1961, SAPMO, DY 30/3386, Bl. 166.

¹⁷ Ebenda, Bl. 173.

¹⁸ Vgl. ebenda, Bl. 176.

¹⁹ Vgl. Entwurf der Erklärung der Regierungen der Warschauer-Vertrags-Staaten, o. Datum, SAPMO, DY 30/3386, Bl. 181–187.

²⁰ Vgl. Eröffnungsrede von Chruščev auf der Augusitzung des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages, 3. 8. 1961, SAPMO, DY 30/3478, Bl. 40; Bailey/Kondraschow/Murphy, *Die unsichtbare Front*, S. 417–419. Militärhistoriker der DDR kamen 1985 hinsichtlich der Märztagung des PBA sogar zu folgendem Schluß: „Die Situation des Jahres 1961 verlangte von den Staaten des Warschauer Vertrages wirksame Gegenmaßnahmen, um den weiteren Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in ihren Ländern als Ganzes zuverlässig zu schützen und die Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus vor allem an den Staatsgrenzen der DDR zu Westberlin und zur BRD zu sichern. Grundlegende Festlegungen dazu hatte der Politisch Beratende Ausschuß der Staaten des Warschauer Vertrages im März 1961 beschlossen“. Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte, S. 903.

diese Versicherung noch nicht weit genug. Was er dringend benötigte, war eine konkrete Zusage für die geplante Schließung der Grenzen zu West-Berlin. Im späten Frühjahr 1961 setzte Ulbricht dann alles auf eine Karte. Am 19. Mai 1961, also noch vor dem Wiener Gipfeltreffen zwischen Chruščev und Kennedy, teilte sein Außenminister Lothar Bolz dem Botschafter der UdSSR in der DDR Michail G. Pervuchin mit, entgegen der sowjetischen Linie denke die DDR an eine sofortige Schließung der Grenze zu West-Berlin²¹. Laut den Erinnerungen von Julij A. Kvicinskij, damals Botschaftsattaché der UdSSR in Ost-Berlin, erreichte Ulbricht bei Chruščev mit seinem drängenden Beharren bereits Ende Juni oder Anfang Juli die Erlaubnis, mit den technischen Vorbereitungsmaßnahmen für die Abriegelung der Sektorengrenze zu West-Berlin zu beginnen. Sollte Moskau der Grenzschließung nicht zustimmen, so der SED-Chef, sei der Zusammenbruch der DDR unvermeidlich und er könne nicht garantieren, die Lage weiter unter Kontrolle zu halten²². Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin sandte daraufhin am 4. Juli 1961 an Außenminister Andrej Gromyko erneut eine Einschätzung der Situation in der DDR. Pervuchin war der Ansicht, daß die Sperrung der Sektorengrenze zu West-Berlin technisch problematisch und politisch wenig zweckmäßig sei. Unter den gegebenen Umständen hielt er sie jedoch für nicht mehr vermeidbar²³.

Zu diesem Zeitpunkt war innerhalb der sowjetischen Führung eine Vorentscheidung offenbar bereits gefallen, der Forderung Ulbrichts notfalls nachzukommen. Ab Ende April/Anfang Mai 1961 begannen jedenfalls die sowjetischen Streitkräfte mit ersten konkreten Planungen für eine mögliche militärische Eskalation der Berlinkrise. Dies ergibt sich aus jetzt zugänglichen Unterlagen des Bundesnachrichtendienstes (BND). Nach Aussagen einer Quelle im Hauptquartier der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in Wünsdorf sollte der Oberbefehlshaber der GSSD am 2. Mai 1961 an einer Sitzung des Obersten Verteidigungsrates in Moskau teilnehmen. Dort hatte er über notwendige Maßnahmen in der DDR zu berichten, welche die Militärführung der UdSSR in Verbindung mit der Vorbereitung einer neuen Berlinkrise zu treffen gedachte. Jakubovskij zählte dazu eine Verstärkung der sowjetischen Truppen in der DDR, deren verbesserte Bewaffnung, sowie die Ausstattung mit modernen Kommunikationsmitteln²⁴.

Die Sicherheitsorgane der DDR begannen jetzt ebenfalls mit ihren praktischen Vorbereitungen zur Abriegelung West-Berlins. Dafür waren zunächst die für eine solche Aktion notwendigen Kräfte bereitzustellen. Am 3. Mai 1961 beschloß der Nationale Verteidigungsrat der DDR deshalb die Aufstellungen zweier Verbände, die später innerhalb von Berlin einen wesentlichen Beitrag zur Grenzsicherung lei-

²¹ Vgl. Harrison, *The bargaining power of weaker allies*, S. 207–209.

²² Vgl. Kwizinskij, *Vor dem Sturm*, S. 179–180; Wagner, *Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED*, S. 441 f.

²³ Vgl. Zubok/Pleshakov, *Inside the Kremlin's cold war*, S. 250–251; Harrison, *Ulbricht and the Concrete „Rose“*, S. 49.

²⁴ Vgl. Information S-Nr. 932237, 26. 4. 1961, Standortkartei des BND – allgemeine Beobachtungen Panzertruppenschule Wünsdorf (Stab GSSD), BAK, B 206/114. Nach Informationen des Agenten, bei dem es sich ohne Zweifel um einen sowjetischen Militärangehörigen gehandelt haben dürfte, wollte Jakubovskij auf der Sitzung des Verteidigungsrates in Moskau u. a. eine Verstärkung der GSSD um 2 mot. Divisionen, 2 Panzerregimenter, 3 Fallschirmjägerbrigaden und 4–6 Fla-Raketen-Abteilungen erreichen.

sten sollten²⁵. Zur Umsetzung dieser Anweisung erließ am 5. Juni 1961 Innenminister Karl Maron schließlich den Befehl Nr. 21/61. Dieser sah unter dem Kennwort: „Sicherheitsmaßnahmen/Hauptstadt Berlin“ vor, bis zum 30. Juni 1961 in Ost-Berlin ein Sicherungskommando der Volkspolizei in Stärke von 1500 Mann zu bilden. Gleichzeitig war zum selben Termin eine zusätzliche „Brigade Berlin der Bereitschaftspolizei“ aufzustellen²⁶. Die geplante Personalauffüllung der Brigade auf 3951 Mann machte es erforderlich, aus jeder Abteilung der Bereitschaftspolizei der DDR eine Kompanie nach Berlin zu verlegen²⁷. Damit verloren die Einheiten der Bereitschaftspolizei in den Bezirken der DDR mehr als 30 Prozent ihres bisherigen Personals und waren nach Einschätzung der ZK-Abteilung Sicherheit nicht mehr in der Lage, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen²⁸. Sinn machte die Aufstellung dieser Sondereinheiten, die erhebliche Kräfte an Personal und Mitteln banden, nur, wenn ein Einsatz kurz bevorstand. Tatsächlich bildeten die beiden neu geschaffenen Verbände des Ministeriums des Innern nach dem 13. August 1961 das Rückgrat der 1. Staffel der Grenzsicherung in und um Berlin²⁹.

In die militärischen Vorbereitungen zur Abriegelung West-Berlins wurde auch die Nationale Volksarmee der DDR (NVA) eingebunden. Am 22. Juni 1961 legte Oberstleutnant Horst Skerra, Abteilungsleiter in der Operativen Verwaltung des MfNV, dem Chef des Hauptstabes, Generalmajor Riedel, eine erste Planskizze der Maßnahmen vor, die die Militärs der DDR als zwingend notwendig für den „Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR Ende dieses Jahres“ erachteten³⁰. Hierzu zählten sie:

1. Eine Erhöhung der Kampffähigkeit der NVA in Verbindung mit der militärischen Vorbereitung des Landes;
2. die Kontrolle des Luftverkehrs von und nach West-Berlin;
3. die Sicherung der Staatsgrenze West und des Ringes um Berlin³¹.

Zur Verstärkung der Kampfkraft der NVA sollten u.a. bis zum 1. November 1961 vierzehn motorisierte Schützenbataillone und dreißig Panzerkompanien neu aufgestellt werden. Gleichzeitig waren in den Ministerien und Behörden arbeitsfähige Mobilmachungsorgane zu schaffen, ein vorläufiger Mobilmachungsplan auszuarbeiten, provisorische Unterbringungsmöglichkeiten für die Partei- und Staatsführung zu prüfen und die Ausarbeitung entsprechender Gesetzesvorlagen über

²⁵ Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR – Tagesordnungspunkt 10: Durchführung des Beschlusses über die Brigade Berlin, Anlagen 9 und 10, 3. 5. 1961, BA-MA, DVW-1/39462, Bl. 82–87.

²⁶ Vgl. Befehl Nr. 21/61 des Ministers des Innern, 5. 6. 1961, BAB, DO 1/2.2/58322.

²⁷ Vgl. Zwischenbericht über den Stand der Reorganisation der bewaffneten Kräfte in Berlin, o. Datum (Anfang Juli 1961), BAB, DO 1/0.2.1./252/2, AZN 11371, Bl. 1–2.

²⁸ Vgl. Bericht der ZK-Abteilung Sicherheit an Walter Ulbricht über den Plan der Maßnahmen zur vorfristigen Auffüllung der Deutschen Grenzpolizei und der Bereitschaftspolizei, 24. 7. 1961, SAPMO, DY 30/3682, Bl. 130.

²⁹ Vgl. Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung Nr. 1/61, 12. 8. 1961, BA-MA, DVW-1/6284, Bl. 32–35; Sälter, Restrukturierung von Polizeieinheiten der DDR, S. 69–71.

³⁰ Vgl. Schreiben der Operativen Verwaltung des MfNV, ausgefertigt durch Oberstleutnant Horst Skerra, 22. 6. 1961, BA-MA, DVW-1/18790, Bl. 1–2.

³¹ Vgl. Schreiben der Operativen Verwaltung des MfNV, 28. 6. 1961, BA-MA, DVW-1/18790, Bl. 6.

den Staatsnotstand (Militärdienstpflicht, Ausnahmezustand usw.) zu beschleunigen³².

Hinsichtlich der Kontrolle des Luftverkehrs von und nach West-Berlin sahen die Pläne der NVA folgende Maßnahmen vor: Auflösung des Internationalen Flugsicherungszentrums Berlin, Übernahme seiner Funktionen durch die DDR; Verlagerung des in West-Berlin abgewinkelten zivilen Luftverkehrs nach Berlin-Schönefeld und eine mögliche Blockierung der West-Berliner Flugplätze Tempelhof, Tegel und Gatow und ihrer Einflugschneisen durch Sperrflüge, Sperrballons und den gezielten Einsatz von Funkstörungen. Da der DDR die für eine Sperrung der Flughäfen notwendigen technischen Mittel jedoch nicht zur Verfügung standen, wäre diese Aufgabe nach Einschätzung des Ministeriums für Nationale Verteidigung durch die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zu übernehmen. Hauptziel der genannten Maßnahmen war es, den gesamten zivilen und militärischen Flugverkehr von und nach West-Berlin unter die Kontrolle der DDR zu zwingen. Dies schloß ausdrücklich auch das Recht auf die Durchführung von Personenkontrollen der Passagiere ein, die mit amerikanischen, britischen und französischen Fluggesellschaften Berlin verlassen wollten. Mit dieser Vorgehensweise hätte die DDR den Vier-Mächte Status hinsichtlich West-Berlins einseitig aufgekündigt³³.

Offensichtlich wollte die DDR-Führung so ein Ausfliegen der Republikflüchtlinge aus West-Berlin verhindern und damit den Flüchtlingsstrom eindämmen. Grundlage für die Verhaftung der Republikflüchtigen wäre das Paßänderungsgesetz gewesen, wonach das ungesetzliche Verlassen der DDR mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden konnte³⁴.

Die Militärs der NVA diskutierten zumindest Ende Juni/Anfang Juli 1961 noch nicht die Möglichkeit der Schließung der Sektorengrenzen zur gewaltsamen Abtrennung West-Berlins. In ihren Plänen ging es zunächst lediglich darum, die Kräfte der Deutschen Grenzpolizei (DGP) am Berliner Ring durch Kräfte des Amts für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zu verstärken und eine eventuelle Unterstellung der DGP unter das Ministerium für Nationale Verteidigung zu erreichen³⁵.

Dies heißt freilich nicht, daß derartige Planungen nicht erfolgt wären. Vielmehr hatte Ulbricht seinen Verkehrsminister Erwin Kramer damit beauftragt, „Maßnahmen zur Sicherstellung der Kontrolle des Verkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich ihrer Hauptstadt und Westberlin“ zu erarbeiten. Der entsprechende Entwurf sah vor, zum gegebenen Zeitpunkt alle direkten Ver-

³² Vgl. Schreiben der Operativen Verwaltung des MfNV, ausgefertigt durch Oberstleutnant Kurt Gottwald, 1. 7. 1961, BA-MA, DVW-1/18790, Bl. 10–13.

³³ Vgl. Schreiben der Operativen Verwaltung des MfNV, 28. 6. 1961, BA-MA, DVW-1/18790, Bl. 7–8; Schreiben operative Verwaltung, ausgefertigt durch Oberstleutnant Gottwald, 19. 7. 1961, ebenda, Bl. 23–29; Maßnahmen zur Sicherstellung der Kontrolle des Luftverkehrs bei Abschluß eines Friedensvertrages, o. Datum, SAPMO, DY 30/3508, Bl. 303–309. Ausgearbeitet wurden die Planungen zur Kontrolle über den Luftverkehr durch den damaligen Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung Generalleutnant Heinz Keßler.

³⁴ Zur Republikflucht siehe allgemein: Major, Torschlußpanik und Mauerbau, S. 221–243; ders., Vor und nach dem 13. 8. 1961, S. 325–354; Beitrag von Henrik Bispinck in diesem Band.

³⁵ Vgl. Schreiben der Operativen Verwaltung des MfNV, 28. 6. 1961, BA-MA, DVW-1/18790, Bl. 8–9.

kehrsverbindungen zwischen Ost- und West-Berlin zu kappen³⁶. Mit den unmittelbaren Planungen zur Sperrung der Sektorengrenzen waren Innenminister Karl Maron und sein Stellvertreter Willi Seifert beauftragt³⁷.

Wann der geeignete Moment für die Durchführung der genannten Maßnahmen sei, dürften Anfang Juli 1961 weder Berlin noch Moskau genau gewußt haben. Fest steht lediglich folgendes: Chruščev und Ulbricht hatten sich darüber verständigt, daß der Flüchtlingsstrom wie auch immer möglichst rasch eingedämmt werden mußte, sollte die DDR weiter überleben. Hierfür schlossen die beiden Parteiführer militärische Maßnahmen nicht aus. Diese Entscheidung war unter größter Geheimhaltung gefallen und in Moskau wie auch Berlin nur einigen ausgewählten Regierungsmitgliedern bekannt. In den einzelnen DDR-Ministerien arbeiteten besondere Planungsgruppen an ausgewählten Szenarien der Operation, sie besaßen jedoch keinen vollständigen Gesamtüberblick. Die Teams, die zumeist aus dem entsprechenden Minister und einzelnen hochrangigen Mitarbeitern bestanden, bekamen ihre Anweisungen von Ulbricht, dem sie auch persönlich wieder berichten mußten. Dieser wiederum stimmte seine Schritte mit dem Partei- und Staatschef der UdSSR ab. Chruščev selber veranlaßte dann auf ähnlichem Wege wie Ulbricht die Ausarbeitung der sowjetischen Pläne für die Abriegelung West-Berlins. Eine gemeinsame Koordinierung der militärischen Handlungen beider Seiten hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht stattgefunden. Diese erfolgte erst ab Mitte Juli 1961.

2. Die Vorbereitungen der UdSSR zum Mauerbau

Während man in Berlin noch entsprechende Vorschläge und Varianten zur Abriegelung West-Berlins erarbeitete, setzte auch die Sowjetunion konsequent ihre Planungen zur Vorbereitung der Aktion fort. Beschleunigt wurden diese durch das Scheitern des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Wien³⁸. Da die UdSSR davon ausging, daß eine eventuelle Schließung der Grenzen in West-Berlin zumindest einen bundesdeutschen Handelsboykott gegen die DDR bedeuten würde, wies Chruščev Anfang Juni 1961 das Staatliche Planungskomitee (GOSPLAN) an, mit den Vorbereitungen für die Schaffung einer besonderen Materialreserve beim Ministerrat der UdSSR zu beginnen. Diese war für die unverzügliche Hilfeleistung der Sowjetunion im Fall eines Abbruchs der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik gedacht. Zu diesem Zweck schlug GOSPLAN u.a. vor, mehr als 53 Tonnen Gold auf dem Weltmarkt zu verkaufen, um zusätzliche Rohstofflieferungen in die DDR finanzieren zu können. Daß diese Planungen durchaus im Zusammenhang mit dem Mauerbau standen, verdeutlicht die Tatsache, daß die Ausarbeitungen von GOSPLAN am 29. Juli 1961 vom Politbüro angefordert wur-

³⁶ Vgl. Maßnahmen zur Sicherstellung der Kontrolle des Verkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich ihrer Hauptstadt und Westberlin, o. Datum, SAPMO, DY 30/3508, Bl. 328–332.

³⁷ Vgl. Stadt, X-Zeit.

³⁸ Vgl. Orlov, *Tajnaja bitva sverchderžav*, S. 417–418; Kornienko, *Upuščennaja vozmožnostʹ*, S. 102–106.

den³⁹. Einen Tag vor dem Mauerbau, am 12. August 1961, bestätigte der Ministerrat der UdSSR den von GOSPLAN ausgearbeiteten Entwurf und erließ den Beschluß Nr. 761–327 zur „Schaffung einer speziellen Ministerratsreserve für die unverzügliche Hilfe für die DDR im Fall des Abbruchs der Wirtschaftsbeziehungen zur BRD“⁴⁰.

Auch die sowjetischen Militärs wurden von der politischen Führung der UdSSR in die strategischen Vorbereitungen zur Abriegelung West-Berlins eingebunden. Anfang Juli 1961 erhielt Jakubovskij aus Moskau die persönliche Anweisung Chruščevs, sich zu äußern, ob es möglich sei, die Grenze in Berlin komplett zu schließen. Gleichzeitig sollte eine genaue Karte des Grenzverlaufs in Berlin erstellt werden. Diese Unterlagen seien dann, so die Aussagen von Sergej Chruščev, dem Sohn von Nikita Chruščev, zur Krim geschickt worden, wo der sowjetische Partei- und Staatschef im Urlaub weilte. Nachdem sich Chruščev durch die Informationen Jakubovskijs von der Möglichkeit überzeugt hatte, eine Stadt wie Berlin vollständig abzuriegeln, habe er zusammen mit Außenminister Andrej Gromyko und dessen deutschlandpolitischen Berater Vladimir Semenov die Entscheidung für die Schließung der Sektorengrenzen in Berlin getroffen. Zur Realisierung dieses Beschlusses sei dann ein konkreter Maßnahmenplan erarbeitet worden⁴¹.

Obwohl dieser bis heute geheim und damit für die Forschung nicht zugänglich ist, wird zumindest dessen Existenz indirekt durch Dokumente der sowjetischen Streitkräfte bestätigt. So heißt es im Tagesbericht des Verteidigungsministers der UdSSR an das ZK der KPdSU über die Situation in Berlin und der DDR vom 16. August 1961: „Die Truppenteile und Einheiten [...] befinden sich in erhöhter Gefechtsbereitschaft und liegen in den Gebieten, die sie entsprechend dem Maßnahmenplan für Berlin eingenommen haben“⁴². Nach Sergej Chruščev sah der Maßnahmenplan hinsichtlich der militärischen Fragen vor, daß die unmittelbare Abriegelung der Grenze durch Truppen der DDR erfolgen sollte. Die sowjetischen Truppen erhielten die Aufgabe, sich in voller Kampfbereitschaft in der zweiten Reihe zu halten. Dadurch sollte den Westmächten klargemacht werden, daß jeder Versuch den Status an der Grenze zu ändern, unweigerlich zur militärischen Konfrontation mit der UdSSR führen würde⁴³.

Gleichzeitig wandte sich Chruščev aber gegen die zusätzlich von Ulbricht vorgeschlagene Variante der Sperrung des Luftverkehrs von und nach West-Berlin. Der SED-Chef hatte Anfang Juli 1961 das bereits erwähnte „Material über die Kontrollmaßnahmen für den Fernbahn- und Berliner S-Bahn-Verkehr sowie Material über die Kontrollmaßnahmen für den Flugverkehr in Verbindung mit Abschluß eines Friedensvertrages“ zur Prüfung nach Moskau geschickt⁴⁴. Während das erste Papier uneingeschränkte Zustimmung beim sowjetischen Partei- und Staatschef fand,

³⁹ Vgl. Schreiben des Leiters von GOSPLAN, V. Novikov, an das ZK der KPdSU, 29. 7. 1961, RGAE, 4372/79/939, Bl. 58–67.

⁴⁰ Vgl. Protokoll Nr. 340 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, Tagesordnungspunkt 1: Fragen die DDR betreffend, 12. 8. 1961, RGANI, 3/14/494, Bl. 1–2.

⁴¹ Vgl. Chruščev, *Krizisy i rakety*, S. 128; Fursenko/Naftali, *One hell of a gamble*, S. 138–139.

⁴² Bericht des sowjetischen Verteidigungsministeriums an das ZK der KPdSU über die Situation in Berlin und der DDR, 16. 8. 1961, RGANI, 5/30/367, Bl. 5.

⁴³ Vgl. Chruščev, *Roždenie sverchderžavy*, S. 401–402.

⁴⁴ Schreiben von Ulbricht an Chruščev (russisch), o. Datum, SAPMO, DY 30/3478, Bl. 6.

wurde der zweite Maßnahmenkatalog, erarbeitet vom damaligen Chef der Luftstreitkräfte der DDR Heinz Kessler, von der UdSSR ohne Diskussion abgelehnt⁴⁵. Der Grund hierfür dürfte gewesen sein, daß Ulbricht und Kessler nicht nur wie geplant verlangten, den gesamten zivilen Luftverkehr West-Berlins nach Schönefeld zu verlegen; vielmehr forderten sie jetzt auch, alle ein- und ausfliegenden Flugzeuge auf den in West-Berlin liegenden Flugplätzen durch Vertreter der Regierung der DDR kontrollieren zu lassen⁴⁶. Da Chrusčev klar war, daß eine derartige Beschneidung der alliierten Rechte in Berlin sehr ernste Folgen bis hin zu einem militärischen Konflikt haben würde, wies er derartige Forderungen der DDR zurück. Er entschloß sich vielmehr, das Problem „West-Berlin“ durch eine strikte Teilung der Stadt zu beenden. Hierin sah er das geringste Risiko einer Gegenreaktion durch die Westmächte. Alle anderen von der DDR vorgeschlagenen Pläne hätten sein Hauptziel gefährdet, den Mauerbau zur Lösung der Berlinkrise ohne den Ausbruch einer bewaffneten Auseinandersetzung mit den USA und ihrer Verbündeten zu realisieren⁴⁷.

Um das für die Schließung der Grenzen in Berlin erforderliche Drohpotential der UdSSR zu verstärken, begannen dann im Frühsommer 1961, wie Dokumente des militärischen Nachrichtendienstes der US-Truppen in Europa und des BND belegen, umfangreiche Verlegungen sowjetischer Truppen in die DDR. Dies betraf vor allem Panzer- und Flugabwehrverbände. Gleichzeitig erhielten die bereits in der DDR stationierten Einheiten der GSSD modernere Bewaffnung und verbesserte Ausrüstung⁴⁸. Mitte Juli 1961 hatte die UdSSR ihre militärischen Vorbereitungen für den Mauerbau soweit abgeschlossen, daß die dafür vorgesehenen Maßnahmen jetzt zusammen mit dem ostdeutschen Bündnispartner koordiniert werden konnten.

3. Die gemeinsamen Planungen der UdSSR und DDR für die Grenzschließung

Nachdem Moskau der von Ulbricht immer wieder geforderten Grenzschließung im Juli 1961 schließlich endgültig zugestimmt hatte, unterstützte die UdSSR die einmal getroffene Entscheidung in ihrer Durchführung nachhaltig. Letztlich übernahm Moskau sogar die strategische Führung des Mauerbaus. Bereits am 15. Juli 1961 ordnete der Oberkommandierende der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer

⁴⁵ Vgl. Maßnahmen zur Sicherstellung der Kontrolle des Verkehrs bei Abschluß eines Friedensvertrages, o. Datum, SAPMO, DY 30/3508, Bl. 303–314.

⁴⁶ Vgl. ebenda, Bl. 307.

⁴⁷ Siehe hierzu auch: Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, S. 509–512.

⁴⁸ Vgl. Headquarters United States Army Europe (USAREUR)– Intelligence Estimate 1962 (U), 1. 1. 1962, Bl. 14, National Security Archive, Berlin Crisis, box 29; Information 89870 US, Juli 1961, Standortkartei des BND – Transporte Biesdorf/Kaulsdorf, BAK, B 206/107; Querschnitt Dieter Thomas, 14. 7. 1961, Standortkartei des BND – allgemeine Beobachtungen Dresden, BAK, B 206/109; Nachricht E 46094, 12. Juni 1961, Standortkartei des BND – allgemeine Beobachtungen in Rathenow, BAK, B 206/113. Die Quelle des BND meldete u. a.: „im Stadtbild viele neue Soldaten. Fallen durch Einkauf von Süßigkeiten, längeres Stehenbleiben vor Schaufenstern usw. auf.“

Vertrages, Marschall Andrej A. Grečko, die Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der NVA an, gleichzeitig übertrug er dem Oberkommandierenden der GSSD das Weisungsrecht über die ostdeutschen Streitkräfte⁴⁹. Zehn Tage später trafen sich, wie oben erwähnt, der Stabschef der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und der Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee. Das überlieferte Protokoll zeigt, daß es während des Treffens im wesentlichen um zwei wichtige Fragen ging:

1. Die Sicherung der Sektorengrenzen innerhalb Berlins und des Ringes um Berlin und
2. die Sicherung der westlichen Staatsgrenze der DDR.

Hinsichtlich des ersten Punktes legten die beiden Militärs fest, „daß die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern der DDR einen Plan zur Sicherung der Sektorengrenze erarbeitet. Hierbei ist vorgesehen, daß keine sowjetischen Truppen oder Truppenteile der Nationalen Volksarmee zur unmittelbaren Sicherung der Grenze herangezogen werden. Diese Aufgabe wird ausschließlich durch die Kräfte des Ministeriums des Innern gelöst. Außerdem wird durch die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte ein Plan erarbeitet, der Aufgaben zur Sicherung Berlins von außen durch Kräfte der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte und der Nationalen Volksarmee enthält, falls die Kräfte des Ministeriums des Innern hierfür nicht ausreichen. Dabei ist beabsichtigt, die 1. Mot.-Schützendivision im Rahmen der 20. Armee der sowjetischen Streitkräfte einzusetzen. [...] Die unmittelbare Sicherung an der Grenze erfolgt durch die Deutsche Grenzpolizei. Für die eingeteilten Verbände der sowjetischen Streitkräfte und der Nationalen Volksarmee werden Abschnitte entlang der Grenze in einer Tiefe von 1 bis 2 Kilometern vorgesehen“⁵⁰. Abschließend hieß es im Protokoll: „Die exakten Pläne werden in den nächsten 10 bis 14 Tagen ausgearbeitet. Die Aufgabenstellung für die Verbände der Nationalen Volksarmee und die Brigaden der Deutschen Grenzpolizei erfolgt unmittelbar durch die Oberbefehlshaber der entsprechenden Armeen der sowjetischen Streitkräfte“⁵¹.

Dieses Dokument bestätigt die oben erwähnten Aussagen des Sohnes von Chruščev. Demnach hatte die UdSSR die strategische Gesamtplanung für den Mauerbau übernommen. Der DDR oblag lediglich die Ausarbeitung einzelner Details, die sich mit der direkten Abriegelung der jeweiligen Grenzabschnitte beschäftigten. Nur zwei Tage nach dem Treffen der Stabschefs von GSSD und NVA, am 27. Juli 1961,

⁴⁹ Vgl. Schreiben des Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Vertrages Andrej A. Grečko an den Minister für Nationale Verteidigung Heinz Hoffmann, 15. 7. 1961, BA-MA, AZN 32595, Bl. 25–26.

⁵⁰ Notiz über die Absprache zwischen dem Chef des Stabes der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Generalleutnant Ariko und dem Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und dem Chef des Hauptstabes, Generalmajor Riedel, o. Datum, BA-MA, DVW-1/18771, Bl. 13–14.

⁵¹ Ebenda, Bl. 14. Damit zeigt sich auch, daß die immer wieder viel zitierte Kennedy-Rede vom 25. 7. offenbar weniger Einfluß auf die sowjetische Entscheidung zum Mauerbau hatte, als bisher vermutet worden war. Als der US-Präsident seine berühmte Fernsehansprache hielt, war die Grenzschießung, wie die vorliegenden Dokumente zeigen, bereits beschlossene Sache. Sie dürfte allenfalls dazu beigetragen haben, den ursprünglich geplanten Termin nach vorne zu verschieben. Vgl. Steininger, *Der Mauerbau*, S. 224–236; Eisenfeld/Engelmann, *Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung*, S. 42–44.

trafen sich zur Ausarbeitung des konkreten Plans „zur Sicherung der Sektorengrenze“ Vertreter des Ministeriums des Innern der DDR (MdI) und der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Am Ende des Treffens lag eine genaue Karte der in und um Berlin durchzuführenden Sperrmaßnahmen vor⁵². Nachdem damit die entsprechenden Absprachen zwischen dem MdI und der GSSD erfolgt waren, befahl am 31. Juli 1961 Innenminister Karl Maron dem Kommandeur der Deutschen Grenzpolizei „unter Wahrung strengster Geheimhaltung in kürzester Zeit den verstärkten pioniermäßigen Ausbau der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin zu planen und vorzubereiten“⁵³. Nur einen Tag später begannen Einheiten der Deutschen Grenzpolizei (DGP) damit, an der Westgrenze der DDR befindliches Pioniermaterial (18 200 Betonsäulen, 150 Tonnen Stacheldraht, 5 Tonnen Bindedraht und 2 Tonnen Krampen) für die Errichtung der geplanten Sperranlagen nach Berlin zu schaffen. Gleichzeitig trat in der Polizeischule Biesenthal bei Berlin eine speziell geschaffene operative Gruppe des MdI zusammen. Unter der Leitung des Stellvertretenden Innenministers der DDR erarbeitete hier ein sechsköpfiger Sonderstab des MdI unter Umgehung der üblichen Kommandostruktur und Ausschaltung aller Stäbe die entsprechenden Einsatzpläne und -befehle für die an der Schließung der Grenze in Berlin beteiligten Einheiten der DGP, Bereitschafts- und Volkspolizei. Hinsichtlich der Koordination der gemeinsamen Handlungen von GSSD, NVA und DGP konnte dabei auf Unterlagen zurückgegriffen werden, die bereits zu einem früheren Zeitpunkt entstanden waren⁵⁴.

Eine operative Gruppe, mit ähnlichen Aufgaben, wurde auch im Ministerium für Nationale Verteidigung geschaffen. Ihr gehörten neben Generalmajor Sigfried Riedel elf weitere Offiziere und zwei Unteroffiziere an. Während die Forschung bisher davon ausging, daß die operative Gruppe des MfNV erst am 9. August 1961 gebildet wurde, belegen neue Studien, daß sie bereits Ende Juli 1961 die Arbeit aufgenommen hatte. Ihre Aufgabe bestand darin, unter Umgehung der militärischen Kommandoebenen von Militärbezirk und Division, die Einsatzpläne für die direkt an der Grenzschießung beteiligten NVA-Verbände – der 1. und 8. motorisierten Schützendivision – zu erarbeiten⁵⁵.

Während sich die „bewaffneten Organe“ der DDR vorwiegend mit der Ausarbeitung der taktischen Maßnahmen für den Mauerbau beschäftigten, hatten die sowjetischen Militärs die strategische Gesamtplanung der Operation zu übernehmen. Bis heute ist wegen fehlender Akteneinsicht leider nur bruchstückhaft bekannt, welche Schritte der Generalstab der Streitkräfte der UdSSR tatsächlich erwogen hat, um die

⁵² Vgl. Karte des Plans der Sicherung Berlins, ausgearbeitet vom MdI und der GSSD, 27. 7. 1961, BA-MA DVW-1/6284–5, Bl. 832. Leider fanden sich weder im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, noch im Bundesarchiv Berlin schriftliche Notizen oder Protokolle dieses Treffens.

⁵³ Studie des Instituts für Deutsche Militärgeschichte: Die Nationale Volksarmee in der Aktion vom 13. 8. 1961, 20. 2. 1964, BA-MA, DVW-1/14835, Bl. 34.

⁵⁴ Vgl. ebenda, Bl. 33–34. Während über diese operative Gruppe des MdI kaum etwas bekannt ist, siehe zum Einsatz der DGP, Bereitschafts- und Volkspolizei am 13. 8. 1961 u. a.: Die-drich, Die Grenzpolizei der DDR/SBZ, S. 201–224; Geschichte der Deutschen Volkspolizei, S. 335–349.

⁵⁵ Vgl. Wagner, Stacheldrahtsicherheit, S. 123–127; Hein/Wollina, Der Einsatz der NVA während der Grenzschießung, S. 479–481.

geplante Grenzschießung mit all ihren Eventualitäten abzusichern⁵⁶. Feststehen dürfte, daß die Militärführung vor allem versuchte, ihr strategisches Bedrohungspotential gegenüber den USA in Stellung zu bringen, um diese von einem Eingreifen in Berlin abzuhalten⁵⁷. Um dessen Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft zu testen und dies zugleich auch den Vereinigten Staaten wirkungsvoll zu demonstrieren, fand am 16. Juli 1961 in Pleseck bei Archangelsk eine umfangreiche Übung der strategischen Rakentruppen der UdSSR statt. In deren Verlauf starteten die beteiligten Einheiten erstmals selbständig, das heißt, ohne die Hilfe von technischen Beratern der sowjetischen Raketenindustrie, innerhalb von 24 Stunden zwei Interkontinentalraketen des Typs R-7A. Diese Fernlenkwaffe, die einen Atomsprengkopf mit einer Sprengkraft von fünf Megatonnen über eine Distanz von 9500 Kilometern befördern konnte, war zum damaligen Zeitpunkt die einzige strategische Waffe der Sowjetarmee, mit der die USA ernsthaft bedroht werden konnte⁵⁸. Eine weitere militärische Maßnahme stellte die Ernennung von Marschall Ivan S. Konev zum Oberkommandierenden der GSSD dar. Der hochdekorierte Weltkriegsgeneral und Miteroberer Berlins war hierfür extra aus dem Ruhestand reaktiviert worden. Die Berufung des „Häuserkampfspezialisten“ Konev sollte nach Chruščev vor allem eine außenpolitische Symbolwirkung haben⁵⁹. Der mögliche „innenpolitische“ Aspekt der Ernennung gegenüber der DDR wird zumeist vergessen. Schließlich hatte der Marschall 1956 eine der Schlüsselrollen bei der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn gespielt⁶⁰. Wenig bekannt ist auch, daß an den sensiblen Flanken des Warschauer Vertrages ebenfalls erfahrene Weltkriegsgeneräle zum Einsatz kamen. Im Transkaukasischen Militärbezirk übernahm Marschall Konstantin K. Rokossovskij das Kommando und sicherte damit die exponierte Südflanke gegenüber der Türkei. Marschall Kirill A. Mereckov ernannte Chruščev zum Befehlshaber des Militärbezirks Turkestan und Armeegeneral Pavel I. Batov übernahm das Kommando über die Südgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Ungarn⁶¹. Die neu ernannten Oberbefehlshaber waren als unmittelbare Vertreter des Strategischen Oberkommandos (Stavka)⁶², anders als die bisherigen Kommando-

⁵⁶ Auch neuere Publikationen russischer Militärhistoriker geben hierüber nur sehr begrenzt Auskunft. Vgl. *Rossija (SSSR) v lokal'nych vojnach*, S. 137–139; *Istorija voennoj strategii Rossii*.

⁵⁷ Vgl. Adomeit, *Militärische Macht als Instrument sowjetischer Außenpolitik*, S. 216.

⁵⁸ Vgl. *Raketnyj ščit*, S. 62; *Raketnye vojska*, S. 199; Pervov, *Rakenoje oružie RVSN*, S. 64–67. Mitte 1961 verfügte die UdSSR über sechs Startrampen für die R-7A, von denen sich vier in Pleseck befanden. Zwei weitere lagen auf dem Territorium des Kosmodroms Bajkonur. Bereits seit 1948 überwachten Funkexperten britischer und amerikanischer Geheimdienste die Raketenstarts der UdSSR. Grundlage hierfür waren die bei jedem Start entstehenden Telemetriedaten der Rakete die per funkelektronischer Überwachung aufgefangen wurden. Vgl. MacKenzie, *Inventing accuracy*, S. 300–303; Prados, *The Soviet Estimate*, S. 57.

⁵⁹ Vgl. Kowalczyk/Wolle, *Roter Stern über Deutschland*, S. 184–185; Chruschtschow erinnert sich, S. 460–461.

⁶⁰ Siehe hierzu u. a.: *Sovetskij Sojuz i vengerskij krizis*; Horváth, *Militärgeschichtliche Aspekte der ungarischen Revolution*; Vida, *Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse*.

⁶¹ Vgl. Gribkov, *Neproiznesennoe vystuplenie*; Gribkov, *Der Warschauer Pakt*, S. 138.

⁶² Zum System der Strategischen Führung der sowjetischen Streitkräfte siehe: Wagenlehner, *Militärpolitik und Militärdoktrin der UdSSR*, S. 22–33; Scott/Scott, *The Armed Forces of the USSR*, S. 97–126. In der sowjetischen Literatur wird das Strategische Oberkommando (Stavka) auch als Hauptquartier des Kommandos des Obersten Befehlshabers bezeichnet.

inhaber, ortsungebunden, das heißt sie konnten ihre Truppen bei Notwendigkeit auch von Moskau aus führen und besaßen wesentlich mehr Vollmachten als ihre Amtsvorgänger. Dadurch wollten Chruščev und seine Militärs sicherstellen, daß sich ihre fähigsten Generäle und Marschälle an den entscheidenden Brennpunkten der Krise befanden, jedoch gleichzeitig auch engsten Kontakt zur politischen Führung des Landes halten konnten⁶³.

Während der sowjetische Partei- und Staatschef nicht ernsthaft damit rechnete, daß die Grenzschießung zu einem bewaffneten Konflikt mit den USA und ihren Verbündeten führen würde, schlossen die sowjetischen Militärs derartige Konsequenzen in ihren Planungen nicht aus. Deshalb verlangte der Oberkommandierende des Warschauer Vertrages, Marschall Grečko, am 25. Juli 1961 von Ulbricht, daß dieser unverzüglich beträchtliche zusätzliche Mobilmachungskapazitäten für die GSSD und die NVA bereitzustellen habe. Dazu zählten u.a. die Bereitstellung von 135 000 Tonnen Treib- und Schmierstoffen, die Erfassung von Arbeitskräften und Technik für zwei Straßenbrückenbau-Brigaden, drei Straßen-Kommandanten-Brigaden und vier Flugplatzbau-Bataillone sowie die Übergabe von Auszügen aus der Kraftfahrzeug-Hauptkartei der Volkspolizeikreisämter an die Wehrkreiskommandos der NVA für alle zur Verwendung bei den Streitkräften geeigneten PKW und LKW. Ferner war die papiermäßige Aufstellung von 50 Kraftfahrzeugkolonnen zu je 250 LKW durchzuführen. Als Termin für den Abschluß der genannten Planungen, die unter allerstrengster Geheimhaltung erfolgen sollten, nannte Marschall Grečko den 10. August 1961⁶⁴. Selbst die medizinische Versorgung eventueller blutiger Verluste wollte der Oberkommandierende der Vereinigten Streitkräfte gesichert sehen. Zu diesem Zweck befahl er, daß das Ministerium für Gesundheitswesen der DDR ebenfalls bis zum oben genannten Termin dem MfNV eine Aufstellung aller Krankenhäuser und Sanatorien zu übergeben hatte, die kurzfristig in Armeelazarette mit einer Gesamtkapazität von 35 000 Betten umgewandelt werden konnten. Gleichzeitig waren in den Bezirken und Kreisen der DDR 1500 Krankenfahrzeuge zu erfassen, um innerhalb eines Tages 15 Sanitätstransportkolonnen aufstellen zu können⁶⁵.

Damit hatten die militärischen Planungen für den Mauerbau, nachdem aller Wahrscheinlichkeit nach am 6. Juli 1961 zwischen Moskau und Berlin die Entscheidung zur Grenzschießung gefallen war⁶⁶, ein fast atemberaubendes Tempo angenommen. Bis Anfang August 1961 schlossen die sowjetischen und ostdeutschen Streitkräfte alle wichtigen Planungen für den Mauerbau weitgehend ab. Sogar gemeinsame koordinierende Gespräche zwischen der GSSD und der NVA sowie dem MdI hatten stattgefunden. Lediglich die konkreten Einsatzbefehle für die beteilig-

und gilt als höchstes Organ zur strategischen Leitung der Kriegshandlungen der sowjetischen Streitkräfte. Seine Aufgabe war die unmittelbare Führung der Fronten und Teilstreitkräfte, die Organisation ihres Zusammenwirkens, Koordination ihrer Handlungen sowie deren Sicherstellung mit Kräften und Mitteln. Vgl. Panow, *Geschichte der Kriegskunst*, S. 434.

⁶³ Bewährt hatte sich dieses Prinzip der Vertreter des Strategischen Oberkommandos bereits im 2. Weltkrieg. Vgl. Suvorov, *Die sowjetische strategische Führung*, S. 123–126.

⁶⁴ Vgl. Schreiben von Verteidigungsminister Hoffmann an Ulbricht nebst Anlagen, 25. 7. 1961, BA-MA, AZN 32612, Bl. 61–67.

⁶⁵ Vgl. ebenda, Bl. 65.

⁶⁶ Vgl. Wiegrefe, *Die Schandmauer*, S. 71.

ten Einheiten mußten noch präzisiert werden. Für alle unmittelbar an der Grenzschließung Beteiligten stand Ende Juli/Anfang August 1961 fest, daß der Mauerbau kurz bevorstand. Offen blieb, an welchem Tag genau die Aktion durchgeführt werden sollte.

4. X-Zeit

Die Entscheidung über den genauen Termin des Einsatzes der Streitkräfte der DDR und UdSSR zur Grenzschließung in Berlin sollte kurz vor der Sitzung des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages in Moskau fallen. Am 3. August 1961, unmittelbar vor der Eröffnung des Treffens der Staats- und Parteichefs des sozialistischen Lagers, legte Chruščev während einer Vorbesprechung mit Ulbricht fest, die Grenze zu West-Berlin am 13. August 1961 abzuriegeln⁶⁷. Die während des Treffens gemachten Notizen von Walter Ulbricht geben noch einmal wieder, wie sich der sowjetische Partei- und Staatschef die Abriegelung West-Berlins vorstellte:

1. „Äußeren Grenzring schließen. Einreise Bürger der DDR nur auf spezielle Passierscheine.
2. Einwohnern der DDR verbieten, ohne Genehmigung West-Berlin aufzusuchen. Alle Fußgänger, alle Passagen, alle Bahnen am Übergangskontrollpunkt kontrollieren. Bei der S-Bahn an der Grenzstation Kontrolle aller Reisenden. Alle müssen aus dem Zug nach West-Berlin aussteigen, außer den West-Berlinern.
3. Durchgangsverkehr von Potsdam Züge der Umgebungsbahn verstärken [sic].
4. Westberlinbesuche von Hauptstadt der DDR und Westdeutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrages bestehen lassen.
5. Ordnung an Berliner Grenze für Diplomaten und Militär der vier Mächte bestehen lassen.“⁶⁸

Damit scheint klar, daß die Tagung des Warschauer Vertrages vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau nicht, wie bisher oft vermutet, über die Möglichkeit der Schließung der Sektorengrenze in Berlin diskutierte⁶⁹. Auf der Sitzung wurden lediglich die von der UdSSR und der DDR vorgelegten Pläne zur Kenntnis genommen. Gestützt wird diese These auch durch neue Aktenfunde aus dem Russischen Staatsarchiv für Zeitgeschichte. Sie zeigen, daß alle von der Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses verabschiedeten Beschlüsse und Dokumente bereits am Vormittag des 3. August 1961 vom Präsidium des ZK der KPdSU bestätigt worden waren. Dies betrifft sowohl die Erklärung der Warschauer Vertragsstaaten⁷⁰ als auch die Mittei-

⁶⁷ Vgl. Handschriftliche Notizen von Ulbricht über Unterredung mit Chruščev, 3. 8. 1961, SAPMO, DY 30/3682, Bl. 150.

⁶⁸ Ebenda, Bl. 148 f.

⁶⁹ Für Auszüge aus den Sitzungsprotokollen der Tagung des Warschauer Vertrages siehe: Bonwetsch/Filitow, Chruschtschow und der Mauerbau, S. 155–198. Beide gehen allerdings davon aus, daß eine Entscheidung über die Durchführung der Sperrmaßnahmen in Berlin erst am 5. 8. 1961 gefallen sei. Dieser Meinung schließen sich auch an: Flemming/Koch, Die Berliner Mauer, S. 35.

⁷⁰ Vgl. Protokoll Nr. 340 der Entscheidungen des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 28. 7. bis zum 12. 8. 1961, Punkt Nr. 58, 3. 8. 1961, RGANI, 3/14/494, Bl. 79; Anlage zum Punkt Nr. 58: Entwurf der Erklärung der Warschauer Vertragsstaaten, o. Datum, RGANI, 3/14/469, Bl. 6–8.

lung für die Ersten Sekretäre der Kommunistischen und Arbeiterparteien über die Sitzung der Warschauer Vertragsstaaten⁷¹. Diese gemeinsam verabschiedeten Erklärungen der Warschauer Paktstaaten zur Schließung der Grenzen zu West-Berlin, die am 13. August 1961 veröffentlicht wurden, sollten vor allem dazu dienen, nach außen den Eindruck zu erwecken, daß es sich um eine gemeinsame Aktion des Warschauer Paktes handle. Durch diese Vorgehensweise wollte der sowjetische Partei- und Staatschef den Westmächten klarmachen, daß im Falle eines militärischen Konfliktes um Berlin mit dem Einsatz aller Streitkräfte des östlichen Bündnisses zu rechnen wäre. Damit wollte Chruščev verhindern, daß der Westen leichtfertig auf den Einsatz militärischer Mittel setzte, um das Berlinproblem zu lösen.

Neben den Partei- und Staatschefs der Warschauer Vertragsstaaten tagten in Moskau gleichzeitig vom 3. bis zum 5. August 1961 auch die an der Aktion beteiligten Generalstabsoffiziere der NVA, GSSD, Sowjetarmee und Vereinigten Streitkräfte. Auf der Zusammenkunft, die unter dem Vorsitz von Marschall Grečko stand, berichteten zunächst der Stellvertretende Oberkommandierende der GSSD Generaloberst Jakubovskij und sein Stabschef Generalleutnant Ariko über die von den sowjetischen Truppen in der DDR getroffenen Maßnahmen und die entsprechenden Einsatzpläne⁷². Wenig später mußten NVA-Chef Hoffmann und Luftwaffenchef Keßler ihre militärischen Ausarbeitungen vor dem Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte darlegen, wobei ihnen Oberstleutnant Skerra sekundierte⁷³. Offenbar schätzte die sowjetische Militärführung ein, daß die entsprechenden Planungen durchaus solide und die durchzuführenden Maßnahmen gut vorbereitet waren. Von ihrer Seite gab es keine bekannten Einwände gegen die für die Grenzschießung in Berlin nötigen militärischen Operationen.

Entsprechend der jetzt konkretisierten Zeitpläne begann noch während der Sitzung der Warschauer Vertragsstaaten die Verlegung starker sowjetische Truppenverbände nach Berlin. Allein zwischen dem 4. und 5. August 1961 trafen hier mehr als 4600 sowjetische Soldaten ein⁷⁴. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß bis zum 13. August 1961 die Kräfte einer sowjetischen Division direkt nach Ost-Berlin verlegt wurden⁷⁵. Am äußeren Ring der Stadt gingen zum Zweck der vollständigen Abriegelung West-Berlins neben der 1. Motorisierten Schützendi-

⁷¹ Vgl. Protokoll Nr. 340 der Entscheidungen des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 28. 7. bis zum 12. 8. 1961, Punkt Nr. 59, 3. 8. 1961, RGANI, 3/14/494, Bl. 80; Anlage zum Punkt Nr. 59: Entwurf der Mitteilung an die Ersten Sekretäre der Kommunistischen und Arbeiterparteien über die Sitzung der Warschauer Vertragsstaaten, o. Datum, RGANI, 3/14/469, Bl. 9–11.

⁷² Vgl. Gribkow, *Der Warschauer Pakt*, S. 137–138; Eberlein, *Geboren am 9. November*, S. 324.

⁷³ Vgl. Wagner, *Stacheldrahtsicherheit*, S. 123

⁷⁴ Vgl. Information CCFFA (Befehlshaber der in Deutschland stationierten französischen Streitkräfte) 64/61 – Transporte und Kolonnen nach Berlin, Standortkartei des BND – Lage Berlin, BAK, B 206/107.

⁷⁵ Vgl. Bericht des sowjetischen Verteidigungsministeriums an das ZK der KPdSU über die Situation an der Grenze zu West-Berlin und zur Bundesrepublik, 27. 10. 1961, RGANI, 5/30/367, Bl. 176; Bericht des sowjetischen Verteidigungsministeriums an das ZK der KPdSU über die Situation an der Grenze zu West-Berlin und zur Bundesrepublik, 27. 1. 1962, RGANI, 5/30/399, Bl. 45. Nach derzeitigen Erkenntnissen waren in Ost-Berlin während der Grenzschießung zumindest das 68. Panzerregiment sowie das 16. und 81. Gardeschützenregiment der 6. Mot. Gardeschützendivision der GSSD eingesetzt.

sion der NVA noch die Einheiten dreier weiterer sowjetischer Divisionen der 20. Gardarmee in Stellung⁷⁶.

Gleichzeitig brachte das Kommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR entlang der Autobahnstrecke Helmstedt-Berlin umfangreiche sowjetische Truppenverbände in Gefechtsposition. Ihre Aufgabe: Die Abwehr von eventuellen Versuchen der Amerikaner, mit Waffengewalt vom Territorium der Bundesrepublik aus nach West-Berlin durchzubrechen⁷⁷.

Weder Ost-Berlin noch der Kreml waren sich darüber im Klaren, wie die Bevölkerung der DDR auf die Grenzschießung reagieren würde. Da die zuständigen Sicherheitsorgane die Gefahr eines eventuellen Volksaufstandes nicht ausschließen konnten, fuhren in einigen Städten der DDR, so in Merseburg und Rostock, zusätzliche sowjetische Einheiten auf. Ihre Aufgabe bestand darin, so der Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall Radion Ja. Malinowskij, kurz und knapp: „im Fall der Notwendigkeit die Ordnung aufrechtzuerhalten“⁷⁸.

Zeitgleich nahmen auch die militärischen Verbände des Innenministeriums der DDR und der Nationalen Volksarmee ihre vorgesehenen Positionen ein. Bis zum 11. August 1961 waren alle militärischen Vorkehrungen für den Bau der Mauer abgeschlossen⁷⁹. An diesem Tag berieten Pervuchin, Konev, Ariko, Ulbricht und Hoffmann abschließend über letzte Details zur Durchführung des Mauerbaus. Während dieses Treffens legte der Stabschef der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland noch einmal die einzelnen Schritte zur Abriegelung der Sektorengrenze dar. Sie entsprachen exakt den Planungen, die in der Besprechung von Riedel und Ariko am 25. Juli 1961 ausgearbeitet worden waren. Demnach sollten die sowjetischen Truppen erst eingreifen, wenn die Garnisonen der Westmächte in Berlin aktiv würden oder falls NATO-Truppen versuchen sollten, die Grenze der DDR zu überschreiten, um nach West-Berlin vorzudringen. Einen Tag nach der Sitzung, in der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 wurde für alle Streitkräfte in der DDR, einschließlich der sowjetischen, Alarm ausgelöst und erhöhte Gefechtsbereitschaft befohlen⁸⁰.

Die Abriegelung West-Berlins in der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 verlief ganz nach den Planungen des sowjetischen Oberkommandos. Die Truppen der GSSD mußten in die Aktionen zur Grenzschießung nicht eingreifen und konnten

⁷⁶ Vgl. Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung Nr. 01/61, 12. 8. 1961, BA-MA, DVW-1/6284, Bl. 32–35; Headquarters United States Army Europe (USAREUR) – Intelligence Estimate 1962 (U), 1. 1. 1962, Bl. 13, National Security Archive, Berlin Crisis, box 29.

⁷⁷ Vgl. Auszug Wochenbericht Narzisse (französischer Geheimdienst) 33/61, 17.–24. 8. 1961, Standortkartei des BND – allgemeine Beobachtungen Dessau, BAK, B 206/107; USAREUR – Unilateral Planning for the Use of Tripartite Forces with Respect to Berlin, 21. 9. 1961, National Security Archive, Berlin Crisis, box 35.

⁷⁸ Vgl. Bericht des Verteidigungsministeriums der UdSSR an das ZK der KPdSU über die Situation in Berlin und der DDR, 22. 8. 1961, RGANI, 5/30/367, Bl. 15.

⁷⁹ Für die unmittelbaren militärischen Vorbereitungen der DDR siehe: Wagner, Stacheldrahtsicherheit; Hein/Wollina, Der Einsatz der NVA während der Grenzschießung; Diedrich, Die militärische Grenzsicherung.

⁸⁰ Vgl. Bericht des sowjetischen Verteidigungsministeriums an das ZK der KPdSU über die Situation an der Grenze zu West-Berlin und zur Bundesrepublik, 15. 8. 1961, RGANI, 5/30/367, Bl. 1–3; Maßnahmen der erhöhten Gefechtsbereitschaft, 11. 8. 1961, BA-MA, DVW-1/6284, Bl. 24–26; Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 182–184; Otto, 13. 8. 1961, S. 65.

im Hintergrund bleiben. Die unmittelbare Befehlsgewalt lag dennoch weiter in den Händen von Marschall Konev. Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zeichnete nicht nur alle Truppenbefehle des damaligen Ministers für Nationale Verteidigung Heinz Hoffmann gegen⁸¹. Auch Ulbricht hatte sich seinen Weisungen zu fügen. So wurde er von Konev am 24. August 1961 aufgefordert, die Polizei der DDR anzuweisen, „auf jeden Fall Handlungen zu vermeiden, die zu unerwünschten Zwischenfällen führen könnten“⁸². Einen Tag später ließ der Partei- und Staatschef der DDR das Innenministerium zur Beruhigung der Lage in Berlin offiziell mitteilen, daß sich die Staatsorgane der DDR nicht in die inneren Angelegenheiten West-Berlins einmischen würden. Diesen Erfolg sowjetischer Einflußnahme meldete Konev unverzüglich an das ZK in Moskau weiter⁸³.

Nur einmal, während der Panzerkonfrontation am Checkpoint „Charlie“ im Oktober 1961 sahen sich Chruščev und seine Generäle gezwungen, direkt die militärische Macht der UdSSR in der DDR zu demonstrieren. Der Einsatz sowjetischer Panzer am Kontrollpunkt Friedrichstraße sollte den Amerikanern klar machen, daß jeder militärische Versuch der USA den neuen Status West-Berlins zu ändern, unweigerlich zur direkten Konfrontation mit der Sowjetunion führen würde⁸⁴. Dieses Risiko wollten und konnten weder die USA noch die UdSSR eingehen. Deshalb wurde die militärisch gefährlichste Situation der Krise am 27./28. Oktober 1961 zum entscheidenden Wendepunkt. Der gleichzeitige Abzug der amerikanischen und sowjetischen Panzer von der Friedrichstraße zeigte, daß beide Supermächte die neue Situation in Berlin anerkannten. Die UdSSR vertraute diesem „neuen Frieden“ jedoch noch nicht völlig. Die sowjetischen Einheiten in der DDR befanden sich noch bis zum 11. Januar 1962 in erhöhter Gefechtsbereitschaft⁸⁵. Gleichzeitig wurde jedoch für die Weltöffentlichkeit durch die Ereignisse in der Friedrichstraße klar, wer in der DDR letztlich die Kommandogewalt hatte. Die sogenannte zweite Geburt des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden wäre ohne die massive sowjetische Schützenhilfe nicht geglückt. Sie verdeutlichte, daß auch nach mehr als elf Jahren ihres Bestehens die DDR ein Kunstprodukt war, dessen Existenz, wie es der chinesische Militärattaché 1962 auf einem Empfang zum 6. Jahrestag der NVA ausdrückte, „allein auf der Anwesenheit sowjetischer Truppen beruhe“⁸⁶.

⁸¹ Vgl. Hein/Wollina, Der Einsatz der NVA während der Grenzschießung, S. 481.

⁸² Vgl. Bericht des sowjetischen Verteidigungsministeriums an das ZK der KPdSU über die Situation an der Grenze zu West-Berlin und zur Bundesrepublik, 26. 8. 1961, RGANI, 5/30/367, Bl. 26. Besonders verärgerte die Sowjets, daß Ulbricht am 22. 8. 1961 offenbar eigenmächtig die Errichtung einer beidseitigen, jeweils 100 Meter breiten Sperrzone an der West-Berliner Sektorengrenze verfügt hatte, was zu starken westlichen Protesten führte.

⁸³ Vgl. ebenda, Bl. 26.

⁸⁴ Vgl. Berichte des sowjetischen Verteidigungsministeriums an das ZK der KPdSU über die Situation an der Grenze zu West-Berlin und zur Bundesrepublik, 26./27. 10. 1961, RGANI, 5/30/367, Bl. 175–182. Gegen die amerikanischen Panzer am Checkpoint „Charlie“ ließ Konev eine gleiche Anzahl sowjetischer einsetzen. Zur „Sicherheit“ verfügte er jedoch die Stationierung weiterer 50 Panzer (2 Panzerbataillone) im Raum Friedrichstraße.

⁸⁵ Vgl. Steininger, Der Mauerbau, S. 306–314; Smyser, From Yalta to Berlin, S. 167–192; Menning, The Berlin Crisis from the Perspective of the Soviet General Staff, S. 49–56; Bericht des sowjetischen Verteidigungsministeriums an das ZK der KPdSU über die Situation an der Grenze zu West-Berlin und zur Bundesrepublik, 11. 1. 1962, RGANI, 5/30/399, Bl. 26.

⁸⁶ Vgl. Schreiben des KGB-Vorsitzenden Semičastnyj an das ZK der KPdSU, 10. 3. 1962, RGANI, 5/30/398, Bl. 12.

Abschließend läßt sich feststellen, daß das drängende Beharren Ulbrichts gegenüber der UdSSR auf Abriegelung der westlichen Sektoren Berlins zum Erfolg führte. Gleichzeitig belegen jetzt zugängliche Archivalien aber auch, daß der Kreml sich nach einer eher abgerungenen Zustimmung das Heft des Handelns nicht mehr aus der Hand nehmen ließ und Ulbricht zunehmend seinen Handlungsspielraum verlor. Mit Beginn der Schließung der Grenzen zu West-Berlin war Ulbricht schließlich wieder zum Befehlsempfänger Moskaus geworden. Dennoch gelang es dem ostdeutschen Staats- und Parteichef, durch den Mauerbau seine Diktatur in der DDR fortzusetzen. Daß für den weiteren Erhalt des ersten „sozialistischen Staates auf deutschen Boden“ das Einsperren von 17 Millionen Menschen erforderlich war, nahmen sowohl Ulbricht als auch Chruščev billigend in Kauf.

Kurt Sontheimer

Der Bau der Berliner Mauer und seine Folgen

In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961, beginnend um ein Uhr, begannen Einheiten der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee der DDR zusammen mit sogenannten Betriebskampfgruppen damit, zwischen den Westsektoren der Stadt und dem als Hauptstadt der DDR firmierenden Ostsektor Berlins eine Mauer zu errichten. Anfangs behalf man sich mit Stacheldraht, doch innerhalb weniger Tage wurde daraus eine richtige Mauer, die schließlich nur bei Lebensgefahr überwunden werden konnte. Die lange Grenze mit der Bundesrepublik war schon vorher durch sogenannte Grenzsicherungsanlagen mit Todesstreifen unpassierbar gemacht worden. Die Teilung Deutschlands, die politisch durch die Schaffung von zwei deutschen Staaten 1949 besiegelt worden war, präsentierte sich an den Grenzen zwischen West und Ost in einer Radikalität, die man kaum für möglich und denkbar gehalten hatte, als die beiden Teilstücke, die vom ehemals größeren Deutschen Reich nach dem Krieg noch übrig geblieben waren, sich in die unvermeidlich erscheinende Teilung gefügt hatten.

Die Mauer durch Berlin war das Non plus ultra des Teilungsprozesses; durch sie war das unmöglich Erscheinende Wirklichkeit geworden. Gewiß waren die westlichen und östlichen Teile der ehemaligen deutschen Hauptstadt schon seit Jahren politisch getrennt gewesen, aber kein normal denkender Mensch konnte sich vorstellen, daß man den Ostteil der Stadt so radikal und undurchlässig vom Westteil abtrennen, abriegeln, abschotten könnte, wie es dann seit dem 13. August 1961 geschah. Heinrich August Winkler schreibt in seiner Darstellung der neuesten deutschen Geschichte, der Westen habe mit einer solchen Aktion seitens der DDR rechnen müssen¹. Er traut damit den Verantwortlichen im Westen, die durch keine Informationen der Geheimdienste gewarnt worden waren, zu viel makabre Phantasie zu. Wir wissen aus den Erfahrungen mit den terroristischen Anschlägen auf New York und Washington vom 11. September 2001, daß das Unvorstellbare grausame Wirklichkeit werden kann, durch welche die Weltpolitik eine Wendung erfährt, die ebenfalls niemand hätte prognostizieren können.

Der Bau der Berliner Mauer hat die Weltpolitik, bezogen auf das die Situation bestimmende Verhältnis zwischen Ost und West, zwar nicht wesentlich verändert, wohl aber das Verhältnis zwischen den und die Situation innerhalb der beiden deutschen Staaten. Im Kalten Krieg zwischen Ost und West, bei dessen Beurteilung man immer die latente Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Atomwaffen bedenken muß, brachte die Auseinanderreißung Berlins nur die Bestätigung der Existenz zweier sich feindlich gegenüberstehender, geographisch und politisch fest umrissener Machtsphären. Für die West-Berliner und gewiß auch für viele Ost-Ber-

¹ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. II, S. 203.

liner war die Tatsache, daß der Osten daran ging, eine Mauer mitten durch Berlin zu ziehen, eine so beunruhigende und verstörende Zumutung, daß sie zunächst nur schwer begreifen konnten, warum der Westen, konkret die USA unter Präsident Kennedy, das für sie Ungeheuerliche einfach geschehen ließen. Kennedy hatte allerdings vorher klar gemacht, daß die Sicherheitsgarantien der Westmächte für Berlin sich nur auf den Westteil der Stadt beschränken konnten. In den sogenannten drei Essentials, an denen nicht gerüttelt werden dürfe, bekräftigte er das Recht der Westalliierten auf ihre Anwesenheit im Westteil der Stadt, ihr Recht auf freien Zugang nach West-Berlin und das Recht der West-Berliner, ihre Politik selbst bestimmen zu können. Doch als die Mauer dann tatsächlich gebaut wurde, mußten die West-Berliner samt ihrer politischen Führung unter Willy Brandt erst lernen, daß die rechtlich fixierte Verantwortung der vier Mächte für ganz Berlin faktisch hinfällig geworden war. Willy Brandt versuchte damals, dem amerikanischen Präsidenten klar zu machen, daß ein papierener Protest gegen den Mauerbau nicht ausreiche: „Berlin erwartet mehr als Worte, Berlin erwartet politische Aktionen.“ Aber auch Brandt konnte nur vorschlagen, daß die Westmächte auf der Viermächteverantwortung für die ganze Stadt bestehen sollten und das Thema Berlin in den Vereinten Nationen verhandelt werden mußte. Die amerikanische Führung machte jedoch klar, daß es trotz des schwerwiegenden Charakters des Mauerbaus keine Schritte gäbe, „die eine signifikante materielle Änderung der Situation“ erzwingen könnten. Nur ein Krieg könne diese Tatsache verändern. Doch „weder sie noch wir oder irgendeiner unserer Verbündeten haben sich irgendwann vorgestellt, wir sollten in diesem Punkte zum Krieg übergehen“, schrieb rückblickend Egon Bahr. Wohl oder übel mußten sich die West-Berliner mit der Tatsache arrangieren, daß der Ostsektor der Stadt total von ihnen abgetrennt wurde, daß die Sowjets mit ihrer Zone und ihrem Ost-Berliner Sektor von nun an tatsächlich machen konnten, was sie wollten. Die Westmächte waren jedenfalls nicht bereit, wegen des Mauerbaus einen Krieg zu riskieren. Egon Bahr faßte in seinen Erinnerungen die neue Situation nach dem Bau der Mauer wie folgt zusammen: „Mit der Teilung leben – und zwar für eine nicht übersehbare Zeit – das war die Aufgabe nach der Zementierung der Teilung durch die Mauer. Wir werden den Anspruch auf Wiedervereinigung nicht aufgeben, wurde von nun an zu einer Formel ohne Inhalt – denn keine Regierung, auch die in Bonn nicht, wurde aktiv. Wiedervereinigung stand gut formuliert auf westlichen Papieren, wohl verwahrt in den Kanzleien. Der Anspruch entfernte sich von der Wirklichkeit, aber er lebte.“² Schließlich kam es dazu, daß die Westberliner Polizei künftig mit dafür Sorge tragen mußte, daß die Mauer unversehrt blieb.

Was für die Berliner zunächst wie ein Schock gewirkt hatte und woran sie sich nur langsam, aber notgedrungen gewöhnen konnten, wurde auch im Ost-West-Verhältnis international zu einer Belastung für die sowjetische Seite und die DDR. Die Berliner Mauer wurde zum Symbol dafür, daß das sowjetische System und die von ihm abhängige DDR nur überleben konnten, wenn sie sich, gestützt auf militärische Macht und den Besitz von Atomwaffen, soweit wie möglich gegenüber dem Westen abschirmen und immunisieren konnten. Durch die Mauer war offenbar geworden, daß die Sowjetunion und ihre DDR sich in ihrem Machtbereich einigeln mußten, und zumindest im westlichen Teil der Welt ihre eigene Ideologie vom kommenden

² Bahr, *Zu meiner Zeit*, S. 138 f.

Sieg des Sozialismus über den Imperialismus aufgegeben hatte. Zwar verkündete man auch in den Zeiten Chruschtschows, der den Bau der Mauer mit zu verantworten hatte, unverdrossen das Märchen, mit dem sowjetischen System und seiner Politik den Westen wirtschaftlich überholen zu können, doch die Mauer in Berlin war und blieb bis zu ihrem Fall der sichtbare Beweis dafür, daß die Sowjetmacht ihre politischen Ziele nur verfolgen konnte, wenn sie ihre Grenzen dicht machte und den von ihr beherrschten Völkern die Freiheit zur politischen Selbstbestimmung versagte.

Die DDR-Führung hatte den Bau der Mauer damit begründet, sie habe die „Wühltätigkeit“, den „Menschenhandel“ des Westens, der sonst zu einem „Ausbluten“ der DDR-Gesellschaft geführt hätte, unterbinden müssen. Sie habe gegen die Vorbereitung eines offenen Angriffs auf die DDR von Seiten der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands etwas unternehmen müssen und dadurch auch die Kriegsgefahr gebannt. Doch „der 13. August 1961 ist objektiv historisch wie auch im Selbstverständnis der SED ein Wendepunkt in der inneren Entwicklung der DDR“³. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 hat an dieser Feststellung nichts geändert. Der Bau der Mauer hat für die Entwicklung der DDR eine neue Phase auf ihrem entschlossenen Weg zum Sozialismus eingeleitet, auf dem sie nun nicht mehr dadurch behindert wurde, daß sie monatlich einige Tausend ihrer Bürger durch Flucht verlor, während der Westen sich nach und nach damit abfinden mußte, daß durch die Mauer die Schranken zwischen den beiden Teilen Deutschlands unüberwindbar wurden. Die Mauer wurde so auch zu einem Beweis dafür, daß die von der westdeutschen Politik verbal proklamierte politische Zielsetzung einer Wiedervereinigung zunehmend als aussichtslos verstanden wurde. Zwar war sie als Tatsache, als „Schandmauer“ propagandistisch hilfreich bei der Verurteilung des DDR-Systems als eines unmenschlichen totalitären Regimes, aber mit bloßer Propaganda ließ sie sich nicht zu Fall bringen.

Für die DDR begann mit dem Mauerbau auch nach ihrer eigenen Interpretation ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte. Man nannte die zwölfjährige Periode nach der Staatsgründung 1949 den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Mit dem, wie es hieß, zuverlässigen Schutz der Grenzen der DDR, also mit dem Bau der Mauer in Berlin, sei dann eine entscheidende Voraussetzung für den umfassenden und zielstrebigten Aufbau des Sozialismus in der DDR geschaffen worden. Diese Periode nach dem Mauerbau widmete sich dem umfassenden Aufbau des Sozialismus mit dem Ziel der Schaffung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Auch die zahlreichen westdeutschen Darstellungen der DDR-Geschichte sehen in der Errichtung der Berliner Mauer den Ausgangspunkt für eine das politische System stabilisierende Entwicklung. Es besteht kein Zweifel, daß die historischen Beurteilungen der Entwicklung der DDR nach dem Mauerbau unisono zu der Feststellung gelangen, daß sich das System von da an zunehmend gefestigt und auch in seinen Leistungen verbessert habe. Es ist ebenfalls kein Zweifel, daß die DDR-Führung, nun befreit von der Sorge um das Flüchtlingsproblem, im Innern schalten und walten konnte, wie sie es für richtig hielt und sogar damit anfang, sich dank der positiven Entwicklung des Systems etwas mehr Handlungsspielraum gegenüber der führenden Sowjetunion zu verschaffen. Dies war die Tendenz in den letzten Jahren

³ Sontheimer/Bleek, Die DDR, S. 50.

der Ulbricht-Zeit, wurde jedoch ab 1971 unter Erich Honecker wieder im Sinne einer stärkeren Anpassung an den großen Bruder Sowjetunion korrigiert.

Nach dem Bau der Mauer setzte auch in der westdeutschen Politik und in der westdeutschen DDR-Forschung eine allmähliche Umorientierung ein. Die Ära Adenauer war zu Ende gegangen, und es begann das Fragen und Suchen, wie man trotz der vollständigen Trennung der beiden deutschen Staaten doch eine gewisse Bewegung in die nun völlig erstarrte Deutschlandpolitik bringen könnte. Allein schon die unmenschlichen Auswirkungen der radikalen Zertrennung einer einst zusammengehörigen Stadt wie Berlin machten es notwendig, nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, um wenigstens menschliche Erleichterungen für die Berliner und für die in politisch so radikal verschiedenen Systemen lebenden Deutschen zu erreichen. So gab es in den sechziger Jahren erste erfolgreiche Bemühungen um Passierscheinabkommen für den Besuch von West-Berlinern im Ostteil der Stadt; es gab, zugespitzt in der Großen Koalition von 1966 bis 1969, den Parteienstreit über die Frage, ob man nicht im Interesse der Menschen genötigt wäre, die DDR als zweiten deutschen Staat formell anzuerkennen. Die von der DDR von Anfang an angestrebte völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik war bis zur Errichtung der Mauer völlig tabuisiert, doch nach dem Mauerbau kam es allmählich zu einer Aufweichung dieser prinzipiellen Einstellung, weil die Bundesrepublik um eine De-facto-Anerkennung der DDR als Staat nicht herumkommen konnte, wenn man die harte Trennung Deutschlands zwischen Ost und West nur ein wenig aufweichen wollte. Dieser Prozeß hat dann unter der neuen Regierung Brandt/Scheel zur sogenannten Ostpolitik geführt, die der Bundesrepublik eine Anerkennung des bestehenden territorialen Status quo abverlangte und zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972 führte. Dank der Mauer hatte also die DDR zwar nicht ihr Ziel erreicht, von der Bundesrepublik in völkerrechtlich verbindlicher Weise anerkannt zu werden; sie erlangte jedoch das Zugeständnis der Entwicklung „normale[r], gutnachbarliche[r] Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“⁴.

Die westdeutsche DDR-Forschung, die in jenen Jahren stark durch den Politikwissenschaftler Peter Christian Ludz bestimmt wurde, hatte der politischen Annäherung wissenschaftlich vorgearbeitet, indem sie der DDR nach dem Mauerbau einen stetigen evolutionären Prozeß des Wandels zugute hielt, der es erlaube, das in den fünfziger Jahren vorherrschende Konzept der DDR als eines totalitären Regimes aufzugeben und die Methode einer „immanent kritischen Analyse“ empfahl, die an die Stelle einer stark ideologisch bestimmten kritischen Sicht der DDR treten sollte. Gewiß hatte die Realität der Mauer mitten durch Berlin während der ganzen Zeit, die sie bestand, nichts von ihrer Monstrosität, ihrer Unmenschlichkeit verloren, wie die immer wieder vorkommenden lebensgefährlichen Versuche zeigten, sie doch zu überwinden oder zu untertunneln. Aber sie hat trotz aller Bemühungen der Jahre nach dem Grundlagenvertrag, sie etwas durchlässiger und berechenbarer zu machen, doch entscheidend dazu beigetragen, daß die beiden deutschen Staaten sich in ihrer politischen Ordnung und Substanz voneinander entfernten und die politi-

⁴ Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. 12. 1972, in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 371.

sche Sozialisation ihrer Bevölkerung ganz verschiedene Wege einschlug, was sich beim späteren Einigungsprozeß viel stärker bemerkbar machte, als man zunächst annahm.

So wie sie politisch angetreten war, konnte die DDR-Führung unter der SED auf Dauer nur existieren, solange sie durch die Mauer geschützt war. Die Existenz der Mauer hing jedoch ab von ihrer Sicherung durch die militärische Macht der Sowjetunion. Als diese Sicherung unter Präsident Gorbatschow bei seinem Bemühen, die Sowjetunion zu reformieren, gelockert und schließlich ganz aufgegeben wurde, war die Mauer nicht mehr zu halten. Zwar kam ihr Ende mehr zufällig und verdankte sich nicht einem Beschluß der DDR-Führung, aber sie war auf Dauer nicht mehr zu schützen, sobald klar war, daß die Sowjetunion nicht länger bereit war, die Existenz der DDR und ihrer politischen Führung militärisch zu garantieren. Im Schutze der Mauer war die DDR-Führung gegen Ende sogar bereit, sich den Reformbemühungen in der Sowjetunion zu widersetzen, weil sie überzeugt war, daß ihr System solcher Reformen nicht bedürfe. Es ist deshalb nicht mit einem Fragezeichen zu versehen, ob das politische System der DDR durch den Bau der Berliner Mauer stabilisiert worden ist. Das war so. Der Bau der Berliner Mauer war tatsächlich eine notwendige Voraussetzung dafür, daß sich dieses System so entfalten konnte, wie dies geschehen ist. Es hat dabei unter der Führung Erich Honeckers seinen anfangs ziemlich brutalen Herrschaftscharakter langsam etwas lockern können, so daß es seine totalitären Züge besser zu verbergen vermochte, aber die Mauer, d. h. die absolute Kontrolle über die Grenzen und über das in ihnen lebende Volk, waren und blieben ein unabdingbarer Bestandteil des Systems. Erst als sie fiel, wurde das Volk frei.

Man kann natürlich die Mauer nicht nur als eine Bedingung für die äußere Stabilisierung dieses Systems sehen, sondern auch als eine Bedingung für die Beherrschung der Gesellschaft. Dann sind Aussagen wie die folgende berechtigt: Die DDR sei ein System des alltäglichen, wenn auch zumeist leisen Terrors gewesen, das um so besser funktionierte, je vollständiger es sich durch die Mauer nach außen abschirmen und abschotten konnte. Gewiß war diese totale Abschirmung im Zeitalter weltweiter Kommunikation und einer dank des Grundlagenvertrages allmählich sich lockernden Trennung zwischen den beiden deutschen Staaten unmöglich, aber sie war immerhin wirksam genug, um zu verhindern, daß die Bürger der DDR aus sich heraus den Mut und die Kraft aufgebracht hätten, ihr durch die Mauer geprägtes Schicksal zu wenden. Das konnten sie erst, als die Mauer nicht mehr von der sowjetischen Militärmacht geschützt wurde. Die Mauer hat das DDR-System äußerlich stabilisiert, aber sie konnte nicht bewirken, daß die Bürger diesem System innerlich und aus freien Stücken zustimmten. Im Gegenteil.

Die Schaffung sicherer, undurchlässiger Grenzen gegenüber dem als Feind und Bedrohung perzipierten Westen war eine Voraussetzung für die Schaffung und Entwicklung eines sowjetisch geprägten sozialistischen Systems in der DDR. Erst nachdem das Flüchtlingsschlupfloch Berlin durch die Mauer beseitigt war, konnte sich das kommunistische System voll entfalten. Erst durch den Mauerbau hat es an Selbstsicherheit und Stabilität gewonnen. Alle wissenschaftlichen Darstellungen der DDR-Geschichte sehen im Mauerbau den Beginn der Festigung des DDR-Regimes. Andererseits gilt: Die DDR konnte sich nur so lange behaupten, wie die Mauer und das Grenzsicherungssystem nach Westen effektiven Bestand hatte.

Zwar wurde die Mauer und die Staatsgrenze nach Westen nach dem Grundlagenvertrag und dem Helsinki-Abkommen (1975) etwas durchlässiger, vor allem von West nach Ost, aber sie blieb doch stets unter der Kontrolle der DDR-Behörden. Unter Honecker verbesserten sich die Lebensverhältnisse für die Mehrzahl der DDR-Bewohner, und es wuchs, dank der grenzüberschreitenden Macht von Radio und Fernsehen, das Verlangen nach mehr Bewegungsfreiheit und Reisemöglichkeiten, während gleichzeitig im Innern das System der Überwachung und Kontrolle durch die Stasi immer stärker ausgebaut wurde. Doch es waren allein die Veränderungen der Weltpolitik im Zeitalter der Entspannung, zu dem die deutsche Ostpolitik Wesentliches beigetragen hatte, die 1989 den Fall der Mauer möglich machten. Erst dann konnten sich die Menschen in der DDR diese Situation zu Nutze machen. Auf den Fall der Mauer am 9. November 1989 folgte die Wiedervereinigung, die vorher unmöglich zu sein schien, am 3. Oktober 1990 jedoch zum nationalen Triumph führte. Ohne die weltpolitischen Veränderungen, die zum Ende des Kalten Krieges führten, stünde die Mauer vermutlich auch heute noch. Als sie fiel, zerfiel auch die DDR.

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Volker: Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995
- Adomeit, Hannes/Höhmman, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart 1987
- Adomeit, Hannes: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren, Baden-Baden 1983
- Adomeit, Hannes: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev, Baden-Baden 1998
- Adomeit, Hannes: Militärische Macht als Instrument sowjetischer Außenpolitik: Überholt? Unbrauchbar? Unentbehrlich?, in: Adomeit/Höhmman/Wagenlehner, Die Sowjetunion als Militärmacht, S. 200–235
- Ahrens, Ralf: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln 2000
- Alexandrowicz, Dariusz: The Socialist City and its Transformation. Frankfurter Institut für Transformationsstudien (FIT), Arbeitsberichte/Discussion Papers 10/1999
- Ambrosius, Gerold/Hubbard, William H.: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986
- Anweiler, Oskar: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, Opladen 1988
- Arenth, Joachim: Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958–1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen, Frankfurt/M. 1993
- Arndt, Helmut: Die volkswirtschaftliche Eingliederung eines Bevölkerungszustroms. Wirtschaftstheoretische Einführung in das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem, Berlin (West) 1954
- Arnold, Wilhelm: Flüchtlingsjugend und sittliche Reife, in: Integration 1 (1954), S. 96–102
- Augustine, Dolores L.: Frustrierte Technokraten. Zur Sozialgeschichte des Ingenieurberufs in der Ulbricht-Ära, in: Bessel/Jessen, Grenzen der Diktatur, S. 49–75
- Ausland, John C. Kennedy, Khrushchev and the Berlin-Cuba Crisis 1961–1964, Oslo 1996
- Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, hrsg. aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995
- Baader, Roland (Hrsg.): Logik der Freiheit. Ein Ludwig-von-Mises-Brevier, Thun 2000
- Baar, Lothar/Karlsch, Rainer/Matschke, Werner: Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung“, Bd. II/2, S. 868–988
- Baar, Lothar/Müller, Uwe/Zschaler, Frank: Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2, Berlin 1995, S. 47–74
- Baar, Lothar/Petzina, Dietmar (Hrsg.): Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich, St. Katharinen 1999
- Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, Berlin 1994
- Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996
- Bähr, Johannes/Petzina, Dietmar (Hrsg.): Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 1996
- Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 2000
- Bartusel, Rolf: Die Transformation des Rechtswesens in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952, diss. phil., Münster 2000
- Bästlein, Klaus: „Nazi-Blutrichter“ als Stützen des Adenauer-Regimes. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte „Selbstreinigung“ 1957–1968, in: Grabitz, Helge/Bästlein, Klaus/Tuchel, Johannes (Hrsg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu

- den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag, Berlin 1994, S. 408–443
- Bauer, Reinhold: Pkw-Bau in der DDR. Zur Innovationsschwäche von Zentralverwaltungswirtschaften, Frankfurt/M. 1999
- Bauer, Theresia/Süß, Winfried (Hrsg.): NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitschichten des vereinigten Deutschland. Werkstattberichte, Neuried 2000
- Bauer, Theresia: Sozialistische Formierung auf dem Land. Die Vollkollektivierung in der DDR 1957–1963, in: Bauer/Süß, NS-Diktatur, S. 121–150
- Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): „Junkerland in Bauernhand?“. Durchführung, Auswirkung, und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996
- Bauerkämper, Arnd u.a. (Hrsg.): Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997
- Bauerkämper, Arnd/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd: Die doppelte deutsche Zeitgeschichte, in: dies. (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 9–16
- Bauerkämper, Arnd: Auf dem Wege zum „Sozialismus auf dem Lande“. Die Politik der SED 1948/49 und die Reaktionen in dörflich-agrarischen Milieus, in: Hoffmann/Wentker, Das letzte Jahr der SBZ, S. 254–268
- Bauerkämper, Arnd: Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren, in: Hübner, Eliten, S. 37–65
- Bauerkämper, Arnd: Scharfe Konflikte und „feine Unterschiede“. Vertriebene in der ländlichen Gesellschaft Brandenburgs von 1945 bis zu den frühen fünfziger Jahren, in: Kleßmann, Christoph/Ciesla, Burghard/Hertle, Hans-Hermann (Hrsg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001, S. 123–150
- Bauerkämper, Arnd: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte, S. 119–143
- Bender, Peter: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1997
- Bender, Peter: Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr?, Hamburg 21993
- Bennewitz, Inge/Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 1994
- Benser, Günter/Krusch Hans-Joachim (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der Kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD. Juli 1945 bis April 1946, München 1994
- Bentzien, Hans: Meine Sekretäre und ich, Berlin 1995
- Berger, Christoph: Das russische Deutschland. Eine Bearbeitung der sowjetischen Besetzung Ostdeutschlands, Berlin 2001
- Bessel, Richard/Jessen, Ralph: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996
- Bessel, Richard: Grenzen des Polizeistaates. Polizei und Gesellschaft in der frühen DDR, 1945–1953, in: Bessel/Jessen, Grenzen der Diktatur, S. 224–252
- Bessel, Richard: The Making of a Border: Policing East Germany's Western Border, 1945–1952, in: Baechler, Christian/Fink, Carole (Hrsg.), L'établissement des frontières en Europe après les deux guerres mondiales, Bern 1996, S. 199–214
- Birkenfeld, Günter u.a.: Sprung in die Freiheit. Berichte über die Ursachen, Begleitumstände und Folgen der Massenflucht aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Ulm 1953
- Blücher, Viggo Graf: Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone, Stuttgart 1959
- Böhme, Irene: Jugendbande oder der mißbrauchte Idealismus, in: Kursbuch 111 (1993), S. 13–24
- Bohne, Regina: Die dritte Welle. Zahlen zur Flucht aus der Sowjetzone, in: Frankfurter Hefte 8 (1953), S. 278–285
- Boldorf, Marcel: Eingliederung der Kriegsoffer und Schwerbeschädigten Ostdeutschlands in den Arbeitsprozeß 1945–1951, in: Buchheim, Folgelasten, S. 403–415

- Boldorf, Marcel: Fürsorgeunterstützung in Deutschland unter dem Einfluß der Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit (1945–1952), in: Hoffmann/Schwartz, Geglückte Integration, S. 233–246
- Boldorf, Marcel: Landarmut in der SBZ/DDR zwischen Bodenreform und Kollektivierung (1945–1952/53), in: Kluge, Ulrich/Halder, Winfrid/Schlenker, Katja (Hrsg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 141–155
- Boldorf, Marcel: Lastenausgleich, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 354–355
- Boldorf, Marcel: Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945–1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998
- Bollinger, Stefan: Die verschleppte Entstalinisierungskrise. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich zwischen 1953 und 1989, in: Černý, Brüche, Krisen, Wendepunkte, S. 156–162
- Bollinger, Stefan: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR. Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Konfliktmanagements, Berlin 1996
- Bonwetsch, Bernd/Filitov, Alexej: Die sowjetische Politik und die SED – Handlungs- und Verantwortungsspielräume der KPD/SED/DDR 1945–1963, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung“, Bd. VIII/1, Baden-Baden 1999, S. 831–888
- Bonwetsch, Bernd/Filitow, Alexei: Chruschtschow und der Mauerbau. Die Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. August 1961, in: VfZ 48 (2000), S. 155–198
- Boyer, Christoph: Arbeiterkarrieren? Zur sozialen Herkunft der zentralen Staatsbürokratie der SBZ/DDR, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 667–679
- Boyer, Robert: Rapport salarial et régime d'accumulation au Japon. Emergence, originalités et prospective, premiers jalons, Paris 1991
- Bremen, Christian: Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise 1958–1961, Berlin 1998
- Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.) Von Stalin-grad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München ³1990, S. 25–49
- Brunner, Detlev: Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation. 1945 bis in die frühen 1950er Jahre, Essen 2000
- Bruyn, Günter de: Zwischenbilanz. Eine Jugend in Berlin, Frankfurt/M. ³1992
- Buchheim, Christoph (Hrsg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995
- Buchheim, Christoph: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ 36 (1988), S. 189–231
- Buchheim, Christoph: Wirtschaftliche Folgen der Integration der DDR in den RGW, in: Buchheim, Folgelasten, S. 341–361
- Buchheim, Christoph: Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: VfZ 38 (1990), S. 415–433
- Buchsteiner, Ilona: Bodenreform und Agrarwirtschaft der DDR. Forschungsstudie, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“, hrsg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. V: Expertisen und Forschungsstudien zum Thema „Wirtschaft und Alltagsleben“, Schwerin 1997, S. 11–61.
- Buddrus, Michael: Das „Berliner Gespräch“ 1951, in: Kersting, Franz-Werner (Hrsg.), Jugend vor einer Welt in Trümmern. Erfahrungen und Verhältnisse der Jugend zwischen Hitler- und Nachkriegsdeutschland, Weinheim 1998, S. 161–189
- Buddrus, Michael: Die Organisation „Dienst für Deutschland“. Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR, Weinheim 1994
- Büter, Clemens: Das Handwerk in der wirtschaftlichen Entwicklung der ehemaligen DDR und im Übergang zur Marktwirtschaft, Frankfurt/M. 1997
- Castell, Adelheid zu: Die demographischen Konsequenzen des Ersten und Zweiten Weltkriegs für das Deutsche Reich, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik

- Deutschland, in: Długoborski, Waclaw (Hrsg.), *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder*, Göttingen 1981, S. 117–137
- Černý, Jochen (Hrsg.): *Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte*, Leipzig 1990
- Chilosi, Alberto: *Income Distribution under Soviet-Type Socialism: An Interpretative Framework*, in: *Journal of Comparative Economics* 4 (1980), S. 1–18
- Chronik 2001. Von 1900 bis heute (CD-ROM), Gütersloh 2000
- Chruščev, Sergej: *Krizisy i rakety. Vzgljad iznutri*, tom 2, Moskva 1994
- Chruščev, Sergej: *Roždenie sverchderžavy: Kniga ob otce*, Moskva 2000
- Chruschtschow erinnert sich, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbeck 1971
- Ciesla, Burghard/Lemke, Michael/Lindenberger, Thomas (Hrsg.): *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948–1958*, Berlin 2000
- Ciesla, Burghard/Trischler, Helmuth: Die andere „Verkehrsnot“. Verkehrspolitik und Leistungsentwicklung des ostdeutschen Verkehrssystems, in: Baar/Petzina, *Wirtschaft*, S. 153–192
- Ciesla, Burghard: Die Transferfalle. Zum DDR-Flugzeugbau in den fünfziger Jahren, in: Hoffmann/Macraakis, *Naturwissenschaft*, S. 193–211
- Ciesla, Burghard: Hinter den Zahlen. Zur Wirtschaftsstatistik und Wirtschaftsberichterstattung in der DDR, in: Lüttke/Becker, *Akten*, S. 39–55
- Ciesla, Burghard: Zwischen den Krisen. Sozialer Wandel, ökonomische Rahmenbedingungen und Lebenslage in der DDR 1953–1956, in: Foitzik, *Entstalinisierungskrise*, S. 271–291
- Conelly, John: Zur „Republikflucht“ von DDR-Wissenschaftlern in den fünfziger Jahren: Dokumentation, in: *ZfG* 42 (1994), S. 333–352
- Cornelsen, Doris: Die Industriepolitik der DDR. Veränderungen von 1945 bis 1980, in: *Deutschland Archiv* (Hrsg.), *Der X. Parteitag der SED. 35 Jahre SED-Politik. Versuch einer Bilanz. Vierzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, 9. bis 12. Juni 1981, Köln 1981, S. 46–62
- Dähn, Brunhilde: *Berlin Hausvogteiplatz. Über 100 Jahre am Laufsteg der Mode*, Göttingen 1968
- Dahrendorf, Ralf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968
- Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistisches Bundesamt, Bonn 1994
- Day, Dwayne A./Logsdon, John M./Latell, Brian (Hrsg.): *Eye in the sky: the story of the Corona spy satellites*, Washington D.C. 1998
- Day, Richard B.: *Cold War Capitalism. The View from Moscow 1945–1975*, Armonk 1995
- Dehne, Harald: Dem Alltag ein Stück näher?, in: Lüttke, *Alltagsgeschichte*, S. 137–168
- Der Bau der Mauer durch Berlin. Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Nachdruck der 2. Auflage vom September 1961 im Januar 1964
- Deutsch, Karl W.: Zum Verständnis von Krisen und politischer Revolution, in: Jänicke, Martin (Hrsg.): *Herrschaft und Krise*, Opladen 1973, S. 90–100
- Dickson, Paul: *Sputnik. The shock of the century*, New York 2001
- Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): *Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR*, Berlin 1998
- Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger: Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung. Ein Überblick, in: dies.: *Im Dienste der Partei*, S. 1–67
- Diedrich, Torsten/Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956, Berlin 2001
- Diedrich, Torsten/Wenzke, Rüdiger: Mit „Zuckerbrot und Peitsche“ gegen das Volk. Die DDR und ihre bewaffneten Kräfte im Krisenjahr 1956, in: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.), *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*, München 1999, S. 439–468
- Diedrich, Torsten: Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen auf die Wirtschaft, in: Thoß, Bruno (Hrsg.), *Volksarmee schaffen*

- ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994, S. 273–336
- Diedrich, Torsten: Der „Dienst für Deutschland“ 1952–1953, in: Diedrich/Ehlert/Wenzke, Im Dienste der Partei, S. 153–167
- Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 1991
- Diedrich, Torsten: Die Grenzpolizei der DDR/SBZ (1946–1961), in: Diedrich/Ehlert/Wenzke, Im Dienste der Partei, S. 201–224
- Diedrich, Torsten: Die militärische Grenzsicherung an der innerdeutschen Demarkationslinie und der Mauerbau 1961, in: Thoß, Bruno (Hrsg.), Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995, S. 127–143
- Divine, Robert A.: The Sputnik Challenge. Eisenhower's Response to the Soviet Satellite, New York 1993
- Dmitrow, Edmund: Niemcy i okupacja Hitlerowska w oczach Polaków. Poglady i opinie z lat 1945–1948, Warszawa 1987
- Dokumente der 16. Tagung des Zentralrats der FDJ, Berlin am 25. April 1957, hrsg. vom Zentralrat der Freien Deutschen Jugend, o.O. o.J.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, hrsg. vom Zentralkomitee der SED, Bd. I – Bd. IX, Berlin (Ost) 1948–1965
- Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Bde. I, III, XII, Berlin (Ost) 1954, 1956, 1966
- Dölling, H. W.: Wende der deutschen Agrarpolitik. Ein Beitrag zum Strukturwandel der Landwirtschaft von der Marktgenossenschaft bis zur Bodenreform, Berlin (Ost) 1950
- Donth, Stefan: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945–1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln 2000
- Dopp, Werner: 125 Jahre Berliner Konfektion, Berlin (West) 1962
- Drechsler, Karl: Gegenspieler. John F. Kennedy – Nikita Chruschtschow, Frankfurt/M. 1999
- Duda, Gerhard: Jenő Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau 1921–1970. Zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Auslandsanalyse in der Sowjetunion, Berlin 1994
- Düwel, Jörn: Berlin. Planen im Kalten Krieg, in: 1945. Krieg – Zerstörung – Aufbau. Architektur und Stadtplanung 1940–1960, hrsg. von der Akademie der Künste, Berlin 1995, S. 195–234
- Eberle, Henrik: Weder Gegnerschaft noch Abwerbung. Zu den Motiven republikflüchtiger SED-Mitglieder aus dem Bezirk Halle im Jahr 1961, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.), Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, Berlin 1996, S. 449–460
- Eberlein, Werner: Geboren am 9. November. Erinnerungen, Berlin 2000
- Ehlert, Hans: Interessenausgleich zwischen Staat und Kirchen – Zu den Anfängen der Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland, in: MGM 49 (1991), S. 39–72
- Eisenfeld, Bernd/Engelmann, Roger: 13. 8. 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung, Bremen 2001
- Elle, Michael/Roesler, Jörg/Siedt, Veronika: Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970, Berlin (Ost) 1986
- Engeln, Ralf: Uranskaven oder Sonnensucher? Die sowjetische AG Wismut in der SBZ/DDR 1946–1953, Essen 2001
- Engert, Manfred (Hrsg.): Lexikon des RGW, Leipzig 1981
- Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999
- Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990
- Ernst, Anna-Sabine/Klinger, Gerwin: „Wenn es mich nicht überzeugt, kann ich keine Selbstkritik üben“. Die Verhandlung gegen Ernst Bloch im „Kulturbund“ der DDR, in: Bloch-Almanach 12 (1992), S. 131–144
- Ernst, Anna-Sabine: „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster 1997

- Ettrich, Frank: Die Militarisierungsthese in der Theorie staatssozialistischer Gesellschaften, in: Berliner Debatte INITIAL 8 (1997), S. 13–28
- Evangelista, Matthew: Why Keep Such an Army: Krushchev's Troop Reductions, Working paper Nr. 19, CWIHP, Washington D.C. 1997
- Feige, Hans-Uwe: Willkommen und Abschied: Ernst Bloch in Leipzig (1949–1961), in: Bloch-Almanach 11 (1991), S. 159–190
- Filitov, Alexej: Die Entscheidung zum Mauerbau als Folge der inneren Spannungen im „sozialistischen Lager“, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.), 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002, S. 57–69
- Fisch, Jörg: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992
- Flemming, Thomas/Koch, Hagen: Die Berliner Mauer: Geschichte eines politischen Bauwerks, Berlin 2001
- Foitzik, Jan (Hrsg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn 2001
- Foitzik, Jan: „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren“. Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953, in: DA 33 (2000), S. 32–49
- Frerich, Johannes/Frey, Martin: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1993
- Fricke, Karl Wilhelm/Engelmann, Roger: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998
- Fricke, Karl Wilhelm: Vor- und Frühgeschichte der SED. Umschmelzung zur Kaderpartei, Austreibung des Sozialdemokratismus, in: FAZ, 30. April 1996
- Fricke, Karl Wilhelm: Zur Geschichte und historischen Deutung des Aufstands vom 17. Juni 1953, in: Roth, Heidi, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999, S. 13–100
- Friedrich, Thomas: Das Kominform und die SED, in: BzG 3 (1991), S. 322–335
- Fursenko, Aleksandr/Naftali, Timothy: One hell of a gamble: Krushchev, Castro and Kennedy, 1958–1964, New York 1997
- Gabert, Josef/Prieß, Lutz: SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990
- Galbraith, John Kenneth: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Ein Augenzeuge berichtet, Hamburg 1995
- Gearson, John P.S.: Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis 1958–1962. The Limits of Interests and Force, London 1998
- Gebhardt, H.: Zur Entwicklung der Ausgaben des Staatshaushaltes auf dem Gebiet Arbeit und Sozialwesen seit 1951, in: Arbeit und Sozialfürsorge 13 (1958), S. 741–743
- Geißler, Gert: Die Republikflucht von Lehrern im Spiegel interner Materialien der SED-Führung 1958–1961, in: Pädagogik und Schulalltag 47 (1992), S. 469–476
- Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962, Frankfurt/M. 2000
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen 1996
- Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Bd. 1: 1945–1961, hrsg. vom Ministerium des Innern, Berlin (Ost) 1987
- Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (Ost) 1978
- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und vom Bundesarchiv, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Bd. 2: 1945–1949. Die Zeit der Besatzungszone. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten, weitere Bände in Vorbereitung, Baden-Baden 2001
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1949ff.
- Geyer, Martin H.: Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die „Hallstein-Doktrin“, in: VfZ 44 (1996), S. 54–86
- Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000

- Gieseke, Jens: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart 2001
- Gleitze, Bruno: Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin (West) 1964
- Goerner, Martin Georg: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958, Berlin 1997
- Goes, Georg: Arbeitermilieus in der Provinz. Geschichte der Glas- und Porzellanarbeiter im 20. Jahrhundert, Essen 2001
- Granicky, Günter: Die Zuwanderung aus der Sowjetischen Besatzungszone als konkurrierendes Problem, in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. 3, S. 475–510
- Grebing, Helga (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000
- Grebing, Helga: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: Dies., Geschichte der sozialen Ideen, S. 355–595
- Greschat, Martin: Vorgeschichte, in: Lepp, Claudia/Nowak, Kurt (Hrsg.), Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90), Göttingen 2001, S. 11–45
- Gribkov, Anatolij: Neproiznesennoe vystuplenie, in: Pravda, 27. April 2001
- Gribkow, Anatoli: Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses, Berlin 1995
- Gries, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München, Köln nach dem Kriege, Münster 1991
- Grinevskij, Oleg: Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996
- Grotewohl, Otto: Über Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Reden und Schriften 1945–1961, Berlin (Ost) 1979
- Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeit im „Dritten Reich“. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989
- Häder, Sonja: Schülerkindheit in Ost-Berlin. Sozialisation unter den Bedingungen der Diktatur (1945 bis 1958), Köln 1998
- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung“, Bd. V/2, S. 1543–1571
- Hall, Rex/Shayler, David J.: The Rocket Men. Vostok & Voskhod, the first Soviet manned spaceflight, Berlin 2001
- Hanke, Christian: Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Demokratie-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses, Berlin 1999
- Harrison, Hope M.: Driving the Soviets up the Wall: A Super-Ally, a Superpower, and the Building of the Berlin Wall, 1958–61, in: Cold War History 1 (2000), S. 53–74
- Harrison, Hope M.: The bargaining power of weaker allies in bipolarity and crisis: The dynamics of Soviet-East German relations 1953–1961, diss. phil. Columbia University, New York 1993
- Harrison, Hope M.: Ulbricht and the Concrete „Rose“. New Archival Evidence on Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin-Crisis, 1958–1961, Working paper Nr. 5, CWIHP, Washington D.C. 1993
- Harrison, Hope M.: Wie die Sowjetunion zum Mauerbau getrieben wurde. Ein Superallierter, eine Supermacht und der Bau der Berliner Mauer, in: Hertle/Jarausch/Kleßmann, Mauerbau und Mauerfall, S. 77–96
- Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hrsg.): Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware, Berlin 2000
- Hayek, Friedrich A.: Der Weg zur Knechtschaft, München 1994
- Hefe, Peter: Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland. Unter besonderer Berücksichtigung Bayerns (1945–1961), Stuttgart 1998
- Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994
- Heidemeyer, Helge: Vertriebene als Sowjetflüchtlinge, in: Hoffmann/Krauss/Schwartz, Vertriebene in Deutschland, S. 237–249

- Heider, Paul: Die Gesellschaft für Sport und Technik (1952–1990), in: Diedrich/Ehlert/Wenzke, Im Dienste der Partei, S. 169–199
- Heimann, Christian: Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945–1989, Frankfurt/M. 1997
- Hein, Dieter/Wollina, Paul: Der Einsatz der NVA während der Grenzschießung am 13. August 1961, in: Wünsche, Wolfgang (Hrsg.), Rührt euch! Zur Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR, Berlin 1998, S. 471–493
- Henkys, Reinhard: Evangelische Kirche, in: Helwig, Gisela/Urban, Detlef (Hrsg.), Kirchen und Gesellschaft in beiden deutschen Staaten, Köln 1987, S. 45–90
- Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997
- Herm, Max: Zur Durchführung des Zweijahresplanes, in: Arbeit und Sozialfürsorge 3 (1948), S. 277–278
- Herms, Michael: Hinter den Linien: Westarbeit der FDJ 1945–1956, Berlin 2001
- Hertle, Hans-Hermann/Jaraus, Konrad-H./Kleßmann, Christoph (Hrsg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002
- Heyl, Friedrich von: Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945–1972. Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg, Köln 1997
- Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998
- Hirschman, Albert O.: Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptuellen Geschichte, in: Leviathan 20 (1992), S. 330–358
- Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995
- Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998
- Hockerts, Hans Günter: Einführung, in: ders., Drei Wege, S. 7–25
- Hockerts, Hans Günter: Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte, S. 519–544
- Hockerts, Hans Günter: Integration der Gesellschaft. Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986), S. 25–41
- Hockerts, Hans Günter: Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates, in: Broszat, Martin (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 35–45
- Hockerts, Hans Günter: Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimationsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Kocka, Jürgen/Puhle, Hans-Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zu n. 65. Geburtstag, München 1994, S. 790–804
- Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael (Hrsg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000
- Hoffmann, Dierk/Schmidt, Karl-Heinz/Skyba, Peter: Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961, München 1993
- Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael (Hrsg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR, München 1999
- Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael: Rahmenbedingungen, in: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949–1961 (in Vorbereitung)
- Hoffmann, Dierk/Wentker, Hermann (Hrsg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000
- Hoffmann, Dierk: Arbeitsmarkt, Zweijahresplan und Wirtschaftsverwaltung. Die Auseinandersetzung über Kommunalisierung oder Zentralisierung der Arbeitsämter, in: Hoffmann/Wentker, Das letzte Jahr der SBZ, S. 107–132
- Hoffmann, Dierk: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräfte lenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002
- Hoffmann, Dierk: Sozialistische Rentenreform? Die Debatte über die Verbesserung der Altersversorgung in der DDR 1956/57, in: Fisch, Stefan/Haerendel, Ulrike (Hrsg.), Geschichte

- und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Berlin 2000, S. 293–309
- Hoffmann, Dierk: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956, München 1996
- Hoffmann, Dierk: Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlentung? Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945–1950), in: Hoffmann/Schwartz, Geglückte Integration, S. 173–192
- Hoffmann, Dieter/Macraakis, Kristie (Hrsg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997
- Hoffmann, Frank: Junge Zuwanderer in Westdeutschland. Struktur, Aufnahme und Integration junger Flüchtlinge aus der SBZ und der DDR in Westdeutschland (1945–1961), Frankfurt/M. 1999
- Hoffmann, Heinz: Moskau, Berlin. Erinnerungen an Freunde, Kampfgenossen und Zeitumstände, Berlin (Ost) 1989
- Hofmann, Michael/Rink, Dieter: Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus. Bewältigungsmuster und Handlungsspielräume ostdeutscher Industriearbeiter im Transformationsprozeß, in: APZ, B 26/27 (1993), S. 29–36
- Hohmann, Joachim S.: „Wenn Sie dies lesen, bin ich schon auf dem Weg in den Westen“: „Republikflüchtige“ DDR-Lehrer in den Jahren 1949–1961, in: ZfG 45 (1997), S. 311–330
- Hohmann, Joachim S. (Hrsg.): Lehrerflucht aus der SBZ und DDR 1945–1961. Dokumente zur Geschichte und Soziologie sozialistischer Bildung und Erziehung, Frankfurt/M. 2000
- Horelick, Arnold L./Rush, Myron: Strategic Power and Soviet Foreign Policy, Chicago 1966
- Hornstein, Erika von: Die deutsche Not. Flüchtlinge berichten, Köln 1960
- Horváth, Miklós: Militärgeschichtliche Aspekte der ungarischen Revolution und des Freiheitskampfes von 1956, in: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956, München 1999, S. 135–148
- Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999
- Hübner, Peter/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999
- Hübner, Peter: Arbeiter und sozialer Wandel im Niederlausitzer Braunkohlerevier von den dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre, in: ders., (Hrsg.), Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte, Berlin 1995, S. 23–59
- Hübner, Peter: Arbeiterklasse als Inszenierung? Arbeiter und Gesellschaftspolitik in der SBZ/DDR, in: Bessel/Jessen: Grenzen der Diktatur, S. 199–223
- Hübner, Peter: Balance des Ungleichgewichtes. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft, in: GG 19 (1993), S. 15–28
- Hübner, Peter: Das Jahr 1961 und die Kontinuität der Arbeitergeschichte in der DDR, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 15–38
- Hübner, Peter: Der FDGB im politischen System der DDR und in der Erfahrung der Arbeitnehmer, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 16 (1999), S. 29–42
- Hübner, Peter: Durch Planung zur Improvisation. Zur Geschichte des Leitungspersonals in der staatlichen Industrie der DDR, in: AfS 39 (1999), S. 197–233
- Hübner, Peter: Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft der SBZ/DDR, in: Bohemia 42 (2001), S. 220–243
- Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995
- Hübner, Peter: Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, in: Geschichte der Sozialpolitik, Bd. 9 (in Vorbereitung)
- Ilhme-Tuchel, Beate: Das „nördliche Dreieck“. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994
- Isaacs, Jeremy/Downing, Taylor: Der Kalte Krieg. Eine illustrierte Geschichte 1945–1991, München 2001
- Istorija voennoj strategii Rossii, Moskva 2000.
- James, Harold: Deutsche Identität 1770–1990, Frankfurt/M. 1991

- Jänicke, Martin: Krise und Entwicklung in der DDR. Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, in: Elsenhans, Hartmut/Jänicke, Martin (Hrsg.): *Innere Systemkrisen der Gegenwart*, Hamburg 1975, S. 148–166
- Jänicke, Martin (Hrsg.): *Politische Systemkrisen*, Köln 1973
- Jänicke, Martin (Hrsg.): *Herrschaft und Krise*, Opladen 1973
- Jarusch, Konrad H.: Die gescheiterte Gegengesellschaft, in: *AfS* 39 (1999), S. 1–17
- Jarusch, Konrad H.: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: *APZ*, B 20 (1998), S. 33–46
- Jarusch, Konrad/Siegrist, Hannes (Hrsg.): *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt/M. 1997
- Jeder Fünfte verließ die Sowjetzone [Broschüre], Bonn 1961
- Jessen, Ralph: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschul-Lehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, Göttingen 1999
- Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995), S. 96–110
- Judt, Matthias (Hrsg.): *DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse*, Berlin 1997
- Kabus, Petra: Liebesgaben für die Zone. Paketkampagnen und Kalter Krieg, in: Härtel/Kabus, *Das Westpaket*, S. 121–131
- Kaelble Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994
- Kahle: Die berufliche Rehabilitation durch die Ausbildungsstätten für Schwerbeschädigte, in: *Arbeit und Sozialfürsorge* 15 (1960), S. 487–489
- Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997
- Kaminsky, Annette: *Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR*, München 2001
- Karasek-Langer, Alfred: Volkstum im Umbruch, in: Lemberg/Edding, *Die Vertriebenen in Westdeutschland*, Bd. 1, S. 606–694
- Karl-Marx-Universität 1945–1976. Ein historischer Abriss, hrsg. vom Rektor der Karl-Marx-Universität, Leipzig 1978
- Karlsch, Rainer/Schröter, Harm (Hrsg.): „Strahlende Vergangenheit?“ – Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen 1996
- Karlsch, Rainer: „Ein Buch mit sieben Siegeln“. Die Schattenhaushalte für den Militär- und Sicherheitsbereich in der DDR und ihre wirtschaftliche Bedeutung, in: Fischer, Wolfram/Müller, Uwe/Zschaler, Frank (Hrsg.), *Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, St. Katharinen 2000, S. 282–306
- Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993
- Karlsch, Rainer: Die Auswirkungen der Reparationsentnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der SBZ/DDR, in: Schneider, Jürgen/Harbrecht, Wolfgang (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933–1993)*, Stuttgart 1996, S. 139–165
- Karlsch, Rainer: Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen, in: Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hrsg.), *Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*, Bd. 1, Paderborn 21997, S. 478–484
- Kenntemich, Wolfgang/Durniok, Manfred/Karlauf, Thomas (Hrsg.): *Das war die DDR. Eine Geschichte des anderen Deutschland*, Berlin 1993
- Kielmannsegg, Peter Graf: *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000
- Kilian, Werner: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1951, 1957, hrsg. von Joachim Beckmann, Gütersloh 1952, 1958

- Klein, Johannes Kurt: Ursachen und Motive der Abwanderung aus der Sowjetzone Deutschlands, in: APZ, B 24/55 (1955), S. 361–383
- Klein, Thomas: „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln 2002
- Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1986
- Klemperer, Victor: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1959, 2 Bde., hrsg. von Walter Nowojski, Berlin 1999
- Kleßmann, Christoph/Stöver, Bernd (Hrsg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999
- Kleßmann, Christoph/Wagner, Georg: Das gesplante Land. Leben in Deutschland 1945 bis 1990. Texte und Dokumente, München 1993
- Kleßmann, Christoph: Arbeiter im „Arbeiterstaat“. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld, in: APZ, B 50 (2000), S. 20–28
- Kleßmann, Christoph: Die „verstaatlichte Arbeiterbewegung“. Überlegungen zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft in der DDR, in: Rudolph/Wickert, Geschichte als Möglichkeit, S. 108–119
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1989
- Kleßmann, Christoph: Ein Kirchentag der Kontraste. SED-Dokumente zum Leipziger Kirchentag von 1954 (Dokumentation), in: Kirchliche Zeitgeschichte 4 (1991), S. 533–550
- Kleßmann, Christoph: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte, S. 254–270
- Kleßmann, Christoph: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APZ, B 29/30 (1993), S. 30–41
- Kleßmann, Christoph: Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: GG 19 (1993), S. 29–53
- Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997
- Kleßmann, Christoph: Die stilisierte Klasse – Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Entstehungsphase der DDR (1945 bis 1948), in: Afs 39 (1999), S. 19–71
- Kluttig, Thekla: Parteischulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946–1961, Berlin 1997
- Knabe, E.: Das Recht auf Arbeit für die Schwerbeschädigten in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland, in: Arbeit und Sozialfürsorge 9 (1954), S. 720–721
- Koch, Christine: Die Junge Gemeinde der evangelischen Landeskirchen in Sachsen und Thüringen 1945–1953, Regensburg 2000
- Kocka, Jürgen: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990
- Koenigswald, Harald von: Der unabsehbare Strom, Bergisch Gladbach 1957
- Kohli, Martin: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, S. 31–61
- Köllner, Lutz: Umfang und Gründe der Flucht der Akademischen Jugend aus Mitteldeutschland, in: Ostbrief. Monatsschrift der ostdeutschen Akademie 7 (1961), S. 428–436
- Kopstein, Jeffrey: Shipping away at the State. Workers Resistance and the Demise of East-Germany, in: World Politics 48 (1996), S. 391–423
- Kornai, János: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995
- Kornienko, Georgij M.: Upuščenaja vozmožnost'. Vstreča N.S. Chruščeva i Dž. Kennedi v Vene v 1961g., in: Novaja i novejšaja istoria, 1992, H. 2, S. 97–106
- Kowalcuk, Ilko-Sascha/Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.): Der Tag X. 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995
- Kowalcuk, Ilko-Sascha/Mitter, Armin: „Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt!“ Die Arbeiterschaft während der Krise 1952/53, in: Kowalcuk/Mitter/Wolle, Der Tag X, S. 31–74
- Kowalcuk, Ilko-Sascha/Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001

- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Von der Volkserhebung zum Mauerbau. Reaktionen von Hochschulangehörigen auf die Ereignisse in der DDR in den Jahren 1953, 1956 und 1961, in: APZ, B 30/31 (2001), S. 22–30
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957, Berlin 1997
- Kowalski, Włodzimierz T.: Polska w świecie 1945–1956, Warszawa 1988
- Krallert-Sattler, Gertrud: Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz, München 1989
- Krause, Günter: Die „Revisionismus-Debatte“ in den Wirtschaftswissenschaften der DDR. Frankfurter Institut für Transformationsstudien (FIT), Arbeitsberichte/Discussion Papers 2/1996
- Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln 1967
- Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter: Anpassung – Widerstand – Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961, Köln 1994
- Krüger, Joachim: Votum für bewaffnete Gewalt. Ein Beschluß des SED-Politbüros vom November 1956, in: BzG 34 (1992), S. 75–85
- Kuby, Erich: In einem anderen Land – In der Deutschen Demokratischen Republik, in: Frankfurter Hefte 7 (1952), S. 417–432
- Kühn, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999
- Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978
- Külz, Helmut R.: Die Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone, Frankfurt/M. 1950
- Kunz, Frithjof u. a. (Hrsg.): Arbeitsrecht von A bis Z. Lexikon, Berlin (Ost) 1987
- Kupper, Siegfried: Der innerdeutsche Handel. Rechtliche Grundlagen, politische und wirtschaftliche Bedeutung, Köln 1972
- Kwizinski, Julij A.: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993
- Laak, Dirk van: Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999
- Landsman, Mark Evan: Dictatorship and Demand. East Germany Between Productivism and Consumerism, 1948–1961, diss. phil., Columbia University 2000
- Lange, Gerhard u. a. (Hrsg.): Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990, Leipzig 1993
- Laufer, Jochen: Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage 1944–1948, in: VfZ 46 (1998), S. 455–485.
- Lehmann, Hans-Georg: Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979
- Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky. Beschluß des ZK der SED, in: Neues Deutschland, 4. 1. 1953
- Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, 3 Bde., Kiel 1959
- Lemberg, Hans (Hrsg.): Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg 1993
- Lemke, Michael (Hrsg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln 1999
- Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995
- Lemke, Michael: Einheit oder Sozialismus. Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001
- Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968, in: Danyel, Jürgen (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 61–86
- Lenin, Wladimir I.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, in: ders.: Werke, Bd. 25, Berlin 1974, S. 393–507

- Lepp, Claudia: Die evangelische Kirche als „Klammer“ im geteilten Deutschland. Rollenerwartung und Rollenwandel 1948 bis 1969, in: Mehlhausen, Joachim/Siegele-Wenschkewitz, Leonore (Hrsg.), *Zwei Staaten – zwei Kirchen? Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung*, Leipzig 2000, S. 66–84
- Lepsius, M. Rainer: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, *Sozialgeschichte*, S. 17–30
- Lepsius, M. Rainer: Handlungsspielräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Pirker/Lepsius/Hertle, *Plan als Befehl*, S. 347–362
- Lindenberger, Thomas: Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Bessel/Jessen, *Grenzen der Diktatur*, S. 298–325
- Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln 1999, S. 13–44
- Lindner, Bernd: „Dein Päckchen nach drüben“. Der deutsch-deutsche Paketversand und seine Rahmenbedingungen, in: Härtel/Kabus, *Das Westpaket*, S. 25–38
- Lüdtke, Alf (Hrsg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt/M. 1989
- Lüdtke, Alf/Becker, Peter (Hrsg.): *Akten. Eingaben. Schaufenster: Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997
- Lüdtke, Alf: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, *Sozialgeschichte*, S. 188–213
- Ludz, Peter Christian: *Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen. Ein politischer Essay*, München 1974
- Ludz, Peter Christian: *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln 1968
- MacKenzie, Donald A.: *Inventing accuracy: an historical sociology of nuclear missile guidance*, Cambridge 1990
- Mählert, Ulrich/Stephan, Gerd-Rüdiger: *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*, Opladen 1996
- Mählert, Ulrich: *Die Freie Deutsche Jugend. 1945–1949. Von den „Antifaschistischen Jugend-ausschüssen“ zur SED-Massenorganisation. Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone*, Paderborn 1995
- Major, Patrick: Innenpolitische Aspekte der zweiten Berlin-Krise (1958–1961), in: Hertle/Jarusch/Kleßmann, *Mauerbau und Mauerfall*, S. 97–110
- Major, Patrick: „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein“: Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 3 (1995), S. 208–223
- Major, Patrick: Torschlußpanik und Mauerbau. Republikflucht als Symptom der zweiten Berlin-Krise, in: Ciesla/Lemke/Lindenberger, *Sterben für Berlin*, S. 221–243
- Major, Patrick: Vor und nach dem 13. August 1961: Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: *AfS* 39 (1999), S. 325–354
- Malter, Friedel: Arbeitsfähige Sozialfürsorge-Unterstützungsempfänger wollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, in: *Arbeit und Sozialfürsorge* 8 (1953), S. 88–89
- Malycha, Andreas: *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1948–1953*, Paderborn 2000
- Mampel, Siegfried: *Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht in Mitteldeutschland*, Köln 1966
- Manow, Phillip: Entwicklungslinien ost- und westdeutscher Gesundheitspolitik zwischen doppelter Staatsgründung, deutscher Einigung und europäischer Integration, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 43 (1997), S. 101–131
- Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 9 Bde., Baden-Baden 1995
- Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 8 Bde., Baden-Baden 1999
- Matern, Jenny: Auf dem Wege von der Sozialunterstützung zur Sozialversorgung, in: *Arbeit und Sozialfürsorge* 5 (1950), S. 169

- Matern, Jenny: Schulung und Beschäftigung als Faktoren positiver Sozialfürsorge, in: *Arbeit und Sozialfürsorge* 3 (1948), S. 350
- Mehring, Hartmut (Hrsg.): *Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik*, München 1995
- Meinicke, Wolfgang: Probleme der Integration der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 35 (1992), S. 1–31
- Meinicke, Wolfgang: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ in den Anfangsjahren der DDR, in: Wille, Manfred/Hoffmann, Johannes/Meinicke, Wolfgang (Hrsg.), *Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Wiesbaden 1993, S. 55–85
- Meinicke, Wolfgang: Flüchtlinge, Umsiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Plato, Alexander von/Meinicke, Wolfgang: *Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umsiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Berlin 1991, S. 23–81
- Melis, Damian van, unter Mitarbeit von Henrik Bispinck: „Republikflucht“. *Flucht und Ausreise aus der SBZ/DDR 1945–1961. Darstellung und Dokumentation*, Berlin 2001 (Manuskript)
- Melis, Damian van: *Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948*, München 1999
- Melzer, Manfred: *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials*, Berlin (West) 1980
- Menning, Bruce W.: The Berlin Crisis from the Perspective of the Soviet General Staff, in: Epley, William W. (Hrsg.), *International Cold War Military Records and History Proceedings of the International Conference on Cold War Military Records and History Held in Washington D.C., 21–26 March 1994*, Washington D.C. 1996, S. 49–56
- Merkel, Ina: *Arbeiter und Konsum im real existierenden Sozialismus*, in: Hübner/Tenfelde, *Arbeiter*, S. 527–553
- Merkel, Ina: *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Köln 1999
- Merker, Paul: Die Partei und die Umsiedler, in: *Neues Deutschland*, 17. 9. 1947
- Merl, Stefan: Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Jarausch/Siegrist, *Amerikanisierung und Sowjetisierung*, S. 167–194
- Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt/M. 1992
- Meuschel, Sigrid: Machtmonopol und homogenisierte Gesellschaft. Anmerkungen zu Detlef Pollack, in: *GG* 26 (2000), S. 171–183
- Meuschel, Sigrid: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: *GG* 19 (1993), S. 5–14.
- Mewes, Otto: Soziale Forderungen im Wohnungsbau, in: *Arbeit und Sozialfürsorge* 1 (1946), S. 121–123
- Meyer, Bernhard: Von Deutschland nach Deutschland. Zur „Republikflucht“ der Mediziner von 1949–1961, in: *Berlinische Monatsschrift* 10 (2001), H. 3, S. 62–68
- Meyer, Ulrich: *Soziales Handeln im Zeichen des Hauses – zur Ökonomik in der Spätantike und im frühen Mittelalter*, Göttingen 1998
- Mises, Ludwig von: *Socialism*, New York 1936
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan: *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993
- Mitter, Armin: „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern.“ Die Bauern und der Sozialismus, in: Kowalczyk/Mitter/Wolle, *Der Tag X*, S. 75–128
- Mitzscherling, Peter: *Soziale Sicherung in der DDR. Ziele, Methoden und Erfolge mitteldeutscher Sozialpolitik*, Berlin (West) 1968
- Mitzscherling, Peter: *Zweimal deutsche Sozialpolitik*, Berlin (West) 1978
- Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1997
- Morsch, Günter: *Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37*, Frankfurt/M. 1993

- Mühlberg, Dieter: Warum sollten wir wissen, was Arbeiter sind und was sie in ihrer Freizeit machen? Zur Bestimmung von Arbeiterkultur in der DDR, in: Kaschuba, Wolfgang/Korff, Gottfried/Warneken, Bernd Jürgen (Hrsg.), Arbeiterkultur seit 1945 – Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991, S. 71–84
- Mühlberg, Dietrich: Alltag und Utopie. Gedanken bei einem Rückblick auf die ostdeutsche Geschichte, in: Becker, Franziska/Merkel, Ina/Tippach-Schneider, Simone (Hrsg.), Das Kollektiv bin ich. Utopie und Alltag in der DDR, Köln 2000, S. 15–25
- Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus: Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Berlin (Ost) 1989
- Müller, Marianne/Müller, Egon Erwin: „... stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin (West) 1953
- Murken, Jens: Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern, in: Zeitgeschichte Regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 3 (1999), H. 1, S. 4–12
- Naimark, Norman M.: Fires of hatred: ethnic cleansing in twentieth-century Europe, Harvard 2001
- Nakath, Detlef: Zur Geschichte der deutsch-deutschen Handelsbeziehungen. Die besondere Bedeutung der Krisenjahre 1960/61 für die Entwicklung des innerdeutschen Handels, Berlin 1993
- Nehrig, Christel: Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit. Die modifizierte Agrarpolitik von 1950/51, in: Scherstjanoi, Provisorium, S. 236–242
- Nick, Harry: Mangelwirtschaft in der DDR. Ursachen und Wirkungen, Berlin 2001
- Niemann, Heinz: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993
- Nieske, Christian: Republikflucht und Wirtschaftswunder. Mecklenburger berichten über ihre Erlebnisse 1945 bis 1961, Schwerin 2001
- Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von/Wierling, Dorothee: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen, Berlin 1991
- Nolte, Ernst: Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974
- Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000
- Nötzoldt, Peter: Der Weg zur „sozialistischen Forschungsakademie“: Der Wandel des Akademiedankens zwischen 1945 und 1968, in: Hoffmann/Macraakis, Naturwissenschaften, S. 125–146
- Nowack, Kurt: Zum historischen Ort der Kirchen in der DDR, in: Vollnhals, Clemens (Hrsg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1997, S. 9–28
- Nowak, Kurt: Christentum in politischer Verantwortung. Zum Protestantismus in der Sowjetischen Besatzungszone (1945–1949), in: Kaiser, Jochen-Christoph/Doering-Manteuffel, Anselm (Hrsg.), Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1990, S. 42–62
- Oertzen, Peter von: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/1919, Düsseldorf 1963
- Offe, Claus: Krisen des Krisenmanagement – Elemente einer politischen Krisentheorie, in: Jänicke, Herrschaft und Krise, S. 197–223
- Olson, Mancur: Dictatorship, Democracy, and Development, in: American Political Science Review 87 (1993), S. 567–576
- Orlov, Aleksander S.: Tajnaja bitva sverchderžav, Moskva 2000
- Osmond, Jonathan: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945–1961, in: Bessel/Jessen, Grenzen der Diktatur, S. 137–169
- Otto, Wilfriede: 13. August 1961 – eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Dokumente und Materialien, in: BzG 39 (1997), S. 40–74

- Pabst, Ulrich: Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und die innerdeutschen Sportbeziehungen bis 1961, Berlin 1980
- Panow, B. W.: Geschichte der Kriegskunst, Berlin (Ost) 1987
- I. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Brandenburg an der Havel, Pfingsten 1946, Berlin o.J. [1946]
- III. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Leipzig, vom 1. bis 5. Juni 1949, Berlin (Ost) 1949
- IV. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Leipzig, vom 27. bis 30. Mai 1952, Berlin (Ost) 1952
- VI. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Rostock, vom 12.–15. Mai 1959, Berlin (Ost) o.J.
- Pence, Katherine: „You as a Woman Will Understand“: Consumption, Gender, and the Relationship between State and Citizenry in the GDR's June 17, 1953 Crisis, in: *German History* 19 (2001), S. 218–252
- Pence, Katherine: Building Socialist Worker-Consumers. The paradoxical construction of the Handelsorganisation – HO, 1948, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 497–526
- Pence, Katherine: Schaufenster des sozialistischen Konsums: Texte der ostdeutschen „consumer culture“, in: Lüttke/Becker, Akten, S. 91–118
- Pervov, Michail: Rakenoe oružie RVSN, Moskva 1999
- Peters, Hans-Rudolf: Wirtschaftspolitik, München 2000
- Pieck, Wilhelm, Die geschichtliche Bedeutung der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Einheit* 5 (1950), S. 880–890
- Pieck, Wilhelm: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1953, 3 Bde., Berlin 1950–1954
- Pilvousek, Josef: Die katholische Kirche in der DDR, in: Dähn, Horst (Hrsg.), Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz, München 1993, S. 56–72
- Pirker, Theo/Lepsius, M. Rainer/Hertle, Hans-Hermann (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR, Wiesbaden 1995
- Plato, Alexander von: Arbeiter-Selbstbilder in der DDR, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 867–881
- Plato, Alexander von: Vergangene Perspektiven? Schwerpunkte, Fragen und Probleme der Flüchtlingsforschung vor und nach der Wende, in: Hoffmann/Krauss/Schwartz, Vertriebene in Deutschland, S. 87–107
- Plück, Kurt: Innerdeutsche Beziehungen auf kommunaler und Verwaltungsebene, in: Wissenschaft, Kultur und Sport und ihre Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung“, Bd. V/3, S. 2015–2064
- Pochlebkina, W. W.: Velikaja wojna i nesostojawschijsja mir 1941–1945–1994, Moskwa 1999
- Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung, München 2001
- Polkehn, Klaus: Das war die Wochenpost. Geschichte und Geschichten einer Zeitung, Berlin 1997
- Pollack, Detlef: Bedingungen der Möglichkeit politischen Protests in der DDR. Der Volksaufstand von 1953 und die Massendemonstrationen 1989 im Vergleich, in: Pollack, Detlef/Rink, Dieter (Hrsg.), Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt/M. 1997, S. 303–331
- Pollack, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: war die DDR-Gesellschaft homogen?, in: *GG* 24 (1998), S. 111–131
- Pollack, Detlef: Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, in: *GG* 26 (2000), S. 184–196
- Prados, John: The Soviet Estimate: U.S. Intelligence Analysis and Soviet Strategic Force, Princeton 1986
- Prieß, Lutz/Eckert, Detlef: Zu Verhaltensmustern der SED-Führung in Krisensituationen der DDR – politischer Machtanspruch kontra Demokratie, in: Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, Bonn 1993, S. 99–128
- Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1: 1.–4. Verhandlungstag, Berlin (Ost) 1954
- Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1956 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 2 Bde., Berlin (Ost) 1958

Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin (Ost) 1952

Raabe, Thomas: SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961, Paderborn 1995

Radkau, Joachim: „Wirtschaftswunder“ ohne technologische Innovation? Technische Modernität in den 50er Jahren, in: Schildt/Sywottek, Wiederaufbau, S. 129–154

Raketnye vojska strategičeskogo naznačenija Rossii. Voennno-istoričeskij očerk, Moskva 1998
Raketnyj ščit otečestva, Moskva 1999

Reichel, Thomas: Konfliktprävention. Die Episode der „Arbeiterkomitees“ 1956/58, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 439–452

Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil 1: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985, Bonn 1985

Reiman, Michal/Lunak, Petr (Hrsg.): Studena valka 1954–1964. Sovetske dokumenty v ceskych archivech, Praha 2000

Richert, Ernst: Macht ohne Mandat, Köln 1958

Richter, Hans: Große Erfolge der Sozialfürsorge im ersten Fünfjahrplan, in: Arbeit und Sozialfürsorge 11 (1956), S. 156–157

Rink, Sigurd: Der Bevollmächtigte. Propst Grüber und die Regierung der DDR, Stuttgart 1996

Ritschl, Albrecht: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR: Ein Zahlenbild 1945–1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2, S. 11–46

Ritter, Gerhard A./Niehuss, Merith: Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch, München 1991

Ritter, Gerhard A.: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 2000

Ritter, Gerhard A.: Weder Revolution noch Reform. Die DDR im Krisenjahr 1956 und die Intellektuellen, in: Kieseritzky, Wolther von/Sick, Klaus-Peter (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München 1999, S. 336–362

Ritter, Gerhard A.: Die DDR in der deutschen Geschichte, in: VfZ 50 (2002), S. 171–200

Roesler, Jörg/Schwärzel, Renate/Siedt, Veronika: Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950–1970, Berlin (Ost) 1983

Roesler, Jörg/Siedt, Veronika/Elle, Michael: Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970, Berlin (Ost) 1986

Roesler, Jörg: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (Ost) 1978.

Roesler, Jörg: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte, S. 144–170

Roesler, Jörg: Wende in der Wirtschaftsstrategie. Krisensituation und Krisenmanagement 1960–1962, in: Černý, Brüche, Krisen, Wendepunkte, S. 171–184

Roesler, Jörg: Das Ende der Arbeitskräfteknappheit in der DDR? Erwartete und unerwartete Wirkungen der Grenzschließung auf wirtschaftlichem Gebiet, in: Küchenmeister, Daniel (Hrsg.), Der Mauerbau. Krisenverlauf – Weichenstellung – Resultate, Berlin 2001, S. 74–87

Rogge, Heinrich: Vertreibung und Eingliederung im Spiegel des Rechts, in: Lemberg/Edding, Bd. 1, S. 174–245

Ross, Corey: „... sonst sehe ich mich veranlasst, auch nach dem Westen zu ziehen“. „Republikflucht“, SED-Herrschaft und Bevölkerung vor dem Mauerbau, in: DA 34 (2001), S. 613–627

Ross, Corey: Constructing Socialism at the Grass-Roots. The Transformation of East Germany 1945–65, Basingstoke 2000

Rossija (SSSR) v lokal'nych vojnach i voennykh konfliktach XX veka, Moskva 2000

Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999

Rudolph, Karsten/Wickert, Christl (Hrsg.): Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen der Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995

Ruffner, Kevin C. (Hrsg.): Corona. America's First Satellite Program, Washington D.C. 1995

- Rühle, Jürgen: Das warme und das kalte Rot. Ernst Bloch im Netzwerk der SED, in: Bloch-Almanach, 4 (1984), S. 75–84
- Rupieper, Hermann: Der besetzte Verbündete. Amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991
- Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1969
- Sälter, Georg: Die Restrukturierung von Polizeieinheiten der DDR im Kontext des Mauerbaus, in: Archiv für Polizeigeschichte 13 (2002), S. 66–73
- SBZ von A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn ¹⁰1966
- SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München ²¹1993
- Schenk, Fritz: Deutsche Einheit kommt nur mühsam voran. Die fortwährende Last der sozialistischen Hypotheken, in: DA 34 (2001), S. 843–847
- Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): „Provisorium für längstens ein Jahr“. Protokoll des Kolloquiums: Die Gründung der DDR, Berlin 1993
- Scherstjanoi, Elke/Stappenbeck, Christian: „Dibelius war in Karlshorst ... wollte Mittelsmann sein zwischen SKK und Adenauer ...“. Ein geheimes Gespräch zwischen Bischof Dibelius, Armeegeneral Tschujkow und Politberater Semjonow im November 1951, in: DA 28 (1995), S. 1031–1047
- Scherstjanoi, Elke: „In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“ Vladimir Semenov und der 17. Juni 1953, in: DA 31 (1998), S. 907–937
- Scherstjanoi, Elke: Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: VfZ 46 (1998), S. 497–549
- Schick, Jack M.: The Berlin Crisis 1958–1962, Philadelphia 1971
- Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998
- Schmelz, Andrea: Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Opladen 2002
- Schmelz, Andrea: West-Ost-Migranten im geteilten Deutschland der fünfziger und sechziger Jahre, in: Motte, Jan/Ohliger, Rainer/Oswald, Anne von (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik, 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt/M. 1999, S. 88–108
- Schmidt, Manfred G.: Grundlagen der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Geschichte der Sozialpolitik, Bd. 1, S. 685–798
- Schneider, Dieter Marc: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: SBZ-Handbuch, S. 239–243
- Schneider, Michael C.: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR, Dresden 1998
- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998
- Schröter, Gerhard: Jugendliche Flüchtlinge aus der SBZ. Infratest, München 1958
- Schüle, Annegret: Mächtige Mütter und unwillige Töchter. Ein Generationenvergleich unter Arbeiterinnen eines Textilbetriebes der DDR, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 709–739
- Schüller, Alfred/Hamel, Hannelore: Die Integration der DDR-Wirtschaft in den RGW, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung“, Bd. II/2, S. 2692–2808
- Schultz, Joachim: Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart 1956
- Schulz, Dieter: Ruhe im Dorf? Die Agrarpolitik von 1952/53 und ihre Folgen, in: Černý, Jochen (Hrsg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte, S. 103–110
- Schuster, Ulrike: Die SED-Jugendkommunikés von 1961 und 1963. Anmerkungen zur ost-deutschen Jugendpolitik vor und nach dem Mauerbau, in: Jahrbuch für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1994/1995, S. 58–75

- Schuster, Ulrike: Wissen ist Macht: FDJ, Studenten und die Zeitschrift Forum in der SBZ/DDR. Eine Dokumentation, Berlin 1997
- Schwartz, Michael: „Ablenkungsmanöver der Reaktion“. Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR, in: DA 32 (1999), S. 397–409
- Schwartz, Michael: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“. Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR, in: Hoffmann/Krauss/Schwartz, Vertriebene in Deutschland, S. 135–166
- Schwartz, Michael: „Zwangsheimat Deutschland“. Vertriebene und Kernbevölkerung zwischen Gesellschaftskonflikt und Integrationspolitik, in: Naumann, Klaus (Hrsg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 114–148
- Schwartz, Michael: Integration und Transformation: „Umsiedler“-Politik und regionaler Strukturwandel in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1953, in: Melis, Damian van (Hrsg.), Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952, Schwerin 1999, S. 135–194
- Schwartz, Michael: Umsiedlerpolitik in der Krise? Das Vertriebenenproblem in der Gründungsphase der DDR 1948–1950, in: Hoffmann/Wentker, Das letzte Jahr der SBZ, S. 185–205
- Schwartz, Michael: Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: DA 30 (1997), S. 177–195
- Schwartz, Michael: Vertrieben in die Arbeiterschaft: „Umsiedler“ als „Arbeiter“ in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 81–128
- Schwarzer, Doris: Arbeitsbeziehungen im Umbruch gesellschaftlicher Strukturen. Bundesrepublik Deutschland, DDR und neue Bundesländer im Vergleich, Stuttgart 1996
- Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945–1989), Stuttgart 1999
- Schwerbeschädigtenbetreuung und Rehabilitation, hrsg. vom Ministerium für Gesundheitswesen, Berlin (Ost) 1965
- Scott, Harriet Fast/Scott, William F.: The Armed Forces of the USSR, London 1981
- Senjawska, E. S.: Obras Germanii i nemez w gody Wtoroj mirowoj wojny glasami sowetskich soldat i oficerow, in: Woeno-istoritscheski schurnal Nr. 13 (2000), S. 11–48
- Seraphim, Peter-Heinz: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, Berlin 1954
- Seubert, Heribert: Die Entmilitarisierung des sicherheitspolitischen Denkens in der späten DDR, in: Berliner Debatte INITIAL 8 (1997), S. 57–67
- Simonov, Nikolaj S.: Voeno-promyšlennyj kompleks SSSR v 1920–1950-e gody: tempy (Ekonomičeskogo rosta, struktura, organizacija proizvodstva i upravljenie, Moskva 1996
- Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, Köln 2000
- Smyser, William R.: From Yalta to Berlin. The Cold War Struggle over Germany, Houndsmills 1999
- Soldt, Rüdiger: Zum Beispiel Schwarze Pumpe: Arbeitsbrigaden in der DDR, in: GG 24 (1998), S. 88–109
- Solga, Heike: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995
- Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm: Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 5. erweiterte, neubearbeitete Auflage, Hamburg 1979
- Sovetskij Sojuz i vengerskij krizis 1956 goda. Dokumenty, Moskva 1998
- Sowart, Ralf: Planwirtschaft und die „Torheit der Regierenden“. Die „ökonomische Hauptaufgabe der DDR“ vom Juli 1958, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 7 (1999), S. 157–190
- Speier, Hans: Die Bedrohung Berlins. Eine Analyse der Berlin-Krise von 1958 bis heute, Köln 1961
- Stadt, Jochen: X-Zeit – 13. August: Die Herren der Lage, in: FAZ, 13. 8. 2001
- Stadtland, Helke: Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953, Essen 2001
- Stadtland, Helke: Typen materieller Interessenkonflikte in der SBZ/DDR. Eine Fallstudie zum Belegschaftshandeln in den Grenzstreitigkeiten der IG Bergbau und IG Chemie, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 365–391

- Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 3. überarbeitete und erweiterte Neuauflage, München 1995
- Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR 1949–1990, erweiterte Neuauflage, Frankfurt/M. 1996
- Starn, Randolph: Historische Aspekte des Krisenbegriffs, in: Jänicke, Politische Systemkrisen, S. 52–69
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1955 ff.
- Steiner, André: Auf dem Weg zur Mauer? Ulbricht und Chruschtschow im November 1960, in: Utopie kreativ 31/32 (Mai/Juni 1993), S. 94–111
- Steiner, André: Betriebe im DDR-Wirtschaftssystem, in: Hürtgen, Renate/Reichel, Thomas (Hrsg.): Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 53–67
- Steiner, André: Das Gemeinwohl-Konzept als Element der Wirtschaftsordnungen des Nationalsozialismus und der DDR, in: Schneider, Jürgen (Hrsg.), Öffentliches und privates Wirtschaften in sich wandelnden Wirtschaftsordnungen, Stuttgart 2001, S. 227–242
- Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999
- Steiner, André: Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer, in: Mehringer, Von der SBZ zur DDR, S. 233–268
- Steiner, André: Sowjetische Berater in den zentralen wirtschaftsleitenden Instanzen der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1 (1993), S. 100–117
- Steiner, André: Startbedingungen, Wirtschaftssystem und Wachstum. Die Wirtschaftsge-schichte der DDR im Licht der Forschung der letzten zehn Jahre, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 8 (2000/2001), S. 447–472
- Steiner, André: Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: Ciesla/Lemke/Lindenberger, Sterben für Berlin, S. 245–262
- Steiner, André: Wirtschaftliche Lenkungsverfahren in der Industrie der DDR Mitte der fünf-ziger Jahre. Resultate und Alternativen, in: Buchheim, Folgelasten, S. 271–293
- Steiner, André: Zwischen Frustration und Verschwendung. Zu den wirtschaftlichen Determi-nanten der DDR-Konsumkultur, in: Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln 1996, S. 21–36
- Steiner, André: Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: APZ, B 49/50 (1993), S. 32–39
- Steininger, Rolf: Der Mauerbau: Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963, München 2001
- Stitzel, Judd: Fashioning Socialism. Clothing, Politics, and Consumer Culture in East Ger-many, 1948–1971, diss. phil., The Johns Hopkins University 2001
- Stöckigt, Rolf: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform. Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964
- Stöckigt, Rolf: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 648–654
- Storbeck, Dietrich: Flucht oder Wanderung? Eine Rückschau auf Motive, Folgen und Beurtei-lung der Bevölkerungsabwanderung aus Mitteldeutschland seit dem Kriege, in: Soziale Welt 14 (1963), S. 153–171
- Storbeck, Dietrich: Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozialstatistische Bevölke-rungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich, Berlin 1964
- Strobel, Dietrich/Dame, Günter: Schiffbau zwischen Elbe und Oder, Herford 1993
- Suckut, Siegfried: Die Betriebsrätebewegung in der sowjetischen Besatzungszone Deutsch-lands (1945–1948). Die Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzepts der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Frankfurt/M. 1982
- Suckut, Siegfried: Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: VfZ 39 (1991), S. 125–175
- Suvorov, Victor: Die sowjetische strategische Führung, in: Mechtersheimer, Alfred/Barth, Pe-ter (Hrsg.), Militärmacht Sowjetunion. Politik, Waffen und Strategien, Darmstadt 1985, S. 113–132

- Sywottek, Arnold: Wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen als Legitimationsbasis im deutsch-deutschen Systemgegensatz, in: Kleßmann, Christoph/Misselwitz, Hans/Wichert, Günter (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 161–175
- Tatzkow, Monika: Gehen oder Bleiben. Privatindustrielle nach der Staatsgründung, in: Scherst-janoi, Provisorium, S. 205–210
- Telegramma Zentralnowo Komiteta Kommunistitscheskoi partii Sowetskowo Sojusa Zentral-nomu Prawleniju Sozialistitscheskoi jedinoi partii Germanii po slutschaju godowschtsiny os-woboschdenija nemezkwowo naroda ot gitlerowskogo faschisma vom 11. Mai 1950, in: Mini-sterstwo inostrannyh del SSSR/Ministerstwo inostrannyh del GDR (Hrsg.), *Otnoschenija SSSR s GDR 1949–1955gg.*, Moskwa 1974, S. 80
- Tenfelde, Klaus: Einige Ergebnisse, in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S. 889–895
- Teppe, Karl: Trümmergesellschaft im Wiederaufbau, in: APZ, B 18/19 (1995), S. 22–33
- Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin (West) 1964
- Ther, Philipp: Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953 am Beispiel des Kreises Calau-Senftenberg, in: *Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte* 46 (1995), S. 159–168
- Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998
- Thiel, Wera: Arbeitsrecht in der DDR. Ein Überblick über die Rechtsentwicklung und der Versuch einer Wertung, Opladen 1997
- Tischner, Wolfgang: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat, Paderborn 2001
- Ulbricht, Walter: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheits-partei Deutschlands. II. Parteikonferenz der SED vom 9.–12. 7. 1952, Berlin (Ost) 1952
- Urban, Detlef/Weinzen, Hans Willi: Jugend ohne Bekenntnis? 30 Jahre Konfirmation und Jugendweihe im anderen Deutschland 1954–1984, Berlin (West) 1984
- Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hrsg.): *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln 1995
- Vester, Michael: Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: ders./Hofmann/Zierke, *Soziale Milieus*, S. 7–50
- Vida, István: Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse im Herbst 1956, in: Foitzik, Ent-stalinisierungskrise, S. 79–112
- Vom goldenen Westen geheilt. Zurückgekehrte Republikflüchtige berichten über ihre Erleb-nisse in Westberlin und Westdeutschland [Broschüre], o.O. 1953
- Wagenlehner, Günther: Militärpolitik und Militärdoktrin der UdSSR, in: Adomeit/Höhmnn/Wagenlehner, *Die Sowjetunion als Militärmacht*, S. 11–40
- Wagner, Armin: Stacheldrahtsicherheit. Die politische und militärische Planung und Durch-führung des Mauerbaus 1961, in: Hertle/Jarausch/Kleßmann, *Mauerbau und Mauerfall*, S. 119–137
- Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte 1953–1971, Berlin 2002
- Wagner, Matthias: Gerüst der Macht. Das Kadernomenklatursystem als Ausdruck der führen-den Rolle der SED; in: Bauerkämper, *Gesellschaft ohne Eliten*, S. 87–108
- Walter, Rolf: *Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart*, Köln 2000
- Weber, Hermann (Hrsg.): *DDR. Dokumente zur Entwicklung der DDR 1945–1985*. München 1985
- Weber, Hermann: *Die DDR 1945–1990*, München ³2000
- Weber, Hermann: *Geschichte der DDR*, München ²1986.
- Weber, Petra: Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961, München 2000
- Weidenfeld, Werner/Glaab, Manuela: Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen – Konstanten

- und Wandlungen. Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung 1945/49–1990, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung“, Bd.V/3, S. 2798–2962
- Weinert, Rainer/Gilles, Franz-Otto: Der Zusammenbruch des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Zunehmender Entscheidungsdruck, institutionalisierte Handlungsschwäche und der Zerfall der hierarchischen Organisationsstruktur, Wiesbaden 1999
- Welsh, Helga A.: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierung und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948), München 1989
- Welsh, Helga A.: Kaderpolitik auf dem Prüfstand. Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989, in: Hübner, Eliten, S. 107–129
- Wentker, Hermann (Hrsg.): Volksrichter in der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Eine Dokumentation, München 1997
- Wentker, Hermann: „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–53, in: VfZ 42 (1994), S. 95–127
- Wentker, Hermann: Arbeiteraufstand, Revolution? Die Erhebungen von 1953 und 1989/90 in der DDR im Vergleich, in: DA 34 (2001), S. 385–397
- Wentker, Hermann: Die Staatsräson der DDR, in: Heydemann, Günther/Klein, Eckart (Hrsg.): Staatsräson in Deutschland (in Vorbereitung)
- Wentker, Hermann: Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001
- Wentker, Hermann: Jugendarbeit oder Jugendopposition? Die Junge Gemeinde im Urteil von SED und Ost-CDU und in ihrem Selbstverständnis 1950–1953, in: Herrmann, Ulrich (Hrsg.), Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Weinheim 2002, S. 177–211
- Wenzel, Siegfried: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998
- Wenzke, Rüdiger: „Bei uns können Sie General werden...“. Zur Herausbildung und Entwicklung eines „sozialistischen Offizierkorps“ im DDR-Militär, in: Hübner, Eliten, S. 167–200
- Wenzke, Rüdiger: Die Nationale Volksarmee (1956–1990), in: Diedrich/Ehlert/Wenzke, Im Dienste der Partei, S. 423–535
- Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995
- Werum, Stefan: „Wir sind die Illegalen!“ Zum Wandel der Funktionen und Organisationsstrukturen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1948–1952/53, in: AfS 39 (1999), S. 73–121
- Westphal, Uwe: Berliner Konfektion und Mode. Die Zerstörung einer Tradition 1836–1939, Berlin 1992
- Wettig, Gerhard: Abhängigkeiten und Handlungsspielräume der SBZ/DDR im Verhältnis zur UdSSR 1945–1955, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung“, Bd. VIII/3, S. 2546–2626
- Wettig, Gerhard: Die UdSSR und die Krise um Berlin. Ultimatum 1958 – Mauerbau 1961 – Modus vivendi 1971, in: DA 34 (2001), S. 592–613
- Wettig, Gerhard: Sowjetische Politik während der Berlinkrise 1958 bis 1962. Der Stand der Forschungen, in: DA 30 (1997), S. 383–398
- Wiegrefe, Klaus: Die Schandmauer, in: Der Spiegel, Nr. 32 (2001), S. 64–77
- Wienert, Helmut: Die Stahlindustrie in der DDR, Berlin 1992
- Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule. Geschichte – theoretische Entwicklung – politische Bedeutung, München 1988
- Wilke, Manfred/Voigt, Tobias: „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953, in: Hegedüs, András B./Wilke, Manfred (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000, S. 24–135
- Wille, Manfred: SED und „Umsiedler“. Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Hoffmann/Schwartz, Geglückte Integration, S. 91–104
- Winkler, Gunnar (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945–1985, Berlin (Ost) 1989
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, Bd. 2, München 2000
- Wolfe, Thomas W.: Soviet Power and Europe, 1945–1970, Baltimore 1970
- Wolkow, Wladimir K.: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: ZfG 48 (2000), S. 20–49

- Woll, Artur: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1993
- Woller, Hans: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986
- Wolokotina, T. W. u. a. (Hrsg.): Wostotschnaja Ewropa w dokumentach rossijskich archiwow 1944–1953gg., Bd. II, Moskau 1998
- Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977
- Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 2, Berlin (Ost) 1985
- Wurl, Ernst: Widersprüche der Gesellschaft, untaugliches Konfliktkonzept und Revolution, in: Utopie kreativ (1991), H. 12, S. 17–27
- Zank, Wolfgang: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987
- Zank, Wolfgang: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen, in: SBZ-Handbuch, S. 253–290
- Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Die Stalinnote vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002
- Zentral- und Landesbibliothek Berlin/Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt/M. (Hrsg.): O-Ton Berlin. Kalter Krieg im Äther. Eine Ausstellung des Zentrums für Berlin-Studien der Zentral- und Landesbibliothek Berlin und des Deutschen Rundfunkarchivs Frankfurt am Main/Berlin, Berlin 1997
- Zentralno-Wostotschnaja Ewropa wo wtoroj polowine XX weka w trjoch tomach. Bd. 1: Stanowlenije „Realnogo sozializms“ 1945–1965, Moskwa 2000
- Zentralverordnungsblatt der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands für 1948, Berlin (Ost) o.J.
- Zschaler, Frank: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: VfZ 45 (1997), S. 191–223
- Zubok, V./Vodop'janova Z.: Sovetskaja diplomatija i berlinskij krizis (1958–1962gg.), in: Cholodnaja wojna. Novye podchody, novye dokumenty, Moskva 1995, S. 258–274
- Zubok, Vladislav/Pleshakov, Constantine: Inside the Kremlin's cold war: from Stalin to Khrushchev, Cambridge 1996
- Zubok, Vladislav: Khrushchev and the Berlin Crisis (1958–1962), Working paper Nr. 6, CWIHP, Washington D.C. 1993
- Zumpe, Paul: Die Sozialfürsorge im Fünfjahrplan, in: Arbeit und Sozialfürsorge 6 (1951), S. 327–328
- Zwahr, Hartmut: Alte und neue Arbeitermilieus in der DDR. Einige Anmerkungen zu Kontinuitäten und Kontinuitätsbrüchen (Manuskript)

Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter- und Bauern-Fakultät
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
APZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BND	Bundesnachrichtendienst
BOK	Berliner Ordinarienkonferenz
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	Christlich-Demokratische Union
ČSR	Československa Republika
ČSSR	Československa Socialistická Republika
CWIHP	Cold War International History Project
DA	Deutschland Archiv
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGP	Deutsche Grenzpolizei
DIA	Deutscher Innen- und Außenhandel
DVAS	Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge
DVP	Deutsche Volkspolizei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
ECW	Eilenburger Chemie Werke
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKU	Evangelische Kirche der Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIT	Frankfurter Institut für Transformationsstudien
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GDR	German Democratic Republic
GG	Geschichte und Gesellschaft
GI	Geheimer Informant
GM	Geheimer Mitarbeiter
GOSPLAN	Gossudarstwenny planowy (russisch für Plankomitee)
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HVAS	Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge
HVDVP	Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
HO	Handelsorganisation
KMU	Karl-Marx-Universität
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei

KVP	Kasernierte Volkspolizei
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MdI	Ministerium des Innern
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NÖS(PL)	Neues ökonomisches System (der Planung und Leitung der Volkswirtschaft)
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PM	Paß- und Meldewesen
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
TH	Technische Hochschule
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
VEB	Volkseigener Betrieb
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VP	Volkspolizei
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZVAS	Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge
ZVU	Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler

Personenregister

- Ackermann, Anton 45, 79
Adenauer, Konrad 71, 178, 227, 246
Ariko, Grigorij 311, 327 f.
- Bahr, Egon 332
Batov, Pavel I. 324
Bentzien, Hans 315
Berija, Lawrenti P. 43
Bick, Wilhelm 289
Bierut, Boleslaw 44
Bloch, Ernst 211, 222–225
Bolz, Lothar 316
Brandt, Willy 332, 334
Bruyn, Günter de 166
- Chruschtschow (Chruščev), Nikita S. 20,
24, 41, 44, 48 f., 51 f., 55, 57, 65 f., 151, 258,
278, 281, 312–316, 319–321, 324–327,
329 f., 333
Chruschtschow (Chruščev), Sergej 320, 322
Chwalek, Roman 110, 143–146
Cube, Walter von 290
- Dertinger, Georg 45
Dibelius, Otto 62, 64, 68
Dimitrow, Georgi M. 44
Donau 89
- Eggerath, Werner 72
Eisenhower, Dwight D. 151
Engel, Rudolf 187
Engels, Friedrich 240
Erhard, Ludwig 153, 155 f.
- Fechner, Max 68
Felfe, Werner 260
Fischer, Kurt 69
Frings, Theodor 211
Fröhlich, Paul 220, 225 f., 228
- Globke, Hans 225
Gomulka, Wladyslaw 52, 57
Gorbatschow, Michail S. 335
Gottwald, Klement 44
Grečko, Andrej A. 314, 322, 325, 327
Gromyko, Andrej A. 40, 316, 320
Gropp, Rugard-Otto 222 f.
- Grotewohl, Otto 41, 45, 67, 72, 81, 145, 172,
179, 279
Grüber, Heinrich 64, 72
- Hager, Kurt 216, 220, 222
Hallstein, Walter 12, 20, 65 f.
Harich, Wolfgang 223
Heisig 110
Hennecke, Adolf 132
Hertz, Gustav 211
Hitler, Adolf 40–42, 71
Hoffmann, Heinz 246, 314, 327–329
Honecker, Erich 13, 21, 23, 36, 78, 81, 200,
237, 245 f., 253, 257, 260, 334–336
- Jaenicke, Wolfgang 181
Jakubovskij, Ivan I. 314, 316, 320, 327
- Kennedy, John F. 281, 314–316, 332
Keßler, Heinz 321, 327
Konev, Iwan S. 324, 328 f.
Kramer, Erwin 318
Krauss, Werner 211
Kunze, Reiner 156
Kvicinskij, Julij A. 316
- Lenin, Wladimir I. 134, 240
Leuschner, Bruno 101, 103, 106
Litke, Karl 95
Lukacs, Georg 149, 223
Lukaschek, Hans 289
- Malinovskij, Radion J. 328
Markow, Walter 222
Maron, Karl 303, 317, 319, 323
Marx, Karl 240
Matern, Jenny 138
Mayer, Georg 229
Mayer, Hans 211
Mereckov, Kirill A. 324
Merker, Paul 186
Mikojan, Anastas I. 126
Modrow, Hans 35
Molotow, Wjatscheslaw M. 47–49
Morenow 89
Morenz, Siegfried 211
Müller, Heiner 178

Namokel, Kurt 235, 257, 259f.
 Norden, Albert 71, 256
 Novotny, Antonin 50, 52, 57

Pervuchin, Michail G. 316, 328
 Pieck, Wilhelm 44, 63f., 111, 187, 240, 242,
 245, 250, 253, 279
 Pius XII. 62
 Plenikowski, Anton 179f.
 Puschkin, Georgi M. 49, 56

Rau, Heinrich 181
 Reuter, Ernst 153
 Riedel, Sigfried 311, 317, 323, 328
 Ritter, Gerhard 62
 Rokossovskij, Konstantin K. 324

Scheel, Walter 334
 Schirdewan, Karl 56, 219, 227, 257f., 260,
 262
 Seghers, Anna 178
 Seifert, Willi 294f., 319
 Selbmann, Fritz 152
 Semenov, Vladimir 320
 Skerra, Horst 317, 327

Slansky, Rudolf 42, 55
 Stalin, Josef W. 18, 24, 33, 41, 43f., 46, 49,
 54–57, 68, 70, 155, 214, 240, 243, 245, 247,
 258, 271, 273, 278, 280
 Steinke, Wolfgang 235, 260

Thadden-Trieglaff, Reinhold von 62
 Tito, Josip 44, 56
 Tschujkow, Wassilij S. 68

Ulbricht, Walter 20f., 24f., 36, 45, 48f.,
 50–52, 55–57, 63, 65, 71, 73, 78, 106, 112,
 155, 196, 200, 207–209, 213–216, 218f.,
 222–225, 234, 240, 246, 253, 257f., 260–262,
 266, 271, 273, 275, 278–281, 312–316,
 318–322, 325f., 328–330, 334

Vieweg, Kurt 274

Wießner, Rudi 112
 Wollweber, Ernst 219

Ziller, Gerhart 219
 Zumpe, Paul 137, 141

Die Autoren

- Henrik Bispinck M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin
- Dr. Marcel Boldorf, wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Mannheim
- Dr. Burghard Ciesla, Berlin
- Dr. Jan Foitzik, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin
- Dr. Günther Heydemann, Professor für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leipzig
- Dr. Dierk Hoffmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin
- Dr. Peter Hübner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
- Dr. Christoph Kleßmann, Professor für Zeitgeschichte der Universität Potsdam und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam
- Dr. Dres. h.c. Gerhard A. Ritter, em. Professor für Neuere und Neueste Geschichte der Universität München
- Dr. Heidi Roth, Leipzig
- Dr. Elke Scherstjanoi, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin
- Dr. Michael Schwartz, Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin
- Dr. Peter Skyba, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin
- Dr. Judd Stitzel, Assistant Professor of History, Wesleyan University, Middletown (CT)
- Dr. Dr. h.c. Kurt Sontheimer, em. Professor für Politikwissenschaften der Universität München
- Dr. Hermann Wentker, Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Leipzig, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Außenstelle Berlin des Instituts für Zeitgeschichte
- Dr. Matthias Uhl, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin

